Untersuchungen über das Volkssparwesen

Zweiter Band

Herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik





Duncker & Humblot reprints

Schriften

des

Vereins für Sozialpolitik.

137. Zand. Erster Teil.

Untersuchungen über das Volkssparwesen.

3meiter Band.



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1913.

Untersuchungen über das Volkssparwesen.

Berausgegeben

vom

Verein für Sozialpolitik.

3weiter Band.



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1913.

Bormort.

Der vorliegende Band ist der erste Band der zweiten Gruppe von Arbeiten der Sparenquete, soll also Kernfragen des Sparwesens unter sachlichen Gesichtspunkten behandeln. Er beschränkt sich auf die Sparkassen, während der folgende Band in erster Linie Spareinrichtungen genossenschaftlichen Charakters zur Darstellung bringt.

Es hat sich leider auch hier als unmöglich herausgestellt, den ansfänglich aufgestellten systematischen Plan lückenlos zur Durchführung zu bringen. Insbesondere haben die Fragen des Bankwesens in die vorliegende Darstellung nicht mit einbezogen werden können. Sie haben vielmehr einer umfassenderen besonderen Erörterung in später erscheinenden drei Bänden vorbehalten werden müssen, von denen der erste dem Depositenwesen, der zweite dem Emissionswesen, der dritte dem Spyothekenwesen gewidmet ist.

Bonn, im Mai 1913.

S. Schumacher.

Altenburg Pierersche Hosbuchbruckerei Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
1.	Der Personalfredit bei Sparkaffen im Bergleich zu anderen Inftituten.	•
	Bon Geheimrat Dr. Seidel und Dr. Pfigner	1- 66
2.	Die Zinspolitit der Sparkaffen. Bon Landesbankrat Reufch	67—198
⁻ 3.	Die Zahlungsbereitschaft ber Preußischen Sparkaffen. Bon Dr. Mas-	
	berg	199-256
4.	Die Magnahmen zur Förderung bes Rleinsparwesens. Bon Geheimrat	
	Dr. Seidel und Dr. Waldemar Müller	257-340
. 5.	Der Schede und Girovertehr vom Standpuntt der Spartaffen. Bon	1
	Bürgermeifter Dr. Cberle	341 - 362
6.	Die Teilnahme ber ftabtischen Spartaffen an ber Geldwirtschaft ber	
	Stadtverwaltungen. Bon Oberbürgermeifter Dr. Schola	363 - 412
7.	Die Sicherung ber Sparer gegen Migbrauch ihrer Spartaffenbucher.	
	Bon Spartaffendireftor Dr. Ritthaufen	413-424

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten.

Von

Geh. Regierungsrat Dr. Seidel in Berlin-Schöneberg

Dr. Pfigner in Berlin-halensee.

Schriften 137. I.

I. Allgemeines.

Die Sparkassen verdanken ihre Entstehung den Ende des 18. Jahrhunderts auftretenden Bestrebungen, das Armenwesen zu verbessern. Man wollte den wenig bemittelten Leuten Gelegenheit geben, sich Spargroschen zu sammeln, um sich in Not- und Unglücksfällen, bei Begründung einer Familie und in ähnlichen Fällen vor Berarmung zu schützen. Neben dem Bunsche, die öffentliche Armenspslege dadurch zu entlasten, spielte auch der Bunsch mit, strebsamen Elementen die Möglichkeit zu geben, sich selbständig zu machen und auf der sozialen Stufenleiter aufzusteigen. Man hatte also in erster Linie Tagelöhner, Dienstdoten, Handarbeiter und dergleichen im Auge. Um die Spartätigkeit anzureizen, wollte man ihnen die Sinslagen verzinsen, beharrlichen Sparern Prämien gewähren und ähnliches.

Im Laufe der Zeit haben sich aber die Sparkassen ganz anders entwickelt, als man ursprünglich dachte. Es gibt zwar auch heute noch Sparkassen, die sich auf diesen Personenkreis beschränken, so namentslich die Fabriksparkassen, im allgemeinen aber haben die Sparkassen den Kreis der Einleger erheblich erweitert, namentlich auf kleine Handels und Gewerbetreibende und Landwirte, die ein sehr starkes Sparbedürsnis haben, aber auch auf größere Handels und Gewerbetreibende und Landwirte; dazu kommen Kentner, Minderjährige, namentlich der höheren Bolksschichten, Mündel und andere. Ferner nehmen die Sparkassen Erbschäftsgelder, ja sogar Gelder von Gemeinden an usw. Heute liegt die Sache so, daß die Einlagen der Tagelöhner, Dienstboten, Arbeiter usw. nur einen kleinen Teil der Gesamteinlagen ausmachen.

Man hat sich mit dieser Entwicklung, von einzelnen Auswüchsen natürlich abgesehen, im allgemeinen abgesunden, und zwar mit vollem Recht. Die Sparkassen sind heutzutage nicht mehr lediglich prophylakstische Institute zur Verhütung der Verarmung, sondern Institute zur

wirtschaftlichen Hebung sowohl der unteren Volksschichten als des Mittelstandes.

Über den Ruten der Beteiligung höherer Boltsschichten läßt sich streiten. Sie wird von einer Seite heftig angegriffen 1, von anderer Seite, und zwar vor allem von seiten der Sparkassenverwaltungen, damit verteidigt, daß die kleinen Konten erheblich mehr Arbeit und Kosten verursachen und daher bei Nichtbeteiligung "kapitalistischer Einsleger" nur ein geringerer Prozentsat an Zinsen gewährt werden könne. Zedenfalls kann es nicht als Ausgabe der Sparkassen bestrachtet werden, ihre Kräfte allzu stark in den Dienst der höheren Bolksschichten zu stellen und sich zu Bankinstituten umzuwandeln; sür diese Schichten ist durch das Bankwesen genügend gesorgt. In erster Linie müssen sich die Sparkassen in den Dienst der unteren und mittleren Bolksschichten stellen.

Die Pflicht der wirtschaftlichen Hebung der "kleinen Leute" seitens der Sparkassen hat zwei Seiten. Einmal soll die Sparkätigkeit nach Möglichkeit erleichtert und angeregt werden. Die Anfang der achtziger Jahre einsehende Resormbewegung hat sich mit dieser Seite eingehend besaßt und viel zur Beseitigung allmählich entstandener Mißstände und zur Anregung neuer Bege und Mittel beigetragen. Die andere Seite betrifft die Anlegung der angesammelten Sparkapitalien. Diese Seite ist von der Resormbewegung sehr vernache lässigt worden und doch war sie noch erheblich resormbedürstiger 2.

Es ist klar, daß im Zeitalter der Kreditwirtschaft den kleinen Leuten nicht allein damit gedient sein kann, daß ihnen gleich den Großen die Möglichkeit geboten ist, Kapitalien anzusammeln. Die angesammelten Kapitalien müssen vielmehr auch für ihre wirtschaftliche Hebung durch Gewährung von Darlehen fruchtbar gemacht werden. Durch Darlehen können einmal gefährdete Existenzen gerettet werden: zweitens können diese Volksschichten dadurch wirtschaftlich sehr gesfördert werden, da ihnen auf diese Weise die Möglichkeit gegeben ist, wie die höheren Volksschichten mit fremden Mitteln zu arbeiten. Diese

¹ Namentlich von Schachner (Handw. d. Staatsw. Art. Sparkaffen; Archiv für Sozialwissensch. u. Sozialpol. Bd. 21 usw.).

² Schon Engel sagt sehr treffend in der "Zeitschrift des preuß. Statist. Bureaus" von 1867: "Geld aufsammeln ist nur die eine Hälfte der Aufgaben der Sparkassen; es nutbar anzulegen, es zu werbendem Kapital zu machen, und zwar im Interesse der Sparenden, das ist die andere."

Möglichkeit müssen sie haben, wenn sie in der modernen, auf Rredit beruhenden Wirtschaftsordnung nicht unterliegen sollen.

Eines solchen produktiven Kredits bedürfen unter den Kreisen, denen die Einleger angehören, vor allem die kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden. Für Arbeiter, Dienstdoten, kleine Beamte und dergleichen können natürlich nur Darlehen in geringerem Umfange in Frage kommen. Für andere Einlegerkreise (Kentner, Minderjährige) kommen Darlehen überhaupt nicht in Frage. Aus diesem Grunde läßt es sich rechtsertigen, daß ein Teil der Spareinlagen neutral, also in Inhaberpapieren, insbesondere Reichse und Staatsanleihen, oder in Darlehen an öffentliche Korporationen und Institute angelegt wird. Nach Möglichkeit sollte man aber die Einlagen innerhalb des Bezirks der Sparkasse anlegen, da auch diese Kreise an der wirtschaftlichen Hebung ihres Heimatsbezirks meistens mitinteressiert sind.

In der Hauptsache werden deshalb die Spargesder zweckmäßig zur wirtschaftlichen Hebung des eigenen Bezirks der Sparkasse verwendet werden müssen; soweit kapitalistische Einleger beteiligt sind, können wieder Darlehen an diese und an öffentliche Korporationen und Institute in Frage kommen; im übrigen aber hauptsächlich Darlehen an die kleineren Landwirte und Gewerbetreibenden bzw. an deren Berzcinigungen (insbesondere Genossenschaften). Man wird aus der sozialen Mission der Sparkassen vielleicht auch die Berechtigung ableiten dürsen, auch einen Teil der von "Kapitalisten" herstammenden Einlagen in diesem Sinne zu verwenden. Denn deren Interessen werden durch die Banken wahrgenommen, so daß die Sparkassen schon allein aus Gründen der Arbeitsteilung ihr Interesse in erster Linie den mittleren und unteren Volksschichten zuwenden sollten.

Der Aufgabe, Darlehen an kleine Landwirte und Gewerbetreibende zu gewähren, sind die Sparkassen im Laufe der Zeit nur teilweise gerecht geworden, insofern sie nämlich von jeher den Hppothekenkredit in starkem Maße gepflegt haben. Dagegen haben sie den Personalskredit sehr vernachlässigt.

Das Bedürfnis nach einem umfassenden Personalfredit ist allerbings namentlich in der Landwirtschaft viel später hervorgetreten als dassenige nach einem reichlichen Realfredit. Es datiert von der Zeit, wo man von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft überging und infolge der nötig gewordenen intensiven Betriebsweise größere Summen baren Geldes zur Anschaftung von besserem toten und lebenden Inventar sowie

zur Erwerbung von Futters und Dungstoffen, Saatgut, Arbeitskräften usw. brauchte. Die für die Deckung laufender Betriebsausgaben, sowie ferner auch für die Deckung von durch unvorhergesehene Unglücksfälle verursachten Ausgaben ersorderlichen Summen dürfen nur durch Personalkredit, nicht durch Realkredit aufgebracht werden. Es erscheint geradezu widersinnig, wenn vorübergehende Areditbedürzinisse im landwirtschaftlichen Betriebe durch Berschuldung des Grundbesitzes selbst gedeckt werden. Die Schulden bleiben in diesem Falle dauernd auf dem Grundstücke haften und werden aus Bequemlichkeit, Gewohnheit und anderen Gründen nicht wieder abgestoßen.

Was aber von der Landwirtschaft gilt, trifft in gleicher Weise auch auf den kleineren und mittleren Gewerbestand, namentlich auf den Handwerkerstand, sogar bis zu einem gewissen Grade auch auf den Arbeiterstand zu. Auch diese Erwerbsklassen, welche einen großen Teil der Klientel der Sparkassen ausmachen, sind eines soliden und zweckentsprechenden Personalkredits durchaus bedürftig, den bisher in der Hauptsache nur die Genossenschaften gewähren.

Die kleinen Handels und Gewerbetreibenden sind zudem in der Regel auf den Personalkredit angewiesen, da sie in der Regel keine Immobilien besitzen. Für die Kleingewerbetreibenden ist die Kreditsbeschaffung ein starkes Bedürfnis, ja eine Lebensfrage geworden, seit die kapitalistische Wirtschaftsordnung sie der Konkurrenz der Großen ziemlich schutzlos preisgegeben hat. Denn während der kleine landwirtschaftliche Betrieb gewisse natürliche Borzüge, die in der samilienshaften Arbeitsversassung begründet sind, vor dem Großbetrieb voraus hat, sehlen dem kleinen Gewerbetreibenden solche Vorzüge, so daß seine Erhaltung eine schwere Sorge der Gegenwart bildet 1. Für die kleinen

¹ über den kleingewerblichen Kredit heißt es in der "Herreichisch-Ungarischen Sparkasseitung", 1910, Rr. 36: "Während sich der Kredit dem Unternehmertum in Fülle erschloß, versiegte er für das Kleingewerbe gar bald. Ohne Kredit aber ist das Gewerbe ein Gewächs, das dem Berdorren preisgegeben ist. Die Bankinstitute, deren rasches, sruchtbares Aufblühen die zahlreichen kleinen Bankiers, die sich noch mit dem gewerblichen Kredit befaßten, auf den Aussterbeetat setze, und die, ihrem Umsange entsprechend, auch nur mit großen, sicheren Kunden zu tun haben wollen oder im Kleinkredit überreichliche Deckung verlangen, trugen ein übriges dazu bei, daß dem kleinen Manne das unentbehrliche Instrument des Kaufmannes von heute, der Kredit, entzogen wurde. Die Sparkassen, diese so hervorragenden Bermittler der im Bolke sich häusenden Kapitalkrast an

Sandeltreibenden dagegen wird heutzutage durch die Banken und ihre Filialen in ausreichendem, oft stark übertriebenem Mage gesorgt.

Die Sparkassen haben bezüglich der Versonalkreditgewährung im allgemeinen völlig berfagt.

Bunächst fielen namentlich die kleinen Landwirte, aber auch die kleinen Gewerbetreibenden den privaten Geldleihern zum Opfer; namentlich auf dem Lande hat der Bucher entsetzliche Verwüftungen angerichtet. In den Genoffenschaften ist ihnen endlich ein Retter in der Not erstanden.

Trop der glänzenden Entwicklung des Genoffenschaftswesens werden aber immer noch viele Lücken bleiben, welche die Sparkaffen ausfüllen können, da für die Gründung einer Genossenschaft nicht immer die nötigen Rräfte und Mittel vorhanden sind. Aber auch mit den vorhandenen Genoffenschaften können sie, ohne ihnen schädliche Ronkurrenz zu machen, in einen loyalen Wettbewerb zur Befriedigung der in Fülle vorhandenen Nachfrage nach Versonalkredit treten, "Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen" 1. Die vielfach vorhandene

freditbedürftige Rreise, find durch Gesetz und Pflicht an feste Formen des Aredits gebunden und konnten die berechtigten Areditansprüche des "kleinen Mannes" nur in gang ungulänglichem Mage befriedigen. ... Ein zweites, nicht minder bedeutendes Mittel (als erftes wird vom Berfaffer die Gründung von Spezialinstituten empfohlen), dem Rleingewerbe Rreditquellen zuzuführen, sind die von den Sparkaffen gegründeten Borichuftaffen auf Berjonalkredit. Die Sparkassen allein, die die Einrichtung von Borschuftassen als einen Zweig ihrer gemeinnütigen und humanen Tätigkeit ansehen und die bei folden Richtungen Gewinnabsichten meift völlig ausschließen, sind im= stande, den Kreditwerbern mit billigen Personaldarlehen, die in vielen Fällen schon zureichend sind, entgegenzukommen."

1 Landrat Dr. Leng-Beuthen hat auf dem 19. Schles. Sparkassentag folgende treffenden Ausführungen gemacht: "Die allgemeine Erfahrung hat wohl gelehrt, daß noch weite Gebiete unseres wirtschaftlichen Lebens durch Einräumung eines nicht zu teuren Personalfredits befruchtet, und dag weite Rreise unseres Bolfes in der Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Rräfte da= durch gestärkt werden können, daß insbesondere auch unsere sämtlichen Mittelstände der funktifikatorischen Dienstbarmachung fremden Kapitals fortlaufend bedürfen, wenn anders fie der überwiegenden Macht der großkapitalistischen Betriebsweise nicht erliegen sollen. Daß die öffentlichen Sparkassen, entsprechend ihrer gemeinnützigen Mission, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten berufen sind, kann heute einem Zweifel nicht mehr unterliegen, und ich meine, daß sie zwar mit der jeweils nach den besonderen örtlichen Verhältnissen mehr oder weniger gebotenen Vorsicht, aber doch nicht mit übertriebener Ungftlichkeit ans Werk geben sollten."

Sifersüchtelei zwischen Sparkassen und Genossenschaften hat zur Folge, daß die Sparkassen einen erheblichen Betrag der Spareinlagen außerhalb des Bezirks anlegen, die Genossenschaften aber von außerhalb fremde Mittel hereinziehen müssen. Die Kreditgewährung wird das durch selbstverständlich verteuert.

Von Regierungsseite ist die Pflege des Personalkredits der Sparkassen hin und wieder empsohlen worden. So heißt es beispielsweise in dem preußischen Ministerialerlaß vom 18. April 1856:

"Die Bedeutung der Sparkassen ist eine zwiefache. Sind sie auf der einen Seite dazu berufen die Sparsamkeit zu fördern und hier= durch Sittlichkeit und konservativen Sinn zu fördern, so haben sie auf der anderen Seite die nicht minder wichtige Aufgabe, Eristenzen zu erhalten, welche sonst wenn nicht geradehin zerstört, doch wesentlich gefährdet werden möchten. Die Leihkaffe, welche mit der Sparkaffe notwendig verbunden sein muß — § 5 des Reglements vom 12. Dezember 1838 —, ist es, welche diese lettere Aufgabe zu lösen hat, und je mehr die Sparkaffenverwaltung von der Richtigkeit dieses Berufes durchdrungen ist, um so wohltätiger wird sie nicht bloß in ihrem, sondern auch im Interesse des Kommunalbezirks und des Armenwesens wirken. Sie wird hierbei vorzugsweise die Berhältnisse der arbeitenden Masse überhaupt, und namentlich die der kleineren Handwerker ins Auge fassen und sich zu bergegenwärtigen haben, daß bei diesen Unglücksfälle nicht selten zum völligen Ruin führen, wenn nicht schleunig und in entsprechender Beise geholfen wird. Sandelt es sich hierbei auch meist nur um an sich geringe Summen, so sind doch diese Beträge für die hier in Rede stehenden Bersonen nicht un= bedeutend, und auf der anderen Seite wird es ihnen, wenn nicht unmöglich, doch schwer, diese von Privatpersonen zu erhalten.

Die Sparkassen sind es, welche hier helsend eintreten können und müssen, und die meisten Statuten der Kreissparkassen haben, um diese Aufgabe zu erfüllen, deshalb auch die Bestimmung aufgenommen, daß Darlehen aus denselben auch gewährt werden können ohne Pfand, wenn nur für die eigentlichen Schuldner durch solide und zuberlässige Personen für Kapital, Zinsen und Kosten Bürgschaft geleistet wird. Gefahren sind bisher hieraus nicht entstanden, da die Bürgschaft von an sich sicheren Männern in allen Beziehungen ausreicht, dieselben von vornherein zu beseitigen."

Diefer Ministerialerlaß spricht nur bon der Darlehnsgewährung

zum Zwecke der Rettung der Existenzin Notund Unglücks = fällen, befürwortet demnach eine Erweiterung der Funktionen der Sparkassen als prophylaktischer Institute zur Berhütung der Massen=armut.

Dasselbe hatte teilweise auch noch der verstorbene Landrat, Gesheimer Regierungsrat Knebel im Auge, als er im Jahre 1886 im preußischen Abgeordnetenhause den Antrag stellte:

Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, Maßregeln in Erwägung zu nehmen, um der Ausbeutung und Übervorteilung entgegenzuwirken, welcher die wirtschaftlich schwächeren Besvölkerungsklassen, namentlich auf dem Lande, bei Gelds und Kreditgeschäften sowie bei dem Handel mit Grundstücken und mit Bieh vielfach verfallen.

Indessen ist die Rettung aus den Händen von Wucherern schon etwas ganz anderes als die Rettung in denjenigen Fällen der Not und des Unsglücks, die man früher im Auge hatte, nämlich in Fällen von Schicksalssichlägen. Im letzteren Falle handelt es sich um Funktionen, die heutzutage die Versicherungen in großem Maßstabe übernommen haben: Alters, Invaliden, Krankheits, Feuer, Hagel, Viehversicherung usw. Im ersteren kommen dagegen Funktionen in Frage, welche die Genossenschaften heutzutage in so großem Umfange ausüben, d. h. die Kreditgewährung zur Einrichtung oder Erweiterung eines Vetriebs und, was Knebel besonders im Auge hatte, zur Erledigung von Erbaußeinandersetzungen (Erwerb von Steigerungsprotokollen), ferner zum Unkauf von Grundstücken, Vieh, Maschinen und sonstigen Betriebsmitteln usw. Hier handelt es sich um produktiven Kredit, früher nur um reproduktiven.

Knebel wünschte zu diesem Zwecke insbesondere eine Ausgestaltung der Kreissparkassen zu Kreisbanken. Er selbst hatte bereits die Tätigsteit der Kreissparkasse in Merzig erheblich ausgedehnt. Andere Sparskassen dem Beispiele gesolgt. Auf diese Weise war den Bucher im Saargebiet in wirksamster Weise bekämpft worden.

Trotsdem Anebel auf diese großen Erfolge hinweisen konnte, sand sein Antrag sowohl auf seiten der Regierung als der Abgeordneten keine Gegenliebe und wurde abgelehnt. Insosern hatte indessen seine

¹ Die Zdee einer Kreisbank ist neuerdings im Kreise Schwetz durch den Landrat v. Halem verwirklicht worden; indessen besteht die dortige Kreisbank neben der Kreissparkasse, stellt also keine Erweiterung dieser dar.

Anregung Erfolg, als ein anderer, allerdings stark verwässerter (von einem Abgeordneten ironischerweise als "durchaus harmlos" bezeichsneter) Antrag von Derzen und Wettich angenommen wurde:

Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, nach Möglichsteit dahin zu wirken, daß in allen Teilen der Monarchie komsmunale Sparkassen errichtet werden, durch welche sowohl der Sparsinn gefördert als auch den gesunden Kreditbedürsnissen der kleineren Besitzer Rechnung getragen werden kann.

Dieser Antrag wurde durch Ministerialerlaß vom 6. Juni 1886 den Oberpräsidenten mit dem Ersuchen mitgeteilt, "darauf hinzuwirken, daß die Sparkassen und ihre Filialen tunlichst erweitert und Einrichtungen getroffen werden, welche, soweit dies mit dem Hauptzweck der öffentslichen Sparkassen, die Hebung des Sparsinns zu fördern, und vor allem mit dem streng zu befolgenden Prinzip der sicheren Anlegung der Gelder vereindar ist, eine Bestiedigung der gesunden Kreditsbedürfnisse der kleinen Besitzer ermöglichen".

Der Wucher auf dem Lande beschäftigte noch in demselben Jahre das preußische Landesökonomiekollegium und den Verein für Sozialspolitik, die beide eine Enquete veranstalteten. Letterer veranstaltete einige Jahre später außerdem eine ausgedehnte Enquete über die Bestriedigung des Personalkredits des ländlichen Kleingrundbesitzes.

In den aus Anlaß der letteren erstatteten Berichten kommt viels sach unverkennbar ein starkes Borurteil gegen die Personalkredits gewährung durch die Sparkassen zum Ausdruck. Als Ergebnis dieser Enquete kann in dieser Hinsicht ein Aufsatz im Grenzboten gelten, in dem es hieß:

Die Kommunassparkassen sind, weil ihnen das ihre ganze Organisation gebietet, nur dem Hypothekenkredit, der Realssicherheit nutbar, während es ihnen ihre ganze Sinrichtung ersichwert, dem Personalkredit zu genügen. Wenn sie solchen densnoch gewähren, so geschieht es in einer Form, die mit dem natürslichen Begriff des Personalkredits nicht übereinstimmt. Aus demselben Grunde können und dürsen auch alle anderen ähnslichen Kreditinstitute wie Kreissparkassen, Landesbanken, Stifstungen usw. nur dem Realkredit dienen; sie kommen daher bei

¹ Jahrg. 1897, zit. bei v. Altrock, die Tätigkeit der öffentlichen Sparskassen, S. 99. Ahnlich urteilt aber auch in neuester Zeit Schachner (z. B. im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Art. Sparkassen).

der Regelung des Personalkredits für den kleinen Landwirt gar nicht in Frage. Die Sparkassen sind zur Beschaffung des länds lichen Personalkredits ihrem ganzen Wesen nach ungeeignet 1.

Daß in dem Borurteil mancher Kreise ein starkes, die Ausdehnung der Personalkreditgewährung hemmendes Moment liegt, ist klar. Es kommen aber noch manche andere Momente hinzu, die bei den Sparkassenberwaltungen selber zu suchen sind.

In erster Linie wirkt die Organisation hemmend. En gel hat schon im Jahre 1861 in seinem Aufsat: "Die Sparkassen in Preußen als Blieder in der Rette der auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebauten Anstalten" (Zeitschr. d. Stat. Bureaus, 1861) vorausgesagt, daß die Genossenschaften deshalb die Sparkassen bald überflügeln würden. Es fehlte letteren die "genossenschaftliche Atmosphäre". Die Genossen= schaftsmitglieder haben durch die Generalversammlungen Einfluß auf die Berwaltung und ein Recht der Kontrolle; sie mählen die Ber= waltung. Hecht 2 hat mit Recht die Sparkassen eine aristokratische, d. h. eine Einrichtung der höheren Volksklaffen genannt. Beffer nennt man fie vielleicht eine "bureaukratische" (behördliche). Dieses Moment würde an und für sich keinen Fehler bedeuten; letterer liegt nur dann vor, wenn das Shitem dazu führt, daß die Berwaltung und die geschäftliche Behandlung der Kreditgesuche nicht in moderner, beguemer Beise erfolgen, sondern sich noch in althergebrachten, für die modernen Erwerbs= und Verkehrsverhältnisse nicht mehr passenden Formen be=

¹ Mehr Berständnis zeigt ein Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers vom 26. Februar 1896, der den Landwirtschaftskammern empfahl, da, wo das Bedürsnis nach Personalkredit durch genossenschaftliche Organisationen vorläufig noch nicht bestiedigt werden könne, auf eine entsprechende Geschäftsgebarung der Sparkassen hinzuwirken. "Denn die Sparkassen sind, unbeschadet ihres Hauptzweckes, der Erweckung des Sparkrieds und sicheren Anlage ihrer Bestände, sehr wohl in der Lage und berusen, bei der Anlage ihrer Gelder auf Bestiedigung des Personalkredits ihrer Bezirkseingesessenn Bedacht zu nehmen und haben auf diesem Gebiet mehrsach durchaus ersprießlich gewirkt. Die Sicherheit der Geldanlage wird bei vorssichtiger Geschäftssührung durch die Ausleihung in kleinen Beträgen keinesewegs gesährdet."

² "Die Fortschritte des deutschen Sparkassenwesens", S. 1: "Die Initiative für ihre Entstehung ist nicht aus den unteren Bolksklassen hers vorgegangen, sondern sie waren aristokratische Associationen, d. h. der Impuls ging aus von der Bereinigung solcher gesellschaftlicher Clemente, welche über dem Bedürsnis der Benützung einer Sparkasse standen."

wegen. Über solche Fälle wird allerdings häufig geklagt, cs herrscht vielsach eine gewisse Bequemlichkeit und eine Unlust vor, an die neuen Aufgaben heranzutreten. Wan scheut sich oft wohl auch vor der mit der Personalkreditgewährung verbundenen größeren Arbeit.

Die vielsach bestehende Meinung, daß die Personalkreditgewährung mit größerem Risiko verbunden sei, ist nicht begründet. Eine Enquete des Schlesischen Sparkassenberbandes, die sich auf das Rechnungsjahr 1905 bezog, hat folgendes ergeben. Bon 540 Sparkassen waren übershaupt Antworten eingelaufen; über den Personalkredit äußerten sie sich folgendermaßen:

141 Sparkassen halten den Hypothekenkredit für sicherer oder geben ihm den Borzug, 124 halten den Hypotheken= und Personalkredit für gleich sicher, 11 halten den Personalkredit für sicherer oder geben ihm den Borzug, 8 halten den Personalkredit nicht für unsicher oder gesfährdet oder erwarten keine Berluste, 10 halten den Personalkredit für gefährdet; die übrigen nehmen zur Frage keine Stellung oder haben keine Ersahrung.

Die Verluste beim Personalkredit sind nach den eingelaufenen Antsworten weniger häufig als beim Realkredit, denn es hatten

- a) bei Hypotheken 78 Sparkassen Verluste, 332 keine Verluste; die übrigen haben diese Frage nicht beantwortet;
- b) beim Personalkredit 52 Sparkassen Verluste, 342 keine Verluste; die übrigen haben diese Frage nicht beantwortet.

Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Personalkreditzgewährung im Berhältnis zur Realkreditgewährung sehr gering ist, daß also bei stärkerer Ausdehnung der ersteren die Berluste zweisellos auch häusiger sein werden. Bei stärkerer Ausdehnung werden daher aller Boraussicht nach diejenigen Recht behalten, die den Hypothekenzkredit und den Personalkredit für gleich sicher halten.

Ferner wurde vom Sparkassenberband der Provinzen Oft= und Westpreußen für die am 22. August 1908 stattgefundene Generals versammlung eine Enquete bei den ost= und westpreußischen Sparkassen veranstaltet. Bon den 86 Sparkassen, welche sich zur Sache geäußert, halten die meisten den Hypothekarkredit für sicherer als den Personalskredit — allerdings ohne für diese Ansicht einen Grund anzusühren —, erklären aber fast alle übereinstimmend, daß sich beide Kreditarten bewährt hätten. Einige Berwaltungen erklären beide Kreditarten für gleichwertig. Dagegen bemerkt die Kreissparkasse in Allenstein, daß

sich der Personalkredit mehr bewährt habe als der Hypothekarkredit, da letzterer zu lange festliege, jener aber nur auf durchschnittlich zwei bis drei Jahre gegeben werde; ebenso hält die städtische Sparkasse in Allenstein den Personalkredit für besser und sicherer. Auch die städtische Sparkasse in Jastrow erklärt, daß der Wechselkredit mit Bürgschaft der sicherste und beste sei. Die Kreissparkasse in Preußisch= Ehlau äußert sich dahin, daß beide Anlagen als gleichwertig anzussehen seien.

An Berlusten hat eine oftpreußische Sparkasse seit 1843 12 000 Mk. im Personalkredit eingebüßt gehabt, eine westpreußische seit 30 Jahren 400 Mk. Berlust an einem Bechsel; bei einer westpreußischen Kreißsparkasse hat der Berlust im ganzen bei Hypothekendarlehen 4559 Mk., bei Personaldarlehen 7435 Mk. betragen; bei einer Kreißsparkasse im Bezirk Königsberg haben sich die in früheren Jahren vorgekommenen Berluste gleichmäßig auf beide Kreditarten verteilt. Bon einer städtisschen Sparkasse in demselben Bezirke sind Berluste nur bei Hypotheken, bei der Kreißsparkasse desselben Kreises ebenfalls nur bei hypothekarischen Darlehen, und zwar in Höhe von 5000 Mk. vorgekommen.

Das Ergebnis der oft- und westpreußischen Enquete spricht also auch keineswegs gegen die Sicherheit des Personalkredits.

Für die Gewährung von Personalkredit an Privatpersonen kommen vor allem die Sparkassen der Kreise und der kleineren Gesmeinden in Frage. In großen Städten ist die Prüfung der Kreditsfähigkeit darlehnsbedürftiger Privatpersonen in der Regel sehr schwierig, wenn auch nicht immer ausgeschlossen, eine Kreditzgewährung daher mit einem hohen Risiko verbunden, das die Sparskassen nicht auf sich nehmen dürsen, ohne den Grundsatz größtmöglicher Sicherheit in der Anlage der Sparzelder zu verletzen. Dagegen ist auf dem Lande und in den kleineren Gemeinden, wo die Verwaltung der Sparkassen die Kreditsuchenden zum Teil persönlich kennt, zum Teil leicht über sie zuverlässige Auskunst erhalten kann, die Gewährung

¹ Die Stadtsparkasse in Straßburg i. E. verleiht an Kleingewerbetreibende, insbesondere an Handwerker, Spargelder im Höchstbetrage von 1000 Mk. für den einzelnen Schuldner auf Schuldschein gegen Bürgschaft. Unmöglich ist die Personalkreditgewährung demnach auch in Großstädten nicht, vielleicht von den größten abgesehen. Die großstädtischen Sparkassen können hierdurch gewiß manches zur Lösung der Handwerkerfrage beitragen.

von Personalkredit mit nicht größerem Risiko verbunden als die Geswährung von Realkredit.

Für die Kleinstadt und das platte Land wird man daher unbedenklich den vom 19. Schlesischen Sparkassentag angenommenen Thesen zustimmen dürfen:

- 1. Die Erfahrungen berechtigen nicht, den Personalkredit für gefährdeter zu halten als den Realkredit.
- 2. Den Sparkassen kann deshalb die Pflege des Personalkredits nahegelegt und sowohl im allgemeinen volkswirtschaftlichen Insteresse als zur Förderung der Flüssigkeit empsohlen werden.

Wie in der zweiten These angedeutet ist, empfiehlt sich eine größere Unlage in Bersonalkredit auch zur besseren Liquiderhaltung der Einlagen. Die großstädtischen Sparkassen halten zweckmäßig einen größeren Bestand an Primadiskonten, wenn sie den Personal= fredit nicht pflegen können. Die kleinstädtischen und ländlichen da= gegen können das deswegen nicht, weil sie selten über ein in Bechseldiskontierung geschultes Personal verfügen. Sie anderseits dazu zwingen zu wollen, zur Liquiderhaltung einen unnötig hohen Prozentsat mundelsicherer Papiere, wie Reichs= und Staats= anleihen, zu halten, ift gang verkehrt. Bu den liquidesten Unlagen gehört der Besit solcher Effekten zweifellos, aber er birgt doch große Berluftgefahren infolge der erheblichen Rursdifferenzen, denen er ausgesett ift, in sich. Wenn diese, wie die täglichen Geschäftsberichte der Sparkaffen erkennen laffen, fich schon in ruhigen Zeiten unangenehm bemerkbar machen, so können sie in kritischen Zeiten geradezu den Bermögensstand der Raffe in Frage stellen. Denn wie das Beispiel des Jahres 1866 zeigt, waren damals viele deutsche Staatsanleihen um 30-40 Prozent im Kurse gefallen, und Lombardierungen waren trot der höchsten Zinsfätze vielfach gar nicht möglich. Biele Sparkaffen gerieten in schwere Bedrängnis, da ein solcher Ansturm seitens der ihre Guthaben fordernden ängstlich gewordenen Einleger erfolgte, daß erstere völlig zu versagen drohten. So mußten die Kassen in Karls= ruhe und Pforzheim Staatshilfe in Anspruch nehmen. Auch 1870 brachte zunächst einen ähnlichen Rurssturz selbst der preußischen Unleihen, und in Österreich versagten damals die Banken Borschüsse auf Wertpapiere. Db die für den Rriegsfall vorgesehene Eröffnung von Rriegsdarlehnskaffen, die gegen Verpfändung bon Staatsanleihen Darlehnskassenscheine ausgeben, sich immer bewähren wird, ist gleichDer Personalfredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 15

falls nicht unbedingt sicher; es kann vor allem, wenn der Krieg eine unglückliche Wendung nimmt, leicht zu einer derartigen Übersschwemmung des Landes mit solchen Kassenscheinen kommen, daß ihr Wert erheblich unter den Nominalwert heruntergeht.

Auch in Friedenszeiten kann bei wirtschaftlichen Krisen ein zu starker Besitz in Staatspapieren trotz aller anerkennenswerten Fürsjorge, die man neuerdings dieser Frage widmet, verlustreich sein. So erklärte im Jahre 1902 der elsaß-lothringische Unterstaatssekretär von Schraut, daß die Staatsdepositenverwaltung in den Reichslanden, bei der 99 Millionen Sparkassengelder einlagen, mit einer Unterbilanz von 7 Mill. Mt. abschloß, weil sie die Sparkassengelder zu einer Zeit, wo der Kurs der Reichsanleihe sehr niedrig stand, zurückzahlen mußte.

Diese Verhältnisse machen auch den ausschließlichen Besitz von Wertpapieren für die Postsparkassen besonders gefährlich. Die Lonsoner Postsparkasse hatte nach den Kursrückgängen in den Jahren 1898 und 1899 gegenüber Verbindlichkeiten von 130,13 Millionen Pfund Sterling nur Aktiva von 129,63 Millionen (einschließlich 371 000 Pfund Sterling Wert des Zentralgebäudes).

Noch bedenklicher ist die übermäßige Anlage von Kapitalien der Sparkassen in den Anleihen des eigenen Garantieberbandes wegen der hierdurch entstehenden Verquickung des Gemeindekredits mit dem Sparkaffenkredit. Abgesehen davon, daß kommunale Unleihen über= haupt, namentlich aber in kritischen Zeiten, schwer verkäuflich sind, werden durch diese Verbindung für die garantierende Gemeinde ähn= liche Gefahren heraufbeschworen, wie fie bei der ausschließlichen oder vorwiegenden Anlage der Sparkassenkapitalien in Staatspapieren in politisch bewegten Zeiten für den Nationalwohlstand Ein Beispiel bietet hierfür unter anderem Frankreich, wo die Einlagen der Sparkaffen an den Staat abgeliefert werden müffen. Infolge dieser engen Verbindung der Sparkassengelder mit den französischen Staatsfinanzen mußten die französischen Sparkassen an allen politischen Bewegungen des Staates unmittelbar teilnehmen. fahrungen traurigster Art machte im Jahre 1848 besonders die große Parifer Sparkaffe, deren Ginlegerguthaben binnen Jahresfrift von 80 auf 10 Mill. Fr. zusammenschmolz. Die Sparkasse mußte für 80 Mill. Fr. Wertpapiere mit einem Verlust von 2,65 Millionen ber= äußern und schließlich doch die Bargahlungen einstellen. Die Einleger wurden genötigt, statt baren Geldes Staatspapiere, welche 64 wert

waren, zum Zwangskurse von 80 anzunehmen. Ühnliche Borgänge haben um die Mitte des vorigen Jahrhunderts das baherische Sparskassenbesen zufolge dessen damaliger enger Berbindung mit der Staatsschuldentilgungskasse erschüttert.

Wenn nun auch durch eine Verbindung von Gemeindes und Sparskassennicht gerade Gesahren in dem vollen Umfange, wie die erwähnten, zu befürchten sein möchten, so können sie unter Umständen doch in schwierigen Zeiten zu einer unliebsamen Bedrückung der Steuerzahler, wenn nicht gerade zu einem wirtschaftlichen Ruin der einzelnen Gemeinde führen. Einzelne Regierungen sind daher auch der starken Verbindung beider Aredite entgegengetreten. Das völlige Verbot der Gewährung von Darlehen an den Garantieverband oder der Übernahme von Schuldverschreibungen desselben, wie es im Königsreich Sachsen und in Sachsen-Altenburg besteht, dürste vielleicht das Richtigste sein.

Wenn es nun zweckmäßig erscheint, die Aktivkapitalien der Sparkassen in der Hauptsache innerhalb des Bezirks bei den Bezirkseingesessengesessen anzulegen, so darf dies wiederum nicht ausschließlich oder vorzugsweise in Hypothekenkredit geschehen. Denn dieser ist seiner Natur nach langfristig und daher illiquide; die bedungenen kurzen Kündigungsfristen stehen meist nur auf dem Papier. Sine zu hohe Anlage in Hypothekenkredit hat daher schwere Bedenken und kann bei einem Ansturm in kritischen Zeiten zur Zahlungsunsähigkeit sühren, da die Verpfändung von Hypotheken nur bis zu einem gewissen Grade möglich ist. Unter den 1711 Sparkassen, die im Jahre 1910 in Preußen existierten, hatten 435, also der vierte Teil, mehr als 75 Proz. in Hypotheken angelegt; darunter 38 mehr als 90 Proz.

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 17 hohe Tilgungszahlungen zu halten, damit diese Kredite nicht festliegen und nicht den eigentlichen Personalkredit zu ungunsten der Bezirkseinsassen der Kassen, aus deren Händen die Aktivkapitalien der letzteren stammen, beschränken.

In einzelnen Gebieten, in denen das genossenschaftliche Rreditwesen besonders günstig entwickelt ist, wird es den Sparkassen vielsach schwer werden, selbst die Pflege des Personalkredits in die Hand zu nehmen; namentlich kann dies östers dort zutressen, wo mehr städtische und gewerbliche Verhältnisse vorliegen.

Hier bietet sich den Sparkassen aber Gelegenheit, mittelbar den Personalkredit zu fördern, indem sie den Genossenschaften in ge-wissen Grenzen und unter bestimmten Boraussetzungen Kredite in laufender Rechnung oder vorübergehend zur Berfügung stellen und ihnen dadurch die Möglichkeit der Erweiterung ihres Geschäftsbetriebs geben. Dieses Bedürfnis ist auch mehrsach hervorgetreten.

In Preußen 1 wurde der bisher völlig unbehinderte Beschäfts= verkehr mit Genoffenschaften durch einen Erlag des Ministers des Innern vom 13. Mai 1896 verboten, durch einen solchen vom 24. Februar 1899 aber teilweise wieder zugelassen. Gestattet wurde die Rreditgewährung an Genoffenschaften mit unbeschränkter Haftung oder Nachschußpflicht, und zwar unter folgenden Bedingungen: Es sollte nur an Genossenschaften des betreffenden Regierungsbezirks Rredit ge= währt werden und nur dann, wenn eine solche Kreditgewährung im Statut der Sparkaffe vorgesehen mar. Es follte jedenfalls vorher ein Auszug aus dem Genoffenschaftsregister gefordert und die Genoffenschaften sollten zur Einreichung der Bilang, Anzeige des Mitglieder= bestandes und Einreichung jedes Registerberichts verpflichtet werden. Es wurde ferner der obligatorische Tilgungszwang vorgeschrieben und festgesett, daß nicht über 10 Proz. der Sparkassenbestände im Rredit an Genoffenschaften festgelegt werden. Schließlich murde der Rachweis einer fünffachen Sicherheit gefordert.

Dieser Erlaß wurde durch einen neuen Erlaß vom 31. Oktober 1901 abgelöst, der die Kreditgewährung an Kreditgenossenschaften überhaupt ausschloß und sie nur zuließ im Verkehr mit Betriebs-(Produktiv-)

Schriften 137. I.

¹ Bgl. den Bericht des Landrats Dr. Lenz auf dem 19. Schlesischen Sparkassentag ("Sparkasse" 1908, S. 37 ff.) und v. Knebel-Döberit "Das preuß. Sparkassenwesen".

Genossenschaften, aber allerdings solchen aller Art, also sowohl densjenigen mit unbeschränkter Hafts oder Nachschußpflicht, wie denjenigen mit beschränkter Haftpflicht. Er lautet folgendermaßen:

Die Gewährung von Darlehen kann erfolgen gegen eine von der kredits suchenden Genossenschaft zu stellende Spezialsicherheit. Als solche darf eine Berpfändung von Warenvorräten nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten angenommen werden.

Ohne Bestellung einer Spezialsicherheit darf die Kreditgewährung nur unter nachstehenden Boraussetzungen und Bedingungen stattfinden.

A. An Genossenschen mit unbeschränkter Haft= oder Nachsichußpflicht dürsen Darlehen nur bis zu 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher, der betreffenden Genossensichaft angehörigen Mitglieder gewährt werden. Die Feststellung der Höhe des Gesamtvermögens der Genossensichtsmitglieder hat zu erfolgen, indem von der Gesellschaft der Nachweis der gerichtlichen Eintragung der Genossenschaft und der Anzahl ihrer gerichtlich eingetragenen Mitglieder, sowie eine vom Vorstande der Genossenschaft aufsgestellte Liste ihrer eingetragenen Mitglieder beigebracht wird und der Borssigende der Veranlagungskommission über die Höhe des Jahressahes an Einkommensteuer und an Ergänzungssteuer, zu welchem die Gesamtheit der namhaft gemachten Mitglieder der Genossenschaft veranlagt ist, eine summarische Mitteilung macht. Der Herr Finanzminister ist zu diesem Zwecke von mir ersucht worden, die Borsitzenden der Veranlagungskommissionen anzusweisen, dahingehenden Ersuchen der Sparkassenvistände in gleicher Weise nachzukommen, wie solches betreffs der Zentralgenossenschaftskasse geschieht.

B. Un Genoffenschaften mit beschränkter Saftpflicht durfen Darleben nur bis zu 75 v. H. der Gesamtheit der Haftsummen der Genoffenschaftsmitglieder, wobei die Saftsumme jedes Genoffenschaftsmitgliedes auf nicht höher als auf 10 v. H. seines Bermögens angenommen werden darf, gewährt werden. Dabei ist die Fähigkeit der einzelnen Genoffen, für die Haftsummen aufzukommen, von den Sparkassenverwaltungen nach pflicht= niäßigem Ermessen besonders zu prüfen und fortdauernd zu überwachen. Bur Feststellung der Kreditunterlage ist eine gerichtliche Bescheinigung über die Eintragung, die Bahl der Mitglieder und ihrer Anteile sowie die Saft= summen, ferner eine vom Borstande aufgestellte Liste ihrer eingetragenen Mitglieder beizubringen, sowie, nachdem das schriftliche Einverständnis der Mitglieder der Genoffenschaft hierzu eingeholt ift, eine Bescheinigung des Borfitenden der Beranlagungskommiffion dahin zu erbitten, daß das Bermögen, nach welchem die Mitglieder zur Erganzungssteuer veranlagt find, mindestens dem zehnsachen Betrage der von den Mitgliedern übernommenen Haftsummen gleichkommt. Der Finanzminister ist ersucht worden, die Borsitenden der Beranlagungskommissionen anzuweisen, solchen Anträgen der Sparkaffenvorftände zu entsprechen.

Ohne weitere Ermittelungen wird die Bertretbarkeit der Haftsumme eines jeden Mitglieds auf höchstens 300 Mt. angenommen werden können.

C. Außerdem darf die Kreditgewährung ohne Spezialsicherheit an

Der Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 19 Genossenschaften der vorstehend unter A und B bezeichneten Art nur unter solgenden Wodalitäten ersolgen:

- 1. Nur an Genossenschaften innerhalb des Kreises, in welchem sich die Sparkasse besindet, oder an Genossenschaften in einem Nachbarkreise.
- 2. Nur wenn die Kreditgewährung an Genossenschaften durch das Sparstassenstatut als zulässig bezeichnet ist.
- 3. Gegen Verpflichtung der Genossenschaft, jährlich die Bilanz, den Bericht über die etwa seitens des Revisionsverbandes vorgenommene Revision und ein Verzeichnis der Mitglieder unter namentlicher Aufführung der im Lause des Jahres ein= und ausgetretenen Mitglieder an die Sparkasse ein= zureichen.
- 4. Rur gegen Tilgungszwang, indem die Dauer der Tilgung je nach der Urt der von der Genossenschaft versolgten wirtschaftlichen Zwecke auf eine kürzere oder längere Zeit zu bemessen ist.
- 5. Dem Sparkassenvorstande muß stets, auch wenn eine planmäßige Tilgung vereinbart ist, das Recht vorbehalten bleiben, das Darlehen binnen längstens sechs Monaten zu kündigen.
- 6. Die freditsuchenden Genossenschaften mussen an einen Revisionse verband angeschlossen sein.
- 7. Die Gesamthöhe der ohne Spezialsicherheit zu gewährenden Darlehen darf 10 v. H. der Spareinlagen nicht übersteigen.
- 8. Wird ein Kredit ohne Bestellung einer Hhpothek oder eines Pfanderechts, oder Leistung einer anderen Spezialsicherheit einer Genossenschaft gewährt, die durch eine Berbandskasse an die Preußische Zentralgenossensichaftskasse angeschlossen ist, so ist dem Direktorium der letzteren unter Angabe der bewilligten Darlehnssumme Mitteilung zu machen.
- Die Sparkaffenvorstände haben mindestens alle drei Jahre die Bers mögenslage der Genoffenschaft einer näheren Prufung zu unterziehen.

Euer Erzellenz wollen hiernach die Borstände der kommunalen Sparfassen mit Anweisung versehen lassen und nach Jahressrist berichten, in welchem Umfange die Kreditgewährung kommunaler Sparkassen an Erwerbsund Wirtschaftsgenossenschaften unter Bevbachtung vorstehender Grundsätze stattgesunden hat. Kredite, welche von den Sparkassen bereits an Kreditsgenossenschaften gewährt sind, brauchen, soweit sie sicher sind, nicht gekündigt zu werden. Reue Darlehen sind jedoch an solche Genossenschaften nicht zu gewähren.

Welchen Umfang dieser Kreditverkehr mit Genossenschaften bisher gewonnen hat, läßt sich aus der Statistik der Sparkassen nicht ersehen. Nach einer 1902 beranstalteten Enquete waren hauptsächlich Pommern und Hannover, die übrigen Provinzen dagegen nur in geringem Umfange beteiligt.

Die Einschränkungen des Geschäftsberkehrs der Sparkassen mit Genossenschaften erfolgten offenbar im Interesse der Zentralgenossensichaftskasse. Da es den Genossenschaften aber häufig mehr darauf ans

kommt, schnellen als billigen Kredit zu erhalten, würde ihnen in solchen Fällen ein Kontokorrentverkehr mit der Sparkasse des Bezirks zweifel= los sehr erwünscht sein. Gerade in bezug auf die Schnelligkeit der Flüssigkeitmachung des Rredits wird aus Benossenschaftskreisen ge= klagt. Es müssen sich solche Klagen wohl auch aus der Struktur des Geschäftsganges ergeben, denn es wird der Verkehr von der Zentral= genoffenschaftskaffe nicht direkt mit den Genoffenschaften geführt, fon= dern mit den Verbandskaffen, zu welchen sich die Genoffenschaften zu= sammengeschlossen haben. Wenn nun eine Genossenschaft bermöge der Inanspruchnahme, die seitens eines Mitgliedes an fie herantritt, Geld braucht, so wendet sie sich an die Verbandskasse und diese wendet sich an die Zentralgenossenschaftskasse, die dann allerdings meist den benötigten Geldbetrag an die Genossenschaft direkt zu senden pflegt. Aber immerhin ist es klar, daß bei einem solchen Geschäftsgange min= destens zwei bis drei Tage vergehen, ehe das Geld in die Hände der Genossenschaft kommt, und das ist natürlich bei einem — wie es häufig vorkommt — plötlich an eine Genossenschaft herantretenden Bedarf recht unangenehm.

II. Die Arten des Personalkredits und die Formen ihrer technischen Ausgestaltung.

Als Arten des Personalfredits 1 kommen namentlich folgende in Betracht: Darlehen gegen Schuldschein mit Bürgschaft und ohne Bürgschaft, gegen Wechsel, gegen Faustpfand. Als gemischte, aber dem Personalkredit am nächsten stehende Kreditsorm kommt noch die zessionsweise Übernahme von Kaufgeldern in Betracht.

Am verbreitetsten ist die Kreditgewährung gegen Schuldschein mit Bürgschaft. Der Darlehnsnehmer stellt der Sparkasse einen Schuldschein, der Bürge bzw. die Bürgen (meistens werden zwei verslangt) eine schriftliche Erklärung, durch welche er sich zur Übernahme der Bürgschaft verpflichtet (§ 766 B.G.B.), und zwar zweckmäßig als Selbstschuldner (nach § 773 B.G.B.), damit die Sparkasse gegen den Einwand der Borausklage gesichert ist und sich unmittelbar an den Bürgen halten kann. Der Bürgschaftskredit kann noch durch Hypothek oder Faustpfand oder durch Kombination mit dem Wechselkredit bes

¹ Bgl. hierzu v. Knebel-Döberit, "Das Sparkassenwesen in Preußen", S. 89 ff.

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 21 sonders sichergestellt werden, wird aber dadurch natürlich im allgemeinen sehr erschwert und verteuert.

Die Darlehen gegen Schuldschein ohne Bürgschaft sind naturgemäß seltener wegen des damit verknüpften höheren Risikos und können nur bei Personen in Frage kommen, die durch ihre Person= lichkeit oder Vermögenslage genügende Sicherheit bieten. Sie dürfen nur gewährt werden, wenn Verluste entweder ausgeschlossen erscheinen oder nur in geringem Umfange eintreten können. Sie entsprechen einem praktischen Bedürfnis, da es Fälle geben kann, bei welchen eine Bürgschaftsleistung ausgeschlossen oder mit großen Umständlichkeiten verknüpft ift. Daher gestattet zum Beispiel der preußische Ministerial= erlaß vom 27. August 1897 die Gewährung solcher Darlehen unter der Bedingung, daß sie nur an Eingesessene des Garantieberbandes und nur bis zu einer Söhe von 3000 Mk. erfolgen, und zwar nur auf einstimmigen Beschluß der Sparkaffenberwaltung. Sie dürfen ferner nur auf feche Monate und unter Borbehalt einer achttägigen Rundigung erfolgen; der Gesamtbetrag solcher Darlehen darf 1 Broz. der Aktiva oder 10 Proz. des Reservefonds nicht überschreiten. Derartige Rautelen sind bei dieser Kreditform selbstverständlich geboten.

Bei den Darlehen gegen Wechsel muß man den Ankauf börsensähiger Primadiskonten unter den Formen der Personalkreditsgewährung ausscheiden. Hier liegt ein reines Erwerbsgeschäft vor, das namentlich von großstädtischen Sparkassen zwecknäßig zur besseren Liquiderhaltung ihrer Mittel betrieben wird, mit der Personalkreditsgewährung aber nichts zu tun hat. Deshalb ist es auch für die Statistik dringend zu empsehlen, daß sie die Primadiskonten nicht zu den Darlehen gegen Wechsel zählt. Die persönliche Beziehung zwischen Sparkasse und Kreditsuchenden fällt hier ganz fort.

Die direkte Darlehnsgewährung an Kreditsuchende kann gegen Tratten erfolgen. Bei der Annahme solcher Wechsel ist aber größte Vorsicht am Plaze; es empfiehlt sich, für sie dieselbe eventuelle Sicherheit zu verlangen, wie für die sonstigen Darlehen (Sicherungsshhpothek, Faustpfand oder Bürgschaft). Sehr zweckmäßig ist dagegen der Solawechsel, insbesondere wenn er von zwei Bürgen mitunterschrieben ist (Bürgschaftswechsel). Diese Form der Personalkreditzgewährung ist vielleicht überhaupt allen anderen Formen vorzuzziehen. Die einfache Ausstellungsform, die strenge Verpflichtung von Personen und Verwögen, der möglichste Ausschluß von Weitläufigkeiten

bei der Einklagung sind lauter Momente, welche die Einbürgerung und weite Verbreitung erleichtern sollten. In nicht seltenen Fällen wird die Ausstellung eines Wechsels auch ohne bürgschaftliche Verpflichtung genügen. Außer oder neben der Bürgschaft kann eventuell auch noch Verpfändung eines Wertpapiers, einer Hypothek, einer Verssicherungspolice angestrebt werden. Man wird sich aber selbstverständelich auch hier davor hüten müssen, die Bedingungen zu sehr zu ersichweren, da sonst die Areditsuchenden abgeschreckt werden. Die Sparkassen, darfen nicht allzu ängstlich jedes Kisiko vermeiden wollen, sons dern sich lieber auf andere Weise gegen Verluste schützen (Keservessonds, Versicherung und dergleichen).

Gegen die Verwendung des Wechsels auf dem Lande wurden gelegentlich der Enquete des Vereins für Sozialpolitik über den länd= lichen Versonalkredit von den Berichterstattern Bedenken erhoben. Der Geldumlauf im landwirtschaftlichen Betriebe sei ein viel zu schwerfälliger, als daß ein Besitzer mit Sicherheit angeben könnte, daß er an einem gewissen Tage eine ganz bestimmte Summe zu seiner Ber= fügung hätte, um seinen Bechselgläubiger zu befriedigen. Er sei nicht in der Lage, die schnellen und erheblichen Preisschwankungen seiner Produkte voraussehen zu können, und könne daher seine Einnahmen kaum annähernd vorausberechnen. Ferner seien Verluste, zum Beispiel durch Auswintern des Getreides, sommerliche Dürre, Krankheiten und Unfälle seines Biehes, imstande, seine ganze Rechnung umzuwerfen und ihn, wenn er Bechselschuldner sei, dem Gerichtsvollzieher in die Hände zu geben. Sei nun gar der Wechsel nur auf drei Monate aus= gestellt, wie es bei den Kreissparkassen üblich sei, so erhöhe das natür= lich die Schwierigkeiten der Rückzahlungen bedeutend und mache die Benutung des Kredits nur in den feltensten Fällen da möglich, wo die Besitzer noch gut fundiert seien. Berücksichtige man schließlich, daß diese Kassen für jede Wechselschuld nicht nur einen, sondern zwei Bürgen verlangten, welche beide wenigstens 1 Proz. Provision haben wollten und die Bauern nicht gern Regierungsbeamte über ihre Vermögens= verhältnisse aufklärten, so werde die geringe Inanspruchnahme für den Personalkredit in den meisten Kreisen begreiflich.

Borbedingung für eine erfolgreiche Personalkreditgewährung gegen Bechsel ist allerdings, daß die Sparkasse nicht den Schwerpunkt auf die Sparkassentätigkeit legt und die Darlehnstätigkeit nicht nur zum Zweck der sicheren und festen Anlage der eingelegten Gelder ausübt.

Bielmehr müssen die Sparkassen in richtiger Erkenntnis der sozialen Aufgaben der Gegenwart unbeschränkt zu einem möglichst vollskommenen Institute zur gesunden Bestiedigung der Areditbedürsnisse namentlich der unteren und mittleren Erwerbsstände entwickelt werden. Sie müssen sich zu Vertrauenskreditanstalten der erwerbssähigen Perssonen entwickeln. Grundsat muß sein, den Verkehr mit der Kasse nach Möglichkeit zu erleichtern, insbesondere in geeigneten Fällen Proslongationen des Darlehens, und zwar östers, vorzunehmen und Abzahlungen jederzeit zu den dem Darlehnsnehmer genehmen Zeiten zuzulassen.

Kennt der Darlehnsnehmer erst das Verfahren der Rasse und hat er das nötige Vertrauen gefaßt, so unterschreibt er, ohne weiter zu fragen, den üblichen Wechsel und kommt punktlich zur Verfallzeit wieder, um um Prolongation als etwas ganz Selbstverständliches zu bitten, die ihm auch immer, wenn nicht Ausnahmefälle (Berschlechterung der Wirtschaft und dergleichen) vorliegen, gewährt werden muß. Die so vielfach angegriffene Rreditform des Wechsels bildet bei richtiger Sand= habung kein Hindernis, nur muß natürlich grundsätzlich der Wechsel nicht weitergegeben werden, sondern als Solawechsel in der Hand der Rasse bleiben. Es ist auch nicht zutreffend, daß die Bauern sich dadurch von dem Verkehr mit der Kreissparkasse zurückschrecken lassen, daß der Vorsitzende des Verwaltungsrats der letzteren der Landrat ist, welcher zumeist auch Borsitzender der Einkommensteuer=Beranlagungskom= mijfion ift; ebensowenig, daß die Darlehnssucher ihren Bürgen Provision gahlen muffen. Die Dienste beruhen gu fehr auf Begenseitigkeit in den Gemeinden und mit einem harmlosen Frühschoppen höchstens ist die Sache abgetan. Gerade der staatliche und kommunale Berwaltungsbeamte ist berufen, in der bewegten Richtung tätig zu fein, da ihm die Bedürfnisse und Berhältnisse seines Bezirks bekannt sind und für ihn jederzeit Belegenheit gegeben ift, sich über die Rredit= würdigkeit und Bedürftigkeit des Darlehnssuchers sowie über die Solveng des Bürgen Auskunft zu berschaffen; auch ift es für ihn ein leichtes zu erfahren, zu welchen 3weden der Schuldner das Darleben aufnehmen will.

Zum Personalkredit rechnet man endlich meistens auch den Kredit gegen Faust pfand (Lombard), obwohl hier eine Art des Realkredits vorliegt; man identifiziert eben heutzutage meistens Realkredit mit Bodenkredit. Wenn aber auch nicht begrifflich, so steht doch wirt-

schaftlich der Lombardkredit den erwähnten Arten des Personalkredits ganz erheblich näher als dem Immobiliarkredit. Das hat seinen Grund darin, daß beim Lombardkredit der verpfändete Gegenstand in die Hände des Darlehnsgebers übergeht, die wirtschaftliche Nutung daher dem Areditnehmer entzogen und infolgedessen der Lombardkredit in der Regel nur ein kurzscistiger ist. Daraus resultiert aber wieder eine engere persönliche Beziehung izwischen Areditnehmer und Areditgeber, der bei dem langfristigen Immobiliarkredit in der Regel sehlt. Insofern ist es auch begrifflich schließlich nicht unberechtigt, den Lombardskredit dem Personalkredit zuzurechnen. Immerhin wird beim Lombardskredit das Darlehen wie beim Immobiliarkredit in erster Linie im Hinblick auf den Wert der Sache, nicht im Hinblick auf die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Areditnehmers gegeben.

Die Lombardkreditgewährung der Sparkassen hat noch keine große Bedeutung gewonnen. Sie hat, abgesehen von der Beleihung mündelssicherer Wertpapiere, manche Bedenken, da die Sparkassen nicht immer wie die Banken über ein entsprechend geschultes Personal versügen. In Preußen ist daher beispielsweise bis zum Ministerialerlaß vom 24. März 1902 nur die Lombardierung mündelsicherer Papiere zugelassen gewesen. Erst dieser Erlaß hat die Lombardierung sämtlicher Wertpapiere bis zu 75 Proz. des Kurswertes und nicht über den Nennwert gestattet, die die Reichsbank in Klasse I beleiht, unter der Boraussehung, daß die Sparkasse in ausreichend geschultes Beamtenpersonal versfügt, welches die Sicherheit der zu verpfändenden Wertpapiere genau zu beurteilen imstande ist". Der Ministerialerlaß gestattet, bis zu 25 Proz. der Sparkassenbestände in Lombardkredit anzulegen.

Endlich ist als gemischte Kreditsorm noch die zessionsweise übernahme von Güterzielern (Verkaufsprotokollen, Kaufschillingen) zu erwähnen, die allerdings wenig von den Sparkassen gepflegt zu werden scheint. Sie ist von Popelreuter² eingehend dargestellt, so daß hier lediglich zur Vervollskändigung des Vildes einige seiner Aussührungen folgen mögen, im übrigen aber auf seine Darstellung verwiesen werden kann.

Ein Bedürfnis nach dieser Kreditform stellte sich namentlich in

¹ Wenigstens in der Rleinstadt und auf dem Lande.

^{2 &}quot;Das Spartwesen im Landkreise Bonn", S. 185 ff. (Schr. d. B. f. Sozialpol. Bd. 136).

der Rheinprodinz ein. "Durch die Einführung des code civil mit seinem Gleicherbrecht vor einem Jahrhundert wurde hier in den Gegenden mit Kleinbetrieb der Hauptanstoß zur allgemeinen Berbreitung der Bodenmobilisierung gegeben. Die wirtschaftliche Ursache ist darin zu suchen, daß infolge der preußischen Agrarresorm und der allmählich gesteigerten Produktivität des Bodens wegen des Umsichgreisens der Spatenkultur und einer wachsenden Bevölkerung die notwendigen wirtsschaftlichen Boraussetzungen zu einer ausgedehnten Teilung des lands wirtschaftlichen Besitzes im Erbfalle gegeben wurden.

Solange die landwirtschaftlichen Berhältnisse es zuließen, wurde von der Naturalteilung Gebrauch gemacht. Heute findet sie sich nur noch vereinzelt, zum Beispiel dort, wo der Boden besonders hochwertig ist und auch die kleinsten Parzellen reiche Erträge abwerfen oder wo dank einer zielbewußten Arrondierung durch mehrere Generationen hindurch ein zusammenhängendes Gut entstanden ist, oder wo es gelingt, zu einer ertragreicheren Anbauart, wie bon dem Getreidebau zur Gemusezucht, überzugehen. Im Laufe des bergangenen Sahr= hunderts nahm die effektive Naturalteilung immer mehr ab. Die dichte Aufeinanderfolge größerer und kleinerer Städte, die mit guten Verkehrsverbindungen von den Landbewohnern leicht zu erreichen waren und wo sie bequem ihre Erbangelegenheiten und sonstigen Rechtsgeschäfte erledigen konnten, die Entwicklung der rheinischen Industrie, die eine stetig wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften ent= faltete, dann namentlich die wachsende Bedeutung des Geldes für die landwirtschaftliche Bevölkerung, die lebhafte Propaganda, die allent= halben gegen die Naturalteilung einsetzte und in der Rheinprovinz eine energische Stütze im Landwirtschaftlichen Verein für Rheinpreußen fand — alles das mit noch vielen anderen Gründen wirkte dahin, daß an Stelle der Naturalteilung die Wertteilung eine stetig mehr hervortretende Bedeutung einzunehmen begann . . .

Das Wesen der Wertteilung, wobon der Protokollhandel seinen Ausgangspunkt nimmt, besteht darin, daß der gesamte Wirtschaftsskompler öffentlich ganz oder, wie meist, parzellenweise versteigert wird . . . Nach der Versteigerung erhalten die Erben ihren Erbanteil in Geld ausbezahlt. Wollen sie den landwirtschaftlichen Beruf weitersbetreiben respektive erweitern, so lag es in ihrer Hand selbst, bei der Versteigerung mitzubieten. Da den Erben hauptsächlich daran lag, sosort bares Geld zu erhalten, die Ansteigerer aber Wert darauf legen

mußten, den Steigpreis für eine Frist gestundet zu erhalten, so boten die Erben irgendeinem Kapitalisten, mit dem sie vielleicht auch sonst in Beziehung standen, gegen einen entsprechenden Abzug an, ihnen den Bersteigerungserlös sofort in bar auszubezahlen, wofür er die Zinsen der Kaufgelder der Ansteigerer erhielt, die an ihn ratenweise die gestundeten Kaufpreise zahlten . . .

So lag eine eigenartige Form des Landkaufs und sverkaufs vor, die aus einem wirtschaftlichen Bedürfnis entsprang, sowohl des Berskäufers wie des Käufers, und seine unbedingte Befriedigung erheischte. Die Kapitalisten, die sich zuerst dazu bereit fanden, waren meist Handelsjuden, die früher bei dem Fehlen von geeigneten ländlichen Kreditinstituten zwecks Viehs und Getreidehandels, Samenlieserung usw. mit den Kleinbauern in ständigem Geldverkehr standen. Die Art und Beise, wie sie dieses Kreditgeschäft in ihrem Interesse zu verswerten verstanden, erregte überall den größten Anstoß und bildete den Kern des ländlichen Buchers und der grenzenlosen Ausbeutung der Kleinbauern. Ein Kabatt von 20 Proz. und darüber war keine Seltenheit . . .

Der erste, der dieses Kreditgeschäft in die Hand eines öffentlichen Geldinstitutes legte, war der genannte Geheime Regierungsrat Knebel, der im Saarbrücker Gebiet mehrere Sparkassen in den Dienst dieses Geschäftes stellte. Die geradezu glänzenden Ergebnisse sind niedergelegt in den Schriften für Sozialpolitik Bd. 74 S. 45 sf. Leider sind andere Sparkassen nur ganz vereinzelt dieser Initiative gefolgt. Ganz anders sind die ländlichen Genossenschaften vorgegangen, denen sich in der Pflege des Protokollhandels ein neues und auch ein erfolgreiches Arbeitsgebiet darbot . . .

Der Borgang spielt sich dabei heute solgendermaßen ab: Soll im Falle der Erbauseinandersetzung das gesamte Anwesen unter die Erben geteilt werden, oder, was heute sehr oft vorkommt, will jemand sonstwie sein landwirtschaftliches Besitzum vorteilhaft verkausen (z. B. bei der Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebs), so wendet er sich an eine Kreditgenossenschaft, schließt mit ihr einen Bertrag ab in der Art, daß die Genossenschaft sich verpslichtet, den gesamten bei der Bersteigerung herauskommenden Erlöß gegen einen entsprechenden Rabatt an den betreffenden Berkäuser sosort in bar auszuzahlen, wogegen der Genossenschaft die Kaufschulden der Ansteigerer zediert werden (Zessionsgeschäft, Zessionsgelder). Der Berkäuser setz sich dann mit

einem Notar in Verbindung, der durch öffentliche Bekanntmachung in den auf dem Lande am meisten gelesenen Zeitungen einen Versteigerungstermin ansetzt, an dem das Besitztum ganz oder parzellenweise an den Meistbietenden versteigert wird. Die Ansteigerer verspflichten sich in einem Kaufbriefe, der ihnen zugestellt wird, die Kaufssumme (auch Steigpreise, Kaufschillinge, spreise, schulden genannt) binnen einer vom Verkäuser festgesetzten Frist nebst einem einsmaligen Aufgelde zu 5 Proz. verzinslich in jährlichen Katen (Termingelder, fällig am 11. Rovember) an die Genossenschaft zu zahlen. Dieser einzelne Kaufabschluß, der nach der Versteigerung in Gegenwart eines Notars getätigt wird, heißt Protokoll und dessen zessionsweise überstragung an die Genossenschaft: "Protokollhandel"...

Der Kausgelderkredit, wie er sich heute entwickelt hat, bewegt sich zwischen Besitz- und Personalkredit. Einmal Besitz- und Realkredit, insofern mit seiner Hise Grund und Boden erworben wird und oft die ausgenommene Schuld hypothekarisch sichergestellt wird; anderseits Personalkredit, insofern als bei starker Bodenmobilisierung der Boden zu einer Ware wird, die beliebig erworben und abgestoßen werden kann, und der zu seinem Kause ausgenommene Kredit rasch getilgt wird, das durch den Charakter des Betriebskapitalkredits erhält und sehr oft die Person des Schuldners oder eines Bürgen die einzige Sicherheit stellt."

Bu den verschiedenen Arten des Personalkredits treten neuerdings verschiedene technische Formen seiner Ausgestaltung: der Kontokorrent=, Scheck= und Giroberkehr. Die Einführung dieser For= men, die vielleicht einen Wiederaufschwung der Personalkreditgewährung durch die Sparkaffen zur Folge haben wird, geht bei den Sparkaffenverwaltungen sehr langsam vonstatten, entsprechend ihrem oft gerügten zähen Konservativismus und ihrer geringen Neigung, sich den herr= schenden Zeitverhältnissen anzupassen. Die Ginführung des Kontokorrentverkehrs ist ihnen durch die Konkurrenz der Genossenschaften zu einer Notwendigkeit geworden; die Ginführung des Sched- und Biroberkehrs durch den Erlag des Reichsscheckgesetzes bom 11. März 1908 und der Reichspostscheckordnung vom 6. November 1908, da hier= durch der Scheck- und Giroverkehr der Banken eine mächtige Anregung erfuhr und der Postscheckverkehr geschaffen wurde. Die Konkurrenz der Benossenschaften hat die Sparkassen im allgemeinen relativ gleichgültig gelaffen, dagegen fürchtet man als Folge des Reichsscheckgefetes

und der Einführung des Postschecks ein Abwandern der Spareinlagen in die Post und vor allem in die Banken. Daher ist die Agitation zusgunsten der Einführung des Kontokorrents, Schecks und Giroverkehrs insbesondere auf den Sparkassentagen eine ziemlich lebhaste und hat auch, wenn auch sehr langsamen, so doch sicheren Erfolg. Die Gegner der Einführung machen geltend, daß dieselbe ein weiterer Schritt zur Umwandlung der Sparkassen in Depositenbanken der oberen Bolkssschichten bedeute; doch ist diese Befürchtung wohl unbegründet.

Die Kreditgewährung im Kontokorrent verkehr (in laufen= der Rechnung) hat den großen Borteil, daß der Kreditnehmer den ihm eingeräumten Kredit jederzeit und bis zu einer Höchstgrenze auch in jedem Betrage in Unspruch nehmen und ebenso seine Rückzahlungen gang nach Belieben erfolgen laffen kann. Namentlich für den Landwirt ist es sehr wichtig, abzuzahlen, wenn er Einnahmen aus der Birtschaft hat, und aufzunehmen, wenn er Aufwendungen für dieselbe machen muß, da sich für ihn die Einnahmen in der Erntezeit, die Ausgaben in der Zeit der Ackerbestellung zusammendrängen. Der Landwirt kann in der Regel nicht zu einem festen Termine Darleben zurudzahlen; diesen Umstand benuten bekanntlich die Wucherer auf dem Lande häufig dazu, um ihn allmählich um Sab und Gut zu bringen. Aber auch dem Sandwerker und sonstigen Gewerbetreibenden, welcher einen niedrigen Preisstand zum Ginkauf auszunuten beabsichtigt oder einen Lieferanten eine größere Summe schuldet, kann der Kontokorrent= kredit von Vorteil sein. Bei den Raiffeisenkassen und den Schulze= Delitichschen Borichuftaffen ist daher der Kontokorrentverkehr längst eingeführt und hat sich durchaus bewährt.

Die Deckung des Kontokorrentkredits kann durch die besprochenen Arten der Personalkreditgewährung erfolgen, also durch Schuldschein, Wechsel oder Faustpfand. In Baden ist beispielsweise der Personalkredit auf Schuldschein in zahlreichen Fällen zum Kontokorrentverkehr ausgestaltet worden. Man hat dadurch "dem die Sparkasse hauptsächlich frequentierenden Publikum Gelegenheit gegeben, sich von der Übervorteilung des Händlers und aus Wucherhänden loszumachen". Als Faustpfand können außer Wertpapieren auch Hypothekenbriese und namentlich Sparbücher in Betracht kommen 1. Der gewöhnliche Wechsel

¹ Rach dem preuß. Ministerialerlaß vom 20. April 1909 (j. unten) ist die Verpfändung von Wertpapieren, welche bei der Reichsbank in Klasse I

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 29

wird praktisch kaum in Betracht kommen, da er seiner Natur nach kurzsristig und zu einem bestimmten Termin fällig ist; er kann ja allerdings beliebig prolongiert werden und wird tatsächlich namentlich auf dem Lande meistens ein oder mehrere Male prolongiert. Dagegen kann zur Deckung die Beleihung und der Ankauf von Primadiskonten in Betracht kommen und ist auch in dem preußischen Ministerialerlaß vom 20. April 1909 gestattet.

Ungedeckter Kontokorrentverkehr wird den Sparkassen kaum gestattet werden können. Wenn aber, wie auch vom preußischen Ministerialserlaß, bei dem Kontoinhaber stets ein Guthaben voraußgesett wird, so ist mit dem Kontokorrent nur das periodische Abrechnungsverhältnis, die einfache gegenseitige Verrechnungs-Geschäftsverbindung zwischen Sparskasse und Einleger auf "offene Rechnung" oder "uneigentliches Kontokorrent" gemeint, nicht aber das im Handelsgesetzbuch besonders anserkannte weitergehende Rechtsinstitut verstanden, dessen Begriffssmerkmale dort in den §§ 355—357 aufgestellt sind.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Sparkassenkunde ein großes Interesse daran hat, seine den augenblicklichen Bedarf übersteigenden Gelder in jener Beise der Sparkasse übergeben zu können und dieselben von ihr verzinst zu erhalten. Bei der Geringssügigkeit des zu vermerkenden Zinsbetrages wird von dieser Möglichskeit nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Einzahlungen und Abhebungen in der bequemsten Beise und kostenlos, also in banksmäßigen Formen, sich vollziehen. Hierdurch geht die Sparkasse über den Rahmen ihrer Aufgabe nicht hinaus, denn es handelt sich hierbei nicht um Kreditgeschäfte im engeren Sinne, welche den Bestand der Kasse und ihre Sicherheit gesährden könnten, sondern lediglich um die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, also um rein technische Maßnahmen, und insofern dient dann die Sparkasse den Schichten der Bevölkerung, sür welche sie eingerichtet ist, dem "kleinen Mann" als solider Bankier.

Der Kontokorrentverkehr kann mit dem Scheckgeschäft (wie in großem Umfange bei den Schulze-Delitschschen Borschußkassen) versbunden sein. Der Kunde zahlt in diesem Falle gegen Quittung ein und hebt gegen Scheck ab. Der Scheckverkehr kann aber auch selbständig bestehen und dient dann dazu, dem Besitzer eines Guthabens

beleihbar sind, "in mäßigem Umfange" zugelassen. Das sind also solche Wertpapiere, welche die Reichsbank mit drei Biertel des Kurswertes beleiht.

die Abhebung zu erleichtern und insbesondere ihm die Wöglichkeit zu geben, auf Grund eines Schecks durch die Sparkasse Jahlungen aus seinem Guthaben an Dritte leisten zu lassen. Die Verbindung des Scheckverkehrs mit dem Kontokorrentverkehr ist aber selbstverständlich für die erwerbstätigen Personen erheblich bequemer.

Mit dem Scheckverkehr ist häufig der Giroverkehr derart verbunden, daß beides in der Praxis ineinander überfließt. Schecks und Giroverkehr sind Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der beim Kontoskorrentverkehr selbstverständlich nicht vorhanden sein braucht, ihn aber sehr erleichtert. Der Schecks und Giroverkehr ist bekanntlich durch die Reichsbank für die höheren Bolksschichten ausgezeichnet organisiert. Den Sparkassen erwächst nun die Aufgabe, zur Verminderung der Barsgeldzahlungen den Schecks und Giroverkehr beim Mittelstand beliebt zu machen.

Der Scheckverkehr mit Privaten ist den Sparkassen durch das Reichsscheckgeset von 1908 ausdrücklich zuerkannt worden 1. In Ausstührung dieser Borschrift erging in Preußen der Ministerialerlaß vom 20. April 1909. Der Erlaß zerfällt in zwei Abschnitte, von denen der erste den Scheckverkehr auf Sparguthaben, der zweite den Scheckverkehr in Berbindung mit Depositen= und Kontokorrentverkehr behandelt. Der Erlaß lautet folgendermaßen:

I. Schedverkehr auf Sparguthaben.

Sparkassen, bei welchen die tägliche Verzinsung der Einlagen eingeführt, für eine ordnungsmäßige Buch- und Gegenbuchführung und für sach- verständige, regelmäßig wiederkehrende Revisionen gesorgt ist, können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ihren Sparern die Abhebung der Sparguthaben mittels Schecks gestatten.

Bei der Regelung dieses Schedverkehrs ift vorzusehen,

- 1. daß entweder das Sparkassenbuch für die Dauer des Scheckverkehrs im Tresor der Kasse oder bei einer anderen geeigneten Stelle hinterslegt und im Scheckverkehr durch ein Gegenkontobuch ersetzt wird, oder
- 2. daß das Sparkassenbuch mit einem Sperrvermerk versehen wird, aus dem deutlich erhellt, daß die Eintragungen im Buche keine Gewähr

¹ Im Jahre 1896 sprach sich ein an die Oberpräsidenten gerichteter preußischer Ministerialerlaß dahin aus, daß keine grundsätlichen Bedenken zu erheben seien, wenn die kommunalen Sparkassen mit der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Depositen- und Scheckverkehr treten wollen. Ein solcher Scheckverkehr bestand serner schon bei einzelnen größeren Sparkassen mit der Reichsbank, Seehandlung und sonstigen preußischen öffentelichen Bankanstalten; mit Privaten war er aber bisher nicht gestattet.

- Der Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 31 dafür bieten, daß das Sparguthaben noch in der im Buche angegebenen Höhe vorhanden ist:
- 3. daß die im Schedverkehr befindlichen Sparguthaben keiner geringeren Berzinsung unterliegen als sonstige Spareinlagen. Dabei kann der Sparkasse nachgelassen werden, bei Zahlungen, welche sie im Sparverkehr ohne Einhaltung der satungsmäßigen Kündigungsfrist leistet, dem Einleger eine Gebühr dis zur Höhe desjenigen Betrages zur Last zu schreiben, um den der Einlagezinssuß für den ausgezahlten Betrag während der Dauer der Kündigungsfrist hinter dem Zinssuß eines Lombarddarlehens in Höhe des ausgezahlten Betrages für den gleichen Zeitraum zurückleiben würde:
- 4. daß unbeschadet der bisherigen Liquidität der Sparkasse mindestens 30 Prozent der im Sparverkehr besindlichen Sparguthaben in jeder Zeit Liquiden Werten anzulegen sind; als solche gelten nicht Hhpv-theken oder die Verpfändung von Hhpvtheken;
- 5. daß Einzahlungen auf Sparguthaben, über welche der Scheckverkehr eröffnet ist, ebenso wie die Auszahlungen auch ohne Borlegung des Sparkassens oder Gegenkontobuchs zulässig sind;
- 6. daß die Sparkasse auf Wunsch des Sparers aus dessen Guthaben mündelsichere Wertpapiere gegen billige Vergütung anzukausen hat und für ihn in Verwahrung nehmen kann.

Im übrigen bleibt die Festsetzung der Ausführungsbestimmungen, für welche das nachsolgende Muster als Anhalt empsohlen wird, dem Kurastorium (Verwaltungsrat, Magistrat, Kreisausschuß) der Sparkasse unter Genehmigung der Aussichtsbehörde überlassen.

Die Genehmigung zum Betriebe des Schechverkehrs (Abs. 1) kann von der Aufsichtsbehörde aus Gründen der Sicherheit des Sparkaffenbetriebs jederzeit widerrufen werden.

II. Schedverkehr in Berbindung mit Depositen= und Rontokorrent= berkehr bei Sparkassen.

Sparkassen, bei welchen die tägliche Verzinsung der Einlagen eingeführt, für eine ordnungsmäßige Buch= und Gegenbuchführung und für sach= verständige, regelmäßig wiederkehrende Revisionen gesorgt ist, können mit Genehmigung des Oberpräsidenten, sosern nach der Entwicklung der Sparfasse und den örtlichen Verhältnissen ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, neben dem Spareinlagebetrieb den Depositen= und Kontokorrentverkehr unter Benutzung des Schecks und der Girvüberweisung nach Maßgabe der nach= stehenden Bedingungen einführen:

- 1. die im Depositen= und Kontokorrentverkehr geführten, der Verfügung mittels Schecks oder Girvüberweisung unterliegenden Guthaben müssen von Sparguthaben getrennt gehalten und im Passiv= und Aktiv= geschäft gesondert geführt werden;
- 2. der Gesamtbetrag der im Depositen= und Kontokorrentverkehr geführten Guthaben darf 10 Prozent des Gesamtbetrages der Einlagen auf Sparkassenbücher nicht übersteigen;

- 3. die im Depositens und Kontokorrentverkehr (SchecksGiroverkehr) eins gehenden Beträge müssen mindestens in Söhe von 75 Prozent in Liquiden Werten angelegt werden; als solche gelten nicht Hypotheken oder die Verpfändung von Hypotheken;
- 4. die Kreditgewährung im Depositen= und Kontokorrentverkehr (Scheckstroverkehr) ist nur auf Grund derselben Sicherheiten zulässig, wie die Ausleihung der Spareinlagen; doch kann die Beleihung von Wert= papieren, welche bei der Reichsbank in Klasse I beleihbar sind, sowie der Ankauf und die Beleihung von Wechseln unter den im § 13 Kr. 2 und 3 des Reichsbankgesches vorgesehenen Voraussehungen von der Aussichtsbehörde in mäßigen Grenzen gestattet werden, auch wenn sie im Spareinlageverkehr nicht zugelassen ist:
- 5. die Festsetzung der Berzinsung der Guthaben bleibt dem Sparkassenkuratorium mit der Maßgabe überlassen, daß für Guthaben im Depositen=, Kontokorrent=, Scheck= und Giroverkehr höhere Zinsen als für Spareinlagen nicht gewährt werden dürsen;
- 6. von dem aus dem Betrieb des Depositen= und Kontokorrentverkehrs (Scheck-Giroverkehrs) erzielten jährlichen Reingewinn ist ein Drittel dem Reservesonds der Sparkassen zuzuführen, ein Drittel zur Prämiierung von minderbemittelten Sparen zu verwenden, ein Drittel dem Garantieverbande der Sparkasse zur freien Verfügung zu überlassen:
- 7. der Aufsichtsbehörde ist mit der Jahresnachweisung eine übersicht über den Stand des Depositens, Kontokorrents, Schecks und Giroverkehrs im Aktivs und Passivegeschäft in 2 Exemplaren einzureichen, aus der die Innehaltung der vorstehenden Bedingungen zu ersehen sein muß.

Im übrigen beschließt über die Bedingungen für die Einrichtung des Depositiens, Kontokorrents, Schecks und Giroverkehrs das Sparkassenkurastorium (Verwaltungsrat, Magistrat, Kreisausschuß) mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Die Genehmigung zum Betriebe des Depositen=, Montokorrent=, Scheck= und Giroverkehrs kann aus Gründen der Sicherheit der Sparkasse vom Oberpräsidenten jederzeit widerrusen werden."

In der Anlage folgt dann das Muster für die Ausführungsbestimmungen, auf das unter I im vorletzten Abschnitt hingewiesen wird.

Bisher haben die Sparkassen es zu wenig verstanden, das Sparsguthaben in den Dienst der laufenden Wirtschaft zu stellen. Der Berskehr am Schalter unserer Sparkassen ist im allgemeinen noch sehr schwerfällig und fast ausschließlich Barverkehr.

Der Borteil der Sparkassen, die den Scheckverkehr pflegen, liegt darin, daß sie außer der Spareinlage die jeweiligen Saldv eines Kontos zinsbar anlegen können. Sie gewinnen dann, ebenso wie die Banken,

Der Personalfredit bei Sparkaffen im Bergleich zu anderen Instituten. 33

Mittel nicht nur aus ihrem Spar= und Depositenverkehr, sondern auch aus dem Zahlungsberkehr; sie haben die Möglichkeit, Geldmittel aus dem Zahlungsverkehr ihres Kundenkreises zu sammeln und zum Nuten desselben Kundenkreises zu berwenden und so einen neuen Geldkreis= lauf zu schaffen, in welchem der Minderbemittelte (Sparkaffeneinleger) durch Vermittlung der Sparkasse dem Minderbemittelten (Sparkassen= einleger) hilft, ohne daß das Geld durch die Bankzinsen verteuert wird. Es spielt sich also hier ein neuer, in seinen Formen gleicher wirtschaftlicher Vorgang ab, wie beim Bankverkehr zwischen den diesen benutenden kapitalkräftigen Rreisen. Das ist aber von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Denn mahrend die Gelder aus dem Sparverkehr mit einem Juge verzinst werden muffen, der dem Staatspapier= zinsfuß ziemlich gleich ift, fließen die Gelder aus dem Zahlungsberkehr ohne Bins oder zu einem ganz niedrigen Bins zu, können also auch, da die Sparkaffen gemeinnütig arbeiten, dem Geldnehmer entsprechend billiger gegeben werden.

Man hat also bei der Beurteilung der Einführung des Kontokorrent-, Schecf- und Giroverkehrs daran festzuhalten, daß es sich nicht um materielle wirtschaftliche Neuerungen (neue Kreditgewährung) handelt, sondern lediglich um sormelle technische Zahlungseinrichtungen, die allerdings in ihren Folgen wirtschaftlichen Gewinn schaffen, und daß man diese Verbesserungen einer wirtschaftlichen Schicht der Bevölkerung zugänglich machen will, welche jener bisher sonst gänzlich entbehrt hat.

Es ist eine unabweisliche Pflicht der Sparkassen, von der ihnen durch das Gesetz gegebenen Möglichkeit der Einführung des bargeldslosen Jahlungsverkehrs Gebrauch zu machen und ihrem Kundenkreise dadurch die gleichen Vorteile zuzusühren, wie sie die kapitalistischen Bolkskreise durch die Banken und zum Teil auch die minderbemittelten durch die Genossenschaften seit längerer Zeit genießen; sie werden hierdurch wesentlich mit zu einer wirtschaftlichen Stärkung des Mittelsstandes beitragen, anderseits aber damit auch der gesamten Volkswirtschaft einen großen Dienst leisten.

Im Giroberkehr leisten die Sparkassen Zahlungen im Aufetrage ihrer Aunden und belasten dafür die Konten derselben; anderseits empfangen sie für ihre Kunden Zahlungen von dritten Personen und schreiben die Zahlungen in den Konten der Empfänger gut. Bollstommener und für die Sparkasse vorteilhafter wird der Giroverkehr, wenn auch die dritten Personen ein Konto bei der Sparkasse haben.

Schriften 137. I.

Es wird dann auch die Bargahlung von der Sparkaffe oder an die Sparkasse gespart. Die Ersparung der Barzahlungen durch Buchungen bringt Ruten für die Runden und für die Sparkassen. Der Giroverkehr leistet aber auch der gesamten Volkswirtschaft erhebliche Dienste durch die Einschränkung der Beanspruchung des Bargeldes. Die Sparkaffe leistet Zahlungen, wenn sie Deckung hat durch Einlagen oder auch durch gewährten Rredit gegen Sicherheit. Aus der Verwaltung der Dedungsgelder zieht die Sparkaffe Rugen, um fo größeren, je mehr Runden sie durch den Giroverkehr an sich zieht oder festhält. Großen Rugen haben aber auch die Runden, wenn sich der Giroverkehr zunächst am Orte einbürgert durch geeignete Reklame der Sparkaffe, Beranziehung der Silfe von gemeinnütigen Vereinen, Beamten, Lehrern, deren Gehalte an die Sparkasse überwiesen werden, dann aber auch im Fernverkehr, wenn für die Bedürfnisse der Kunden sämtliche Emp= fangestellen gewonnen werden. Durch die Bahl der Teilnehmer am Orte und durch die Bahl der beitretenden Sparkassen vermehrt sich der Borteil für alle Beteiligten ("Sparkaffe", Hannover, 1911 S. 3 f.).

Der Giroverkehr hat den Schedverkehr nicht zur Voraussetzung, kann aber schwer ohne ihn bestehen. Daher ist die Einführung des Schedwesens als der erste Schritt in der Erleichterung des bargeldelosen Zahlungsverkehrs anzusehen, der Giroverkehr als das Dach, welches das Ganze überdeckt.

Trot der noch geringen Verbreitung des Scheckverkehrs bei den Sparkassen sind die Sparkassenberbände und der deutsche Sparkassen verband eifrig bemüht, jett bereits den Giroverkehr unter den Sparkassen einzuführen, also "mit dem Dache zuerst anzufangen". Eine Berechtigung dazu ist ihnen kaum abzusprechen, denn die nachträgliche Einführung des Scheckverkehrs kann kaum Schwierigkeiten bereiten. Bor allem muß der Scheckverkehr möglichst bald eine große Ausdehnung erhalten, damit er sich rentiert und nicht bloß eine unproduktive Vermehrung der Schreibarbeit für die Sparkassen bedeutet, und das gesichieht am besten durch gleichzeitige Einführung des Überweisungswerkehrs. Möglichste Großzügigkeit ist die unbedingte Voraussetzung, wenn die Sparkassen bei der Verbreitung des bargeldlosen Zahlungswerkehrs auf ihre Kosten kommen wollen.

Der Überweisungsverkehr kann in der Weise geregelt werden, daß die Sparkassen sich zu Giroverbänden vereinigen. Das ist 3. B. von den Sparkassen des Regierungsbezirks Wiesbaden geschehen (mit

Der Personalfredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 35 der Nassauischen Bank in Wiesbaden als Girozentrale). Noch groß= zügiger ist der Zusammenschluß der Bemeinden giroberbänden,

in denen sich nicht bloß die Sparkassen, sondern auch die Gemeinde=

fassen dem Gironet anschließen.

Diesen Weg haben zuerst die sächsischen Gemeinden gewählt und einen "Giroverband fächfischer Gemeinden" begründet, welche durch Bermittlung der "Zentrale des Giroverbandes fächsischer Gemeinden" in Dresden miteinander im Überweisungsverkehr stehen.

Für Preußen steht dieser Weg nach Erlag des 3weckverbands= gesetzes jett auch offen; borher war es in Breußen unmöglich, das jächsische Beispiel nachzuahmen. Die pommerschen Gemeinden haben jich bereits zu einem Giroberband mit der Zentrale Stettin zusammengeschlossen.

Als ein Anfangsstadium von Giroverbänden sind die Abrechnungs= itellen anzusehen, die bon dem hannoberschen Sparkaffenberband bei der Stadtsparkasse Hannover, von dem badischen Sparkassenverband bei der Badischen Bank eingerichtet sind und von anderen Sparkassenverbänden geplant sind. Bei solchen halben Magnahmen bleiben große Enttäuschungen nicht erspart. Noch mehr ist das der Fall, wenn größere Sparkaffen auf eigene Faust beginnen wollen, einen Giroverband zu begründen, z. B. die Flensburger und die Kölner Stadt= sparkasse. Über lettere heißt es in einer Zeitungsmeldung 1:

"In Köln ist eine Girozentrale der Sparkassen eingerichtet worden mit dem 3med, nicht nur unter den Runden der Sparkaffen den Giroverkehr zu pflegen, sondern auch Nichtkunden die Einrichtung zugute kommen zu lassen. Die Zentrale hat vor kurzem auch einen Über= weisungsvertrag mit dem Giroverband sächsischer Gemeinden abge= schlossen, und von Köln aus wird nun weiter Propaganda für den Überweisungsverkehr der Sparkassen gemacht. Verschiedene größere Sparkaffen der Rheinprovinz bringen aber der Zentrale in Köln nur wenig oder gar kein Interesse entgegen. Man weist darauf hin, daß durch den Postscheckverkehr, den Reichsbankgiroverkehr und die Beschäftsverbindung der Sparkassen mit den Landesbanken schon ge= nügend Gelegenheit gegeben sei, den Bargeldverkehr der Sparkaffen unter fich auf einen Bruchteil zu beschränken. Den Landesbanken seien die meisten Sparkassen angeschlossen (in der Rheinprovinz allein zirka

^{1 &}quot;Tägl. Rundschau" 1912 Rr. 256, Handelsbeilage.

200), sie wären demnach leicht imstande, die Tätigkeit einer sogenannten Girozentrale zu erfüllen. Im großen und ganzen erfüllten sie diese tatsächlich heute schon insofern, als sie Überweisungen unter den Kunden den Sparkassen bermitteln. Es bestand daher auch zuerst die Absicht, bei der Landesbank der Rheinprodinz eine Girozentrale im Sinne des in Köln errichteten Instituts, also mit Überweisungs-verkehr auch an Nichtkunden, einzurichten. Die Landesbank der Rheinprodinz zeigte aber wenig Entgegenkommen, und daraushin kam es zur Gründung der selbständigen Girozentrale in Köln. Die Zahlen der hieran angeschlossenen Sparkassen ist aber noch nicht groß, sie besläuft sich nur auf zirka 40.

Der Hauptgrund, aus welchem man in Sparkaffenkreisen der neuen Einrichtung nicht sehr sympathisch gegenübersteht, liegt in den Er= fahrungen, die die Sparkassen mit dem Scheckverkehr gemacht haben. Die meisten Sparkaffen würden es gar nicht bereuen, wenn fie diesen Geschäftszweig überhaupt nicht aufgenommen hätten. Es wird geltend gemacht, daß die den Raffen dadurch verursachte Arbeit nicht in einem angemessenen Berhältnis zu dem Ruten stehe. Man habe es in der Hauptsache mit kleinen Leuten zu tun, und die zu überweisenden Beträge seien meistens gering, während die Übertragungen eine große Bahl erreicht haben. Kaum habe ein Kunde der Kasse einen Betrag zur Gutschrift zugeführt, so würden auch schon die Schecks präsentiert, die das Geld der Kasse wieder entziehen. Die Sparkassen seien auf diese Weise gezwungen, umfangreiche verfügbare Mittel bereitzuhalten. Sie leisten ihren Kunden eine große Menge Schreibarbeit, ohne einen Nupen davon zu haben, denn von einer Anlage der eingezahlten Gelder könne für die Sparkaffen unter den erwähnten Umständen keine Rede sein.

Die Sparkassen fürchten nun wohl, und auch nicht mit Unrecht, daß ein ausgedehnter Giroverkehr ihnen die Nachteile, die der Schecke verkehr mit sich gebracht hat, in noch verstärktem Maße bringen wird. Wie beim Scheckverkehr, so wird auch hier die neue Einrichtung die Aussahlung in barem Gelde nicht ausschließen. Es wird sich in vielen Fällen lediglich darum handeln, daß zwischen Schuldner und Gläubiger noch die Sparkasse als Vermittler tritt, wodurch wohl größere Mehrarbeit erforderlich wird, während man den eigentlichen Zweck der Ausschaltung des Barverkehrs nicht in nennenswertem Maße erreicht. Über diese Frage werden die beteiligten Kreise noch sehr ausgiebige Erörterungen zu pslegen haben. Theoretisch wird durch die Girozentrale der Spar

Der Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 37 kassen ohne Zweisel der Gedanke, bis zu den kleinsten Gewerbestreibenden herunter den Barverkehr auszuschalten, der Berwirklichung ziemlich nahegebracht werden können. Es handelt sich aber darum, die Sache praktisch und zweckmäßig einzurichten und Nachteile für die Sparkassen zu bermeiden."

Vom deutschen Sparkassenberbande ist eine Girokommission zur Förderung der Organisation von Giroverbänden eingesetzt.

III. Statistischer Teil.

Die Sparkassenstatistik des Statistischen Jahrbuchs des Deutschen Reichs beschäftigt sich nicht mit der Aktivseite der Sparkassen, dagegen sinden wir vor allem in der preußischen Landesstatistik ausgezeichnetes Einzelmaterial. Für die übrigen bedeutenderen Bundesstaaten liegen nur summarische Angaben vor.

Die Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts veröffentlicht alljährlich bereits seit 1839 eine Sparkassenstatistik. Seit dem
Jahre 1882 gibt sie an, wiediel von dem Bermögen der Sparkassen
angelegt ist: 1. in städtischen, 2. ländlichen Hypotheken oder Grundschulden, 3. in Inhaberpapieren, 4. auf Schuldscheine ohne, 5. mit Bürgschaft, 6. gegen Bechsel, 7. gegen Faustpfand, 8. bei öffentlichen
Instituten und Korporationen, 9. in sonstigen Anlagen. Bon 1856
bis 1882 sind die Gruppen 4.—6. zusammengezählt. Bor 1856 ist die Ausselihung der Sparkassenbestände nicht angegeben.

Die Anlage des Vermögens öffentlich er 1 Sparkassen in Realund Personalkredit sowie Inhaberpapieren 2 ist im Lause der Jahre solgende gewesen:

- 1 Die Privatsparkassen sind anders wie in der Statistik aussachtieden, da sie erheblich mehr Personalkredit gewähren wie die öffentslichen (vgl. unten). Daß die Ausscheidung nötig ist, ergibt sich vor allem, wenn man die Summen der Darlehen gegen Wechsel betrachtet: auf die 186 privaten Sparkassen entfallen i. J. 1910 30,23 Millionen, auf die 1525 öffentlichen Sparkassen nur 77,06 Millionen Wark.
- ² Der Rest entfällt größtenteils auf Darlehen an öffentliche Institute und Korporationen (12 Proz. i. J. 1910). Er bleibt im folgenden uns berücksichtigt.

überhaupt waren angelegt Mill. Mt.	1 448,76	1 560,25	1 707,20	1 854,22 1 997 45	2 174.24	2 369,72	2 582,98	2 789,52	2 950,80	3 223.97	3415,88	3 636,24	3 975,80	4 269,38	4 568,35	4 871,88	5 461 34	5 993,80	6 489,46	2 000,63	7 542,80	8 0 7 9, 7 8	8 560,80	8841,83	9 370,61	10 107,98	00,668 UT
angelegt in 1 gegen	36,90	38,81	38,47	40,97	38.94	39,79	39,95	42,13	43,00	40.18	42,43	41,44	46,30	47,88	48,20	55,52	69,77	70,08	64,93	68,20	70,60	71,34	73,60	78,81	78,96	86,26	02,00
Marf zinsbar an Darunter inen gegen		30,26	30,98	31,41 39,99	33,12	32,25	27,53	28,76	20,03	31.02	32,36	32,06	38,85	39,44	39,38 88,68	44,03	49.57	51,03	45,99	52,23	56,62	60,72	55,09	44,26	40,90	54,27	99,1
	110,47	85,35	88,30	89,50 50,50	90,80	88,20	88,43	91,51	92,19	97,19	99,10	98,77	103,29	104,30	108,51	110,29	195,00	128.17	131,56	133,62	135,74	139,14	141,94	143,52	143,69	147,92	. 100,0∪
1 24 1 1 1		4,96	5,32	4,62 27,79	6,00 6,00	5,10	5,20 2,0	 5.73	0,0	- & & & &	10,14	8,36	8,90	7,64	8,6 18,6 18,6	16,03	14,95 17,7	11.45	10,48	13,89	13,75	11,67	12,84	11,87	12,44	14,72	42,61
Sparkaffen waren ? Perfonal- i frebit	147,37	159,38	163,06	166,50 179.37	168,87	165,35	161,10	168,17	179.00	177.63	184,03	180,64	197,35	199,26	204,40	225,87	238.05	260,74	252,95	267,94	276,72	585 ,9 6	283,47	278,46	275,99	303,17	04/100
öffeutlichen Spo Inhaber= papieren	374,24	412,50	475,21	539,85 592,37	681,64	782,29	889,02	962,16	909,40	961.35	1018,35	1084,51	. 1235,43	1336,41	1387,64	1410,05	1426.56	1578,96	1733,84	1893,22	2015,82	2108,29	2147,56	2102,96	2222,63	2427,60	44,2002
mögen der Erundsch. (ändl. Er.	417,14	450,61	494,52	529,44 566.90	603,24	645,51	684,54	732,50	838,33	877,96	927,40	983,36	1041,72	1105,10	1179,94	1259,69	1397.46	1457,48	1534,57	1611,52	1700,08	1786,26	1873,43	1935,38	1970,88	2077,19	60/1610
Von dem Ber Hypothefen u. auf	396,85	420,62	449,72	483,50 522.72	557,15	605,36	662,44	727,03	019,00 884.87	949,85	1004,03	1066,73	1127,08	1243,44	1368,20	1510,14	1827.36	2045,49	2258,17	2482,64	2735,97	20,2667	3245,55	3463,26	3666,43	3963,94	£,00,00
3ahl der Spar= taffen	884	914	944	978 1012	1030	1040	1068	1084 1084	1190	1142	1156	1168	1182	1198	022	1568	1297	1323	1334	1354	1374	1397	1425	1459	1488	1506	1.701
Zahr	1881	1882	1883	1884 1885	1886	1887	1888	1889	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1881	1898	1900	1901	1902	1903	1904	1905	9061	1907	1908	1909	17.10

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 39 Berechnen wir, wiediel Prozent auf die einzelnen Gruppen entsfallen, so erhalten wir folgende Tabelle:

Jahr	Städtische	Ländliche	Inhaber=	Personal=
	Hyp	otheten	papiere	fredit
1882	27	29	26	10,2
1890	28	27	33	5,8
1900	33	26	26	4,4
1909	39	21	24	3,0
1910	40	20	24	3,0

Der Prozentsat des Personalkredits ist also sehr stark herabgegangen (von 10,2 Proz. auf 3 Proz.) 1. Das hängt selbstverständlich
mit der starken Konglomeration der Bevölkerung in den größeren
Städten zusammen: die städtischen Sparkasseneinlagen nehmen daher
relativ viel rascher zu. Die Anlage dieses städtischen Zuwachses geschieht die Mitte der neunziger Jahre mehr in Inhaberpapieren als
städtischen Hypotheken, daher steigt deren Prozentsat auf mehr als
30 Proz. an. Dann erfolgt eine starke Berschiebung der Prozentsätz
zugunsten der städtischen Hypotheken, da sich die Sparkassen wegen
ungünstiger Ersahrungen stark von den Inhaberpapieren abwendeten.

Bei Berechnung der Summen auf den Kopf der Bevölkerung erstennt man dies noch deutlicher.

Jahr	Städtische	Ländliche	Inhaber=	Perfonal=	Insgefamt
	Hypo	theten	papiere	fredit	angelegt
1882	15	16	15	5,5	53
1890	27	26	32	5,7	98
1895	36	33	39	6,2	125
1900	53	41	41	6,9	159
1905	80	48	57	7,6	217
1909	100	53	61	7,7	256
1910	108	55	64	8,3	273

Die Tabelle zeigt, daß die Sparkassen sich um 1895 (genauer: scit 1898) stark von den Inhaberpapieren 2 abwenden; im Jahre 1895 be-

¹ In den alten preußischen Provinzen siel der Prozentsat für sämtsliche Sparkassen (also inkl. Vereinss und Privatsparkassen) von 19,6 Proz. i. I. 1856 auf 11,9 Proz. i. I. 1875. Für sämtliche Provinzen würden wir i. I. 1856 einen Durchschnittsprozentsat von etwa 22—24 Proz. erhalten!

² Besonders von den Reichs- und Staatsanleihen, was sich auch darin

laufen sich die städtischen Hypotheken auf 36 Mk., die Inhaberpapiere auf 39 Mk. pro Kopf, im Jahre 1900 auf 53 bzw. 41 Mk. und im Jahre 1910 auf 108 bzw. 64 Mk. Bor 1895 ist dagegen der Prokopfsbetrag der Inhaberpapiere erheblich schneller gewachsen wie derjenige der städtischen Hypotheken.

Es kommt weiter in Betracht, daß auch das Publikum, namentlich das großstädtische, sich damals stark von den Inhaberpapieren ab- und den Sparkassen zuwendete; daher das starke Anschwellen der Sparkassenguthaben und damit auch des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen.

Aber auch wenn man dies alles berücksichtigt, so sieht man doch, daß die Entwicklung der Personalkreditgewährung sehr schlechte Fortschritte macht. Die Prokopfzahl hat sich seit 1882 nur um 50 Proz. erhöht, bei den ländlichen Sypotheken dagegen um über 200 Proz., bei den Inhaberpapieren um 300 Proz., bei den städtischen Sypotheken um gegen 600 Proz.

Bei Betrachtung der Arten des Personalkredits erkennt man, daß die Gewährung von Kredit gegen Schuldschein ohne Bürgschaft unzregelmäßig dis etwa 1900 der absoluten Zahl nach gewachsen ist, seither aber nicht mehr; diejenige gegen Schuldschein mit Bürgschaft wächst stetig, ebenso, nur etwas rascher, diejenige gegen Faustpfand. Die Kreditgewährung gegen Bechsel steigt ziemlich unregelmäßig.

Die Statistik berücksichtigt auch einen großen (den größten?) Teil der in Preußen bestehenden, nicht auf genossenschaftlicher Grundlage ruhenden Bereins= und Privatsparkassen. Diese spielen in erster Linie in Schleswig-Holstein eine große Rolle (aufgeführt werden im Jahre 1910 75), ferner gibt es in Schlesien (25) und der Rheinprovinz (45) eine größere Zahl. Hier handelt es sich aber fast nur (eine bedeutende Ausnahme ist der Aachener Berein zur Beförderung der Arbeitsamkeit) um Fabriksparkassen, d. h. keine selbständigen privatwirtschaftlichen Erwerbsinstitute wie in Schleswig-Holstein; den Personalkredit pslegen die Fabriksparkassen fast gar nicht. Ferner gibt es noch 14 Privat-

zeigt, daß 1895 unter den Inhaberpapieren 45 Proz. Reichs- und preußische Staatsanleihen waren, 1905 nur noch 35 Proz. Seitdem steigt der Prozentsfat wieder (1910 wieder 45 Proz.) insolge der bekannten Bestrebungen, die Sparkassen gesehlich zu einer stärkeren Anlage ihres Bermögens in Reichs- und preußischen Staatsanleihen zu zwingen, um deren Kurs günstig zu beeinflussen und die Liquidität der Sparkassen zu erhöhen.

Der Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 41

sparkassen im Regierungsbezirk Wiesbaden, die etwa 7 Kroz. in Personalkredit angelegt haben; darunter namentlich die Sparkasse der Polytechnischen Gesellschaft in Franksurt a. M., welche im Jahre 1909¹ 6,4 Millionen = 6 Kroz. in Personalkredit angelegt hatte. Zu erswähnen ist dann noch für Westpreußen die Sparkasse des Danziger Sparkassenvereins (vgl. unten), die unter allen öffentlichen und nichtsöffentlichen Sparkassen den höchsten Betrag in Personalkredit angelegt hat, nämlich 15,6 Mill. Mk. (= 48 Kroz.).

Die schleswigsholsteinischen nichtöffentlichen Sparkassen haben gleichfalls verhältnismäßig viel im Personalkredit angelegt. Der Prozentsat ist indessen wie bei den öffentlichen Sparkassen stark heruntergegangen. Es waren folgende Prozente in den verschiedenen Unlagearten angelegt.

Jahr	Zahl der be= rückfichtigten Sparkaffen	Städtifche Hypo	Ländliche otheken	Inhaber= papiere	Perfonal= fredit
1882 1890 1900 1909 1910	203 186 84 75 75	29 32 39 38 37	34 35 35 35 35	8 10 9 9	26 19 10 10 9

Der Prozentsat ist stark bis 1900 heruntergegangen, und zwar zugunsten der städtischen Hypotheken und der Darlehen an öffentliche Institute und Korporationen. Seitdem scheint diese Entwicklung allers dings zum Stillstand gekommen zu sein. Die Gesamtsumme des im Jahre 1910 in Personalkredit angelegten Vermögens belief sich auf 25 Mill. Mk.

Wenn auch diese Summe für eine einzelne Probinz nicht ganz unbedeutend ist, so spielt sie natürlich für Gesamtpreußen keine nennenswerte Rolle.

In ganz anderem Umfange gewähren die Kreditgenossenschaften Bersonalkredit. Nach dem Jahrbuch des Allgemeinen Berbandes der deutschen Erwerds= und Wirtschaftsgenossenschaften (auch abgedruckt im

¹ Die einzelnen Sparkassen sind zulett für das Jahr 1909 von der Statistik behandelt. Daher ist im folgenden immer das Jahr 1909 gemeint, wenn Angaben über einzelne Sparkassen gemacht werden.

Preuß. Statist. Jahrbuch) beliefen sich die am Jahresschluß 1909/10 ausstehenden Kredite auf folgende Summen:

	Berichtsjahr	Berichtende Genoffen= fcaften	Um Jahres- ichluß aus- stehende Aredite 1000 Mf.
I. Allgem. Berband ber deutschen			
Erwerbs= u. Wirtschaftsgenoffen=	4040	000	4 000 000
schaften	1910	939	1 238 030
11. Reichsberband der deutschen land-	1909	12 614	1 508 442
wirtschaftlichen Genossenschaften III. Hauptverband beutscher gewerbl.	1909	12 014	1 305 442
Benoffenschaften	1909	326	106 646
IV. Andere Berbände:	1000	920	100 010
1. Berband landw. Genoffenschaften			
in Mürttembera	1909	1 141	
2. Berband beutscher Erwerbs- und			
Wirtschaftsgenossenschaften in			
Hannover	1910	72	•
3. Berband württemberg. Aredit-	1010	0.4	00.460
genossenschaften in Ulm	1910 1909	$\frac{94}{342}$	89 460 45 153
4. Trierischer Revisionsverband 5. Verband der landwirtschaftlichen	1909	342	40 100
Rreditgenoffenschaften in Baden	1910	422	
6. Verband der Erwerbs- u. Wirt-	1010	100	•
schaftsgenoffenschaften b. Proving			
Bofen und Weftpreußen	1909	248	177 417
7. Verband der Erwerbs- u. Wirt-			
schaftsgenossenschaften d. Provinz			
Dberheffen	1909	25	250
Oberheffen			
tallen o. augem. Berbandes ber	1910	15	3 264
Eisenbahnvereine			
	Summe:	$16\ 238$	3 1 6 8 660 ¹

Berücksichtigt man, daß die Tabelle unvollständig ist, so erhält man als Betrag der am Jahresschluß ausstehenden Kredite etwa $3^1/2$ Milliarden Mt.² gegenüber kaum 300 Millionen bei den öffentslichen Sparkassen Preußens und vielleicht 500 Mill. Mt. bei den öffentslichen Sparkassen Deutschlands. Außerdem geht aus der Statistik nicht hervor, welcher Prozentsat der gewährten Kredite auf Personen der

¹ Bon 14603 berichtenden Genossenschaften (Gesamtzahl der bestehenden Kreditgenossenschaften 16478).

² Ein Teil (etwa 350 Millionen) ist allerdings hypothekarisch gesichert; dasselbe ist aber großenteils nicht mit dem langfristigen Shpothekenkredit der Sparkassen identisch, sondern in der Wirkung als Personalkredit zu betrachten.

höheren Bolksschichten entfällt, die vermöge persönlicher Beziehungen oder aus sonstigen Gründen die Sparkassen statt der Banken in Anspruch nehmen, während bei den Kreditgenossenschaften in der Hauptsache als Kreditnehmer Personen des kleineren Mittelstandes in Bestracht kommen. Ferner nicht, wiediel Prozent des Personalkredits nicht auf Einzelpersonen entfallen. Insbesondere sollen Darlehen an Genossenschaften häufig sein; in diesem Falle würde es sich allerdings um eine indirekte Förderung des Personalkredits handeln, die der direkten Kreditgewährung in der Wirkung nicht viel nachsteht.

Wie enorm der Bedarf der Volkswirtschaft an Personalkredit ist und wie sehr die Sparkassen daher Anlaß haben, diesem Bedarf entsgegenzukommen, ergibt sich aus der raschen Steigerung der bon den Genossenschaften gewährten Kredite. Die am Jahresschluß 1901 ausstehenden Kredite von 8612 berichtenden Kreditgenossenschluß 1910 ausstehenden von 14 603 berichtenden Genossenschaften bereits auf 3,2 Williarden Wk. Siehe Statistisches Jahrbuch für Preußen, 1911 S. 212.

Die preußische Statistik gruppiert die öffentlichen Sparkassen in 1. städtische, 2. Kirchspielsz, Fleckensz und Landgemeindesparkassen, 3. Kreisz und Amtssparkassen, 4. Provinzialz und ständische Sparkassen. Der Zahl nach überwiegen die städtischen weitaus (1910: 774 gegenüber 473 Kreisz und Amtssparkassen, 272 Kirchspielsz usw. Sparkassen und 6 Provinzialz und ständischen Sparkassen). Dabei muß man aber bedenken, daß es sich großenteils um Sparkassen kleiner Städte und Städtchen handelt, die sehr wohl in der Lage sind, den Personalkredit zu pslegen.

Im Jahre 1910 verteilten sich die verschiedenen Arten der Anslagen folgendermaßen auf diese Gruppen (die Kirchspielss, Fleckenssund Landgemeindesparkassen seien hier und im folgenden kurz mit Landgemeindesparkassen bezeichnet):

¹ Darin enthalten sind die zessionsweise übernommenen Kausgelder, die in der Sparkassenstatistik unberechtigterweise zum Realkredit gerechnet werden. (Bgl. weiter unten S. 58, Unm. 2.) Während sie aber bei den Genossenschaften eine sehr große Rolle spielen, spielen sie bei den Sparkassen, soviel wenigstens bekannt ist, eine sehr geringe. Bgl. Poppelreuter, "Das Sparwesen im Landkreise Bonn". Schr. d. B. s. Sozialpol. Bd. 136, S. 185 ff.

	Städti sc	Ländliche	Inhaber=	Perjonal=
	Hhpc	otheken	papiere	tredit
Stadtspartassen	2859,66	653,86	1538,25	161,59
	1062,21	1189,67	805,99	114,83
	297,97	295,13	96,99	35,07
	131,17	59,20	141,22	19,96

		Dar	unter		Überhaupt
	Schult ohne B.	oscheine mit B.	Wechfel	Faust= pfand	find angelegt
Stadtspartassen	4,55 9,10 1,59	58,93 59,41 29,59 8,07	55,73 19,56 0,40 1,36	42,38 26,77 3,48 10,52	5953,95 3818,25 784,45 397,21

In Prozenten umgerechnet, ergeben sich folgende Zahlen:

	Städtische	Ländliche	Inhaber=	Personal=
	Hypo	thefen	papiere	fredit
Stadtipartaisen	48	11	26	2,71
	28	31	21	3,01
	38	38	12	4,47
	33	15	36	5,03

		Dar	unter		Darlehen an
	Schull ohne B.	dicheine mit B.	gegen Wechfel	gegen Fauftpf.	öffentliche Inst. u. Korp.
Stadtspartassen	0,08 0,24 0,20	0,99 1,56 3,77 2,03	0,94 0,51 0,05 0,34	0,71 0,71 0,44 2,65	11 16 7 10

Während bei den städtischen Sparkassen drei Viertel des Vermögens in städtischen Hypotheken und Inhaberpapieren angelegt ist, beläuft sich der Prozentsat bei den Kreis- und Amtssparkassen nur auf 49 Proz. Dagegen sind bei letzteren in ländlichen Hypotheken ein Drittel, bei den städtischen Sparkassen nur 11 Proz. angelegt. In Personalkredit, und zwar in Schuldscheinen, nicht aber gegen Wechsel und Faustpfand, ist etwas mehr angelegt wie bei den städtischen Sparkassen, aber immershin auch kein erheblicher Prozentsat; es sei daran erinnert, daß sich der Prozentsat bei den schleswigsholsteinischen Vereinss und Privatsparkassen auf 9 Proz. beläuft. Bei den Landgemeindesparkassen sind $4^{1}/_{2}$ Proz. in Personalkredit angelegt, davon 3,8 Proz. in Schuldsscheinen mit Bürgschaft, $1/_{2}$ Proz. in Lombardkredit, wenig in Schuldsscheinen ohne Bürgschaft und fast gar nichts gegen Wechsel. Im übrigen ist in städtischen Hypotheken sehr viel angelegt, anderseits wieder erhebslich weniger in Inhaberpapieren; 38 Proz., also sehr viel im Bergleich zu den anderen Sparkassen, ist in ländlichen Hypotheken angelegt.

Die sechs Prodinzials und ständischen Sparkassen haben 5 Proz. in Personalkredit angelegt, meistens in Schuldscheinen mit Bürgschaft und in Lombardkredit. Indessen sind es nur die Ständische Ostriesische Sparkasse in Aurich und die Kommunalständische Nassaulsche Sparkasse in Wiesbaden, die berhältnismäßig viel in Personalkredit angelegt haben (rund 20 bzw. 10 Proz.); bei den übrigen spielt derselbe keine Rolle. Sie können daher im folgenden unberücksichtigt bleiben.

Betrachten wir die absoluten Zahlen, so sehen wir, daß die 751 nichtstädtischen Sparkassen rund 170 Mill. Mk., die 774 städtischen Sparkassen nur 162 Millionen in Personalkredit angelegt haben. Insebesondere sind es natürlich die Sparkassen der größeren Städte, die den Personalkredit wenig pflegen und auch wegen des damit berbundenen hohen Risikos nicht pflegen können.

```
Städtische Hypothefen 781,1 Millionen = 46 Proz. Ländliche Hypothefen 38,2 ,, = 2 ,, sphaberpapiere 688,7 ,, = 40 ,, Schuldscheine und Wechsel 23,3 ,, benbardfredit 13,5 ,, therefore the therefore 1713,3 ,,
```

In Personalfredit waren asso nur 36,8 Millionen angelegt und davon entsallen 12,1 Millionen (Schuldscheine und Wechsel) auf Berlin, 7 Millionen (besgl.) auf Kiel, 3,9 Millionen (Lombardfredit) auf Breslau, 4,1 Millionen (ebenso) auf Königsberg, zusammen 27,1 Millionen Wark, auf die übrigen Städte also nur 9,7 Millionen. Unter den 31 in Betracht kommenden Großstädten (Wiesbaden hat keine städtische Sparkasse, sie wird ersest durch die dort domizilierte Kommunalskändische Nassauische Sparkasse) gewährten 14,

¹ Bei den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern verteilten sich die Anlagen im Jahre 1909 solgendermaßen:

Auf der anderen Seite ift bei den städtischen Sparkaffen aus nabeliegenden Gründen die Summe, die in städtischen Sypotheken angelegt ift, sehr hoch: ste beträgt 2,9 Milliarden Mf. (davon entjällt etwa 1 Milliarde auf die großstädtischen Sparkassen). Diese Sparkassen sind eben im Laufe der Zeit neben den Sppothekenbanken die wichtigsten Institute zur Befriedigung des städtischen Hypothekarkredits ge= worden. In Anbetracht deffen, daß die Pflege des Personalkredits seitens der Sparkassen der größeren Städte große Schwierigkeiten hat, wird man sich mit dieser Tatsache als einer historisch gewordenen abfinden können. Dagegen läßt sich eine allzu starke Anlage der Kreis= und Amtssparkassen in städtischen Sypotheken nicht rechtfertigen 1; die 473 Kreis= und Amtssparkassen hatten 1910 über eine Milliarde in solchen angelegt. Eine Anlage in städtischen Sppotheken wird man im Bringip nur in denjenigen nichtkreisfreien Städten voll billigen können, die keine städtische Sparkasse besitzen. Denn es muß als hauptaufgabe der Sparkaffen betrachtet werden, die ihnen zufließenden Belder nach Möglichkeit in ihren eigenen Bezirken fruchtbar zu machen.

Die Kapitalien, die von der Kreis= und Amts= und den Landsgemeindesparkassen an unrichtiger Stelle angelegt werden, sind dem= nach recht erheblich; daraus ergibt sich, daß eine weitere Ausdehnung der Personalkreditgewährung sehr wohl aussührbar ist.

In den einzelnen Provinzen ist die Pflege des Personalkredits

also beinahe die Hälste, keinen Kredit auf Schuldschein und Wechsel, 8 keinen Lombardkredit, 5 überhaupt keinen Personalkredit. Bei den übrigen Städten mit Ausnahme der erwähnten ist die Personalkreditgewährung eine versichwindend geringe (in Kiel sind übrigens gegen 12 Proz. in Personalkredit angelegt).

Rebenbei sei darauf hingewiesen, daß der Prozentsat der Anlage in städtischen Hypotheken dem städtischen Durchschnitt entspricht, also nicht besonders hoch ist; dagegen ist die Anlage in ländlichen Hypotheken erheblich geringer (2 Proz.), degenüber einem Durchschnitt von 12 Proz.), diesenige in Inhaberpapieren erheblich höher (40 Proz. gegenüber einem Durchschnitte von 27 Proz.). Da aber unter den Inhaberpapieren jedensalls die Hypothekenbankobligationen die Hauptrolle spielen, so liegt hier selbstverständlich nur eine indirekte Hypothekenkreditgewährung vor. (Vegen 80 Proz. des Bermögens der großstädtischen Sparkassen dürsten demnach in Hypothekarskredit angelegt sein; der Rest (ungefähr je zur Hälste) in Reichss und Staatsanleihen bzw. Darlehen an öffentliche Institute und Korporationen angelegt.

1 Sie erklärt sich wohl zum Teil daraus, daß viele Kreissparkaffen ihren Sig in größeren (freisfreien) Städten haben.

Der Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 47 seitens der Sparkassen ziemlich verschieden, wie die folgende Tabelle zeigt (Jahr 1909):

(Siehe Tabelle auf Seite 48.)

Eine größere Kolle spielt hiernach der Personalkredit nur bei den Kreis- und Amtssparkassen in Ostpreußen und bei den wenigen in Schleswig-Holftein, ferner bei den Landgemeindesparkassen in Schleswig-Holftein. Es sei dabei erwähnt, daß auch die Bereins- und Privat-sparkassen in Schleswig-Holftein, wie oben bemerkt, den Personalkredit in erheblichem Maße pflegen.

Betrachtet man die Sparkassen im einzelnen, so modifiziert sich das Bild namentlich für die städtischen Sparkassen. Das liegt daran, weil die Prozentsätze zu sehr durch die großen Summen der großftädtischen Sparkassen bestimmt werden.

Namentlich in Dft preußen spielt der Personalkredit tatsächlich bei den städtischen Sparkassen eine große Rolle, wie die folgende Zabelle zeigt:

1. Stäbtische Sparfaffen.

	Jahr der	1904	0/0	1909	0/0
	Gründung	1000 Mf.		1000 Mf.	,,,
Bartenstein	1907 1843 1901 1887	354,4 37,0 82,5	$\frac{-}{25}$ $\frac{30}{26}$	67,2 202,2 72,6 176,7	32 10 33 30
Guttftadt	1896 1828 1899 1826	67,4 3792,1 85,9 59,9	15 7 29 1	33,5 4125,2 146,8 84,8	$egin{array}{c} 8 \\ 7 \\ 26 \\ 1 \\ \end{array}$
Mohrungen	1862 1907 1848 1841 1905	811,6 45,9 220,8 	38 10 16 —	880,4 30,4 65,4 300,7 134,0	27 28 14 17 30
Tapiau	1907 1905 1848 1838 1885	28,9 		51,5 52,0 83,4 — 174,6	39 29 2 0 10
Bialla	1907 1908 1908 1907			34,2 263,6 79,3 51,8	56 37 27 20
Lyd	1907 1905 1852 1908 1906 1909	306,2 — — —	13 —	54,4 209,6 179,6 7,5 139,2 8,4	22 33 7 27 45 34

		Zahl der		Die f	Die städtischen Sparkassen	n Spar	:taffen	Rrei3=	Rreis= und Amtsiparkaffen	mtsipaı	ckajjen	ම් ම	emeinde	Gemeindesparkassen	H.
		Amts: u.	Lands ge=		hatten	von ihr	hatten von ihrem zinsbar angelegten Bermögen in Prozenten angelegt in	bar an	gelegten	Bermö	gen in	Prozent	en ang	elegt in	
	Spar, taffen	Rreig= įpar= taffen	meinde= fpar= faffen	ftädt. Hypo	städt. ländl. Hypothefen	Inf).= Pap.	Int.= Perf.= Pap. Rredit		ftädt. ländl. Hypotheken	Inb Pap.	Int.= Berf.= Pap. Kredit	ftädt. Hydo	tädt. ländl. Hypotheken	städt. ländl. Inb.= Hypotheken Pap.	Perf. Kredit
Offnrentben	×6	34		40	67	င်း	α	2	O _r	16	61				
Westpreußen	5 4	24	ł	44	. ro	32) [~	33 5	25	55	9				
Brandenburg 1 .	87	25	9	40	∞	88		12	17	41		23	30	40	_
Pommern	61	23	1	45	16	22	က	83	34	21	4	1	ı	l	ı
Pofen	54	35		43	2	30	6	88	25	50	2		1	1	1
Schlesien	107	20	15	41	01	31	63	21	955	53	အ	43	16	27	4
Sachfen	101	32	ဢ	37	19	53	-	91	36	27	-	16	333	%; %;	4
Schlesm.=Holftein	42	9	87	20	83	2	∞	82	41	က	13	16	59	4	13
Hannover	55	64	50	44	14	18	2	15	20	50	ဢ	27	44	15	4
Westfalen	83	95	27	28	17	13	-	44	30	133	2	33	50	10	2
Heffen=Raffau.	8; 	53	4	35	22	30	بن	50	35	19	9	35	64	17	x
Rheinprovinz	98	48	92	62	4	22	-	37	21	18	'n	59	50	13	31

Dhne Berlin.

2. Rreisipartaffen.

Bartenstein . 1857 152,2 7 248,4 6 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9	
Braunsberg 1857 189,0 11 148,1 6 Fischhausen 1857 66,1 10 76,8 7 Gerbauen 1858 370,1 17 399,5 16 Heiligenbeit 1842 36,1 2 17,7 17 Hönigsberg 1857 25,6 3 8,4 1 Königsberg 1905 — — 1428,0 26 Kabiau 1856 182,9 16 165,5 9 Mohrungen 1885 170,8 19 146,3 15 Preuß Gylau 1857 26,2 2 61,0 4 Preuß Hollanb 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Braunsberg 1857 189,0 11 148,1 6 Fischhausen 1857 66,1 10 76,8 7 Gerbauen 1858 370,1 17 399,5 16 Keiligenbeit 1842 36,1 2 17,7 1 Heilsberg 1857 25,6 3 8,4 1 Königsberg 1905 — — 1428,0 26 Kabiau 1856 182,9 16 165,5 9 Mohrungen 1885 170,8 19 146,3 15 Preuß Eylau 1857 26,2 2 61,0 4 Preuß Hollanb 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Fischhausen	
Gerbauen 1858 370,1 17 399,5 16 Heiligenbeil 1842 36,1 2 17,7 17 Heilsberg 1857 25,6 3 8,4 1 Königsberg 1905 — — 1428,0 26 Labiau 1856 182,9 16 165,5 3 Mohrungen 1885 170,8 19 146,3 15 Freuß Gylau 1857 26,2 2 61,0 4 Breuß Holland 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Gerbauen 1858 370,1 17 399,5 16 Heiligenbeil 1842 36,1 2 17,7 1 Heilsberg 1857 25,6 3 8,4 1 Königsberg 1905 — — 1428,0 26 Labiau 1856 182,9 16 165,5 3 Rohrungen 1885 170,8 19 146,3 15 Preuß Gylau 1857 26,2 2 61,0 4 Breuß Holland 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Königsberg	
Königsberg	
Labiau 1856 182,9 16 165,5 3 Mohrungen 1885 170,8 19 146,3 15 Preuß Chlau 1857 26,2 2 61,0 4 Preuß Holland 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Mohrungen	
Breuß Enlau 1857 26,2 2 61,0 4 Preuß Holland 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Breuß. Holland 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Breuß. Holland 1877 1142,8 18 1248,2 15	
Rastenburg 1857 93,3 15 92,4 8	
Wehlau 1858 64,6 4 99,0	
Angerburg 1855 372,7 21 493,6 20	
Darkehmen 1859 9,3 1 42,3 5	
Goldap 1855 380,6 16 384,4 17	
Gumbinnen 1855 182,5 5 41,0 1	
Heinrichswalde 1856 41,9 7 127,7 14	
Hendekrug 1902 - 0 - (
Insterburg 1905 15,4	
Marggrabowa 1855 565,3 25 452,4 14	
Billtallen 1885 966,7 27 996,5 21	
Ragnit 1857 880,7 28 722,0 19	
Stallupönen 1856 20,0 1 29,8	
Xilfit 1907 - - (
Allenstein 1858 127,7 6 116,2	
Bischofsburg 1857 478,3 39 593,6 40	
Johannisburg 1855 1068,8 39 1154,9 31	
Lögen	
Ջոմ 1856 918,1 13 705,5 7	
Reidenburg 1858 122,6 10 249.3 15	
Ortelsburg 1856 493,6 23 435,1 18	
Ofterode 1883 371,6 10 287,8 5	
Sensburg 1853 285,2 20 401,2 20	

Absolut hat weitaus die größte Summe die Königsberger städtische Sparkasse aufzuweisen. Es ist übrigens die vierthöchste Summe, die den preußischen öffentlichen Sparkassen in Personalkredit angelegt ist; höhere Summen weisen auf die Breslauer städtische Sparkasse ($5^{1/2}$ Millionen), die Kieler städtische Sparkasse (7,2 Millionen) und die Kreselder Kreissparkasse (9 Millionen), ferner einige Privatsparkassen: Polytechnische Gesellschaft in Franksurt a. M. (6,4 Millionen), Altonaer Unterstützungsinstitut (8,6 Millionen), Aachener Berein zur Besörderung der Arbeitsamkeit (14 Millionen) und Danziger Sparkassen: Aktien=Berein (15,6 Millionen).

Schriften 137. I.

4

Auch der Prozentsat (7 Proz.) ist für eine großstädtische Sparkasse ziemlich hoch; man kann allerdings aus der Statistik nicht ersehen, wiediel davon auf Primadiskonten entfällt, indessen wird man aus der hohen Summe doch vielleicht schließen können, daß die Anlegung in Personalkredit auch für großstädtische Sparkassen nicht so gänzlich ausgeschlossen ist.

Unter den übrigen städtischen Sparkassen hat die übergroße Mchrzahl mehr als 10 Broz. in Personalkredit angelegt! Boran stehen die Sparkassen in Bialla (56 Proz.) und Sensburg (45 Proz.). 31—40 Proz. hatten 6 Sparkassen in Personalkredit angelegt, 21—30 Proz. 10 und 11—20 Proz. 3 Sparkassen. Allerdings ist zu beachten, daß ein großer Teil der Sparkassen noch nicht lange besteht, daß die Prozentsähe dasher ersahrungsgemäß allmählich heruntergehen werden. Man erkennt dies beim Bergleich der Prozentzahlen sür 1904 und 1909, die in der Mehrzahl der Fälle gefallen sind. Trohdem wird man sagen dürsen, daß die ostpreußischen städtischen Sparkassen den Personalskedit stark pslegen.

Nicht so häufig sind die höheren Prozentsätze bei den Kreissparskassen. Obenan steht die Bischofsburger (40 Proz.) und die Johannissburger (31 Proz.), dann die Königsberger (26 Proz.); der absoluten Summe nach stehen die Königsberger mit 1,43 Millionen, die Preußischsbollandsche mit 1,25 und die Johannisburger mit 1,15 Millionen ander Spize, also mit nicht unerheblichen Beträgen.

Auch bei den we st preußischen Sparkassen spielt der Personalskredit eine ziemlich große Rolle. Bon den 24 städtischen Sparkassen hatten 12 bis zu 10 Proz., fünf 11—20 Proz., drei (Joppot, Briesen, Preußisch-Friedland) 21—30 Proz., diejenige von Neustadt 31 Proz., von Deutsch-Shlau 33 Proz., von Strasburg 43 Proz. in Personalskredit angelegt. Dem absoluten Betrage nach hatten Briesen (0,55 Millionen), Strasburg (0,40 Millionen) und Graudenz (0,39 Mils

¹ Die Anlage in Primadiskonten spielt aber auch bei den Sparkassen der Großstädte wahrscheinlich noch eine sehr geringe Rolle. Zur Erhaltung der Liquidität, die bei großstädtischen Sparkassen eine weit größere Notwendigkeit ist wie bei den Sparkassen der kleineren Gemeinden und Kreise, ist die Anlage in Primadiskonten sehr zu empsehlen.

² Die junge Tiegenhofer Sparkasse (gegr. 1909) hatte Ende 1909 nur Anlagen in Personalkredit, was natürlich nichts besagt.

Ter Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 51 lionen) die höchsten Summen aufzuweisen. Bei den 24 Kreissparkassen sind die hohen Prozentsätze seltener, indessen übersteigen die absoluten Summen meistens 100 000 Mk. Sechzehn hatten nur bis zu 10 Proz., die übrigen 8 bis zu 18 Proz. in Personalkredit angelegt. Die höchste absolute und relative Zahl weist Neumark auf (1,27 Millionen = 18 Proz.); mehr wie eine halbe Million weisen noch Berent (0,64 Millionen = 14 Proz.), Reustadt (0,69 Millionen = 11 Proz.), Schlochau (0,62 Millionen = 10 Proz.) und Schwez (0,54 Millionen = 9 Proz.) auf.

Für Westpreußen ist indessen die bedeutende Sparkasse des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins zu erwähnen, die sämtliche Stadt- und Kreissparkassen zusammengenommen an Anlage in Personalkredit übertrifft: 15,6 Millionen (= 48 Proz.).

Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße von den 35 posenschen Kreissparkassen, abgesehen von Schroda (1,09 Millionen = 21 Proz.) und Gnesen (1,64 Millionen = 12 Proz.). Nur acht hatten mehr als 10 Proz. (bis 22 Proz.) in Personalkredit angelegt. Mehr pflegen die 54 städtischen Sparkassen Posenschen Bersonalkredit: 26 hatten 0—10 Proz., 18: 11—20 Proz., 7: 21—30 Proz., Neustadt bei Pinne und Pakosch je 33 Proz., Adelnau 37 Proz. in Personalkredit angelegt. Die größten absoluten Beträge weisen Posen (1,01 Millionen), Wollstein (0,99 Millionen) und Schneidemühl (0,76 Millionen) auf; sie stehen allerdings ziemlich einsam da.

Gar keine Rolle spielt der Personalkredit in Brandenburg 1 und Schlesien. Von den 87 brandenburg 1 if den städtischen Sparkassen hatten Finsterwalde und Vetschau mit je 11 Proz. die höchsten Prozentsäte aufzuweisen. Außerdem hatten nur sechs mehr als 5 Proz., alle übrigen nur bis zu 5 Proz. in Personalkredit angelegt. Unter den 25 Preissparkassen hatte nur Guben mehr als 5 Proz. (nämlich 6 Proz.) in Personalkredit angelegt (dem absoluten Betrage nach 0,51 Mill. Mk.). Auch die absoluten Beträge sind in beiden Fällen mit wenig Ausenahmen (Dahme 0,35 Mill. Mk., Schwedt 0,33 Mill. Mk., Finsters

¹ Bgl. dazu v. Altrock, "Die Tätigkeit der öffentl. Sparkassen in der Provinz Brandenburg für die Landwirtschaft". v. Altrock hält eine Ausschnung der Personalkreditgewährung seitens der Sparkassen in Brandensburg für überflüssig, ja schädlich, da hier das Genossenschaftswesen genügend entwickelt sei.

walde 0,48 Mill. Mk., Zielenzig 0,40 Mill. Mk. und die erwähnte Gubener Kreissparkasse) sehr gering.

In Schlesten hatte die Breslauer städtische Sparkasse absolut, wie bereits erwähnt, eine ziemlich hohe Summe in Personalkredit ansgelegt ($5^{1}/_{2}$ Mill. Mk.), serner die Kreissparkasse in Reustadt (2,4 Mill. Mk.). Außer diesen sind erwähnenswert die städtische Sparkasse in Reurode (0,42 Mill. Mk. = 7 Proz.) und die Kreissparkassen in Steinau (0,50 Mill. Mk. = 6 Proz.), Hoherswerda (0,53 Mill. Mk. = 13 Proz.), Pleß (0,57 Mill. Mk. = 5 Proz.) und diesenigen in Großstrehsitz (14 Proz.), Oppeln (7 Proz.) und Rosenberg (7 Proz.) mit 400 000 bis 500 000 Mk. Den stärksten Prozentsatz hatten in Personalkredit angelegt unter den städtischen Sparkassen: Hoherswerda (13 Proz.), Krappitz (14 Proz.), Ottschau (18 Proz.), Peiskretscham (20 Proz.), Rosenberg (11 Proz.); unter den Kreissparkassen Hoherswerda (13 Proz.), Großstrehlitz (14 Proz.) und Reustadt (17 Proz.). In den weitaus meisten Fällen sind ebenso wie in Brandenburg weniger wie 5 Proz. in Personalkredit angelegt.

Noch weniger pflegen die Sparkassen den Personalkredit in der Prodinz Sach sen. Ausnahmen bilden die städtische Sparkasse in Bad Sachsa (29 Proz.), in Wolmirstedt (23 Proz.), in Neuhaldensleben (18 Proz.) und in Osterwiek (13 Proz.). Die meisten haben nicht einmal 1 Proz. in Personalkredit angelegt. Dem absoluten Betrage nach hatten die städtische Sparkasse in Ersurt (0,98 Mill. Mk.) und die Preissparkasse ebenda (0,71 Mill. Mk.), ferner die Preissparkasse in Wühlshausen (0,77 Mill. Mk.) und namentlich diesenige in Wolmirstedt (1,8 Mill. Mk.) die größten Summen in Personalkredit angelegt. Im übrigen sind auch die absoluten Summen in weitaus den meisten Fällen sehr gering, ausgenommen im Regierungsbezirk Ersurt.

Die pommerschen Sparkassen pflegen den Personalkredit unsgefähr in demselben Umfange wie die westpreußischen. In den meisten Fällen sind mehr wie 100 000 Mk. in Personalkredit angelegt, am meisten von der Kreissparkasse in Belgard (1,79 Mill. Mk.), dann von derzenigen in Greisswald (0,97 Mill. Mk.) und der städtischen Sparkasse in Stargard (0,73 Mill. Mk.). Wehr wie ½ Million sind in Personalkredit noch angelegt von den städtischen Sparkassen in Bütow und Schlawe und den Kreissparkassen in Bublitz, Köslin, Rummelsburg. Die Prozentsätze betragen meistens weniger als 10 Proz., in 15 Källen 11-20 Proz. und in 3 Fällen mehr als 20 Proz., nämlich bei der städtis

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 53 schen Sparkasse in Naugard (52 Proz.), bei derzenigen in Bütow (26 Proz.) und bei derzenigen in Bärwalbe (22 Proz.).

Etwas weniger pflegen den Personalkredit die Sparkassen in Hann ober. Der absolute Betrag übersteigt allerdings insbesondere bei den Kreissparkassen meistens 100 000 Mk. Die größten Beträge sinden wir bei den städtischen Sparkassen in Hannover (1,79 Mill. Mk.), Osnabrück (1,75 Mill. Mk.), Norden (2,0 Mill. Mk.) und bei den Kreissparkassen in Göttingen (1,17 Mill. Mk.) und Celle (2,10 Mill. Mk.). Dagegen sind die Prozentsätze oberhalb von 10 Proz. seltener wie in Pommern (nur in neun Fällen). Prozentual hatten am meisten die städtischen Sparkassen in Norden (27 Proz.) und Emden (26 Proz.) in Personalkredit angelegt, 11—20 Proz. außerdem drei städtische und vier Kreissparkassen.

Die 50 hannoverschen Kirchspiels=, Fleckens= und Landgemeindesparkassen haben wenig in Personalkredit angelegt. Mehr als 10 Proz. finden wir nur bei drei Sparkassen, von denen Rotenburg (0,86 Millionen = 12 Proz.) und Riemsloh (0,50 Millionen = 13 Proz.) auch eine relativ ziemlich hohe absolute Zahl ausweisen.

Etwas günstiger stehen wieder die Sparkassen in Schleswig= Solft ein.

Die absoluten Summen übersteigen bei den städtischen Sparkassen meistens 100 000 Mt. Die höchsten Summen sinden wir bei Kiel (7,18 Mill. Mt.), Reumünster (2,95 Mill. Mt.), Barmstedt (1,73 Mill. Mt.), Hehve (1,23 Mill. Mt.) und Oldesloe (1,01 Mill. Mt.); über eine halbe Million hatten ferner noch Flensburg, Friedrichstadt, Heide, Meldorf, Besselburen aufzuweisen. Die höchsten Prozentsätze sinden wir bei Besterland (22 Proz.), Barmstedt (19 Proz.) und Neumünster (17 Proz.). Mehr als 10 Proz. hatten noch fünf städtische Sparkassen, die übrigen 34 bis zu 10 Proz.

Die Kreissparkassen sind, wie erwähnt, der Zahl nach gering (6). Bier hatten mehr als 10 Kroz. in Personalkredit angelegt, darunter Apenrade 22 Proz. (0,5 Mill. Mk.) und Hadersleben 16 Proz. (1,24 Mill. Mk.). Dafür spielen aber in Schleswig-Holstein die Kirchspielsz, Fleckensz und Landgemeindesparkassen (und die Bereinsz und Privatzsparkassen) eine erhebliche Kolle. Der Personalkredit wird von ihnen in relativ starkem Umfang gepflegt, wie die folgende Tabelle zeigt:

	Jahr der	1904	0/0	1909	0/0
	Gründ.	1000 Mt.	,,0	1000 Mf.	
Achtrup	1900	103,2	34	211,6	32
Ahrensburg	1900	59,5	11	48,4	3
Bargteheide	1846	375,2	10	313,0	6
Bargum	1896	128,0	51	203,1	36
Blanteneje	1884	188,4	7	82,1	3
Bordelum	1875	121,7	79	229,1	64
Bordesholm	1907	_	_	34,5	7
Bramfeld	1905	_		_	0
Brodftedt	1896	60,0	30	66,7	17
Brunsbüttelkoog	1891	91 ,4	9	106,6	6
Büsum	1844	258, 3	24	259,5	26
Burg (Süderditm.)	1833	620,8	21	682,8	17
Cismar	1847	164,6	9	253,2	10
Delve	1895	58,4	19	69,4	19
Drelsdorf	1873	242,4	63	274, 8	51
Gidelftedt	1908	 .	_	8,6	11
Ellerbeck	1884	101,2	3	161,4	4
Emmelsbull	1884	344,9	26	272,1	19
Friedrichstoog	1883	127,9	j 8	112,0	6
Beschendorf	1847		-	343,2	4
Glashütte	1882	153,5	12	149,8	8
Groß Flottbeck	1908			5,0	3
Hattstedt	1847	481,3	33	542,6	30
Helgoland	1901	12,3	6	12,2	3
Hemme	1861			12,9	6
hemmingstedt	1884	209,5	37	132,2	21
Hennstedt (D.).	1857	294,5	52	214,4	26
hennstedt (Rirchfp.) .	1908			12.3	5
Bornerfirchen	1886	114,3	14	168,8	15
Hohenafpe	1875	90,0	38	133,0	26
Hollingstedt	1859	295,1	26	324,3	20
Honigfee	1861			367,2	$\frac{25}{10}$
Horst	1884	185,3	11	265,3	13
Förl	1872	65,1	9	96,6	10
Foldelund	1888	167,2	44	208,1	32
Raltenkirchen	1881	711,7	22	845,5	20
Retting	1888	437,1	30	525,8	30
Roldenbüttel	1909		_	8,4	25
Rrempe	1906		_	70,1	4
Aronprinzentoog	1884	108,2	7	74,5	3
Labo	1894	32,2	6	64,7	10
Lägerdorf	1902	129,3	30	48,8	9
Leegen	1852	179,1	18	166,5	14
Lindholm	1886	751,7	41	1271,0	$\frac{59}{10}$
Lürschau	1865	483,6	26	355,6	18
Lunden	1840	1044,6	34	917,2	26
Medelby	1898	114,2	30	191,7	29
Meinsdorf	1867	15,9	3	24,7	5
Meldorf	1887	160,2	11	137,2	9
Mildstedt	1857	1368,5	21	1597,6	20
Meuenbrook	1895	62,1	11	35,3	5
Neuenkirchen	1864	37,6	10	5,9	1
Niebull	1906			112,6	26
Norderbrarup	1875	346,8	14	126,6	6

	Jahr der Gründ.	1904 1000 Mf.	0/0	1909 1000 W.F.	0/0
on comment	1895	000 0	0.5	969.9	1.0
Nordhastedt	1856	262,3 100,0	25 4 9	262,3	$\begin{array}{c} 16 \\ 27 \end{array}$
Nordstrand	1905	100,0	49	83,4	8
Oldenswort	1888	 70,5	36	16, 6 112,1	37
Oftenfeld	1878	10,3 125,7	36	154,1	38
	1905	140,1	90		8
Petersdorf	1894	128.4	15	53,5 165,6	17
m (1897	16,4	$\frac{13}{30}$	20,6	25
Reinbek	1847	28,0	2	30,2	$\begin{array}{ccc} & 23 \\ & 2 \end{array}$
Rethwischdorf	1854	109,2	$1\overset{2}{2}$	89, 4	9
Reugentöge	1893	82,5	37	96,7	3 7
Sande	1900	45,1	17	84,7	11
Schaalbh	1899	42,1	19	42,8	11
Schönberg	1891	111,7	8	154,6	8
Schwarzeneck	1829	43,8	1	133,2	14
Steinhorft	1863	167.3	3	405,9	8
Sterup	1886	209.8	$1\overset{\circ}{2}$	146,2	8
Stuvenborn	1886	67.7	34	87,6	30
Sude	1900	108,7	7	267.1	7
Süderbrarup	1898	62,9	18	70,2	13
Süderhastedt	1863	450.7	31	512,2	23
Südermeldorf-Geeft	1885	200.2	19	221,3	16
Süberstapel	1843	621,1	$\frac{1}{42}$	664,0	35
Tating	1852	68.9	19	75,6	18
Tellingstedt	1900	148,4	30	166,2	20
Tremsbüttel	1870	90,1	7	112,2	6
Trittau	1833	272,7	6	393,3	6
Ülvesbüll	1858	7,4	7	7,2	ě
Biöl	1869	179,2	13	238,6	15
Watendorf	1878	450,4	$\widetilde{24}$	739.8	$\widetilde{26}$
Weddingstedt	1897	68,7	$\overline{20}$	97,7	13
Wittbet	1878	69,0	33	128,1	36
Wigwort	1865	171,4	33	163,1	32

Nicht bloß den Prozentzahlen (wie bei den ostpreußischen städtischen Sparkassen), sondern auch den absoluten Zahlen nach ist das Bild ein ziemlich erfreuliches und beweist, daß eine stärkere Anlage in Personalkredit durchaus möglich ist. Der Grund der stärkeren Anlage in Personalkredit ist der, daß die schleswigsholsteinischen Sparkassen, insbesondere die ländlichen, aus Privatsparkassen hervorgegangen sind (vgl. Schriften des Bereins für Sozialpolitik Bd. 74 S. 201); die Umswandlung in Gemeindeinstitute wird leider zur Folge haben, daß auch bei ihnen der Personalkredit immer mehr zurücktritt und die dadurch entstehenden Lücken durch SchulzesDelitzschsspars und Borschußkassen und Raiffeisenkassen ausgefüllt werden müssen. Seit 1904 haben sich die absoluten Zahlen in 23 Fällen verringert, die Prozentzahlen in sast allen Fällen.

Im Jahre 1909 (1904) hatten von den 87 (74) Gemeindesparkassen 37 (20) bis 10 Proz., 23 (19) 11—20 Proz., 16 (15) 21—30 Proz. und 11 (20) über 30 Proz. in Personalkredit angelegt. Bei den Privatsparkassen liegen die Berhältnisse für den Personalkredit nicht günstiger, wie man zunächst vermuten möchte. Bon den 75 Sparkassen hatten im Jahre 1909 in Personalkredit angelegt nur sechs mehr als 30 Proz., 21—30 Proz. nur acht; die übrigen zur Hälfte (30) 11—20 Proz., zur anderen Hälfte (31) bis zu 10 Proz. Die drohende Kommunalisierung mag sie verhindert haben, den Personalkredit in dem früheren Umfange zu pflegen. Gegen 1904 hat sich denn auch die absolute, in Personalkredit angelegte Summe in 34 Fällen, also in erheblich mehr als bei den Gemeindesparkassen, derringert.

Die we st fälischen Sparkassen pflegen den Personalkredit so gut wie gar nicht. Unter den 83 städtischen Sparkassen waren nur vier, die mehr als 10 Proz. in Personalkredit angelegt hatten: Petershagen 22 Proz., Enger 21 Proz., Stadtsohn 18 Proz., Lübbecke 17 Proz.

Die größten absoluten Summen weisen Münster (1,88 Mill. Mt.), Gütersloh (0,77 Mill. Mt.), Hagen (0,47 Mill. Mt.) und Rietberg (0,45 Mill. Mt.) auf. Unter den 95 Kreis= und Amtssparkassen sind nur acht mit mehr als 10 Kroz. Personalkredit (am höchsten Rahden mit 31 Proz. und Wallenbrück mit 22 Proz.). Die höchsten absoluten Summen zeigen Lübbecke (1,39 Mill. Mt.), Minden (0,96 Mill. Mt.), Herford (0,93 Mill. Mt.), Siegen (0,72 Mill. Mt.); Ibbenbüren, Münster, Büren, Paderborn, Wiedenbrück (je rund 0,5 Mill. Mt.). Die 15 Landgemeindesparkassen haben ebenfalls sehr wenig in Personalskredit angelegt, sowohl absolut wie prozentual (bis 0,27 Mill. Mt. bzw. 10 Proz.).

In Hessen nassaus find die Zahlen wieder höher. Bon den 38 Stadtsparkassen hatten 14 mehr als 10 Proz. in Personalkredit ansgelegt, am meisten Wanfried (35 Proz.) und Schlüchtern (30 Proz.).

Dem absoluten Betrage nach stehen Frislar (0,81 Millionen = 20 Proz.), Schlüchtern (0,72 Millionen = 30 Proz.) und Rotenburg (0,56 Millionen = 22 Proz.) obenan. Unter den 29 Preise und Amtse sparkassen hatten neun mehr als 10 Proz. in Personalkredit angelegt (bis zu 20 Proz., Preissparkasse Hettenhausen). Wehr als eine halbe Million betrug die absolute Summe bei Ziegenhain (0,79 Millionen = 13 Proz.), Eschwege, Wißenhausen und Rassel. Für den Regierungse bezirk Wiesbaden kommt noch die Kommunalständische Nassaussches

Der Personalkredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 57 kasse in Betracht, die einen erheblichen Teil in Personalkredit angelegt hat (12,7 Millionen = 10 Proz.), ferner die nichtöffentliche Sparkasse

der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. (6,4 Millionen

— 6. Kraz) und nach 12 kleinere nichtäffentliche Sparkassen

= 6 Proz.) und noch 12 kleinere nichtöffentliche Sparkassen. Die rheinländischen städtischen Sparkassen haben sehr wenig

Die rheinländischen sparkassen haben sehr wenig (nur in drei Fällen mehr als 10 Proz.) in Personalkredit angelegt. Auch die absoluten Zahlen sind durchweg sehr gering mit wenig Ausnahmen: Lennep 1,02 Millionen (= 8 Proz.), Bonn 0,94 Millionen (= 3 Proz.), Düsselvors 0,83 Millionen (= 1 Proz.), Mörs 0,81 Millionen (= 5 Proz.), Rempen 0,71 Millionen (= 8 Proz.), Duisburg 0,58 Millionen (= 1 Proz.), Trier 0,53 Millionen (= 3 Proz.), Mühlheim a. R. 0,51 Millionen (= 2 Proz.). Bei den Preissparkassen sinden sich nicht viel mehr solcher Ausnahmen. Im Regierungsbezirk Düsselvors haben Kreselb (9,03 Millionen = 11 Proz.) und Pleve (1,32 Millionen = 27 Proz.) relativ sehr erhebliche Summen in Personalkredit angelegt; im Regierungsbezirk Köln Rheinbach (1,36 Millionen = 10 Proz.).

Im Regierungsbezirk Aachen hatten Aachen (0,93 Millionen = 4 Proz.) und Düren (0,79 Millionen = 6 Proz.) wenigstens dem absoluten Betrage nach höhere Zahlen aufzuweisen 1.

Im Regierungsbezirk Trier waren die Zahlen folger	die Rahlen folgen	die 3	waren	Trier	Regierungsbezirk	Im
---	-------------------	-------	-------	-------	------------------	----

	1904	0/0	1909	0/0
Berncastel=Cues	312,5	3	371.9	3
Bitburg	147.9	11	1236,0	24
Daun	382,2	15	410,4	9
Merzig	333,8	4	382,2	9
Ottweiser	132,7	1	108.4	1
Brüm	197.3	7	331,2	6
Saarbrücken	44,7	0	71,2	0
Saarburg	904,7	11	1175,5	12
Saarlouis	867,2	5	393,5	2
St. Wendel	893,2	9	745,2	6
Trier	1203.6	11	983,8	6
Wittlich	1188.6	16	1826,1	17

Der Prozentsat ist im Jahre 1909 nur bei Bitburg und Wittlich erheblich, die absolute Summe außerdem bei Saarburg, Trier und

Dagegen gewährt die Sparkasse des Aachener Bereins zur Bejörderung der Arbeitsamkeit sehr viel Personalkredit: 9,2 Millionen gegen Bechsel und 4,8 Millionen gegen Faustpsand. Bor 1895 war sie die einzige Sparkasse im Regierungsbezirk Aachen und überragt auch jett noch bei weitem die inzwischen gegründeten 10 Kreis- und 2 Stadtsparkassen.

St. Wendel. Im Bergleich zu 1904 sind die Prozentsätze nur gestiegen bei Bitburg und um 1 Proz. bei Saarburg und Wittlich, stark zurücksgegangen dagegen bei Daun, Saarlouis, St. Wendel und Trier. Die absolute Summe ist sehr stark zurückgegangen bei Saarlouis, ziemlich stark ferner bei Ottweiler, St. Wendel und Trier; sehr stark gestiegen bei Bitburg und Wittlich, ziemlich erheblich ferner bei Saarburg.

Abgesehen von den Sparkassen Bitburg, Wittlich und Saarburg macht die Anlage in Personalkredit also schlechte oder gar keine Fortschritte, teilweise sogar starke Rückschritte.

In den Schriften des Bereins für Sozialpolitik 74 S. 53 finden wir — anscheinend für das Jahr 1894 — folgende Zahlen für "auf Bürgschaft beruhende Darlehen":

Merzig		535615	M£.1
Ottweiser .		123389	,,
Saarbrücken		$141\ 429$,,
Saarburg .		1160685	,,
Saarlouis .		$1\ 466\ 274$,,
St. Wendel		1056065	,,

Danach ist die absolute Summe insbesondere bei der Kreissparkasse Saarlouts ganz enorm zurückgegangen (von 1,47 auf 0,39 Millionen); zurückgegangen serner bei Merzig, Ottweiler, Saarbrücken, St. Wendel und sich gleichgeblieben bei Saarburg².

Shpothefar. Darlehen übern. Steigpreise Merzig 735 395 830 984 Saarburg 738 300 758 000 Saarlvuis 2 291 890 3 000 000 Bölklingen 1 463 300 394 237

Die Summen sind also recht erheblich.

¹ Nach Schr. d. B. f. S. Bd. 35, S. 144, belief sich die Summe 1884 sogar noch auf 1013 398 Mt.

² Die Personalkreditgewährung spielt bei den Sparkassen des Saargebietes insosern in Wirklichkeit eine erhebliche Molle, als dort — wenigstens in den 90er Jahren —, einer Unregung Knebels solgend, die Sparkassen in großem Umfange die zessionsweise übernahme von Steigs und Kauspreissorderungen pflegen. Die Summen erscheinen in der Statistikunter den auf Hhpotheken beruhenden Darlehen, daher läßt sich nicht setzstellen, welche Rolle sie in Preußen spielen. Für die Sparkassen Merzig, Saarburg, Saarlouis und Bölklingen gibt Henrich, Schriften d. Ber. f. Sozialp. 74, S. 55, solgende, sich anscheinend auf 1894 beziehende Zahlen.

Der Personalkredit bei Sparkassen im Bergleich zu anderen Instituten. 59

Ühnlich ist es auch im Regierungsbezirk Koblenz, für den Habenstein ebenda Seite 83 einige Angaben macht, die hier mit den Zahlen für 1909 wiedergegeben werden mögen (1000 Mt.):

	1894	1909
Areissparkasse Ahrweiler	. 809,5	99,2
" Altentirchen	. 28,8	11,5
" Roblenz	. 28,5	105,4
"Rochem	. 47,1	93,7
" St. Goar	. 44,5	325,9
Mayen	. 588,3	153,8
Städtische Sparkasse Roblenz	. 211.0	482,0
" " " Meisenheim	. 6,4	23,3
" " Meisenheim	. 21,7	59,4

Bei Ahrweiler und Mahen ein enormer Kückgang, bei St. Goar eine sehr starke Bermehrung, ebenso bei der städtischen Sparkasse Koblenz, eine ziemlich starke auch bei der Kreissparkasse Koblenz. Nun ist ja allerdings die Rheinprodinz das klassische Land der Raisseisenkassen. Man darf aber nicht vergessen, daß die Sparkassen für letztere eine sehr unangenehme Konkurrenz insosern bedeuten, als sie aus der Bedölkerung einen großen Teil der Spargesder herausziehen und in die weite Welt wandern lassen. Die Raisseisenkassen und daher auch zu einem unnötigt, sich ihre Geldmittel durch Anleihen bei der Zentralgenossenschaftskasse oder bei Banken zu ergänzen und daher auch zu einem unnötig hohen und vom allgemeinen Geldmarkt abhängigen Zinssuß auszuleihen.

Unter den 76 rheinländischen Landgemeindesparkassen besinden sich nur zwei, die mehr als 10 Proz. und nur 13, die mehr als 100 000 MK. in Personalkredit angelegt hatten (am meisten Kapellen mit 0,65, Obersgegen mit 0,27 und Wiehl mit 0,21 Millionen).

Die gesamte Anlage in Personalkredit hat sich seit 1882 in den einzelnen Provinzen folgendermaßen entwickelt (1000 MK.):

(Siehe Tabelle auf Seite 60.)

Wenn auch die absoluten Beträge in vielen Fällen steigen, so wird der Personalkredit im ganzen in recht trauriger Weise immer mehr vernachlässigt, wie sich ergibt, wenn wir die Prozentzahlen berechnen.

(Siehe Tabelle auf Seite 61.)

1. Stäbtifche Spartaffen.

Jahr	Oft- preußen	West- preußen	Branden= burg	Pommern	Posen	Schlesien
1882	3113,1	615,9	1946,7	5049,9	2720,8	4 998,5
1890	4786,6	485,6	2800,9	6869,5	3350,8	4 689,4
1900	6120,4	1343.2	5492,6	9935,5	6355.3	10 178,0
1909	7709,1	3284,9	5133,5	9728,0	8870,6	10 410,7
1910	7933.9	3941.1	4393,9	9970,3	9579.3	10 489,2

Jahr	Sachfen	Schlesw. Holstein	Hannover	Westfalen	Hoffen= Naffau	Rhein= provinz
1882	3074,3	4 433,5	8 227,4	13 589,8	8 099,7	9 762,1
1890	4128,1	8 124,3	7 643,1	12 533,2	6 425,5	7 663,8
1900	4047,3	18 486,9	11 122,2	12 275,7	7 588,8	8 340,7
1909	4681,7	22 883,4	14 022,5	12 616,1	8 726,5	14 485,5
1910	3701,7	24 988,2	16 123,4	12 530,7	10 049,6	14 424,6

2. Rreis= und Amtsfpartaffen.

Jahr	Oft= preußen	West= preußen	Branden= burg	Pommern	Pofen	Schlesier
1882	2 347,0	2279,8	899,3	3617.1	2097,6	1649,3
18 9 0	5 074,9	3178,8	967,5	4323,0	3621.6	2113,9
1900	8 068,9	5286,9	3279,5	8167,5	4891.4	3831,5
1909	11 448,8	7695,3	1776,5	7836,0	8450,1	7674,5
1910	11 905,6	8118,0	1720,4	7002.4	8934,3	7990,8

Jahr	Sachfen	Schlesw. Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen= Nassau	Rhein= provinz
1882 1890 1900 1909 1910	3209,4 5075,7 3610,5 4886,0 3031,6	447,6 2352,4 2744,0	12 709,4 10 653,0 17 731,0 16 481,1 16 778,4	22 897,5 18 033,8 16 758,5 14 023,1 13 772,3	3883,2 5721,7 5066,7 6667,9 7539,7	9 881,4 11 885,6 21 089,5 25 908,6 25 295,6

3. Rirchfpiels=, Fledens= und Landgemeindefparkaffen.

Jahr	Schlesw. Holftein	Hannover	Westfalen	Rhein= provinz
1882 1890 1900	2 065,6 7 352,7 13 514,5 18 952 3	5962,1 6707 5 6676,4 7464 3	1767,7 1587,7 1789,2	1913,4 3006,6 3353,8 4819,6
1900 1909 1910	18 952,3 19 739,4	7464,3 7270,5	2252,6 2304,4	4819,0 4975,0

	Jahr	Oft= preußen	Weft: preußen	Branden≤ burg	Pommern	Pojen	Schlefien	Sachsen	Schlesw.= Holstein	Hannover	Westsalen	Heffen. Raffau	Rhein= provin3
Stadt= partaffen	1882 1890 1900 1909 1910	18 13 10 8 8	13 5 6 7 7	4 2 2 1 1	9 7 6 3 3	25 16 14 9 9	5 3 2 2	2 2 1 1 1	18 13 10 8 8	9 5 5 3 3	7 4 3 1 1	23 12 8 5 5	7 3 2 1 1
Areiß= parkassen	1882 1890 1900 1909 1910	29 25 17 12 11	20 11 8 6 5	3 1 2 1 0,5	11 7 7 4 3	22 14 8 7 7	5 3 3 3 3	4 4 2 1 1	- 11 13 13	10 5 6 3 3	14 7 4 2 2	37 17 9 6 6	25 13 9 5 4
Gemeinde= fparkassen	1882 1890 1900 1909 1910		_ _ _ _	_ _ _ _			_ _ _ _		41 22 18 13 13	$19 \\ 10 \\ 6 \\ 4 \\ 4$	15 8 3 2 2	_	23 7 3 2 2

Der Prozentsat ist demnach gerade in den Prodinzen, in denen der Personalkredit eine große Rolle gespielt hat (Dst= und Westpreußen, Posen, schleswig-holsteinische Stadt= und Gemeindesparkassen, han= noversche Gemeindesparkassen, Hessen=Nassau, rheinländische Rreiz= und Gemeindesparkassen) in sehr starkem Maße zurückgegangen.

Über den Kontokorrentverkehr macht die Statistik leider nur summarische Angaben für die einzelnen Regierungsbezirke. Da bis Ende 1910 noch nicht viele Sparkassen (151) den Kontokorrentverkehr einzeführt hatten, so hat aber eine solche Betrachtung wenig Sinn, vielzmehr wäre hier in der Hauptsache nur eine Einzelbetrachtung von Wert gewesen. Die Betrachtung nach Regierungsbezirken kann daher nur ganz allgemeine Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage bieten. Es seien die Ergebnisse hier zusammengestellt, unter Weglassung der Rezgierungsbezirke, in denen noch keine Sparkasse den Kontokorrentverkehr bis Ende 1910 eingeführt hatte 1.

(Siehe Inbelle auf Seite 62.)

Dazu kommen noch die Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich (122 359 Mk.), die Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden (3 619 282 Mk.), ferner 16 schleswigsholsteinische Vribatsparkassen

¹ Die Statistik läßt nicht erkennen, wieviel von den Kontokorrentseinlagen auf Private und wieviel auf öffentliche Korporationen entfällt.

	Stadtspartassen		Areisspartassen		Gemeinde= fparkaffen	
Regierung3bezirfe	Zahl	Ronto= torrent= einlagen 1000 Mt.	Zahl	Ronto= torrent= einlagen 1000 Wt.	Zahl	Ronto= forrent= einlagen 1000 Mt.
Rönigsberg	-	_	1	2,4		_
Allenftein	2	85,1				
Danzia			1	90,9		
Potsdam		_	1	18,5		
Frankfurt	4	640,3	- 1	<u>—</u> '	_	
Stettin	2	107,8		_	_	
Pofen	2	35,0	_	_	_	
Bromberg	1	34,8	1	18,9	- !	
Breslau	2	46,6	$\frac{2}{2}$	156,7	_	
Liegnit	$\frac{2}{2}$	285,4	2	141.8	l —	
Merfeburg	2	10,7	-	_	- 1	
Erfurt	- :	_	2	90,6		
Schleswig	18	2356,7	4	1448,9	18	1433,4
Hildesheim	_		1	3,0	l – 1	
Lüneburg	1	8,0	3	65,4	1	0,8
Stade	-	 .	1	9,8	5	219,3
Aurich	1	97,8	_		-	
Münfter	5	162,4	2	121,4	1	6,6
Minden	1	85,7	_		_	
Arnsberg			1	4,2	<u> </u>	
Raffel	10	472,2	6	691,5	_	_
Wiesbaden	1	55,3	3 1	616,3	-	
Düffeldorf	5	655,1	1	1,5	4	563,6
Köln	1	600,3	$\frac{\hat{2}}{3}$	381,1	1	60,1
Trier	1	350,9	$\begin{vmatrix} 3 \end{vmatrix}$	50,9		-
Aachen	1	5,3	2	91,0	-	_

(1752700 Mt.) und je eine Privatsparkasse im Regierungsbezirk Hildesheim (244131 Mt.) und Düsseldorf (22999 Mt.).

Verhältnismäßig bei weitem voran stehen die schleswig = holssteinischen Sparkassen, von denen bereits 40 oder, unter Mitberücksichtigung der Privatsparkassen, 56 den Kontokorrentverkehr eingeführt hatten. Bei einem Gesamtbestand von 18,15 Mill. Mk. Kontokorrentseinlagen entfallen auf sie allein 6,99 Mill. Mk. In zweiter Linie ist die Kommunalständische Kassauische Sparkasse mit einem Einlagensbestand von fast drei Millionen zu erwähnen. Im Regierungsbezirk Kassel befinden sich zehn städtische und sechs Kreissparkassen mit Kontoskorrentverkehr mit einem Einlagenbestand von 1,16 Mill. Mk. Erwähnenswert sind dann noch die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln.

Ende 1909 belief sich die Zahl der Sparkassen, die den Kontokorrentverkehr eingeführt hatten, erst auf 111. Wenn man bedenkt, Der Personalfredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 63

daß der Kontokorrentverkehr den Sparkassen erst 1909 ausdrücklich gestattet wurde, so deutet die Vermehrung auf eine schnelle Verbreitung des Kontokorrentverkehrs hin. Die Einlagen auf Kontokorrent beliefen sich 1909 auf 11,84 Will. Mk.

Die Nassaussche Sparkasse hat den Kontokorrentverkehr im Jahre 1904 eingeführt 1, nachdem ihr durch das Gesetz vom 16. April 1902 dazu die Besugnis eingeräumt worden ist. Dieser Geschäftszweig ist so organissert, daß die Konten bei den 29 über den ganzen Regierungssbezirk Wiesbaden zerstreuten Kassen selbständig geführt werden. Bei der Zentralstelle in Wiesbaden werden die Duplikate der Konten gestührt, außerdem ersolgt von dort aus die Regelung des Betriebs.

Jahr		Guthaben der Kontoinhaber			
1904	87	507 765	60 200		
1905	211	655 081	332 138		
1906	337	1 003 342	628 650		
1907	636	1 758 580	1 092 593		
1908	923 1171 1342	2 545 520	1 324 946		
1909		2 995 317	1 605 534		
1910		3 618 281	1 862 809		

Der Umsatz betrug 47 Millionen im Jahre 1910 gegen 40,7 im Borjahre.

Der den Debitoren bewilligte Aredit belief sich auf etwas über 4 Millionen, und war sichergestellt: 1. durch Wertpapiere nach den Beleihungsgrundsäßen der Lombarddarlehen bei 235 Konten in Höhe von 2,2 Millionen; 2. durch Sicherungshypotheken innerhalb der criten Werthälfte bei 67 Konten in Höhe von 0,6 Millionen; 3. durch Bürgsichaft bei 36 Konten in Höhe von 0,3 Mill. Mk. Dazu kommen Kredite an Gemeinden und Kreise ohne besondere Sicherstellung bei 59 Konten in Höhe von 0,9 Millionen.

Von den 1342 Konten entfallen 133 auf Gemeinden und andere öffentliche Korporationen, die übrigen auf Private, Bereine usw.

Zum Schluß möge noch gezeigt werden, in welcher Weise sich der Personalkredit im Jahre 1909 auf die vier Arten: I. Schuldschein mit und II. ohne Bürgschaft, III. Wechsel und IV. Lombarddarlehen prozenstual in den einzelnen Provinzen verteilte.

¹ Bgl. "Sparkasse", Hannover, 1911, S. 159.

	€tä	Städt. Sparkaffen			Kreissparkassen			Gemeindesparkassen				
	I	II	III	IV	Ī	II	III	IV	I	II	III	IV
Oftpreußen	0,4	26	17	56	1	43	40	16		_	! 	
Weftpreußen	1 1	34	53	13	1	36	58	5				
Brandenburg	3	27	24	46	1	41	' 8	50		_	· —	_
Bommern	15	20	36	29	20	33	29	18	l —		-	
Bofen	3	5	60	- 32	12	8	65	16	l —			
Schlesien	1	8	43	48	22	52	6	19	l		. —	
Sachsen	25	13	: 6	56	35	25	0	40	l —	_		
Schleswig-Holftein .	3	85	3	9	_	85		15	0.4	95	1	4
Hannover	4	26	3	66	14	- 56	2	28	19	61	1	19
Westfalen	1 2	65	2	31	1	76	0.4	23	4	67	0	29
Beffen-Raffau		65	12	22	$1\overline{2}$	79	1	-8	_	_	_	
Rheinproving	0,4	72	6	$\overline{21}$	1	57	5	$\widetilde{37}$	1	90	0	9

Da die Sparkassenstatistik in der Einzeldarstellung die Darlehen auf Schuldschein und gegen Wechsel zusammenfaßt, so kann man leider nicht nachprüfen, ob und inwieweit vielleicht einzelne Zahlen durch einzelne große Sparkassen zu stark beeinflußt werden. Man kann also nur mit Borbehalt thpische Verhältnisse aus der Tabelle schließen, inse besondere für die städtischen Sparkassen.

Der Schuldschein ohne Bürgschaft spielt nur in Sachsen und Pommern, insbesondere bei den Kreissparkassen eine größere Rolle, ferner bei den schlesischen und hannoverschen Kreissparkassen und den hannoverschen Gemeindesparkassen.

Der Schuldschein mit Bürgschaft spielt vor allem bei den Sparkassen Schleswig-Holsteins eine ausschlaggebende Rolle; eine sehr große Rolle auch bei den westfälischen, hessen-nassauischen und rheinländischen, ferner bei den hannoverschen Kreis- und Gemeindessparkassen; eine sehr geringe dagegen bei den posenschen Sparkassen und den sächsischen und schlesischen Stadtsparkassen.

Der Wech sell spielt eine große Rolle bei den westpreußischen und posenschen Sparkassen; ferner eine ziemlich große bei den ostpreußischen Kreissparkassen und den pommerschen und schlesischen Stadtsparkassen. Eine sehr geringe Rolle spielt er in den westlichen Prodinzen.

¹ Anders bei den Privatsparkassen Schleswig-Holfteins (33 Proz. Wechsel, 52 Proz. Schuldscheine mit Bürgschaft, 0,5 Proz. Schuldscheine ohne Bürgschaft, 14 Proz. Faustpfand), bei dem Aachener Berein (65 Proz. Wechsel, 35 Proz. Faustpfand), bei der Polytechnischen (Vesellschaft in Franksturt a. M. (fast nur Wechsel).

Der Personalfredit bei Sparkassen im Vergleich zu anderen Instituten. 65

Der Lombardkredit endlich ist besonders stark bei den Stadtsparkassen in Ostpreußen, Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Hansnover bertreten, sehr gering dagegen bei den westpreußischen und schleswigsholsteinischen Sparkassen, den hessensnassauschen Kreissparkassen und den rheinländischen Gemeindesparkassen.

Die Statistik der süd deutschen Staaten läßt mit Ausnahme der badischen nicht erkennen, wiediel von den Spareinlagekapitalien in Personalkredit angelegt ist. Die badische Statistik ist bereits in Schriften des Bereins für Sozialpolitik Bd. 136 von Homburger ("Das Sparwesen in Baden") verwertet worden, worauf hier verwiesen werden kann. Die badische Statistik berücksichtigt dankenswerterweise auch die Anlage in Liegenschaftskausschillingen, dagegen hat sie leider die Publikation einer Einzeldarstellung der Sparkassen seiner Reihe von Jahren eingestellt.

Auf Grund der ihm vom Badischen Statistischen Amt zur Berfügung gestellten Einzeldaten hat Homburger berechnet, daß im Jahre 1907 die Anlage in "Darlehen an Private gegen Schuldschein" bei den öffentlichen Sparkassen der Gemeinden mit

```
über 100 000 Einwohnern — Proz. 20—100 000 ,, 0,03 ,, 10— 20 000 ,, 1,11 ,, 5— 10 000 ,, 2,67 ,, unter 5 000 ,, 6,02 ,,
```

bei sämtlichen öffentlichen Sparkassen 3,67 Proz. betrug (im Jahre 1897 dagegen noch 5,5, im Jahre 1890 noch 6,3 Proz.).

In den einzelnen Rreisen ist der Prozentsat gang berichieden:

```
3,82 Proz.
Konstanz . . . .
Villingen . . . .
                 4.63
Waldshut. . . .
                 3,44
Freiburg . . . 5,15
                       ,,
Lörrach . . . .
                 5,53
Offenburg . . . 7,47
Baden. . . . .
                 3,79
                       ,,
Karlsruhe . . . 13,09
Mannheim . . . 11,19
Heidelberg . . .
                 8,77
Mosbach . . .
                 7,16
```

Schriften 137. I.

5

Leider ist Homburger nicht weiter in die Einzelheiten eingedrungen; auch hier können selbstverständlich die Prozentzahlen bis= weilen zu stark von einzelnen großen Sparkassen beeinflußt sein.

Es mag noch hinzugefügt werden, daß bei den nichtöffentlichen Sparkassen ("Sparkassen ohne Gemeindebürgschaft") sich der Prozentsatz auf nur 3,00 belies, 1890 dagegen noch auf fast 11 Proz. Es liegt hier ebenso wie bei den schleswigsholsteinischen Privatsparkassen ein aufsfallend starker Rückgang vor, der sich hier gleichfalls wohl aus der drohenden Kommunalisierung erklärt.

Die Lombarddarlehen sind bei den badenschen Sparkassen sehr gering.

Die Liegenschaftskaufschillinge beliefen sich auf etwa 7 Proz. bei den öffentlichen wie bei den nichtöffentlichen Sparkassen. Der Prozentsat ist also verhältnismäßig recht bedeutend.

Auch die sächsische Statistik macht nur summarische Angaben über die Anlage der Spareinlagen, und zwar nur bis zum Rechnungsziahr 1903; die neuste Publikation (Zeitschr. des Sächs. Statist. Landeszamts, Jahrg. 1909), welche die Jahre 1904—1908 behandelt, bringt überhaupt keine.

Vollständige Angaben liegen nur für die Jahre 1894—1903 vor (Jahrgang 1900 und 1905). Es waren hiernach angelegt in 1000 Mk.:

Jahr	3ahl der Spar= kassen	Hypothekar: darlehen	Staats: 11. Wert: papiere	Darlehen gegen Fauft= pfand	Darlehen gegen Bürgschaft	Darlehen an Ge= meinden	Unlagen bei Aredit= inftituten
1894	239	568 975,8	131 954,9	5 474,1	2 487,8	10 509,1	4 188,1
1895	247	592 662,5	156 609,1	6 263,8	2 511,0	10 679,1	6 421,1
1896	249	633 7302,8	174 064,0	8 293,0	3 008,7	10 631,7	1 744,5
1897	257	678 022,7	176 229,5	7 912,7	3 287,0	11 210,3	1 853,5
1898	279	745 835,9	169 429,1	8 711,3	3 100,0	11 076,9	2 792,6
1899	277	765 140,6	161 213,9	8 355,1	3 279,5	11 607,2	2 230,1
1900	283	783 911,8	155 519,3	7 003,0	2 846,5	12 978,6	4 080,6
1901	290	843 999,8	164 848,2	7 383,5	2 785,8	13 994,4	9 320,8
1902	308	927 902,2	173 285,4	7 262,0	2 606,5	14 750,6	6 757,2
1903	319	1 017 682,3	178 266,4	8 453,2	2 518,8	13 214,1	8 685,0

Die Personalkreditgewährung spielt also eine sehr geringe Rolle (1,1 Proz. im Jahre 1894, 0,9 im Jahre 1903). Die Kapitalien sind in der Hauptsache in Hypotheken (79 bzw. 83 Proz.) und Staats= und Wertpapieren (18 bzw. 15 Proz.) angelegt (zusammen 97 bzw. 98 Proz.).

Die Zinspolitik der Sparkassen.

Don

Candesbankrat H. Reusch,

Mitglied der Direktion der Nassauischen Candesbank in Wiesbaden.

Inhaltsverzeichnis.

		Seit
1.	Borbemerfung	. 69
2.	Die fapitalbilbende Rraft ber Einlagenzinsen	. 70
3.	Die fparfördernde Rraft ber Ginlagenzinsen	. 84
4.	Die Geschichte bes Zinsfußes ber Spareinlagen feit 1820	. 88
5.	Die Geschichte des Zinsfußes der Spartaffenhppotheten feit 1820	10
	Die Binsspannung	
	Die Berginfungsarten	
	Normaler und besonderer Zinsfuß	
	Sparprämien	
	Refervefonds und Überschüffe	
	Die Hertunft der Überschüsse	
	Der Umfang der Überichüffe	
14.	Die Entwicklung der Überschüffe	150
	Die Bedeutung der Überschüffe für die Garantieverbände	
15.	Rritik der Zinspolitik der Sparkaffen	167
16.	Anlagen	179

Borbemerkung.

Die Zinspolitik der Sparkassen und verwandte Fragen habe ich schon wiederholt in kleinen Auffätzen behandelt. Dabei habe ich es stets schmerzlich vermißt, daß es so gut wie gänzlich an speziellen fachwissen= schaftlichen Untersuchungen über diese Fragen fehlt. Ich war, ebenso wie bei der vorliegenden Arbeit, dabei im wesentlichen auf die Beröffentlichungen des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes, auf die Jahresberichte der Sparkassenberbände und einzelner Sparkaffen, auf das Berbandsorgan des Deutschen Sparkaffenverbandes, die Zeitschrift "Die Sparkasse" sowie auf selbst gesammeltes Material und meine Erfahrungen aus meiner Tätigkeit in der Berwaltung der Naffauischen Sparkaffe angewiesen. Gerade das Sparkaffenwesen, bei dem die Einzelbeobachtung gar nichts bedeutet und nur die Maffenbeobachtung Erfolg verspricht, bietet dem Privatstatistiker große Schwierigkeiten. Es muß deshalb überall, wo es sich um felbständige statistische Untersuchungen handelt, um Nachsicht gebeten werden. Aus meinen früheren Arbeiten konnte aus dem Textlichen einiges, aus dem Statistischen manches hier berwendet werden. Es handelt sich dabei um folgende Auffähe:

- Die Überschüfse der preußischen Sparkassen "Berwaltung und Statistik" 1911, S. 169.
- Die Kreissparkassen in Preußen und ihre Bedeutung für die Finanzwirtschaft der Kreise, in "Sparkasse" 1909, S. 184 ff., 288 ff.
- Das Sparen bei den Sparkassen "Sparkasse" 1910, S. 355 ff.
- Die Depositen unter den Einlagen der Sparkassen, Bankarchib 1911, S. 348 ff., 361 ff.
- Spareinlagen und Bankbepositen, Bankarchiv 1910, S. 374.
- Das Abholungsverfahren bei den Sparkaffen, "Tag" vom 9. November 1910.
- Das Schicksal der ersparten Zinsen, Jahresbericht des Sparkassenverbandes für Hessen-Rassau für 1910, Anlage S. 8.

Die Lebensdauer der Sparkassenbücher, ebenda S. 9.

Die Bedeutung der Überschüffe für das kommunale Finanzwesen, ebenda 1907, Anlage S. 5.

Wo diese Aufsätze berwertet sind ist es besonders angegeben. Das Gleiche ist bei der sonst benutten Literatur geschehen.

Die kapitalbildende Kraft der Einlagenzinsen.

Am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 haben die deutschen Sparskassen den Sparern einen Betrag von 504 Mill. Mk. Zinsen als Kapital gutgeschrieben.

Nichts kann besser die gewaltige Bedeutung der Spareinlagensinsen illustrieren, als diese Jahl. Um eine halbe Williarde Mark hat sich am Abschlußtage das Guthaben der Sparer vermehrt. Die Jahl ist so riesenhaft groß, daß es schwer ist, ihre Bedeutung voll zu ersassen. An $21^1/_2$ Millionen Sparer nahmen daran teil, sast ein Drittel der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches.

Dies war nicht immer so. In früheren Jahren war der Betrag der kapitalisierten Zinsen geringer, auch war die Zahl derjenigen, die daran teilnahmen, kleiner. Für Deutschland kennen wir die Zahlen nicht genau. Die Reichsstatistik läßt uns hier bis in die letzten Jahre im Stich. An der Hand der preußischen Sparkassenstatistik können wir aber wenigstens für Preußen die Entwicklung genau verfolgen.

Bevor wir näher darauf eingehen, muß einiges Technische kurz ersörtert werden.

Bei allen beutschen Sparkassen ist es üblich, daß die Zinsen von Spareinlagen während desjenigen Jahres, in dem sie entstehen, nicht abgehoben werden können. Nur wenn das ganze Sparguthaben zurückgefordert wird, werden auch die im Laufe des betreffenden Jahres aufgelaufenen Zinsen mit ausgezahlt.

Die Zinsen für alle übrigen Einlagen werden am Jahresschluß fällig und dann ohne weiteres dem Kapital gutgeschrieben. Wenn dann ein Sparer seine Zinsen abheben will, erhält er sie als Kapital = rückzahlung zurück. Es gibt auch Sparkassen, welche diese Zinsen der Bequemlichkeit der Sparer wegen schon kurze Zeit vor Fälligkeit auszahlen, damit nicht am Beginn des neuen Rechnungsjahres bzw. Kalenderjahres ein übermäßiger Andrang erfolgt.

So kommt es, daß der Betrag der kapitalisierten Zinsen nicht dem Betrag an Zinsen gleichkommt, den die Sparkasse überhaupt in dem

betreffenden Jahre den Sparern zugute hat kommen lassen. Diesen Gesamtbetrag an Zinsen bezeichnet die preußische Sparkassenstatistik als "Zinsausgaben". Es gehören dazu also außer den gutgeschriebenen (kapitalisierten) Zinsen noch die bei Totalrückzahlungen mit aussgezahlten und die erst am Jahresschluß fälligen aber vorzeitig ausgezahlten Zinsen.

Der Betrag der beiden letten Gruppen ist nicht unerheblich. Nach der preußischen Statistik belief sich für 1910 die Summe der Zinsaussgaben auf 370 Mill. Mk., diejenige der gutgeschriebenen Zinsen aber nur auf 331 Mill. Mk.

Die preußische Sparkassenstatistik weist also für 1910 eine Differenz zwischen den Zinsausgaben und den gutgeschriebenen Zinsen von 39 Mill. Mk. auf.

Nur ein kleiner Teil davon kann auf solche Zinsrückzahlungen entfallen, die bei Totalrückzahlungen von Sparkaffenbüchern erfolgt sind, da unter den 2,8 Milliarden Mt. Rückzahlungen wohl nicht mehr als vielleicht 200-400 Mill. Mk. Totalrückzahlungen sein werden. Diese können aber höchstens $\frac{3,5}{2}$ bom Hundert an Zinsen während des betreffenden Sahres gebildet haben, was etwa einen Betrag bon 3-6 Mill. Mk. ausmachen würde. Der Rest von über 30 Mill. Mk. an Zinsausgaben, welche nicht zum Kapital geschrieben worden sind, müssen deshalb anderweite bare Zinsrückzahlungen darstellen. Dieser Betrag ift aber anscheinend zu hoch, um ihn durch solche Bins= rückzahlungen zu erklären, die bor Fälligkeit erfolgt sind. Eine jolche Gepflogenheit besteht nur bei einem kleinen Teil der Sparkaffen. Bielleicht läßt er sich dadurch erklären, daß Sparkassen - was tatsächlich vorkommt — diejenigen Zinsrückahlungen, die im ersten Monat, oder vielleicht auch in den ersten Monaten nach Schluß des Sahres erfolgen, als Bins rudzahlungen abschreiben, ohne fie borher zum Rapital geschrieben zu haben. Es ist auch bekannt, daß sich in die Rubrif "Zinsausgaben" durch irrtümliche Ausfüllung des Fragebogens seitens der Sparkassen mancherlei fremde Zahlen eingeschlichen haben. die nichts mit Spareinlagenzinsen zu tun haben. Im Berhältnis zu den 2,8 Milliarden Mt. Kapitalrückzahlungen bedeuten diese 30 Mill. Mt. allerdings nicht viel, wohl aber im Verhältnis zu den Zinsen qut = ich riften, von denen sie fast ein Zehntel ausmachen. Darauf wird später noch zurückgekommen.

Betrachten wir jest einmal die Beträge der kapitalisierten Zinsen in ihrem Verhältnisse zur Zunahme der Spareinlagen überhaupt.

Tabelle 1. Zunahme der Spareinlagen in Preußen.

Jahr	Insgesamt Will. Wit.	Darunter burch Zinsen= gutschrift Will, Mf.	Nuf je 100 Wt. Zunahme ents fallen guts geschriebene Zinsen Wt.	Jahr	Insgesamt Will. Wit.	Darunter burch Zinien= gutjchrift Mill. Wik.	Nuf je 100 Mt. Zunahme ents fallen guts geschriebene Zinsen Mt.
1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1880 1881 1882 1883 1884 1885	27,97 73,23 110,17 146,69 150,61 124,22 101,07 72,30 60,06 91,55 116,09 115,12 123,70 149,24 150,40 150,39 196,07	12,64 14,05 16,67 20,50 24,75 28,81 32,24 35,20 37,86 40,27 46,51 49,40 54,15 58,33 59,25 67,57	45 19 15 14 16 23 32 49 63 44 38 40 40 36 39 39	1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906	124,83 145,03 198,56 249,58 345,91 309,32 315,04 318,39 291,07 252,18 489,53 500,45 500,66 531,55 534,21 493,52 331,68	86,26 92,07 99,67 104,01 112,86 121,35 128,14 136,13 145,60 156,81 175,86 188,51 200,48 216,90 232,74 249,69 264,34	69 63 50 42 33 39 41 43 50 62 36 38 40 41 43 51 80
1887 1888 1889 1890	201,32 217,17 213,81 179,14	69,30 75,23 77,98 80,85	34 35 36 45	1908 1909 1910 1911	451,27 764,51 774,56 729,88	289,31 309,84 331,11 357,95	64 40 43 49

Die Tabelle 1 enthält die Gegenüberstellung des jährlichen Zuwachses der Spareinlagen in Preußen seit 1870 mit den für die gleichen Jahre auf die Zinsengutschrift entfallenden Beträgen.

Es zeigt sich dabei, daß alljährlich ein ganz erheblicher Anteil des Zuwachses der Einlagen auf diese Zinsengutschriften entfällt.

In der Zeit von 1870—1911 sind die Spareinlagen um 11,359 Mill. Mk. gewachsen. Die kapitalisierten Zinsen machen davon zusammen 4,943 Mill. Mk. aus. Die Spartätigkeit in Preußen erhält dadurch eine eigenartige Beleuchtung. Es scheint danach, als ob fast die Hälfte des gesamten Zuwachses der "Ersparnisse" lediglich auf die von den Sparkassen den Sparern gewährten Zinsen entfalle. Man hat auch schon darauf hingewiesen, daß seit dem Jahre 1901 der Betrag des Zuwachses, der auf die "eigentliche Spartätigkeit" entfällt, also der neue Zugang durch den Überschuß der Einzahlungen über die Kückzahlungen,

im Verhältnis zu dem Gesamtzuwachs ständig zurückgehe. Man wollte daraus auf ein Nachlassen der Sparkraft der Bebölkerung schließen. Tatsächlich ist auch der Anteil der gutgeschriebenen Zinsen an dem Gesamtzuwachs in der Zeit von 1901—1908 von 36 Proz. auf 64 Proz. gestiegen und hat im Jahre 1907 sogar den Betrag von 80 Proz. erreicht. Dementsprechend ist natürlich der auf den Zusluß neuer Ersparnisse entsallende Anteil gesunken.

Deutlicher stellt sich diese Erscheinung dar, wenn man sie in längeren Perioden zusammenfaßt, wie dies in der Tabelle 2 gesichehen ist.

Jahr	Bunahme	Betrag ber	Nuf je 100 Wt. Zuwachs
	ber	gutgejdriebenen	fommen gutgeschriebene
	Spareinlagen	Zinfen	Zinsen
	Will. Mt.	Will. Wit.	Wt.
1845—1849	11,69	5,28	45
1850—1859	86,17	23,72	28
1860—1869	335,72	67,25	20
1870—1879	1006,82	262,99	26
1880—1889	1623,37	601,69	37
1890—1899	2475,27	1106,94	45
1900—1911	6255,55	2973,54	47

Tabelle 2.

Es ergibt sich dabei folgendes Resultat. In der ersten Periode von 1845—1849 machen die Zinsengutschriften 45 Proz. des Zuwachses aus. Es waren dies anormale Zeiten, darunter das Jahr 1848, das einzige, das den Sparkassen eine tatsächliche Abnahme gebracht hat. Diese Periode eignet sich nicht zum Bergleich. In der zweiten Periode sinkt dieser Betrag der Zinsengutschrift auf 28 Proz. und in der dritten auf 20 Proz. Bon da ab aber zeigt sich ein fortwährendes Anwachsen der Bedeutung der Zinsengutschriften. In der letzten Periode (1900 bis 1911) machen die gutgeschriebenen Zinsen 47 Proz. des gesamten Zuwachses der Spareinlagen aus. Allein durch die Erhöhung der Zinsen läßt sich diese Erscheinung nicht erklären, da diese Erhöhung viel langssamer vor sich gegangen ist, als der Zinsenzuwachs.

Diese Erscheinung hat auch an sich nichts Bedenkliches. Es ist nicht angängig, hier von einem Sinken der Sparkraft in Preußen zu sprechen. Der Betrag der Nettoeinzahlungen, d. h. der Überschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen, ohne Rücksicht auf die Zinsen-

gutschriften, ist trop alledem seit 1860 ständig im Wachsen begriffen, wie dies Tabelle 3 zeigt:

Tabelle 3.

Periode	Jährlicher überschuß der Einzahlungen über die Rüczs zahlungen (ohne Zinsengutschrift) Will. Mt.
$\begin{array}{c} 1860 - 1869 \\ 1870 - 1879 \\ 1880 - 1889 \\ 1890 - 1899 \\ 1900 - 1911 \end{array}$	17 69 103 136 275

Man muß nun noch folgendes berücksichtigen. Die technisch Behandlung der Zinsengutschriften und der Zinsenabhebungen bei den Sparkassen ergibt ein entstelltes Bild. Wie erwähnt, werden die im Laufe des Jahres erworbenen Zinsen den Sparern am Jahresschluß als Kapital gutgeschrieben. Wenn nun die Sparer Auszahlung der ihnen gutgeschriebenen Zinsen fordern, dann wird — im allgemeinen wenigstens — diese Zinsenauszahlung als Kapital rückzahlung gesbucht. Daraus werden leicht falsche Schlüsse gezogen.

Angenommen, die Sparer verlangten regelmäßig am Beginn des neuen Jahres, also nach Kapitalisierung der Zinsen, deren bare Küczahlung zum vollen Betrage. Die preußische Statistik gibt keinen Anshaltspunkt dafür, daß dies nicht so der Fall ist. Diese Zinsenrüczzahlung würde dann als Kapital rückzahlung gebucht sein oder vielzmehr in den Kapitalrückzahlungen des Jahres mitenthalten sein. Die wirklich en Kapitalrückzahlungen würden dann um den entsprechenden Betrag geringer erscheinen und damit der Betrag der Nettoeinzahlungen (Kapitaleinzahlungen minus Kapitalrückzahlungen) um den gleichen Betrag, nämlich um die aus dem Borjahre übernommenen Zinsen höher ausfallen.

Das Resultat würde dann sein, daß der Gesamtzuwachs seit 1870 im Betrage von 11,359 Mill. Mk. bis auf die am Schlusse des Jahres 1911 kapitalisierten Zinsen sich ausschließlich als Zuwachs durch Nettoeinlagen (Überschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen) darsstellte.

Das wäre aber nur der äußerste Fall, nämlich dann, wenn die Sparer die Gepflogenheit hätten, die ihnen gutgebrachten Zinsen möglichst bald sämtlich abzuheben.

So liegt die Sache natürlich tatsächlich nicht, wie wir später sehen werden. Es ist doch nur ein Teil der Zinsen, welcher von den Sparern abgehoben wird. Aber um diesen Teil ändert sich das Bild insosern, als um ihn der scheindar auf Zinsenzuwachs beruhende Anteil des Gesamtzuwachses sich vermindert und der auf den Zuwachs durch neuen Zugang (Überschuß der Einzahlungen über die Rücksahlungen) sich vergrößert.

Damit kommen wir zu der Frage nach dem Verbleib der gut= geschriebenen Zinsen.

Es ist dies eine Frage, welche die innersten Vorgänge des Sparens bei den Sparkassen berührt. Ist den Sparern ihr Sparkapital dasselbe, was dem Kapitalisten seine Wertpapiere sind, von denen er regelmäßig möglichst bald die Kupons abtrennt, oder aber betrachtet der Sparer seine Einlage als ein Mittel, durch die Zinsen seine Ersparnisse zu vermehren? Mit anderen Worten: Inwieweit stellen die Spareinlagen Kentenkapital oder Sparkapital dar?

Es handelt sich hier um eine Frage, die wohl niemals mit Sicherheit wird gelöst werden können.

Einen gewissen Einblick bietet aber eine von mir bearbeitete Untersuchung, die der Sparkassenberband für die Provinz Hessenlau und das Fürstentum Waldeck im Jahre 1910 angestellt und in dem Jahressberichte für das gleiche Jahr veröffentlicht hat.

Bei der Bedeutung dieser Frage für die vorliegende Untersuchung soll hier das betreffende Material wiedergegeben werden. Dieses war durch Fragebogen gewonnen worden. Sie stellten allerdings starke Ansforderungen an die Sparkassen, da bekanntlich besondere Buchungen hierüber nicht stattfinden. Es mußten vielmehr die ganzen Journale für die drei Monate durchgegangen und diesenigen Beträge ausgezogen werden, die sich nach ihrer Größe usw. aller Wahrscheinlichkeit nach als Zinsen darstellten. Dabei kamen solche Zinsbeträge nicht in Betracht, die etwa in Teilrückzahlungen auf Kapital oder in den Totalzrückzahlungen enthalten sein mochten, denn diese bieten nichts Bessonderes, da sie das Schicksal des Sparkapitals teilen.

Zur Gewinnung bon Kontrollmaterial wurden diese Fragebogen auch an einige auswärtigen Sparkassen geschickt.

Der Erfolg war ein sehr befriedigender. Es beteiligten sich fast alle Berbandssparkassen und auch die großen städtischen Sparkassen in Aachen, Darmstadt, Posen und Stuttgart.

Was den inneren Wert des Materials angeht, so muß man berücksichtigen, daß es sich nicht um exakte Rechnungen, sondern vielsach um Schätzungen handelt. Ohne Schätzungen war überhaupt kein Resultat zu erzielen.

Die Beschränkung auf die ersten drei Monate ersolgte zur Berminderung der Arbeit. Es hat sich auch gezeigt, daß nach dem ersten Quartal nicht mehr viel an Zinsen zurückgeholt zu werden pflegt.

Diejenigen Sparkassen der Probinz Hessen-Nassau, welche sich an diesem Teil der Statistik beteiligten, hatten am Ende des letzten Rechnungsjahres ihren Sparern 9702073 Mk. an Zinsen gutsgeschrieben. Die Rückahlungen ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle 4.

Tabelle 4. Bon den gutgeschriebenen Zinsen wurden zurück= bezahlt:

	Im RegBezirk Caffel Mt.	Im Reg.=Bezirt Wiesbaden Mt.
Im 1. Monat	570 000 129 000 75 000	527 000 73 000 51 000
Jusammen Swarmen gutgeschrieben worden	775 000 4 679 000 16,57	652 000 5 022 000 13,00

Von den vier auswärtigen Sparkassen haben diejenigen von Aachen und Darmstadt nur das Resultat für den ersten Monat sestgestellt. Dasnach sind in diesem Monat der Aachener Sparkasse 126 000 Mk. gleich 17,60 Proz. und der Darmstädter Sparkasse 171 000 Mk. gleich 15,49 Proz. an gutgeschriebenen Zinsen entzogen worden. In den folgenden beiden Monaten werden wohl nur noch erheblich weniger Prozente abgehoben worden sein, so daß das Resultat dieser beiden Sparkassen nicht allzusehr von dem der Verbandssparkassen differiert.

Auffallend ist dagegen das Resultat bei den städtischen Sparkassen in Stuttgart und Posen. Erstere hatte bei einer Zinsengutschrift von 1 600 000 Mt. eine Zinsenabhebung von 15 000, 4000 und 3000 Mt., zussammen 22 000 Mt., also nur 1,37 Proz., lettere bei einer Zinsensgutschrift von 697 000 Mt. Abhebungen von 983 Mt., 774 Mt. und 579 Mt., zusammen 2337 Mt., also noch weniger als 1 Proz. zu vers

zeichnen. Diese Resultate lassen sich durchaus nicht mit den übrigen in Einklang bringen. Es liegt hier wohl eine irrtümliche Ausfüllung des Fragebogens vor, so daß wir dies Material außer Betracht lassen müssen.

In der Tabelle 5 ist für die beteiligten Sparkassen das gesamte Resultat mitgeteilt. In der letzten Rubrik sind die Verhältniszahlen ausgeführt. Es zeigen sich hier große Differenzen. Anscheinend liegen die Verhältnisse überall verschieden.

Man wird aber dennoch wagen können, aus dem hier gesammelten Material schätzungsweise ein Resultat zu suchen. Das Ergebnis soll hier wie folgt zusammengefaßt werden:

Von den jährlich kapitalisierten Zinsen der Spareinlagen wird in dem darauffolgenden Jahre etwa ein Viertel, vielleicht nur ein Fünstel, den Sparkassen wieder entzogen. Der Rest ist als endgültig gespart zu betrachten. Er teilt das Schicksal des übrigen Sparkapitals.

Die vorstehende Berechnung ging von dem Betrag der kapitalissierten Zinsen, nicht von dem der "Zinsenausgaben" überhaupt aus, unter denen wie erwähnt, vielleicht auch noch 30 Mill. Mk. Baraussahlungen von Zinsen stecken. Bei der vorstehenden Berechnung dursten diese aber nicht mit berücksichtigt werden, da sie ja auch in unseren Tabellen, in welchen die kapitalisierten Zinsen dem Reuzuwachsdurch die Nettveinlagen (Überschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen) gegenübergestellt sind, nicht mitenthalten waren. Die "Zinsenausgaben" kommen für diese Berechnung nicht in Betracht, sie sind nur dann zu berücksichtigen, wenn es sich darum handelt, den Durchschnittsbetrag der von den Sparkassen den Sparern gewährten Einlagenzinsen zu berechnen, wie dies in den später mitgeteilten Bezrechnungen der preußischen Sparkassenstatistik geschehen ist. Rechnet man sie aber hinzu, dann ersährt das Gesamtbild doch keine allzu wesentliche Änderung.

Wenn wir annehmen, daß von den kapitalisierten Zinsen alljährlich nur etwa ein Biertel bis ein Fünftel bar abgehoben zu werden pflegt, so findet diese Annahme eine wesentliche Unterstützung in solgender Berechnung, welche — zu anderen Zwecken — das Königlich Preußische Statistische Landesamt für das Jahr 1903 angestellt hat 1.

Es handelte sich dabei um Feststellung der Einzahlungs= und Rücksahlungsfälle im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Sparkassenbücher.

¹ Zeitschrift 1905, S. 172.

Tabelle 5. Das Schidfal der ersparten Binfen.

	100 000 0		·· J··	414		
Spartajje	Betrag ber Ende des Rechnungs= jahres 1910- 1911 gutge=	1910/11	gutge _l d abgehob	riebenen	ngsjahres Sinsen Gutschrift	Auf je 100 Mf. gut= geschriebene Zinsen kamen
	fcriebenen Zinfen Mt.	erften Wonat Mf.	zweiten Monat Nit.		Zu= fammen Mt.	Zinsen= abhebungen Mt.
I. Reg. = Bezirk Caffel.				!		
Städt. Sparkasse Amöneburg	101 179	31 000	13 000	6 000	50000	49,41
" " Carlshafen	130 006	3254	840		4174	3,21
" " Fritlar	136 421	69380	_	_	69380	50.85
", "" Fulda	282 355	15000	8 000	4 000	27000	9,56
" " " Grebenftein	121 100	11229	1 428	941	13598	11,23
" " Großalmerode	24 502	4412	735	131	5278	21,54
" " Gudensberg	171 017	700	600	350	1650	0,96
" " Hanau	187 703	15621	2710	2317	20648	11,00
" " Hofgeismar	20 863	5873	232		6105	29,26
" " Homberg	102 821	10600	4 500		16300	15,85
" " Hünfeld	250 754			10 196	63498	25,32
" " Kirchhain	99 158	22000	8 000		34 000	34,28
" " Sbernfirchen	74 400	815	908	23	1746	2,34
" " Oldendorf	189 594	21000	8 000	6 000	35 000	18,46
" " Rauschenberg	53841 248527	$\frac{2324}{47826}$	$\frac{1}{4} \frac{658}{231}$	563	4545	8,44
" " Hinteln	111 459	10000	400	123 100	$\frac{52180}{10500}$	20,99
" " Robenberg	77 809	365	474	337	1176	9,42 1,51
" " Kotenburg " " Sachsenhagen	36 987	5420	2050		8904	24,07
Schmalfalban	166 085	11701	$\frac{1}{1}642$	1 300	14643	8,81
Schmain 2hara	37 137	2850	1 415	1 776	6041	16,26
Snanganhara	45 614	9901	5591	2 876	18368	40,27
Transa	65702	21230	1 400	350	22 980	34,97
" " Wanfried	9288	1304	84	102	1490	16,04
", "Better	146974	18679	34	126	18839	12,82
" " Wolfhagen	117 648	9195	7524	6 731	23450	19,93
Gemeindespartaffe Rleinschmaltalden .	53251	3921	488	484	4893	9,19
" Steinbach-Hallenberg	51 374	3404	110	110	3624	7,05
Areissparkasse Eschwege	498 875		21600		67500	13,53
" Friplar	49 395	11275	165	330	11770	23,83
" Gelnhaufen	212 630	25737	7 959		37791	17,77
" Hettenhaufen	36 079	2811	245	27	3083	8,54
" Hofgeismar	$219975\ 30580$	2038	1 733	505	4276	19.44
" Hünfeld	96 921	$\frac{7235}{33730}$	1 505 4 192	$\begin{array}{c} 681 \\ 2541 \end{array}$	9421 40463	30,81
" Liv	78 643	10	4192	47	104	$\frac{41,75}{0,13}$
" Volkmarfen	214 322	24497	41	*1	24497	11,43
" Vöhl	128 733	32499	3 397	895	36791	28,58
Summa Reg.=Bezirk Caffel	4 679 722	570563				16,57
II. Reg. Bezirt Wiesbaden.						
Städtische Sparkasse Biebrich	59 494	9000	2 400	900	12300	20,67
" " Frankfurt a. M	843 573		14 316		45999	5,45
Rreissparkasse Homburg v. d. H	45 702	6400	500	200	7100	15,54
" Limburg a. L	41 688	325	170	90	585	1.40
" Montabaur	83 365	1000	300	200	1500	1,80
" Weilburg	58 071	465	113	43	621	1,07
" Wefterburg	22439	130	274	87	491	2,19
Spar- und Leihtaffe Battenberg	98746	29896	3 048	3 070	36014	36,47
Spartaffe für das Amt Homburg	173 535	8913		1 022	13679	7,88
Naffauische Sparkasse Wiesbaden	3 595 738	452457	48 370	33 867	534694	14,87
Summa Reg.=Bezirk Wiesbaden.	$5\ 022\ 351$	52 7 859	73 235	51 889	652983	13,00

Als Unterlage diente das Material von 151 Sparkassen mit 462 619 Sparkassenbüchern.

Das Ergebnis, solweit es hier in Frage kommt, ist in der Tabelle 6 mitgeteilt.

Tabelle 6. Zahl der vorgekommenen Rückzahlungsfälle.

Größentlaffe der Sparkaffenbücher	Auf je 100 Sparkassenbücher der nebenan aufgeführten Größenklassen entfielen Rück- zahlungsposten
fig 60 Mf	58 96 71 82 22 26 34

Run hatten wir gesehen, daß bei den Sparkassen Rüdzahlungen von Zinsen, wenn sie auf "kapitalisierte Zinsen" erfolgen, als Kapital rüdzahlungen gebucht zu werden pflegen. Die Postenzahl solcher Zinsrüdzahlungen muß demnach in den in der Tabelle aufsgesührten Rüdzahlungsposten enthalten sein. Welcher Anteil an diesen Rüdzahlungsposten auf Rüdzahlungen kapitalisierter Zinsen entfällt, läßt sich allerdings nicht erkennen. In den niedrigen Größenklassen werden sie aber wohl nicht zahlreich sein, da es sich dabei nur um ganz geringe Einzelbeträge handelt. Bei den höheren Klassen, von 600 Mk. an, können sie aber schon um deswillen nur gering an Zahl sein, weil hier die Zahl der Kückzahlungsposten in s g e s amt nur gering ist und nur zwischen ein Fünstel bis ein Drittel der Zahl der Sparkonten schwankt. Es ist darunter natürlich auch eine gewisse Anzahl eigen te sich er Kapital rückzahlungen enthalten, die Zahl der Zinsen zückzahlungen eist unbedingt erheblich kleiner.

Run entfällt aber bon den kapitalisierten Zinsen bei weitem der größte Teil, nämlich etwa zwei Drittel auf diese höheren Größenstlassen mit der geringen Zahl an Rückzahlungsposten. Es läßt sich daraus erkennen, daß unsere Schätzung, wonach von den kapitalisierten Zinsen jährlich nur ein Viertel, vielleicht nur ein Fünstel, abgehoben zu werden pslegt, eher zu hoch als zu niedrig ist.

Was wird nun aus denjenigen Zinsen, welche nicht abgehoben, sondern der Sparkasse belassen werden?

Darüber erhalten wir aus dem uns vorliegenden Material keine Auskunft. Wir müssen uns damit begnügen, anzunehmen, daß sie, wie schon erwähnt, das Schicksal der Sparkapitalien überhaupt teilen. Sie berbleiben mit diesen Kapitalien zusammen eine längere oder kürzere Reihe von Jahren bei der Sparkasse und helsen, da sie vom Tage der Gutschrift (Kapitalisierung) an verzinst werden, diese vermehren, bis der Sparer darüber durch Teils oder Totalabhebungen verfügt.

Man kann hieraus ersehen, welche gewaltige Wirkung die Gepflogenheit der Sparer, ihre Einlagenzinsen zum weitaus größten Teil in der Sparkasse zu belassen, auf die Bermehrung der Ersparnisse ausübt.

Es ergibt sich daraus aber auch, welche schwerwiegenden Folgen die Zinspolitik der Sparkassen haben muß. Ein Unterschied von $^{1}/_{2}$ Proz. im Einlagenzinssuß macht für ein einzelnes Jahr allerdings nicht viel aus. Wenn man aber bedenkt, daß dieser Betrag zum größten Teil nicht konsumiert wird, sondern erhalten bleibt, und daß sich dies Jahr sür Jahr wiederholt, so muß man doch zu dem Schlusse kommen, daß diesenigen Sparkassen, die einen hohen Zinssay, wie z. B. in der Rheinprovinz gewähren, den Wohlstand in ihrer Gegend erheblich mehr fördern, als solche mit einem niedrigen, wie etwa in Schlesien und in Brandenburg.

Es erübrigt sich jest noch zu untersuchen, wie sich die kapitalissierten Zinsen auf die einzelnen Klassen der Sparer verteilen.

Alls Grundlage kann hierbei die übliche Gruppierung der preußisichen Sparkassenstatistik dienen. Die auf die einzelnen Gruppen entsfallende Kontenzahl nebst dem entsprechenden Einlagenbestand ist der Statistik für 1909 entnommen. Die kapitalisierten Zinsen sind im Bershältnis der Einlagenbeträge verteilt.

Die Tabelle 7 zeigt, wie von dem großen Zinsensegen auf die "kleinen" Sparer nur recht wenig abfällt. Von den 12,3 Millionen Sparern entfallen auf die Klasse bis 60 Mk. nicht weniger als $3^1/_2$ Milslionen Bücher, und auf diese zusammen nur 2,9 Mill. Mk. Zinsen. Auf jedes Buch durchschnittlich 83 Kf. Auf die nächste Klasse (60—150 Mk.) mit ihren 1,7 Million Sparern kommen im ganzen 5 Mill. Mk. Zinsen, auf jedes Buch 3,07 Mk. Die dritte Klasse, die schon recht anssehnliche Beträge ausweist (150—300 Mk.), hat $1/_2$ Million Sparer.

Auf diese entfallen zusammen 9,7 Mill. Mk. Zinsen. Auf jedes Buch 6,50 Mk.

Rontentlaffe	Zahl der Spartaffen= bücher stüc	Gefamt= betrag der Einlagen wr.	Gut- gefchriebene Zinfen wt.	Durch= fchutts= betrag ber Einiage eines Spar= taffenbuches Mt.	Durchjchnitts= betrag der auf ein ¿par= fajjenbuchgut= geschriebenen Zinjen Wt.
Bis 3u 60 Mf	3 545 233 1 691 061 1 499 062 1 751 951 2 156 173 992 723 638 058 87 995	98 770 191 172 961 719 324 801 764 761 660 697 2096 145 144 2100 740 849 3250 210 027 1 527 403 037	22839343 62855518 62993326 97461589	27,86 102,2× 216,67 434,75 972,16 2116,14 5093,91 17:357.84	0,83 3,07 6,50 13,03 29,15 6,45 152,75 520 49
Preußen	12362256	10332693428	309838660	835,83	25,06

Tabelle 7.

Damit ist die erste Hälfte der Sparer erschöpft. Auf sie, die unterste Gruppe, entfallen von den 300 Mill. Mk. an Zinsen zusammen nur 17,7 Mill. Mk.

Betrachten wir nun die mittlere Gruppe.

Der Klasse 300—600 Mk. gehören 1,7 Million Sparer an. Auf diese entfallen 22,8 Mill. Mk. an Zinsen, durchschnittlich 13,03 Mk. Die Klasse 600—1500 Mk. ist die stärkste. Sie verfügt über 2,1 Milslionen Sparer. Diese erhalten 62,8 Mill. Mk. Zinsen, durchschnittlich 29,15 Mk.

Auf die mittlere Gruppe der Sparer mit ihren 3,8 Milslionen Büchern entfallen also zusammen 84 Mill. Mt. an Zinsen.

Der ganze Rest der Zinsen von 206 Mill. Mk. fällt den "großen Sparern" zu, denjenigen, die über mehr als 1500 Mk. berfügen. Es sind nur noch 1,7 Million Bücher, die sich in diesen Riesenbetrag teilen.

Man sieht, das stolze Bild, das die Leistungen der Sparkassen hier geboten haben, leidet, wenn man diese Sonderung vornimmt.

Wenn man auch die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Spare einlagenzinsen in ihrer Gesamtheit anerkennen muß, so gilt das doch nicht für die ganze untere Hälfte der Sparer, bei denen sich die Zinsebeträge so zersplittern, daß von einer wirtschaftlichen Bedeutung nicht die Rede sein kann.

Anders liegt die Sache bei den Sparern der obersten Gruppe. Ihr gehören trot ihrer geringen Sparerzahl von den 10 Milliarden Mk.

nicht weniger als 7 Milliarden Mk. Und dementsprechend ist auch ihr Anteil an dem Zinsenbetrag.

Nun ist folgendes zu erwägen. Der weitaus größte Teil dieser "großen" Sparer ist nicht auf die Sparkassen angewiesen. Sie könnten ihre Rapitalien ebenso gut in mündelsicheren Wertpapieren oder im Reichsschuldbuch oder dem preußischen Staatsschuldbuch anlegen. In anderen Ländern mit vorherrschender Postsparkasse, wie Frankreich, England und Stalien, ift die Möglichkeit, größere Betrage als Spareinlage anzulegen, fehr beschränkt. Dort muffen solche Rleinkapitalisten andere Anlagen aufsuchen. Bei uns in Deutschland sind viele und gewichtige Stimmen laut geworden, die das Eindringen dieser Rleinkapitalisten in die Sparkassen für einen Migbrauch halten, der verhindert werden muffe. Diese Frage gehört hierher nur soweit sie in Beziehungen zum Zinsfuß steht. Dag ein großer Teil der deutschen Sparkassen nur durch diese "großen Spareinlagen" in die Lage verset ift, höhere Binsen zu zahlen, ferner, daß gerade die Rücksicht auf die großen Einleger die Sparkassen zwingt, den Zinsfuß möglichst hoch zu halten — bon diesen Wirkungen der hohen Einlagen wird noch später zu handeln sein.

Hier bei der Untersuchung über die kapitalbildende Kraft des Spareeinlagenzinsfußes ist noch zu prüfen, ob den Spareinlagenzinsen eine höherc kapitalbildende Kraft innewohnt, als den Zinsen anderer Anslagen.

Bei den kleinen Spareinlagen erübrigt sich eine solche Unterssuchung, weil hier eine andere Anlagemöglichkeit fehlt. Anders bei den Beträgen von 2000 Mk., 3000 Mk. oder gar über 10000 Mk., welch letztere in Preußen noch mit 90000 Konten vertreten sind.

Eine andere Anlage — etwa in Staatspapieren — würde diesen Kapitalien durchschnittlich eine höhere Berzinsung bringen. Dies ist nicht nur jetzt so, zu allen Zeiten ist der Spareinlagenzinssuß durch = schnittlich unter dem Staatspapierzinssuß geblieben. Insofern würden also die "Sparer" besser gestellt werden, wenn man sie zu solchen anderen Anlagen zwingen könnte.

Aber auch dann, wenn man von der Wirkung der Kursverluste und anderen Gesahren der sonstigen Kapitalanlagen absieht, würde das höhere Zinserträgnis nach der Richtung der weiteren Kapitalbildung keine Besserstellung bedeuten.

Es fehlt den Zinserträgnissen anderer Anlage=

arten die eigenartige kapitalbildende Rraft der Spareinlagenzinfen.

Es liegt dies in der besonderen Art, wie die Sparkassen die Zinserträgnisse der Sparkonten behandeln. Sobald die Zinsen fällig ge-worden sind, werden sie dem Konto gutgebracht und beginnen sofort wieder Zinsen zu tragen. Der Borgang spielt sich ab ohne jede Mitwirkung des Sparers. Wer in seinem Haushalt mit dem Zinserträgnis rechnet, oder rechnen muß, hebt die Zinsen ab. Dies ist aber, wie wir gesehen haben, selbst bei den großen "Sparern" nur ein ganz geringer Teil.

Die Besitzer von Papieren handeln anders. Die Aupons werden bei Fälligkeit baldigst eingelöst. Der Betrag verschwindet in dem Privatkassenbestand. Zu einer Wiederanlegung kommt es so leicht nicht, wenigstens nicht, soweit es sich um Kleinkapitalisten handelt, die sich bei der Berwaltung ihrer Papiere keines Bankiers bedienen.

Dies ist eine Schlußfolgerung, die man auch wohl ohne alle Unterslagen ziehen darf.

Der Verfasser kann sich hierbei aber auch auf umfangreiche Beobachtungen aus der Praxis der Nassauischen Landesbank und Nassaui= ichen Sparkasse stüten. Beide Institute unterstehen gleichmäßig der Direktion der Nassauischen Landesbank. Die Landesbank verschafft sich ihre Mittel durch Ausgabe mündelsicherer Schuldverschreibungen, die Sparkaffe durch Annahme bon Spareinlagen. Der Regierungsbezirk Wiesbaden ist von einem dichten Net von Rassen (Landesbankstellen) überzogen, die gleichmäßig dem Berkehr beider Institute dienen. Der Absat der Schuldverschreibungen vollzieht sich zu einem ganz erheblichen Teil von jeher in denselben Rreisen, aus denen sich auch die Sparer rekrutieren. Man kann nun dabei die Beobachtung machen, daß ein Teil des Publikums ausschließlich das Sparkassenbuch bevorzugt, auch für größere Beträge bis 10 000 Mt. Gin anderer hat sich aber daran gewöhnt, die seit Generationen aut eingeführten und beliebten Schuldverschreibungen der Landesbank zu kaufen, die in Be= trägen von 200 Mt. an zu haben find. Es handelt fich dabei keineswegs vorzugsweise um größere Kapitalisten. Wie schwer sich "Sparer" ent= ichließen, Papiere zu kaufen, kann man daran erkennen, daß der Betrag, der alljährlich den Sparkaffenbüchern zum Ankauf folcher Schuldverschreibungen entnommen wird, verschwindend gering ist. Anderseits ift auch der Betrag, der aus dem Erlös bon Rupons auf Sparkaffen-

bücher angelegt wird, oder zum Ankauf neuer Schuldverschreibungen berwendet wird, ganz unbedeutend. Der letztere verbietet sich allersdings vielsach schon dadurch, daß der Zinsbetrag für ein weiteres Papier nicht ausreicht. Dabei vollzieht sich der ganze Verkehr bei den selben Kassen, die gleichzeitig dem umfangreichen Sparverkehr, dem Absatz der Schuldverschreibungen und der Kuponeinlösung dienen. Die Wiederanlage der Kuponerträge ist also leicht gemacht und doch werden sie fast durchweg nicht angelegt.

Man darf also wohl sagen: Die Zinserträgnisse der Wertpapiere sind flüchtig, die Spareinlagenzinsen aber kleben an der Sparkasse.

Dies sollten diejenigen, die den Sparkassen die hohen Einlagen zugunsten "normalerer, gesünderer Anlagearten" nehmen wollen, sehr wohl beachten. Die Zinsen der Spareinlagen bleiben zwar durchsichnittlich hinter den Effektenerträgnissen zurück, sie sind aber durch ihre kapitalbildende Kraft wertvoller.

Die sparfördernde Kraft der Einlagenzinsen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Zinserträgnisses der Spareinlagen wächst mit der Höhe des Einlagenkapitals. Bei der niedrigsten Größenklasse der Sparkassendicher in Preußen (1—60 Mk.) macht das Zinserträgnis durchschnittlich im Jahr nur etwa 80 Pf. auß, bei der zweiten Klasse (60—150 Mk.) etwa 3 Mk. Von einem wirtschaftlichen Werte solcher Einnahmen für den Sparer kann nicht die Rede sein.

Damit soll aber nicht der Berzinsung dieser ganz kleinen Spareinlagen jede Bedeutung abgesprochen werden. Ohne die Hoffnung auf ein Zinserträgnis würden wohl nur wenige ihre Ersparnisse zur Sparkasse bringen. Nur ein ganz kleiner Teil des Publikums versügt über ein solches Maß der Selbstzucht, daß er sich ohne jede anderweiten Borteile lediglich aus wohlverstandenem Selbstinteresse durch Übergabe seiner Ersparnisse an eine Sparkasse seine Willensfreiheit einsschränken würde. Den Borteil, der in der Berzügungsentziehung liegt, verkennt das Publikum, während es den der Berzinsung überschätzt, wenigstens die Klasse der "kleinen" Sparer, von denen hier zunächst die Kede ist. Der Aussicht auf Berzinsung wohnt eine eigentümliche

stimulierende Kraft inne, die unabhängig ist von dem wirtschaftlichen Werte. Man kann dies beobachten, wenn sich das Publikum selbst wegen der kleinsten Beträge bei den Sparkassen mit monatlicher Berzinsung so einrichtet, daß es nur ja keinen Monat an Zinsen verliert, und wenn es sich auch nur um Psennige handelt. Es nimmt ihnen zusliebe sogar die oft recht erheblichen Unbequemlichkeiten bei der Abstertigung an den Duartalstagen geduldig hin. Das kann man selbst bei Personen beobachten, denen es sonst keineswegs auf solche kleinen Beträge ankommt, bei denen vielmehr das Geld selbst für unnüge Dinge ganz locker sigt.

Eigentümlich ift, daß fich neben einem folch allgemeinen Streben nach Berzinsung eine entschiedene Gleichgültigkeit gegenüber der Höhe des Zinsfußes beobachten läßt. Es liegt hierin ein gewifser Wider= spruch. Man sollte annehmen, daß die Sparer, ebenso wie sie un= bedingt eine Verzinsung ihrer Einlagen verlangen, so auch einen mög= lichst hohen Zinsfuß fordern würden. Man erwartet, und diese Ansicht wird in der Sparkaffenliteratur wohl allgemein bertreten, daß ein höherer Zinsfuß auch eine erhöhte Anziehungskraft auf die Sparer ausübe, daß mit dem Steigen des Zinsfußes auch die werbende Rraft der Sparkasse wächst. Einen erakten Beweis dafür kann man natürlich nicht erbringen. Es geht nicht an, wie es wohl geschehen ift, eine Be= stätigung darin zu finden, daß bei bestimmten Sparkassen zuzeiten eines höheren Zinsfußes der Zugang an Sparkassenbuchern und Spareinlagen ein größerer gewesen ist, als borber oder nachher, als der Zinsfuß niedriger war, denn solche Schwankungen in der Entwicklung zeigen sich auch bei konstantem Binsfuß.

Wie wenig das Publikum auf den Zinsfuß achtet, kann die Nassauissche Sparkasse immer wieder feststellen. Sie steht im Regierungsbezirkt Wiesbaden im Wettbewerb mit zahlreichen anderen öffentlichen Sparkassen, die ihre eigene Zinspolitik versolgen, so daß häusig an demselben Ort die Sparkassen verschiedene Einlagenzinssätze haben. In solchen Fällen pflegt sich kein merklicher Abfluß der Einlagen zu der höher verzinsenden Sparkasse einzustellen. Nicht einmal der Zugang neuer Sparer pflegt eine Störung zu erleiden. Im Jahre 1903 stand die Sache in Franksurt a. M. so, daß die beiden Franksurter Sparkassen Verst am 1. April 1906 erhöhte die Franksurter Privatsparkasse und am 1. Januar 1907 auch die Franksurter städtische Sparkasse ihren Zinsse

fuß auf $3^1/_4$ Proz., so daß er erst um diese Zeit demjenigen der Rassauisschen Sparkasse gleichkam.

Tabelle 8. Zahl der neu ausgegebenen Sparkaffenbücher.

Jahr	Nassauische Sparfasse	Frankfurter	Frankfurter
	Filiale Frankfurt a. M	Privatsparkasse	städtische Sparkasse
1903	2909	13 920	5071
1904	2719	14 371	4978
1905	2814	$15397 \ 17265 \ 17398$	5318
1906	2878		6424
1907	2331		7373

Die Tabelle 8 läßt nun den Einfluß auf den Zugang neuer Sparer erkennen. Die Frankfurter Privatsparkasse zeigt in den folgenden Jahren eine flotte Steigerung, die Frankfurter städtische Sparkaffe erft einen minimalen Rückgang, dann auch flotten Fort = Die Nassauische Sparkasse weist einen Rückgang auf! Um= gekehrt liegen zurzeit die Verhältnisse in mehreren Landkreisen des Regierungsbezirks Wiesbaden. Dort konkurriert die Nassauische Sparkasse mit Kreissparkassen, deren Einlagenzinssuß 1/4 Proz. höher ist, als derjenige der Naffauischen Sparkaffe, ohne daß man aber eine Wirkung dieser Verschiedenheit auf den Zugang neuer Sparer feststellen kann. Ein draftisches Beispiel bietet die österreichische Postsparkaffe. Sie hält an dem Binsfuß von 3 Proz. fest, mahrend fie in allen großen Orten mit Sparkaffen konkurriert, die einen Zinsfuß haben, der oft ein ganzes Prozent höher ist. Und doch strömen der österreichischen Postsparkasse die kleinen Sparer in ungeheuren Massen zu. Und dabei find die Einrichtungen der österreichischen Bostsparkasse gar nicht bequemer als die anderer Sparkassen. Im Gegenteil, außerhalb der Stadt Wien kann man Rückzahlungen von Einlagen von über 40 Kronen immer erst frühestens am nächsten Tage erlangen.

Solche Beispiele ließen sich noch vermehren. Sie betreffen aber stets nur die kleinen Sparer, nicht in gleichem Maße die größeren Einleger, obwohl man auch hier im allgemeinen eine große Gleichs gültigkeit gegen die Höhe des Zinssußes findet. Dies mag damit zussammenhängen, daß die Sparer ihre Zinsen in der Regel nicht abzusheben pflegen, daß diese also im Haushalt des Sparers gar nicht mitzählen, so daß sich ein Mehr oder Weniger nicht fühlbar macht. Es kommt aber auch daher, daß der Sparer in der Regel nur in ganz

loser Fühlung zur Sparkasse steht. Der Durchschnittssparer macht nur etwa einmal im Jahre eine Einzahlung. In den Gegenden, in denen die Sparkassen sich im Zinssuß zu überdieten suchen und sich durch Zeitungsannoncen um die Gunst der Sparer bewerben, wie in manchen Teilen von Rheinland und Westfalen, da scheinen wenigstens die größeren Sparer mehr auf die Höhe des Zinssußes zu achten, wie der Dortmunder Fall zeigt, wo die Einführung des 4 Proz.-Zinssußes bei der Kreissparkasse sofort in der ganzen Umgegend die Sparkassen beranlaßt hatte, trot anfänglich heftigen Widerstrebens, ebenfalls diesen Zinssuß anzunehmen.

Die kleinen Sparer wissen im allgemeinen gar nicht, wie hoch der Zinssuß ist. Sie haben überhaupt keinen rechten Begriff davon, welchen Zinssuß sie eigentlich erwarten dürsen. Die Höhe des Zinssußes ersahren sie gewöhnlich erst, wenn sie bereits in der Sparkasse angelangt sind, um ihre Sinzahlung zu machen. Bis zur nächsten Sinzahlung, die in der Regel erst nach längerer Zeit ersolgt, haben sie den Zinssah wieder vergessen. Wenn man die Sparer nach der Höhe des Zinssußes fragt, hört man — auch von "besseren" Leuten — oft ganz unmögliche Sähe. Die große Zahl des Publikums hat im Leben so wenig mit "Zinsen" zu tun, daß es sich von deren Bedeutung keinen rechten Begriff machen kann. Es findet jeden Zinssuß, der ihm zuskommen soll, immer "furchtbar wenig".

Unter diesen Umständen darf man sich von der "sparfördernden Kraft der Einlagenzinsen" nicht allzuviel versprechen. Sine Erhöhung des Zinssates um $^1/_4$ Proz. oder $^1/_2$ Proz. kann auf die kleinen Sparer kaum von irgendwie merklichem Sinfluß sein.

Wir sehen auch, wie in den Gegenden, in denen ein besonders niedriger Zinssuß vorherrscht, wie in Schlesien, Brandenburg und Berlin, die Zahl der Sparer besonders groß sein kann. Man vergleiche darum die Tabelle Seite 174. Im Königreich Sachsen herrschte von jeher ein besonders niedriger Zinssatz vor und doch ist gerade dort die Zahl der Sparer größer im Verhältnis der Bevölkerung, wie in irgendeinem anderen Bundesstaat oder irgendeiner Gegend in Preußen.

Man sucht jest vielsach die sparfördernde Wirkung der Einlagenzinsen durch eine "Beredlung der Berzinsung" zu verbessern. Eine solche kann man in der Gewährung besonderer Zinsssätze an gewisse Klassen von Sparern und in den Sparprämien erblicken. Davon wird später die Rede sein.

Die Geschichte des Zinssußes der Spareinlagen seit 1820.

Eine shstematische Bearbeitung der Entwicklung des Zinssußes der Spareinlagen in Deutschland, die sich von den Anfängen des Sparkassenwesens dis in die neuere Zeit erstreckte, liegt bisher nicht vor. Nicht einmal für einen einzelnen Bundesstaat, selbst nicht für einen kleinen Gebietsabschnitt. Die Bearbeiter der Geschichte des Zinssußessind bisher an dem Spareinlagenzinssuß vorübergegangen. Es liegt dies zweisellos nicht daran, daß sie ihn für unwichtig gehalten hätten. Die Spareinlagen der deutschen Sparkassen wilden eine so gewaltige Kapitalmasse — Ende 1911: 18 Milliarden Mk. —, daß ihre Zinssverhältnisse die gleiche Beachtung beanspruchen können, wie die der Staatss und Kommunalpapiere oder der Wechseldiskont.

Wenn dies nicht geschehen ist, so liegt es wohl lediglich an technisschen Schwierigkeiten. Das Zinserträgnis eines bestimmten Staatspapiers ist heute in ganz Deutschland das gleiche. Der Reichsbankbiskont oder der Berliner Privatdiskont üben ihre Wirkung über ganz Deutschland aus. Regelmäßige amtliche Notierungen liegen vor und ermöglichen einen Überblick.

Anders der Spareinlagenzinsfuß. Hier herrscht bunte Mannigfaltigkeit. Jede Sparkasse verfolgt ihre eigene Zinspolitik. Selbst benachbarte Sparkassen weisen oft ganz verschiedene Zinssätze auf, die sich ohne Kenntnis der lokalen Verhältnisse gar nicht erklären lassen.

Die amtlichen Sparkassenstatistiken lassen uns — von der neueren Zeit abgesehen — gänzlich im Stich. Die amtliche preußische Statistik, die das preußische Sparkassenwesen seit den Anfängen begleitet hat, bringt für unseren Zweck brauchbare Zusammenstellungen für den Spareinlagenzinssuß erst seit 1894. Das vom "Zentralverein in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen" im Jahre 1864 heraussgegebene Sammelwerk: "Das Sparkassenwesen in Deutschland", ein vortreffliches Werk, das eine unerschöpfliche Fundgrube sür die Kenntnis der Anfänge unseres Sparkassenwesens bildet, bringt sür den Spareinlagenzinssuß wohl eine Fülle von Einzelangaben. Ein Übersblick über die Entwicklung des Zinssußes in der behandelten Zeit läßt sich aus ihm aber nicht gewinnen.

Es ist ohne weiteres klar, daß unter diesen Berhältnissen eine er=

jchöpfende historisch=statistische Bearbeitung des Spareinlagenzinssußes geradezu unmöglich ist.

Und doch kann bei einer Arbeit, wie der vorliegenden, auf einen "Überblick" über die Entwicklung des Spareinlagenzinsfußes nicht verzichtet werden. In Rücksicht auf die geschilderten Schwierigkeiten mußte das Ziel aber enger begrenzt werden. Auf lokale Differenzierung mußte gänzlich verzichtet werden. Es war als genügend anzusehen, so viel Material zu gewinnen, daß sich darin die Gesamttendenzen der Entwicklung des Einlagenzinsfußes in Deutschland sowie in einigen größeren Territorien mit hinreichender Deutlichkeit widerspiegelten.

Dieses Material konnte nur durch Umfrage bei den Sparkassen selbst beschafft werden. Da es im wesentlichen die Grundlage für die späteren Untersuchungen bildet, muß hier das Nähere über die Art der Materialsbeschaffung mitgeteilt werden.

Zunächst wurden etwa 180 Sparkassen in der Art ausgewählt, daß sich darunter aus jeder preußischen Provinz und jedem größeren Bundesstaat fünf bis zehn der "führenden" Sparkassen befanden. In dem Fragebogen war die Angabe des Spareinlagenzinssußes für jedes Jahr von 1820—1910 gefordert, und zwar in zwei Aubriken. In der ersten sollte der normale Zinssuß, in der zweiten der besond ere Zinssuße eingetragen werden, der letztere ohne weitere Erläuterungen, damit die Antwort nicht noch weiter erschwert würde.

Außerdem waren in dem gleichen Fragebogen noch andere Fragen gestellt, so nach dem Hhpothekenzinsfuß für dieselbe Zeit.

Sehr förderlich war dem Unternehmen, daß der Leiter der Gesichäftsstelle des Deutschen Sparkassenberbandes, Justizrat Götting in Holdesheim, in dankenswerter Weise gestattete, daß die Versendung der Fragebogen im Namen der Geschäftsstelle erfolgte, und daß er selbst in einem Begleitschreiben unter Angabe des Zweckes der Umfrage, um Beantwortung des Fragebogens ersuchte.

Es gingen im ganzen 150 Fragebogen beantwortet wieder ein. Die sehlenden oder nicht berwendbaren berteilten sich dergestalt, daß merkliche Lücken dadurch nicht entstanden sein dürften.

Bei den großen Anforderungen, die der Fragebogen an die Arbeitssfraft der Sparkassen stellte, muß das Resultat als günstig bezeichnet werden.

Die beantworteten Fragebogen verteilten sich wie folgt:

	Zahl der Sparkassen	Betrag d.Cinlagen im Jahre 1909 in Mill. Mt.
Oftelbien	43 59 24 24	1543 1839 922 739
	150	5043

Bei der Bearbeitung des Materials bezüglich des Einlagenzinssfußes wurde lediglich der normale Zinsfuß berücksichtigt. Nur ein geringer Teil der befragten Sparkassen hatte neben diesem noch einen "besonderen" Zinssuß und auch diesen fast durchweg nur für kleinere Zeitperioden.

Die "normalen" Zinsfätze der 150 Sparkaffen wurden in den beiden Tabellen (Anlagen 2 und 3) zusammengefaßt.

Bei der Tabelle Anlage 2 wurden die fämtlichen Zinsfätze in Gruppen ohne territorielle Gliederung geordnet.

In der Tabelle Anlage 3 wurden die Sparkassen in vier territoriale Gruppen geschieden, und zwar die preußischen in "Ostelbien" und "Westelbien", wobei zu Ostelbien: Ost- und Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, zu Westelbien die übrigen preußischen Provinzen — ähnlich wie bei den anderen Tabellen — gerechnet wurden. Ferner wurden die Sparkassen der übrigen norddeutschen und der süddeutschen Bundesstaaten gesondert.

Für jede Gruppe wurde der "Durchschnitt der Zinssätze" berechnet, also nicht etwa der "durchschnittliche Zinssuß". Jede Sparkasse, einerlei ob groß oder klein, wurde mit dem gleichen Werte eingesett. Die Zinssätze wurden zusammengerechnet und durch die Zahl der beteiligten Sparkassen dividiert. Ein genaueres Resultat wäre erreicht worden, wenn jede Sparkasse mit ihrem Einlagenbestand in dem betreffenden Jahre eingesett worden wäre. Dann hätte man von einem "durchschnittlichen Zinssuß" sprechen können. Dies ließ sich aber wegen der technischen Schwierigkeiten nicht durchsühren.

In gleicher Weise ist der Gesamtdurchschnitt der Zinsfüße für die Gesamtheit der 150 Sparkassen berechnet, wie er in der Tabelle Anlage 3 erscheint.

Es fragt sich nun, wieweit das aus dem hier verarbeiteten Material gewonnene Resultat den Anspruch erheben kann, ein Abbild der Ent=

wicklung des Spareinlagenzinsfußes für die Gesamtheit der deutschen Sparkassen überhaupt zu geben.

Eine gewisse Gewähr dafür bietet einmal der Umstand, daß es sich um eine nicht unbedeutende Zahl von Sparkassen handelt. Dieselben repräsentierten im Jahre 1910 einen Einlagenbestand von nicht weniger als 5 Milliarden Mk., also fast ein Drittel der gesamten deutschen Sparkassen. Dazu kommt die ziemlich gleichmäßige Verteilung der aussgewählten Sparkassen über das ganze Reichsgebiet.

Schon hieraus läßt sich erwarten, daß wesentliche Abweichungen von dem Gesamtdurchschnitt kaum zu befürchten sind.

Es bietet sich aber die Möglichkeit einer Probe auf die Richtigkeit wenigstens eines Teiles der gewonnenen Resultate.

Die amtliche preußische Sparkassenstatistik teilt seit 1894 den durchsschnittlichen Spareinlagenzinssuß für die einzelnen preußischen Propinzen mit. Daraus läßt sich für die Zeit seit 1894 auch der durchsschnittliche Zinssuß für die preußischen Sparkassen in Ostelbien und Westelbien berechnen.

* Tabelle 9. Bergleich der Resultate unserer Tabelle mit der amtlichen preußischen Sparkassenstatistik.

	(Es be	trug der Du	rah fah nitts z	inនfuß
0.6	in Of	telbien	in We	telbien
Jahr	nach unserer Tabelle ^{0/0}	nach der amt= lichen Statistik	nach unferer Tabelle ^{0/0}	nach der amt= lichen Statistik 0/0
1894	3,13	3,1	3,46	3,3
1895	3,15	3,1	3,45	3,3
1896	3,11	3,1	3,37	3,2
1897	3,06	3,1 3,1	3,27	3,2 3,2 3,2 3,2 3,5 3,6 3,5
1898	3,04	3,1	3.27	3,2
1899	3,06	3,1	3,30	3,2
1900	3,10	3,1	3,39	3,5
1901	3,13	3,2	3,54	3,6
1902	3,14	3,1	3,50	3,5
1903	3,11	3,1	3,40	3,4
1904	3,11	3,1	3,35	3,4
1905	3,12	3,1	3,34	3,4
1906	3,13	3,1	3,36	3,4
1907	3,16	3,1	3,49	3,5
1908	3,19	3,2	3,69	3,7
1909	3,22	$_{3,2}$	3,68	3,6
1910		3,2		3,6

Die Tabelle 9 gibt nun eine Gegenüberstellung des aus dem amt= lichen Material und des aus unseren Fragebogen gewonnenen Durch= schnittszinssußes für die beiden Gebiete für die Zeit von 1894—1910.

Es zeigt sich dabei erfreulicherweise eine fast vollständige Übereinstimmung. Unser Material weist für beide Gebiete die gleichen Kurven, wie das amtliche Material auf. Die Differenzen gehen im allegemeinen nicht über $^{1}/_{10}$ Proz. hinaus, sind also für unsere Zwecke ohne Belang. Wir dürfen hieraus schließen, daß auch das übrige Material die gleiche Zuverlässigkeit ausweist.

Die Anfänge des Sparkassenwesens gehen über das 19. Jahrhundert hinaus. Anfangs waren es nur ganz vereinzelte Institute, die sich als Sparkassen betätigten. Bon ihren damaligen geschäftlichen Berhältnissen wissen wir nicht viel.

Unsere Umfrage ging bis aufs Jahr 1820 zurück. Mit diesem Jahr beginnt die Zinssußreihe von sieben Sparkassen. Die Zahl wächst schnell an. Für das Jahr 1824 liegen bereits die Angaben von 20 Sparkassen vor. Für diese 20 Sparkassen, die zum größten Teil heute zu den bedeutendsten deutschen Sparkassen gehören und die heute einen Gesamteinlagenbestand von $1^1/2$ Milliarden Mk. repräsentieren, sollen hier die Zinssätze im einzelnen wiedergegeben werden (Tabelle 10).

Drei von diesen Sparkassen wiesen schon damals neben dem "normalen" Zinssuß einen "besonderen" auf, nämlich die Württemsbergische Sparkasse und die Städtischen Sparkassen in Nürnberg und Magdeburg. Diese "besonderen Zinssäße" sind in dieser Tabelle wiedersgegeben. Bei der Nürnberger Sparkasse ist der besondere Zinssuß höher, bei den beiden anderen niedriger, als der normale Zinssuß. In Nürnsberg bezog sich der niedrigere Zinssuß übrigens auf die klein en Einslagen bis 24 fl., bei der Württembergischen Sparkasse auf die "außersgewöhnlichen", bei Magdeburg auf die höheren Einlagen, von 25 Talern ab.

Die Berliner Sparkasse scheint vorbildlich geworden zu sein für den Zinssat von $4^1/_6$ Proz., der bei einer ganzen Reihe von Sparkassen wiederkehrt.

Er erklärt sich aus der damaligen Geldwährung. § 2 des Statuts der Sparkasse vom 25. April 1818 sagt hierüber: "Die Sparkasse verzinst alle bei ihr eingezahlten Summen, welche einen Taler und darüber betragen mit Ausschluß der Groschen, welche nicht verzinst werden,

Die Zinspolitik der Sparkaffen.

Der Zinsfuß ber Spareinlagen von 1820-1835.

məchnüsse Mündəndə	Zinsfuß	41/6 41/6 41/6 41/6 41/8 41/8 31/3 31/3 31/3
offndrad ochiitdäts grudengonk	1	
Bangagbvy	Ne fond. Zinez fuß 0/0	
tonts red effatrags	Norm. Sins= fuß °/0	
trufro offntragitdato		
offatrage opfitonte nittote	£ £	4 4 4 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8
ethotzag schritonts grudsguk	Zinsfuß	
Städtifde Spartaffe grudfrüW	ري	
offadrago opfitents mishninga		4444444400000000
all manufacture Q	Be= fond. Bing= fuß 0/0	
 offinding solouffing&	Rorm. Zing: juß 0/0	20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 2
Liger Spartingen Buriching Mitien: Berein	3ines fuß 0/0	
gradnrüse	Be: fond. Fine: fuß 0/0	
ofindrad Spilidate	Rorm. Zing= fuß 0/0	20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 2
tants ver Sparads nodeorC		44 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20 20
offinde Spartafie (Spartafie) unlear E	Zinsfuß	44444444 9,14 9,14 9,14 9,14 9,14 9,15 1,
gsM sffafraqO	3in	ちょうちょよすよよなななまます
affntrags achlitents adurelrast.		4444444444444 \$\frac{1}{2}\frac{1}
tangttudə əffntançə	Be= tond. Zine= fuß 0/0	.4444444488888888888888888888888888888
9thfigradmattrutt.	Norm. Zine= fuß 0/0	$ \begin{array}{c} $
offntohiolnde dnu erngs bodüg		22 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2
Spare und Leibtaffe France	sfuß ,	444455000000000000000
releik epare dnu erad	Zinsfuß %	**************************************
offndrags or fitants nilro&		4444444
3ahr		1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1828 1829 1830 1831 1833 1833 1833

jährlich mit vier und ein sechstel Prozent, also mit einem guten Groschen für jeden vollen Taler."

Die Wahl des Zinsfußes beruht hier also mehr auf einem Zufall oder richtiger auf einer technischen Bequemlichkeit.

Den gleichen Zinssatz von $4^1/_6$ Kroz. finden wir in den zwanziger Jahren in unserer Tabelle außer bei Berlin bei den Sparkassen in Breslau, Dresden, Stettin, Erfurt und Magdeburg angegeben. Der Zinssatz von $4^1/_6$ Kroz. war für die damalige Zeit zu hoch, er versanlaßte auch Mitglieder der wohlhabenden Klassen, ihre Gelder bei den Sparkassen anzulegen 1 . Im Jahre 1827 ermäßigte die Berliner Sparkasse deshalb ihren Zinssuß auf $3^1/_3$ Kroz. Die übrigen erwähnten Sparkassen ihr darin im Laufe weniger Jahre nach.

Der Zinssatz von $3^1/_3$ Proz. ist ebenso, wie der von $4^1/_6$ Proz., ein zufälliger, von der Geldwährung und technischer Bequemlichkeit beeinflußter. In Preußen trat nämlich im Jahre 1821 an die Stelle des Groschens, von dem 24 auf einen Taler gingen, der Silbergroschen, der nur $^1/_{30}$ eines Talers wert war. Ein Silbergroschen macht also $3^1/_3$ Proz. nach der neuen Währung aus, wie der alte Groschen $4^1/_6$ Proz. nach der alte n Währung.

In der Mitte der dreißiger Jahre war ein Zinsfuß von $3^1/_3$ Proz. bei den preußischen Sparkassen vorherrschend. Es kamen aber daneben auch Zinssätze von $2^1/_2$ Proz. und 3 Proz. sowie vereinzelt auch andere vor.

Das erwähnte Sammelwerk des Zentralbereins (S. 263) bringt aus dieser Zeit die Tabelle 11:

Tabelle 11. Zinsfuß der Spareinlagen in Preußen.

Es zahlen die Spar- taffen in	$2^{1/2} {}^{0/0}$	3 º/o	31/30/0
Preußen Pofen Pommern Schlefien Brandenburg Cachjen Weftfalen Rheinproving	7 2 2 2 2 6 4 4 26	5 1 1 11 3 12 3 5	30 12 24 30 46 37 46 41
zusammen	53	41	266

¹ Zentralverein, S. 166.

Außerdem werden noch eine Reihe von Sparkassen mit abweichens den Zinssätzen aufgeführt, darunter Sätze von 4—5 Proz., aber nur für niedrige Einlagen.

Für die übrigen Staaten muß auf Wiedergabe anderweiten Materials verzichtet werden. Es liegt nicht in dem Maße vor, daß auch nur annähernd daraus ein Bild gewonnen werden könnte.

Wir sind deshalb auf unsere Tabellen (Anlagen 2—3) angewiesen. Betrachten wir zunächst die Tabelle Anlage 2.

Bis zum Jahre 1827 war der häufigste Zinssatz 4 Proz. Bon da ab tritt der Zinssuß von $3^1/_3$ Proz. immer stärker hervor. In der langen Zeit von 1828—1874, also während 46 Jahren ist er der am häufigsten vertretene. In den ersten drei und den letzten neun Jahren ist nächst ihm der häufigste Zinssatz höher, in der übrigen Zeit niedriger als $3^1/_3$ Proz. Im Jahre 1875 gewinnt dann der Zinssuß von 4 Proz. die Oberhand, aber nur für eine kuze Zeit, denn im Jahre 1884 wird er wieder vom Zinssuß $3^1/_3$ Proz. abgelöst, der nach vier Jahren auf Proz. ermäßigt wird. Siedzehn Jahre lang steht dieser an der Spize, hat aber einen, wenn auch schwächeren Nebenbuhler mit $3^1/_2$ Proz., der ihn im Jahre 1902 für ein Jahr verdrängt. Seit 1906 herrscht $3^1/_2$ Proz. vor. (Vgl. Tabelle 12.)

Tabelle 12. Der Zinsfuß der Spareinlagen in Deutschland. (Übersicht aus Anlage 2.)

Jahr	Zahl der	Davoi	ı gew	ährten	einen	Zinsju	ığ für C	Spare	inlagen	von	Der Durch= ichnitt ber Linefüße
	Spar= taffen	$2^{1/2^{0}/0}$	30/0	$3^{1/4^{0}/0}$	31/30/0	$3^{1/2^{0}/0}$	3^/40/0	4 0/0	$4^{1/2^{0}/0}$	5 0/0	betrug ^{0/0}
1820	10	2	_	_	_	_		5	1	2	3,9
1841 1865	71 108	10 2	$\frac{21}{15}$	3 4	$\begin{array}{c} 29 \\ 62 \end{array}$	$\frac{2}{11}$	$\overline{2}$	$\begin{array}{c} 6 \\ 11 \end{array}$	1		3,2 3,4
$\frac{1875}{1883}$	123 131	_	5 4	_	$\begin{array}{c} 42 \\ 41 \end{array}$	$\frac{11}{22}$	14 19	$\frac{49}{45}$	2	_	3,7 3,6
$\frac{1892}{1901}$	1 4 2 1 4 9	1	$\begin{array}{c} 57 \\ 45 \end{array}$	6 5	$\begin{array}{c} 30 \\ 18 \end{array}$	43 43	$\frac{3}{23}$	$\frac{2}{15}$	_	_	3,3 3,4
$\frac{1906}{1910}$	149 150	_	$\frac{54}{40}$	19 11	14 11	54 46	$\frac{5}{32}$	$\frac{3}{10}$	_ '	_	3,3 3,5

Die Tabelle Anlage 3 gibt den Durch ich nitt der Zinssätze an, und zwar sowohl den Gesamtdurchschnitt für Deutschland, als auch

gesondert nach den vier Territorien Ostelbien, Westelbien, sonstige nords beutsche Bundesstaaten, süddeutsche Bundesstaaten.

Tabelle 13. Der durchschnittliche Zinsfuß für Spareinlagen. (Übersicht aus Anlage 3.)

	Pre	пВен	Übrige Bu	ındesftaaten
Jahr	Östliche Provinzen %	Westliche Provinzen ⁰ /0	Ilord= deutjche ⁰ /0	Süd= deutsche ^{0/0}
1820	4,5	3,5	3,2	4,5
1841	3.0	3,1	3.0	3,4
1865	3,4 3,5 3,4	3,4	3.4	3.4
1875	3,5	3,7	3,7 3,7	3,8
1883	3,4	3,7	3,7	3,8
1892	3,1	3,3	1 - 3.2	3,4
1901	3,2	3,6	3,3	3,4
1906	3,1	3,4	3,3 3,2	3,4 3,3
1910	3,2	3,6	3,4	3,5

Bezüglich der Anfangszeit haben die Durchschnittszahlen wegen der geringen Anzahl der beteiligten Sparkassen keine wesentliche Bebeutung.

Im Jahre 1831 ist der Durchschnittszinssatz auf 3,4 Proz. ansgelangt. Es geht dann sehr langsam abwärts, bis im Jahre 1846 der Tiefstand mit 3,1 Proz. erreicht ist. Bon da ab beginnt ein sehr allsmähliches Steigen, nur kurz unterbrochen in der Zeit von 1852—1856 durch eine flache Nurve nach unten. 1865 ist 3,4 Proz., 1870 3,6 Proz. und 1875 der höchste Satz überhaupt mit 3,7 Proz. erreicht. Es ist die Periode, in der der 4 Proz.=Zinssatz der vorherrschende ist. 1883 bez ginnt der Nückgang bis 1896, wo 3,2 Proz. erreicht ist, nachdem dies schon vorher in den Jahren 1890 und 1891 vorübergehend sich gezeigt hatte. Es beginnt langsam eine Auswärtskurve, die 1901 und 1902 3,4 Proz. erreicht, dann folgt eine flache Abwärtskurve. In den Jahren 1908—1910 ist 3,5 Proz. der Durchschnitt.

In den vier getrennt gehaltenen Territorien geht die Zinsbewegung keineswegs parallel. Bom Anfang an weisen Ostelbien und die süddeutschen Bundesstaaten erheblich höhere Sätze auf, als die beiden anderen Gebiete. Süddeutschland behält dies auch bei bis 1857. Oftelbien verringert seinen Vorsprung, weist sogar 1841—1846 den überhaupt niedrigsten Durchschnittszinssatz auf (3 Proz.) und bleibt dann bis 1867 so ziemlich gleich mit Westelbien und den norddeutschen Bundesstaaten. Von da ab rückt Oftelbien hinter die anderen Terristorien, während der preußische Westen plöglich frark hervortritt. Ihm am nächsten folgt Süddeutschland. 1910 steht das Verhältnis so: Oftselbien 3,2 Proz., norddeutsche Bundesstaaten 3,4 Proz., Süddeutschland 3,5 Proz., Westelbien 3,6 Proz.

Der Unterschied zwischen Oftelbien und Westelbien zeigt sich ebenjalls deutlich in der amtlichen preußischen Sparkassen =
statistik. Seit dem Jahre 1894 berechnet diese den Durchschnittszinssuß der Spareinlagen für die einzelnen Provinzen nach den Zinsausgaben und dem mittleren Einlagenbestand. Es ist zu bedauern,
daß diese Tabelle nicht weiter zurückgreist. Für die früheren Jahre
haben zwar auch Erhebungen des Zinssußes der Spareinlagen stattgesunden. Die Zinssätze wurden auch bei jeder Sparkasse angegeben.
Da viele derselben mehrere Zinssätze hatten und nicht mitgeteilt ist,
in welchem Umfange jeder maßgebend war, läßt sich mit diesem
Material nicht viel ansangen. Auch werden die Zinsausgaben nicht
mitgeteilt, so daß man die Durchschnittssätze nicht nachträglich berechnen kann.

Die von der Sparkassenstatistik mitgeteilten Durchschnittszinssätze finden sich in der Tabelle 14 zusammengestellt. Die Angaben für 1911 sind nach dem amtlichen Material berechnet, das der Geschäftsstelle des Deutschen Sparkassenders zur Berfügung gestanden hat.

Aus dem gleichen Material sind die Durchschnittsjätze für Dit- und Westelbien berechnet. Für beide Gebiete ist der mittlere Betrag der Zinsausgaben in das Prozentverhältnis gebracht.

In der ganzen Periode zeigt sich eine starke Differenz in den Zinssfähen von Ost= und Westelbien. In den letten Jahren betrug der Unterschied $^1/_3$ — $^1/_2$ Proz., zugunsten von Westelbien.

Unter den einzelnen Provinzen weisen den höchsten Zinssat Schleswig-Holstein, Rheinland, Westfalen und Posen auf.

Von diesen hatte Schleswig-Holstein stets einen besonders hohen Zinssuß aufzuweisen. Westfalen hält sich ansangs unter dem Durchsschnitt von Westelbien. Die Rheinprovinz stand noch erheblich darunter. Mit dem Jahr 1900 beginnt in beiden Provinzen ein plögliches starkes

Schriften 137. 1. 7

Durchschnittlicher Einlagenzinsfuß bei ben Sparkaffen (nach ber preußischen Sparkaffenftiftit).

96 1897 1898 1899 1900	1898
14 3,13 3,10	
11 3,07 3,06 3,10	3,06
13 3,11 3,04	
13 3,11 3,07	
36 3,10 3,09	_
31 3,27 3,26	
95 2,93 2,93	-
07 3,04 3,01	
61 3,57 3,55 3,58	3,55
46 3,34 3,33 3,37	3,33
24 3,20 3,22	
88 3,81 3,83 3,82	3,83
12 3,09 3,11 3,17	3,11
60 3,39 3,03 3,10	8,03
27 3,21 3,20 3,23	3,20
11 3,06 3,04 3,06	3,04
87 3,27 3,30	3 97

Anschwellen der Zinssätze. Zett rangieren sie gleich hinter Schleswigs Holstein. 1911 betrugen die Durchschnittszinssätze für diese drei Propinzen: Schleswig-Holstein 3,85 Proz., Westfalen 3,69 Proz., Rheinsprobinz 3,64 Proz.

Der höchste jest von den Sparkassen gewährte Normalzinssuß beträgt 4 Proz. Dieser Sat hat in den letten Jahren immer mehr Gingang gefunden.

Ein wie großer Teil der Spareinlagen zurzeit mit 4 Proz. verszinslich ist, läßt sich nicht berechnen.

Es läßt sich aber aus der Statistit eine Zusammenstellung aller derzenigen Sparkassen ermöglichen, welche ausschließlich einen Zinssat von 4 Proz. gewähren. Es sind dies also diezenigen Sparkassen, die den höch sten Durchschnittssat unter allen preußischen Sparkassen aufzuweisen haben.

Die Sparkassen sind nach Regierungsbezirken geordnet worden, sodann ist ihre Anzahl und der Gesamtbetrag der Spareinlagen ermittelt worden. Gegenübergestellt sind die gesamt en Sparkassen des betressenden Regierungsbezirks nach Zahl und Einlagenbestand.

Das Resultat ist in der Tabelle 15 zusammengesaßt. Das Material bezieht sich auf 1909. Es zeigt sich dabei, daß im ganzen nicht weniger als 373 von den 1692 preußischen Sparkassen in dem betreffenden Jahre einen allgemeinen Jinssaß von 4 Proz. für sämtliche Spareinlagen gewährten. Sie verfügten über einen Einlagenbestand von 1,3 Millisarden Mk., also etwa ein Achtel aller preußischen Einlagen.

Es herrscht unter den Regierungsbezirken eine große Verschiedensheit. 22 von den 37 Bezirken weisen überhaupt keine Sparkassen auf, die einen allgemeinen Jinssatz von 4 Proz. haben. In einzelnen Bezirken erscheinen sie nur in geringer Jahl. Von erheblicher Bedeutung sind sie aber in Posen (25), Schleswig (152), Münster (24), Arnsberg (64) und Düsseldorf (53), also in unserer Ostmark, Nordmark und dem Industriegebiet von Rheinland-Westfalen.

Von außerpreußischen Staaten sollen hier nur zwei, Bahern und Sachsen, berücksichtigt werden. Die Schwierigkeit, genügendes Material zu beschaffen, verhindert ein tieferes Eindringen. Es sei nur mitgeteilt, was die amtlichen Statistiken über den Einlagenzinsfuß enthalten. Die

Sabelle 15.
Sparkassen mit einem Ginlagenzinsfuß von ausschließlich 4 Proz.

	Zahl di	er Sparkassen	Einlagen C	inde 1909
Regierung3bezirf	über= haupt	davon mit einem Zinsfuß von 4°/0 all= gemein	überhaupt Wf.	zu 4º/0 allgemein M£.
Königsberg Gumbinnen Allenftein Danzig Marienwerber Stadttreis Berlin Potsdam Frantfurt Setttin Söslin Stralfund Bojen Broslau Broslau Breslau Breslau Breslau Breslau Coppeln Magdeburg Merjeburg Grfurt Schleswig Hannober Hannober Hilbesheim Lüneburg Silbesheim Lüneburg Stade. Odieswig Murich Münfter Minfter Minter Winden Brissbaden Coblenz Cüjjeldorf	27 15 20 18 31 2 63 59 39 33 12 63 26 77 67 54 49 73 21 210 28 39 30 40 80 11 47 41 126 58 27 24 171 30 17 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18	6 — 8 1 3 — — — 6 — 25 7 — 3 — — — 152 — — 6 — — 24 — 64 111 — — 53 — 4 — — — — — — — — — — — — — — — — —	102 105 000 40 156 000 36 428 000 102 418 000 107 306 000 351 688 000 565 492 000 383 074 000 260 829 000 132 094 000 85 683 000 323 282 000 328 236 000 205 149 000 335 688 000 467 048 000 145 552 000 683 253 000 284 093 000 185 212 000 328 400 247 531 000 284 093 000 185 112 000 73 233 000 405 308 000 964 324 000 240 309 000 280 961 000 118 202 000 313 650 000 118 202 000 313 650 000 266 12 000 266 12 000	4 434 000 7 013 000 2 049 000 3 817 000 — — — —— —— —— —— —— —— —— —— —— ——
Prenßen	1692	373	10 332 693 000	1 308 041 000

Zinsfätze im Königreich Sachsen, dem "Musterland des Sparkassen» wesens", verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit.

Die neuesten Angaben für Bahern betreffen das Jahr 1908 (vgl. Zeitschrift des Königlich Baherischen Landesamts 1910, Heft 2).

Danach betrug in Bahern der durchschnittliche Einlagenzinsfuß 1908: 3,30 Proz., 1907: 3,23 Proz., 1906: 3,19 Proz.

Genaueres ergibt die Tabelle 16, bei der nur die wichtigsten Binsjätze berücksichtigt sind. Die wenigen abweichenden Sätze bieten kein Interesse und sind deshalb fortgelassen.

Tabelle 16. Bon den Sparkaffen in Bahern berzinsten ihre Spareinlagen mit dem nebenstehenden Zinsfuß.

Prozent	1906	1907	1908
3	101	140	150
3 ¹ / ₄	22	34	37
3 ¹ / ₂	188	145	122
3 ³ / ₄	7	4	6

Der Einlagenzinsfuß für Sach sen ergibt sich aus den Tabellen 17 und 18. Dieselben sind entnommen dem Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen 1912, S. 141.

Tabelle 17. **Sachsen.**(Zahl der Sparkassen mit dem vorngenannten Einlagenzinsfuß.)

Einlagenzinsfuß Prozent	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
3 31/8 31/6 31/5 31/4 3,3 31/3 32/5 31/2 33/5	15 	$\begin{bmatrix} 22 \\ - \\ 1 \\ 28 \\ 5 \\ 25 \\ 1 \\ 220 \\ 5 \end{bmatrix}$	40 - 1 70 5 31 1 168 1	42 - 2 76 4 35 1 168	42 - 2 72 5 33 - 178	35 1 - 2 73 4 29 - 200	33 1 - 2 70 3 27 - 214	25 	26 - 1 48 2 16 - 267 -	29 - 1 50 1 15 - 265
38/4	$\check{2}$	í	î,	1				_		
Zusammen .	290	308	319	329	332	344	350	354	360	361

Tabelle 18.

Von den 30 größten Sparkassen Sachsens hatten im Jahre 1910 einen Einlagenzinssuß von:

Prozent	Zahl der Sparkassen	Betrag der Einlagen 1000 Mt.
$\begin{array}{c} 3\\ 3,2\\ 3^{1}/4\\ 3^{1}/3\\ 3^{1}/2 \end{array}$	11 1 3 1 14	444 998 20 302 83 438 1z 023 219 651
Zusammen .	30	780 412

Besonderes Interesse kann der heutige Einlagenzinssuß beanspruchen. Er ist durch eine Umfrage bei 51 der größten deutschen Sparskassen festgestellt worden. Diese berfügen über einen Einlagenbestand von 4309 Mill. Mk., vertreten also schon einen recht erheblichen Teil der deutschen Sparkassen, nämlich fast ein Viertel.

Die Angaben beziehen sich auf den Zinsfuß vom 1. Oktober 1912.

Es wurde sowohl der "normale" als auch der "besondere" Zinsfuß festgestellt. Das Material ist im einzelnen in der Anlage 7 wieders gegeben.

Die Tabelle 19 enthält eine Zusammenstellung der "normalen" Zinsfähe.

Tabelle 19. Der "normale" Einlagenzinsfuß bei 51 der größten deutschen Sparkassen am 1. Oktober 1912.

N AL	3 %	31/4 0/0	31/3 0 0	31/2 0/0	33/4 0/0	4 0/0	Zusammen
	Gin	lagen	bestar	ıb in s	Milli	onen ?	Mart
Oftelbien Westelbien Norddeutsche	1125,32 48,11	392,51	133,33 42,88	923,50		115,98	1258,65 1680,27
Bundesftaaten	314,02	52,62		478,02		_	844,66
Süddeutsche Bundezstaaten	110,21	_		74,34	340,91	_	525,46
Summe	1597,66	445,13	176,21	1475,86	498,20	115,98	4309,04

Die Tabelle 19 zeigt, daß der Zinsfuß bei den ganz großen Sparfassen verhältnismäßig niedrig ist. 4 Proz. kommt nur zweimal, bei Dortmund und Bochum, vor. $3^3/_4$ Proz. bei Gelsenkirchen, Essen und Duisburg. Sämtliche gehören zum rheinisch-westfälischen Industriegebiete. $3^3/_4$ Proz. weisen aber auch vier süddeutsche Sparkassen auf, zwei in Stuttgart, ferner Karlsruhe und Mainz. Der Zinsfuß von 3^1 Proz. kommt 18 mal, der von 3 Proz. 17 mal vor. (Vgl. Anl. 7.)

Die Geschichte des Zinsfußes der Sparkassen= hypotheken seit 1820.

Die Entwicklung des Zinsfußes der Spareinlagen läßt sich nicht berstehen, wenn man lediglich die absoluten Zinsziffern beachtet. Will man den Zinsfuß würdigen, den der Sparer für seine Spareinlagen erhält, so muß man ihn vergleichen mit dem Zinserträgnis, das andere gleich sichere Kapitalanlagen dem Sparer zur selben Zeit bieten.

Als solche Kapitalanlagen kommen mündelsichere Wertpapiere und mundelsichere Sppotheken in Betracht. Über den Zinsfuß, oder vielmehr das Realerträgnis der wichtigften mundelsicheren Werthapiere, besonders der Staatspapiere im Laufe der Zeiten sind wir hinreichend informiert. Anders steht es mit den Sppotheken. In den bisherigen Arbeiten über die Geschichte des Zinsfußes kommt der Hypotheken= zinsfuß stets zu kurz. Die Gründe sind dieselben, die auch einer erichöpfenden Darstellung des Spareinlagenzinsfußes entgegenstehen. Der Hypothekenzinsfuß entwickelt sich lokal. Die Mannigfaltigkeit ist des= halb eine zu große. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, daß es ber= schiedene Qualitäten von Hypotheken gibt. Eine einigermaßen gleich= mäßige Qualität stellen die mündelficheren Sypotheken dar, wenigstens insofern, als hier eine bestimmte Höchstgrenze der Beleihung maßgebend ist, die zwar nicht in allen Bundesstaaten und wohl auch nicht zu allen Zeiten gleich ist, aber doch wohl keine sehr erheblichen Abweichungen aufweist. Der Spothekenzinsfuß der Spothekenbanken läßt sich schon aus diesem Grund hiermit nicht vergleichen, da für diese die Beleihungsgrenze über die "Mündelsicherheit" hinauszugehen pflegt. Für Privathppotheken gibt es überhaupt keine übliche oder maßgebende Grenze.

Wer die Geschichte des Hypothekenzinssußes überhaupt schreiben will, stößt deshalb auf geradezu unüberwindliche Hindernisse.

Die Sparkaffenhypotheken bieten mehr Einheitlichkeit. Sie stellen den Typ der "absolut sich eren ersten hypo=theken" dar. Ihr Zinsfuß ist auch in der Regel maßgebend für gute Pridathypotheken. Der Zinsfuß der Sparkassenhypotheken hat deshalb doch eine nicht unerhebliche allgemeine Bedeutung.

Amtliches Material über die Entwicklung des Zinsfußes der Sparkassenhypotheken seit den Anfängen des Sparkassenwesens liegt ebensowenig wie für den Spareinlagenzinssuß vor. Die preußische Sparkassenstütt bringt nur für die neuere Zeit einiges Material.

Es blieb deshalb nichts übrig, als auch hierüber eine Umfrage bei den Sparkassen zu veranstalten. Sie ist in demselben Fragebogen, wie die über den Zinsfuß der Spareinlagen ergangen (vgl. S. 89).

Dabei war folgendes zu beachten:

Wenn eine Sparkasse ihren Spareinlagenzinsfuß ändert, so erstreckt sich dies gleichzeitig auf sämtliche Spareinlagen. Bei den Hypotheken ist es nicht immer ebenso. Zwar pflegen die Sparkassenhypotheken im Gegensatzu denen der Landschaften und Landesbanken kurzfristig kundbar zu sein, etwa viertels oder halbjährlich. Die Sparkassen sind deshalb in der Lage, den Zinsfuß ihrer Hypotheken jederzeit gleichmäßig zu gestalten. Im allgemeinen berfahren sie auch so. Besonders wenn sie den Einlagenzinsfuß heraufseten, pflegen sie auch den Spothekenzinsfuß nicht nur für die neu zu begebenden, sondern auch für die älteren, schon bestehenden Sppotheken hinauszuseten. Im umgekehrten Fall laffen fie den Sypothekenzinsfuß vielfach nicht fogleich finken, wenigstens nicht für die älteren Spotheken. So kann eine Differenz zwischen dem Zinsfuß der neuen und der alten Sppotheken eintreten. Aber auch bei den neuen Hypotheken ist der Zinsfuß nicht immer gleich= mäßig. Vielfach wird für Sypotheken außerhalb des Garantiebezirks ein höherer Zinssatz genommen, auch für weniger gute Objekte über= haupt. Dies sind aber nur Ausnahmefälle.

Im Fragebogen wurde der Hypothekenzinsfuß in zweierlei Art ershoben, einmal der "borherrschende Zinsfuß für neue Hypotheken" und dann der "Durchschnittszinsfuß sämtlicher Hypotheken".

Rur der erstere Zinsfuß, der jeweils im allgemeinen für neue Beleihungen galt, kommt hier in Betracht. Die Angaben über ihn sind in ähnlicher Weise wie der Einlagenzinsfuß bearbeitet worden. In der Tabelle Anlage 4 sind die Zinssätze der sämtlichen beteiligten Sparkassen in neun Gruppen zusammengesaßt für die Zeit von 1820 bis 1910 wiedergegeben. Es fällt dabei die geringere Anzahl der besteiligten Sparkassen in der älteren und mittleren Zeit auf. Es beruht dies auf den teilweise lückenhasten Angaben in den Fragebogen. Ein Teil der Sparkassen war nicht in der Lage, den Hypothekenzinssuß für diese ganze Zeit anzugeben. Immerhin dürste auch diese Tabelle ein genügend treues Abbild der Entwicklung des Hypothekenzinssußes geben. In der letten Rubrik ist der Durchschnitt der Zinssüße berechnet.

In den Anfängen des Sparkassenwesens zeigt sich bei den Sparkassenhypotheken dieselbe Mannigfaltigkeit der Zinösüße wie bei den Spareinlagen. Wir finden im Jahre 1820 den Zinösüße wie bei den Spareinlagen. Wir finden im Jahre 1820 den Zinösat von $3^1/2$ Proz. neben dem von 5 Proz. Allmählich erscheinen auch andere Sätze. Die Zinösäße von 4 Proz. und von 5 Proz. gewinnen bald vor den anderen den Borsprung, und zwar sind sie in der Zeit von 1840 bis gegen Ende der siebziger Jahre mit kleinen Schwankungen annähernd gleich vertreten. Von da ab gewinnt der Zinösat von $4^1/2$ Proz. immer mehr an Bedeutung, der von 4 Proz. tritt zurück. In den achtziger Jahren hat $4^1/2$ Proz. das Übergewicht. Von 1888—1907 herrscht der Zinössat von 4 Proz. das Übergewicht. Von 1888—1907 herrscht der Zinössat von 4 Proz. das Übergewicht. Von 1888—1907 herrscht der Zinössat von 4 Proz. das Übergewicht. Von 1888—1907 herrscht der Zinössat von 4 Proz. das Übergewicht 4 Proz. das Vor.

Die Durchschnitt ssätze weisen eine gewisse Eintönigkeit auf. Er hält sich dauernd zwischen 4 Proz. und 5 Proz. In der Zeit von 1871—1880 beträgt er gleichmäßig 4,8 Proz. Es ist dies der höchste Durchschnitt überhaupt. Den tiefsten Stand mit 4 Proz. weisen die Jahre 1896—1899 auf. 1910 ist er wieder auf 4,2 Proz. ans gekommen.

Um zu zeigen, wie sich die Hypothekenzinssätze in den einzelnen Gebieten verteilen, geben wir in der Tabelle 20 Querschnitte der drei besonders charakteristischen Jahre 1875, 1897 und 1910. Die Sparkassen sind wieder in die vier Territorien eingeteilt. Der jeweils vorherrschende Zinssuß ist im Druck hervorgehoben. Es ergibt sich daraus solgendes: Im Jahre 1875 herrscht im allgemeinen der Zinssatz bor, nur bei der Gruppe der norddeutschen Bundesstaaten derjenige von $4^{1}/_{2}$ Proz. Im Jahre 1897 zeigt sich kein wesentlicher Unterschied

zwischen den bier Territorien. Allgemein ist der Zinssatz von 4 Kroz. vorherrschend. Dies ändert sich 1910. Westelbien und Süddeutschland neigen zu $4^1/_4$ Kroz., die beiden anderen Gebiete zu 4 Kroz.

Tabelle 20. Zinsfuß der Sparkassenhypotheken.

	ber Iffen Imt	Anzahl i	der Sp	artaj	jen m	it ein	em Z	insja	g von
	Zahl der beteiligten Spartaffen insgefamt	big 31/2°/0 3'/2°/0	37/4 0/0	4 0/0	41/40′0	41/20/0	43/4 0/0	5 0/0	über 31/2 ⁰ / ₀
		का क	1 20		4	4	4		7.7
		1875							
Oftelbien	26			2		5	1	16	2
Westelbien	39			2 2 5	_	11	2	24	<u> </u>
Norddeutsche Bundesstaaten Süddeutsche Bundesstaaten	19 15		_	ð		9	<u> </u>	5 10	!
· · · —	:					1 00			
Zusammen	99		-	9		26	7	55	2
		1897							
Oftelbien	38	i — 1	: 4	25	5	2	1		
Westelbien	52	_ 1	16	28	$\frac{5}{2}$	$\frac{2}{5}$	_	_	-
Rorddeutsche Bundesstaaten	22	- 3	3 7	13	2	1		_ 1	_
Süddentsche Bundesstaaten	20			11		1			
Zusammen	132	- 5	30	77	9	9	1	1	
		1910							
Oftelbien	41	} − −		19	13	8	1	_	_
Westelbien	58	_ ' —	_	13	24	21	_	_	
Norddeutsche Bundesstaaten Süddeutsche Bundesstaaten	23 23			12 4	10 16	1 3	_		_
			- i		63		1		
Zusammen	145	- -		4 8	69	33	1	_	_

Im vorstehenden konnte die Geschichte des Hypothekenzinsstüßes wenigstens in großen Zügen dargestellt werden. Material, das mehr ins einzelne geht, haben wir für Preußen erst für die neuere Zeit. Die Sparkassenstatistik teilt die Länd Lich en Hypotheken nach Zinssgruppen seit Mitte der neunziger Jahre mit, diesenige der städtischen Hypotheken erst seit 1908. Die Zinsgruppen sind auch nicht sehr glücklich gewählt, da alle Zinssähe zwischen 4 Proz. bis 5 Proz. vereinigt sind, so daß man die jeht wichtigsten Verschiebungen zwischen $4^1/_4$ Proz., $4^1/_2$ Proz. und $4^3/_4$ Proz. nicht versolgen kann (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21. Zinsfuß der Sparkassenhypotheken in Preußen.

ı. darunter	Zwischen 3 und 4%	311 4 º/o	Zwijchen 4 und 5%	3u 5%	Über 5%
	A. Etäb	tijohe H	ppothefen		
0.11	2.35	30,62	66.24	0,67	0.01
0,09		29,07	67,17	0,87	0.03
0.10		29,19	65,69	1,52	0,05
,		•		,	
		oliche H	npotheten.		
0.06	6.84	41.80	50.01	1.29	0,003
		35,50			0.003
	8.82	33.81			0,02
0.08	13.39				0,01
0.13			28.98		
			28.70		! —
					_
					_
		48,01			
	11.33	41.99			
0,07	18,49	47.72		1.10	·
80,0	33,17	49.66	16,33	0.76	·
0,07				0.68	_
0,09	33,39	51,64		1,18	_
0,08	25,11	55,18	18,17	1,44	0.01
0,11	13,47	57.97			0.01
0,10	11,30	56,65	29,37	$2,\!56$	0,02
	0,09 0,10 0,06 0,09 0,08 0,08 0,13 0,11 0,09 0,09 0,11 0,07 0,08 0,07 0,08 0,07	0,11 2,35 0,09 2,77 0,10 3,45 B. & α π π π π π π π π π π π π π π π π π π	0,11 2,35 30,62 0,09 2,77 29,07 0,10 3,45 29,19 B. & anblide & p 0,06 6,84 41,80 0,09 7,37 35,50 0,08 8,82 33,81 0,08 13,39 47,50 0,13 16,57 53,65 0,11 15,78 54,28 0,09 14,58 52,66 0,11 11,33 48,01 0,10 11,33 41,99 0,07 18,49 47,72 0,08 33,17 49,66 0,07 36,06 50,51 0,09 33,39 51,64 0,08 25,11 55,18 0,11 13,47 57,97	0,11	0,11

Der Zinssuß von 4 Proz. ist aber besonders ausgeschieden. In dieser Aubrik kann man am besten die Tendenzen des Hypothekenzinssußes versolgen. Im Jahre 1895 waren von den ländlichen Hypotheken 71 Proz., 1910 dagegen 48 Proz. mit höchstens 4 Proz. verzinslich, bei den städtischen Hypotheken dagegen ebenfalls 1910 nur 32 Proz.

In den einzelnen preußischen Provinzen herrschen natürlich hierin die verschiedensten Verhältnisse.

In der Tabelle 22 sind die städtischen und ländlichen Hypotheken zusammengefaßt und dann derjenige Anteil daran, der mit 4 Proz. verzinslich war, in Prozenten des Gesamtbestandes der Hypotheken berechnet. Das Material bezieht sich auf das Jahr 1909. Damals waren von den städtischen Hypotheken 29 Proz. und von den ländlichen 35 Proz. mit 4 Proz. verzinslich.

Tabelle 22.

Bon ihren Shpotheken hatten im Jahre 1909 zum Zinsfuß von 4 Proz. angelegt, im Berhältnis zum Gesamtbetrag ihrer Shpotheken:

Ostpreußen		24 Proz.
Westpreußen		1 6 ,,
Stadtkreis Berlin		25 ,,
Brandenburg		56 ,,
Pommern		70 ,,
Posen		22 ,,
Schlesien		60 ,,
Sachsen		60 ,,
Schleswig=Holstein		30 ,,
Hannover		48 ,,
Westfalen		8 ,,
Hessen=Nassau		48 ,,
Rheinprovinz		5 ,,
Hohenzollern		27 ,,
Zusammen Preußen .	$\overline{}$	31 Proz.

Durch auffallend niedrigen Hypothekenzinsfuß treten Kommern, Schlesien und Sachsen hervor. Bei Kommern war 70 Kroz., in den beiden anderen Provinzen 60 Kroz. aller Hypotheken mit 4 Kroz. verzinslich. Entgegengesett liegen die Verhältnisse in der Rheinprovinz und Westfalen, die nur 5 Kroz. bzw. 8 Kroz. solcher niedrig verzinszlichen Hypotheken aufzuweisen haben. Es solgen Westpreußen (16 Kroz.), Kosen (22 Kroz.) und Ostpreußen (24 Kroz.).

Die Zinsspannung.

Man spricht bei den Sparkassen von einem Passiv= und einem Aktivzinssuß, je nachdem es sich um den Zinssuß handelt, der für die Passivkapitalien (die Spareinlagen) gewährt wird, oder um den, der aus den Aktivkapitalien (den Anlagen) erzielt wird. Die "Zinssspannung" stellt die Differenz zwischen dem Aktiv= und dem Passiv=zinssuß dar. Der erstere muß in normalen Fällen der höhere sein.

Mit der Zinsspannung darf man nicht den "Überschuß der Aktibsinsen über die Kassinzinsen" ("Zinsüberschüsse") verwechseln. Nicht

allen Aktivkapitalien der Sparkassen stehen auch Passivkapitalien gegenüber, mit anderen Borten: die Sparkassen haben mehr Aktiv- als Passivkapitalien. Die Differenz stellt im wesentlichen den Reservesonds dar. Der Überschuß der Aktiv- über die Passivkzinsen umfaßt demnach außer dem Ertrag der Zinsspannung noch den ganzen Ertrag des Reservesonds.

Die "Zinsüberschüfse" betrugen bei den preußischen Sparkassen im Jahre 1910 92 Mill. Mt. Wiediel davon auf die Zinsspannung und wiediel auf den Reservesonds entfällt, läßt sich nur annähernd bestimmen, da das Erträgnis des Reservesonds nicht bekannt ist. Dersielbe ist vorzugsweise in Essekten angelegt, zum Teil aber auch in Hypotheken. Da die Essekten nach dem Vilanzwert — Kurswert am Jahresschluß, aber nicht mehr als Ankausswert — eingesetzt sind, darf man das Erträgnis des Reservesonds auf 4 Kroz., also bei 633 Mill. Mk. Reserven, zu denen noch etwa 10 Mill. Mk. "eigenes Vermögen" kommen, auf rund 25 Mill. Mk. schätzen. Die Zinsspannung trägt den Sparkassen also für sich allein 67 Mill. Mk. ein.

Die Zinsüberschüffe dienen in erster Linie zur Deckung der Berwaltungskosten $(20^{1})_{2}$ Mill. Mk. in 1910) sowie der Berluste. Der Rest steht zur Erhöhung des Reservesonds und als "Überschuß" zur Berfügung.

Die Zinsüberschüffe sind im wesentlichen abhängig von der Höhe der Zinsspannung. Die Zinspolitik der Sparkassen geht auf Erreichung oder Einhaltung einer gewiffen Binsspannung. Auf die Söhe derselben haben die Sparkaffen einen erheblichen Ginfluß, da fie den Paffibzinsfuß felbständig festseben und auch für die Sohe des Aktibzinsfußes, soweit es fich nicht um Effekten handelt, in gewissem Mage bestimmend sind. Allerdings sind die Sparkassen bei der Festlegung der Zinsfäße nicht selbständig. Ein zu niedriger Bassibzinssat kann die Entwicklung der Sparkaffe hemmen, fogar Rückfluffe herbeiführen. Rach oben bin hat der Bassivainssat seine Grenze in der Möglichkeit rentabler Kavital= anlage, d. h. er ist abhängig bom Aktivzinssatz. In der Bestimmung des Aktivzinssates sind die Sparkassen noch mehr beschränkt. Sie haben allerdings in vielen Gegenden das Monopol besonders auf dem Sypothekenmarkt. Man verlangt aber von den Sparkaffen, daß fie nicht nehmen, "was fie kriegen konnen", sondern daß fie fich hierin auf einer mittleren Linie bewegen.

Bezüglich der Effektenerträgnisse haben sie überhaupt nur in

geringem Maße die Möglichkeit, durch Wahl bestimmter Papiere das Zinserträgnis zu erhöhen. Sie können allerdings, wenn ihnen das Zinserträgnis der Effekten ungenügend erscheint, von weiteren Effektenkäusen absehen und statt dessen die Anlage in Hypotheken bevorzugen. Eine solche Änderung in der Art der Kapitalanlage kann allerdings nur allmählich wirken, sie kann im Lause der Jahre aber zu einer erheblichen Erhöhung des durchschnittlichen Aktivzinssatzes sühren, wie man umgekehrt von dem drohenden Sparkassengeset in Preußen, welches bermehrte Anlage in Effekten vorschreibt, für viele Sparkassen eine Berminderung des durchschnittlichen Aktivzinssatzes zu besfürchten hat.

Die Tabelle 23, welche nach dem Material der preußischen Sparkassenstatistik berechnet ist, zeigt, wie seit 1856 allmählich eine Berschiebung in den Anlagearten der Sparkassen vor sich geht. Seit 1856 ist der Anteil der Hypotheken unter den Aktivkapitalien von 43 auf 59 Proz. gestiegen. Bei den Bertpapieren ist die Beränderung nicht wesentlich. Der Zugang bei den Hypotheken ist auf Kosten "anderer Anlagen" erfolgt. Für die Zeit vor 1856 liegt kein Material vor.

Tabelle 23. Unlagen der Sparkaffen in Breugen.

Jahr	Sparkaffen	apitalien der in Preußen angelegt	Jahr	Sparkaffen	Rapitatien der n in Preußen 1 angelegt		
in Supotheten in Wertpapie			in Hypotheken	in Wertpapieren			
1856	43	28	1885	54	29		
$1860 \\ 1865$	47 51	$\begin{array}{c} 24 \\ 23 \end{array}$	$\frac{1890}{1895}$	54 54	$\frac{31}{30}$		
$1870 \\ 1875$	53 55	$\begin{array}{c} 23 \\ 24 \end{array}$	$\frac{1900}{1905}$	58 58	$\begin{array}{c} 26 \\ 26 \end{array}$		
1880	54	$\frac{24}{28}$	1910	59	$\frac{20}{23}$		

Wir kommen jest zu der Zinsspannung im einzelnen. Da wir den Durchschnittszinsfuß der Spareinlagen und der Sparkassenhypotheken seit 1820 festgestellt haben, können wir für diese Zeit auch die Zinsspannung zwischen beiden berechnen. In der Anlage 5 ist für die ganze Periode von 1820—1910 für jedes Jahr der jeweils häufigste Hyposthekenzinssuß dem in demselben Jahre häufigsten Einlagenzinssuß gegenübergestellt. Ein Stern neben der Zinszahl gibt an, daß der

nächst häufigste Zinssuß höher gewesen ist. Es zeigt sich deutlich, wie Aktiv- und Passibzins dieselben Kurven beschreiben, wie aber der Abstand zwischen beiden immer kleiner wird.

Eine genauere Berechnung enthält die Anlage 5. Dort ist auch gleichzeitig das Realzinserträgnis der preußischen Staatspapiere mitgeteilt, um auch die Zinsspannung hiermit feststellen zu können. Das Material hierzu ist entnommen der Geschichte des Zinssußes in Deutschland von J. Kahn (Stuttgart 1889) und dem Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen Teil IV, Berlin 1908, S. 20/21. Die Berechnungen beziehen sich immer auf dasjenige Papier, unter mehreren mit verschiedenem Nominalzinssuß, welches dem Paristand am nächsten kam.

Run sei bemerkt, daß die hierbei berechnete Zinsspannung für das tatsächliche Zinserträgnis der Sparkassen nicht in Frage kommt, denn die Tabelle enthält den jeweils geltenden Hypothekenzinssins bzw. das Realzinserträgnis der einzelnen Jahre. Der Fall liegt aber nicht so, daß die Sparkassen nun auch tatsächlich ihre Kapitalien sämtlich zu diesem Zinssas untergebracht hätten. Bei Hypotheken wird das wohl im allgemeinen auch zutreffen aus den früher angegebenen Gründen. Bei den Wertpapieren aber nicht. Das Realerträgnis der Wertpapiere, wie es hier nach dem Kurs der einzelnen Jahre dargestellt ist, kommt für die Sparkassen nur für die in dem betreffenden Jahre neu gekauften Papiere in Betracht, nicht aber sür den übrigen Bestand.

Die Zinsspannung, wie sie in der Anlage 5 a dargestellt ist, nach welcher wieder die Tabelle 24 berechnet ist, die das gleiche Material, aber im Durchschnitt zehnjähriger Perioden ausweist, zeigt aussichließlich, wie sich der Einlagenzinssuß zu dem der beiden wichtigen Anlagezinssüßen des gleichen Jahres stellt — mit anderen Worten —, wiediel weniger an Zinsen die Sparkassen den Sparern boten, als andere Anlagearten zur selben Zeit geboten hätten.

Verfolgt man die Zahlen in den beiden letten Aubriken durch die ganze Periode von 91 Jahren hindurch, so tritt alsbald eine ganz auffallende Erscheinung hervor, die sich mit einer geradezu gesetzmäßigen Gleichmäßigkeit mit minimalen Abweichungen durch die ganze Tabelle hindurch zieht. Es ist dies die allmählich e Verringe zung der Zinsspannung zwischen Einlagenzins und

Effektenzins. Von Jahr zu Jahr nähert sich der Abstand des Gin- lagenzinsfußes demjenigen des besten Staatspapiers.

Mit dem Hypothekenzinsfuß verhält es sich im wesentlichen nicht anders. Nur in den ersten Jahrzehnten entwickelt sich der Hypothekenzinsfuß entgegengesetzt dem Effektenzinsfuß, also auch dem Einlagenzinsfuß. Bon 1830 etwa ab gehen die beiden Aktivzinssätze im wesenklichen parallel. Die Zinsspannung mit dem Einlagenzins verringert sich fortgesetzt.

Tabelle 24. Der Durchschnitt der Passius und Attivzinssäge sowie der Zinssspannungen in zehnjährigen Perioden.

ber Spar≠ einlagen	der Hypothefen	ber Wertpapiere (Nealerträgnis)	Hypotheten= zinsfuß	Zinsfuß der preußischen Staatspapiere (Reale r träge)
3,8	4,5	4,89	0,7	1,1
$3,\!2$		3,83	1,2	0,7 0,6 0,8
3,4	4,6	4,13	1,2	0,7 0,6
3,5 3,2	4,5 4,1	3,73 3,44	1,0 0,9	0,2 0,2 0,2
	3,8 3,3 3,2 3,3 3,4 3,7 3,5	3,8 4,5 3,3 4,4 3,2 4,4 3,3 4,5 3,4 4,6 3,7 4,8 3,5 4,5 3,2 4,1	3,8 4,5 4,89 3,3 4,4 4,05 3,2 4,4 3,83 3,3 4,5 4,07 3,4 4,6 4,13 3,7 4,8 4,28 3,5 4,5 3,73 3,2 4,1 3,44	### Supports

Man kann hier geradezu vor einem "Gesetz der sinkenden Zinsspannung" reden.

Die bisherigen Berechnungen stützten sich auf den borherrsschenden den bzw. den durchschnittlichen Zinssatz bei sämtlichen Sparkassen. Es ist aber auch von Interesse, zu ersahren, wie sich die Zinsspannung für die Hypotheken bei den einzelnen Sparkassen stellt. Die Aktiv= und Passivzinssätze sind so verschieden bei den Sparkassen, daß man berechtigt ist, das gleiche auch von den Zinsspannungen anzunehmen.

Die Tabelle Anlage 6 enthält nun die Zinsspannungen in fünf Gruppen eingeteilt, für jedes zehnte Jahr auf die vier Territorien versteilt. Die Tabelle wurde in der Beise gewonnen, daß diese Zinssspannungen nach dem Fragebogen für jede einzelne Sparkasse berechnet und dann den entsprechenden Rubriken zugeteilt wurden. Die Tabelle 25

bringt hierbon eine Zusammenfassung. Die am häufigsten vorkommens ben Beträge sind durch Druck hervorgehoben.

Tabelle 25. Zinsspannung zwischen Spareinlagen= und Hypothekenzinssuß (Zahl der Sparkassen).

(Übersicht aus Anlage 6.)

Jahr	Bis 1/20/0	Über ½0/0 bis 1º/0	Über 1º/0 bis 1'/2º/0	Über 1½0/0 bis 20/0	Über 2%
1820 1830 1840 1850 1860 1870 1880 1890 1900 1910	1 2 4 7 7 19 22 23 41 45	29 11 19 23 33 46 74 72 73	$ \begin{array}{r} $	1 6 11 17 15 13 1	- - 1 1 1 - -

Während der ganzen Zeit von 1820-1910 war die vorherrschende Spannung nur $^1/_2-1$ Proz. Daneben kamen aber auch Spannungen bis über 2 Proz., wenn auch nur vereinzelt, vor. Beträge von über $1^1/_2-2$ Proz. sind besonders in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zahlreich vertreten. Seit 1900 ist aber der zweithäufigste Betrag der bis einschließlich $^1/_2$ Proz.

In den einzelnen Territorien hat sich die Entwicklung nicht einsheitlich vollzogen. Oftelbien hat eine entschiedene Neigung zu hohen Zinsspannungen. Bei den süddeutschen Staaten ist jetzt die verhältnis=mäßig größte Anzahl unter den geringsten Spannungen festzustellen.

Bis hierher handelt es sich ausschließlich um die Zinsspannung zwischen den jeweiligen herrschenden Zinssätzen.

Die preußische Sparkassenstatistik gestattet uns aber wenigstens für die Zeit seit Mitte der neunziger Jahre noch einen Schritt weiter zu gehen.

Sie teilt seitdem nicht nur den durchschnittlichen Passibzinsfuß, sondern auch den durchschnittlichen Aktivzinsfuß mit, der gewonnen worden ist durch den Bergleich der jährlich eingehenden Zinsen mit dem zinsbar angelegten Kapitalbetrag.

Schriften 137. I. 8

Durch eine Gegenüberstellung beider Zinssätze erhalten wir die reale Zinsspannung, welche die wesentliche Grundlage bildet für die Bruttoerträgnisse der Sparkassen (soweit nicht der Reservesonds und das eigene Vermögen in Betracht kommt).

Tabelle 26 teilt die durchschnittlichen Aktiv- und Kassivzahlen und die Zinsspannung mit für die Zeit seit 1894—1910.

Auch hier zeigt sich mit großer Deutlichkeit das "Gesetz der sinkensen Zinsspannung". Bon 0,80 Proz. ist die Zinsspannung mit ganz geringen Schwankungen auf 0,66 Proz. herabgegangen, also um ein volles Fünftel. In der Zeit bis 1900 belief sich die Zinsspannung durchschnittlich auf 0,77 Proz., für die spätere Zeit auf 0,69 Proz. jährlich.

Tabelle 26. Die reale Zinsspannung.

Jahr	Einlage	Unlage	Zins= spannung
1910 1909 1908 1907 1906 1905 1904 1903 1902 1901 1900 1899 1898 1897 1896 1895	3,50 3,49 3,35 3,29 3,28 3,28 3,31 3,39 3,42 3,30 3,23 3,21 3,27 3,33 3,33	4,16 4,16 4,07 4,00 3,97 3,99 4,02 4,08 4,12 4,04 3,99 3,95 3,99 4,05 4,11 4,13	0,66 0,67 0,72 0,71 0,69 0,71 0,71 0,69 0,70 0,74 0,76 0,75 0,78 0,78

Daß auch die reale Zinsspannung im Often und Westen von Preußen eine verschiedenartige sein muß, läßt sich nach den bisherigen Mitteilungen über die Aktiv= und Passidzinssätze in den beiden Gebieten erwarten. Deshalb sei hier in der Tabelle 27 eine Aufstellung mitgeteilt, welche die realen Zinsspannungen für Ost= und Westelbien für die Zeit von 1901 ab enthält. In Ostelbien sind sie beständig höher, und stellen sich durchschnittlich in diesen zehn Jahren 0,77 Proz. gegen 0,64 Proz. in Westelbien.

Tabelle 27.
Die realen Zinsspannungen in Ost= und Westelbien.

Jahr Ostelbien Westelbien

Jahr	Oftelbien	Westelbien
1910	0,78	0,63
1909	0.75	0,59
1908	0.75	0,59
1907	0,81	0,66
1906	0,78	0,68
1905	0,74	0,65
1904	0,78	0,73
1903	0,79	0,70
1902	0,76	0,62
1901	0,80	0,57

Die Berzinsungsarten.

Die Berzinsungsart der Spareinlagen hat im Laufe der Jahre wesentliche Underungen erfahren.

Früher war allgemein monatlich e Berzinsung üblich. Sie bestand darin, daß nur volle Monate verzinst wurden. Für den Monat, in welchem die Einlagen oder die Abhebungen ersolgten, wurden keine Zinsen vergütet.

Diese Berzinsungsart hatte den Nachteil, daß sie die Sparer verleitete, die Einzahlungen möglichst bis zum Monatsschluß hinauszuschieben, da ja doch für diese Zeit keine Zinsen verloren gehen konnten. In der Zwischenzeit wird manches Spargeld zu anderen Zwecken verwendet worden sein. Auch führte dieses Bersahren zu dem massenhaften Andrang der Sparer am Monatsschluß, der eine Berzögerung in der Absertigung mit sich bringen mußte und wohl manchen das Sparen verleidet hat. Anderseits hatte aber die monatliche Berzinsung für die Sparkassen — abgesehen von einem nicht unbeträchtlichen Zinsegewinn — das Gute, daß Depositengelder ferngehalten wurden. Bei der monatlichen Berzinsung konnte man nur seine Rechnung sinden, wenn man von vornherein beabsichtigte, die angelegten Gelder längere Zeit stehen zu lassen. Wer die in dem einen Monat eingezahlten Beträge im nächsten Monat wieder abhob, bekam überhaupt keine Zinsen. Ein Depositenderkehr war deshalb auf Sparkassendücher ausgeschlossen.

Gegen Ende des borigen Jahrhunderts begann man, diese Bers zinsungsart zu verbessern, indem man vielfach sogenannte "Respekts»

tage" einführte, mit der Wirkung, daß bei Rückahlungen in den letzten drei Tagen und bei Einzahlungen in den ersten drei Tagen des Monats doch die Zinsen für den laufenden Monat gewährt wurden.

Eine wesentliche Verbesserung bedeutete dies nicht, denn der Ansdrang in den letzten und ersten Tagen des Monats wurde dadurch nur gesteigert. Auch stellte sich für die Kasse ein Übelstand ein, der recht lästig war. Visher hatten sich die Einzahler am Monatsschluß und die Abholer am Monatsansang, also nach den Sinzahlern einzgestellt. In der Kasse sammelten sich dadurch die Gelder für die Absbewigen rechtzeitig an. Durch die Respektstage wurde dies aber geradezu umgedreht. Um Monatsschluß erschienen die Abheber und erst nachher, am Beginn des nächsten Monats, die Sinzahler.

Vielfach ging man alsbald dazu über, die Berzinsung nach halben Monaten oder nach Dekaden mit oder ohne Respektstage stattfinden zu lassen. Bon da bis zur täglichen Berzinsung war nur ein kleiner Sprung. Und doch ftieß diese bei den Sparkaffen auf den größten Widerstand. In der Zeitschrift "Sparkasse" und auf Sparkassentagen kam es noch vor wenigen Jahren zu lebhaften Diskuffionen über dieses Thema. Den wenigen Sparkassen, die in den ersten Jahren dieses Jahr= hunderts schon die tägliche Verzinsung eingeführt hatten, wurden heftige Vorwürfe gemacht. Man bezeichnete die Einführung der täglichen Ver= zinsung als Konkurrenzmanöver. Man erklärte, sie mobilisiere die Spareinlagen; die tägliche Berginfung bringe dem eigentlichen Sparer keinen nennenswerten Borteil, sondern nur denjenigen, die ihr Sparguthaben als Depositenkonto benutten, die Zahl eigentlicher Depositenkonten würde überhandnehmen und die Sparkassen den Charakter von Depositenbanken geben, die Steigerung des Berkehrs werde die Berwaltungskoften bermehren, die Mehrausgabe an Zinfen werde entweder die Überschüffe beeinträchtigen oder zu einer Ermäßigung der Binsen führen usw. Eine bedeutende preußische Sparkasse, welche die tägliche Berzinsung als eine der ersten eingeführt hatte, wurde veranlaßt, davon abzustehen und die frühere Berginsungsart wieder aufzunehmen, weil sonst die in derselben Stadt tätige große Privatsparkasse ebenfalls zur täglichen Berzinsung übergehen muffe, was für dieselbe einen erheblichen Ausfall an Überschüffen bedeuten würde, unter dem dann zahl= reiche gemeinnütige Anstalten zu leiden hätten!

Der Umschwung in den Anschauungen der Sparkassen zugunften der täglichen Berzinsung vollzog sich in den letten Jahren ganz plötz-

sich. Die drohende Geldknappheit im Jahre 1907 war vielsach die Veranlassung, nicht nur mit dem Zinssuß, sondern auch mit der Verzinsung dem Publikum mehr entgegenzukommen. Auch wurde seitens der Regierung in Preußen entschieden zur Einführung der täglichen Verzinsung gedrängt. In dem Ministerialerlaß vom 10. April 1909 wurde nur denjenigen Sparkassen die Einführung des Scheckverkehrs auf Sparguthaben sowie des Scheckverkehrs in Verbindung mit Depositens und Kontokorrentverkehr gestattet, welche die Spareinlagen täglich verzinsten, obwohl beides miteinander gar nichts zu tun hatte.

Heute liegen die Verhältnisse so, daß die tägliche Verzinsung die herrschende ist. Von den aufgeführten 51 der größten deutschen Sparstassen mit zusammen über 4 Milliarden Mt. Einlagen ist nur noch eine einzige, welche die tägliche Verzinsung nicht eingeführt hat.

Diese Entwicklung ist durchaus zu begrüßen. Die tägliche Berzinsung der Spareinlagen entspricht so recht dem Gedanken, daß dem Sparer für jeden Tag, um den er sein Geld früher zur Sparkasse bringt, oder um den er es später abholt, eine Belohnung in Gestalt einer Berzinsung zukomme. Allerdings führt die tägliche Berzinsung zu einem lebhasteren Berkehr auf dem Konto und damit zu einer Steigerung der Berwaltungskosten. Besonderen Borteil ziehen die Beamten daraus, die ihr Gehalt quartalsweise einzahlen und dann nach Bedarf abheben. Es handelt sich dabei nicht um eigentlichen Sparverkehr, sondern um Depositenverkehr, der auch schon früher in mäßigen Grenzen bestanden hatte. Wie start die Zunahme des Berkehrs durch die tägliche Berzinsung ist, läßt sich nicht feststellen. An der städtischen Sparkasse zu Göln mag hier gezeigt werden, wie sich die Entwicklung der Postenzahl vor und nach Einführung der täglichen Berzinsung gestaltet hat.

Geschäftsjahr	Gejamtzahl der Ein= und Rück= zahlungsposten für jedes Sparkassenbuch	Art der Berzinfung
1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909	2,5 2,6 2,7 2,9 3,1 3,2 3,5 3,6	nicht täglich """ "täglich """

Seit Einführung der täglichen Berzinsung ist die Postenzahl von 2,7 auf 3,6 für jedes Sparkassenbuch gestiegen. Es ist dies eine außersordentlich starke Steigerung. Wiediel davon auf die tägliche Berzinsung zurückzuführen ist, läßt sich allerdings nicht feststellen, denn auch die Jahre vorher weisen eine fortgesetze Steigerung des Berkehrs auf, die wohl auf wirtschaftliche Gründe und Berbesserungen im Sparverkehr zurückzuführen sind. Ein Teil der späteren Steigerungen wird allers dings auf die tägliche Berzinsung zurückzuführen sein.

Eine andere Zusammenstellung (Tabelle 28) ist den Monatssstatistiken der Zeitschrift "Sparkasse" entnommen. Die Zahlen geben die Einzahlungssund Rückzahlungsposten auf je 100 Sparkassenbücher für das erste Semester 1911 und 1912 an, und zwar sind es in beiden Jahren immer dieselben Sparkassen, auf welche sich die Zahlen beziehen.

Tabelle 28. Huf je 100 Sparkassenbücher entfielen:

Monat	E inzah	Lungen	Ni zahlu	
	1912	1911	1912	1911
Januar	17 12 10 12 10 10	18 11 11 11 10 9	8 7 7 8 8	8 6 7 7 8 7
Monatlich	12	10	7,5	7

Es zeigt sich hier, daß im ersten Semester 1912 monatlich im Durchschnitt auf je 100 Sparkassenbücher 12 Einzahlungen gegen 10 im Borjahr und $7^{1}/_{2}$ Kückzahlungen gegen 7 im Borjahr kamen. Diese Steigerung wird zum Teil auf die fortschreitende Einführung der tägslichen Berzinsung zurückzuführen sein, aber doch wohl nur zum kleinsten Teil, da bereits im Jahre 1911 die tägliche Berzinsung im wesentlichen durchgeführt war. Die Steigerung im übrigen wird auf Berbesserungen im Sparverkehr und andere unbekannte Gründe zurückzuführen sein. Birtschaftliche Gründe können hier kaum vorliegen, denn im alls gemeinen geht in diesem Jahr der Zustrom neuer Einlagen gegen das Borjahr zurück.

Wenn auch kein Zweifel daran möglich ist, daß die tägliche Ber=

zinsung zu einer Bermehrung des Spar verkehrs geführt hat, so steht noch nicht ohne weiteres sest, inwieweit dadurch auch die "Ersparnisse" eine Bermehrung ersahren haben. An sich bedeutet es im Sinn des Sparkassenwesens noch keinen wesentlichen Fortschritt, wenn jetz jemand monatlich einen Betrag in mehreren Posten einzahlt, während er ihn früher erst hat auflausen lassen, so daß er monatlich einmal alles zusammen einzahlte. Auch der jetzt recht rege Depositenverkehr der Beamten führt vielleicht jetzt auch nicht in stärkerem Maße wie früher zu dauernden Ersparnissen. Immerhin muß man der täglichen Bersinsung, die doch eine wesentliche Berbesserung der Spareinrichtungen darstellt, auch eine gewisse günstige Wirkung auf die Spartätigkeit zusschreiben, wie schließlich jede Berbesserung auf diesem Gebiete die Sache sördern muß, wenn man den Ersolg auch nicht sichtbar vor sich hat.

Es fragt sich nur noch, ob die tägliche Berzinsung ein Eindringen bankmäßiger Depositen in die Sparkassen verursacht hat. Wenn dies der Fall wäre, so würde es sehr zu bedauern sein, denn solche bank-mäßigen Depositen verlangen einen besonderen Grad von Liquidität, der wieder nur durch ein geringeres Erträgnis der Aktivkapitalien zu erkausen ist.

Schachner stellt zwar die hohen Spareinlagen im alls gemeinen auf die gleiche Stufe mit solchen Depositen, die in Krisenszeiten sich zu verflüchtigen streben. (Handwörterbuch der Staatswissensichaften S. 641 ff.)

Auch Rießer hat in seinem Werk über die Großbanken (S. 159) die Ansicht bertreten, daß ein Drittel der Spareinlagen solche Depositen seien.

Diese Ansicht ist nicht zutreffend. Gerade die hohen Einleger stellen das konservativste Element unter den Spareinlagen dar, wie sich schon aus der Seite 79 mitgeteilten Tabelle 6 ergibt. Auch in Krisenzeiten haben sie bisher sich besser bewährt, als die kleinen Einlagen. Dies hat sich erst kürzlich wieder bei der Marokkoaffäre gezeigt. Es ist hier nicht der Ort aussührlicher darauf einzugehen. Es sei nur auf die Untersüchungen des Verfassers in der "Sparkasse" vom 1. November 1911 sowie im "Bankarchiv" 1911, S. 348 ff. und S. 361 ff., hingewiesen. Bisher haben die hohen Einlagen bei den Sparkassen durchaus den Charakter von Daueranlagen gezeigt. Eine scharfe Probe haben sie im Jahre 1907 glücklich bestanden. Das plögliche massenhafte Auf-

tauchen bester mündelsicherer vierprozentiger Papiere zu Pari hat keine merkliche Rückwirkung auf die Sparkassen ausgeübt, obwohl diese damals noch einen besonders geringen Zinssuß (durchschnittlich 3.29 Proz.) auswiesen.

Damals hatte allerdings auch die tägliche Berzinsung noch keine wesentliche Bedeutung gehabt. Es fragt sich, ob inzwischen die Berhältnisse andere geworden sind. Dies ift nicht zu erwarten, denn die tägliche Verzinsung hat nicht die tägliche Källigkeit zur Folge. Die Sparkaffen wollen folche bankmäßigen Depositen gar nicht, sie sind sich sehr wohl dessen bewußt, daß für solche ihre Organisation gar nicht geeignet ist. Sie werden sie trot der täglichen Berzinsung fernzuhalten wissen. Das beste Mittel dazu bieten die langen Ründigungsfriften. Man hat zwar darauf hingewiesen, daß diese nur auf dem Papier stehen. Dies trifft aber nur für die kleinen und mittleren Beträge zu. Es gibt sehr wenig Sparkassen in Deutschland, die Beträge von 1000 Mt. oder gar einigen tausend Mark ohne Ründigung auszahlen. Die Sparkaffen find nicht geneigt, bei solchen Beträgen auf Einhaltung der Ründigungs= fristen, die bei solchen Beträgen in der Regel drei bis sechs Monate betragen, zu verzichten. Dies geht sogar so weit, daß es bisher nicht zu erreichen war, daß Sparkassen beim Übertragungsverkehr, also wenn es sich nur um Übertragung eines Guthabens wegen Wegzugs des Sparers auf die Sparkaffe des neuen Bohnfites handelte, auf die Ginhaltung der Kündigungsfrist verzichteten.

Unter diesen Umständen wird es den bankmäßigen Depositen nicht gelingen, in die Sparkassen einzudringen, trot der täglichen Berzinsung.

Insofern darf man annehmen, daß die tägliche Verzinsung keinerlei nachteilige Folgen für die Sparkassen haben wird.

Normaler und besonderer Zinsfuß.

Schon in den Anfängen des Sparkassenwesens kam es vor, daß neben dem normalen, im allgemeinen gültigen, Zinssatz, ein zweiter für solche besonderen Fälle bestimmt war, die entweder begünstigt oder aber weniger begünstigt werden sollten. Wohl zu allen Zeiten hat es Sparkassen mit solchen verschiedenen Einlagenzinssätzen gegeben. Die Regel war es, daß der höhere Satz bei den niedrigen Einlagen zur Anwendung kam. Man kann von einer "Meistbegünstigung der kleinen Einlagen" sprechen. Es kam aber auch schon früher der umgekehrte

Fall vor, daß der niedrigere Sat für die kleineren Ginlagen besitimmt war (vgl. bei Rürnberg S. 92).

In der letzten Zeit scheinen solche "besonderen" Zinssätze mehr in Aufnahme zu kommen. Die Tabelle Anlage 7 enthält in der vierten und fünsten Aubrik genauere Angaben über die besonderen Zinssätze einer größeren Anzahl von Sparkassen.

Man kann die besonderen Zinssätze je nach ihrem 3wecke in bersichiedene Gruppen teilen.

- 1. Der besondere Zinssatz ist höher als der normale.
- a) Hierhin gehören die besonderen Zinssätze für gewisse Klassen von Sparern, z. B. Mündel (Halle a. S., Königsberg), für Sparer aus der Stadt, deren Einlagen 500 Mt. nicht übersteigen, und welche dieselben in kleineren Beträgen bis zu 100 Mt. im Jahre eingezahlt haben (Duisburg), bei Einlagen bis 600 Mt. von Arbeitern, Handswerkern, Dienstdoten (Kreis Erefeld). In besonderer Form ist dieser Gedanke durchgeführt bei der Prämiensparkasse in Aachen 1.
- b) Für gesperrte Einlagen (Altona, Hamburger Sparkasse von 1827, Reue Sparkasse in Hamburg, Königsberg, Halle a. S.).
- o) Für Beträge, bei denen eine längere Kündigungsfrist vereinbart ist. Stets handelt es sich hier um höhere Beträge, bei kleinen Einslagen lassen sich die Sparkassen allgemein nicht auf solche besonderen Bereinbarungen ein. Die Grenze beginnt gewöhnlich bei 2000 Mk. (Cöln, Münster, Osnabrück, Kiel, Düsselborf u. a.). Bielsach erscheint hier für die auf längere Zeit festgelegten größeren Kapitalien der Zinssiuß von 4 Proz. Eigentlich liegt hier ein Bruch mit dem Prinzip der "Meistbegünstigung der kleinen Einlagen" vor. Die besonderen Zinssize dieser Gruppe passen schlecht zu dem Wesen der Sparkassen.
- d) Zur Ansammlung von Hypothekentilgungsbeträgen (Teltower Kreissparkasse, Städtische Sparkasse Würzburg). Es handelt sich hier nicht um eigentliche Spargelder. Eine Ansammlung von Hypotheken-tilgungsbeträgen auf Sparkassenbücher ist ein primitives Verfahren und ein ungenügender Ersat für Amortisationshypotheken. Bei diesen werden die Tilgungsraten stets mit dem Zinssuß der Hypothek verzinst, wosbei sich die Schuldner besser stehen. Es entspricht dies aber auch der Gerechtigkeit, daß für die abgetragenen Teile keine Verzinsung gesordert wird.

¹ Bergl. Kähler, Das Sparwesen im Regierungsbezirke Aachen, Untersjuchungen über bas Bolkssparwesen, Bb. I, S. 553 ff.

122 S. Reusch.

2. Der besondere Zinssatz ist niedriger als der normale.

Solche Sätze kommen vor für Einzahlungen auf kurze Zeit (Kiel, München). Früher waren sie häufig für die höheren Einlagen, für die vielsach ein niedriger Zinssatz galt. Unter den 51 großen Sparzkassen der Anlage 7 erscheint nur noch Mannheim mit einem niedrigeren Satz für Beträge bis 5000 Mk.

Technisch bereiten zweierlei Zinssätze große Schwierigkeiten. Es würde den Sparkassen z. B. nichts verschlagen, wenn sie alle Gutshaben unter 100 Mt. mit einem besonders hohen Zinssatz auszeichnen würden. Der Mehrbedarf an Zins für sie würde ganz minimal sein. Technisch ist dies aber nicht durchzuführen. Der Massenbetrieb einer Sparkasse fordert größte Einfachheit. Setzt man aber die Grenze hoch, also etwa 1000—2000 Mt., so muß man stets die Beobachtung machen, daß in großem Umfang Mißbrauch damit getrieben wird, so daß der Ersolg zum großen Teil illusorisch gemacht wird.

Sparprämien.

Die Sparprämien stellen ebenso wie die "besonderen Zinssätze" Bergünstigungen an besondere Gruppen von Sparern dar. Sie bilden eine gewisse Modifikation der Berzinsung. Insofern bilden sie einen Bestandteil der Zinspolitik der Sparkassen, sie gehören aber schon zum Grenzgebiet und sind mehr oder weniger zu den allgemeinen sparfördernden Einrichtungen der Sparkassen zu rechnen, die sich in den letzten Jahren in immer größerer Mannigsaltigkeit ausgebildet haben.

Sie follen deshalb hier nur turz erwähnt werden.

In der Zusammenstellung der Zinssätze von 51 der größten deutschen Sparkassen, wie sie in Anlage 7 enthalten ist, sind in der letzten Rubrik auch Angaben über die von diesen Sparkassen gewährten Sparprämien enthalten. Diese Liste ist natürlich keineswegs erschöpfend, da auch noch andere Sparkassen Sparprämien in irgendseiner Form gewähren. Die berschiedenen Systeme treten aber auch hier schon deutlich hervor.

Mehrere Sparkassen gewähren Sparprämien durch Einrichtung von Alterssparkassen. So verschieden auch die Organisation derselben sein mag, so haben sie wohl das gemeinsam, daß die Sparer sich verpflichten müssen, einen Teil der von ihnen ersparten Zinsen auf ein besonderes

Konto bei der Alterssparkasse abzuführen, das dann bis zu einem gewissen Lebensalter des Sparers (etwa 60 oder 65 Jahre) gesperrt wird. Die Sparkasse leistet dazu einen jährlichen Zuschuß. Die städtische Sparkasse in Franksurt a. M. führt dazu ein Drittel der Zinsen ihres Reservesonds ab, die städtische Sparkasse in Breslau verzinst die Gutshaben der Alterssparkasse mit 4 Proz., statt mit dem normalen Zinsssab von 3 Proz.

Undere Sparkassen gewähren Sparprämien an fleißige Sparer aus dem Stande der Dienstboten, zum Teil unter der Bedingung, daß diesselben längere Zeit bei ein und derselben Herrschaft gedient haben (Teltower Kreissparkasse, Schöneberg, Charlottenburg). Aber auch Sparer aus anderen Klassen der arbeitenden Bevölkerung werden Sparprämien gewährt, so an Arbeiter, Gesellen usw. (Münster, Cöln). Als Beispiel mag hier das Prämienshstem der städtischen Sparkasse in Cöln dienen. Dasselbe ist wie folgt ausgestaltet:

Boraussehung der Prämienzuteilung ist, daß der Einleger 1. seinen Bohnsit im Stadtbezirk Coln hat, 2. der arbeitenden Rlasse angehört oder angehört hat, und kein größeres Jahreseinkommen als 2000 Mk. besitzt, was er durch Vorlegung der Bersicherungsquittungskarte, des Steuerzettels, einer Berdiensthescheinigung, deren Beglaubigung berlangt werden kann, oder in sonst geeignet erscheinender Beise nachweisen muß, 3. nicht mehr schulpflichtig ist, 4. im letten Rechnungs= jahre seinen Einlagenbestand um mindestens 10 Proz. erhöht hat. In diesen Betrag werden die ordentlichen, nicht abgehobenen Zinsen des Rechnungsjahres eingerechnet. — Die Brämie besteht in der Erhöhung des ordentlichen Zinsfußes auf 5 Proz. bei einem Einlagenbestande bis 1000 Mt., auf 4,5 Proz. bei einem Einlagenbestande von mehr als 1000 Mt. bis 1500 Mt. dem Gesamtbetrage nach, auf 4 Proz. bei einem Einlagenbestande von mehr als 1500 Mt. bis 2000 Mt. dem Gesamt= betrage nach. Sie wird zu demjenigen Sate, der dem Söchstguthaben des letten Rechnungsjahres entspricht, berechnet, bis Ende Juni dem Ronto gutgeschrieben und, wie die ordentlichen Zinsen, schon bom 1. April an als Rapital mitverzinst. Sie endet mit dem Tage, an dem das Guthaben den Betrag von 2000 Mf. übersteigt und wird nicht gewährt, wenn das Guthaben schon bor der wirklich erfolgten Buteilung zurückgezogen worden ist ("Sparkasse" 1911, S. 362).

Im Rechnungsjahr 1910 sind rund 9000 Mk. als Sparprämien gezahlt worden.

Alls Sparprämien werden auch die Sparbücher bezeichnet, welche manche Sparkassen an alle Schüler beim Eintritt in die Schule verteilen lassen. Sie enthalten eine Einlage von 1 Mk., die auf gewisse Zeit gesperrt ist. So verfährt z. B. die Neue Sparkasse in Hamburg.

In letter Zeit scheint man sich seitens der Sparkassen besonders für Prämienverlosung zu interessieren. Bekannt ist das auf breitester Grundlage aufgebaute Scherlsche Prämienshstem, das heute in dieser Form wenigstens als erledigt gelten muß.

Den Grundgedanken, die Aneiferung zum Sparen durch eine Lotterie, haben einzelne Sparkassen aufgenommen. Als erste wohl die Kruppsche Fabriksparkasse in Essen. Es folgten die Kreissparkasse Elbing und die städtische Sparkasse in Posen. Die diesbezüglichen Bestimmungen der letzteren mögen hier als Beispiel angeführt sein:

Bestimmungen für die Einführung des Spars prämienshstems bei der städtischen Sparkasse in Bosen.

Zur Teilnahme werden männliche und weibliche Sparer der städtischen Sparkasse zu Posen zugelassen, welche in der Stadt Posen wohnhaft, als Handwerker, Gewerbetreibende, Angestellte, Beamte, Militärpersonen, Dienstboten oder Arbeiter tätig sind, und deren Ginskommen 2000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt. Zugelassen werden auch Ehefrauen solcher Personen, sosern nicht schon der Ehemann an der Prämienderlosung teilnimmt.

Es werden folgende Bedingungen festgefest:

Mindestens 12 Mk. im Jahre sind zu sparen, die in Teilbeträgen von 1 Mk. monatlich oder 3 Mk. vierteljährlich an die Sparkasse abzusühren sind, so daß sich das Sparguthaben im Laufe des Jahres um 12 Mk. ohne Zuschreibung von Zinsen gegen den Bestand am Schluß des Vorjahres erhöht.

Die Anmeldung zur Teilnahme hat jeweilig 14 Tage vor Beginn des neuen Rechnungsjahres bei der Sparkasse zu erfolgen. Über die Zulassung entscheidet der Sparkassendorstand nach freiem Ermessen. Im Monat April findet für das abgelausene Geschäftsjahr die Berslosung der Sparprämien statt.

Die zur Verlosung kommenden Prämien werden bis auf weiteres wie folgt festgesett:

Vor allem werden 3000 Mf. von der Sparkasse zur Verlosung bestimmt und dieser Betrag für je 1000 Teilnehmer, welche die Zahl 1000 überschreiten, um je 300 Mf. erhöht.

Die Prämien werden folgendermaßen lauten:

1 à 300
$$\mathfrak{Mf}$$
. = 300
5 à 100 ,, = 500
26 à 50 ,, = 1300
36 à 25 ,, = 900
3000

Die Zahl der Prämien à 25 MK. erhöht sich, wie vordem ausgeführt, entsprechend der höheren Anzahl der Teilnehmer.

Feder Teilnehmer erhält bei seiner Anmeldung ein Los. Die Losenummern werden der Reihenfolge der Anmeldung nach fortlaufend ausgegeben. Die Aummer jeden Loses wird auf dem Sparkonto des Teilnehmers notiert. Außerdem werden über die Teilnehmer zur Kontrolle Register geführt, welche

- 1. den Namen des Teilnehmers,
- 2. die Nummer des Sparkaffenbuches,
- 3. die Losnummer enthalten.

Vor der Verlosung prüft die Sparkasse auf den Sparkontis, ob der Teilnehmer die festgesetzten Bedingungen erfüllt hat. Wer die Besdingungen nicht erfüllt hat, dessen Los scheidet für die Verlosung aus.

Die Überwachung der Verlosung geschieht durch drei Mitglieder des Sparkassendes.

Die Gewinne werden den Sparkassenbüchern der Gewinner zugeschrieben.

Die gezogenen Nummern werden mit der Höhe des auf jede Nummer entfallenden Gewinnes durch Anschlag in der Sparkasse bekanntgegeben.

In welchem Umfang zurzeit bei den deutschen Sparkassen Sparprämien gewährt werden, ist nicht bekannt. Für das Jahr 1905 hat das Königlich Preußische Statistische Landesamt bei Gelegenheit der erwähnten Erhebung auch sestgestellt, welcher Teil der Überschüsse zu Sparprämien verwandt wird. In der Tabelle 29 ist das Resultat der Erhebung mitgeteilt. Es waren damals 436 270 Mk. Davon entsielen aber nicht weniger als 407 647 Mk. auf den "Nachener Berein zur Förderung der Arbeitsamkeit" und bestand in dem an die Prämien-

kassen gewährten Zuschuß. Es handelt sich dabei aber nicht um Prämien in dem vorstehenden Sinn, sondern um Gewährung "besonderer Zinsen" an gewisse Sparergruppen (vgl. S. 121). Davon abgesehen, bleiben noch an 30 000 Mk. für Sparprämien übrig (vgl. Zeitschrift 1907, S. 302).

Bon den Überschüffen des Rechnungsjahres 1905 wurden zu Sparsprämien berwandt:

Tabelle 29.

Provinzei	n:			
Ostpreußen .			660	Mŧ.
Westpreußen			1 450	,,
Berlin			_	,,
Brandenburg			5365	,,
Pommern .				"
Posen				,,
Schlesien .			17274	"
Sachsen			572	"
Schleswig-Hol	îte	in	2765	,,
Hannover .			200	,,
Westfalen .			337	"
Heffen=Naffau				,,
Rheinland .			$407\ 647$	"
Hohenzollern			_	"
ວຸດເຕັດ			 496 970	mx

Zusammen: 436 270 MK.

Größere Bedeutung haben bisher die Sparprämien nirgendwo erslangt. Die technischen Schwierigkeiten sind ganz erheblich, besonders wenn es sich um eine große Sparkasse handelt und die wirklich Würdigen herausgesucht werden sollen. Dies ist kaum zu machen. Die Prämien verlosung bildet hier eine ganz wesentliche Erleichterung. Sie bietet auch für die Sparer mehr Reiz wegen der Aussicht auf einzelne hohe Prämien. Ob diese so gewonnenen Ersolge aber dauernd sein werden, mag zweiselhaft sein. Immerhin kann wohl auch kein Schaden damit angerichtet werden. In Posen haben sich günstige Nebenwirkungen insofern gezeigt, als die Ausmerksamkeit der Bevölkerung, auch derzenigen Personen, die für die Berlosung nicht in Betracht kamen, auf die Sparkasse gelenkt und ihr der Wettbewerb mit anderen — oft recht unsoliden — polnischen Sparinstituten ersleichtert wurde.

Referbefonds und Überschüffe.

Zu den Faktoren, welche die Zinspolitik der Sparkassen beseinflussen, gehören die Rücksichten auf Stärkung der Reserven und auf zu erzielende Überschüsse.

Beide stehen in gewissen Beziehungen zueinander, denn wohl aus= nahmslos ist bei den deutschen Sparkassen das Vorhandensein von Reserven die Vorbedingung zur freien Verfügung über die Überschüffe.

Im allgemeinen gilt bisher bei den preußischen Sparkassen als Regel, daß der Reservesonds 10 Proz. der Spareinlagen betragen muß. Wenn er aber 5 Proz. der Einlagen erreicht hat, kann die Sparkasse über die Hälfte der Überschüsse, und nach Erreichung von 10 Proz. über die gesamten Überschüsse versügen. Abweichungen bestehen bei einigen Sparkassen besonders in den jüngeren preußischen Prodinzen. Ühnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Bundesstaaten.

Sine Vorschrift, welche die Sparkassen zwingt, auch tatsächlich allsjährlich dem Reservesonds neue Mittel zuzuführen, besteht wohl nirgends. Eine vorsichtige Geschäftsgebarung ersordert dies aber. Die allmähliche Vermehrung der Reserven, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch im Verhältnis der wachsenden Einlagen, ist selbstwerständliche Pflicht der Sparkassen. Die Ansammlung der Reservessonds erfolgt natürlich im wesentlichen auf Kosten des Spareinlagenzinsssusses. Übergroße Vorsicht kann zu einer Beeinträchtigung der Sparer führen, immerhin wird man dagegen nichts einwenden können, wenn hierbei lediglich die Vorsicht, und nicht etwa der Vunsch maßegebend ist, möglichst bald in die Lage zu kommen, über einen Teil der überschüsse verfügen zu können.

Die Zahl derjenigen Sparkassen, bei denen eine solche Rücksicht auf zu erzielende Überschüfse keine Rolle spielt, ist gering. Man kann sie in zwei Gruppen teilen, in solche, welche freiwillig, und solche, welche unfreiwillig auf Überschüfse berzichten.

Ju der ersten Klasse gehören wohl heutzutage nur ganz vereinzelte Sparkassen. Unter diesen steht an erster Stelle die große Württem = bergische Sparkasse, die mit einem Netz von 632 Kassen über ganz Württemberg verbreitet ist und für Ende 1911 einen Einlagen=bestand von 206 Mill. Mt. ausweist. Sie läßt grundsätzlich das ganze Erträgnis ihrer Kapitalanlagen den Sparern zugute kommen. Der Spareinlagenzinssuß beträgt bei ihr zurzeit 3³/4 Proz. Vor 1885 hatte

sie stets $4-4^1/_2$ Proz., in den Jahren 1820-1823 sogar 5 Proz. gewährt. Im Jahre 1885 war sie auf $3^3/_5$ Proz. herabgegangen und 1901 auf $3^3/_4$ Proz., also um ein geringes gestiegen. Der jetzige Zinssuß unterscheidet sich nicht mehr von dem anderer Sparkassen in Württemberg. Die städtische Sparkasse in Stuttgart und die Oberamtssparkasse in Ulm gewähren seit 1907 bzw. 1908 ebenfalls $3^3/_4$ Proz.

Die Sonderstellung der Bürttembergischen Sparkasse bezüglich der Überschüsse läßt sich übrigens aus ihrer historischen Entwicklung erstlären. Sie beschränkte früher ihren Birkungskreis ausschließlich auf die unteren Bevölkerungsklassen unter Beschränkung der Höchsteinlage. Überschüsse konnten da nicht in Frage kommen. Allmählich hat sich hierin aber eine Bandlung vollzogen, so daß heute kein wesentlicher Unterschied gegenüber anderen Sparkassen besteht. An einem möglichst hohen Zinssuß muß sie aber festhalten, da sie überall in Bürttemberg in scharfem Bettbewerb mit öffentlichen Sparkassen steht.

Größer ist die Zahl derjenigen Sparkassen, bei denen der Berzicht auf Überschüsse kein freiwilliger ist. Hierzu gehören besonders die jüngeren Sparkassen, welche Rücksichten auf etwa zu erzielende Überschüsse als aussichtslos ganz außer Betracht lassen und dementsprechend auch nur geringes Interesse an der Ansammlung von Reserven zeigen.

Man muß dies sehr wohl beachten, wenn man die Zinspolitik zweier Sparkassen miteinander vergleicht. Vielsach wird man sinden, daß die Gewährung hoher Einlagenzinsen auf Kosten des Keservesonds geschieht. Man kann hier oft geradezu von einer "wilden Zinspolitik" sprechen. Solche Sparkassen bilden natürlich nur Ausnahmen, wenn auch ihre Zahl keineswegs gering ist. Die größte Mehrheit aber ist bestrebt, ihre Keserven zu stärken, freilich nicht lediglich zur Förderung der Sicherheit, sondern auch in Kücksicht auf später einmal zu erzielende Überschüsse. Daraus erklärt es sich auch, daß die Zinspolitik der Überschußsparkassen im allgemeinen keineswegs den Sparern ungünstiger sein muß, als die derzenigen Sparkassen, die zurzeit noch keine Überschüsse aufzuweisen haben. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß die Sache oft sogar umgekehrt liegt.

Die Hoffnung, einmal in die Lage zu kommen, Überschüsse zu erszielen, fördert zweifellos die Ansammlung der Reservesonds. Diese Wirkung der "Überschüsse" ist aber auch die einzige, die man besdingungslos begrüßen kann.

Im Jahre 1909 gab es unter den preußischen Sparkassen 805 Kaffen

mit 6,7 Milliarden Mt. Spareinlagen mit Überschüssen, gegenüber 893 Sparkassen mit 3,6 Milliarden Mt. Einlagen ohne Überschüsse.

Man kann aber ohne Übertreibung behaupten, daß auch diese letzteren — mit Ausnahme derjenigen, welche unfreiwillig alle Hoffnung aufgegeben haben — auf die Erzielung von Überschüssen hinarbeiten.

Das Streben der Sparkassen nach Überschüssen ist ein allgemeines. Es besteht nicht nur bei den kommunalen Sparkassen, sondern auch bei den Privatsparkassen, bei denen "egoistische Zwecke", wie man sie den kommunalen Sparkassen vielsach vorwirft, kaum in Frage kommen. Auch bei den staatlichen Sparkassen liegen die Bershältnisse nicht anders. Die ausländischen Postsparkassen verzichten durchweg nicht auf Überschüsse. Überhaupt ist die allgemeine Absicht, Überschüsse zu erzielen, keineswegs auf die deutschen Sparkassen besschränkt. In Österreich liegen die Verhältnisse nicht anders, wie bei uns. In anderen Ländern scheint es ähnlich zu sein, wenn auch, wie z. B. in Italien, die Formen andere sind.

Aber noch weiter: Die Erzielung von Überschüffen seitens der Sparkaffen ist keineswegs eine Erscheinung der neueren Zeit. Sie ist saft so alt wie das Sparkassenwesen überhaupt.

Schon die preußische Verordnung von 1838, die grundlegend für das ganze Sparkassenwesen in Deutschland geworden ist, läßt überschüsse "zu anderen öffentlichen Zwecken" zu. Und wenn man die Namen der Städte übersliegt, die finanzielle Vorteile aus ihrer Sparkasse, dann entdeckt man auch solche darunter, denen man sonst keine Versäumnisse auf dem Gebiet sozialer Fürsorge vorwersen wird. Wan sindet unter den Überschußsparkassen auch solche, die in großzügiger Beise durch die verschiedensten Mittel auf die Förderung der Spartätigkeit hinzuwirken suchen. Es ist dies ein eigentümlicher Zustand. "Überschußpolitik der Sparkassen" ist ein Schlagwort geworden, ein Kampfruß gegen die heutige Geschäftsgebarung der Sparkassen. Die Bolkswirtschaftler, die sich mit den Sparkassen beschäftigt haben, voran Schachner, sind einig in ihrer Verurteilung. Man hat den Einzdruck, als ob das Bolksempfinden sich gegen die Gewinne der Sparkassen fräubte.

Auf der anderen Seite stehen die Sparkassenmänner, diejenigen, die das Steuer in der Hand haben. Überall und von jeher rechnen sie mit Überschüssen, man möchte sagen: Alle ohne Ausnahme. Wir stehen also einer Erscheinung gegenüber, über die man doch nicht so leicht

Schriften 137. I.

hinweggehen kann. Es bedarf einer gründlichen Prüfung, ob und ins wieweit sich die Erzielung von Überschüssen mit dem Zweck und Wesen der Sparkassen vereinigen läßt.

Vor allem kommt es darauf an, einmal die rechnerischen Grundslagen der Überschüsse nachzuprüsen. Es wird sich zeigen, daß man die Überschüsse nach ihrer Herkunst differenzieren muß, je nachdem sie aus den Einlagen der kleinen oder der großen "Sparer" oder aus den Reservesonds erzielt werden.

Die Berfunft der Überschüffe.

Wenn man die Literatur über die Überschüsse der Sparkassen überblickt, so sindet man das Gemeinsame, daß gerade hierbei von jeder Alassisierung der "Sparer" abgesehen wird. Durchweg erscheinen bei dieser Frage die Sparer als eine homogene Masse, als die Sparer dersjenigen Gattung, für deren Wohl zu sorgen heiligste Pflicht der Sparkassende mattungen sei. Immer wieder muß man feststellen, daß gerade in diesem Punkt ein Gegensah besteht zu dem Kapitel, in welchem über das Eindringen der Wohlhabenden in die Sparkassen gehandelt wird. Es pslegt dies von denselben Autoren als eine Entartung der Sparkassen angesehen zu werden, man verlangt, daß vor den Wohlhabenden die Türen geschlossen werden. Sie bedürfen der Sparkassen nicht, es wird als ein Mißbrauch bezeichnet, daß die Sparkassen auch ihnen immer allgemeiner ihre Dienste zuwenden.

Wenn man über die Überschüsse der Sparkassen urteilen will, darf man nicht übersehen, daß unsere Sparkassen längst nicht mehr nur für kleine Leute da sind, daß sie "den Sparkassengedanken in seiner ursprünglichen Reinheit" längst nicht mehr bertreten. Wenn auch der weitaus größte Teil der Sparer aus den unteren Schichten der Besdölkerung stammt, die Einlagen sehlst stammen in überwiegendem Maße aus ganz anderen Bedölkerungsklassen, aus Klassen, denen gegensüber die Sparkassen keineswegs zu solcher Fürsorge berpflichtet sind, wie gegenüber den "eigentlichen Sparern".

Die Tabelle 30 zeigt, ein wie großer Teil der Sparer und ihres Kapitals bei den preußischen Sparkassen im Jahre 1909 auf die einzelnen Größenklassen entfiel.

Je nachdem man die "kleinen Sparer" bis zum Höchstbetrag von

\sim		•		•	~		00
	•	h	٥			o	30.
~	u	v	ι	ŧ.	ŧ	L	ov.

Kontentlajje	Zahl der Sparkajjenbücher Stück	Gejamtbetrag der Einlagen Mt.
Bis 3u 60 Mf	3 545 238 1 691 061 1 499 062 1 751 951 2 156 173 992 723 638 058 87 995	$\begin{array}{c} 98770191 \\ 172961719 \\ 324801764 \\ 761660697 \\ 2096145144 \\ 2100740849 \\ 3250210027 \\ 1527403037 \end{array}$
Preußen	12 362 256	10 332 693 428

600 Mf. oder 1500 Mf. reichen läßt, stellt sich nach der Tabelle 31 das Verhältnis der kleinen Sparer zu den großen für Ende 1909 wie solgt:

Tabelle 31.

E r	fte Berechnu	πg	3 w e	ite Berechn	ung
Größen- tlasse	Zahl der Spar- kaffenbücher Stück	Betrag der Einlagen Mill. Mt.	Größen= klasse	Zahl der Spar- taffenbücher Stück	Betrag der Einlagen Mill. Mf.
1—600 Mf. über 600 "	8 487 000 3 875 000	1 358 8 974	1—1500 Mf. üb. 1500 "	10 643 000 1 719 000	3 454 6 878
Zujammen	12 362 000	10 332	Zusammen	12362000	10 332

Es mag hier dahingestellt bleiben, ob das Eindringen der großen Sparer in die Sparkassen gutgeheißen werden kann, man braucht auch nicht sestzulegen, bis zu welcher Höchstgrenze man die "eigentlichen Sparer" rechnen will, soviel darf aber nicht übersehen werden, daß die Hauptmasse der Überschüsse unter allen Umständen nicht von den "kleinen" Sparern aufgebracht wird.

Wer bereits ein Kapital von 1000 Mf. sein eigen nennt, ist nicht mehr auf die Sparkassen angewiesen 1. Ihm bieten sich auch andere mündelsichere Anlagemöglichkeiten in den bequemsten Formen. Nimmt er trotdem den Dienst einer Sparkasse in Anspruch — nicht nur ihre Arbeit, sondern auch die wichtige Garantie des betreffenden kommusnalen Verbandes — so kann er nicht verlangen, daß dies ohne Gegensleistung geschieht. Ein 1000-Mk. Sparer läßt von den $12^{1/2}$ Millionen

¹ Bgl. Reusch, Die Überschüsse der preußischen Sparkassen in "Ber-waltung und Statistik", 1911, S. 169 ff.

Sparern in Preußen (Ende 1909) nicht weniger als 10 Millionen hinter sich zurück. Er gehört schon zu der Klasse von Staatsbürgern, die große öffentliche Lasten zu tragen haben. Ein Mehr oder Weniger von $^{1}/_{4}$ — $^{1}/_{2}$ Proz. an Zinsen (also $2^{1}/_{2}$ —5 MK.) kann seine Existenz nicht merklich beeinflussen. Nun liegt die Sache aber keineswegs so, daß diese $2^{1}/_{2}$ bzw. 5 MK. seitenz der Sparkasse mit dem Einlagenkapital dieses 1000-MK. Sparers als Überschuß erzielt sein müssen. Dies ist vielmehr durchaus nicht ohne weiteres der Fall.

Man pflegt bei den Überschüssen der Sparkassen zu übersehen, daß diese nicht lediglich mit dem Kapital erworben werden, das die jezigen Sparer bei den Sparkassen angelegt haben. Außer diesem kommt nämslich noch weiter als werbendes Kapital der Reservesonds in Betracht. Die Reservesonds derzenigen Sparkassen, welche im Jahre 1909 Überschüsse abgeliesert haben, betragen etwa 450 Mill. Mk. Das Jinserträgnis der Reservesonds kann, da sie zum Teil in Hypotheken ansgelegt sind, auf 18 Mill. Mk. (4 Proz.) geschätzt werden. Die gesamten Überschüsse, die in dem genannten Jahre ausgeschüttet wurden, betrugen 23 Mill. Mk. Sie überstiegen also im Jahre 1909 keineswegs erheblich die Erträgnisse der Reservesonds.

Steht man auch auf dem Standpunkt, daß den Sparern das gesamte Erträgnis der Ein lagen kapitalien zukomme, so trifft das nicht
ohne weiteres auf dasjenige des Reservesonds zu. Denn dieser ist nur
zum allerkleinsten Teile aus den Erträgnissen der jetzt vorhandenen
Spareinlagen entstanden. Längst vergangene Generationen haben dazu
beigetragen, und zwar durchaus verschieden nach der Höhe der Einlage.
Die "kleinen" Sparer haben überhaupt nichts beigesteuert und die
"mittleren" nur dann, wenn sie der Sparkasse eine große Spanne Zeit
treu geblieben waren. Borzugsweise sind es die "großen" Sparer, denen
der Reservesonds zu danken ist.

Das ergibt folgende Berechnung.

Die Verwaltungskoften der preußischen Sparkassen betrugen im Jahre 1910 201/2 Mill. Mk. Verteilt man sie auf die 12,9 Millionen Sparkassenbücher, so entfällt auf jedes ein Kostenbetrag von rund 1,50 Mk. Eine solche Verteilung ist durchaus gerechtfertigt, denn für die Verwaltungskosten kommen fast nur die Kosten des Sparverkehrs in Vetracht. Hierbei kommt es lediglich auf die Posten handelt. Die Kapitalsaslage, bei der nicht die Posten, sondern die Veträge ausschlaggebend

sind, kommt für die Gesamtkosten nicht in Frage. Die aussändischen Postsparkassen pflegen die Kosten nicht nach der Zahl der Sparkassen> bücher, sondern nach der Zahl der "Manipulationen" zu berechnen. Danach würden gerade die kleinen und mittleren Konten die höheren Kosten berursachen, da sie lebhasteren Berkehr ausweisen, als die großen (vgl. Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts 1905, €. 172). Bei unserer Berechnung soll aber die gleichmäßige Kostenberteilung zugrunde gelegt werden.

Im Jahre 1910 zahlten die preußischen Sparkassen durchschnittlich an Einlagenzinsen 3,46 Proz. und bekamen aus ihren Kapitalanlagen 4,14 Proz. Die Zinsspannung betrug also 0,68 Proz. Mit anderen Worten: die Sparkassen verdienten an je 100 Mk. Einlagenkapital 68 Pf. brutto. Da aber jedes Sparkassenbuch 1,50 Mk. Verwaltungskosten verursachte, mußte es im Jahre 1910 mindestens eine Einlage von 225 Mt. enthalten, wenn sein eigenes Erträgnis neben den Ginlagen= zinsen auch die Rosten decken sollte. Bei allen geringeren Einlagen haben die Sparkassen also zusetzen müssen, sie haben ihnen Zinsen ge= währt, die sie mit denselben Kapitalien selbst nicht herauswirtschaften konnten. Die Sparkassenbücher bis zur Sohe von 225 Mk. machen an Zahl aber gerade die Sälfte aller Sparkassenbücher aus. Mithin haben die preußischen Sparkassen bei der Hälfte der Sparer aus anderen Mitteln zulegen muffen, um ihnen die Zinsen in der erwähnten Söhe gewähren zu können. Früher hat man diese Grenze der Rentabilität auf 150 Mt. berechnet. Da die Zinsspannung aber von Sahr zu Jahr geringer wird, rückt die Grenze immer weiter hinauf 1.

Run darf man nicht annehmen, daß von 225 Mt. ab für die Sparfassen ein Reingewinn absiele. Benigstens kein "Überschuß". Bon einem solchen kann erst die Rede sein, wenn der sür das betreffende Kapital zu bildende Reservesonds in Höhe von mindestens Proz. erreicht hat. Bie lange dauert es, bis mit einem Einlagenkapital außer den jährlichen Jinsen und Berwaltungskosten auch noch ein Reservesonds von 5 Proz. herausgewirtschaftet ist? Einlagen unter 225 Mt. kommen hier natürlich gar nicht in Betracht. Eine Einlage muß schon eine beträchtliche Höhe erreicht haben, wenn die Ansammlung in weniger als 10 Jahren vollendet sein soll. Bei einer Einlage von

¹ Reichert, Das Sparwesen in der Stadt Mannheim (Untersuchungen über das Bolkssparwesen, Bd. I, S. 540), berechnet die Grenze für die städtische Sparkasse in Mannheim auf 400 MK.

600 Mf. muß vor Erzielung von "Überschüssen" ein Reservesonds von 30 Mf. angesammelt sein. Bei einer Zinsspannung von 0,68 Proz. beträgt der jährliche Bruttogewinn 4 Mf. Davon gehen 1,50 Mf. an Berwaltungskosten ab, der Kest von 2,50 Mf. kommt zum Reservessonds. Erst in 12 Jahren sind die 30 Mf. angesammelt. Erst dann fällt von diesem Kapital ein Nettvüberschuß ab, der aber auch noch nicht ungeschmälert zur Bersügung des Garantiederbandes steht, da er zunächst zur Ergänzung der Berzinsung für die Einlagen unter 225 Mf. dienen muß, die nach der vorstehenden Berechnung selbst nicht in der Lage sind, die Zinsen voll aufzubringen. Bei einer Einlage von 600 Mf. sind also mehr als 12 Jahre nötig, bis die Sparkasse etwas daran "verdient". Die meisten Einlagen bleiben aber nicht so lange bestehen.

Die Lebensdauer der Sparkassenbücher ist erstaunlich gering. Ein Alter von 10 Jahren erreicht längst nicht die Hälfte der Sparkassensbücher. Jur Beurteilung der Frage, aus welchen Kapitalien die Reservesonds der Sparkassen stammen, d. h. wie weit die jetzigen Sparer dazu beigetragen haben, sei hier das Resultat einer von mir veranstalteten Untersuchung mitgeteilt, die im Jahresbericht der Sparkassen der Provinz Hessenschlau und des Fürstentums Waldeck sür 1910 (S. 10) wiedergegeben ist. Danach stellt sich das Alter der Sparkassenbücher wie folgt (Tabelle 32 und 33).

Man muß dabei berücksichtigen, daß die in der Tabelle angegebenen Jahlen für die Lebensdauer der Sparkassenbücher ein günstigeres Bild geben, als der Wirklichkeit entspricht, weil unter den noch be stehen = den Sparkassenbüchern auch alle die vergessenen vder aufgegebenen Bücher mit minimalen Guthaben enthalten sind, die ewig durch= geschleppt werden, und ebenso diejenigen nichtphysischer "Sparer", wie Stistungen usw., die anderen Regeln unterworfen sind. Man geht wohl nicht sehl, wenn man annimmt, daß höchstens ein Viertel aller Sparfassenbücher physischer Sparer ein Alter von 10 Jahren erreicht, daß also der weitaus größte Teil der Sparkassenbücher erst aus den letzten Jahren stammt 1.

Man darf wohl davon ausgehen, daß die jetigen großen Reservefonds der Sparkassen nur zum allerkleinsten Teil aus den Einlagen der

¹ Bergl. hierzu auch: Die Lebensdauer der 1910 laufenden Konten des "Aachener Bereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit" in Kähler, Das Sparwesen im Regierungsbezirk Aachen (Untersuchungen über das Sparwesen, Bd. I, S. 561 ff.).

Tabelle 32. Das		Durchschnittsalter ber	tsalter		Sparto	Spartaffenbücher.	der.					
		Bon je	10	100 in den einzelnen bestanden Ende des	einzeln Ende	en Rech	nungejo hungej	ıhren a ahres 1	Rechnungsjahren ausgegebenen Rechnungsjahres 1910/11 noch		Sparkaffenbiichern Bücher	biichern
		1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Regierungsbezirt Caffel		46 38 41	51 44	52 44 47	56 47 50	61 53 56		67 56 60	74 64 67	81 69 73	87 79 82	94 89 91
Auswärtige Sparkajfen: Sparkaffe in Bremen		 15%38	35 11 10	51 24 24	25. 25.		25 94 04	65 45 45 64	64 49 72	66 71 56	73 69 80 87	. 885
" "Main3		19 26	27	23.24	388	36 6 66 67 67 67 67 67 67 67 67 67 67 67 67 67 67 6			49 50	57 57 58	02 20 20	~~~ 2 % %
Tabelle 33.												
Martine of Court Court of the C	Bon	Bon je 100 im Jahre 1900 ausgegebenen Sparkassenstein wurden ganzlich zurückgezahlt in den Jahren	ım Zah	re 1900 zur	900 ausgegebener zurückgezahlt in	ebenen It in de	n Sparkassen den Jahren	fenbüch en	una na	den gär		311=
	1900	1901	1905	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	
	8,44 8,6,6,6	7,4,7 5,6	6,2 6,7 6,5	5,7 6,3 6,1	ಸ್ ಸ್ತರ್ ಸ್ತರ್	24,7.	5,1 5,9	4,9 5,2 1,7	4,5 7,4 6,6	4,4 3,4 4,4	4 დ დ გ დ	56 56 56
Auswärtige Sparkassen: Stabtische Sparkassen: """"""""""""""""""""""""""""""""""""	9,9 10,1 10,1 12,5 11,4	16,8 16,7 18,3 17,7	10,2 10,8 11,1 11,1 11,1	0 7 7 8 8 8 8 8 9 8	7,7,4,0 7,1,8,4,7	47.7.24.2. 6. 8.	4 & ~ 4 4 4 \$\tilde{\sigma} \tilde{\sigma}	ඔඔඔඔඔඔ4 ග්රැර්ගිබ්	သက္က တက္က တက္က ကို ထို	2008826 47114	12 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2	70 72 74 74 74

jetigen Sparer entstanden sind, und zwar um so weniger — auch relativ — je geringer die Einlagenhöhe der Sparkonten ist.

Nun entstammt der weitaus größte Teil der Überschüsse der Sparskassen den Erträgnissen des Reservesonds. Ohne diese gäbe es keine nennenswerten "Überschüsse". Darf man es da wohl "unsozial", "unsgerecht", "egvistisch" nennen, wenn die Sparkassen diese Erträgnisse nicht zur Erhöhung der Zinsen der jezigen Sparer verwenden, die sogut wie nichts dazu beigetragen haben, sondern der Allgemeinsheit zugute kommen lassen?

Wenn wir uns nun auf den Standpunkt stellen, daß die Sparer nicht verlangen können, daß die Sparkassen ihnen das Erträgnis der im wesentlichen gar nicht von diesen Sparern aufgebrachten Reserves fonds zukommen lassen, so kommen wir zu folgendem Resultat:

Eine Sparkasse, die Überschüsse abwirft, muß mindestens über einen Reservesonds von 5 Proz. der Spareinlagen verfügen. Rehmen wir nun an, dieser Reservesonds, der ja auch zum Teil in Hypotheken angelegt sein kann, werse ein Erträgnis von 4 Proz. ab. Ein solches Erträgnis würde aber einem Überschuß von 2 vom Tausend der Spareinlagen entsprechen. Verfügt die Sparkasse gar über einen Reservesonds von 10 Proz., so würde dessen Erträgnis einen Überschuß von 4 vom Tausend der Spareinlagen ausmachen.

Damit kommen wir zu dem Ergebnis, daß eine Sparkasse, die lediglich einen Überschuß von 2 vom Tausend erzielt, unter allen Umständen nicht den geringsten Gewinn aus den Spareinlagen selbst gesmacht hat. Selbst wenn sie das Doppelte erzielt, ist das gleiche möglich, nämlich dann, wenn sie über einen Reservesonds von 10 Proz. verfügt.

Eine Sparkasse kann also einen Überschuß von 2—4 vom Tausend der Spareinlagen erzielen, ohne daß dadurch die Sparer irgendwie besnachteiligt werden, ausgenommen, soweit sie selbst zu den Reservesonds beigetragen haben, was aber nur verschwindend gering ist.

Damit ist aber die Frage noch nicht erschöpft. Die Reservesonds sind ja nicht immer die alleinige Quelle der Überschüfse.

Es kommt auch in letzter Linie gar nicht auf den Nachweis an, daß die Überschüsse lediglich oder im wesentlichen auf den Erträgnissen der Reservesonds beruhen. Wan muß mit der Auffassung rechnen, daß die Erträgnisse der bestehenden Reservesonds doch eigentlich den Sparern an sich gebühren als Äquivalent dafür, daß sie auch wieder mit der

Verpflichtung belastet sind, zur Fortentwicklung der Reservesonds beisutragen. Dieses Argument ist freilich nicht durchschlagend, denn es führt dahin, daß die Sparer bei älteren Sparkassen, die bereits große Reservesonds angesammelt haben, besser gestellt werden, wie bei den zahlreichen jungen Sparkassen, die erst solche Fonds bilden müssen. Schon daraus ergibt sich, daß der Anspruch der Sparer auf die Ersträgnisse der Reservesonds sich nicht mit logischen Gründen besweisen läßt.

Die Bedenken, die man gegen die Erzielung von Überschüffen durch die Sparkassen äußert, resultieren in setzter Linie immer auf die Erswägung, daß den Sparern nicht das gewährt werde, was aus ihren Einlagen erzielt wird.

Es kommt nun darauf an, wen man unter den "Sparern" bersitehen will.

Wir haben früher die Sparer in drei Gruppen geteilt; in die kleinen bis 600 Mk., die mittleren bis 1500 Mk., und von da ab die großen.

Es ist nun nicht schwer zu beweisen, daß ohne das Hinzutreten der großen Sparer die Erzielung von Überschüffen überhaupt nicht möglich wäre, auch dann nicht, wenn man die Erträgnisse des Reservesonds mit verrechnet.

Man denke sich den Fall so, daß die preußischen Sparkassen über= haupt keine "großen Sparer" hätten, daß also die ganzen Einlagen ich ausschließlich auf die kleinen und mittleren Größenklassen in der jetigen Zusammensetzung berteilten. Dann würden die Berwaltungs= kosten so wachsen, daß die jezigen Überschüsse gänzlich aufgezehrt würden. Nach der Tabelle 31 stellt sich das Berhältnis der "großen" zu den übrigen Einlagen so, daß die ersteren fast das Doppelte der Einlagen, dagegen nur etwa ein Sechstel der Kontenzahl aufzuweisen haben. Run berechnen sich die Verwaltungskosten nicht nach den Be= trägen, sondern nach der Kontenzahl. Dies führt zu folgendem Resultat: Wenn der Gesamtbetrag der Spareinlagen sich lediglich auf kleine und mittlere Konten verteilte, dann würde die Zahl der Konten und damit auch der Betrag der Verwaltungskosten annähernd das Dreifache der jezigen Beträge ausmachen. Die Berwaltungskosten würden dann nicht 18 Mill. Mk., sondern vielleicht 40-50 Mill. Mk. aus= machen. Damit wären die Überschüffe längst aufgezehrt, einschließlich der Erträgnisse der Reservefonds.

Bielleicht ist die Grenze von 1500 Mk. zu niedrig gegriffen. Man kann aber berechnen, daß auch bei einer Hinausschiebung der Grenze auf 2000 Mk. das Resultat nicht wesentlich anders sein würde. Auch dann noch, d. h. wenn die gesamten Einlagen sich auf Konten innershalb 2000 Mk. der jezigen Jusammensezung verteilen würden, gäbe es keine wesentlichen Überschüsse.

Dabei sind allerdings nur die Durch schnitts zahlen zugrunde gelegt. Für jede einzelne Sparkasse berechnet, ändert sich natürlich das Resultat. Es ist hier ja auch nicht behauptet worden, daß die Überschüsse jeder einzelnen Sparkasse sich in billigen Grenzen hielten. Man muß, wie sich später zeigen wird, damit rechnen, daß bei der einen oder anderen diese Rechnung nicht zutrifft. Nicht bei allen Sparkassen haben die großen Einlagen das Übergewicht, wie bei dem Durchsschnitt für den ganzen Staat Preußen. Besonders in den östlichen Prodinzen gibt es zahlreiche Sparkassen, für welche die obige Besrechnung keineswegs so günstig ausfallen dürfte. An dem allgemeinen Urteil kann das aber nichts ändern.

Man denke sich den Entwicklungsgang der Sparkassen einmal in folgender Art. Ursprünglich waren die Sparkaffen zweifellos lediglich für die kleinen Sparer bestimmt. Man suchte die großen Ginlagen fern zu halten. Die Höchstgrenze war früher meist unter 1000 Mt. Erft in den letten Sahrzehnten gestattete man höheren Ginlagen, die im wesentlichen auch aus anderen Bevölkerungsklassen kamen wie bis= her, den Zutritt. Angenommen, man hätte diese größeren Einlagen gesondert verwaltet und etwa in jeder Sparkasse zwei Abteilungen gebildet "für eigentliche Sparer" und "für größere Einlagen", dann würde die zweite Abteilung eine ganz andere Rentabilität aufgewiesen haben als die erste. Man würde auch dem Garantieverband (Gemeinde, Rreis usw.) nicht berübelt haben, wenn er aus den Erträgnissen der 3 weiten Abteilung Gewinne gezogen hätte, nicht aber aus der ersten. Man würde es vielmehr als recht und billig betrachtet haben, wenn die Garantieverbände für die sämtlich wohlhabenden Einleger der zweiten Abteilung Verantwortung und Arbeit nur gegen angemeffene Entschädigung übernommen haben würden. Nun haben die Sparkaffen felbstberftändlich, als fie auch ben großen Ginlagen ihre Dienste zur Verfügung stellten, eine solche umständliche Trennung nicht borgenommen. Sie berrechnen alles in dieselbe Rasse. Damit darf man sie aber noch nicht für verpflichtet halten, nunmehr auch die Bewinne, die sie aus der zweiten Abteilung hätten ziehen können, den Sparern der ersten Abteilung zukommen zu lassen.

Homburger sagt im "Sparwesen" von Baden (Untersuchungen über das Bolkssparwesen, Bd. I, S. 350): "Die Sparkassen sollten bleiben, wozu sie ursprünglich errichtet wurden. Sie sollten nicht Erwerbse institute der Gemeinden werden, da sie sonst den sozialen Pflichten, die sie haben, nicht gerecht werden können."

Tabelle 34. Die Überschüffe in den Provinzen.

Provinzen	Brozent= fah der Überschüffe von 1909	Durch= fchnitt= Licher Zinsfuß	Berwal= tung3= toften in Proz. der Anlagen	Auf je 100 Einwohner entfallen Sparkajjens bücher	Auf ein Spar= taffenbuch entfallen Einlagen Mt.
Ostpreußen Sachsen Schlefien Westfalen Pommern Schleswig-Holstein	0,44 0,36 0,34 0,27 0,24 0,24	3,42 3,19 3,08 3,77 3,45 3,88	0,27 0,14 0,20 0,14 0,19 0,16	15 46 29 27 34 38	561 659 560 1545 853 1109
Durchschnitt	0,31	3,46	0.18	31	881
Westpreußen	0,21 0,21 0,20 0,18 0,15 0,14 0,13	3,41 3,64 3,60 3,55 3,15 3,53 3,61 3,06	0,28 0,17 0,15 0,20 0,19 0,23 0,27 0,23	18 27 42 40 39 33 14 37	666 1058 1008 741 618 718 759 441
Durchschnitt	0,17	3,44	0,21	31	751

Es ist dies ein Gedankengang, den man immer wieder antrisst, der aber der modernen Entwicklung der Sparkassen nicht gerecht wird. Die Sparkassen sind sich dessen wohl bewußt, daß sie durch die jezige Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit über die ihnen ursprünglich gesteckten Grenzen weit hinausgehen. Sie verdienen aber den Vorwurf nicht, den besonders Schachner immer wieder machte, daß sie deshalb ihre ursprünglichen Aufgaben nunmehr vernachlässigten. Die Sache liegt geradezu umgekehrt. Die neuen Aufgaben haben stets Schrittsmacherdienste sür die ursprünglichen getan. Dies ist beiden zum Vorteil geworden. Die Überschüsse resultieren aus dem Gebiet, das mit den

ursprünglichen Aufgaben nichts zu tun hat. Die Sparkassen, die sich besonders rühmen, ihrer ursprünglichen Aufgabe treu geblieben zu sein, wie die in einigen östlichen preußischen Provinzen und im Königreich Sachsen, find gerade diejenigen, welche den niedrigsten Zinssat aufweisen. Ordnet man die preußischen Provinzen nach der Höhe der durchschnittlichen Überschüsse wie in Tabelle 34, so findet man, daß hohe Überschüffe sich mit hohen Einlagenzinsen durchaus bereinigen lassen. Unter den sechs Provinzen mit besonders hohen Überschüffen befinden sich gerade die beiden Provinzen mit den höchsten Einlagen= zinsen (Westfalen und Schleswig-Holstein). Ja im Durchschnitt gewähren diese sechs Brobinzen höhere Zinsen als die übrigen acht Brovinzen mit geringen Überschüssen. Ein Kausalzusammenhang zwischen beiden besteht natürlich nicht, auch nicht zur vorletzen Spalte, welche die Zahl der auf je 100 Einwohner entfallenden Sparkassenbücher enthält. Durchschnittlich haben die Provinzen mit hohen Überschüffen genau die gleiche Sparerzahl aufzuweisen, als diejenigen mit geringen Überschüssen. Man kann aber doch daraus ersehen, daß eine bedenkliche Rückwirkung der "Überschußpolitik" auf die Spartätigkeit sich nicht nachweisen läßt.

Der Umfang der Überschüffe.

Das Urteil über die Bedeutung der Überschüsse ist im wesentlichen abhängig von ihrem Umfang.

Über den Umfang der Überschüsse der deutschen und besonders auch der preußischen Sparkassen sind wir durch die amtliche Statistik unterrichtet.

Die preußische amtliche Sparkassenstatistik teilt die Überschüsse seite dem Jahre 1877 mit. Sie verfährt dabei in der Weise, daß sie in jedem Jahre die Überschüsse für das Jahr mitteilt, in dem sie verwendet, nicht für das Jahr, in dem sie erzielt worden sind. Die betreffende Rubrik ist überschrieben: "Aus dem Reservesonds bzw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verswendet".

Die Überschüsse werden dann in doppelter Form mitgeteilt, einmal nach ihrem Gesamtbetrag seit Bestehen der Kassen und dann, was davon in dem betreffenden Rechnungsjahr verwendet wurde. Das hat zur

Folge, daß man, um die relative Höhe der Überschüsse zu berechnen, auch den Einlagenbestand aus dem Rechnungs vor jahre zugrunde legen muß. Richtiger wäre der mittlere Einlagenbestand dieses Vorjahres, doch kann man darauf wegen der Geringfügigkeit der Differenzen wohl berzichten. Bei der Reichsstatistik, wie sie das "Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich" seit 1903 jährlich bringt, ist nicht deutlich zum Ausdruck gebracht, ob es sich um die in dem betreffenden Jahre erzielten oder verwendeten Überschüsse handelt. Soweit darin die Angaben für Preußen enthalten sind, ist damit versahren, wie in der preußischen Statistik. Es darf deshalb angenommen werden, daß es sich auch bei den anderen Bundesstaaten um diesenigen Überschüsse handelt, die im Vorjahre erzielt sind.

Wenn im folgenden die prozentualen Beträge der Überschüffe mitsgeteilt werden, stellen dieselben das Berhältnis zu dem Einlagenbestand des Rechnungs vor jahres dar, da sie zu dem Bestande des Jahres, in dem sie verwendet werden, keinerlei Beziehungen haben.

Die preußische Sparkassenstatistik versährt allerdings nicht immer ebenso. In der Statistik für das Rechnungsjahr 1910 Tabelle U (Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts 1911, S. 442), die hier in dieser Beziehung unverändert als Tabelle 36 wiedersgegeben ist, werden die Überschüsse "in Hundertteilen des jedesmaligen Ginlagenbestandes" mitgeteilt, dabei ist das Jahr der Berwendung zusgrunde gelegt. Dadurch erscheinen die Berhältniszahlen etwas zu niedrig, nämlich 0,23 Proz. statt 0,248 Proz. Die Differenz ist aber so unbedeutend, daß von einer Umrechnung abgesehen wurde.

Die Tabelle 35 gibt die Überschüsse der deutschen Sparkassen nach der Reichsstatistik (Statistisches Jahrbuch 1912) wieder. Dort werden als Gesamtbetrag der Überschüsse für das Jahr 1909 — 38 891 000 Mk. ausgewiesen. Durchschnittlich haben die deutschen Sparkassen demnach im Jahre 1909 einen Überschuß von 2,62 Mk. auf je 1000 Mk. Einlage ergeben. Die preußischen Sparkassen rangieren unt er dem Durchschnitt sür Deutschland. Die Bahern und Sachsen erheblich über demsselben. Bei Württemberg fällt der ganz minimale Überschuß auf. Es ist dies vielleicht die Wirkung der Konkurrenz der Württembergischen Sparkasse, die, wie schon erwähnt, auf Überschüsse überhaupt verzichtet. Unter den Bundesstaaten mit besonders hohen Überschüssen treten einige thüringische Staaten hervor. In Schwarzburg-Sondershausen

Tabelle 35.
Die Überschüffe der öffentlichen und privaten Sparkassen in den beutschen Bundesstaaten im Jahre 1909.

	Guthaben ber Einleger im Jahre 1909 Mill, Mf.	Betrag der Überjchüjje aus 1909 Will. Mk.	Auf je 1000 Mt. Einlagen entjallen Überschüffe Mt.
Preußen	10 332,69	25,68	2,48
Bayern Sachsen Bürttemberg Baden Hecklenburg=Schwerin Größherzogtum Sachsen Mecklenburg=Streliß Olbenburg Braunschweig Sachsen=Meiningen " *Altenburg " Goburg-Gotha Anhalt Schwarzburg=Sondershausen " *Rubolstadt Balbect Reuß ä. L. Keuß j. L. Schaumburg=Lippe	568,54 568,54 1620,82 479,38 766,50 337,11 67,29 93,52 18,97 44,05 — 93,42 69,31 88,82 78,42 12,81 25,48 32,99 25,04 115,37 35,39 106,97	2,102 7,81 0,11 1,50 0,85 0,19 0,29 0,03 0,03	2,43 4,82 0,23 1,95 2,52 2,82 3,10 1,58 0,68
Lübecf	28,57 147,04 308,61 175,00	0,07 0,05 0,02 0,03	2,45 0,34 0,06 0,17
Deutsches Reich \begin{pmatrix} 1909 & \\ 1908 & \\ 1907 & \\ 1906 & \\ 1905 & \\ 1904 & \\ 1903 & \\ 1902 & \\ 1901 & \\ 1900 & \\ 1900 & \\ \end{pmatrix}	15 672,12 14 552,56 13 920,61 13 411,27 12 675,12 11 896,36 11 090,72 10 313,31 9 552,13 8 838,58	41,26 39,04 35,39 30,51 35,07 33,23 31,66 30,99 28,71 24,34	2,63 2,68 2,54 2,27 2,77 2,79 2,85 3,00 3,01 2,75

und Reuß ä. L. überschreiten die Überschüsse erheblich 1/2 Proz. der Spareinlagen gegen nicht ganz 1/4 Proz. bei Preußen.

Wenn auch in Preußen der Gesamtdurchschnitt der Überschüsse hinter dem Durchschnittssatz für Deutschland zurückleibt, so trifft dies nicht für jede einzelne Prodinz zu. In den Prodinzen zeigen sich diels mehr große Unterschiede, wenn auch — im Jahre 1909 — bei keiner Prodinz der Durchschnittssatz den 1/2 Proz. erreicht wird.

Aus der Tabelle 36 ergeben sich die Durchschnittssätze der Überschüsse für die einzelnen Provinzen, wie sie im Jahre 1909 erzielt, im Jahre 1910 verwendet worden sind. Die amtliche Statistik stellt diesen Überschüssen des einen Jahres den Gesamtbetrag der Überschüsse gegenüber, welche von den Sparkassen der betreffenden Provinz bis jetzt überhaupt abgeliesert worden sind. Man kann aus der letzteren Berechnung keineswegs ohne weiteres auf ein höheres oder geringeres Maß der Überschußpolitik schließen, da die Entwicklung der Sparkassen in den einzelnen Provinzen eine ganz verschiedene war. Immerhin ist diese Tabelle nicht ohne Interesse, sie soll deshalb auch hier gleichzeitig mitgeteilt werden.

Aus ben Binsüberichüffen murben für öffentliche Zwede verwendet in hundertteilen des jedesmaligen Einlagenbeftanbes Proving fett bem Befteben der Spartaffen bis 1910 Sahre 1910 5.66 0.44Oftpreuken . . . Westpreußen 3,49 0,21 Berlin 0,81 1,83 Brandenburg . . 0.15 4,16 Pommern . . 0,24 0,13 Vojen. . . . 2,36 5,04 0,34 Schlesien . 6.61 0,36 Sachsen . 0,24 Schleswig-Holftein . 4.00 0,20 Hannover 3,28 0,27 Westfalen . . . 4,62 Beijen-Raffau . . 2.99 0,14Rheinprovinz 0,21 4,04 3,71 Hohenzollern. 0,18

Tabelle 36.

Die höchsten Überschüfse haben im Jahre 1909 die Sparkassen der Provinzen Ostpreußen und Sachsen erzielt.

Im Staat . . .

3,97

0.23

¹ Zeitschrift 1911, €. 442.

Die bisherigen Tabellen brachten nur die Durchschnitts = beträge der Überschüsse. Diese gewähren aber keinen vollständigen Einblick in die Überschußresultate der Sparkassen, da, wie schon erwähnt, ein erheblicher Teil der Sparkassen nicht in der Lage ist, Überschüsse zu erzielen.

Der Durchschnittsbetrag der Überschüsse der preußischen Sparkassen erreicht nicht ganz $^{1}/_{4}$ Proz. der Spareinlagen. Das Bild ändert sich wesentlich, wenn man die Überschußsparkassen aus der Gesamtheit der Sparkassen aussondert.

Die amtliche Sparkassenstatistik gibt dazu aber nicht die Möglichskeit, da sie — auch wenn sie Einzelstatistik bringt wie für das Jahr 1909 — doch nicht die Überschüsse der einzelnen Sparkassen mitteilt.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Sparkassenberbandes erhält aber seit einigen Jahren auf ihren Antrag von den preußischen Regierungen genaue Aufstellungen über die einzelnen Sparkassen in Form von Tasbellen, wie sie auch dem statistischen Landesamt zugehen. Dieses Material für das Jahr 1908 bot die Möglichkeit, diese Lücke auszufüllen. Es hat als Grundlage für die nachfolgende Untersuchung gesdient.

Die Tabelle 37 gibt zunächst einen Überblick über die preußischen Sparkassen mit und ohne Überschüffe.

Von den 1698 preußischen Sparkassen des Jahres 1909 konnte also nur etwa die Hälfte Überschüfse aus dem Borjahre abliefern, nämlich 805 Sparkassen mit 6737 Mill. Mk. Einlagen, während 893 Sparkassen mit 3599 Mill. Mk. Einlagen ohne Überschüfse geblieben waren.

Die Tabelle 38 enthält die Angaben für die einzelnen Regierungssbezirke. Am Schlusse der Tabelle sind die Gesamtzissern sür ganz Preußen sowie für die beiden im Sparkassenwesen so verschiedenen beiden Teile, Ostelbien und Bestelbien mitgeteilt. Dabei ist zu Ostelbien die Provinz Sachsen und zu Bestelbien SchleswigsHolstein gesrechnet.

In der Tabelle 38 sind die Überschüffe in Berhältnis gesetzt zu dem Einlagenkapital derjenigen Sparkassen, welche an den Überschüffen beteiligt waren. Es war hierbei nicht zu umgehen, den "mittleren" Einlagenbestand dieser Sparkassen für das Jahr 1908 festzustellen, was natürlich nur schätzungsweise geschehen konnte.

¹ Vergleiche Zeitschrift "Berwaltung und Statistik" 1911: H. Reusch, "Die Überschüsse der preußischen Sparkassen".

Tabelle 37.

	Zahl der C	Sparkassen	der Sparfass	Spareinlagen en Ende 1909
Regierungsbezirke	mit Überschüffen	ohne Überschüsse	mit Überschüssen	ohne Überschüffe
	aus 1908	aus 1908	in Mi	a. Wt.
Rönigsberg	13	14	84,0	18,1
Bumbinnen	10	5	37,3	2,8
Allenstein	8	12	23,4	13,0
Danzig	.7	11	68,1	34,3
Narienwerder	15	16	83,8	23,5
Stadtfreis Berlin	99	2	200.9	356,6
Botsbam	23 21	$\begin{array}{c} 40 \\ 38 \end{array}$	308,3	257,2
Frantfurt a. O	$\begin{bmatrix} 21 \\ 23 \end{bmatrix}$	36 16	236,3 202,6	$\substack{146,8\\58.2}$
diellin	15	18	127.3	72.3
Stralsund	6	6	37.1	7.3
Bosen	25	3 <u>8</u>	51.8	80.3
Bromberg	- 7	19	36.1	49.6
Breslan	32	45	268.7	54.6
iegnit	33	$\overline{34}$	295,9	32.3
Oppeln	25	29	137,7	67,4
Nagdeburg	2 8	21	271,3	64,4
Nerseburg	40	32	405,2	61,6
ërfurt	14	7	127,5	18,1
Schleswig	122	88	558,7	124,5
jannover	15	13	158,7	137,2
hildesheim	22	17	164,2	83,3
uneburg	20	10	184,5	98,8
štade	26 11	14 19	136,5	51,8
Osnabrüct	17	4	$\begin{array}{c} 80,2\\56,7\end{array}$	54,9 16,4
Rünster	25	$2\overset{4}{2}$	302.0	103.3
Ninden	18	23	253.7	54.7
Irnsberg	70	60	722.2	242.0
affel	$\dot{24}$	$\ddot{3}\ddot{4}$	129.5	110.8
Biesbaden	6	$\tilde{21}$	40.0	241.0
oblena	10	14	96,3	63,5
Düffeldorf	60	113	611,3	506,8
öln	13	17	146,9	166,7
Crier	9	9	118,5	42.5
lachen	1 1	12	154,0	$82,\!5$
digmaringen	1		20,6	
Oftelbien	345	403	2802,4	1418,4
Bestelbien	460	490	3934,5	2180,7
štaat 	805	893	6736,9	359 9, 1

Es zeigt sich hier, daß der Durchschnittsbetrag der Überschüsse bei den Überschußsparkassen in Preußen 3,8 pro Tausend des mittleren Einlagenbestandes des Jahres 1908 ausmacht. Oftelbien hat 4,3 pro Tausend, Westelbien nur 3,4 pro Tausend erzielt. Es sei dabei darauf hingewiesen, daß der Einlagenzinssuß im Jahre 1908 in Oftelbien 3,19 Proz. und in Westelbien 3,69 Proz. betragen hat. In den Überschüssen besteht also eine Differenz von $^1/_{10}$ Proz. zugunsten von Oftselbien, im Jinssuß ein solcher von $^1/_2$ Proz. zugunsten von Westelbien. Der niedrigere Jinssuß hat also bei den ostelbischen Sparkassen nur zum kleinsten Teile die Überschüsse gesteigert.

In der Tabelle 38 waren nur die Durchschnittssätze für die Überschüsse der Überschußsparkassen gebracht worden. In der nächsten Tasbelle werden aber die Überschußsparkassen in fünf Gruppen, je nach dem Umfang ihrer Überschüsse, eingeteilt. Es fehlt die Gruppe dersjenigen Sparkassen, welche keine Überschüsse verteilt haben. Diese sind schon aus der Tabelle 37 zu ersehen.

Run ift folgendes zu beachten:

Die Tabelle 39 ift so übernommen worden, wie sie in dem ansgegebenen Aufsatz enthalten war. Die Angaben über die Überschüsse beziehen sich auf das Jahr 1908, in dem sie erzielt worden sind, diesenigen bezüglich des Einlagenbestandes aber auf das Jahr 1909. Richtiger wäre es gewesen, statt dessen den mittleren Einlagenbestand von 1908 als Maßstad zu nehmen, was aber aus technischen Gründen unterblieben war. Die Folge davon ist, daß hier einige Sparkassen möglicherweise in eine zu niedrige Aubrik eingereiht sind. Es kann sich aber nur um Differenzen handeln, die ganz geringsügig und ohne Einfluß auf das Gesamtresultat sind.

Die Tabelle 39 bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Zahl der Sparkassen, deren Überschuß 5 vom Tausend übersteigt, beläuft sich noch nicht auf 10 Proz. der gesamten preußischen Sparkassen und ihr Einlagenbestand hält sich nahe dieser Zahl. Nur unter dieser kleinen Anzahl kann man diejenigen Sparkassen suchen, deren Überschüsse möglicherweise das wünschenswerte Maß übersteigen. Man muß aber bedenken, daß gerade hierunter diejenigen Sparkassen sein werden, deren Reservesonds den 10 Proz. ganz nahe gekommen sind, so daß also an 4 vom Tausend vorweg als Erträgnis des Reservesonds in Abzug gesbracht werden muß, wie wir später sehen werden.

Tabelle 38.

Regierungsbezirte	Mittlerer Einlagenbestand in 1908 bei benjenigen Spartasien, welche in 1908 überichüsse erziett haben in Mill. Mr.	Betrag ber Überfchüffe in 1000 Mf.	Auf je 1000 Mt. Spareinlagen tommen Überfchüffe Wt.
Königsberg . Gumbinnen . Allenstein Danzig Warienwerder . Berlin . Potsdam . Frantfurt a. D. Setettin . Köslin . Stralfund . Broslau . Broslau . Breslau . Breslau . Brepeln . Wagdeburg . Oppeln . Wagdeburg . Griut . Schleswig . Sannover . Hildesheim . Küneburg . Annover . Buridesheim . Küneburg . Onnover . Buridesheim . Küneburg . Cannover . Buridesheim . Küneburg . Buridesheim . Küneburg . Buridesheim .	75 35 20 60 70 — 290 210 180 125 35 45 35 250 270 130 250 380 115 520 145 150 170 130 70 50 280 240 620 117 30 80 520 130 100 130 20	495 134 123 192 294 — 752 756 804 336 191 207 93 1 262 1 125 758 1 204 1 863 487 1 136 460 402 408 487 236 186 848 1 030 2 550 2 91 47 332 1 857 511 436 790 39	6,0 6,0 6,0 6,0 6,0 6,0 6,0 7,5 7,5 7,5 7,5 7,5 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0
Oftelbien	2575	11 076	4,3
Bestelbien	3502	12 046	3,4
Staat	6077	23 122	3,8

cabelle 39

		Es betru	gen bie	überfc	üffe au	betrugen bie überichuffe auf je 1000	Mark ber	11	Spareinlagen	e n
	unter	. 2 Mt.	über 2	über 2-3 Mt.	über 3	über 3—4 Mt.	über 4	4—5 Mt.	über 5	5 Mt.
Regierungsbezirke	bei Spar= taffen	mit Einlagen: bestand	bei Spar= faffen	mit Einlagen= bestand	bei Spar- faffen	mit Einlagen= bestand	bei Spars kaffen	mit Einlagen= bestand	bei Spar kaffen	mit Einlagen= bestand M:c M*
	(dungun)		(duguh)		(411gun)	With: Wit.	(dingula)		(dinguis)	will. wir.
Königsberg	2	8'8	П	1,1	67	2,5		1,8	2	74,8
Gumbinnen		l	7	11,6	တ	10,5	က	9,2	23	0'9
Allenstein	23	3,4	_	2,2	က	14,0	l	1	7	8,8
Danzig	2	91,0	23	14,1	-	2,0	-	7,2	1	13,8
Marienwerber	2	11,8	2	17,4	9	34,3	23	6,7	အ	10,6
Stadtkreis Berlin	1	I		1	1		١	1	1	1
Potsdam	4	137,3	9	46,0	ಸಂ	42,2	4	48,8	4	34,0
Franksurt a. O	9	118,6	အ	25,2	အ	13,0	က	42,0	9	37,5
Stettin	-	2,3	4	17,0	∞	133,8	4	20,0	9	29,5
Röslin	အ	41,0	4	25,0	9	55,5	63	2,8	I	1
Stralfund	-	3,1	1	1	-	15,9	23	0'6	23	9,1
Bofen	9	0'6	ဢ	5,3	∞	22,7	_	2,4	2	12,4
Bromberg	2	15,6	23	8,2	23	10,0	-	2,3	1	I
Breslau	အ	23,1	ဢ	21,6	v	8'66	7.0	32,5	16	7,16
Liegniß	9	102,1	2	17,2	ಸಾ	50,9	∞	60,1	12	65,6
Oppeln	2	11,4	2	14,1	9	43,7	ಣ	11,9	12	9'99

135,5	107,6	10,6	15,2	6'0	2,0	!	15,8	1	1	5,3	2,77	8,67	2,6	!	24,3	40,7	15,8	!	15,4	1	1,069	431,1	1133,2
<u>∞</u>	12	23	16	-	2	1	ဢ		1	1	4	12	1	1	ဢ	ಹ	က	1	-	İ	102	55	154
17,0	150,7	63,0	12,8	51,9	1	1	11,8		6,2	4,8	54,5	58,1	8,7	5,1	19,7	6'92	10,9	70,1	I	l	493,4	391,5	884,9
က	G	4	9	-	l	1	4		-	_	-	70	-	_	2	νc	1	ъ	l,		99	34	8.
23,3	67,5	0,12	75,5	9 9 98	42,5	19,0	53,7	45,1	38,2	9'26	24,4	320,2	8,8	1	16,9	193,5	29,4	32,4	1	_	9'799	1033,8	1696,4
4	6	အ	18	ဢ	ဢ	က	7	23	4	6	ಣ	53	အ	1	2	25	အ	69		١	08	211	197
32,3	43,4		203,0	31,5	82,8	116,4	51,9	21,4	12,3	181,0	59,2	230,1	55,3	i	1	158,5	0'62	Ì	1		301,7	1282,4	1584,1
.	νc.		37	æ	11	10	11	5	2	13	!	20	10	I	İ	17	2	1	1		24	153	00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00
63,2	36,0	32,9	252,2	8,78	36,9	49,1	3,3	13,7	!	13,3	37,9	34,0	54,1	34,9	35,4	141,7	8,11	16,0		20,6	645,6	792,7	1438,3
∞	νü	ъ	45	3.	9	2	-	4	İ	-	ಣ	4	6	τĊ	ಞ	∞	-	-	ļ	1	09	104	164
Magdeburg	Merfeburg	Erfurt	Schleswig	Hannover.	Hilbesheim	Lüneburg	Stade	Osnabrück	Aurich	Münster	Minben	Arnsberg	Caffel	Wiesbaden	Coblenz	Düffeldorf	Eöln.	Trier	Aachen	Sigmaringen	Oftelbien	Westelbien	Staat

Bei den schlesischen Sparkassen fällt die verhältnismäßig große Zahl der Überschußsparkassen der Gruppe "über 5 vom Tausend" auf. Eine nähere Untersuchung gerade dieser Sparkassen hat folgendes ergeben: Es betrugen die Überschüßse in Prozenten des "mittleren Einslagenbestandes" Ende 1908 im Regierungsbezirk Breslau 0,78 Proz., Regierungsbezirk Liegniß 0,81 Proz. und Regierungsbezirk Oppeln 0,98 Proz. Der Spareinlagenzinssuß betrug bei diesen Sparkassen, wie überhaupt in Schlesien 3 Proz., im Regierungsbezirk Oppeln einen Bruchteil höher. Die Sparer waren also bei diesen Sparkassen mit besonders hohen Überschüssen nicht anders gestellt, als die übrigen.

Die Entwicklung der Überschüffe.

Nehmen die Sparkassenüberschüsse zu oder nehmen sie ab? Die deutsche Sparkassenstatistik enthält nur das Material zurück bis 1900. Es ist in Tabelle 35 enthalten. Demnach betrugen die Überschüsse im Jahre 1900 = 24,34 Mill. Mk. und im Jahre 1909 41,26 Mill. Mk. Für Preußen lassen sich die Überschüsse bis 1877 zurückversolgen. Dasmals betrugen sie 3,60 Mill. Mk. Sie stiegen auf 26 Mill. Mk. im Jahre 1910.

Diese außerordentliche Steigerung der Überschußzahlen ist die Ursache zu den vielen harten Urteilen über die "Gewinnsucht" der Garantieberbände auf Kosten der Sparer. Nun zeigen die angegehenen Zahlen wohl eine ab solute Steigerung der Gewinne. Auf die absolute Höhe der Überschüsse kommt es aber nicht an. Die Spareinlagen der Sparkassen sind inzwischen ebenfalls gewachsen, und zwar mehr als die Überschüsse.

Man betrachte hierzu den Schluß der Tabelle 35, welche die Entwicklung der Überschüffe der gesamten deutschen Sparkaffen seit 1900 wiedergibt. Danach kamen 1900 auf je 1000 Mk. Spareinlagen 2,75 Mk., 1909 nur 2,63 Mk. an Überschüffen. Dabei hatte das Jahr 1900 einen besonders geringen Überschußbetrag aufzuweisen. Die Tendenz der Überschüffe, relativ zurückzugehen, zeigt sich von 1901 ab noch deutlicher.

Ein entschiedenes Herabgehen der Überschüsse im Verhältnis zum Einlagenbestand zeigt sich auch bei den preußischen Sparkassen. In der Tabelle 40 sind die absoluten und die Vergleichszahlen seit 1877 enthalten. In der Zeit von 1877—1889 beliefen sich die Überschüsse

Tabelle 40. Berhältnis der Überschüffe zu den Spareinlagen in Preußen.

Jahr	Betrag der Spareinlagen Mill. Mf.	Betrag der in dem betreffenden Jahre erzielten Überschüffe Mill. Mt.	Auf je 1000 Mf. Spareinlagen kommen Überschüsse Mill. Mk.
1877	1 301,41	3,66	2,81
_ 1878	1 385,39	5,26	3,79
- 1879	1 478,38	5,73	3,87
1880	1 594,62	5,91	3,70
1881	1 710,16	6,16	3,60
1882	1 821,17	5,78	3,17
1883	1 970,24	6,84	3,47
1884	2 114,88	7,15	3,38
1885	2 263,21	6,68	2,95
1886	2 470.44	7,01	2,43
1887	2 672.60	7,69	2,87
1888	2 889,27	8,81	3,05
1889	3 101,75	8,07	2,60
1890	3 281,57	7,40	2,15
1891	3 406,55	9,49	2,7 8
1892	3 551,71	11.21	3.15
1893	3 750,25	13,10	3,49
1894	4 000,67	12,86	3,21
1895	4 345,50	13,18	3,03
1896	4 655,62	13,54	2,90
1897	4 968,11	13.61	$\frac{2}{74}$
1898	5 287,24	12,82	2,42
1899	5 577,02	9,40	1.68
1900	5 745,79	13,33	2,32
1901	6 236,46	17,56	2,81
1902	6 727,71	19,37	2,88
1903	7 229,94	19,47	2,69
1904	7 761,93	20,38	2.62
1905	8 294,44	22,38	2,69
1906	8 788,39	18,87	2,14
1907	9 120,50	20,26	2,22
1908	9 571,38	23,12	2,41
1909	10 332,69	25,68	2,4 8
1910	11 106,79	26,41	2,37

jährlich durchschnittlich auf 3,14 auf je 1000 Mt. Spareinlagen. In der Zeit von 1890—1899 ging diese Zahl auf 2,72 und im letzten Jahrzehnt weiter auf 2,53 Mt. zurück. Die Differenz zwischen der ersten und letzten Periode beträgt nicht weniger als 0,61 vom Tausend.

Danach zeigen die Überschüsse der Sparkassen eine Entwicklung, die für diejenigen, welche die Sparkassenüberschüsse überhaupt ver= urteilen, nur erfreulich sein kann.

In Wirklichkeit ist das Resultat aber noch viel günstiger. Man pflegt nämlich folgendes zu übersehen:

Wenn man die absoluten Überschüsse mit dem Spareinlagenbetrag vergleicht, so berücksichtigt man nicht, daß immer nur ein Teil der Spareinlagen an den Überschüssen teilnimmt. Im Jahre 1908 waren es nach Tabelle 37 nur 6736 Mill. Mk. von den 9571 Mill. Mk. Gesamteinlagen. Die Zahl der beteiligten Sparkassen bleibt sich nicht Jahr für Jahr gleich. Unter normalen Verhältnissen wird sie vielmehr jährlich immer größer, da immer weitere Sparkassen die untere Grenze von 5 Proz. des Reservesonds erreichen und dadurch in das Stadium eintreten, in dem sie "Überschüsse" abwersen.

Jurzeit berteilen sich die Überschüffe in Preußen auf etwa zwei Drittel der Spareinlagen, in einer früheren Periode waren es vielleicht nur ein Halb oder ein Drittel derselben, welche einen Betrag aufsbrachten, der relativ zum damaligen Gesamteinlagenbestand sogar größer war wie in der letzten Periode.

Run liegt aber die Sache nicht so, daß die Jahl der Überschußssparkassen nur wachsen kann. Es kann vielmehr auch ein Abgang stattsinden, z. B. dann, wenn die Einlagen in einer so schnellen Auswärtsbewegung begriffen sind, daß der Reservesonds nicht in gleichem Tempo nachsolgen kann. Dann kann der Moment eintreten, daß eine Sparkasse keine Überschüsse mehr abwirft, weil der Reservesonds unt er 5 Proz. der Spareinlagen gekommen ist. Dasselbe kann aber auch als Folge der Kursverluste eintreten. Vor 1901 mußten die preußisichen Sparkassen die Kursverluste, wie alle übrigen Verluste, am Bruttogewinn abschreiben. Insofern wirkten sie auch direkt versmindernd auf die Überschüsse. Es zeigt sich dies in den Jahren 1899 und 1900 deutlich an den Überschußbeträgen.

Durch Ministerialerlaß vom 4. Februar 1901 wurde dies aber geändert, und zwar zur Erzielung einer größeren Gleichmäßigkeit in den Überschüssen. Es wurde nämlich den Sparkassen gestattet, Kursverluste zunächst auf den Reservesonds insoweit zu verrechnen, als dieser dadurch nicht unter 5 Proz. der Einlagen sinkt. Es ist nun klar, daß insolge der sast alljährlichen Kursverluste schließlich bei der einen oder anderen Sparkasse der Moment eintreten kann, wo der Reservesonds unter 5 Proz. sinkt und dadurch die Möglichkeit, Überschüsse zu erzielen, aushört. Diese letztere Konsequenz muß allerdings nicht bei allen diesen Sparkassen eintreten, da bei einigen Sparkassen besondere Vorschriften gelten. Anderseits gibt es auch Sparkassen, bei denen nach ihren Statuten ein höherer Reservefonds als 5 Proz. die Voraussetzung zu Überschüssen ist. Im Jahre 1908 haben 805 preußische Sparkassen Überschüsse von mehr als 5 Proz. der Einlagen hatten. Im allgemeinen sind aber die 5 Proz. maßgebend.

Tabelle 41. Zahl der Sparkassen, bei denen der Reservesonds betrug:

Jahr	über 5% bis 10%	Über 10%	Zusammen
1910 1909 1908 1907 1906 1905 1904 1903 1902 1901	781 782 764 682 743 751 748 725 688 667	104 109 124 93 107 153 168 205 209	885 891 888 775 850 904 916 930 897 850

Die Tabelle 41 enthält die Jahl der Sparkassen, deren Reserbesonds 5 Proz. überschritten hat. Sie läßt sich nach der amtlichen Statistik leider nicht über 1900 zurückversolgen. Es zeigt sich hier in den ersten Jahren ein starkes Steigen. Im Jahre 1906 ersolgt aber ein Sturz von 904 auf 850 und im nächsten Jahre weiter 775. In den beiden Jahren waren also nicht weniger als 129 Sparkassen unter die 5 Proz. Grenze gesunken. In dem Betrag der erzielten überschüsse hat sich dies übrigens nicht entsprechend gezeigt.

Die Wechselwirkung zwischen Kursberluften, Überschüffen und Dotierung des Reservefonds zeigt sich in der Tabelle 42.

Hier kann man sehen, wie vorzüglich der Reservesonds die Wirkung der Kursverluste von den Überschüssen abzulenken versteht. Die Jahre 1906—1907 brachten zusammen 130 Mill. Mk. Kursverluste. Die Überschüsse zeigen aber nur eine geringe Kurve nach unten. Der Aussall scheint höchstens 5 Mill. Mk. betragen zu haben, dagegen weisen die Reservesonds zum erstenmal seit Bestehen der preußischen Sparkassen einen Kückgang auf, und zwar von 38 Mill. Mk. für die beiden Jahre.

Die Reservesonds haben überhaupt um das Jahr 1890 herum ihren höhepunkt überschritten. Bon da ab zeigt sich ein starkes Zurückgehen im Berhältnis zu dem Einlagenbestand (vgl. Tabelle 43).

Tabelle 42.

Jahr	Rursverlufte	Überschüffe	Zuwachs (+)
	(—) oder Rurs=	(in dem be=	oder Abgang
	gewinne (+)	treffenden	(—) des Re=
	der Spartassen	Jahre erzielt)	fervefonds
1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910	$\begin{array}{c} -0.9\\ -8.2\\ +1\\ -15\\ -46\\ +0.6\\ +39\\ +39\\ -2\\ -3\\ -80.1\\ +36.5\\ -80.1\\ +36.5\\ -14.4\\ -7.9 \end{array}$	11,4 11,7 11,7 10,4 8,3 12,1 16,2 18,0 17,9 18,8 20,8 17,4 18,9 21,9 23,6	18,9 14,9 20,2 10,0 13,2 26,1 54,5 36,6 28,0 27,8 26,2 - 6 - 32 + 63 + 25 + 35

Tabelle 43.

Der Reserbefonds betrug bei den Sparkassen in Preußen Prozent des Einlagenbestandes am Schlusse betreffenden Rechnungsjahres:

Jahr	o/ ₀	Jahr	0,0
1839	3,67	1870	5,85
1845	4,26	1880	6,38
1850	5,31	1890	6,48
1855	4,90	1900	6,34
1860	5,72	1910	6,15

Dies scheint wieder darauf zu deuten, daß die Zahl der Sparkassen, die Überschüsse abwersen, sich verringern muß, daß sich der Gesamtsbetrag der Überschüsse also ständig auf einen immer kleineren Kreis von Sparkassen verteilt, daß also bei den beteiligten Sparkassen die Beslastung der einzelnen Sparer durch die Überschüsse eine größere gesworden ist. Die Tabelle 43 läßt eine solche Schlußsolgerung zu, zwingt aber nicht dazu, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß der Durchschnittsbetrag des Keservesonds zwar gesunken ist, daß er sich aber jetzt gleichmäßiger verteilt, so daß also ein größerer Teil der Sparkassen die 5 Kroz. Grenze erreicht haben könnte.

Auf diese Beise läßt sich also eine einigermaßen sichere Antwort nicht erzielen auf die Frage, ob die allmähliche Erleichterung der Überschüsse, wie sie die Tabelle 40 gezeigt hat, auch dann bestätigt würde, wenn es möglich wäre, statt der Bergleichung der Überschüsse mit dem Gesamtbetrag der Spareinlagen eine solche mit dem Betrag der Einlagen der Überschussenschussen seitraum vorzunehmen.

Es gibt aber doch einen Weg, genau festzustellen, ob die Steigerung der Überschüffe in den letten Jahren eine Mehrbelaftung der Sparer bedeutet. Man muß auf die Quellen der Überschüffe zurückgehen. Wie schon früher gezeigt wurde, sind diese zweierlei Art, einmal die Reservefonds und dann die Binsspannung. Die Erträgnisse der Reservefonds sind ständig gewachsen entsprechend dem Betrag dieser Fonds. Auch die Erträgnisse, die auf der Zinsspannung beruhen, haben sich fort= während vermehrt, tropdem die Zinsspannung, wie wir früher gesehen haben, sich ständig verringert hat. Durch die Erträgnisse der Reservefonds werden die Sparer gar nicht berührt. Ein Anspruch auf diese Erträgnisse steht den jetigen Sparern nicht zu, wie früher ausgeführt. Gin wesentlicher Teil der Steigerung der Überschüffe entfällt zweifellos auf die Reservefonds. Wenn man diese Voraussetzung aber auch nicht anerkennen will, so darf man nicht übersehen, daß die Reservefonds und damit ihre Erträgnisse im Berhältnis zu den Spareinlagen auch relativ zurückgegangen sind, daß also damit auch hierin eine Entlastung der Sparer eingetreten ift.

Zweifellos ist sie auf dem Gebiet der Zinsspannung eingetreten. Aus der Zinsspannung resultiert zunächst allerdings (ebenso wie beim Reservesonds) der Bruttoreinertrag. Bon diesem gehen aber nun ab die Berwaltungskosten und eventuell die Berluste. Beide Posten haben aber im Laufe der letten Jahre keineswegs eine Ermäßigung ersahren. Das Reinerträgnis, aus dem die Überschüsse zuletz stammen, ist prozentual zum Einlagenbestand geringer geworden, ganzallgemein, also wohl auch bei den Überschüßsparkassen. Können also auch die Überschüsse positiv sich erheblich vergrößert haben, so belasten sie jetzt die einzelnen Sparer nicht mehr in dem Maße wie früher. Die "Ausnutzung der Sparer" zugunsten der Garantieverbände (Gemeinden, Kreise usw.) geht ständig zurück. Die Frage, die wir ansangs ausgeworsen hatten, ob die Überschüsse zus oder abnehmen,

können wir nunmehr dahin beantworten: Die Überschüffe der Sparkaffen wachsen zwar im allgemeinen, im Berhältnis zu den von ihnen betroffenen Einlagen gehen sie aber zurück.

Die Bedeutung der Überschüsse für die Garantie= verbände.

Nach der preußischen Sparkassenstatistik verteilen sich die 25,6 Mill. Mk. Überschüsse der preußischen Sparkassen, die im Jahre 1910 zu öffentslichen Zwecken verwendet werden konnten, auf die einzelnen Gattungen der Sparkassen wie folgt:

	811	ian	11116	'n	25 680 100	m*
Bereins= und Privatsparkaffen .					2066676	,,
Provinzial= und ständische Sparka	issei	t.			466784	,,
Kreis= und Amtssparkassen					7690136	,,
Landgemeindesparkassen					975168	"
Städtische Sparkassen					$14\ 481\ 326$	M£.

Die Bedeutung, welche die Überschüsse für die Garantieverbände haben, ist durchaus verschieden. Für die Städte im allgemeinen besteuten die 14 Mill. Mt. nicht besonders viel. Anders für die Kreise. Für diese fällt ein Betrag von 7,6 Mill. Mt. mehr oder weniger schon ins Gewicht.

An den Sparkassenüberschüssen nehmen aber die einzelnen Städte und Kreise keineswegs in gleichem Maße teil. Ein großer Teil der Garantieverbände zieht zurzeit überhaupt keinen Ruten aus den Sparkassen. Eine Berechnung, welche diese Berhältnisse im einzelnen berücksichtigte, ist nach dem Material der Sparkassenstatistik nicht möglich.

Dagegen bot die vom Königlich Preußischen Statistischen Landessamt veröffentlichte "Finanzstatistik der preußischen Landkreise für das Jahr 1903" die Möglichkeit, die Bedeutung der Sparkassenüberschüsse der Kreissparkassen für die Kreisse näher zu untersuchen. Aus der in der "Sparkasse" 1909, S. 184 ff. und 288 ff. wiedergegebenen von mir bearbeiteten Untersuchung sei hier das in Betracht Kommende mitgeteilt. In der preußischen Sparkassenstätik sind die Kreissparkassen mit den Amtssparkassen zu einer Gruppe vereinigt. Bei der folgenden Untersuchung sind aber die Amtssparkassen ausgesondert, da ihre Übersschüsse nicht dem Kreis als solchem zusleißen.

Die Tabelle 44 gibt einen Überblick über die Zahl der Landkreise, der Kreissparkassen, dem Betrag der Spareinlagen, die Zahl der Übersichufsparkassen und die Überschüfse.

Tabelle 44. Die Überschüffe der Kreissparkaffen.

Provinzen	Zahl der Landfreise	Zahl der Arei&= ſpartassen	Darunter Areis= spartassen mit Über= schüssen	Überschüsse ber Kreis- sparkassen Mt.	Betrag ber Einlagen M£.
Oftpreußen	35 25	31 24	14 14	$\begin{array}{c} 121000 \\ 212000 \end{array}$	58 513 000 86 562 000
Brandenburg	31 28	20 23	4 9	$\begin{array}{c} 168000 \\ 228000 \end{array}$	214 703 000 139 164 000
Pofen	40 61	$\begin{array}{c} 33 \\ 46 \end{array}$	5 11	$124\ 000 \\ 351\ 000$	80 220 000 173 878 000
Sachsen	39 20	$\frac{30}{2}$	21 1	756 000 14 000	263 949 000 7 692 000
Hannover	69 38	38 19	20 16	$423\ 000$ $885\ 000$	261 444 000 272 488 000
Heinprovinz	38 61 4	$\begin{array}{c} 20 \\ \textbf{45} \end{array}$	19	39 000 7 39 000	57 625 000 320 552 000
Hönigreich Preußen .	489	331	138	4 060 000	1 936 790 000

Von den 489 preußischen Landkreisen verfügten 331 über Kreis= sparkassen mit 1,9 Milliarden Mk. Spareinlagen.

Von diesen 331 Kreissparkassen lieferten nur 138 Überschüsse ab, und zwar im ganzen 4 Mill. Mk.

Der Größe nach zerfielen die Kreissparkassen in folgende Klassen:

Ginlagen	Unzahl ber Kreis= Spartassen	Darunter folche, welche Überichüffe abgeliefert haben	Auf je 100 Kreis= fpartaffen kommen folche mit Überjchüffen
0 bis 1 Mill	41	4	9
	96	18	19
	135	77	57
	47	31	66
	12	8	66

Die Überschüfse der Kreissparkassen waren bei einigen Sparkassen recht unbedeutend. Bei 18 überschritten sie nicht je 5000 Mk., während sie bei fünf Kreisen mindestens 100 000 Mk. betrugen. Die Tabelle 45 gibt darüber eine genauere Aufstellung.

Tabelle 45. Es betrugen die Überschüsse der Kreissparkassen:

Provinzen	0 W.E.	1—5000 M£.	5—10 000 Mt.	10—25 000 Mt.	25—50 000 Mt.	50—100 000 Mt.	über 100 000 ME.	Zujammen Æreis= įpartajien mit Überichüjien
Ostpreußen Westpreußen Brandenburg Bommern Posen Schlesien Schleswig-Holstein Hannover Westsalen Hossing-Rassalen Hossing-Rassalen Hossing-Rassalen Hossing-Rassalen Hossing-Rassalen	17 10 16 14 28 35 9 1 18 3 16 26	7 4 - - 1 2 - 2 1 1	$ \begin{array}{c c} 2 \\ 3 \\ 1 \\ 1 \\ 2 \\ - \\ 4 \\ - \\ 2 \\ 2 \end{array} $	4 4 - 5 3 5 4 1 8 3 1 4	$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	- 2 1 1 1 4 - 2 6 - 4	- - 1 1 - 2 - 1	14 14 4 9 5 11 21 1 20 16 4
Rönigreich Preugen .	193	18	18	42	34	21	5	138

Die preußischen Landkreise sind nach ihrer Größe und Steuerkraft sehr verschieden. Wenn man die Bedeutung der Sparkassenüberschüsse für die Kreissparkassen würdigen will, muß man sie im Verhältnis zu dem Betrag der erhobenen Steuern und zur Bevölkerungszahl bringen. Dies geschieht in den Tabellen 46 und 47.

Es zeigt sich aus diesen Tabellen, daß die Sparkassenüberschüsse sür einen großen Teil der preußischen Landkreise eine wichtige Besteutung haben. Bei 50 Landkreisen bringen sie mehr als ein Viertel und bei 20 mehr als die Hälfte der Kreissteuern ein. In 27 Kreisen machten die Überschüsse der Sparkassen mindestens 1 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung aus!

Man kann in vielen Fällen deshalb von einer Abhängigkeit der Kreisfinanzen von den Sparkassenüberschüffen sprechen.

Noch deutlicher tritt die finanzielle Bedeutung der Sparkaffenüberschüffe in die Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß in den einzelnen Kreisen außer der Kreissparkaffe auch noch zahlreiche andere Sparkassen zu bestehen pflegen, wie Amts-, städtische und Land- gemeindesparkassen.

Tabelle 46.

Es betrugen die Überschüsse der Kreissparkassen in Prozenten der erhobenen Kreissteuern:

Provinzen	0/0 90	über 5 —10 º/o	10 - 25 %	25—50 %	50—100 %	über 100 %
Oftpreußen Westpreußen Brandenburg Pommern Posen Schlesien Schleswig-Holstein Hannover Westfalen Hespen-	$ \begin{array}{c c} 8 \\ 5 \\ -1 \\ -2 \\ 1 \\ -1 \\ -1 \\ - \end{array} $	5 5 1 3 2 4 1 5 -1	1 4 1 6 1 5 7 7 3 2 4	$\begin{array}{ c c c c c c c c c c c c c c c c c c c$	- - - - 2 - 1 5 - 4	- 1 - - 2 - - 1 - 4
Königreich Preußen	19	28	41	30	12	8

Tabelle 47.

Es betrugen die Überschüsse der Kreissparkassen auf je 100 Ein- wohner des Kreises:

Provinzen	0—10 ME.	10—25 W.E.	25—50 W.	50—100 ME.	über 100 M£.	Zusammen Areise mit Überschüssen
Oftpreußen Westpreußen Brandenburg Pommern Posen Schlesien Schleswig-Holstein Hannover Westfalen Schleswig-Kolstein Kestfalen Kestfalen	6 4 - - 2 2 - - 1 -	6 3 1 1 2 3 3 1 . 3 1 . 3	1 5 1 3 2 1 7 - 5 2 1 6	$ \begin{array}{ c c c } \hline 1 \\ 2 \\ 1 \\ 4 \\ 1 \\ 2 \\ 6 \\ \hline -6 \\ 4 \\ \hline -4 \\ \end{array} $	$\begin{bmatrix} - \\ 1 \\ 1 \\ - \\ 3 \\ 3 \\ - \\ 6 \\ 8 \\ - \\ 5 \end{bmatrix}$	14 14 4 9 5 11 21 1 20 16 4 19
Königreich Preußen .	15	31	. 34	31	27	138

Im Jahresbericht des Sparkassenberbandes für die Proving Hessen-Nassau und das Fürstentum Waldeck für das Jahr 1907 ist von mir eine Berechnung angestellt, wie sich die Überschüsse der sämtlichen in den einzelnen Landkreisen befindlichen Sparkassen zu den Beträgen der Staatseinkommensteuer verhalten. Dabei sind die Durchschnittsbeträge der Staatseinkommensteuer zugrunde gelegt, wie sie für die Jahre 1902—1906 im "Statistischen Jahrbuch für den preußischen Staat" (Jahrgang 1906) enthalten sind.

Danach stellt sich das Berhältnis für die Landkreise des Regierungsbezirks Cassel, wie in der Tabelle 48 angegeben. Es zeigt sich dabei, daß diese Überschüsse insgesamt die Hälfte der Staatseinkommensteuer erreichen können.

Tabelle 48. Das Berhältnis der Überschüsse der sämtlichen in dem betreffenden Areis gelegenen Sparkassen zu dem Betrag der Staatseinkommensteuer.

	Der Überschuß beträgt Prozent ber Staatseinkommen- fteuer in 1907
I. Regierungsbezirk Caffel.	
1. Rreis Sünfeld	53,9
2. "Kirchhain	
2. " Kirchhain	
4. " Frihlar	
5. ", Wolfhagen	
6. " Herefeld	32,5
7. ", Eschwege	30,0
8. " Ziegenhain	18,0
9. Frankenberg	17.5
10. " Schmalkalden	14,2
11. " Yeulda	13.8
12. "Wißenhausen	4, 8
13. " Hofgeismar	4,7
14. " Marburg	4,1
15. Stadt= und Landfreis Caffel	1,6
16. " " Hanau	0,9
17. Kreis Rinteln	<u> </u>
18. "Homberg	
19. "Geluhausen	
20. " Schlüchtern	
21. " Gerefeld	
22. "Rotenberg	
II. Regierungsbezirk Wiesbaden.	
1. Areis Biedentopf	33,5
2. Obertaunusfreis	6,0
3. Stadt= und Landtreis Frankfurt	3,6

Die Tabelle 48 hat gezeigt, welch außerordentliche Bedeutung die Sparkasseniberschüsse für die Kommunalfinanzen, besonders in ländslichen Gegenden haben können. Es ist offensichtlich, daß in manchen Kreisen und Gemeinden geradezu eine Abhängigkeit von den Sparkassensüberschüssen besteht, diese würden in die größte Verlegenheit kommen, wenn bei ihnen die Überschüsse in Wegfall kämen. Der Bevölkerung wäre damit auch nicht gedient. Die Möglichkeit steuerlicher Belastung hat ihre Grenze. Anderseits sind es doch auch im wesentlichen Kulturausgaben, welche diese Gemeinden und Kreise zu erfüllen haben. Die Gegner der Sparkassenschäusse sollten nun einmal einen Sinblicktun, was in einer kleinen Stadt oder einem Landkreis, die das Glückhaben, eine Überschüssenschässen, im Laufe der Jahre alles aus diesen Überschüssen geschaffen wird — was aber nicht zustande gekommen wäre, wenn die Gelder durch Steuern hätten aufgebracht werden müssen.

Tabelle 49.

Berteilung der aus dem Reservesonds bzw. den Überschüssen der Spartassen im Rechnungsjahre 1905 zu öffentlichen Zwecken verwendeten Gelber (Überschüsse).

Von je 100 M	ŧ. :	ber	i,	ü, n !	ber Pr	jd, eu	üj Ber	je" 1	' 1	vu	rben	verwendet
		fi	ir									in %
Armenpflege und Krantenpflege un Bertehrswefen . Bauwefen Unterrichtswefen Zwecke der Land Biehzucht Sparprämien Sonftige Zwecke	ιδ e§1	&	ejı tu	ini	o ĥe	:itš		e je	n			8,94 10,13 27,87 8,84 8,76 3,79 0,38 2,14 27,69

Die Tabelle 49, welche der preußischen Sparkassenstatistik (Jahrgang 1907) entnommen ist, gibt ein Bild von der Vielseitigkeit der Verwendung der Sparkassenüberschüsse. Diejenigen, welche die Sparkassensüberschüsse ködigkeitsanstalten, wenn nicht gar für die Sparer selbst, verwendet sehen möchten, werden hiervon wenig Befriedigung finden. Die Förderung der Sparkätigkeit ist nur mit 2,14 Proz. vertreten.

Schriften 137. 1. 11

162 Ş. Renjah.

Bisher war im wesentlichen nur von der Bedeutung der Sparskassenüberschüffe für die Landkreise und kleineren Orte die Rede.

Im Haushalt der Großstädte und der mittleren Städte haben sie nicht die gleiche Bedeutung. Der Etat dieser Städte ist wohl niemals abhängig von den Erträgnissen der Sparkasse. Wie schon die Sparkassenüberschüsse aber auch dort ins Gewicht fallen können, dafür mögen hier zwei Zeugnisse angeführt werden, die früheren Schriften des Bereins für Sozialpolitik entnommen sind, und zwar beide der Ershebung über die Gemeindebetriebe aus dem Jahre 1908.

In beiden Fällen werden die Überschüffe nicht in ihrer Rückwirkung auf die Interessen der Sparer, sondern in ihrer Bedeutung jür die Finanzwirtschaft der Stadt gewürdigt. Es wird ihnen hier eine Rosse zugewiesen, die sie selbst in den Augen der ausgesprochenen Gegner der Sparkassenüberschüffe als unter Umständen doch recht segensreich erscheinen lassen dürften.

In dem Berichte über die Gemeindebetriebe in Magdeburg heißt es:

"Eine ganz besondere Entwicklung hat endlich die Finanzwirtschaft der städtischen Sparkasse genommen, welche vielleicht als der bedeut= samste Überschußbetrieb der Stadtverwaltung bezeichnet werden kann. Diesen Namen verdient die Sparkasse nicht nur wegen der Söhe der durch sie der Stadt zur Verfügung gestellten Summen, die früher einzig und allein vom Gaswerk, seit der Übernahme des Elektrizitätswerkes auch bon diesem übertroffen werden, sondern auch wegen der Art der Berwendung. Denn die Überschüsse der Sparkasse fließen nicht un= mittelbar dem ftädtischen Etat zu, sondern werden den Satungen gemäß mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde "für gemeinnütige Zwecke" verwandt. Damit ist der städtischen Verwaltung die Möglichkeit gegeben, auch alle diejenigen Zwecke zu fördern, für welche Steuermittel nicht so leicht verwendet werden würden, insbesondere diejenigen Beranstaltungen, welche vielleicht über das Maß des unbedingt Not= wendigen hinausgehen, auf denen aber gerade im Leben des einzelnen, wie im Leben einer Stadt die Rultur beruht." (Landsberg, Die Betriebe der Stadt Magdeburg, Schriften des Bereins für Sozialpolitik, Bd. 129, 3. Teil, S. 33.)

Der Berichterstatter über die Gemeindebetriebe in Remscheid geht noch weiter. Er bemerkt bezüglich der aus den Sparkassenüberschüffen an einzelne gemeinnützigen Betriebe und Anstalten gewährten Zuschüsse:

"Ganz besonders verdient aber hervorgehoben zu werden, daß alle die in der Übersicht aufgezählten Zuschüffe auch weiter gewährt worden find, als in dem Haushaltsplan für das Jahr 1908 kein Sparkassen= überschuß eingesett werden konnte, weil das Betriebsjahr 1906 nicht Bewinn, sondern Berluft gebracht hatte. Darin liegt eben die große jozialpolitische Bedeutung der Sparkassenüberschüsse, daß mit ihrer Silfe sozialvolitische Ziele allmählich und fast ohne Kampf zu städtischen Aufgaben werden. In solchen Dingen macht erfahrungsgemäß meist nur die erstmalige Bewilligung einer dauernden Ausgabe durch die Gemeindevertretung Schwierigkeiten; steht sie als solche erft einmal im Haushaltsplan, dann ruft fie in späteren Jahren kaum je mehr auch nur eine Erörterung herbor. Die Erkenntnis von der 3medmäßigkeit hat inzwischen das ihre getan. Können aber erstmals die Mittel aus Überschüssen irgendeines Betriebes bewilligt werden, so erleichtert das die Neuerung fehr." (Buccerius, Die Gemeindebetriebe der Stadt Remicheid, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 129, 6. Teil, S. 58.)

Man sieht, daß unter den Händen unserer sozialgesinnten Stadtverwaltungen die Sparkassenüberschüsse eine hohe soziale Bedeutung
für die Allgemeinheit gewinnen können, und daß durch diese Art der
Berwendung alles das aufgehoben werden kann, was möglicherweise bei
der Erzielung der Überschüsse auf der anderen Seite versäumt worden
sein mag.

Unter diesen Umständen wird wohl keine Gesetzgebung es wagen, die Erzielung von Überschüssen aus den Sparkassenbetrieben zu vershindern oder wesentlich zu erschweren. Selbst die neueste staatliche Regelung des Sparkassenwesens, die des Königreichs Bahern (Grundsbestimmungen für die Sparkassen vom 1. Juni 1911), der Schachner einen besonderen sozialpolitischen Geist nachrühmt, hat die Sparkassensüberschüsse sanktioniert. Die betreffende Bestimmung, welche auch für die preußischen Sparkassen keine wesentliche Beränderung der jetzigen Berhältnisse bedeuten würde, lautet:

§ 4.

"Zur Ermittelung der Überschüsse ist für den Schluß jedes Rechnungsjahres ein Gewinn- und Berlustausweis aufzustellen. Als Überschüsse gelten die Beträge, die sich für das Rechnungsjahr nach diesem Ausweis als Gewinn der Sparkasse ergeben.

Die Verwendung der Überschüffe hat die Satzung im Rahmen nach- stehender Vorschriften zu regeln:

- 1. Hat die Sicherheitsrücklage 5 Proz. der Einlegerguthaben noch nicht erreicht, so sind ihr abgesehen von etwaigen Zuweisungen an eine Kursrücklage die gesamten Überschüsse ungeschmälert zuzuführen.
- 2. Nach Erreichung dieses Sates sind die Gemeinden und Distrikte berechtigt, einen allgemeinen Berwaltungskostenbeitrag zur freien Berfügung der Gemeinden oder Distrikte vorweg von den Überschüssen abzuziehen. Der Rest der Überschüsse ist nach Abzug etwaiger Beiträge zur Kurdrücklage zur Berstärkung der Sichersheitsrücklage zu verwenden.
- 3. Übersteigt die Sicherheitsrücklage 8 Proz. der Einlegerguthaben, so sind die Gemeinden und Distrikte zur weiteren Vermehrung der Sicherheitsrücklage nicht mehr verpflichtet. Nach Abzug des allgemeinen Verwaltungskostenbeitrages an die Gemeinden oder Distrikte und soweit nicht freiwillige Zuwendungen an die Sicherheitsrücklage und etwaige Veiträge an die Kursrücklage erfolgen, beschließen die Gemeinden und Distrikte über die Verwendung der Überschüfse. Sie dürsen diese aber nur in unmittels barem Interesse der Spareinleger, zur Förderung der Spartätigkeit, sowie zu Wohlsahrtss und gemeinnützigen Zwecken berwonden, zu deren Erfüllung sie gesetzlich nicht verpflichtet sind.

Der allgemeine Verwaltungskostenbeitrag kann bei einem Stande der Sicherheitsrücklage

- 1. von über 5 Proz. bis 8 Proz. der Einlegerguthaben auf 3 vom Tausend,
- 2. von über 8 Proz. bis 10 Proz. der Einlegerguthaben auf 4 vom Tausend,
- 3. von über 10 Proz. der Einlegerguthaben auf 5 vom Tausend der Einlegerguthaben festgesetzt werden, es darf jedoch, solange die Sicherheitsrücklage 8 Proz. der Einlegerguthaben noch nicht erreicht hat, die Hälfte der Überschüffe nicht übersteigen.

Mit aufsichtlicher Genehmigung dürfen die Gemeinden und Distrikte bereits bei einem Stande der Sicherheitsrücklage von über 5 Proz. der Einlegerguthaben bestimmte Teilbeträge der nach Abs. 2

3iff. 2 zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Übersichüsse zu den in Abs. 2 Ziff. 3 Schlußsatz genannten Ausgabezwecken verwenden.

Mit aufsichtlicher Genehmigung kann ferner im Falle des Abs. 2 3iff. 3 die Verwendung der Überschüsse und im Falle des Abs. 4 die Verwendung bestimmter Teilbeträge der Überschüsse auch zu anderen 3wecken der Gemeinden oder Distrikte erfolgen; diese Genehmigung seht jedoch voraus:

- 1. daß es sich um kleinere Gemeinden oder Distrikte handelt,
- 2. daß die Verwendung der Überschüsse zu gesetzlich nicht gebotenen Wohlfahrts= und gemeinnütigen Zwecken minder vordring= lich ist,
- 3. daß bei Einhaltung der Vorschriften in Abs. 2 Ziff. 3 und Abs. 4 eine Erhöhung der Gemeindes oder Distriktsumlagen eintreten würde, die den Nahrungsstand der Umlagepflichtigen gefährdet."

Auch in Preußen steht eine Neuregelung der Bestimmungen über Reservesonds und Überschüsse bevor. Sie soll im Rahmen des Gefetes, "betreffend die Anlegung von Sparkaffenbeständen in Inhaberpapieren", erfolgen. Sie wird im Prinzip den Sparkassen keine Erschwerung, sondern eine Erleichterung der Erzielung von Über= schüffen bringen. Es ist unter den Parteien anscheinend nur darin noch feine Einigkeit erzielt worden, inwieweit den Aufsichtsbehörden ein Einfluß auf die Art der Verwendung zugestanden werden foll. Die Garantieverbände in Preußen möchten eine solche Mitwirkung, die zur= zeit für die meiften Sparkaffen besteht, beseitigt haben, die Regierung icheint aber großen Wert darauf zu legen. Die Sparer an sich werden durch diese Frage kaum berührt, denn nach wie vor wird die Aufsichts= behörde nicht erreichen, daß die Überschüffe ganz oder auch nur zu einem wesentlichen Teil zugunften der Sparer felbst wieder verwendet werden. Man könnte deshalb ruhig den Verwendungszweck frei geben, vielleicht nur das borbehalten, was Berfasser dieses auf dem Sparkassentag für die Provinz Sessen-Nassau in Frankfurt a. M. im Jahre 1906 vorgeschlagen hat 1, daß das Verfügungsrecht der Garantie= verbände über die Überschüffe davon abhängig gemacht werde, daß die Einrichtungen der betreffenden Sparkasse dem entsprechen, was man

¹ Jahresbericht 1906, S. 25.

166 Heuich.

nach dem jeweiligen Stande des Sparkaffenwesens als ein gewiffes Mindestmaß von sparfördernden Einrichtungen erwarten kann.

Wenn man übrigens in den beiden, im Wortlaut mitgeteilten bortrefflichen Aussührungen von Landsberg-Magdeburg und Buccerius-Remscheid zwischen den Zeilen zu lesen bersucht, so gewinnt man den Eindruck, als ob unter Umständen die Stadtverwaltungen ein gewisses Aufsichtsrecht der Staatsbehörden bezüglich der Berwendung der Überschüsse eine willkommene Rückendeckung sein würde, indem dadurch die Durchsetzung einer Berwendung dieser Gelder in der dort bisher üblichen Art gegenüber den Gemeindevertretungen erleichtert würde.

Bei der Frage der Berwendung der Überschüsse darf man übrigens nicht vergessen, daß die Schaffung von sparfördernden Einrichtungen gar nicht von den Überschüssen abhängig ist. Sie lassen sich alle im Rahmen der Berwaltungskosten tragen, wie z. B. die Kosten des Ab-holungsversahrens, der Schulsparkassen und., oder aber sie fallen unter Zinsausgaben, wie die Sparprämien und dergleichen. Bon denen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, ist dies meistens verkannt worden. Das kann zu recht bedenklichen Konsequenzen sühren. Es ist ganz zweisellos, daß die Einrichtung von sparfördernden Waßnahmen ganz unabhängig von Überschüssen erfolgen kann. Es zeigen dies zahlereiche Sparkassen, die vortresstliche Einrichtungen haben, ohne jemals überschüsse erzielt zu haben. Besonders pslegen sich darin die neu ges gründ eten Sparkassen, die kortressellen, die teils aus löblichem sozialem Streben, teils auch im Konkurrenzkampf ihre Einrichtungen so vollkommen wie möglich zu gestalten suchen.

Wenn Sparkassenüberschüsse einmal erzielt sind, dann fällt eine Erörterung über die Art der Berwendung eigentlich nicht mehr in das Gebiet des Sparkassenwesens. Die Schaffung sparkördernder Ginzichtungen ist absolut unabhängig von den Überschüssen. So verlockend es auch ist, auch in diesem Stadium noch etwas für die Sparer heraussuschlagen, so stößt man damit doch in der Regel auf die größten Schwierigkeiten, denn über die Überschüsse haben die Sparkassens berwaltungen im allgemeinen keine Gewalt mehr. Die Überschüsse geshören der Gemeinde und über ihre Berwendung entscheiden die kommunalen Körperschaften ebentuell mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde. Maßgebend für sie ist nicht mehr das besondere Interesse der Sparer oder der Sparkasse, sondern das der Allgemeinheit.

Aritif der Zinspolitif der Sparfaffen.

Wie sollen die Sparkassen ihre Zinspolitik einrichten, damit sie ihrer Aufgabe, der Förderung der Sparkätigkeit, gerecht werden? Schachner sagt (im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 1910, Bd. 7, S. 64 sowie ähnlich auch noch an anderen Stellen): "Der größtsmögliche Zins der Einleger war die natürliche philanthropische Lösung der ersten Sparkassen. Wie konnte denn der Sparsinn besser ungeseuert werden, als durch seine möglichst hohe Belohnung? In verschiedenen Orten wurden zu den Zinsen ehedem sogar aus öffentlichen Mitteln oder von Privaten besondere Zuschüsse geleistet."

Was zunächst den Hinweis auf die gute alte Zeit anlangt, so ist dieser zweisellos ganz unbegründet. Der Zinssuß der Spareinlagen ist im Verhältnis zu dem anderer mündelsicherer Anlagen ständig gewoachsen. Von einer berständnisvollen Zinspolitik zum Wohle der Sparer kann für die frühere Zeit überhaupt nicht gesprochen werden. Fast ein halbes Jahrhundert (von 1828—1874) war ein und derselbe Zinssuß unveränderlich maßgebend (3½ Proz.)! Die Sparer haben es in bezug auf den Zinssuß niemals so gut gehabt, wie gerade jetzt.

Was nun die Forderung des "größtmöglichen Zinsfußes" anlangt, jo klingt das Schlagwort zwar jo einleuchtend, daß man geneigt sein möchte, es als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. So einfach ift die Sache aber nicht. Bunachst gibt es auch eine Magimalhöhe des Einlagenzinsfußes, deren Überschreitung bedenklich werden kann. Ratürlich nicht wegen der "kleinen" Sparer, sondern wegen der "großen". So viel Vorteile die Kapitalanlage bei den Sparkaffen gegenüber der in Effekten für den Rleinkapitalisten auch hat — so kann man jie doch nicht als die normale, natürliche, ansehen. Als solche betrachtet man in allen Staaten mit Recht die Anlage in mündelsicheren Papieren, besonders in Staatspapieren baw. die Anlage beim Reichs= oder Staats= ichuldbuch. Ein hoher Spareinlagenzinsfuß muß die Kleinkapitalisten aber bon dieser normalen Anlage ablenken und den Sparkaffen zuführen. Daß dies in beträchtlichem Umfang geschieht, geht nicht nur aus der großen Zahl hoher Einlagen herbor. Der gewaltige Zustrom neuer Gelder in den letten drei Jahren, der den Sparkassen 31/2 Milli= arden Mt. zuführte, während fonst überall über Geldknappheit geklagt wird, beweist zur Genüge, daß es sich hier um eine Wandlung in den Unlagegepflogenheiten handelt. Das fortgesette Sinken der Effekten=

kurse auf der einen Seite, das Angebot hoher Einlagenzinsen auf der anderen Seite fördert diese Bewegung. Dabei ist noch folgendes zu beachten: Diejenigen, die gewöhnt find, ihre Ersparnisse zu den Sparkassen zu tragen, befinden sich zu Zeiten hoher Zinsen im Vorteil gegen= über denjenigen, die regelmäßig ihre Ersparnisse in guten Anlage= papieren angelegt haben. Denn wenn auch zurzeit der Zinsertrag guter Staatspapiere 4 Proz. ist, so ist er dies doch nur für die in der letten Zeit angekauften Bapiere, nicht aber für die älteren Bestände. Diese ergeben das Zinserträgnis dauernd weiter, das sie zur Zeit ihres Unkaufs gehabt haben. Die Sparkassen berzinsen aber den gesamten Rapitalbestand gleichmäßig mit dem jezigen hohen Zinssat. Man denke sich einen Rleinkapitalisten, der seit zehn Jahren jedes Jahr 1000 Mt. erspart und diese jeweils in preußischen Konsols angelegt hat. Er würde dann jest zehn Arten Papiere haben, die alle ein ber= schiedenes Exträgnis für die seinerzeit in ihnen angelegten je 1000 Mk. ergeben. Durchschnittlich würden sich seine 10 000 Mf. jest mit etwa 3,6 Proz. verzinsen. Hätte er statt deffen jedes Jahr 1000 Mk. auf ein Sparkaffenbuch angelegt, fo würde er jest für das ganze Rapital die Berzinsung genießen, welche die betreffende Sparkasse zurzeit gewährt, also je nach der Bahl der Sparkasse 4 Brog., so daß er sich also - gang abgesehen von den Kursverluften, denen er entgangen ist — zurzeit besser stehen würde, als bei der Anlage in Konsols.

Das ändert sich aber, wenn Zeiten kommen, in denen der Zinssfuß allgemein sinkt. Dem Konsolsparer bleibt das Erträgnis der seinerzeit zu Pari angekauften 4 Proz. Effekten, nur die neuen Anlagen werden weniger ertragsreich. Bei dem Sparkassensparer sinkt das ganze Zinsniveau. Allerdings kommt bei weiterem Sinken des Zinssußes auf dem Kapitalmarkt die Konversion der hochverzinslichen Papiere in Betracht.

Im allgemeinen kann man wohl sagen, wenn es sich einbürgert, daß die Sparkassen regelmäßig ihren Sparern den gleichen Zinssuß gewähren, den jeweils die besten Staatspapiere abwersen, daß dann die Kleinkapitalisten von der normalen Anlage in Staatspapieren in noch weit höherem Maße abgesenkt werden dürsten, als bisher. Ein gewisses Maßhalten ist also hier erwünscht. Der Zinssuß von 4 Proz., den so viele Sparkassen gewähren, hat also auch seine Bedenken. So sehr man den Kleinkapitalisten die Vorteile, die ihnen die Anlage bei Sparkassen gewährt, gönnen möchte, so sprechen doch auch gewichtige

Gründe allgemeiner Natur dafür, daß hier eine gewisse Grenze gesteckt wird. Durch Festlegung einer Maximalhöhe der Einlagen ist dies nicht zu erreichen. Solche Bestimmungen werden umgangen. Hier kann nur von der Zinspolitik eine sichere Wirkung erwartet werden.

Man hat vielsach dazu geraten, zu diesem Zweck den Zinssat der hohen Einlagen niedriger anzuseten, als den für kleine Einlagen. In dem Kapitel über "den normalen und besonderen Zinssuß" ist bereits erörtert, wie schwer sich dies bei großen Sparkassen durchführen läßt. Nur noch eine unter den größten Sparkassen, die in der Anlage 7 aufgeführt sind, hat für hohe Einlagen einen niedrigeren Zins. Auch die Nassaufche Sparkasse hatte früher für Einlagen über 5000 Mk. einen ermäßigten Zinssatz. Man hat dies aber fallen lassen, besonders aus dem Grunde, weil diese Bestimmung durch massenhafte Umsgehungen sast illusorisch geworden war.

Also die Höchstgrenze für Spareinlagen ist da anzunehmen, wo die Staatspapiere aufhören, konkurrenzsähig zu sein. Jest wäre dies bei 4 Proz. Die Konkurrenzsähigkeit der Staatspapiere muß erhalten bleiben nicht nur den hohen Einlagen gegenüber. Auch Kapitalien von 1000 Mk. und darunter eignen sich zu Anlagen in Staatspapieren und noch besser zur Anlage im Reichs- oder Staatsschuldbuch.

Es sind zwar schon wiederholt Stimmen laut geworden, die ersheblich weiter gehen und von den Sparkassen verlangen, daß sie mit ihrem Zinsfuß erheblich hinter den Staatspapieren zurückbleiben. Dies dürfte zu weit gehen. Konkurrenzfähig müssen auch die Sparkassen bleiben. Auch den Sparern gegenüber würde eine solche Beschränkung ungerecht sein.

Im übrigen kommt eine Höchstgrenze für den Zinsfuß der Spareinlagen nicht in Frage. Die Forderung des "größtmöglichen Zinsfußes" hat für die kleinen Sparer eine gewisse Berechtigung, doch liegt auch hier die Sache keineswegs so einsach und selbstverständlich, wie Schachner annimmt. Wie heute die Verhältnisse der Sparkassen liegen, erfüllen sie neben ihrer Aufgabe, den Sparern zu dienen, auch noch die andere Aufgabe, das Kreditbedürfnis besonders den Imsmobiliarkredit in ihrem Bezirk zu befriedigen.

Es ist gar nicht möglich, beide Aufgaben voneinander zu trennen. Die Sparkassen haben allerdings auf dem Gebiet des Immobiliarsfredits, besonders auf dem Lande und in den Kleinstädten, vielfach geradezu das Monopol. Sie könnten vielsach den Hypothekenzinssuß

170 S. Reusch.

erheblich erhöhen. Die konkurrierenden Gelogeber auf dem Hypothekensmarkt würden dies sogar begrüßen. Sine Unterbietung brauchen sie nicht zu befürchten. Sie sind also in der Lage — in solchen Gegenden wenigstens — ihre Ginnahmen aus den Anlagen, soweit es sich nicht um Effekten handelt, erheblich zu vermehren. Sie könnten geradezu Bucherzinsen erzielen.

Allerdings wären sie dann in der Lage, den Sparern eine erhebliche höhere Verzinsung der Spareinlagen zu gewähren. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich hier bei den Geldgebern und Geld= nehmern im allgemeinen um dieselben Bevölkerungskreise handelt. Die Sparer gehören entweder zu den Hausbesitzern oder zu den Mietern. Eine Steigerung des Sppothekenzinsfußes wurde unbedingt eine Berteuerung der Wohnungen hervorrufen. Die Sparkassen würden also durch eine folche Zinspolitik nichts weiter erreichen, als daß fie den Sparern auf der einen Seite geben, was sie ihnen auf der anderen Seite nehmen. Wahrscheinlich wurde der Berluft fogar größer fein. Es ist dies vielfach seitens der Sparkassenberwaltungen betont worden, als in den letten Jahren in verschiedenen Gegenden ein gegenseitiges Überbieten im Einlagenzinsfuß sich bemerklich machte. Diese sind aber hier vielleicht keine unparteiischen Beurteiler. Es wäre deshalb wichtig, wenn man wüßte, wie sich die Sparer felbst dazu stellen. Man kann aber in der Tagesliteratur lange suchen, bis man auf eine Stimme aus diesen Kreisen stößt. Man hat schon oft darauf hingewiesen, wie wenig Interesse gerade das große Bublikum an der Zinspolitik der Sparkaffen zeigt. Man follte doch annehmen, daß die Tageszeitungen in ihren Eingesandts oder die Berichte über Stadtverordnetenversamm= lungen Klagen und Bünsche brächten, die einen Aufschluß darüber gäben, wie man in den Rreisen der Sparer über eine folche Zinspolitik denkt. Bergebens. Öffentliche Außerungen hierzu gehören zu den größten Seltenheiten.

Um so beachtenswerter dürfte ein Ereignis sein, das sich 1907 in Offenbach a. M. abgespielt hat und das auch kurz von Leonhardt, das Sparwesen in der Stadt Offenbach (Bd. I der Untersuchungen über das Volkssparwesen S. 489) erwähnt wird. Es ist ein ganz einzigsartiger Fall, der sobald keine Wiederholung finden dürfte und deshald wohl hier eine genauere Darstellung verdient.

In der Stadt Offenbach hatten im Jahre 1907, als sie 61 000 Eins wohner zählte, die Sozialdemokroten die Majorität in der Stadts

verordnetenversammlung. Die sozialdemokratische Partei betrachtet sich als die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung. Man darf ohne weiteres annehmen, daß auch die Majorität der 17000 Sparer der städtischen Sparkasse damals zu dieser Partei gehörte.

Der aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien zusammengesette Borstand der städtischen Sparkasse hatte eine Heraussetzung des Jinspüßes der Spareinlagen um $^{1}/_{2}$ Proz. auf $^{31}/_{2}$ Proz. bei der Stadtwerordnetenversammlung beantragt. Die sozialbemokratische Majorität lehnte die Erhöhung ab, mit der Begründung, daß alsdann eine Ershöhung des Hypothekenzinssußes notwendig werde und dadurch eine Berteuerung der Wohnungen eintreten müsse.

Bei den bald darauf folgenden Neuwahlen gab das sozialdemoskratische Wahlkomitee eine Broschüre heraus, in der es die verschiedensten Fragen der Kommunalpolitik behandelte. Der städtischen Sparkasse ist ein besonderes Kapitel gewidmet, das mit einer erstaunslichen Offenheit die Stellung der sozialdemokratischen Partei in Offensbach zur Zinspolitik der Sparkasse darlegt. Man kann es geradezu als ein "soziales Dokument" bezeichnen.

In der Anlage 1 ist dieses Kapitel im Wortlaut abgedruckt. Man darf nun keineswegs die darin enthaltene Auffassung ohne weiteres verallgemeinern und sie ohne weiteren Beweis etwa als die des Arbeiterstandes überhaupt ansehen. Anderseits darf man aber nicht übersehen, daß es sich hier nicht um eine Privatanssicht dieser oder jener Person handelt, sondern daß sie die wohlerwogene, auf den Wahlkampf berechnete Entschließung der Vertretung der Arbeiterpartei einer großen Stadt darstellt. Man darf unter allen Umständen darin ein beachtense wertes Symptom der Stimmung in diesen Kreisen erblicken, um so mehr, als gegenteilige Ansichten — auch anderswo — nicht laut geworden sind.

Die Erörterungen gipfeln in folgendem Schluß: "Ift das nicht eine geradezu köstliche Finanzpolitik? Von den 17 067 Einlegern der Sparkasse haben nur 6227 höhere Summen als 500 Mk. eingelegt, während 10 840 unter 500 Mk. Einlage haben. Für diese 10 840 Sparer würde die Zinssteigerung im günstigsten Falle 2,50 Mk. pro Jahr bestragen, während ihnen eine Steigerung von nur 50 Pf. Monatsmiete schon 6 Mk. Jahresverlust verursachen würde. Nur die 6227 Einleger größerer Summen hätten einen Nuhen davon, wobei es immerhin auch unter ihnen noch eine ganze Anzahl geben dürste, deren Schaden größer wäre als der Nuhen sein würde, der ihnen zugedacht war. Es klingt

172 Heusch.

deshalb auch wie blutiger Hohn, daß Herr B. sich mit dieser Zinserhöhung als Helfer der kleinen Einleger, in erster Linie unserer Arbeiterschaft vorstellt.

Wahrhaftig, die kleinen Einleger und unsere Arbeiterschaft danken für eine derartige Finanzpolitik, denn deren Effekt besteht lediglich darin, daß die Armen und Ärmsten zugunsten der Reichen und Reichsten geschoren werden würden."

Hier wird also klipp und klar die Ansicht vertreten, daß es wichtiger sei, den Hypothekenzinssuß niedrig zu halten als den Einslagenzinssuß zu erhöhen.

Dieser Ansicht wird man in solcher Unbedingtheit nicht zustimmen dürfen. Es heißt das sonst, die Aufgabe der Sparkassen pollständig verschieben. Anderseits darf man nicht verkennen, daß ein gesunder Kern darin steckt.

Die Zinspolitik der Sparkassen darf nicht die Rückwirkung ihrer auf Hebung des Einlagenzinses gerichteten Bestrebungen auf den Hypothekenzinssuß und damit auf die Wohnungspreise außer acht lassen. Anderseits dürfen die Sparkassen nicht verkennen, daß ihre Aufgabe in erster Linie sich auf die Sparer als solche bezieht. Das Sparerinteresse weist zweisellos auf einen möglichst hohen Einlagenzins hin. Es kommt hier darauf an, den Weg zu finden, mit dem man beiden Seiten gesrecht wird.

Soweit der niedrige Einlagenzins tatsächlich eine Folge des niedrigen Hypothekenzinssußes ist, wird man Einwendungen nicht ersheben können, salls nicht etwa der letztere über die Maßen dabei begünstigt sein sollte. Dafür liegen aber keine Anzeigen vor. Hypothekenzinssätze unter 4 Proz. kommen auch im Osten so gut wie gar nicht mehr vor. Man wird es also nicht ohne weiteres verantworten können, dort eine Erhöhung der jetzigen Sätze zu fordern.

Nun könnten die östlichen Sparkassen das Zinserträgnis ihrer Aktivkapitalien auch dadurch erhöhen, daß sie einen größeren Prozentsatz ihrer Gelder statt in Wertpapieren, in den besser rentierenden Hypostheken anlegten, als dies zurzeit geschieht. Sie zeichnen sich durchweg durch besonders großen Essektenbesitz aus. Aber auch zu dieser Maßnahme wird man nicht raten dürsen, ebensowenig wie zu einem größeren Maßshalten in der Dotierung der Reservesonds.

Es fragt sich also nur noch, ob eine Steigerung der Einlagenzinsen

im Rahmen der jetigen Erträgnisse der Aktivkapitalien tunlich ist. Das kann nur auf Rosten der Überschüffe geschehen.

Es kommt auf die Frage hinaus, ob und inwieweit sich die Erzielung von Überschüssen aus den Sparkassen zugunsten der Garanties verbände rechtsertigen läßt.

Prinzipiell wird man sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß kommunale Sparkassen nichts anderes sind, wie die sonstigen dem öffentlichen Wohl dienenden Kommunalanstalten, wie Wasserwerke, Schlachthäuser usw. Diese sollen der Bolksgesundheit, also auch einem wichtigen Gut dienen und werden von Arm und Reich in Anspruch genommen. Es ist allgemein üblich, daß die Gemeinden auch aus solchen Betrieben mäßige Einnahmen als Beitrag zu den Kosten der Kommunalverwaltung ziehen. Schachner freilich stellt die Sparkassen auf gleiche Stuse mit der Arbeiterversicherung, Löwe (Grundgedanken zu August Scherls Sparsustem S. 82) sogar mit Waisenhäusern und Idvitenanstalten, um damit zu beweisen, daß Überschüsse hier nicht in Frage kommen dürsen. Beides ist natürlich ganz versehlt, schon desshalb, weil der weitaus größte Teil der Spareinlagen gar nicht von kleinen Leuten stammt. Die Sparkassen sind längst nicht mehr nur Anstalten für die unteren Schichten der Bebölkerung.

Ratürlich ist ein Bergleich der Sparkassen mit den anderen Übersichußbetrieben der Gemeinden nicht in allen Kunkten angängig.

Bon den städtischen Wasserken z. B. weiß man, daß eine Preiße erhöhung den Konsum berringert, was natürlich im Interesse der Higiene unerwünscht ist. Es geht aber hierbei wie mit so manchem Nütslichen. Die leidige Kostensrage beeinträchtigt den Ersolg.

Ob ein Mehr oder Beniger an Einlagenzinsen von Einfluß auf die Spartätigkeit ist — die eigentliche Spartätigkeit — wissen wir aber nicht. Die Sache liegt hier auch so ganz anders als bei denjenigen Anstalten, bei denen ein Konsum in Frage steht. Es handelt sich nicht etwa um einen Konsum von Zinsen. Die eigentlichen Sparer konsumieren ihre Einlagenzinsen nicht. Eine Steigerung des Wassergeldes macht sich alsbald im Haushalt geltend, von dem Zinssus merken die Sparer — die eigentlichen Sparer — im Haushalte so gut wie nichts, wenigstens solange sie sparen und ihr Guthaben nicht abheben.

Wenn man die preußischen Provinzen nach dem Durchschnittszinsfuß gruppiert — wie in Tabelle 50 — und den Zinsfußzahlen die Zahl der Sparer aufs Hundert der Einwohner berechnet, gegenüber-

Tabelle 50.

	Durch= schnitt= licher Zinsfuß	Spartaffen: bücher auf je 100 Ein: wohner	Auf jeden Ein= wohner fommen Mf.
Schlesien	3,09 3,10 3,17 3,19 3,38 3,38 3,40	30 39 39 48 34 19	173,44 180,50 249,67 321,54 250,63 133,67 317,68
Oftpreußen	3,24 3,45 3,54 8,55 8,61 3,61 3,65 3,83	35 16 43 40 14 28 28 39	232,45 93,22 443,05 301,15 113,49 308,38 433,34 448,48
	3,60	30	305,87

stellt, dann kommt man zu einem Ergebnis, das geradezu wie ein Spott klingt. Die sieben Provinzen mit niedrigem Zinssuß (durchschnittlich 3,24 Proz.) weisen 35 Sparkassenbücher auf je 100 Einwohner auf und die mit hohem Zinssuß (3,60 Proz.) nur 30. Man kann damit natürlich nicht irgend etwas beweisen. Die Berhältnisse liegen in den einzelnen Landesteilen ganz verschieden. Nur soviel darf man dieser Tabelle entenehmen, daß ein hoher Zinssuß nicht überall ohne weiteres auch eine hohe Sparerzahl bewirken muß und umgekehrt.

Allerdings ist er von großem Einfluß auf die Sparbeträge. In den Provinzen mit hohem Zinsfuß kommen 300 Mk., in denen mit niedrigem Zinsfuß nur 230 Mk. durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung. Eine Wirkung, die zu erwarten war, denn die Kleinskapitalisten stellen sich nur dort in größerem Maße ein, wo ein hoher Zinsssah gewährt wird. Die Kleinkapitalisten erhöhen die Zahl der Sparer aber viel weniger als den Betrag der Einlagen.

Daß man durch den Einlagenzinsfuß die Zahl der eigentlichen Sparer aus den unteren Bolksklaffen, die "kleinen" Sparer, und ihre Spartätigkeit wesentlich beeinflussen kann, glaube ich nicht. Ich habe aus meiner langjährigen Praxis bei einer der größten deutschen Sparfassen einen solchen Sindruck nicht gewinnen können. Es ist unendlich schwer, das Publikum zu gesteigertem Sparen heranzuziehen. Man denkt fich das in den Kreisen der Nichtpraktiker oft viel zu leicht. Schachner, der hierin immer am schärfsten borging, pflegte es so darzustellen, als ob die Sparkaffen nur nötig hätten, den Sparern mehr Bequemlichfeit und mehr Zinsen zu bieten, dann muffe sich ein ganz anderer Erfolg zeigen. Daß mit einem größeren Maß von Bequemlichkeit (Ber= besserung der Spargelegenheiten) nicht allzuviel zu erreichen ist, wissen die Praktiker längst. Die Nassauische Sparkasse bietet hierin, besonders in den ländlichen Bezirken, weit mehr als andere Sparkaffen. Sie er= richtet fortgesett, selbst in gang kleinen Orten, Sammelftellen, die fich vor ähnlichen Einrichtungen anderer Sparkassen dadurch wesentlich auszeichnen, daß fie dem Publikum vollständig eine felbständige Sparfasse ersezen. Sie quittieren sofort definitiv die Einlagen in das Sparkassenbuch, leisten auch sofort Rückzahlungen, schreiben Zinsen gut, stellen neue Sparkassenbücher aus usw., alles ohne Mitwirkung der Zentrale. Dabei ist es einerlei, ob die vorkommenden Sparkassen= bücher von dieser Sammelstelle oder von irgendeiner anderen der 150 Raffen der Raffauischen Sparkaffe ausgestellt sind. Die Sammel= stellen sind vorzugsweise bei Kaufleuten untergebracht, mit denen die Einwohnerschaft fortgesetzt regen Verkehr hat. Sie sind den ganzen Tag, auch Sonntags zugänglich. Die Verwalter erhalten Prozente und jind sehr interessiert an der Förderung des Verkehrs. Mehr kann man tatjächlich an Bequemlichkeit auf dem Lande nicht bieten. Reine Post= iparkasse leistet ähnliches. Diese Ginrichtungen tun ihre guten Dienste und leisten, was die Verwaltung sich von ihnen versprochen hat — das ist aber himmelweit von dem verschieden, was sich Nichtpraktiker als Erfolg der "Verbesserung der Spareinrichtungen" versprechen. Auch das Abholungsverfahren leistet nicht das, was man allgemein von ihm erwartet. Die Ersparnisse, die so gewonnen werden, dauern nicht. Hier ist nicht der Ort, darauf weiter einzugehen. Man kann aber sagen: Die Reihe von Versuchen, das Publikum zu intensiverem Sparen heranzuziehen, ist eine Reihe von Ent= täuschungen. Es ift doch schließlich im großen und gangen die

176 S. Reusch.

wirtschaftliche Lage der unteren Klassen, nicht nur der Mangel an Einsicht und gutem Willen, der ausschlaggebend ist für den Umfang der Spartätigkeit (vgl. Reusch, "Das Sparen bei den Sparkassen", Sparkasse 1910, S. 355 und Reusch, "Das Abholungsversahren bei den Sparkassen", "Tag", vom 9. November 1910).

Ein Mehr oder Weniger an Zinsen kann daran auch nichts Wesentliches ändern.

Dies ist ein wenig trostvoller Ausblick.

Es foll aber damit keineswegs die Berpflichtung der Sparkaffen, ihre Zinspolitik fo günstig wie möglich für die Sparer zu gestalten, verneint werden. Die Wege dazu sind aber nicht so einfach und selbst= verständlich, wie man das vielfach annimmt. Im allgemeinen tun die Sparkassen ihr Bestes. Man muß nur die Verhandlungen der Sparkassentage durchlesen und wird finden, mit welchem Ernst man gerade die Sache der kleinen Sparer vertritt. Nur mit den Überschüffen haben die Sparkassen sich in den Kreisen der Sozialgesinnten ihr Renommee verdorben. Wie man darüber aber in den Rreisen der kleinen Sparer denkt, in den Arbeiterkreisen, darauf wirft das "Soziale Dokument" (Anlage 1) ein merkwürdiges Licht. Es heißt da, daß die Sparkasse für gemeinnützige Zwecke nicht unbedeutende Summen abgeworfen habe. Durch die beabsichtigte (von der sozialdemokratischen Mehrheit ver= hinderte) Erhöhung des Zinsfußes der Spareinlagen würde sich ein jährlicher Berluft bon 54 000 Mf. ergeben haben, der durch Steuern hätte eingebracht werden müssen, was eine Steigerung der direkten Steuern um nahezu 3 Proz. zur Folge gehabt hätte.

Dabei wußten diese Arbeitervertreter jedenfalls noch gar nicht einmal, daß die Überschüffe gar nicht aus den Einlagen der Sparer aus den unteren Bolksschichten erzielt werden.

Zweifellos kommen Mißbräuche im einzelnen vor. Wir dürfen solche aber nur bei einem kleinen Teil der Sparkassen und nur ausenahmsweise voraussetzen. Dann haben sie aber nur örtliche Bedeutung und gestatten keine Berallgemeinerung.

Was hier gesagt ist, bezieht sich nur auf die "kleinen Sparer" aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung. Daß man durch günstige Berzinsung aus den mittleren und wohlhabenden Kreisen kolossale Gelder heranziehen kann, wenn man nur einen einigermaßen günstigen Zinssuß andietet, zeigt ein Blick auf die früher mitgeteilte Tabelle 50. Auch hier erfüllen die Sparkassen eine überaus wichtige Mission. Es

seinur an die Ausführungen über die "fapitalbildende Kraft der Spareinlagenzinsen" erinnert. Man muß sich nur einmal klar zu machen bersuchen, was aus diesen "größeren Einlagen" geworden wäre, wenn ihnen die Tore der Sparkassen berschlossen geblieben wären und man sie gezwungen hätte, den Weg zu anderen Anlagen durch die Banken zu suchen. Ihnen gegenüber hat die Zinspolitik der Sparkassen eine ganz andere Bedeutung, als gegenüber den "kleinen Sparern". Sie berspricht hier mehr Erfolg und ist deshalb nicht minder versantwortungsvoll.

Die Anziehungskraft des höheren Zinsfußes auf die größeren Kapitalien äußert sich in den größeren Durchschnittsbeträgen der Sparkassenbucher, während eine Wirkung auf die Zahl der Sparer, wie die Tabelle 50 gezeigt hatte, nicht festgestellt werden konnte.

Die Tabelle 51 enthält die preußischen Provinzen, geordnet nach der Höhe des Durchschnittszinssußes. Diesem ist die Durchschnitts= einlage auf ein Sparkassenbuch gegenübergestellt.

Tabelle 51. Die Beziehung des Ginlagenzinsfußes zur Höhe der Ginlagen.

Brovinz	Durch= schnittlicher Einlagen= zinsfuß	Durchichnitts= betrag auf ein Spartaffen= buch Mt.
Schleswig-Holftein	3,88 3,77 3,64 3,61 3,60 3,55 8,53 3,45 8,42 3,41 3,19 8,15 3,08 3,06	1109 1545 1058 759 1008 741 718 853 561 666 659 618 560 441

Wir sehen hier deutlich den Zusammenhang zwischen hohen Zinsen und hohen Einlagen. Berlin hat bei den niedrigsten Zinsen auch die niedrigste Durchschnittseinlage. Allerdings pflegen gerade in denjenigen 178 Heusch.

Prodinzen, in denen der Zinsfuß niedrig ist, die Sparkassen vielsach auch die Grenze der Höchsteinlage niedrig zu halten. Von ausschlaggebendem Einsluß ist dies aber nicht, da die hohen Einlagen schon von selbst fortbleiben.

Es zeigt sich hierbei auch noch folgendes: Gerade diejenigen, die den "sozialen Charakter" der Sparkassen besonders betonen, und die des= halb von ihnen die großen Einlagen ferngehalten sehen möchten, leisten damit den "kleinen Sparern" einen schlechten Dienst. Wir sahen aus der Tabelle 51, daß gerade diejenigen Sparkassen, die in besonderem Mage hohe Einlagen zulaffen, auch einen besonders hohen Binsfat gewähren, der natürlich auch den kleinen Sparern zugute kommt. Biel= leicht liegt die Sache nicht so, daß diese Sparkassen den Zinsfuß im Interesse der kleinen Sparer so hoch halten. Sie würden ohne die hohen Einlagen dazu vielfach gar nicht in der Lage sein. Anderseits verlangen diese hohen Einlagen auch dauernd einen hohen Zins, sonst fließen sie ab. Das Geset von der fallenden Zinsspannung erklärt sich zum Teil durch das Eindringen der hohen Einlagen. So lange die Sparkassen sich nur auf die kleinen Sparer beschränkten, waren fie unabhängig bom Geldmarkt. Sie brauchten keine Ronkurreng gu fürchten und konnten den Bins niedrig halten, wie dies in der Mitte des borigen Sahrhunderts und auch noch später zu beobachten ift. Mit dem Eindringen der höheren Einlagen wuchs aber auch die Abhängigfeit bom allgemeinen Rapitalmarkt. Die Sparkaffen mußten ihren Bins immer mehr demjenigen für die anderen mündelsicheren Anlagen nähern. Jest befinden sich die Sparkassen mit hohen Ginlagen wie im westlichen Preußen und in Süddeutschland vollständig in Abhängigkeit von dem allgemeinen Kapitalmarkt. Von einer unabhängigen Binspolitik kann keine Rede mehr fein. Es ist nicht so fehr die Ronfurrenz der Sparkaffen untereinander, als vielmehr der Wettbewerb der mündelsicheren Bertpapiere, der den Sparkaffen in Schleswig-Holftein, Rheinland, Bestfalen und Hannober die hohen Binsfätze aufzwingt.

Für die kleinen Sparer ist dies sehr erfreulich. Sie kommen auf diese Weise ebenfalls in den Genuß von Zinsen, die denen unserer mündelsicheren Wertpapiere nahe kommen. Die östlichen preußischen Provinzen können das jezige niedrige Zinsniveau auch nur so lange halten, als sie sich mit den niedrigen Ginlagen begnügen. Die Sparskassen, die einmal den hohen Ginlagen die Tore geöffnet haben, können

gar nicht mehr anders, als den Zinsfuß hoch halten, sonst ist ein Abfluß der Kapitalien die sichere Folge.

Es liegen Anzeichen genug vor, daß man allgemein diesen Weg gehen wird. Im Königreich Sachsen mit seinen niedrigen Zinsen und niedrigem Einlagenbestand ist man jetzt dabei, die Höchstgrenze hinauszuschieben. Auch in Berlin und bei anderen Sparkassen östlich der Elbe ist man schon einige Zeit, wenn auch nur langsam, damit vorgegangen. Das ist der erste Schritt. Die Erhöhung des Zinsniveaus ist die unsaußleibliche Folge.

Das Zinsfußproblem der Sparkassen wird auf diese Art einmal eine allgemeine befriedigende Lösung finden. Es berschlägt nichts, wenn dabei nicht soziale Rücksichten, sondern der Zwang der Vershältnisse auf dem Kapitalmarkt ausschlaggebend gewesen ist.

Anlagen.

Unlage 1.

Ein soziales Dokument 1.

(Sparkaffenpolitik.)

Eine höchst interessante Beleuchtung der sinst em a tisch en Bersdächtigung der Finanzpolitik der sozialdemokratischen Stadtberordsnetenmehrheit liefert der neuerdings durch das "Finanzs und Steuersgenie" unserer bürgerlichen Stadtbäter, Herrn B. beliebte Streikals Mitglied des Sparkassenborstandes.

Weil die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit zweimal einen Antrag des Sparkassenvorstandes auf Erhöhung des Zinsfußes der Städtischen Sparkassenvorstandes auf Thöhung des Zinsfußes der Städtischen Sparkassenvorstand von 3 auf $3^1/_2$ Prozent für Einlagen und von 4 auf $4^1/_4$ Prozent für Hypotheken abgelehnt hat, ist Herr B. aus dem Borstand der Sparkasse ausgetreten und hat dies in einem Schreiben an die Bürgermeisterei vom 14. Oktober 1907 begründet.

Dieses Schreiben hat die "Offenbacher Zeitung" vom 17. Oktober l. Js. veröffentlicht und damit der Öffentlichkeit das Recht auf Kritik gegeben.

1 Aus der Brojchüre: "Kommunal-Politisches aus Difenbach am Main". Herausgegeben vom Wahltomitee der sozialdemotratischen Partei zur Stadtverordnetenwahl 1907. Druck: Berlag "Difenbacher Abendblatt", G. m. b. H. S. S. 63—67. (Bgl. S. 171.)

12*

180 Heuich.

Wir können deshalb hier konstatieren, daß das nichts weiter ist, als eine wohlberechtigte Fortsetzung der systematischen Berdächtigung der Finanzpolitik der Sozialdemokraten und eine schwere Schädigung der Sparkasse als städtisches Institut zur Folge hatte und haben mußte, was auch Herr B. gewußt haben muß.

Herr B. trat, weil es nicht nach seinem Willen ging, aus der Berswaltung der Sparkasse aus und behauptete, daß nach seiner Überzeugung durch die Ablehnung der Zinssußerhöhung "die weitere gedeihliche Entswicklung der Sparkasse in Frage gestellt ist".

Das ist ein starkes Stück "Überzeugung", und es empfiehlt sich wirklich, zu prüfen, ob diese Überzeugung bei normalen Menschen objektiv als berechtigt angesehen werden kann.

Herr B. begründet seine "Überzeugung" damit, daß er die bei fast allen größeren Sparkassen des ganzen Deutschen Reiches zutage gestretene Erscheinung, daß in den letzten Wonaten mehr Geld abgehoben als eingezahlt wurde, nur für Offenbach bemerkt. Er führt die Ziffern auf und stellt fest, daß bei unserer Sparkasse dom Januar bis August 203 000 Mk. mehr erhoben als eingezahlt wurden, daß noch nahezu 1/2 Million bis nächsten Januar gekündigt sind, und sührt das auf den niedrigen Zinsfuß unserer Sparkasse.

Wenn diese Auffassung richtig wäre, so müßten alle anderen Sparskassen, die einen höheren Zinösuß haben, in der glücklichen Lage sein, von der stärkeren Abhebung der Gelder nichts zu merken. Allein die Tatsachen beweisen, daß die Boraussehung des Herrn B. durchaussalschieh ist und daß seine starke Überzeugung jeder stichhaltigen Begrünsdung entbehrt. Nicht der Zinösuß ist ausschlaggebend für die stärkeren Abhebungen, sondern die allgemeine Geldkrise, die schon seit Monaten in aller Welt wahrnehmbar ist.

Und Herr B. weiß das, denn ihm hat im Sparkassenborstand genau dasselbe Material zur Beurteilung der Frage vorgelegen als uns. Aber dieses Material läßt Herr B. absichtlich völlig unbeachtet. Wir wollen dasselbe deshalb zunächst einmal vorführen.

Durch dieses Material wird sestgestellt, daß Darmstadt bei einem Zinssuß von $3^1/_2$ Prozent bei Einlagen bis zu 10 000 Mt. und 3 Prozent bei Einlagen über 10 000 Mt. vom Januar bis August 388 160 Mt. 18 Pf. Mehr rückzahlungen als Einlagen gehabt hat; die Sparkasse Groß-Gerau hat in derselben Zeit bei $3^1/_2$ Prozent Zinszahlung 24 031 Mt. Mehr rückzahlungen gehabt; Hanau hat bei $3^1/_4$ Prozent

41 856 Mf. 69 Pf. Mehr rückzahlungen gehabt; Heppenheim bei $3^{1}/_{2}$ Prozent 88 635 Mf. 01 Pf. Mehr rückzahlungen; Homburg v. d. Hat bei $3^{1}/_{2}$ Prozent 3inszahlung 346 323 Mf. 09 Pf. Mehr rückzahslungen gehabt; Wainz hat bei $3^{1}/_{2}$ Prozent eine Mehr rückzahlung von 326 064 Mf. gehabt und Worms, als letzte in Betracht kommende Stadt, bei einem Zinskuß von $3^{1}/_{4}$ bei großen Einlagen und 4 Prozent bei kleinen Einlagen hat sogar eine Mehr rückzahlung von 906 623 Mf. gehabt, während Offenbach, wie gesagt, bei 3 Prozent Zinsenzahlung in derselben Zeit nur eine Mehr rückzahlung von 203 318 Mf. 12 Pf. gehabt hat. Dabei muß noch hinzugesügt werden, daß nach diesen amt slich en Ausweisen Worms ein Einlagenkapital von nur 15 893 172 Mf. hat, während Offenbach ein solches von 17 091 584 Mf. 20 Pf. hat.

Und von alledem hat Herr B. den Lesern der "Offenbacher Zeistung" nichts, aber auch gar nichts mitgeteilt.

Weshalb eigentlich?

Weil es ihm darauf ankam, glauben zu machen, diese Mehr rückszahlungen wären nur in Offenbach zu bemerken.

Nach seiner Erklärung konnte man, wenn oberflächlich betrachtet, annehmen, er wollte den kleinen Einlegern einen höheren Zinsfuß sichern, allein gegen den Schluß seines Schreibens kommt der Pferdes fuß zum Borschein, indem sich Herr B. dazu versteigt zu behaupten, er glaube "auch bestimmt, daß durch den Beschluß die weitere Existenz der Rasse auf das Ernstefte gefährdet ist."

Damit verriet er seine wahre Absicht. Er wollte durch seine Erklärung die Finanzpolitik der Sozialdemokraten herabsehen! Denn daß dieser "Glauben" unmöglich war, liegt auf der Hand.

Das sieht man auch daraus, daß er in seiner Begründung darauf hinweist, daß die Offenbacher Sparkasse beim Berkauf von Staatsspapieren in der Höhe von 167 000 Mk. einen Kursverlust von 7000 Mk. erfahren hat, während er keine Silbe davon schreibt, daß wenn es nach seinen Bünschen gegangen wäre, die Sparkasse einen noch höheren und zwardauernden Berlust zutragen haben würde und zwar an Zinseinnahmen.

Seit dem Bestehen der Sparkasse mit ihrem jetzt gültigen Statut, also seit Jahrzehnten, während welcher die bürgerlichen Herren die Mehrheit im Stadthaus gehabt haben, ist die Spannung zwischen den Einlagenzinsen und den Hypothekenzinsen auf 1 Proz. festgesetzt ge-

182 Ş. Reujch.

wesen und bei dieser Spannung hat sich die Sparkasse disher "gedeihlich" — oder etwa nicht gedeihlich? Herr B. — entwickelt und für gemeinnützige Zwecke gar nicht unbedeutende Summen abgeworfen.

Nach dem Verwaltungsbericht der Bürgermeisterei 1905/06 betrug der Gesamtüberschuß der Sparkasse bei der Spannung von 1 Prozent im Jahre 1905: 218 662 MK. 15 Pf. Legt man diese Ziffern bei Berechnung der Folgen des von Herrn B. protegierten Antrages des Sparkassendorftandes zugrunde, so ergibt sich, daß die durch diesen Antrag beabsichtigte Reduktion der Spansnung um $^{1}/_{4}$ Prozent der Sparkasse einen Zinsverlust von 54 665 MK. 53 Pf. eingebracht hätte. Und dieser Verlust würde regelmäßig jährlich zu verzeichnen sein, so lange die Reduktion der Spannung gelten würde.

Dieser Berlust von jährlich über 54 000 Mf. hätte aber durch Steuern eingebracht werden müssen, was eine Steigerung unserer direkten Steuern von nahezu 3 Prozent zur Folge gehabt haben würde. Das erklärt alles. Darauf lief die ganze Geschichte hinaus und diesen Streich hat die sozialdemokratische Stadtverordnetensmehrheit vereitelt.

Um einen einmaligen Kursberlust von 7000 Mt. — oder wenn mehr Papiere veräußert werden müßten, einen entsprechend höheren Bestrag — zu vermeiden, wollen Herr B. und Genossen der Sparkasse einen regelmäßigen Jahresverlust von 54665 Mt. 53 Pf. aufserlegen.

Und weshalb? Weil sie jest mit einemmal herausgefunden haben, daß eine Spannung von 1 Prozent zu hoch bemessen sei. Jahrzehnte haben die Finanzpolitiker der nationalen Männer diese einprozentige Spannung als durchaus im Interesse der Sparkasse und ihrer Hyposthekenschuldner für gut angesehen und jest mit einemmal soll sie nicht mehr zeitgemäß sein!

Wahrhaftig! Diese Methode ist doch zu durchsichtig! Sie entspricht ganz und gar jener, nach welcher die Herren Bürgerlichen 1901 und 1904 "arbeiteten".

Herr B. bestreitet auch, daß die Erhöhung des Zinssußes von 4 auf $4^1/_4$ Prozent eine Wirkung auf die Mieten ausüben werde und somit gerade die Ürmsten und Allerärmsten erhöht belasten würde. "Nicht stichhaltig" ist ihm der Grund zur Ablehnung des Antrages. Run, uns ist er sehr stichhaltig, denn wir wissen, daß jede Zinserhöhung, auch die

kleinste, insbesondere, wenn sie durch den Beschluß einer Stadtverordenetendersammlung herbeigeführt ist, das Signal bildet für fast alle Hypothekenschuldner, sofern die Wohnungsverhältnisse es nur irgend gestatten, eine Steigerung der Wohnungsmieten zu rechtsertigen. Und nicht bloß die direkt von der Jinssteigerung betroffenen Hypothekenschuldner suchen diese Zinssteigerung auf die Mieter abzuwälzen, sons dern der größte Teil aller dieser Schuldner würde die Mieten steigern, zumal hier in Offenbach, wo die kleinen Wohnungen fortgesetzt gesucht sind. Dadurch würden aber selbst die kleinen Sparer schwer gesichädigt werden, denen Herr B. eine höhere Einnahme auf Kosten der Hauseigentümer oder Mieter sichern möchte!

Ift das nicht eine geradezu köstliche Finanzpolitik? Von den 17067 Einlegern der Sparkasse haben nur 6227 höhere Summen als 500 Mk. eingelegt, während 10840 unter 500 Mk. Einlage haben. Für diese 10840 Sparer würde die Zinssteigerung im günstigsten Falle 2 Mk. 50 Pf. pro Jahr betragen, während ihnen eine Steigerung von nur 50 Pf. Monatsmiete schon 6 Mk. Jahresverlust verursachen würde. Nur die 6227 Einleger größerer Summen hätten einen Nutzen davon, wobei es immerhin auch unter ihnen noch eine ganze Anzahl geben dürste, deren Schaden größer wäre, als der Nutzen sein würde, der ihnen zugedacht war. Es klingt deshalb auch wie blutiger Hohn, daß Herr B. sich mit dieser Jinserhöhung als Helser der "kleinen Einsleger, in erster Linie unserer Arbeiterschaft" vorstellt.

Wahrhaftig! Die kleinen Einleger und unsere Arbeiterschaft danken für eine derartige Finanzpolitik, denn deren Effekt besteht lediglich darin, daß die Armen und Ärmsten zugunsten der Reich en und Reichsten geschoren werden würden.

Anlage 2. Der Zinsfuß ber Spareinlagen.

Jahr	Zahl der Spar=	 	avon g	gewährte	n einen			parein	ilagen v	
	fassen	$2^{1/2} ^{0/0}$	3 º/o	31/4 0/0	31/30/0	31/2 0/0	33/4 0/0	4 º/o	$4^{1}/_{2}$ $^{0}/_{0}$	5 ⁰ /0 u. mehr
1820	10	2 2 2 2 2 3 2 2 2 3 3 3 3 3	_	_	-	_	_	5	1	2
1821	15	2	1	-	1	_	- 1	5	4	2
1822	21	2	1		4	-	-	6	5	3
1823	27	2	$\bar{2}$	1	$\tilde{5}$	· —	-	8	7	2
1824	$\frac{30}{34}$	2	4	1 1	5 5	_	_	7 9	9	.2 3 2 2 1
$\frac{1825}{1826}$	$\frac{34}{36}$	9	5 5	. 3	8	-		9	10 8	l
1827	40	9 :	6	4	10		_	10	7	1
1828	$\frac{40}{42}$	2	6		12	1		10	6	i
1829	42	3	7	. 3	12	i		9	6	1
1830	45	ğ	8	4 3 3	17	î		ğ	3	1
1831	46	$\check{3}$	$\ddot{9}$	ğ	19	ī	_	ğ	$\mathbf{\tilde{2}}$	
1832	47	3	9	4	19	1	_	9	$\overline{2}$	-
1833	49	3 4	11	- 3	22	1	-	8	1	_
1834	51	4	11	3	23	1	-	8	1	-
1835	53	5	11	3	24	1		8 7	1	
1836	54	5	11	4	25	1	-	7	1	-
1837	55	5	12	4	24	1	-	8	1	_
1838	58	5 5 5 8	14	4	25	1	_	8	1	_
$\frac{1839}{1840}$	62 66	9	$\begin{array}{c} 16 \\ 20 \end{array}$	4	$\begin{array}{c} 23 \\ 24 \end{array}$	1		7	$\frac{2}{1}$	-
1841	71	10	$\frac{20}{21}$	3	29	1		6	1	
1842	74	12	23	3	27	$\begin{array}{c}2\\3\\3\\1\end{array}$		6		
1843	75	14	23	$\ddot{3}$	26	3		$\ddot{6}$	_	_
1844	77	14	$\overline{23}$	$\overset{\circ}{4}$	28	1	-	7	_	
1845	77	14	25	4	26	1	l —	7		
1846	80	13	24	4	31	1	1	6	_	-
1847	81	12	25	4	30	2	1	7		<u> </u>
1848	82	9	25	4	32	1	1	7	. 1	2
1849	84	8 7	22	4	39	_	<u> </u>	8	_	3
1850	86	1 4	23	4	41		_	8	1	$\begin{bmatrix} 2\\3\\2\\1 \end{bmatrix}$
1851	87		$\frac{25}{24}$	4	40	1		8	1	Ţ
$\frac{1852}{1853}$	88 91	7 8 8 7 7	$\frac{24}{24}$	4	42 45	0	_	9		_
1854	91	7	$\frac{24}{25}$	4	45	2 4	_	8 6	_	_
1855	93	7	$\frac{25}{25}$	4	47	4		6		
1856	95	1 7	$\frac{29}{22}$	4	51	6	_	5	_	
1857	98	5	$\frac{22}{22}$	5	54	6	_	6		!
1858	100	7 5 3 3	$\overline{20}$	$\tilde{6}$	57	7	i —	7	_	. —
1859	102	3	20	5	60	7	-	7		
1860	104	4	20	4	60	8 7	-	8 8	_	_
1861	104	4	20	4	60	, 7	1	8	· —	· —
1862	104	4	20	4	60	7	1	7	1	
1863	104	4	19	4	61	7	1	7	1	_
1864	106	3	17	3	63	10	2	7	1	_
1865	108	2	15	4	62	11	2	11	1	

Anlage 2 (Fortsetzung).

Jahr	Zahl der	D	avon g	ewährte	n einen	Zinsfu	ß für E	Þarein	lagen vo	n
	Spar= fassen	21/20/0	3 0/0	31/4 0/0	31/3 0/0	31/2 0/0	33/4 0/0	4 º/o	41/2 0/0	50/0
1866 1867 1868 1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1889 1890 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910	110 113 114 115 117 119 120 121 123 123 124 125 127 128 130 131 135 136 136 137 137 137 139 142 142 143 144 145 146 148 149 149 149 149 149 149 149 150 150		$\begin{matrix} 14\\13\\11\\7\\54\\44\\56\\66\\55\\54\\34\\69\\554\\45\\566\\61\\57\\23\\99\\67\\86\\78\\64\\97\\96\\44\\40\\40\end{matrix}$	5 4 3 3 3 3 1 1 1	63 61 58 55 50 49 48 47 49 42 38 38 38 37 38 41 41 43 45 40 36 31 30 30 31 30 31 31 31 31 31 31 31 31 31 31 31 31 31	12 15 13 12 11 11 12 10 11 12 10 11 12 13 13 14 17 19 22 29 30 33 42 38 25 33 49 43 42 46	1 3 5 5 4 4 4 6 7 8 14 13 14 16 18 19 2 2 6 6 5 2 2 2 3 6 6 4 2 2 2 2 2 12 3 19 1 17 5 5 3 3 2 3 2	$\begin{matrix} 14 \\ 16 \\ 26 \\ 83 \\ 44 \\ 45 \\ 69 \\ 45 \\ 53 \\ 44 \\ 45 \\ 53 \\ 44 \\ 45 \\ 53 \\ 54 \\ 64 \\ 44 \\ 31 \\ 79 \\ 10 \\ 10 \\ 10 \\ 10 \\ 10 \\ 10 \\ 10 \\ 1$	1 1 3 4 4 4 4 3 2 2 2 2 3 2 1	

186 Heusch.

Unlage 3. Der Durchfcnitt ber Zinsfäge für Spareinlagen.

	Pre	ußen	Übrige Bu	ndesstaaten	Gesamt= durchichnitt
Jahr	öftliche Provinzen %	westliche Provinzen %	norddeutsche %	füddeutsche %	der Zinssäße
1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1849 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1×59 1860 1861 1862 1863 1864 1865	4,5,5,0,3,3,0,9,8,8,5,5,5,4,4,4,4,3,3,1,0,0,0,0,0,1,2,2,2,2,2,2,2,2,2,2,2,3,3,3,3,3,3,3,3	5,5,3,4,5,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,	3,27 3,77 3,44 3,3 3,4 3,3 3,4 3,1 3,1 3,1 3,1 3,1 3,1 3,1 3,1 3,1 3,1	,5,2,1,0,0,0,0,8,8,7,5,5,5,4,4,5,5,4,4,4,4,4,4,4,4,4,4,4,4	9,9,0,9,9,8,7,6,6,6,5,4,4,8,3,3,8,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3

Anlage 3 (Fortsetzung).

	Pre	цвен	Übrige Bu	ndesstaaten	Gefamt= durchjchnitt
Jahr	öftliche Provinzen ⁰ /0	westliche Provinzen ⁰ /0	norddeutsche º/o	füddeutsche º/o	der Zinsfähe %0
1866 1867 1868 1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 18878 18879 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1889 1890 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910	4444455555555555555444322211111111111111	3,4 4,5,5,6,7,7,7,7,7,7,7,8,8,8,7,7,6,5,4,8,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3	5.5.6.6.6.6.6.6.6.7.7.7.7.7.6.7.6.4.2.2.2.2.2.2.2.3.3.1.1.1.2.3.3.3.2.2.2.3.4.4.4.3.3.3.3.3.3.3.3.3	3,5,5,6,7,7,7,7,8,8,8,8,8,8,8,8,8,8,8,8,8,8,8	3,44,556,666,777,777,666,54,332,23,33,32,22,23,44,33,33,33,4,55,5,5,3,33,33,33,33,33,33,33,33,33,33,

Unlage 4. Der Zinsfuß der Sparkaffenhppotheken.

	Zahl der Spar=	r=									
Jahr	kassen ins≠ gesamt	unter 3¹/2 º/0	31/2 0/0	33/4 0/0	4 0/0	41/4 0/0	41/2 0/0	43/4 0/0	5 %	über 5 ¹ / ₂ ⁰ / ₀	Durch= fchitt
1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1849 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1856 1857 1858 1859 1856 1857 1858 1858 1859 1856 1857 1858 1858 1859 1856 1857 1858 1858 1856 1857 1858 1858 1859 1860 1861 1862 1863 1864 1865 1865 1866 1867 1868 1866 1867 1868 1866 1866 1867 1868 1866 1866 1867 1868 1866	4 4 5 5 7 8 9 11 11 2 14 15 16 8 22 22 33 33 7 9 9 9 1 1 2 14 15 16 8 22 22 23 33 37 9 9 9 1 4 2 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4		111111111112334333333333333345554433333221111		$\begin{array}{c} - \\ - \\ - \\ - \\ - \\ - \\ - \\ - \\ - \\ - $				3344555544566678998821211111212121212121212121212121212		556645433444433444444444444444444444444

Anlage 4 (Fortsetzung).

		1									
	Zahl der Spar=	A	nzahl	der S	partaff	en mit	einem	Hypo	theten	zinsfuf	bon
Jahr 	tajjen ins= gefamt	unter 3 ¹ / ₂ ⁰ / ₀	$3^{1/2}$	33/4 0/0	4 0/0	41/4 0/0	$4^{1/2}$ $^{0}/_{0}$	43/4 0/0	5 0/0	über 5 ¹ / ₂ ⁰ ′ ₀	Durch: schnitt
1866 1867 1868 1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889 1890 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908	85 87 88 92 94 95 96 97 99 100 101 102 103 107 109 110 111 121 121 121 121 123 126 126 127 126 130 132 133 135 137 137 138 138 138 139 140 140 142 145		2 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1 2 5 5 6 5 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2		22 23 16 15 14 12 10 10 9 10 9 10 9 10 9 10 9 10 13 14 13 17 26 41 47 56 68 88 60 63 63 64 65 65 66 67 67 68 68 68 68 68 68 68 68 68 68	$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	24 23 27 24 22 20 22 24 24 26 28 29 31 29 24 26 27 36 30 36 36 31 31 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32	$\begin{smallmatrix} 4 & 4 & 5 & 5 & 4 & 4 & 7 & 6 & 5 & 5 & 6 & 7 & 6 & 7 & 4 & 4 & 4 & 8 & 2 & 2 & 2 & 2 & 2 & 2 & 1 & 1 & 1 & 1$	28 34 40 7 55 5 5 5 5 5 6 6 7 7 5 5 5 5 5 6 6 4 3 7 9 2 3 7 1 1 1 7 3 2 2 2 2 1 1 1 1 1 1 1 1 2 2	4 3 3 3 3 3 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 1 1 1 1	4,667777888888888888884488844888444322244100001221111233244224414442332

190 Heusch.

Unlage 5. Die häufigsten Zinsfäge.

		~10 9441191	ien Jinsjug		
Jahr	Der am häufigsten vortommende Hypotheten- zinsfuß	Der am häufigsten vortommende Spar= einlagen= zinsfuß	Jahr	Der am häufigsten vorkommende Hindetenz zinsjuh	Der am häufigsten vortommenbe Spars einlagens zinsfuß
1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1843 1844 1845 1846 1857 1848 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1850 1861 1862 1863 1861 1865	555555555555555555444444455555554555554444	4 * * * 41/2 * * * * * * 41/2 * * * * * * * * * * * * * * * * * * *	1866 1867 1868 1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1889 1890 1891 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910	55.55.55.55.55.55.55.55.55.55.55.55.55.	31/3 * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Anlage 5a. Die Zinsspannung zwischen dem Zinsfuß für Spareinlagen und dem Zinsfuß für Hypotheten und Wertpapiere.

Jahr	Durchschnit füße	t der Zins= für	Realzinsfuß der	Differenz be fußes zum	es Sparzins= Zinsfuß der
	Spar= einlagen	. Hppotheken	Staat3= papiere	Hppotheken	Staatspapiere
1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1849 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1860 1861 1862 1863 1864	9,9,0,9,9,8,7,6,6,6,5,4,4,9,3,8,3,8,3,3,2,2,1,1,1,1,1,1,2,3,3,3,8,3,2,2,2,2,3,3,3,3,3,3,3,3,3,3	4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.4.	5,86 5,79 5,41 4,45 4,56 4,39 4,12 4,10 4,10 3,89 3,89 3,88 3,88 3,88 3,87 3,72 4,14 4,15 4,15 4,15 4,15 4,15 4,15 4,15	0.6 0.6 0.7 0.7 0.7 0.7 0.7 0.7 0.7 0.7	2,0 1,8 1,4 1,5 0,5 0,7 1,0 0,8 0,4 0,9 0,8 0,6 0,6 0,6 0,6 0,6 0,6 0,6 0,6 0,6 0,6

Anlage 5 a (Fortsetzung).

Q K	Durchschnit füß	et der Zins= e für	Realzinsfuß der	Differenz b fußes zum	es Sparzins= Zinsfuß der
Jahr	Spar= einlagen	Hypotheken	Staats= papiere	Hypotheken	Staatspapiere
1865	3,4	4.5	3,91	1.1	0,5
1866	3,4	4,5 4,6	4,13	1.2	0.7
1867	$3.\overline{4}$	4,6	4,23	1.2	0.8
1868	$3.\overline{5}$	4,7	4,33	1,1 1,2 1,2 1,2 1,2	0,8 0,8 1,5
1869	3.5	4,7	4.97	1.2	1.5
1870	3.6	4,7	4,92	l 11	1,3
1871	3,6	48	4,18	1,2 1,2 1,2 1,2	0,6
1872	3.6	4,8 4,8 4,8	4,38	$1^{\frac{7}{2}}$	0,8
1873	3,6	4'8	4,03	12	0,4
1874	3.6	48	4,30	1,2	07
1875	3.7	4.8	4.04	1,1	0,7 0,3
1876	37	1.8	4,22	i,i	0,5
1877	3.7	1,0	4,26	1,1	0,6
1878	3.7	4,8 4,8 4,8 4,8 4,8	4,31	1,1	0,6
1879	3.7	4,0	4.11	1,1	0,4
1880	9,1 9.7	4,8 4,8 4,7	3,99	1,1	0,3
1881	$\frac{3,1}{3.7}$	4,0	3,97	1,1	0,3
1882	3,1 3,7	4,6	3,98	0,9	: 0,0
1883	3.6	4,5	3,97	0,9	0,3 0,4
1884	3,6	4,5		0,9	0,4
1885	3,6 3,6	4,5	3,88 3,85	0,9 0,9	0,3 0,2
1886	3,6 3.5	4,5 4,4	3,43	0,9	0,4
1887	3,3 3.4	4,4	3,50	0,9	0.1
1888	3.3	4,5	3,40	0,9	0,1
1889	3,3	4,2 4,2 4,2 4,2 4,2 4,2 4,2	3,40 3,35	0,9	0,1
1890	3.2	4,2	3.48	0,9	0.9
1891	9, <u>4</u> 9.0	4,4	3,55	1,0	0,3 0,3
1892	3, <u>2</u> 3,3	4,2	3,50	1,0 0,9	0,3
1893	9,0	4,4	3,48	0,9	0,2
1894	9,5 3.3	4,2	3,42	0,9	0,2 0,2 0,1
1895	9,9 9 9	4,2 4,1	3,35	0,9	0,1
1896	$\overset{3,3}{3.2}$	4,1	3,35 3,35	0,0	0,1
1897	3,2	4,0	3,38	0,0	0,1
1898	$\overset{3,2}{3,2}$			0,0	0,2 0,2 0,3 0,3
1899	$\overset{3,2}{32}$	4,0	3,41	0,8	0,2
1900	3,3	4,0 4,1	3,51	0,8	0,3
1900	3,3 3.4	4,1	3,65	0,8	0,3
1902	- / -	4,2 4,2	3,52	0,8	0,1
1902	3,4 3,3	4,2 4,1	$\frac{3,43}{3.42}$	0,8	0.1
1903	ə,ə 3.3	4,1		0,8	0,1
	3,3 3,3	4,1	3,44	0,9 0,8 0,8 0,8 0,8 0,8 0,8 0,8 0,8 0,8	0,1
1905	3,3 3 3	4,1	3,45	0,8	0,1 0,2
1906 1907	3.4 3.4	4,1	3,51	0,8	0,2
		4,2	3,69	0,8 0,8	0,3 0,3
1908	3,5 3,5	4,3 4,3	3,79	0,8 0,8	0,3
			901 1	11 😾	0.4
1909 1910	3,4	4,3	3,91 3,90	0,8 0,8	$0.4 \\ 0.5$

Unlage 6.

		Zins		zwijchen oppotheten	Sparein zinsfuß	lagen=
		bis 1/2 ⁰ /0	über ^{1/2 0/0} bis 1 ⁰ 0	über 1 % bis 1 1/2 %	über 1 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ bis 2 ⁰ / ₀	über 2º/0
	1820 1830 1840 1850 1860 1870 1880 1890 1900	1 - 2 3 2 4 2	1 3 5 4 6 7 19 22 24		1 3 6 10 12 9 1	
2. Weftelbien	1820 1830 1840 1850 1860 1870 1880 1890 1900 1910	1 1 1 2 8 9 9 22 26	1 2 5 8 15 23 30 30	1 2 4 7 9 9 8 3 2	1 2 5 2 3 —	
3. Norddeutsche Staaten {	1820 1830 1840 1850 1860 1870 1880 1890 1900	1 1 5 3 6 7 8 10 8	1 4 5 5 8 7 5 8 8 12	1 2 3 3 2 5 4 3 2	- - - 1 - -	
4. Sübbeutsche Staaten {	1820 1830 1840 1850 1860 1870 1880 1890 1900	1 1 1 2 3 3 4 5	2 1 4 3 5 11 14 12 7			
Schriften 137. I.		į		i	13	

Anlage 7. Berginfung am 1. Oftober 1912.

Spartaffe	E Ctulagen: E i 3'nstuk E Cnde 1911	Normaler Zinsfuß für Einlagen	Besonderer Zinstuß für Einlagen	Der befondere Zinsfuß tritt ein	Werben Sparprämien gewährt ?
Oftelbien. Stäbt. Sparkaffe Berlin	375,56	3	_	_	Nein.
Sparkasse bes Kreises Teltow in Berlin	104,78	3	31/2-4	Für Hypothekentilgungsbes träge.	Ja, an Sparet, bie a) bem wesindestand ans genören,
					b) nachw.islich während ber lepten siinf Jahre bei einer Serrichaft gedient und 0) während besselben Zeitraumes bei ber Leltower Kreisspar- tasse Spareinlagen ge- habt haben.
Spartasse des Areises Niederbarnim Städt. Spartasse Char-	48,84	3		_	Rein.
Lottenburg	56,23	3		_	Ja, an Personen des Ge- findestandes, die fünf Jahre dei derselben Herrschaft gedient und auch fünf Jahre dei der Städtischen Sparfasse Charlottenburg gespart haben.
Städt.Sparkaffe Schöne- berg	59,08	3	_	_	Ja, an Sparer, die a) bem Gesinbestande angehören, b) nachweistich während der leiten fiint Jahre bei einer Herrichaft in Dienit gestanden, c) mährend diejes Zeitzaumes bei der Städtleschen Spartassechabt haben.
Städt.SpartaffeKönigs- berg	5 4,7 8	3	31/2	Bei Sperrung des Guthabens auf fünf Jahre und An- legung der Guthaben als Mündelgeld.	Ja, im Schulfparvertehr wird bem Sparer bet ber ersten Einzahlung eine Prämte von 1 Mt. gewährt. Kür jebe weistere Einlieferung einer Schulfpartarte mit 19 Sparmarten à 20 Pfg. erhält ber Sparer eine Prämie von 20 Pfg.
in Stettin	42,30	$3^{1/3}$	4	Die Einlagen der Schulfvar= tasse werden mit 40/0 verzinft.	Nein.
Städt.Spartaffe Stettin	91,03	31/3	21/2	Sofern eine Einlage nicht den wirtschaftlichen Charatter der Sparanlage hat und den Betrag von 5000 Mt. iibersteigt.	Nein.

Anlage 7 (Fortsetzung).

Spartaffe	E Etnlagen- FI zinsfuk E E Gnde 1911	Normaler Zinsfuß filr Einlagen	Befonderer Zinsfuß für Einlagen	Der befondere Zinsfuß tritt ein	Werden Sparprämien gewährt ?
Städt.Spar tajjeBreslau	94,58	3	3 ¹ / ₂	Für Einlagen, die mindestens drei Jahre gesperrt sind. Kür die Witglieder der Alters-	Nein.
Oberlaufiter Broving Sparkaffe Görlitz	89,41	3	$3^{1/3}$ $3^{1/2}$	spartasie. Für die die 1. April 1890 eingezahlten Beträge. Berden an denjenigen Kassen- orten gewährt, wo selbst oder in unmittelbarer Rähe andere össentliche partassen mit einem Einlagenzinskuß von ilber 3% bestehen.	Nein.
Prov. Sparfaffe d. Nie- derlaufit in Lübben. Städt. Sparkaffe Magde-	82 ,2 5	3		-	Aufj Antrag 15 Mf. Spars einlage an unbemittelte Sparer.
burg	105,36	3	_	_	Nein.
Städt. Sparkaffe Halle a. S	54,45	3	31/2	Mündelgelder werden ohne weiteres mit 31/20/0 verrinft. Im übrigen gesperrte (für mindestens ein Jahr) Guts haben bis zur Höhe von 2000 Mt.	Nein.
Westelbien.	į				
Altonaisches Unter- ftügungs-Institut	105,74	3 ¹ / ₂	33/4	Für gesperrte Spartassens bücher (Sperrzeit mindestens 5 Jahre, höchstens 25 Jahre).	Nein.
Rieler Spar= u. Leihtaffe	65,95	$3^{1/2}$	$ \begin{array}{c} 2 \\ 2^{1/2} \\ 3 \\ 3^{3/4} \end{array} $	Für Einlagen auf turze Beit. Für einzelne auf längere Beit	Nein.
~	1	ļ		festbelegte (Buthaben auß= nahmsweife.	
Städt. Spartasse Han- nover	69,28	$3^{1/2}$	_	_	Nein.
Anstalt Hannover Städt. Spartasse Osna-	58,50	$3^{1/2}$	-		Nein.
brück	48,11	3	34/10	3% bei täglicher Nilaforber= barteit. 3½0% bei halb= jährlicher Kündigung.	Bei ber Kinbersparkasse erhalten ble einzelnen Eparer eine Prämie. Unter hinzurechnung bieser prämie werden bie Einlagen mit 4% verzinst.
Wiesbaben	136,39	31/4	-		Nein.
Frankfurter Sparkasse in Franksurt a. M Städt. Sparkasse Dorks	113,57	31/4	_		Nein.
mund	75,67	4	3	Für Einlagen auf Schecktonto.	Nein. 13*

Heusch.

Anlage 7 (Fortsetzung).

Sparkaffe .	in Einlagen: "" 3.nöfuk Ende 1911	Normaler Zinsfuß für Einlagen	Besonderer Zinsfuß für Einlagen	Der befondere Zinsfuh tritt ein	Werben Sparprämien gewährt?
Städt. Sparkaffe Mün- fter i. W	48,19	$3^{1/2}$	4	Bei Spareinlagen mit eins jähriger Kündigungsfrift.	Un Urbeiter, Gefellen und Labnerinnenvereine.
Sparkasse des Kreises Münster i. W	42,75	$3^{1/2}$	4	Bei Spareinlagen mit eins jähriger Kiindigungsfrist.	Nein.
Städt. Spartaffe Gelsens firchen Städt. Spartaffe Bochum Städt. Spartaffe Cöln.	40,75 40,31 142,55	3 ³ / ₄ 4 3 ¹ / ₄		Für Einlagen von 2000 Mt. und mehr bet einjährtger Kündigung.	Nein. Nein. Erhöhung des Zinsfußes bis auf 5% an Einleger der arbeitenden Klaffen,
Spar= u. Darlehnskasse			4	Für Einlagen von 2000 Mt. und mehr bet Festlegung auf zwei Jahre.	ble fich durch eitriges Sparen auszelchnen.
des Landkreifes Cöln.	42,88	3'/3	3,6 4	Einlagen von 2000 Mf. ab werden bei einjähriger Kiln- bigung mit3,6% und beiFest- legung auf zwei Jahre und mehr mit 4% verzinst.	Ja, in Zuschüffen zu ben fahungsgemäßen Zinsen bis zur Erböhung biefer Zinsen auf 5%.
Nachener Berein zur Be- förderung der Arbeit- famteit Städt. Sparkaffe Düffel-	162,30	31/2	41/4	Für die Prämtenfpartasse.	
dorf	90,00	$3^{1/2}$	4	Filr Einlagen über 1000 Mf.	_
Städt. Sparkaffe Effen	71,10	33/4	3	bei einjähriger Künbigung. Für Ginlagen im Schedvertehr.	Sparprämien an Bolks- jchüler. Zinszuschüffe an die Mitglieber der Alterse und Aussteuer- spartasse. 3% der Einslagen.
Kreisspartasse Bielefelb. Städt.SpartasseBarmen	61,56 35,83	$\frac{3^{1/2}}{3^{1/2}}$	4	— Für Einlagen mit einjähriger Kündigungsfrist.	Rein. Rein.
Städt. Spartasse Duis- burg	45,44	33/4	4	Für die Sparer der Stadt Dutsburg, deren Einlagen 500 Mt. nicht überfielgen und welche defelben in kleineren Beträgen dis zu 100 Mt. im Jadre eingezahlt haben; ferner werden Einlagen von 1000 Mt. und darüber dei einfähriger Kiindigungsfrift mit 40% verzinft.	Nein.
Städt. Sparkasse Elbers feld	54, 38	31/2	4	Bei Festlegung größerer Be- träge auf minbestens ein Jahr.	Nein.
Stäbt. Spartaffe Crefelb	38,36	31/2	4	Hir Einlagen, die gegen schäs monatliche Kündigung fests gelegt werden.	4% Rinfen werben bens jenigen einhelmischen Sparern genährt, beren Einlagen 500 Ml. inds gesamt nicht überstetgen.

Anlage 7 (Fortsetzung).

Spartaffe	E Cinlagenz Fr. zinsfuß E Cnde 1911	Normaler Zinefuß für Einlagen	Befonderer Zinsfuß für Einlagen	Der befondere Zinsfuß tritt ein	Werben Sparprämien gewährt?
Kreisipartaije Crefelb .	90,66	31/2	4	a) Bei sechsmonatlicher Kilnsbigung, b) bei Einlagen bis 600 Mt. von Arbeitern, Handwerstern, Dandwerstern, Dienstoten bes Garantieverbandes.	Nein.
Norddeutsche Bundes= ftaaten.					
Hamburger Sparkaffe von 1827	196,32	31/2	33/4	Wenn ber Juhalt bes Spars buches auf minbestens zehn Labre gesperrt ist.	Nein.
NeucSpartajjeHamburg	154,36	31/2	33/4	Für minbestens fünf Jahre gesperrte Richer.	Es werden alljährlich an jämtliche in die untersten Klassen der Hamen ber Hamen burger Vollsschulen einstretenden Kinder je ein Geschenfbuch über 1 Mt. verteilt.
Die Spartaffe in Barmen		31/2		_	Nein.
Städt. Spartaffe Dresden Städt. Spartaffe Leipzig	$156.70 \\ 108.50$	3	_	_	Nein. Nein.
Städt. Spartaffe Blauen	52,62	31/4	_	_	Nein.
Städt. Spark. Chemnit	48,82	3	_	_	Nein.
Süddentiche Staaten.					
Städt. Spark. München Städt. Sparkaffe Nürn-	74,25	3	21/2	Bei Einlagen über 2000 Mf., wenn fie innerhalb eines Monats nach der Einzahlung wieder abgehoben werden.	Nein.
berg	35,96	3	$2^{3/4}$	Im Scheds, schriftlichen Aussablungs und Überweis zahlungs und Überweis fungsverkehr und bei Sparseinlagen über 1000 Mt., wenn dieselben weniger wie brei Wochen bei der Spars	Netn.
			4	tasse belassen werden. Für Einlagen von Hypothetensschuldnern der Spartasse auf Titgungssonds für die von der Spartasse entnommenen Lypothetenkapitalien.	
Württembergische Spar-	206 60	93/			0)!
tasse in Stuttgart Städt. Spark. Stuttgart	$206,68 \\ 53,24$	$\frac{3^{3}/_{4}}{3^{3}/_{4}}$		_	Nein. Nein.
Stabt. Spart. Rarlsruhe	40,17	$\frac{3^{7/4}}{3^{2/4}}$	_]	_	Nein.
Städt.Spart.Mannheim	36,65	31/2	31/4	Bei Guthaben von 1—20000 Mt., die ersten 5000 Mt. zu 31/2 ⁹ /0, der überschießende Betrag zu 3 ¹ /4 ⁹ /0.	Nein.
Städt. Sparkasse Frei-	97.60	91/2			
burg i. B	$37,69 \ 40,72$	$\frac{3^{1/2}}{3^{3/4}}$		_	Nein.
Car. Opartage Bruths	10,14	0 /4	- 1	I	Nein.

Die Zahlungsbereitschaft der Preußischen Sparkassen.

Don

Dr. phil. Reinhard Masberg.

Gliederung.

art of the contract of the con	Sett
Ginleitung.	20
Rapitel I: Die Art ber Sparkaffeneinlagen und ber Grad ber für biefe	20
nötigen Zahlungsbereitschaft	20
§ 1: Spareinlagen	20
1. Die drei Arten der Spareinlagen	20
2. Die Größe und die Entwicklungstendenz der einzelnen Arten	20
§ 2: Rapitaleinlagen	20
1. Die beiden Arten von Kapitaleinlagen	20
2. Thre Entwidlungstendenz	
3. Folgerungen auf den Grad der nötigen Zahlungsbereitschaft	21 21
§ 3: Raffenführungseinlagen	21
1. Ihre Größe	
2. Der reine Scheckverkehr und seine Bedeutung	21 22
3. Der Kontokorrent- und Giroverkehr und seine Bedeutung	22
Kapitel II: Die Anlagen der Sparkassen, ihre Entwicklung und ihre	
Zahlungsbereitschaft	22
§ 1: Die liquiden Anlagen	22
1. Barfonds und Anlagen bei Banken. — 2. Wertpapieranlage.	
§ 2: Die illiquiden Anlagen	25
1. hppothekenanlage — 2. Anlagen gegen Personalkredit. — 3. Dar-	
lehen an öffentliche Korporationen und Gemeinden.	
Rapitel III: Ginfluffe, die auf den Grad der nötigen Zahlungsbereitschaft	
in Rrifenfallen wirken fonnen	24
§ 1: Hilfe, die die Spartaffen aus fich erhalten können	24
§ 2: Silfe, die die Sparkaffen von anderen Inftituten erhalten konnen	24
§ 3: Das Bertrauen auf die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen	24
Rapitel IV: Grundlinien für Reformporichlage	25
1. Reformborichläge, die dauernden Kapitalanlagen betreffend	
2. Reformvorschläge, die vorübergehenden Kapitalanlagen be-	
treffend. — 3. Reformvorighläge, die Kassenführungsgelber be-	
treffend. — 4. Folgen der Reformvorschläge.	

Ginleitung.

Das Sparkassenwesen Preußens unterscheidet sich von dem des Auslandes durch seine Organisationsform und seinen Aufgabenkreis. Während im Auslande eine meist staatlich zentralisierte (Post)=Spar= fasse zur Annahme von nur reinen Spareinlagen dient, pflegen in Preußen örtliche, meist von Gemeinden oder Kreisen gegründeten Kassen neben Spareinlagen auch mehr oder weniger Einlagen anderer Art Gine Folge dieser lokalen Organisationsform ift entgegenzunehmen. große Verschiedenheit unter den einzelnen Kassen, zwischen Dsten und Westen, ländlichen und städtischen Sparkassen und den einzelnen städtischen. Wegen der großen Verschiedenheit der ein= zelnen Kaffen hat sich die Gesetgebung auf Grundvorschriften engster Art beschränken muffen. Sie hat, zumal im Unterschied von den aus= wärtigen Verhältniffen, nur das Moment der Sicherheit ins Auge gefaßt; dagegen den Gesichtspunkt der Liquidität außer Betracht gelassen. Jede Kasse entscheidet über die von ihr verwalteten Kapitalien nach freiem Ermessen. Dadurch ist bei dem Wettbewerb der Kassen unter= einander und dem mit Banken und Genoffenschaften, die Gefahr gegeben, daß sich die Raffen von privatwirtschaftlichen Vorteilen lenken lassen und daß dadurch allgemeine volkswirtschaftliche Bedürfnisse in den hintergrund treten. Eine Untersuchung über die Zahlungsbereit= schaft der Sparkassen muß aber dieses Moment nicht nur mit berücksichtigen, sondern sogar in den Vordergrund stellen.

Auf die Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft für den Ernstfall ist besonderes Gewicht zu legen, weil die Sparkassen die bedeutendsten Kapitalsammelstellen der Nation darstellen. Ihr Einlagenbestand bezissert sich für ganz Deutschland auf rund 17 Milliarden Mt., während die fremden Gelder der deutschen Kreditbanken — Depositen und Kreditoren zusammen — nur etwa 10 Milliarden und die Einlagen aller Genossenschaften etwa $3^1/2$ Milliarden Mt. betragen. Die Sparkassenseinlagen stellen also rund ein Zwölftel des deutschen Volksbermögens dar. Daß diese gewaltige Summe nicht nur reine Spargelder darstellt, denen die zahlreichen "Sparinstitute zweiter Klasse" wie Versicherungs-

anstalten, Wertpapiermarkt, Bank- und Genossenschaftseinlagen zur Verfügung stehen, macht die Prüfung der Zahlungsbereitschaft besonders notwendig.

Unter Zahlungsbereitschaft verstehen wir die Möglichkeit, Forde= rungen sogleich nachzukommen. Die Größe der an eine Rasse herantretenden Forderungen wird praktisch durch die Gewohnheit festgestellt. Die Gewohnheit baut auf der Vergangenheit. Es können sich aber die Tatsachen und die Einflüsse, die den nötigen Zahlungsbereitschafts= grad bestimmen, ändern, ohne daß der auf der Gewohnheit aufgebaute tatsächliche Zahlungsbereitschaftsgrad sich verschoben hat. deutet eine besondere Gefahr für den Krisenfall, für den Ansturm von Rückforderungen. Besonders leicht wird diese Gefahr übersehen, wenn eine lange Reihe guter Entwicklungsjahre, wie sie das preußische Sparkassenwesen aufzuweisen hat, sich folgen, und wenn die Sparkassen= verwaltungen infolge ihrer bureaukratischen Leitung und der Kleinheit der einzelnen Raffen der Entwicklung nicht aufmerksam gefolgt sind oder nicht folgen konnten. Um nun für die preußischen Sparkassen zu untersuchen, ob ihre tatsächliche Bahlungsbereitschaft mit der eigent= lich notwendigen übereinstimmt, d. h. ob die Liquidität wie sie "ist", der wie sie sein "soll" entspricht, haben wir zunächst die verschiedenen Tatsachen und Einflüsse zu untersuchen, die auf die Zahlungsbereit= schaft einen Ginfluß haben können. Nach dem auch für Sparkaffen geltenden Bankgrundsat, daß die Aktivgeschäfte sich nach den Bassivgeschäften richten sollen, suchen wir zunächst ihre Passibgeschäfte, d. h. die Art der Einlagen, die Entwicklungstendenz und den Grad der für diese nötigen Zahlungsbereitschaft festzustellen (Kapitel I). Dann haben wir die tatfächliche Zahlungsbereitschaft in ihrer Entwicklung darzulegen und zu prüfen, ob und inwieweit diese mit dem im Kapitel I notwendigen Zahlungsbereitschaftsgrad übereinstimmt (Kapitel II). Die Probe auf die Frage, ob "Soll"liquidität und "Jft"= liquidität sich decken, geschieht in Rrifenzeiten. Bebor wir deshalb eine Folgerung aus den beiden ersten Kapiteln ziehen, haben wir zu unter= suchen, ob Einflüsse vorhanden sind, die in Krisenzeiten auf den Grad der nötigen Zahlungsbereitschaft wirken können (Kapitel III). Im letten Kapitel sind dann etwaige Reformvorschläge zu besprechen, auch hier wieder unter besonderer Berücksichtigung des Standpunktes der Allgemeinheit.

Rapitel I.

Die Art der Sparkasseneinlagen und der Grad der für diese nötigen Zahlungsbereitschaft.

§ 1.

Spareinlagen.

Zur Annahme von Spareinlagen sind die Sparkassen ursprünglich gegründet worden. Man kann drei Arten von Spareinlagen unterscheiden. Die zunächst zu erwähnenden Notgroschen ein Lagen rühren bon Einlegern ber, die sparen muffen, um die zeitliche Ber= schiedenheit, die zwischen ihrer Einnahme= und Ausgabewirtschaft be= steht, auszugleichen. Es sind dies Angehörige von Berufen, die nur einen Teil des Jahres ihrem Haupterwerbe nachgehen können und während dieser Zeit um so mehr für die arbeitslosen Monate verdienen muffen 1. Die Statuten vieler der ältesten Sparkaffen wenden sich gerade an diese Bevölkerungsklassen. Diese Art von Einlagen bildet anfänglich den Hauptbestandteil der Spareinlagen, und es ist deshalb erklärlich, daß die Zahl der Sparkaffenbücher im Betrage von 100 Talern um die Mitte des vorigen Jahrhunderts so starken und be= ständigen Schwankungen unterlag?. Die zweite Art von Spareinlagen rührt von reinen, wirklichen Sparern her. Ihre Einlagen stellen sich als meistens periodisch wiederkehrende Einzahlungen von Ersparnissen dar, die aus dem überschuß des Einkommens über den Verbrauch gewonnen werden und dabei nicht so hoch sind, daß sie schon als Vermögensteile bezeichnet werden können. Sie dienen dem Zwecke der Vermögensbildung und follen auf eine anlagefähige Söhe gebracht werden 3. Bei den Notgroscheneinlagen erfolgt die Aufnahme aus sozialen Gründen, um direkten Notstand zu verhindern. Bei diesen shitematischen Spareinlagen steht mehr ein moralischer Zweck im

¹ Für viele Beruse wird die Arbeitszeit noch mehr durch die Schmälerung eines etwaigen Nebenerwerbs eingeengt, den die fortschreitende Technik und die sich immer weiter ausbildende Arbeitsteilung bedingt. Bgl. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Bureaus (fortan als "Zeitschrift" angesührt) 1876, S. 339.

² C. Schmid und W. Brämer. Das Sparkassenwesen in Deutschland. Berlin 1864, S. 322.

^{3 &}quot;Sparkassen dienen der Förderung der Kapitalbildung im einzelnen Haushalt, indem sie Gelegenheit geben zur Hinterlegung kleiner Geldsbeträge". Philippovich, Grundriß der politischen Bkonomie I. S. 263.

Bordergrunde, die Betonung des Sparens an sich. Die dritte Einslageart, die wir zu den Spareinlagen rechnen müssen, rührt von vor wibergehenden Sparern her, die ihre Einzahlung bald wieder abheben und konsumieren wollen. Hierhin gehören die Einlagen sür Weihnachtseinkäuse, für Karneval- und Stammtischzwecke, serner die große Zahl von Einlagen, die zu keinem bestimmten Zwecke gemacht werden. Diese letzteren rühren vielsach von Einlegern her, die wohl imstande sind shistematisch zu sparen, die auch eine oder mehrere Einzahlungen zu diesem Zwecke machen, dann aber wieder davon abkommen.

Die Notgroscheneinlagen und die vorübergehenden Spareinlagen kommen selten über einen kleinen oder mittleren Einlagenbetrag her= aus, während von den systematischen Sparern auch Einlagen in den höheren Kontenklassen zu finden sind 1. Im Jahr 1909 2 entfielen bei einem Gesamtbestand von über 10 Milliarden Mf. auf die mehr als drei Viertel aller Bücher ausmachenden Einlagen bis zu 600 Mk. nicht viel mehr als 1 Milliarde. Zu dieser Klasse gehören die Notgroschen= und die vorübergehenden Spareinlagen, aber auch der Teil der Gin= lagen der shstematischen Sparer, die in ihrer Spartätigkeit noch nicht weiter fortgeschritten sind. Die Einlagen der reinen shstematischen Sparer können wir bis zur Höchsteinlage von 3000 Mk. annehmen. Hierunter fallen allerdings auch Beträge der noch später zu besprechenden Einlagenarten. Auf die 3 Millionen Bücher der Klasse 600—3000 Mark entfallen $5^{1}/_{2}$ Milliarden Mk. Diese stammen zum Teil aus den zahlreicheren, aber auf geringere Beträge lautenden Bücher der Unbemittelten, zum Teil aus den weniger zahlreichen, aber höhere Beträge umfassenderen der bemittelten Klassen; zum Teil sind es noch unten zu besprechende Raffenvorräte. Für die 3/4 Million Bücher mit mehr als 3000 Mt., die wohl überwiegend den bemittelten Klassen oder juristischen Personen angehören, verbleiben dann noch $4^3/_4$ Milliarden Mark Einlagenbestand.

Sehen wir uns die historische Entwicklung der einzelnen Kontenklassen an, so bemerken wir, daß die kleinsten Konten und die mittleren ihren Anteil prozentual vermindert, die größeren dagegen vermehrt haben.

¹ Von ihnen spricht Regierungsrat Evert, wenn er nachzuweisen sucht, "wie willkürlich und haltlos die Behauptung ist, daß im allgemeinen nur die Bücher der untersten Kontenklassen mit Einlagen dis zu 60 oder 150 Mk. sich im Besitze von kleinen Leuten besinden". Zeitschrift 1890. S. 12.

² Zeitschrift 1911 S. 228.

Jahr	Bis 60 Mt.	über 60—150 Mf.	Über 150—300 Mf.	über 300—600 Mf.	über 600 Mf.
1849	34,69	27,49	21,88	11,15	4,79
1875	24,01	20,28	18,03	17,59	20,10
$1886 \\ 1891$	28,03 $29,35$	$17,70 \\ 16,42$	15,76 14,39	$15,62 \\ 15,54$	21,80 24,30
1906	27,65	14,19	12,70	14,75	30,72

Der Durchschnittsbetrag eines Buches, der im Jahre 1870 356 MK. betrug, war bis zum Jahr 1910 auf 860,97 Mk. gestiegen.

Borübergehende Einlagen erfordern im allgemeinen einen höheren Grad von Liquidität als reine Spareinlagen. Also, je mehr reine syste= matische Sparer die Kassen aufweisen, um so geringer kann ihr Zahlungsbereitschaftsgrad sein.

Die Zahl der systematischen Sparer scheint aber nur gering zu sein; das beweist einmal die Kurzlebigkeit vieler Bücher und anderseits die große Bahl der ruhenden Konten.

Bei der Sparkasse der Stadt Frankfurt a. M.1 betrug bei 13613 Sparern:

Dauer des Rontos in Jahren	Zahl der Sparer
Bis 1 Jahr	6345 3205 1709 1046 631 677

Annähernd die Hälfte der untersuchten Konten ist also noch kein Jahr bei der Sparkasse, und nur 4,8 Proz. befinden sich seit mehr als fünf Jahren bei ihr.

Die folgende Tabelle 2 stellt für einige Sparkassen fest, wieviel von den im Jahre 1900 ausgegebenen Sparkassenbüchern in den einzelnen Jahren nachher vollständig abgehoben worden find.

^{1 &}quot;Beiträge zu einer Individualstatistik der Sparer" Frankfurt 1906 und "Weitere Beiträge zu einer Individualstatistik der Sparer" Frankfurt 1908.

² Reusch, Die Sparkassen der Provinz Hessen=Rassau und des Fürsten= tum Waldeck im Jahre 1910. Seite 10.

Städtische Sparkasse	Bon je 100 im Jahre 1900 ausgegebenen Sparkassen zurächern wurden gänzlich zurückgezahlt in den Jahren 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909 1910
Darmstadt	$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$

Das Ergebnis dieser Tabelle ist erschreckend. 70—80 Proz. aller Bücher erreicht nicht das Alter von zehn Jahren; von einem reinen Sparen, das sich normalerweise auf ein Menschenalter erstrecken soll, kann nicht mehr die Rede sein. Dabei wird das Vild noch verschönert dadurch, daß in diesen Jahlen die Konten von Stiftungen und juristischen Personen von fast unbegrenzter Lebensdauer mit enthalten sind, und daß vor allem die Bücher, deren Betrag bis auf eine Kleinigkeit abzgehoben worden ist, auf die nichts mehr eingezahlt wird und die desshalb genau so gut als tote Konten bezeichnet werden dürsen, nicht berücksichtigt worden sind. Der natürliche Abgang von Büchern durch Todesfall usw. ist bei der großen Jahl der Konten so verschwindend, daß er das Bild nicht verschönern kann. Wie groß die Jahl von Sparern, die teilweise mit größeren Einlagen begannen, ihr Geld aber wieder zurückzogen und ihr Konto ruhen lassen, zeigt die solgende — ebenfalls der Frankfurter Untersuchung entnommene — Tabelle:

Anfangsbeftand	Zahl der Konten	Darunter Jestbestand 0—5 Mt.
60—100 Mf	788 705 347 192 178 349	362 320 137 77 67 127 63

Wenn diese Zahlen auch nur für einzelne Sparkassen gelten, so scheint ihr Ergebnis doch auch für ganz Preußen zuzutreffen. Es wurs den z. B. in ganz Preußen im Jahre 1903 8 Millionen Posten Einsahlungen geleistet; also auf jedes Buch eine einzige im ganzen Jahre!

Auch die große Zahl der jährlich zurückgezogenen Bücher im Verhältnis zu den neu ausgegebenen — 1910 wurden 1,27 Millionen zurücksgenommen und 1,79 Millionen neu ausgegeben — scheint die obige Schlußfolgerung zu bestätigen.

Eine Aufgabe der Sparkassen ist es, die vorübergehenden Sparer, die wohl shstematisch sparen können, aber ihr Konto ruhen lassen, zu reinen Sparern zu erziehen. Mehrere große Sparkassen sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Die erste Arbeit ist kostspielig und kaum sinanziell, nur sozial lohnend. Daß die Sparkassen noch viele unshstematische Sparer zu reinen Sparern erziehen, d. h. ruhende Konten in lebende umwandeln können, scheint sicher. Barthelme i hält die größere Hälfte der Bevölkerung Preußens für sparfähig; spartätig aber ist sie nach ihm nur etwas über ein Drittel.

§ 2.

Rapitaleinlagen.

Die Kapitaleinlagen setzen sich zusammen aus den dauernden Einlagen, die eine verzinsliche Anlegung eines Bermögensteiles darstellen und die den Sparkassen seit ihrer Gründung zuflossen, und den Kapitaleinlagen zur vorübergehenden Anlage. Dieses sind Gelder, die z. B. aus Umsätzen in Effekten, Hypotheken, Grundstücken frei werden und nach kurzer Frist anderswo endgültig angelegt werden sollen. Auch gehören hierhin die Betriebsüberschüsse, die später teilweise zur Konsumtion, teilweise zur dauernden Anlage verwandt werden sollen, und ferner die Betriebskapitalien, die zur Zeit der Despression aus dem Betriebe gezogen werden, um in besseren Zeiten wieder verwendet zu werden?

Bezeichnen wir die Einlagen von über 3000 Mk. als Kapitalseinlagen, so machen diese 1909 über 46,2 Proz. des gesamten Einlagensbestandes aus 3.

¹ Das deutsche, insbesondere das preußische Sparkassenwesen. Berlin 1908. S. 44.

² Die der Sparkasse als öffentlicher Körperschaft zufließenden Gelder, also bor allem Mündelgelder, lassen sich in ihrer höhe nicht feststellen. Sie scheiden aus der Betrachtung deshalb hier aus.

³ Evert, Zeitschrift 1906, S. 122, schreibt: "Nicht der größte Teil der Bücher, wohl aber die Hauptmasse der Einlagen befindet sich offenbar im Besitze von Einlegern, die nicht mehr zu den Unbemittelten gehören."

Die Zahl der Sparkassenbücher mit höheren Einlagen ist in den einzelnen Rassen und in den einzelnen Provinzen sehr verschieden. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts, der Zeit der "ernstlichen Ausgestaltung" des Sparkassenwesens 1, macht sich ein größerer Unterschied zwischen ost= und westelbischen Kassen bemerkbar. Während jene durch statutarische Beschränkungen große Einlagen regelmäßig fernhielten 2, zeigt sich bei diesen — unterstützt durch die größeren Städte und die besseren Erwerbsverhältnisse des Westens — bald die allgemeine Auffassung und Benutung der Sparkassen als Kreditanstalten 3.

Ende 1875 waren Sparkassenbücher im Umlauf mit mehr als 600 MK.4:

\$roving	Zahl der Bücher Stück (rund)	Im Durchschnitt Einlagenbetrag Mt.
Preußen	9 000 2 700 37 700 54 000 89 900 56 900	1199 1258 1033 2055 2582 1863

Diese Zahlen zeigen deutlich die große Verschiedenheit der Sparkassen in den einzelnen Provinzen. Der hohe Durchschnittsbetrag der Einlage und die große Zahl der Bücher über 600 Mt. in den Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen und Rheinprovinz zeigen, daß schon 1875 viele Kassen zu Anstalten geworden sind, die kaum noch als "Spar"skassen bezeichnet werden können. In den Regierungsbezirken Minden und Arnsberg befanden sich Kassen, die auf ein Buch mehr als 200 000 Mt. angenommen hatten 5. Dieselbe Verschiedenheit sinden wir 1910 bei den öffentlichen Sparkassen. Die Statuten der westelbischen Sparkassen lassen lassen besonders oft große Einlagen zu.

Söchstbetrag der Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen 1910 6:

¹ Schmoller, Grundriß 1904 S.248.

² Engel, Zeitschrift 1876 S. 344.

³ Schmid und Brämer, a. a. D. S. 326.

⁴ Zeitschrift 1876. S. 344.

⁵ Zeitschrift 1876. S. 344.

⁶ Zeitschrift 1911. S. 417, 387.

Proving	Gejamtzahl der öffentlichen Sparkajien	Rahl der Svarkassen, die einen regelmäß. Höchst- betrag von über 10000 Wt. ober von unbeichränkter Höhe annehmen
Oftpreußen	63	. 15
Westpreußen	48	10
Brandenburg	119	6
Vojen	89	23
Schleswia-Holstein	137	86
Westfalen	205	112
Westfalen	213	166

Also auch hier wieder eine scharfe Scheidung zwischen dem Aufgabenkreis, den sich die östlichen und westlichen Sparkassen gestellt haben. Die Sparkassen, die die höchsten Einlagen annehmen, weisen auch das stärkste Wachstum und den höchsten Prozentsat großer Einslagen auf. Das schnelle Wachstum und die hohen Einlagen erhalten die Sparkassen, wie die folgende Tabelle für das Jahr 1910¹ zeigt, durch hohe Zinsversprechungen.

Provinz	Durchschuitt= liche Höhe der Einlagen= verzinfung	Überichuß der Neus einlagen über die Rückahlungen in Mill. Mt.	Die Sparkassen: bücher über 3000 Mt. enthalten % der Gesamteinlage
Schleswig-Holftein	3,83	23,13	9,40
	3,65	60,57	12,96
	3,61	143,06	9,34
	3,61	13,09	5,53
	3,45	8,00	2,74
	3,38	11,76	4,48
	3,17	45,98	3,90
	3,09	25,66	2,91

Der Unterschied zwischen der größten und der geringsten Berzinsung in den einzelnen Prodinzen ist sehr bedeutend. Die westlichen Sparskassen von Schleswig-Holstein, Bestfalen und der Rheinprodinz gewähren bedeutend mehr Zinsen als die östlichen, sie weisen auch einen entsprechend größeren Teil hoher Einlagen, Kapitaleinlagen auf.

Was stellen nun diese großen Einlagen dar? Sind es hauptjächlich dauernde Kapitaleinlagen oder sind es nur zu vorüber=

¹ Zeitschrift 1911. S. 413 ff.

gehender Anlage zugeflossene Gelder? Sine absolute zahlenmäßige Scheidung zwischen diesen beiden Arten festzustellen ist ausgeschlossen. Wohl läßt sich eine Entwicklungstendenz wahrnehmen. Die reinen dauernden Kapitaleinlagen fließen den Sparkassen in Konkurrenz mit Bankeinlagen und dem Ankauf von sicheren Wertpapieren zu. Gewinn und Bequemlichkeitsrücksichten bestimmen die eine oder andere Art der Anlage. Der Zinssuß der Sparkasse ist im Vergleich zum Banks und Wertpapierzinssuß hoch. Es werden deshalb viele Kapitalien zu dauernder Anlage den Sparkassen zussließen.

Waren die Sparkassen ursprünglich die einzige sichere Unlage= stelle für Ravitalien, so ist ihnen im Laufe der Zeit, besonders für dauernde Kapitalanlage, eine scharfe Konkurrenz erwachsen. Je mehr die Rapitalbesitzer durch intensiberen Geschäftsverkehr mit Banken verbunden find, so mehr werden sie auch ihre Kapitalien durch Banken berwalten laffen oder nach ihrem Borichlage anlegen. Und auch auf dem Wertpapiermarkt vollzieht fich eine große Underung, insbesondere was Staatspapiere angeht. Satten diese in Deutschland ursprünglich keine oder kaum eine Borzugsstellung vor anderen Wertpapieren, so beginnen Staat und Reich jest systematisch eine solche herzustellen. Das deutsche kapitalanlegende Bublikum hat in neuerer Beit für die Aufnahme bon heimischen Staats= und Reichspapieren eine außerordentliche Rauflust und Kaufkraft in steigendem Maße betätigt 1. Man sucht dadurch Käufer anzulocken, daß man von Stempelgebühren usw. absieht und die Einschreibung in die Schuldbücher erleichtert, wodurch die Gefahr eines Berlustes oder einer Berlosung vermieden wird. Durch die Novelle zum preußischen Staatsschuldbuchgeset vom 22. Mai 1910 find nicht weniger als 11 000 Kaffenstellen (alle Bostämter, Regierungs= und Reichsbankkassen) ermächtigt, Einzahlungen anzunehmen. Die Eintragung erfolgt ebenso wie die Berwaltung gebührenfrei, und die Zinsen werden kostenlos zugesandt oder auf Bank- und Rostscheckkonto überwiesen. So waren denn Ende März 1912 allein in Preußen über 3 Milliarden Mt., d. i. 33,1 Proz. der gesamten eintragungsfähigen Staatsschuld eingeschrieben. Bon 49 682 offenen Konten entfielen März 1910 nicht weniger als 39,5 Proz. auf Kapitalbeträge bis 4000 Mf., 21,8 Proz. auf Kapitalbeträge von 4-10 000 Mt., 25,8 Proz. auf folche von 10-50 000 Mf. und 12,9 Proz. auf folche über 50 000 Mf. Mit den

¹ Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes bestreffend Anderung im Finanzwesen, Teil IV, S. 249.

früheren Jahren verglichen, zeigt sich hier eine steigende Benutzung besonders seitens der kleineren Kapitalisten. Und auch das Reich sucht den Käufern seiner Anleihen entgegenzukommen. Das Reichsschulds buch wurde 1892 angelegt. 1908 waren 677 Millionen in ihm einsgetragen. Der Einzelbetrag des Guthabens der physischen Personen ist in Abnahme begriffen, was auf eine steigende Zunahme der Einstragung von kleineren Kapitalbeträgen schließen läßt. Während 1895 der Durchschnittsbetrag eines Guthabens einer physischen Person rund 49 300 Mk. betrug, sank er bis 1901 auf 36 900, um dann 1908 31 150 Mk. zu betragen.

Wenn den Sparkassen aber noch jährlich bedeutende Kapitalien zuströmen, so kann man annehmen, daß es hauptsächlich Anlagen zu vorübergehenden Zwecken sind, und die Tatsachen bestätigen diese Annahme. Eine ungünstige oder unsichere Gestaltung der allgemein wirtsichaftlichen und politischen Lage führt viele großen Einlagen zu den Sparkassen, da sie durch ihre Sicherheit und hohen Zinssuß dort eine günstige Unterkunst erhalten; eine Besserung jener Verhältnisse treibt derartige Verlegenheitseinlagen aber wieder in Menge aus den Kassen heraus und führt leicht auch die größeren Guthaben kleinerer unsersahrener Leute, die in ihrem eigenen Interesse biel besser bei den Sparkassen blieben, anderen Formen der Anlegung zu.

Vorübergehende Kapitalien suchen besonders gern die Sparkassen auf, weil der Ankauf von Wertpapieren für vorübergehende Anlage von Geldern stets mit einem gewissen Risiko verknüpft ist. So erscheint eine Anlage in Reichs- und Staatspapieren für vorübergehende Zwecke nur dann vorteilhaft, wenn Kursschwankungen selten vorkommen. Dies trifft aber für die deutschen Papiere nicht zu. Die Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Kurs für die $3^{1/2}$ prozentige unkonvertierte Reichsanleihe in Berlin betrug z. B. im Jahre:

```
1887
           4,35 Proz.
                              1895 . .
                                         1,90 Proz.
1888 . .
                              1896 . .
                                         2,70
           4,10
1889 . .
           2,70
                             1897
                                         1.90
                              1898 . .
                                         3,20
1890 . .
           6,40
1891 . .
           2,75
                              1899 . .
                                         5,—
1892
           2,40
                             1900 .
                                         6,35
1893
           2,40
                             1901 . .
                                         5,95
                                         2,10
1894
           4,30
                             1902
                                               ,,
                                               14 *
```

```
1903 . . 2,30 βrυδ. 1907 . . 6,40 βrυδ.

1904 . . 1,70 ,, 1908 . . 4,10 ,,

1905 . . 2,30 ,, 1909 . . 3,75 ,,

1906 . . 3,80 ,, 1910 . . 2,30 ,, 1
```

Diese Zahlen zeigen, daß die Anlage in Reichs= und Staatspapieren für vorübergehende Zwecke ein ganz bedeutendes Risiko in sich schließen kann. Besonders in Zeiten der Hochkonjunktur werden viele vorüberzgehende Anlagen in dauernde festgelegt; diese Zeiten weisen aber auch die größten Schwankungen der Kurse auf. Von 1897 bis 1900 wuchs die Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Kurs von 1,90 auf 6,35 und in den Jahren 1904—1907 stieg sie von 1,70 auf 6,40; je höher die Konjunktur, so stärkere Schwankungen im Kurse!

Borteilhaft erscheint ferner die Benutzung der Sparkasse für vor- übergehende Anlage, wenn man berücksichtigt, daß Ein- und Auszahlung bei der Sparkasse mit weniger Mühe verbunden ist als ein entsprechender Kauf und Berkauf von Papieren, bei denen man noch Bermittelungsegebühren zu zahlen hat. Die von den Sparkassen seiten eftgesetzten Kündigungsfristen halten Anlagen zu vorübergehenden Zwecken auch nicht fern, da diese bei den Sparkassen im allgemeinen nicht eingehalten werden. Die Sparkassen unterscheiden sich hierin wesentlich von den Banken. Diese zahlen Kapitalien vor Kündigungsfrist nur zegen eine angemessene Provision aus. Dadurch erziehen sie einmal das Publikum dazu, Kapital nicht vor Kündigung der Bank zu entziehen, und andersseits erhalten sie einen Geschäftsgewinn.

Verfolgen wir den Überschuß der Einnahmen über die Rücknahmen im Laufe der Jahre, so sehen wir, daß dieser Überschuß im Laufe der Jahre größeren Schwankungen unterworsen ist, was aus zunehmendem Vorhandensein von vorübergehenden Kapitalien zu erklären ist.

In Millionen Mark betrug der Überschuß der Neueinzahlungen über die Rücknahmen:

1871		59,18	1876		68,82
1872		93,59	1877		37,09
1873		126,19	1878		22,19
1874		125,86	1879		51,27
1875		95,41	1880		72,10

Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Underung im Finanzwesen. IV. Band S. 6 und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, S. 68*.

	_	-				
1881			68,66	1896		187,97
1882			74,30	1897		186,91
1883			95,09	1898		182,26
1884			92,07	1899		145,47
1885			86,59	1900		95,37
1886			127,36	1901		312,67
1887			132,03	1902		311,94
1888			141,94	1903		300,18
1889			135,83	1904		314,64
1890			98,28	1905		301,47
1891			38,57	1906		243,83
1892			52,96	1907		76,34

Die Zahlungsbereitschaft der preußischen Sparkassen.

In den Krisenjahren 1894/95, 1901/02 und 1908/09 bemerken wir einen ganz besonders starken Überschuß der Sinzahlungen über die Rückzahlungen, während z. B. in den Jahren der Hochkonjunktur 1898—1900 und 1905—1907 der Sinzahlungsüberschuß im starken Fallen bezgriffen ist.

98,90

233,05

1908 . . . 161.96

454.67

443,45

1909 . . .

1910 . . .

1893 . . .

1895 . . .

1894 . . . 145,56

Reine Sparer werden die Sparkassen im allgemeinen nur in Zeiten der Hochkonjunktur benutzen können. Die starke Zunahme in Krisenzeiten wird hauptsächlich veranlaßt durch einen Bechsel in der Untersbringung flüssiger Gelder, die jetzt aus Mißtrauen gegen Banken und dem Sinken des Zinssußes für kurzfristige Anlagen den Sparkassen zuströmen.

Noch schärfer zeigt sich die Tendenz der Benutung der Sparkassen zur vorübergehenden Anlage, wenn man nicht die alle Sparkassen umsfassenden Durchschnittszahlen betrachtet, die wegen ihrer großen Verschiedenheit ein verwischtes Bild geben, sondern nur die Sparkassen größerer Städte ins Auge faßt. Im Jahre 1901 zu Beginn der Krisse wurden mit einem Male die Sparkassen mit Einzahlungen in einer Beise überschwemmt, daß sie Mühe hatten, die Gelder nutbringend anzulegen. Das Statistische Jahrbuch Deutscher Städte 1904, das für die Sparkassen von 52 Städten die Geschäftsergebnisse bringt, zeigt, daß sich gegen das Vorjahr der Einlagenbestand des Jahres 1900 um 2,9 Proz., dagegen der des Krisenjahres 1901 um 8,5 gehoben hat.

Bei der letzten Hochkonjunktur 1905—1907 nahm an den Sparkassen der dom Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte 1 ausgeführten Gesmeinden der Überschuß der Neueinzahlungen über die Rückzahlungen gewaltig ab; im Krisenjahr 1908 schnellte er dagegen in die Höck. Im einzelnen betrug der Überschuß der Neueinzahlungen die Rückzahlungen in Millionen Mark:

```
im Jahre 1904 . . + 102,— Mill. Mf.

,, ,, 1905 . . + 89,3 ,, ,,

,, ,, 1906 . . + 45,8 ,, ,,

,, ,, 1907 . . - 63,3 ,, ,,

,, ,, 1908 . . + 48,8 ,, ,,
```

Mit Recht spricht Barthelme von einem "launenhaften Un= und Abfluten der Sparer, je nachdem die wirtschaftliche Lage des Augen= blicks oder die Lage des Geldmarktes die Benutung der Sparkasse mehr oder weniger vorteilhaft erscheinen läßt".

Welche Forderungen sind nun bei dieser Entwicklung der Einlagen für den Grad der nötigen Liquidität zu ziehen? Der Grad der nötigen Liquidität müßte im Lause der Entwicklung größer werden! Da nun, je liquider die Anlage, so geringer der Gewinn ist, dieser auch nicht durch Spekulationsgeschäfte oder weitere Minderung der Verwaltungsstosten bergrößert werden kann, müßte eigentlich der von den Sparkassen, die den höchsten Zins geringer werden. Nun weisen aber die Sparkassen, die den höchsten Zins gewähren, auch die höchsten Einlagen auf. Die hohe Verzinsung können die Sparkassen, wie die solgende Tabelleszeigt, nur durch illiquide Anlage ihrer Kapitalien gewähren.

```
(Tabelle fiebe Seite 2!5.)
```

Die Sparkassen, die den geringsten Zinsfuß gewähren, haben also den größten Prozentsat in Inhaberpapieranlage aufzuweisen, während die die höchsten Zinsen gewährenden Kassen ganz überwiegend hypothekarische Anlegung ihrer Gelder pflegen.

¹ Jahrgang 1910. S. 158.

² Barthelme, a. a. D. S. 57.

³ Silbergleit, Bolfswirtschaftliche Zeitschrift "Die Sparkasse" 1909. 15. März.

		In Prozent der Gesamtanlage betrug die Anlage in			
Sparkaije der Stadt	0/0	Hypo= theten	Dar= lehen	Reichs= u.Staats= anleihe	Sonstigen Inhaber= papiere
Berlin	30 31 30 30	22 58 50 40		35 21 21 23	43 8 18 24
Durchschnitt		$42^{1/2}$	$5^{1/2}$	25	23
Frantfurt a. M	$3^{1/2}$ $3^{1/2}$ $3^{1/2}$ $3^{1/2}$	49 47 63 37	$\frac{-}{20}$ $\frac{8}{49}$	18 27 12 5	31 6 17 9
Durchschnitt		49	19	$15^{1/2}$	16
Bochum	4 4 4 4	75 65 72 70	8 13 7 10	3 4 14 13	11 17 5 7
Durchschnitt		$70^{1/2}$	$9^{1/2}$	8'/2	10

Für das Jahr 1910 läßt sich sogar für ganze Provinzen nachweisen, daß die Provinzen, die den höchsten Einlagenzins gewähren, die wenigsten Wertpapiere und die meisten Hypothekenanlagen aufweisen.

Provinz	Durchschnitt=	Zahl	Davon hatten	Davon hatten
	liche Ver=	der	unter 10%	über 75%
	zinfung der	Spar-	Inhaber=	Hypothekens
	Einlagen	taffen	papicranlage	anlage
Schleswig-Holftein	3,83 3,65 3,61 3,19 3,17 3,09	212 214 258 145 122 205	197 110 80 20 6 32	117 115 78 26 7

Ganz klar zeigt sich hier: je höher der Zinsfuß, so illiquider die Anlagen!

Wir sehen also einen berhängnisvollen Kreislauf: Bom Übersichußstreben erfüllt, suchen die Sparkassen durch hohe Zinsbers

¹ Der Gewinn, den die Garantieverbände aus den Sparkassen ziehen, ist beträchtlich. Im Jahre 1910 betrug er 25,68 Will. Mt. Seit Bestehen der Kassen wurden im ganzen sast 1/2 Williarde (441,38 Will. Mt.) den Garantieverbänden zu öffentlichen Zwecken überwiesen.

sprechungen große Einlagen heranzulocken. Der hohe Zins wird nur durch illiquide Anlagen möglich gemacht. Die großen Einlagen suchen die Sparkassen mehr und mehr nur für vorübergehende Anlage auf. Je mehr Einlagen dieser Art kommen, um so illiquider werden die Sparkassen tatsächlich, während sie eigentlich liquider werden müßten.

§ 3.

Kaffenführungseinlagen.

Die Größe der Kassensührungseinlagen ist bei den einzelnen Sparkassen sehr berschieden und zahlenmäßig schwer sestzustellen. In der Literatur wird ihre Größe sehr verschieden angegeben. In der Bankenquete (Berhandlungen der Gesamtkommission zu Punkt 6 des Fragebogens) spricht Adolf Wagner die Meinung aus, daß die Sparkasseneinlagen zu 80—90 Proz. "wirkliche Spargelder" darstellen. Rießer dagegen führt einen Sachverständigen an, der mitteilte, daß in Sparkassenstreisen allgemein die Ansicht bestehe, daß von den Einlagen ungefähr 30 Proz. den Charakter vorübergehender Depositengelder tragen. Ein Teil der im vorigen Paragraphen erwähnten vorübergehenden Kapitaleinlagen mag auch hierhin gehören.

Die reinen Spareinlagen werden in kleinen Beträgen eingezahlt, abgehoben dagegen im allgemeinen in einer einmaligen größeren Summe. Bei Kassenführungsgeldern dagegen sind Einzahlungen und Rückzahlungen im Durchschnitt gleich groß. Bergleicht man die Durchschnittseinzahlungen und »Rückzahlungen der einzelnen Kassen miteinander, so zeigt sich ein großer Unterschied unter den einzelnen Kassen. Es scheinen z. B. für das Jahr 1908 folgende Kassen mehr den reinen Sparverkehr gepflegt zu haben und dadurch reine Sparkassen.

Es betrug im Durchschnitt bei der Sparkaffe:

	Die Ein= zahlung Mf.	Die Rück- zahlung Wt.
Frantsurt (Frantsurter Spartasje).	32	173
Rarlsruhe (Privatspartasje) .	109	383
Augsburg (Städtische Spartasje) .	86	171
Elbing (Vandtreisspartasje)	292	554
Kiel (Städtische Spartasje)	105	221
Nürnberg (Städtische Spartasje) .	77	156

¹ Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte. 17. Jahrgang. 1910.

Folgende Kassen scheinen dagegen mehr Kassensührungsgelder auf= zuweisen und dadurch mehr zu Depositenbanken ausgewachsen zu sein.

Es betrug im Durchschnitt 1908 1 bei der Sparkasse:

	Die Ein= zahlung Mt	Die Rück- zahlung Mt.
Braunschweig (Städtische Sparkasse) Cöln (Städtische Sparkasse) Düsselberfeld (Städtische Sparkasse) Elberfeld (Städtische Sparkasse) Königsberg (Städtische Sparkasse) Ruxdorf (Städtische Sparkasse) Ruxdorf (Städtische Sparkasse) Bonn (Städtische Sparkasse)	59 238 264 201 160 114 223	57 232 245 229 178 111 238

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zwischen reinen "Sparfassen" und "Depositenbanken" besteht in der Regel der Rückzahlungen, die auf 100 Einzahlungen kommen. Der reine Sparer wird viele, im einzelnen kleine, Einzahlungen machen, dagegen nur wenig Rückzahlungen fordern, während der Einleger von Kassengelbern die Sparkassen die ihm die Wage halten. Stellen wir für die obengenannten Sparkassen die Ziffern der Kückzahlungen auf 100 Einzahlungen sest, so sinden wir, daß die oben als reine Sparkassen bezeichneten Anstalten die geringste Zahl von Kückzahlungen aufweisen, während die als Depositenbanken bezeichneten Kassen bedeutend mehr Kückzahlungen zeigen.

Auf 100 Einzahlungen kommen Rückzahlungen im Jahr 1908 1:

	Bei den "Reinen Sparkassen"		Bei den "Depositen= banken"
Frankfurt	12 30 54 44 52 59	Braunschweig Cöln Düffelborf Elberfelb Königsberg Riydorf Bonn	99 91 98 76 105 72 88

¹ Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte. 17. Jahrgang. 1910.

Bei manchen Sparkassen übertreffen die Einzahlungen sogar die Rückzahlungen. Im Jahre 1909 war dies bei acht hauptsächlich in Rheinland-Westfalen liegenden Sparkassen der Fall. (Cöln, Danzig, Rigdorf, Bochum, Bonn, Coblenz, Oberhausen, Mülheim am Rhein.)

Ein starkes Wachstum der Kassenführungsgelder wird zweifellos noch in Zukunft erfolgen. Durch den Erlaß des Ministers des Innern bom 20. April 1909 ift ben Sparkaffen erstens ein reiner Schedverkehr auf Sparguthaben und zweitens ein Scheckverkehr in Berbindung mit Depositen= und Kontokorrentverkehr gestattet. den Sparkaffen und ihren Verbänden ist diefer Erlag begeistert aufgenommen worden. Erwähnenswert erscheint hier der Mini= sterialerlaß vom 4. Oktober 1892, der im allgemeinen den Sparkassen einen Kontokorrentverkehr mit der Garantiegemeinde untersagt, weil dieser "nicht den Sparkassen, sondern wesentlich den Gemeinden zugute kommen würde und eine derartige Einrichtung geeignet sein würde, den eigentlichen Charakter der Sparkaffen zu verwischen und ihm mehr das Gepräge von Bankinstituten zu verleihen." Der neueste Erlaß vom 20. April 1909 erlaubt den Sparkaffen den Kontokorrentverkehr nicht nur mit der Garantiegemeinde, sondern gar mit privaten Ginlegern.

Der reine Scheckverkehr auf Sparguthaben soll dem Sparkassen= kunden eine erleichterte Zahlungsform gewähren. Er wendet sich hauptsächlich einmal an die wachsende Zahl der zu bestimmten Zeit= punkten Behalt empfangenden Personen, und dann an die Rlein- und Mittel-Gemerbetreibenden, die teine Bant- oder Genoffenschaftsverbindung haben, und für die ein Kontokorrentverkehr nicht lohnend er= scheint. Beamte, kleine und mittlere Gewerbetreibende werden aber nur dann durch Scheck ihr Guthaben auszahlen laffen, wenn es ihnen lohnend erscheint und es ist sehr fraglich, ob das der Fall ist oder sein wird. Für den Runden weift der Scheck eine Reihe von Nachteilen auf. Er ist ein Bapier, das formell richtig ausgestellt sein muß, und förmlich rechtsverbindliche Schriftstücke find überhaupt im deutschen Bolke nicht beliebt. Dazu bringt die Übertragung der Raffenführung an die Spar-Kaffe die Gefahr mit sich, daß sich der Runde über die Größe seines Gut= habens täuscht, die Übersicht verliert, und dadurch Einnahmen und Ausgaben aus dem Ginklang bringt. Bor allem bedeutet der Scheckstempel

¹ Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte. 18. Jahrgang. 1912.

eine ganz wesentliche Berteuerung dieses bargeldlosen Zahlungs= verkehrs. Dieser wird wohl nur dann in die mittleren und unteren Bevölkerungskreise eindringen, wenn diese nicht eine andere Möglichkeit haben, auch ohne Scheck ihr Geld täglich verzinslich anzulegen. Und diese Möglichkeit ist bei den Sparkassen borhanden. Beamte können ihr Gehalt an die Sparkasse überweisen lassen. Es werden da in der Hauptsache Beamte mit vierteljährlicher Gehaltszahlung in Betracht kommen, da bei monatlicher Zahlung diese Beträge sogleich zur Bestreitung des Lebensunterhaltes benötigt werden und der Nupen des Kontohaltens zu gering ist. Bei der städtischen Sparkaffe in Frankfurt werden vierteljährlich von 1059 Beamten und Lehrern 1 038 000 Mf. den Banken und Sparkassen überwiesen, davon 55 Proz. der städtischen Sparkasse. Im Jahre 1908 wurden in 2820 Posten der Sparkaffe 2 295272 Mk. überwiesen. Die Abhebung diefer Beträge geschicht regelmäßig derart, daß etwa 25 Proz. alsbald, weitere 30 Proz. bis Ende des ersten und je 20 Proz. bis Ende des zweiten und dritten Quartalmonats abgehoben werden 1. Für die Beamten er= scheint die Gehaltsüberweifung besonders beguem zu sein, da sie die meisten Bahlungen am Monatsende zu leisten haben und die hierzu nötige Summe durch einen Bang bei der Sparkaffe abheben können. Auch für die kleinen Gewerbetreibenden, die bis jest überhaupt kein Bankkonto hatten, ist es aus ähnlichen Gründen zweckmäßiger, ihr Raffengeld der Sparkaffe nicht als "Guthaben mit Scheckverkehr", sondern als reines "Sparguthaben" zuzuführen.

Die Sparkassen müssen nach dem Ministerialerlaß den gleichen Zins für Guthaben auf Scheckverkehr wie auf Sparguthaben zahlen. Der letztere Zinssat ist, wie oben gezeigt, hoch; darum erscheint es möglich, daß dem Scheckverkehr auf Sparguthaben auch Einlagen von Gewerbetreibenden zustließen, die schon ein Bankkonto ausweisen und den Scheckverkehr wegen großer Umsätze auch nötig haben. Diese Einsleger werden nur solange der Sparkasse auch nötig haben. Diese Einsleger werden nur solange der Sparkasse als Kunden angehören, als der Sparkassenschießenzins höher ist als der entsprechende Bankzins und als sie selbst keinen Kredit in Form des Kontokorrents benötigen. Steigt der Bankzins über den von der Sparkasse gewährten, oder bedürsen die Kunden eines Kredits, so werden sie die Sparkasse verlassen und sich

¹ Denkschrift aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der städtischen Sparkasse, Franksurt a. M. 1910, S. 23.

wieder der Bank zuwenden, zumal der Kredit, den sie von der Sparskasse erhalten können, für sie nicht in Betracht kommt.

Der hohe Zins für borübergehende Einlagen bedeutet eine unsgerechtfertigte Begünstigung der Schecks und Kontokorrentkunden den reinen Spareinlegern gegenüber, die die hohen Berwaltungskosten des Schecks und Kontokorrentverkehrs durch verminderten Zinsgewinn oder durch Unmöglichkeit der zeitigen Zurückahlung der anvertrauten Gelder bezahlen müssen.

Welche Bedeutung hat der Scheckverkehr auf Sparguthaben für die Sparkasse seichet Betarkassen sind verpflichtet, mindestens 30 Proz. der im Scheckverkehr befindlichen Gelder in liquiden Mitteln anzulegen. Genügt dieser Sah? Wir haben angenommen, daß die Beamten, deren Guthaben ziemlich regelmäßig abgehoben wird, dem Scheckverkehr nicht beitreten werden, und daß auch die kleineren Gewerbetreibenden ihre Einlage vorteilhafter als reine Spareinlagen der Sparkasse zuführen. Das hat u. a. die wichtige Folge, daß auch jeht bei den Sparkassen keine reine Scheidung vorhanden sein wird zwischen Anlages und Betriebsskapitalien, daß etwa bei den Spareinlagen nur Anlagekapital oder auf anlagefähige Höhe zu bringendes Kapital vorhanden ist, während die Betriebskapitalien bei den Sparkassen unter Schecks und Kontokorrentsguthaben zu suchen sind. In Sparkassenkreisen wird zweifellos das Streben erzeugt werden, für die reinen Spareinlagen mit einem gesringeren Liquiditätsgrad sich zu begnügen.

Da die Guthaben, die sich des Scheckverkehrs bedienen, zum großen Teil die Sparkassen nur vorübergehend aufsuchen, so ist ein Liquiditätssgrad von 30 Proz. kaum ausreichend. Der reine Scheckverkehr auf Sparguthaben erscheint auch den Sparkassen selbst als nicht gewinnsbringend; sie pflegen ihn nur, weil er durch Ministerialerlaß ein wesentlicher Bestandteil des noch zu besprechenden Kontokorrentsverkehrs ist 1.

¹ In dem Berichte des Sparkassenkonferenzbezirks Arnsberg ("Die Sparkasse" 15. März 1910) heißt es: "Der Scheckverkehr auf Sparguthaben kann für die Sparkasse nicht gewinnbringend sein, weil die im Scheckverkehr befindlichen Guthaben keiner geringeren Verzinsung unterliegen dürsen als sonstige Spareinlagen und mindestens in höhe von 30 Proz. in jeder Zeit liquiden Mitteln anzulegen sind." Auf der letzten Hauptversammlung des Schlesischen Sparkassenberbandes ("Die Sparkasse" 15. Juni 1910) sagte der Reserent: "Die Verhandlungen der Sparkassenlegen erkennen, daß dem

Auch vom Standpunkte der Allgemeinheit hat eine größere Ausdehnung des Scheckverkehrs ihre Bedenken. Scheck und Banknote stehen miteinander in einer gewissen Konkurreng. Der Scheck ist ein privates Zahlungsversprechen, während die Banknote ein unter der Autorität des Staates mit angemessener Bardeckung versehenes Zahlungsmittel darstellt. Durch den Scheckverkehr wird die Banknote und damit das Bargeld aus dem Verkehr verdrängt und im Falle einer Krijis mangelt es daran. Verwendet man dagegen als Ersakmittel für Metallgeld Banknoten, so erfährt die Goldreserve der Reichsbank eine Berstärkung und im Krisenfalle kann einem erhöhten Verlangen nach Bargeld entsprochen werden. Da Sched und Banknote sich nicht gleichzeitig fördern laffen, so verdient dasjenige besondere Ausbreitung, das bom Standpunkte der Allgemeinheit den Borzug berdient, und bas ist die Banknote 1. Eine Ausdehnung des reinen Scheckverkehrs der Spar= kassen scheint also weder für die Einleger, noch für die Sparkassen, noch für die Gesamtheit Vorteil zu bedeuten.

Der Zweck des Scheckverkehrs in Verbindung mit Depositen= und Kontokorrentverkehr ist einmal die Einführung besserer Zahlungs= gebräuche durch den Kontokorrent= und Giroverkehr und serner die Gewährung von Kredit an die Sparkassenkunden. Hierdurch betreten die Sparkassen vollständig bankmäßigen Boden. Als Folge dieser Einzichtung hoffen sie die Gesahr zu vermeiden, zahlreiche Kunden zu verlieren und ihren Kundenkreis nicht allein zu erhalten, sondern auch zu vermehren 2.

Durch die Einführung des Kontokorrent= und Giroberkehrs suchen die Sparkassen die gesamte Kassensührung ihrer Kunden an sich zu nehmen. Es handelt sich hier wohl um Gelder aus schon höheren Schichten des Gewerbe= und Kausmannstandes. Ob diese nun ihre Gelder im Kontokorrentverkehr der Sparkasse oder einer Bank oder Genossenschaft zuführen, hängt von dem Vorteil ab, den sie hier oder

Scheck keine große Bedeutung für unser gesamtes Sparkassenwisen zugestanden wird. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil er für die große Masse des nicht bankmäßig geschulten Sparkassenpublikums für unzweckmäßig erachtet wird."

¹ Schumacher, Die deutsche Geldverfassung und ihre Resorm. Schmollers Jahrbuch. 32. Jahrgang. 4. Heft.

² Bgl. Erklärung zur Ginführung des Schedverkehrs bei der ftädtischen Sparkasse in Duffelborf. 1910.

dort erwarten. Der Ministerialerlaß spricht nur von Giroüberweifungen bon einem Guthaben der Sparkaffe auf ein anderes Guthaben derselben Kasse. Es ist also Voraussehung, daß Zahlungsempfänger und Zahlender Runden derfelben Sparkaffe find. Da nun die Kreise, die sich dieses Verkehrs bedienen, dem besseren Mittelstande angehören, der auch schon einen großen Teil Bank- und Genossenschaftskunden aufweist, der ferner nach anderen Orten wachsende Geschäftsverbin= dung hat, so ist ein Giroverkehr nur innerhalb einer Sparkasse ein Torso, eine Unbequemlichkeit größter Art. Ansätze werden jetzt ge= macht, durch einen fast alle Sparkaffen umfaffenden Giroverband Abhilfe zu schaffen; es wird dadurch neben der Demokratisierung auch die nötige Vereinheitlichung des Giroverkehrs erstrebt. Aber auch dann wird der Giroverkehr vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit aus schwere Bedenken aufweisen. Bunächst mangelt ihm eine breite Unterlage, die für wirkliche Demokratisierung nötig ist. Es ist fraglich, geradezu unwahrscheinlich, daß alle (z. B. die Land=) Sparkassen dem Girv= verbande beitreten. Dazu find die Kassen im Kontokorrentverkehr durch den Ministerialerlaß auf 10 Proz. ihrer Gesamteinlagen beichränkt. Es erscheint ferner kaum möglich, daß der Sparkaffengiroverkehr sich hineinfügen wird in die schon bestehenden Giroverbände der Reichsbank, der Großbanken, der Genoffenschaften und des aufblühenden Postscheckverkehrs.

Nun kann den Kunden des Scheds und Kontokorrentverkehrs auch von der Sparkasse Kredit gewährt werden; aber nur auf Grund derselben Sicherheiten wie sie bei Ausleihung der Spareinlagen verslangt wird. Neben dem durch Berpfändung von Bertpapieren zu ershaltenden Kredit kommt hier also noch der Personalkredit in Betracht. Mündelsichere Bertpapiere pslegen nur wenig im Besitze von Gewerbestreibenden zu sein. Und auch die Gewährung von Personalkredit wird für Geschäftsleute bei der bureaukratischen Leitung der Sparkasse nur wenig vorteilhaft sein. 1910 waren nur 3,45 Kroz. der Gesamtanlage gegen Schuldschein, Bechsel und Faustpfand ausgeliehen.

Welche Folgen hat der Schecks und Kontokorrentverkehr für die Sparkassen? Zunächst haben sie ihre bureaukratische Leitung, die für reine Spareinlagen genügt oder sogar einen Borteil darstellt, abzuslegen. In der Nassauischen Sparkasse haben die 633 Kontoinhaber des

¹ Zeitschrift 1911. S. 421.

Kontokorrentverkehrs, die ein Guthaben von 4 Mill. Mk. aufweisen, einen Gesamtumsatz von 20 Millionen, während die 93 Mill. Mk. betragenden Guthaben der reinen Sparer nur einen Umsatz von 46 Mill. Mk. aufzuweisen haben. Der Umsatz im Kontokorrentverkehr ist also 10 mal so groß wie im Sparverkehr. Es ist selbstverständlich, daß hierfür eine rein kaufmännische Leitung nötig ist, wenn nicht die ganze Sache Stückwerk bleiben soll 1.

Im allgemeinen pflegt die Kontokorventkundschaft der Banken abhängiger zu sein als die Depositenkundschaft, da erstere mit der Bank eng verbunden ist, oft von ihr gegründet wurde. Diese Kundsichaft wird ihr Guthaben nur im größten Notfalle bei der Bank kündigen. Die Banken haben oft auch solche Macht über die Unternehmungen, daß sie deren Politik ganz nach ihrem Bunsche leiten können. Das fällt alles bei den Sparkassen fort. Es besteht keinerlei Berbindung zwischen den Sparkassen und ihren Kunden, da ja der Kredit von seiten der Sparkasse für diese kaum in Betracht kommt, und der Gewerbetreibende im Notfall seinen Kredit anderstwo suchen muß.

Den Sparkassen ist für ihre Sched- und Kontokorrentgelder eine Liquidität von 75 Proz. vorgeschrieben. Dieser Prozentsat erscheint auf den ersten Blick hoch. Während aber bei der Reichsbank im alls gemeinen eine Abschreibung von einem Konto einer Zuschreibung auf ein anderes Konto entspricht, d. h. nur eine Verschiebung stattsindet, ist dies bei den einzelnen Sparkassen wegen der schmalen Grundlage, auf die der Sched- und Kontokorrentverkehr aufgebaut ist, nur selten der Fall. Die solgende Tabelle zeigt, daß die Genossenschaften, deren Mitglieder Kausseute sind, einen bedeutend höheren Liquiditätsgrad ausweisen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß hier eine enge Versbindung zwischen der Genossenschaft und den Kunden besteht.

Genoffenschaft	Kaufleute in Pros zent d. Mitglieder	Die sofort realisierbaren Aktiva betragen% d. kurz= fälligen Berbindlichkeiten
1	39,5	68,2
2	47,8	121,8
3	52,2	143,8
4	55,8	162,0

¹ Die Sparkaffe 1908. Nr. 627.

² Ehlers, Kreditgenoffenschaftliche Probleme.

Selbst wenn bei den Sparkassen die Kontokorrentgelder zu 100 Proz. liquide angelegt würden, so macht das doch nur 10 Proz. der Gesamtanlagen aus. Es sind nun zweisellos viele Kassengelder, die nach ihrer Art zu den Kontokorrentgeldern gehören, bei den reinen Spars und den einsachen Scheckeinlagen vorhanden, sür die ein geringerer Liquiditätsgrad genügen soll. Selbst wenn also 75 Proz. genügend wären, so leidet die Gesamtliquidität der Sparkassen doch durch Einsührung des Kontokorrentverkehrs, wenn nicht auch sür die anderen Einlegearten eine höhere Zahlungsbereitschaft erreicht wird.

Der Schecks und Kontokorrentverkehr scheint bei den Sparkassen keiner großen Ausdehnung fähig zu sein, selbst wenn die Beschränkung von 10 Proz. fallen sollte. Im Jahre 1910 waren von 1711 Sparkassen nur 151 mit Kontokorrenteinrichtungen versehen. Der Bestand an Kontokorrenteinlagen betrug 18,145 Mill. Mk., davon entsielen allein 15,229 Millionen auf Schleswig-Holstein, Hessen-Kassau und die Rhein-prodinz. Die Aufgaben und das Besen der Sparkassen verändert er vollständig. Neben Spareinlagen, neben größeren Kapitaleinlagen werden jetz Kassensührungseinlagen angenommen; d. h. fast alle Bevölkerungskreise dis zum besten Mittelstand herauf können mit der Sparkasse in Berbindung stehen; jeder mit einem anderen Ziel; und bei allen diesen Aufgaben besindet sich die Sparkasse — abgesehen von der Annahme der Spareinlagen — in Konkurrenz mit anderen Instituten und Einrichtungen, die diese Aufgaben eher gepflegt haben und auch besser pslegen können.

Rapitel II.

Die Anlagen der Sparkassen, ihre Entwicklung und Zahlungsbereitschaft.

Die Anlegung der Gelder der Sparkassen hat wie bei den Berssicherungsgesellschaften erst eine Bedeutung in zweiter Linie, sie soll eine sichere Unterbringung der andertrauten Kapitalien darstellen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts gewinnt der Gesichtspunkt der "gemein-nützigen" Anlage an Bedeutung; den Bevölkerungskreisen, aus deren Bezirk die Einlagen stammen, soll auch wieder die Anlage der Kapitalien zugute kommen. Bei der Größe der anzulegenden Kapitalien

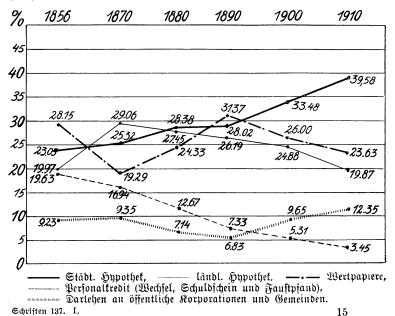
sind die Sparkassen wohl imstande, einen Ginfluß auf die Rredits verhältnisse der in Betracht kommenden Rreise auszuüben.

Die hauptsächlichsten Anlagen der Sparkassen sind Hypotheken und Wertpapiere; daneben spielen Anlage in Personalkredit und Darlehen an öffentliche Korporationen, Gemeinden usw. eine im Laufe der Zeit sehr verschieden wichtige Rolle. Das Wachstum der Gesamtanlagen und die Zunahme der Hypotheken= und Wertpapieranlage ver=anschaulicht folgende Tabelle:

An electric at 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	Die Gesamt=	Davon waren angelegt in			
Jahr	anlage der Spar- fassen betrug in Mill. Mt.	ftädtischen Hypotheten in Will. Mt.	ländlichen Hypotheken in Mill. Mk.	Wertpapieren in Mia. Mf.	
1856 1870 1880 1890 1900 1910	92,2 507,47 1640,4 3417 5975,5 11588,95	21,26 131,5 465,6 957,5 2000 4586,8	18,4 144,4 450,3 895,1 1486,7 2302,8	25 96 97,9 399 1072 1553,7 2738,5	

Die folgende Tabelle zeigt die Berschiebung, die im Laufe der Zeit die einzelnen Anlagearten erfahren haben.

In Prozenten der Gesamtanlage waren in den einzelnen Jahren angelegt:



§ 1.

Die liquiden Anlagen der Sparkaffen.

(Barfonds, Bankguthaben und Wertpapieranlage.)

Der Barfonds der Sparkaffen hat die Aufgabe, den Ruckforde= rungen gerecht zu werden und die Mittel zur nötigen Kreditgewährung Diese lettere Aufgabe kommt dann in Betracht, wenn durch die erste nicht schon alle Barmittel verwendet worden sind. Der Barfonds sept sich zusammen aus dem Überschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen und aus den Zahlungen, die der Sparkasse als Bläubigerin für die zinsbare Ausleihung ihrer Rapitalien zufließen. Naturgemäß haben die Sparkaffen das Bestreben, mit einem möglichst geringen Barfonds auszukommen. In normalen Zeiten ist das auch möglich, da im allgemeinen die Einzahlungen die Rückzahlungen über= treffen. Tritt aber eine Stockung im Zufluß ein, und werden vielleicht auch ungewöhnliche Rückforderungen verlangt, fo hat der Barfonds die Aufgabe, und muß eine dementsprechende Sohe haben, die Zahlung so lange zu ermöglichen, bis andere Mittel realisiert worden sind, d. h. die nötige Höhe des Barfonds ist von der Größe und der Leichtigkeit der Realisierbarkeit der Anlagen abhängig. Die Höhe des Barfonds ist im Laufe der Jahrzehnte immer mehr gesunken, was erklärlich ist, wenn man bedenkt, daß allgemein die Tendenz besteht, mit weniger Bargeld auszukommen. 1910 betrug der Kassenbestand bei ben Spartaffen 1,26 Proz. der Einlagen. Es müßten im allgemeinen die Sparkaffen mit weniger liquiden Anlagen einen höheren Barfonds aufweisen. Aber weder nach den Statuten noch nach der Praxis laffen fich Beziehungen zwischen der Sohe des Barfonds und der Größe der liquiden Unlagen feststellen.

Eine berzinsliche Kasse stellen die Guthaben bei der Reichsbank, der Zentralgenossenschaftskasse und den öffentlichen Banken dar. In den Statuten der Sparkassen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts werden die Anlagen dieser Art regelmäßig als nur eventuelle bezeichenet. Sie sollen also nur dann benutzt werden, wenn sich andere Belegungsarten nicht finden. Im Jahre 1908 haben die öffentlichen Sparkassen bei der Reichsbank, Zentralgenossenschaftskasse und öffentlichen Banken in Prozenten der Gesamtanlage angelegt:

¹ Schmid und Brämer, a. a. D. S. 292 ff.

Die	Zahlungsbereitschaft	der	preußischen	Sparkassen.

Sädtische Spar	tas	ien			0,2235
Landsparkaffen					0,524
Rreissparkaffen					0,312

Insgesamt waren 1908 44,59 Mill. Mt. bei der Reichsbank, Zentralgenossenschaftskasse und den öffentlichen Banken angelegt.

Bei den preußischen Sparkassen gelten die Wertpapiere als haupt= iächlichste liquide Anlage. In der Zeit der ersten Ausgestaltung des Sparkassenwesens — bis etwa 1840 — ist die Anlage in Wertpapieren vorherrschend. Man beschränkte sich in der Hauptsache darauf, die Rapitalien in Staatspapieren und sonstigen garantierten Inhaber= papieren anzulegen 1. Seit Gründung der Rreissparkassen ist hierin eine Underung eingetreten. In den älteren Statuten vieler Preis= sparkaffen wird die Anlage in Bertpapieren zuweilen gar nicht mit aufgeführt, in anderen häufigeren Fällen nur als eine eventuelle bezeichnet; erst in Ermangelung von Gelegenheit zur anderseitigen Ber= anlagung foll von ihr Gebrauch gemacht werden 2. Seit 1856 sind die amtlichen Ziffern über die Anlagen bekannt. Damals waren von 92,2 Mill. Mk. Gesamtanlage 28,15 Proz. in Inhaberpapieren, 23,05 Broz. in städtischen und 19,97 Broz. in ländlichen Sypotheken angelegt. 1859 wurden die Anlagen in Wertpapieren ihrer Größe nach übertroffen von der in Sppotheken auf ländlichen Grundstücken. Bis Anfang der 70 er Jahre nahm die Wertpapieranlage nur langsam zu. Prozentual fiel sie von 28,25 Proz. im Jahre 1856 auf 19,29 Proz. im Jahre 1870. Dann aber war sie namentlich bei den Kassen der größeren Städte im Wachsen begriffen 3.

Der Grund für das jett stärker einsetzende Wachstum der Inhaberpapieranlage liegt begründet einmal in den großen Emissionen von Inhaberpapieren, serner in ihrem hohen Zinssatz und schließlich in dem starken Wachstum der Spareinlagen. Im Jahrzehnt 1881—1891 wuchs die Reichs- und Staatsschuld von 5,51 Milliarden auf 10,55 Milliarden und als neue Schuldverschreibungen von Bedeutung kamen die Kommunalschulden hinzu, die in diesem Zeitraum von 100

¹ Seibel, Artikel "Sparkassen" im Handwörterbuch der Staatswissen= ichaften. 2. Auflage.

² Schmid und Brämer a. a. D. S. 280.

³ Roscher. Shstem der Bolkswirtschaftslehre V, S. 279.

auf 181 stiegen. Es war erklärlich, daß die Gemeinden jetzt statt der schwierigen und umständlichen Hypothekenanlage dem Kreditbedürsnis der eigenen Gemeinde oder dem des Staates zu Hilse kamen. Begünstigt wurde die Anlage in Wertpapieren durch ihre hohe Verzinsung. Im Jahre 1881 hatten von sämtlichen Kommunalanleihen 48,40 Kroz., das ist fast die Hälfte, einen Zinssat von $4^1/_2$ Kroz. und höher 1. Im Jahre 1879 war der Realzins der preußischen Staatspapiere sast $4^1/_2$ Kroz. Eine Anlage ihrer Gelder in sicheren Hypotheken wäre den Sparkassen Ende der 80 er Jahre wegen des gewaltigen Wachsetums der Einlagen kaum möglich gewesen. Bon 1881—1889 wuchs der überschuß der Neueinzahlungen über die Nückzahlungen auf 141,9 Mill. Mk.; er verdoppelte sich seit 1881, wo er 68,6 Mill. Mk. betrug. 1888 erreichte die Wertpapieranlage ihren Höhepunkt mit 33,27 Proz. der Gesamtanlage.

Seit Anfang der 90 er Jahre trat ein Rudschritt im Bachstum, eine prozentuale Abnahme ein. Der Überschuß der Reueinzahlungen über die Rücknahmen minderte sich bis auf 38,5 Mill. Mk. im Jahre 1891 — gegen 141,9 Mill. Mk. im Jahre 1888! Dieser geringe Zuwachs kam hauptfächlich der hypothekarischen Anlage zugute. Der Realzins der preußischen Staatspapiere erreichte Mitte der 90 er Jahre seinen Tiefstand mit 3 Proz. und schreckte dadurch viele Sparkassen von einer Anlage in Wertpapieren ab. 1910 war nur noch 23,63 Proz. der Gesamtanlage in Inhaberpapieren angelegt. Absvlut genommen hat entsprechend dem ungeheuren Wachstum der Sparkasseneinlagen seit 1856 — die Wertpapieranlage zugenommen, aber sie wächst seit 1888 langsamer als die Gesamtanlage. Während von 1856—1888 die Gesamt= anlage sich verzweiunddreißigfacht hat, hat sich die Wertpapieranlage vervierzigfacht. Von 1888—1907 dagegen nahm der Gesamtbestand um das Dreifache zu, während die Wertpapieranlage sich nur um das Doppelte vermehrt hat. 1910 waren 2,7 Milliarden in Wertpapieren angelegt.

Wollen wir aus diesen Ziffern allgemeine Schlusse auf die Liquisdität ziehen, so haben wir ein Doppeltes zu berücksichtigen. Einmal sind

¹ Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Anderung im Finanzwesen. 1908. Bd. IV, S. 25.

² Artikel "Zinsfuß" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Bd. VIII.

dies Durchschnittsziffern, und ferner weisen die Inhaberpapiere einen sehr verschiedenen Grad von Liquidität auf. Der allgemeine rechnerische Durchschnitt entspricht durchaus nicht der Anlagepolitik der meisten Sparkaffen. Er gibt ein falsches Bild, soweit er nicht durch individuali= jierende Darstellung ergänzt wird. Eine diesen Anforderungen gerecht werdende Statistik fehlt; aber immerhin treten durch die Aufnahmen des Preußischen Statistischen Landesamts einige Ausnahmen scharf hervor. Nicht weniger wie 202 Sparkassen hatten z. B. 1910 nichts in Inhaberpapieren angelegt und fast ein Drittel (533) der Sparkassen weniger wie 10 Proz. Von den 212 Sparkassen der Provinz Schleswig-Holstein hatten nur 15 Sparkaffen über 10 Brog. in Wertpapieren angelegt. In dieser Provinz macht die Anlage in Inhaberpapieren nur 6,79 Proz. der Gesamtanlagen aus. Selbst wenn man berücksichtigt, daß hier die Anlage in Schuldschein und Wechsel stark vertreten ist, und wenn man diese Anlageart ganz als liquid bezeichnet — was kaum zutreffen wird - fo ist doch die Gesamtliquidität äußerst gering. 3m allergünstigsten Falle stellen 6,79 + 8,57 = 15,36 Proz. der Gesamt= anlage liquide Werte dar! Noch ungunftiger steht Westfalen da. Bon der Gesamtanlage entfallen im Durchschnitt 12,36 Proz. auf Inhaber= papiere und 1,12 Proz. auf Schuldschein und Wechselanlage. Das sind im günstigsten Falle zusammen 13,48 Proz. liquide Anlage. Bon den dort bestehenden 214 Sparkassen haben nicht weniger wie 110 noch feine 10 Proz. Inhaberpapieranlage! Im Jahre 1910 betrug der Effektenbesit der Berliner Sparkasse ein Zehntel aller Effekten der preußischen Sparkassen. Scheibet man diese Sparkasse aus, so ist der Wertpapierbesit der übrigen noch berhältnismäßig geringer.

Run weisen die Inhaberpapiere einen sehr verschiedenen Grad von Liquidität auf. In Arisenfällen, wo der Markt von Staatsanleihen stark in Anspruch genommen ist, können die Anleihen der kleineren und kleinsten Städte und Korporationen kaum auf Realisierbarkeit Anspruch erheben. Eine Statistik, die eine Scheidung der Inhaberpapiere in Staats, Reichspapieren und den übrigen Papieren macht, ist erst seit 1894 vorhanden. Verfolgen wir diese, so zeigt sich die Tendenz, daß die Staats und Reichspapiere langsamer wachsen als die Inhaberpapiere, d. h., daß sie einen immer geringeren prozentualen Anteil an der Inhaberpapieranlage ausmachen. Die zinsbaren Anlagen der Sparkassen haben sich in den Jahren 1894—1904 fast verdoppelt; die Anlage in Inhaberpapieren hat sich um etwa 82 Proz. vermehrt. Dagegen ist die

Anlage in Reichspapieren seit 1894 noch nicht einmal um ein Drittel gewachsen. Bon 1896—1900 hat sich die Anlage in Reichspapieren sogar vermindert. Dasselbe war von den preußischen Schuldsverschreibungen von 1899 auf 1900 der Fall. Die Gesamtvermehrung der preußischen Schuldverschreibungen von 1894—1904 betrug wenig mehr als 50 Proz.

Von 1904—1910 wuchsen die Einlagen von 100 auf 142, die Wertspapieranlage dagegen nur von 100 auf 120,5. Staatssund Reichsspapieranlage nahmen schneller zu; sie stiegen infolge von Verwaltungsmaßregeln der Behörden und einer vorbeugenden Politik der Sparkassen, die einen Zwangsprozentsat in Wertpapieranlage fürchten, von 100 auf 155. Immerhin waren 1910 noch 308 Sparkassen vorhanden, die nicht is in Reichssund Staatspapieren angelegt hatten. 1907 bildeten die Reichssund Staatspapiere nur 42,2 Proz. der Inhaberpapieranlage überhaupt, immerhin waren dadurch nicht weniger wie 8—9 Proz. der gesamten Reichssund Staatsschulden bei den Sparkassen untergebracht.

Die Abneigung der Sparkassen gegen die Wertpapieranlage ist auf berschiedene Ursachen zurudzuführen. Der erste Grund der geringen Bunahme in Inhaberpapieren ift in ihrer geringen Berginslich = keit im Verhältnis zur Hypothekenanlage zu suchen. Die Sparkassen zahlen vielfach hohe Zinsen, ihre Anlagen müssen deshalb auch hoch verzinslich sein. Im Jahre 1910 war der Hauptstock der Sypotheken zu 4 Proz. und zwischen 4 und 5 Proz. ausgeliehen. Den Saupt= bestand der Wertpapiere bilden dagegen 31/2 Proz.=Papiere und diese sind zu einem hohen Kurse aufgekauft. Gin Teil der Papiere ist auch konvertiert und wird deshalb wohl nie seinen alten Rursstand erreichen. Beim Ankauf von Wertpapieren gingen die Sparkaffen bis auf die lette Zeit — jett hat darin zum Teil eine Besserung begonnen -vollständig planlos bor. Sie kauften Wertpapiere nur dann, wenn sie ihre Gelder nicht anderswo unterbringen können, das ist in Zeiten starken Geldzufluffes der Fall. Diefen starken Bufluß erhalten die Sparkassen bornehmlich, wie die Tabelle auf Seite 212 zeigte, in Rrifenzeiten. Rrifenzeiten sind Zeiten der Geldfluffigkeit, der Rurs der Wertpapiere ift jest am höchsten. In der folgenden Tabelle sind die Überschüffe der Neueinzahlungen über die Rückzahlungen, die jährlichen

¹ Denkschriftenband a. a. D. IV. S. 243.

Zunahmen an Effekten und der Durchschnittskurs der $3^1/_2$ prozentigen Reichsanleihe zusammengestellt.

Jahr	Überschuß der Neueinzahlung über die Rück- zahlungen in Mill. Mt.	Zunahme an Effetten im Untaufswert in Mill. Mt. 1	Kurs ber 31/2°/oigen Reichsanleihe in Prozent
1895 1896 1×97 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907	233,05 187,97 186,91 182,26 145,47 95,37 312,67 311,94 300,18 314,64 301,47 243,83 76,34	169 115 45 37 37 20 131 163 168 126 104 85	104,44 104,58 103,59 102,65 99,77 95,80 99,54 102,06 101,94 101,93 99,54 94,66
1908 1909 1910	161,96 454,67 443,45	662 1302 992	92,58 95,15 93,17

Je größer der Überschuß der Einzahlungen ist, so mehr Wertpapiere werden aufgekauft, so höher ist auch der Kurs! Die Sparkassen kaufen also vornehmlich dann Wertpapiere, wenn sie diese am teuersten bezahlen müssen!

Ein weiterer Grund der Abneigung der Sparkassen der Wertspapieranlage gegenüber besteht in der Umständlichkeit der Wertspapieranlage gegenüber besteht in der Umständlichkeit der Wertspapierve rocker altung, besonders für kleinere Kassen. Bon den 202 Kassen, die 1910 keine Inhaberpapiere besitzen, gehören denn auch 81,68 Proz. (165) den Sparkassen von bis 1 Mill. Mk. Einlagenbestand an. Besonders macht die Berlosung, die sich jährlich auf etwa 1 Proz. des Essektenbesitzes stellt, bei einer Mehrheit von Wertpapierarten eine genaue Kontrolle nötig. Im allgemeinen werden die Sparkassen hauptsächlich Staatssund Reichspapiere oder Anleihen ihres Garanties verbandes oder einer benachbarten Gemeinde besitzen. Mündelsichere Pfandbriese, Landschaftssund Provinzialobligationen sind bei vielen

¹ Reusch, Kommunalfinanzen 1910. S. 26.

² Diese Zahlen sind nicht von Reusch berechnet; sie können mit den vorsstehenden nur relativ verglichen werden.

Sparkassen aus Konkurrenzrücksichten nicht beliebt. Sind doch die Sparkassen vielfach burch ihre starken Hhpothekenanlagen in scharfen Wettbewerb mit den übrigen Bodenkreditanstalten getreten.

Alls Hauptgrund der Abneigung gegen Wertpapieranlage wird von den Sparkassen die Größe des ihnen erwachsenen Kursverlustes angegeben. Seine Größe ist gewaltig überschätzt worden. Erst die Untersuchungen des Statistischen Landesamts (Zeitschrift 1911) geben ein genaueres Bild der tatsächlichen Verhältnisse.

Im Jahre 1910 betrug der bilanzmäßige Kursverlust 156 Mill. Mk.; das sind fast 6 Kroz. des Ankausswertes. Aber dieser Berlust steht vorläusig nur in den Büchern und vor allen Dingen ist er nicht erst im letzten Jahre entstanden, sondern seit Ankauf der betreffenden Papiere. Will man den Verlust für 1910 seststellen, so muß man den im Vorjahre bereits vorhandenen abziehen. Dieser betrug 148 Mill. Mk. Den Sparkassen ist also im Jahre 1910 ein Kursverlust von ansnähernd 8 Mill. Mk. erwachsen. Verechnet man für die einzelnen Jahre nach diesem Gesichtspunkte den Kursverlust bzw. «Gewinn, besrücksichtigt dabei aber nicht den Wechsel im alten Bestand der Inhaberspapiere, so beträgt:

	Rursgewin	t (+) bzw. Kur	sverluft (—)
In Jahre	in Mia. Mf.	in Prozent des Bermögens	in Prozent der Inhabers papieranlage
1899 1900 1901 1905 1906 1907 1908 1909 1910	$\begin{array}{c} -46,16 \\ +6,85 \\ +39,01 \\ -8,96 \\ -49,85 \\ -80,17 \\ +36,58 \\ -14,44 \\ -7,94 \end{array}$	$\begin{array}{c} -0.89 \\ +0.01 \\ +0.65 \\ -0.11 \\ -0.58 \\ -0.90 \\ +0.39 \\ -0.14 \\ -0.07 \end{array}$	$\begin{array}{l} -3.15 \\ +0.05 \\ +2.51 \\ -0.42 \\ -2.25 \\ -3.65 \\ +1.66 \\ -0.59 \\ -0.31 \end{array}$

Der Kursverlust erreicht seinen Höhepunkt im Jahre 1907 mit 80 Mill. Mk.; das sind nur 0,9 Proz. des Gesamtvermögens! Wie gering die Kursverluste im allgemeinen sind, zeigt sich auch darin, daß die Überschüsse der Kassen dadurch nicht beeinflußt werden. An die Garantieverbände wurden z. B. übersührt:

Welche Folgerungen können wir aus der Wertpapierabnahme ziehen? Wir müssen seststellen, daß der tatsächliche Zahlungssbereitschaftsgrad — die "Zit"liquidität — abnimmt, und zwar in doppeltem Sinne, indem einmal der Prozentsat der liquiden Mittel sich mindert, und anderseits die Reichss und Staatspapiere, auf die fast allein in Krisenzeiten die Realisierbarkeit der Wertspapiere beruht, prozentual langsamer als die Inhaberpapiere zusnehmen. Dieses scheint um so gefährlicher, da die Sparkassen in Krisenzeiten zweisellos auf den Verkauf von Wertpapieren angewiesen sind, da ihnen im Gegensatz zu Banken und Genossenschaften andere und bessere liquide Mittel fehlen und sie wegen ihrer Kleinheit einen größeren Prozentsatz von Kücksorderungen ausweisen werden, wie etwa größere Finanzinstitute.

Sinkt im Krisenfalle der Kurs der Wertpapiere um im Durchschnitt 20 Kroz. (Staats= und Reichspapiere weniger, die übrigen entsprechend mehr), was bei der starken Anlage in Kommunalpapieren nicht zu hoch angesetzt ist, so sind 4,81 Kroz. der Gesamtanlage weniger realisierbar; statt 23,63 Kroz. sind nur noch 18,82 Kroz. zu realisieren, salls übershaupt alle Wertpapiere flüssig gemacht werden können.

Das Aufbauen der Liquidität hauptsächlich auf Wertpapiere bedeutet eine falsche Anlage, weil sie nicht dem auch für Sparkassen gültigen Sate entspricht, daß die Aktivgeschäfte sich nach den Kassibgeschäften zu richten haben. Den Sparkassen fließen viele Gelder zu, die das Betriebskapital der nationalen Bolkswirtschaft bilden; für diese ist eine Anlage notwendig, der ein liquider Gegenwert gegenübersteht, was bei einer Anlage in Staatspapieren nicht der Fall ist.

^{1 &}quot;Wie das Beispiel des Jahres 1866 zeigt, waren damals viele deutsche Staatsanleihen um 30—40 Proz. im Kurse gesallen, und Lombars dierungen waren trot der höchsten Säte vielsach gar nicht möglich. Biele Kassen gerieten in schwere Bedrängnis, da ein solcher Ansturm seitens der ihr Guthaben sordernden, ängstlich gewordenen Einleger ersolgte, daß erstere völlig zu versagen drohten." Seidel, Zeitschrift für die gesamte Staatsswissenschaft. 1910. S. 725 ff.

Wird bei der Anlage nicht nach diesem Grundsat versahren, so ist die Gefahr vorhanden, daß das Vertrauen zu den Sparkassen noch leichter erschüttert und eine Krise verschärft wird.

§ 2.

Die illiquiden Anlagen.

Diese Anlagen umfassen die Darlehen, die gegen hypothekarische Sicherheit, gegen Personalkredit und an öffentliche Korporationen gegeben werden. Ihre Realisierbarkeit setzt eine längere Kündigungsfrist voraus, und auch dann kann es bei einer schweren Krisis noch fraglich erscheinen, ob sie zu ihrem vollen Kennwerte flüssig gemacht werden können.

Da die Sparkassen nur kündbare Hypotheken gewähren können, sie nötigenfalls auf Rückzahlung der Hypothek angewiesen sind, so können hypothekarische Darlehen von Sparkassen für die Schuldner sich als ein "wahres Danaergeschenk" werweisen. Aus diesem Grunde ent-halten die Statuten mancher Sparkassen um Mitte des 19. Jahr-hunderts eine seste Grenze für die Höchstanlage in hypothekarischen Darlehen 2.

Die Anlage in Hypotheken ist heute, dank dem ausgezeichneten Grundbuchrecht, die vorherrschende. Während 1856 39,67 Millionen (= 43,02 Proz.) in Hypotheken angelegt waren, sind im Jahre 1910 allein von den preußischen Sparkassen 6889,65 Mill. Mk. (= 59,45 Proz.) hypothekarisch festgelegt. Die Sparkassen sind nächst den Sypothekenbanken die größten Bodenkreditanstalten geworden. Jahre 1909 betrugen z. B. die hppothekarischen Darlehen der Sypothekenbanken Deutschlands 10 228 Millionen, die der Lebens= versicherungsanstalten 3662 Millionen, der landschaftlichen Institute 3310 Millionen und der staatlichen und provinziellen Institute 1942 Mill. Mk. — Ein Viertel (435) fämtlicher Sparkassen hatten 1910 über 75 Proz. ihrer Gesamtanlage hypothekarisch festgelegt; 38 Sparkassen sogar über 90 Proz.! Bon den 435 Sparkassen mit über 75 Proz. Sypothekenanlage entfallen allein 310 auf Schleswig-Holftein, Beftfalen und die Rheinprovinz.

¹ Engel, Zeitschrift 1861. S. 107.

² Schmid und Brämer a. a. D. S. 286.

Die Sparkassen rechnen sich mit den landschaftlichen, staatlichen und provinziellen Instituten zu den gemeinnütigen Anstalten des Shpothekarkredits. Sie haben diesen Instituten gegenüber den großen Borteil, daß fie mit fteuer= und fpefenfreiem Gelde arbeiten. Bei der Schwierigkeit und Rostspieligkeit der Geldbeschaffung durch Ausgabe von Pfandbriefen und Obligationen, dem mühevollen Kurshalten der ausgegebenen Papiere und dem teueren Effektenstempel und ber Talon= steuer kommt diefer Gesichtspunkt fehr wesentlich in Betracht. Die Sparkaffen können zu den billigften Binsfäten gegen hypothekarische Sicherheit ausleihen. Noch einen zweiten Borteil haben die Sparkaffen den übrigen gemeinnütigen Anstalten gegenüber. Durch ihre örtliche Berteilung über die ganze Monarchie können fie die besten Renner der ländlichen Verhältnisse sein. Sie können am leichtesten bei ländlichen Darlehnsgesuchen die schwierige, zuverläffige Wertermittelung erhalten, an Ort und Stelle den schwerfälligen Landwirt bei der Abfassung der nötigen Schriftstude und Verträge unterstüten und die häufig borkommenden Gesuche um Ausstand oder Stundung und Anderung der Tilgungsquote prüfen und entscheiden.

Die Sparkassen, insbesondere die westlichen, haben in der Hypothekenanlage ihren gemeinnützigen Charakter zum Teil eingebüßt. Der Zinssuß der Sparkassenhypotheken ist vielsach im Verhältnis zu dem der gemeinnützigen Anstalten hoch. In der Rheinprovinz war z. B. im Jahre 1906 von den ländlichen Hypotheken der Sparkassen zwei Drittel über 4 Kroz. verzinslich, die Landesbank der Rheinprovinz dagegen gab ländliche Darlehen zu $3^1/2$ Kroz., dazu einen einmaligen Disagiozuschlag, der aber erst bei Darlehen von über 50 000 Mk. ershoben wurde. Im Jahre 1910 verteilten sich in der Rheinprovinz die ländlichen Darlehen der Landesbank und die ländlichen Darlehen der Sparkassen über die einzelnen Zinsklassen wie folgt:

	Landesbant in Mill. Mt.	Sparfassen in Mill. Mf.
Unter 4%	100,658 20,483 10,531	4,576 217,1 12,795
Zusammen	131,67	235,9

Bei den Landesbankhypotheken ist also vier Fünstel unter 4 Prozausgeliehen und nur ein Zehntel über 4 Proz. bis zur Höchstgrenze von $4^1/_2$ Proz. Die Sparkassen dagegen haben nichts unter 4 Proz., nur 2 Proz. zu 4 Proz., alles übrige höher verzinslich angelegt. Im Jahre 1910 waren von den sämtlichen ländlichen Hypotheken der preußischen Sparkassen nur 6,90 Proz. unter 4 Proz. begeben 1 .

Die Sparkassen verlassen vielfach den Bezirk, aus dem sie die Gelder empfangen haben und legen sie in anderen Bezirken, die höhere Jinsen versprechen, wieder hypothekarisch an. Von den $6^{1}/_{2}$ Milliarden Mt. Hypotheken waren 1910 z. B. nicht weniger wie $2^{1}/_{2}$ Milliarden außerhalb des Garantiebezirks, in anderen Kreisen, Provinzen oder sogar Bundesstaaten angelegt 2. Besonders zahlreich sind die Auseleihungen der westlichen Sparkassen außerhalb ihres Garantiebezirks. In Hannover waren 1910 z. B. 54 Mill. Mk. Hypotheken außerhalb der Provinz angelegt, in Westfalen sogar 128 Mill. Mk. und die Rheinsprovinz wies "ähnliche Verhältnisse" auf.

Da die Verzinsung der Hypotheken in den Städten im allgemeinen höher ist als auf dem Lande, so stellen manche Sparkassen selbst in rein ländlichen Bezirken ihre Gelder dem städtischen Sppothekarkredit zur Berfügung. Der Regierungsbezirk Gumbinnen 3. B. wies im Jahre 1907 bei 16,7 Mill. Mt. städtischen Sypotheken nur 2,1 Mill. Mf. ländliche Sppotheken auf, der Regierungsbezirk Stralfund bei 13,7 Mill. Mt. städtischen Sppotheken sogar nur 0,148 Mill. Mk. ländliche Sppotheken. Im Jahre 1910 waren im Regierungsbezirk Allenstein 19,8 Mill. Mt. städtische und nur 8,6 Mill. Mt. ländliche Sypothek angelegt. Die Konkurrenz der gemeinnütigen Bodenkredit= anstalten hat die Sparkassen nicht gezwungen, ihre Garantiebezirke zu verlassen und die Städte aufzusuchen, sondern der in Aussicht stehende hohe Gewinn. Zweifellos hat das Land auch heute noch Sypothekarkredit notwendiger als die Stadt, aber billigen, gemeinnütigen! Die kraffen Zahlen für die geringe Anlage in ländlichen Hypotheken in den Regierungsbezirken Gumbinnen und Stralfund für das Jahr 1907 sind bis zum Jahre 1910 unauffälliger geworden; die Anlage in länd= lichen Spotheken ist wieder mehr in den Vordergrund getreten. Die

¹ Zeitschrift 1911, S. 421.

² Mitteilungen des Ministers des Innern. Drucksachen des Preußisichen Abgeordnetenhauses 1912. Spalte 4440.

Sparkassen können also wohl mehr in ländlichen Hypotheken anlegen, wenn sie nur wollen oder von einer Verwaltungsbehörde gezwungen werden.

Heute, 1910, entfällt vier Zehntel des gesamten Bermögens der Sparkassen auf städtische Hypotheken, die städtischen Sparkassen legen sogar fast die Hälfte (48,03 Proz.) ihres Bermögens in dieser Anlage fest. Rund $4^{1}/_{2}$ Milliarden Mk. sind 1910 in städtischen Hypotheken angelegt.

Die Anlage in städtischen Hypotheken hat für die Sparkassen scheinbar manche Borteile. Der Wert der Grundstücke ist nicht so wie in der Landwirtschaft, von der Person des Eigentümers abhängig, Taxen für Grundstücke sind leicht zu erhalten, die im allgemeinen höhers wertigen Objekte ermöglichen auch die Unterbringung größerer Kapitalssummen, die in den Städten vorhandene Nachstrage nach Grundstücken läßt es unwahrscheinlich erscheinen, daß im Falle einer Zwangssversteigerung die Sparkasse — um Kapitalverluste zu vermeiden — das beliehene Grundstück übernehmen muß. Dazu kommt vor allem der Vorteil des höheren Zinssußes. Im Jahre 1910 1 waren in Proszenten der Hypotheken angelegt:

		zu	4 Proz.	zw.	4	u.	õ	Proz.
îtädtische	Hypotheken		30,62		6	6,2	24	
ländliche	Sypotheken		41,80		5	50,0	1	

Der Zinssatz der städtischen Hypotheken ist also wesentlich höher. Da in den Städten für sichere erste Hypothek kein Mangel besteht, so liegt in dem starken Anwachsen der Anlagen in städtischen Hypotheken, das wir in den letzten Jahrzehnten, vielsach entsernt vom Garantiebezirk, sehen, die Gefahr begründet, daß diese Junahme auf Kosten der Sicherheit geht, zumal wo in den Städten eine amtliche zuverlässige Taxe über den Bert und damit die Grenze der zulässigen Beleihung sehlt. Die Verluste an Hypotheken sind bis jetzt in aussteigenden, normalen Zeiten gering. Sie haben in den letzten Jahren nur im Jahre 1907 den Betrag von 1/4 Mill. Mk. überschritten. Beim Amtsegericht in Leipzig sanden 1905 183 Zwangsvollstreckungen von Grundstücken statt, die von Sparkassen beliehen waren. Die dabei beteiligten Kassen waren mit "wenig Ausnahmen fern gelegen".

¹ Zeitschrift 1911, S. 421.

² Erlaß des Königk. Sächsischen Ministeriums des Innern vom 2. August 1906.

Aus dieser Borliebe für städtische Hypotheken erklärt sich das gewaltige Wachsen dieser Anlagen. 1891 waren 27,2 Proz. in ländlichen und 28,7 Proz. in städtischen Hypotheken angelegt. 1910 dagegen nur noch 19,87 Proz. in ländlichen, aber 39,58 Proz. in städtischen Hypotheken. Bon 1890—1910 verfünffachte sich fast die Anlage in städtischen Hypotheken, während die in ländlichen Hypotheken nur um das Zweiseinhalbsache zunahm.

Die Gewährung von Darlehen gegen Personalkredit ist im Laufe der Zeit stark in den Hintergrund getreten. Während 1856 fast 20 Proz. auf diese Anlageart entsielen, sind 1910 keine $3^1/_2$ Proz. mehr auf diese Art angelegt. Der Personalkredit umfaßt die Darlehen, die gegen Wechsel, Schuldschein und Faustpfand ausgeliehen werden.

Bei der Wechselanlage der Sparkassen ist scharf zu untericheiden zwischen dem Unkauf von erstklassigen Wechseln, für den erste Firmen haften, zum Zwecke einer vorübergehenden Anlage von Kapi= talien und der Rreditgewährung an Darlehnsschuldner, wobei neben bem Schuldschein oder an Stelle des Schuldscheins ein Wechsel aus-Während der Ankauf von Wechseln aus aestellt wird. engen Kreise des erstklassigen Materials eine äußerst liquide Unlage darstellt, kann dies bon der zweiten Anlageart nicht immer gesagt werden. Sparkassen, die die lettere Anlageart pflegen, bedienen sich hier des Wechsels, um ihren Kunden Personalkredit zu gewähren. Undere Sparkaffen pflegen diesen Kredit in Form des Schuldscheins. Der lettere wird von den meisten Sparkaffen bevorzugt, da er eine leichtere Sandhabung gestattet, während beim Wechsel viele Förmlichkeiten zu beachten sind. Die Umlaufszeit solcher Wechsel ist im all= gemeinen eine ziemlich lange. So wird z. B. in einem als Musterstatut bezeichneten Entwurf des allgemeinen deutschen Sparkassenberbandes der Grundfat anfgestellt, daß Ausleihungen gegen Wechsel ober Schuld= schein bis auf die Dauer von 5 Jahren bei vierteljährlicher Ründigung gewährt werden können 1. Sind die Sparkassen in Zeiten der Not ge= zwungen, für die Bechsel Bargeld zu erhalten, so können sie dies nur durch Weiterdiskontierung erreichen. Der Reichsbank ist aber der Wechselaussteller — gewöhnlich ein kleiner Kunde der Sparkasse — un= bekannt. Sie wird deshalb den Wechsel nur weiter diskontieren, wenn er ihr durch die Unterschrift der Sparkasse genügend gesichert erscheint. Ob das in Krisenzeiten der Fall sein wird, mag dahingestellt sein; die

¹ Prion, Das deutsche Wechseldiskontgeschäft. 1907. S. 268.

Sparkasse selbst kommt leicht in eine unangenehme Lage dadurch, daß ihr Schuldner vielfach in Krisenzeiten nicht in der Lage ist, den Wechsel am Bersalltage einlösen zu können und sie dadurch gezwungen ist, einen neuen Wechsel ihres Kunden zu akzeptieren.

Die amtliche Statistik macht keine Scheidung zwischen den beiden Arten der Wechselanlage. Aber verschiedene Momente sprechen dafür, daß die Sparkassen hauptsächlich die lettere, die mehr illiquide Art der Wechselanlage, pflegen. So steht z. B. der Schuldschein westlich der Elbe im Bordergrund, während der Wechsel östlich der Elbe überwiegt. Das läßt den Schluß zu, daß Wechsel wie Schuldschein nur eine versichiedene Form des Personalkredits darstellen.

1910 entfielen z. B. von 100 Mk. der angelegten Gelder:

Proving	Auf Schuldschein	Auf Wechsel
Westpreußen	1,82 1,00 1,10 3,50	3,92 4,71 0,02 1,54

Verstärkt wird obige Vermutung, wenn man sich das Gewinnstreben der Sparkassen bergegenwärtigt. Zum Ankauf von Primaswechseln müssen sich die meisten Sparkassen eines Vermittlers bestienen, der Provision beansprucht und dadurch den Sparkassengewinn schmälert. Bei Gewährung von Predit in Form des Wechsels fällt die Provision fort.

Die Wechselanlage ist in Abnahme begriffen. So waren z. B. in Bechseln in Prozent der Gesamtanlage angelegt:

Art der Sparkaffe	1888	1910
Stäbtische Sparkassen	0,84 1,21 1,35 3,88	0,94 0,05 0,51 4,76
Sämtliche	1,47	0,93

1910 hatten von 1711 Sparkassen 1308 nichts in Wechseln ansgelegt; nur 51 Sparkassen haben über 10 Proz. ihrer Gesamtanlage in Wechseln festgelegt; diese Sparkassen befinden sich außer einer alle öftlich der Elbe. Seit 1907 hat die Anlage in Wechseln bei den itädtischen

Sparkassen eine Zunahme von $^{1}/_{2}$ Proz. ersahren. Es handelt sich hier wahrscheinlich um die Diskontanlagen einiger größeren Kassen, die den Scheck- und Kontokorrentverkehr eingeführt haben und die in den Wechseln eine liquide Anlage besitzen wollen.

Die Gewährung von Darlehen gegen Schuldschein und Faustpfand ist stark in den Hintergrund getreten.

Bon der Gesamtanlage waren z. B. angeleg	eat.	angel	$\mathfrak{B}.$	3.	waren	samtanlage	: Ge	der	Von
--	------	-------	-----------------	----	-------	------------	------	-----	-----

Art der Svarkaise	Gegen Sc	huldichein	Gegen Faustpfand		
att bet Spattalle	1888	1910	1888	1910	
Städtische Spartassen	2,32 10,51 4,89 10 25	1,07 3,97 1,80 2,03	1,61 1,69 1,24 2,56	0,71 0,44 0,70 2,65	
Sämtliche	4,58	1,61	1,69	0,91	

Der Grund für die geringe Bedeutung des Bersonalkredits liegt in ben großen Schwierigkeiten begründet, die eine Pflege des Personal= kredits bedingt. Eine sichere Anlage in Personalkredit erheischt eine genaue örtliche und individuelle Kenntnis der in Betracht kommenden Bevölkerungskreise und diese fehlt zu oft den bureaukratisch geleiteten Sparkaffen 1. Bemerkenswert erscheint, daß gerade die städtischen Sparkaffen, die im Durchschnitt die höchsten Einlagen aufweisen, also auch am ehesten eine bankmäßige Bildung bei ihrem Personal aufweisen könnten, den geringsten Personalkredit gewähren. Bielleicht erklärt sich das daraus, daß die städtischen Bevölkerungskreise weniger auf den Sparkaffenkredit angewiesen find, wie die ländlichen. - Bei dieser Anlageart ziehen die Sparkaffen die richtige Schlußfolgerung, die ihnen durch ihre bureaukratische Leitung auferlegt wird: Geschäfte zu vermeiden, die kaufmännische Tätigkeit und Kenntnisse erfordern. Bei der Ginführung des Scheck- und Kontokorrentverkehrs dagegen betreten die Sparkaffen wieder Gebiete, die rein bankmäßige find.

Durch die Anlage in Personalkredit erfährt die Liquidität der Sparkassen keine Besserung. Selbst wenn wir die gesamte Wechselanlage als liquid ansehen, so bedeutet das doch nur eine Besserung um 0,93 Proz.

^{1 &}quot;Wenn man beobachtet hat, in was für untergeordneten Händen die Sparkassen namentlich kleinerer Städte sich oft befinden, so kann man sich der großen Bedenken nicht erwehren, diesen eine Banktätigkeit zu überweisen." Conrad, Grundriß zum Studium der polit. Skonomie II, S. 461.

Hat die Anlage auf Personalkredit bei den Sparkassen im allsgemeinen abgenommen, so ist dagegen die Anlage bei öffentlichen Instituten und Korporationen stark gewachsen. Hier fallen vor allem mit über 90 Proz. die Darlehen an den eigenen Garantieverband und an andere Kommunals usw. Verbände schwer ins Gewicht. Für viele Sparkassen, deren Garantieverband nur mit Mühe seine Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen kann, erscheint diese Anlageart erklärlich. Daß sie eine recht illiquide ist, und auch vom Standpunkte der "doppelten Sicherheit", daß nämlich Sparkasse und Garantieverband keine Geldverpflichtung gegeneinander haben sollen, ihre Bedenken hat, liegt auf der Hand. 1910 waren 1431 Mill. Mk. oder 12,35 Proz. der Gesamtanlagen bei öffentlichen Korporationen usw. angelegt.

Die Gemeinden können — abgesehen vom Überschuß — die Sparfassen in doppelter Weise als sinanzielle Quelle benußen, einmal durch Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse gegen Schuldschein und serner dadurch, daß die Sparkasse die von der Gemeinde ausgegebenen Wertpapiere übernimmt. In den Jahren 1870—1890 (siehe Tabelle Seite 235) stieg die Wertpapieranlage stark, es wurden, wie oben angegeben, diele Gemeindeschulden emittiert. Die Darlehen an Gemeinsden, Korporationen usw. sanken in diesem Zeitraum entsprechend. Umgekehrt war es in den Jahren 1890—1910. Die Darlehen an Gemeinden usw. stiegen, die Wertpapieranlage siel. Bei der gewaltigen Junahme von Emissionen überhaupt, suchten die Sparkassen auf billigere Weise zu Geld zu kommen; sie nahmen in erhöhtem Maße bei ihren eigenen Sparkassen gegen Schuldschein Kredit.

Rapitel III.

Einflüsse, die auf den Grad der nötigen Zahlungs= bereitschaft in Krisenfällen wirken können.

Im ersten Kapitel haben wir die Art der Einlage untersucht und festgestellt, daß nach ihrer Entwicklung die "Soll"liquidität zunehmen müsse. Nun sind aber die Art der Einlagen nicht allein maßgebend

Schriften 137. I. 16

für den nötigen Liquiditätsgrad. Sie bestimmen ihn im allgemeinen in der Praxis nur für normale Zeiten. Der nötige Liquiditätsgrad muß aber so hoch sein, daß er auch in Krisenzeiten genügt. Deshalb ist zu untersuchen, ob nicht Einflüsse vorhanden sind, die in Krisenzeiten auf den Grad der nötigen Liquidität einen Druck in günstigem oder ungünstigem Sinne ausüben können. Erst wenn wir dies festgestellt haben, können wir aus dem Vergleich der "Soll"liquidität mit der "Ist"liquidität die notwendigen Schlüsse ziehen.

§ 1.

Silfe, die die Sparkaffen aus fich erhalten können.

Drei verschiedene Möglichkeiten haben die Sparkassen, um einem erhöhten Bahlungsbedarf nachzukommen, ohne daß fie fremde Silfe in Anspruch nehmen muffen. Es kann dies geschehen durch Umwandlung von bisher illiquiden Anlagen in liquide, durch Risikvausgleich, und schließlich durch den Reservefonds. Bisher illiquide Anlagen können nur dann in liquide bermandelt werden, wenn die Sparkaffe die Steige= rung der Zahlungsforderungen einigermaßen boraussehen kann, und wenn kein Mangel an Anlagen borhanden ist, die leicht in liquide berwandelt werden können. Das ist z. B. bei den Banken der Fall. Die illiquiden Anlagen der Sparkassen dagegen, Hypotheken, die ber= schiedenen Arten der Darlehen, sind öfters an längere Kündigungs= fristen gebunden und ist dadurch eine Realisierbarkeit erst in weiter Beit möglich 1. — Die Voraussetzung für den Risikvausgleich sind größere Unternehmungen mit selbständigen Filialen an verschiedenen Orten, so daß, falls an einem Orte eine Zahlungsschwierigkeit ent= stehen sollte, diese mit Hilfe der übrigen Zweigstellen überwunden werden kann. Diese Ausgleichsmöglichkeit kommt nur bei örtlichen Rrifen in Betracht. Die preußischen Sparkassen zeichnen sich durch ihre Kleinheit aus; 1910 weisen von den 1711 Sparkassen nicht weniger als 863 d. i. über die Sälfte einen Einlagenbestand bis zu 3 Millionen auf, und kaum ein Sechstel hat einen Bestand von über 10 Mill. Mk. Die Bahlen werden noch ungunftiger, wenn man die 32 größten Spar-

¹ Selbst wenn die Sparkassen ihre Hhpotheken auf kürzere Kündigungsfrist ausgeben, so ist diese Anlage doch illiquid, da die Schuldner im Krisenfall das Geld nicht anderweitig beschaffen können und auf den Sparkassenkredit angewiesen bleiben.

kassen ausschalten würde; auf sie allein entfällt 1907 fast ein Biertel des Gesamteinlagenbestandes. Aus der Rleinheit der Rassen entstehen zwei Gefahren. Rleine Kassen glauben ohne kaufmännische Leitung aus= kommen zu können; sie begnügen sich mit bureaukratischer, selbst wenn das Arbeitsgebiet ein rein kaufmännisches ist. Giner bureaukratischen Leitung wird es schwieriger fallen, festzustellen, wann die Bahlungs= anforderungen steigen werden. Auch der Vorteil einer liquiden Anlage als Versicherungsprämie für den Krisenfall wird von ihr leicht unter= schätt. Einen zweiten Nachteil haben die kleineren Institute größeren gegenüber dadurch, daß gerade sie eher der Gefahr ausgesett sind bis zum letten Pfennig zurückahlen zu müssen. Die Wahrscheinlichkeit ist beispielsweise bedeutend größer, daß bei einer kleinen Sparkasse in kritischen Zeiten auf einmal 1 Million zurückgesordert, als daß an eine größere Sparkaffe das Verlangen gestellt wird, sofort 10 Millionen zurückzuzahlen. - Wir stellen also fest, daß den Sparkassen durch Umwandlung bisher illiquider Anlagen und durch einen Rijikoausgleich in Zeiten der Not keine Silfe erwachsen kann. Im Gegenteil; die bureaukratische Leitung verhindert die Anlage in leicht zu realisierenden Werten (Wechselankauf), und die Rleinheit der einzelnen Raffen macht einen Risikoausgleich nicht nur unmöglich, sondern erzeugt sogar die Befahr eines bermehrten Unfturms.

Wie verhält es sich mit dem Reservesonds? Er hat dreierlei Ausgaben. Zunächst soll er als Sicherheits fonds dienen. Er soll sowohl den Sparkasseneinlegern gegenüber eine Sicherheit darstellen, wie dem Garantieverbande eine Gewähr bieten gegenüber der Gesahr der Inanspruchnahme durch Verbindlichkeiten der Sparkasse. Seit dem Jahre 1900 haben z. B. in nicht weniger als 21 Fällen die Sparkassen so große Verluste erlitten, daß die Finanzen des Garantieverbandes "geradezu ruinös beeinflust worden wären, wenn nicht glücklicherweise zum Teil recht hohe Reservesonds angesammelt gewesen wären". Sind die Anlagen sicher angelegt, so kann aus ihnen ein größerer Verlust nur aus der Vertpapieranlage entstehen in dem Falle, daß diese realisiert, verkauft werden muß.

Die preußischen Ministerialerlasse schreiben bor, daß "der Regel nach an dem Prinzip der Ansammlung eines Reservesonds in

¹ Mr. 7 des Reglements von 1838.

² Mitteilungen des Ministers des Innern. Drucksachen des Preußisischen Abgeordnetenhauses 1912 Spalte 1440.

Höhe von zehn vom Hundert der Passivmasse seitzuhalten ist". Diese starre Grenze entbehrt nicht eines gewissen Grades von Willkür, da sie keine Rücksicht nimmt weder auf die Größe der Sparkasse noch auf ihre Anlageart.

Der Reservefonds hat auch als Ausgleichsfonds zu dienen, und zwar vor allem in normalen Zeiten. Gin etwaiger Kursverlust, der dann allerdings nur auf dem Papier steht, wird von ihm getragen: auch wird er benutt, um z. B. den Zinsfuß stabil erhalten zu können. Schließlich hat der Reservesonds auch als Liquiditätssonds zu dienen. Die baberischen Grundbestimmungen teilen ihm diese Aufgabe ausdrücklich zu 3. Als Liquiditätsfonds müßte er um so liquider angelegt sein, je weniger liquide der Hauptfonds ist, und um so größer sein, je weniger liquide der Hauptfonds ift. Beutler hält einen Reservefonds von 5 Proz. für ausreichend, aber unter der doppelten Voraussetzung, daß einmal dieser Betrag und mindestens noch weitere 5 Brog. der Einlagen in sicheren Bankeinlagen oder Wertpapieren angelegt werden und sodann, daß die Kursschwankungen der Wert= papiere durch einen besonderen Reservesonds ausgeglichen und da= durch Verluste bei Kursrückgang und etwa notwendiger Veräußerung der Bapiere beseitigt werden 4. Die Größe des Reserbe-

¹ Erlaß des Ministers des Innern, 19. April 1880.

^{2 &}quot;Richtiger wäre es vielmehr, wenn der Prozentsat der Einlagen, bis zu welchen der Reservesonds anzusammeln ist, mit dem Steigen der Einlagen abnähme. Die Normierung einer derartigen Stala stößt jedoch praktisch auf Schwierigkeiten. Der deutsche Sparkassenverband hat sich dahin ausgesprochen, den Reservesonds in der Art langsamer anzusammeln, daß bis zur Erreichung von 5 v. H. der Passiva die überschüsse dem Reservesonds ganz zugeführt, nach Erreichung von 6, 7, 8, 9 oder 10 v. H. der Passiva aber mit je 60, 70, 80, 90 oder 100 v. H. zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden und nur der Rest mit je 40, 30, 20, 10 oder 0 v. H. dem Reservesonds zugeführt wird." Prebel-Döberit, Das Sparkassenwesen in Preußen, 1907, S. 127.

³ Der Reservesonds ist "zur Deckung etwaiger Schäden, sowie zur Bereitshaltung der notwendigen Betriebsmittel, insbesondere bei Krediterschütterungen bestimmt, und muß deshalb so angelegt werden, daß über ihn in Zeiten der Gesahr rasch verfügt werden kann." Baherische Grundbestimmungen, Ziffer 7.

⁴ Beutler, Vortrag über die normale Höhe des Reservesonds bei Sparskassen. Gehalten auf dem sächsischen Gemeindetag in Meißen. 1894. S. 9.

fonds betrug im Jahre 1910 5,70 Proz. der Einlagen gleich 633 Mill. Der Liquidität drohen zwei Gefahren durch den Reserbefonds. Die Sparkassen können einmal versuchen, ihre ganze Zahlungs= bereitschaft auf dem Reservefonds aufzubauen. Da dieser im all= gemeinen nur langsam, oft überhaupt nicht wächst, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Liquidität nicht entsprechend zunimmt, was bejonders gefährlich erscheint, wenn, nach Art der Einlagen, eine zu= nehmende Zahlungsbereitschaft notwendig erscheint. Die Statistik der Sparkassenanlagen wirft Hauptfonds und Reservesonds zusammen. 1910 waren z. B. in den beiden Fonds 23,63 Proz. Inhaberpapiere borhanden. Es ist erklärlich, daß manche Sparkassen die niedrig berzinslichen Bertpapiere dem Reservefonds zuweisen, dadurch einen höheren Ertrag im Hauptfonds erhalten, höhere Zinsen gewähren, damit größere Einlagen heranziehen und einen höheren Überschuß herauswirtschaften können. 1902 war der Reservefonds der öffentlichen Sparkassen Preußens zwar zu 75,42 Proz. in Inhaberpapieren angelegt, das gibt aber kein sicheres Bild über das Gebaren der ein= zelnen Sparkaffen. Es ist möglich, daß Sparkaffen, die für den Referbe= fonds eine Anlage in Inhaberpapieren bevorzugen, bei ihren sonstigen Unlagen gang bon diesen absehen, oder fie doch nur in einem sehr geringen Grade anschaffen, wie umgekehrt Sparkassen, die ihren Refervefonds zu einem großen Teil in Spotheken angelegt haben, bei ihren übrigen Anlagen einen großen Posten in Inhaberpapieren stehen haben können. Die zweite Gefahr, die der Liquidität erwachsen kann, liegt darin, daß der Reservefonds überhaupt nicht als Liquiditäts= fonds benutt wird. Dieje Gefahr ift besonders groß, je mehr das Streben nach Überschuß die Sparkassen zu illiquider Anlage ihrer Bestände treibt. Vorschläge, die den Reservesonds als Liquiditätssonds ausschließen wollen, wurden noch in letter Zeit von Praktikern in der volkswirtschaftlichen Zeitschrift "Die Sparkasse" gemacht 1.

Da der Reservesonds in der amtlichen Statistik zusammen mit dem Hauptsonds aufgeführt wird, so ist sein Einfluß auf die tatsächliche Jahlungsbereitschaft schon bei Besprechung der Sparkassenanlagen mitsberücksichtigt worden.

¹ Bgl. "Die Sparkasse", 1. Juni 1910 und 15. März 1910. "Der Reservesonds hat den Zweck, Berluste des Hauptsonds zu decken, nicht aber hat der Reservesonds den ihm häufig zugeschriebenen Zweck, bei Eintritt einer Geldknappheit für Flüssigmachung von Geldern zu sorgen."

§ 2.

Unterstützungen, welche die Sparkaffen von anderen Instituten erhalten können.

Hier kommen zunächst die neben den Sparkassen stehenden Finanzinstitute, die anderen Sparkassen und Banken in Betracht, die im Falle der Not der bedrängten Kasse Geld übermitteln. Diese können der bedrängten Rasse nur beispringen, wenn es ihnen möglich ist. Eine all= gemeine Krise, die auch sie selbst trifft, macht es ihnen unmöglich, anderen zu helfen. Bei einer lokalen Störung werden fie einer bedrängten Sparkasse dann beispringen, wenn sie für sich selbst Vorteil dadurch erwarten. Der Vorteil kann ein indirekter sein, um z. B. zu verhindern, daß das mangelnde Vertrauen, das einer Sparkaffe gezeigt wird, auch auf ihr Institut übergreift. Er kann aber auch als Geschäfts= gewinn auftreten, und zwar wird dann der Sparkaffe nur beigesprungen, wenn diese in normalen Zeiten eine Bankverbindung aufweist. Bei der Reichsbank, Zentralgenoffenschaftskaffe und bei öffentlichen Banken haben aber im Jahre 1908 die städtischen Sparkaffen nur 0,22 Proz. ihrer Gesamtanlage, die ländlichen Sparkaffen 0,5 und die Kreissparkassen 0,3 Proz. angelegt. Das ist eine äußerst geringe Summe, besonders wenn man berücksichtigt, daß es sich um Durchschnittszahlen handelt, und daß eine große Bahl von Raffen gar keine Bankverbindung aufweist.

Den Sparkassen kann in Notfällen auch durch den Staat Hilfe gewährt werden. Die Sparkassen hoffen darauf, und stügen sich auf die Tatsache, daß 1848, 1866 und 1870 staatliche Darlehnskassen zur Verpfändung von Wertpapieren gegründet wurden. So hofft man auch bei einer neuen größeren Krisis wieder auf diese Weise sich Barmittel verschaffen zu können. Sine staatliche Darlehnskasse wird — da es sich dabei um eine Entlastung der Reichsbank handelt — Wertpapiere nur zu denselben Sägen wie die Reichsbank lombardieren. 1910 betrug der Anteil der Inhaberpapiere 23,63 Proz. der Gesamtanlage einschließlich Reservesonds. Im Kriegsfall wird aber wegen starken Kurssturzes beträchtlich weniger für den Lombardverkehr in Betracht kommen, besonders da von den Inhaberpapieren nur 46,84 Proz. Reichse und Staatspapiere sind, und die Mehrzahl noch mehr im Kurse fallen werden. Da die zur Lombardierung der Reichsbank übergebenen Papiere nur bis drei Viertel des Kurswertes beliehen werden, so ist

diese Hilfe für die Sparkassen noch nicht einmal so beträchtlich, wie fie auf den ersten Blick erscheinen mag. Sat z. B. eine Sparkaffe 10-15 Broz. Wertpapiere, so wird bei einem Kursfall von 25 Broz. die Kasse nur $5-7^1/_2$ Proz. der Gesamtanlage aus Lombardierung der Bertpapiere fluffig machen können. Gin Tropfen auf einen Die Sparkaffen würden bei stärkerer Nachfrage heißen Stein! gezwungen werden, viele Paviere auf den Markt zu werfen, um sie, wenn auch mit großen Verlusten, zu realisieren. Papiere, besonders die kleineren Städteanleihen, werden aber im Rriegsfalle überhaupt keinen Markt haben, fo daß die "reguläre" Staatshilfe den Sparkassen wenig nüten kann 1. Auf anderem Wege bon der Reichsbank oder einer Darlehnskasse Silfe zu erhalten, ist nach Mitteilungen des Reichsbankdirektoriums ausgeschlossen 2. Daß der Staat den Sparkaffen im Kriegsfalle eine besondere "irreguläre" Hilfe gewähren wird, erscheint ausgeschlossen, wenn auch viele Sparkassen damit rechnen muffen 3. 1870 betrugen die Einlagen der preußischen Sparkaffen keine halbe Milliarde Mark, eine verhältnismäßig geringe Summe; 1910 dagegen über 11 Milliarden. Gin heutiger Krieg stellt dazu ganz andere Anforderungen an die Finanzberwaltung des Staates,

¹ Mit Recht schreibt Knebel-Döberig ("Die Sparkasse" 1907, Nr. 613): "Es liegt auf der Hand, daß bei einer Rücksprerung von nur einem Viertel sämtlicher Spareinlagen den deutschen Sparkassen nicht möglich sein würde, das zur Zurückzahlung ersorderliche bare Geld zu verschaffen."

^{2 &}quot;Die Sparkassen können im Kriegsfalle auf die Hilfe der Reichsbank nur dann — dann aber auch mit Sicherheit — rechnen, wenn sie über lombardsähige Effekten, vor allem über Reichsbund Staatsschuldburforderung in einem Wertbetrage verschreibungen, einschließlich der Schuldbuchsorderung in einem Wertbetrage versügen, wie er zur Entnahme des voraussichtlichen Geldbedarfs im Lombardwege ersorderlich ist. Für Sparkassen, die auf die Jnanspruchnahme der Reichsbank im Kriegsfalle angewiesen sind, wird es sich dringend empsehlen, diesen Gesichtspunkt bei der Anlage ihrer Bestände nicht außer acht zu lassen." (Mitteilung des Reichsbankdirektoriums, angesührt in "Die Sparkasse", 1. April 1910.)

³ Schon im Jahre 1860 schreibt eine sächsische Berordnung: "Der besmerkbar gewesenen Reigung, in Fällen eintretender Not sich auf die Hilfe des Staates zu verlassen, ist entschieden entgegenzutreten, da es am Tage liegt, daß in solchen Zeiten auch die Kräste des Staates außergewöhnlich in Anspruch genommen werden, der Staat also schon deshalb nicht in der Lage sein wird, den Bedrängnissen der einzelnen Gemeinden, auf die ja vielmehr der Staat selbst bei jedem Desizit rekurrieren muß, aus Mitteln der Gesamtheit abzuhelsen." (Sächs. Berord. v. 28. Dezember 1860.)

die es ihm schwer genug machen, für den eigenen Bedarf Sorge tragen zu können. — Also auch hier ist keine wirklich brauchbare, den Sparkassen in Krisenzeiten erwachsende Hilse vorhanden.

§ 3.

Das Bertrauen auf die Zahlungsbereitschaft der Sparkaffen.

Einen großen Einfluß auf die Menge der Rückzahlungen übt das den Sparkassen entgegengebrachte Vertrauen aus. Die Voraussehung für das Vertrauen auf die Zahlungsbereitschaft ist das Vertrauen auf die Zahlungsfähigkeit. Dieses genießen die Sparkassen in hohem Maße; das auf ihrem Alter wie auf dem Mitwirken öffentlicher Gewalten veruhende Vertrauen auf ihre Zahlungsfähigkeit ist seit 1848 nicht mehr getäusicht worden. Das Vertrauen, das den Sparkassen hinsichtlich ihrer Zahlungsbereitschaft entgegengebracht wird, ist von dem Vershalten ihrer Kunden, von den Maßnahmen der Sparkasse selbst, und schließlich von dem allgemeinen Geldmarkt und der Wirtschaftslage abhängig.

Je mehr Aufgaben die Sparkasse übernimmt, um so nötiger hat sie das Vertrauen ihrer Runden. Der reine Spardeponent verlangt vor allem Sicherheit, der Kassengeldeinleger dagegen auch die Möglich= keit, jederzeit über seine Gelder berfügen zu können. Eine einmalige, vielleicht nur kleine Zahlungsunmöglichkeit kann und wird für die Sparkassen den Verlust des Vertrauens von seiten der Kunden bringen und damit den Krisenberschärfungsfaktor "Furcht" lösen. Besonders groß wird die Gefahr, wenn sich die Kunden aus Kreisen zusammen= setzen, die vom Scheckverkehr und vom bargeldlosen Zahlungswesen nur unklare Borftellung haben. Benn diese Schichten in der Bebolkerung noch sehr breit sind, so sind sie auf jeden Fall in Sparkaffenkreisen zu suchen. Denn diese wenden sich gerade an die, die noch keine Bankverbindung aufweisen. Wie unglaublich leicht eine Panik in Sparkassen= kreisen auftreten kann, beweisen die bis auf die neueste Zeit sich immer wiederholenden Sparkaffenstürme. Die Sparkaffen haben das Bertrauen der Runden auch aus dem Grunde noch nötig, da sie keine so enge Verbindung eingehen, wie es die Banken tun.

Das Vertrauen ist nun auch abhängig von Maßnahmen der Sparskassen selbst. Hat 3. B. die Sparkasse einen Teil ihrer Anlagen zu realisieren, so wird das für sie um so gefährlicher, je mehr sie diese Anlagen aus dem Orte selbst kündigen muß. Und da nun die preußis

schen Sparkassen sich vielsach besonders der Pflege des örtlichen Kredits hingeben, so muß, wenn dieser Kredit unterbunden oder gekündigt wird, die örtliche Krisis und dadurch direkt oder indirekt der Ansturm auf die Sparkassen bermehrt werden. Nun könnten aber dielleicht die Sparkassen durch Entgegenkommen in den Kückzahlungen das Verstrauen wiederherzustellen suchen. 1848 zahlten die Sparkassen von Söln und Vreslau unausgesetzt, ohne daß die Kündigungsfristen einzgehalten wurden. Sie gewannen dadurch das Vertrauen wieder und erhielten im Lause des Jahres noch einen erheblichen Zuwachs von Sinlagen. Dabei ist aber zu bemerken, daß damals die Kündigungssfristen in normalen Zeiten strenge innegehalten wurden, und daß das Richtinnehalten in Krisenzeiten das Vertrauen stärken mußte. Heute rechnen die Kunden schon in normalen Zeiten auf sofortige Kückzahlung, ganz besonders werden sie da in Krisenzeiten baldige Zahlung erswarten.

Das Vertrauen wird ferner beeinflußt von der mehr oder weniger engen Verdindung, mit der die Sparkasse mit dem allgemeinen Geldsund Wirtschaftsmarkt verknüpft ist. So wurden von der im Jahre 1824 in Frankreich und England ausbrechenden Geldkrisis die damals bestehenden Sparkassen Preußens nicht berührt, weil sie ihre geringen Kapitalien noch nicht auf dem offenen Geldmarkt angelegt hatten 3. Das ist heute anders geworden. Die 11 Milliarden der preußischen Sparkassen stellen einen wesentlichen Bestandteil des Kapitals des deutschen Volkes dar. Daraus solgt, daß Einflüsse, die den allgemeinen Geldmarkt treffen, auch die Sparkassen treffen, und daß die Sparkassen auch ihrerseits den allgemeinen Geldmarkt in Unordnung bringen oder eine solche Unordnung bermehren können. Die Geldanlage, die

¹ Schmid und Brämer, a. a. D. S. 198.

^{2,,}Nur durch rüchaltlose Auszahlungen aller Forderungen wird das Bertrauen erhalten, und viele Spareinleger werden ihr Geld auch fernerhin dem Institut belassen. Wo man nicht sicher ist, daß im Notsalle prompt ausgezahlt wird, da wird man auch schwerlich gar zu gerne einlegen. Die Ersahrung der meisten Bank- und Sparkassenleute geht dahin, daß gerade prompte Auszahlung selbst der auf Kündigung angelegten Beträge vom Publikum sehr gewürdigt wird. Die Prazis hat zur Genüge gezeigt, daß die Kündigungsfristen der Spareinlagen im Falle eines Krieges, eines Kuins, so gut wie gar nichts nützen." Eichhorn, Conrads Jahrbuch, 3. Folge. 40. Bb. S. 507 ff.

³ Schmid und Brämer, a. a. D. S. 176.

ber einzelne für seine Ersparnisse, Kassenborräte usw. eigentlich selber bestimmen müßte, liegt jett neben den Banken auch den Sparkassen ob. Je mehr diese nun dem Bunsche der Einleger gerecht werden, d. h. das Geld nach dem Zwecke anlegen, den es in der betreffenden Privatswirschaft einnimmt, um so größer ist das Bertrauen zu ihnen. Da nun aber an illiquiden Anlagen mehr verdient wird wie an siquiden, und da kurzsristiges Leihkapital stets auch wieder für dauernde Insvestierungen benutzt, nicht aber umgekehrt Anlagekapital wieder in Betriebskapital verwandelt werden kann, so liegt die Gesahr nahe, daß das zwischen Anlages und Betriebskapital nötige Verhältnis gesstört wird. Es kann eine Krisis entstehen oder eine solche verschärft werden. Die Sparkassen sündigen gegen dieses Geset, wenn sie einen großen Teil ihrer Gelder, die ihnen als Kassendorräte zusließen, nicht wieder als kurzsristiges Vetriebskapital anlegen.

Wir sehen so, daß das Vertrauen den Sparkassen gegenüber besonders leicht erschüttert werden kann. Den Sparkassen erwächst in Krisenzeiten keine Hilfe, weder vom Publikum noch vom Staat noch von anderen Banken. Sie stehen — das zeigt dieses Kapitel — ganz besonders ungünstig den Banken gegenüber da, die durch ihre Organissationsform sich den wirtschaftlichen Störungen besser anpassen und ihre Stellung selbst besestigen können.

Rapitel IV.

Brundlinien für Reformvorschläge.

Eine Reform der Zahlungsbereitschaft ist notwendig!. Der Grund für die illiquiden Anlagen der Sparkassen sind die Art der Einlagen. Durch die Annahme hoher Einlagen, ihre Heranziehung auch von außershalb des Garantiebezirks, das Nichtinnehalten der Kündigungsfristen und besonders durch den hohen Zinssuß, haben die Sparkassen zum Teil ihren Ashlcharakter, den sie ursprünglich hatten und in

¹ Allgemein bricht sich in neuerer Zeit dieser Gedanke Bahn. Zahlsreiche Außerungen in der Bankenquete beweisen das, z. B. Ströll (Bershandlungen der Gesamtkommission zu Punkt 6 des Fragebogens, S. 26), v. GampsMassaunen (a. a. D. S. 94) und Adolf Wagner (a. a. C. S. 21).

anderen Ländern noch haben, eingebüßt und sind zu Banken aussgewachsen. Reben reinen Spareinlagen weisen die Sparkassen heute einen mehr oder weniger großen Prozentsatz von Kapitalien zu dauernder oder vorübergehender Anlage und von Kassengeldern auf.

Die Einlagen über 3000 Mk. machen 1909 46,2 Proz. der Gesamt= einlagen, gleich 4,7 Milliarden Mk. aus. Ein Teil dieser Gelder würde, soweit er dauernde Anlage sucht und ihm die Sparkassen ver= ichlossen wären, in Staatspapieren oder anderen mündelsicheren Wertpapieren angelegt werden. Gründe der nationalen Wohlfahrt, Billigteits= und 3weckmäßigkeitsgründe sprechen dafür, daß die Sparkaffen einen Teil dieser Gelder in Staatspapieren anlegen. Die Nachfrage nach Staatspapieren würde dadurch bermehrt, ihr Kurs gehoben und dadurch eine Staatsnotwendigkeit erfüllt, daß der Kurs im richtigen Berhältnis zur politischen und wirtschaftlichen Macht des Staates steht. Es scheint gang berechtigt, daß die Sparkaffen, deren Rredit auf dem Staat und seinen Ginrichtungen gegründet ist, als Entgelt gewisse Pflichten zur Sicherung des Staatskredits übernehmen und so mit dazu beitragen, daß der unerträglich niedrige Kursstand unserer Staats= und Reichspapiere eine Anderung erfährt 1. Richt nur als Entgelt für die staatlich gewährten Vorrechte der Steuerfreiheit und Mündel= sicherheit, sondern auch im Hinblick auf die Pflicht der öffentlichen Berficherungsanstalten einen größeren Prozentsat in Staatspapieren anzulegen, läßt es billig und recht erscheinen, daß auch die Sparkaffen zu einem größeren Ankauf von Wertpapieren verpflichtet sind. Frage einer Besserung der Zahlungsbereitschaft kann — wie es auch bei den Versicherungsanstalten geschehen ist — bei diesem Gesichtspunkt ganz ausgeschieden werden. Auch heute spielt schon, wie oben gezeigt, beim Ankauf von Wertpapieren durch die Sparkassen der Gesichtspunkt der Zahlungsbereitschaft eine mehr oder weniger nebensächliche Rolle.

Schließlich sprechen auch Zweckmäßigkeitsgründe vom Standpunkte der Sparkassen dafür, für die großen Einlagen Wertpapieranlage zu bevorzugen. Die Kapitalien, die dauernde Anlage suchen, sließen den Sparkassen hauptsächlich wegen des von ihnen gewährten hohen Zinses zu. Ist dieser Zins nicht mehr der höchste unter den für dauernde Anslage in Betracht kommenden, so werden ein Teil der größeren Kapitalien die Sparkassen verlassen und dahin eilen, wo sie bei gleicher Sicher-

¹ Jahn, Der preußische Sparkassengesetentwurf vom Standpunkte städtischer Finanzpolitik. Conrads Jahrbucher 1907. S. 481 ff.

heit einen dauernden höheren Zins erhalten. Das wird in Kriegszeiten bei Staatspapieren der Fall sein. Einmal werden die schon auszegegebenen Staatspapiere gewaltig im Kurse sinken und dem Kapitalisten Anreiz zum billigen Aufkauf geben und anderseits wird die Zeichnung der zu hohem Zinssuß ausgegebenen Kriegsanleihe recht gewinnsbringend sein.

Im Kriegsfall müssen die Sparkassen viele Kapitalien zurückzahlen; zu diesem Zwecke werden sie mit großem Berluste Wertpapiere auf den Markt wersen. Der Kapitalist erhält von der Sparkasse ohne jeden Abzug sein Geld und kann den durch seine Kücksorderung mitverstärkten Kurssturz zu billigem Ankauf von Wertpapieren benutzen.

Die Sparkassen haben zwei Möglichkeiten, sich vor so entstehenden Berluften zu sichern: sie verzichten entweder überhaupt auf die Selbstanlage der großen Rapitalien oder fie behalten sich das Recht vor, im Rrisenfall nicht in bar, sondern größere Einlagen in Staatspapieren auszahlen zu dürfen. Etwaige Rursberlufte werden dadurch auf die Kapitalisten übertragen. Rechnet man, wie es in dieser Arbeit geschehen ist, Kapitalbeträge von 3000 Mf. an, so kaufen die Sparkaffen für den 3000 Mt. überfteigenden Einlagenbetrag entweder zum Tageskurs Staatspapiere für ihren Kunden, verwalten sie für ihn, schreiben ihm Zinsen gut, so lange bis durch Neueinzahlungen oder Zinseszins wieder ein neues Staatspapier aufgekauft werden kann oder fie berginfen den 3000 Mk. übersteigenden Betrag weiter, behalten sich aber das Recht bor, bei Rückforderungen in Krisenzeiten in Staatspapieren auszahlen zu dürfen. Dadurch ist der Anreiz für Rapitalisten, in Krisenzeiten ihr Geld von der Sparkasse zurückzuziehen und Papiere zu kaufen, bedeutend abgeschwächt.

Neben den dauernden Kapitalien fließen den Sparkassen in ershöhtem Maße Kapitalien zu borübergehender Anlage zu. Sie sind es hauptsächlich, die bei den Sparkassen den gewaltigen Untersichied in den einzelnen Jahren im Überschuß den Neueinzahlungen über die Kückzahlungen (siehe Tabelle Seite 212) hervorrusen, der sich z. B. in den zwei Jahren 1907—1909 versechssacht hat! Diese starken Schwankungen im Zustrom erklären einmal — bei besonders starkem Überschuß — den Auskauf der Wertpapiere zu höchstem, den Sparkassen ungünstigstem Kurse und — bei besonders schwachem Überschuß — das Ausbleiben der Sparkassen als sichere Geldgeber auf dem Hypothekensmarkte.

Die großen vorübergehenden Einlagen bedeuten eine besondere Gefahr für die Sparkassen, da sie zweifellos nur wegen der hohen Berzinslichkeit kommen, die ihrerseits nur durch illiquide Anlagen ermöglicht wird. Jede Erhöhung der Jahlungsbereitschaft wird — sofern sie nicht auf Kosten der Sicherheit geht — eine Minderung des Zusslusses der vorübergehenden Einlagen bedingen. Auch ein strenges Innehalten der Kündigungsfristen in normalen Zeiten würde diese Einlagen mehr fernhalten.

Da die Größe der vorübergehenden Kapitaleinlagen nicht statistisch sestgestellt werden kann, so ist auch eine jede Borschrift, die einen bestimmten Prozentsat in liquiden Anlagen vorsieht, ungerecht und unsdweckmäßig. Sie kann nur eine Durchschnittsliquidität angeben. Bei dem gewaltigen Unterschied zwischen den einzelnen Sparkassen bedingt diese sür viele Sparkassen ein Zudiel, für andere dagegen die gesetzliche Anerkennung einer ungenügenden Zahlungsbereitschaft. Was allgemein — und deshalb ist es wohl nur auf gesetzlichem Bege zu erreichen — zu verlangen ist und verlangt werden kann, ist die strenge Innehaltung der Kündigungsfristen auch in normalen Zeiten und die Festsetzung einer gleitenden Jinsskala, die für die größeren Einlagen, die Kapistalien, einen annähernd ½ Proz. niedrigeren Zins als den Staatsspapierzins vorsieht.

Von den Kapitaleinlagen, den dauernden wie vorübergehenden entsfallen im Jahre $1909^{\,1}$ auf die $630\,000$ Bücher der Kontenklasse $3-10\,000$ Mk. je rund 5094 Mk., auf die $88\,000$ Bücher der Kontenklasse mit über $10\,000$ Mk. Einlage je $17\,703$ Mk. Die Bücher der ersteren Klasse gehen also um rund je 2000 Mk., die der letzteren Klasse um rund je $14\,700$ Mk. über den Höchstbetrag der reinen Spareinlagen von 3000 Mk. heraus. Die Bücher mit mehr als 3000 Mk. Einlagen übersteigen den Betrag von je 3000 Mk. um im ganzen $88\,000 \times 14\,700$ $--630\,000 \times 2000 = \text{rund } 2554$ Mill. Mk.

Macht man, wie oben vorgeschlagen, diesen Einlegern gegenüber das Recht der Rückzahlung in Staatspapieren bzw. das der Berswaltung der für die Kunden aufgekauften Staatspapiere geltend, hält an den Kündigungsfristen fest und führt eine gleitende Zinsskala ein, so wird eine Anlage von 50 Proz. in Staatspapieren für die Beträge,

¹ Zeitschrift 1911, S. 228.

soweit sie 3000 Mk. übersteigen, vom Standpunkt der Zahlungsbereitsichaft, wie aus Billigkeits- und nationalen Rücksichten genügend sein.

Die dritte Einlageart, die einen Teil der preußischen Sparkassen aus ihrer ursprünglichen Entwicklung herausgeführt und sie zu Depositenbanken gestempelt hat, sind die Rassenführungsgelder. In einer Reihe von hauptsächlich westlichen Sparkassen spielen diese Gelder eine große, an Bedeutung noch zunehmende Rolle. Die Größe der Kassenführungsgelder kann man — nach dreijährigem Bestand des Ministerialerlasses vom 20. April 1909 — auf ein Drittel der Gesamt= einlagen, gleich 31/2 Milliarden Mt. schätzen. Die nötige Zahlungs= bereitschaft kann bei diesen Geldern, die das fluffige Rapital der Bolkswirtschaft darstellen, nicht auf Staatspapieren beruhen (Seite 233). Sie kann verbessert werden zunächst durch Erhöhung des Barfonds. Dies kostspielig wird bon den Sparkaffen freiwillig ist und durchgeführt werden. Eine zwangsweise Erhöhung aber faum wird — da eine Kontrolle über das Einhalten der Vorschrift un= möglich ist — von vornherein zu einer Magregel werden, die dazu verurteilt ist, nur auf dem Papier zu stehen. Auch eine indirekte Er= höhung des Barfonds durch Halten eines größeren Guthabens bei der Zentralbank, wie Heiligenstadt 1 es vorschlägt, hat trop mancher Vorzüge den großen Nachteil, daß er praktisch wegen der großen Verschiedenheit der Sparkassen zu schwer in gerechter Weise durchzuführen ist. Durch eine derartige Borschrift entsteht ferner die Gefahr, daß die Sparkassen, die eigentlich einen höheren Zahlungsbereitschaftsgrad nötig hätten, sich nur an die vorgeschriebene Mindestliquidität halten.

Die Liquidität der Sparkassen kann auch erhöht werden, indem man ihnen vorschreibt, einen bestimmten Prozentsat ihrer Anlage zum Anstauf von Wech seln erster Güte zu verwenden. Dem privatwirtschaftslichen Nachteil, daß diese Anlage nur einen sehr geringen Gewinn sür die Sparkassen abwirft, stehen zwei große Vorteile gegenüber. Einmal stellen Primawechsel eine äußerst liquide Anlage dar, und ferner wird auch dem Grundsate Genüge geleistet, daß die volkswirtschaftlichen Betriebskapitalien auch wieder als flüssiges Nationalkapital angelegt werden. Vom Standpunkte der Gesamtheit kann aber trozdem einer größeren Ausdehnung des Wechselverkehrs bei den Sparkassen nicht das Wort geredet werden. Wenn die Sparkassen als nennenswerte Käuser auf dem beschräften Markte für Wechsel erster Güte auf-

¹ Der deutsche (Geldmarkt, Schmollers Jahrbuch 1907. 4. Heft.

treten, so wird dadurch der Reichsbank weiteres Wechselmaterial entsogen. Die Reichsbank ist aber zur Durchführung ihrer wichtigen Aufsgabe — der Anpassung der Geldmenge an den Geldbedarf — auf die Beherrschung des Wechselmarktes angewiesen. Durch die Großbanken ist ihr schon eine schwere Konkurrenz entstanden; sollten auch jetzt die Sparkassen noch in größeren Wettbewerb mit ihr treten, so ist es fraglich, ob sie dann noch weiter imstande ist, die ihr übertragene Aufsgabe zu erfüllen.

Erwähnenswert erscheint die Prüfung einer Ginführung von sogenannten "Baternoster=Depositen", die Schachner borschlägt und die darin besteht, daß Tag für Tag überflüssiges Geld auf ein Jahr den Banken übergeben wird. Wird es nach einem Jahr nicht benötigt, so läuft es ein weiteres Jahr als Barguthaben bei einer Bank. Die Sparkaffen erhalten dadurch täglich Bargeld, einen wegen der jähr= lichen Kündigung verhältnismäßig hohen Zinsgewinn, und können im Notfall auf später fälliges Geld Wechsel ziehen. Gine weitere Ausbreitung des Scheck- und Kontokorrentverkehrs bei den Sparkaffen ift, wie oben gezeigt, weder bom Standpunkt der Allgemeinheit, noch bon dem der Einleger oder der Sparkaffen felbst zu begrüßen. Er berwischt eine Scheidung zwischen Spargeldern und Raffenführungseinlagen und macht dadurch die Festsetzung einer Liquiditätsgrenze unmöglich. Eine Besserung ist nur dadurch möglich, daß die Ministerialverfügung vom 30. April 1909 aufgehoben wird und durch strenges Einhalten der Kündigungsfristen Kassenführungsgelder in größerem Umfange fern= gehalten werden.

Werden auf diese Weise die Kassenführungsgelder eingeschränkt, so genügt für die Einlagen bis 3000 Mk. neben den verschwindend kleinen übrigen liquiden Anlagen eine Anlage von 20 Proz. in Wertspapieren. Auf die Einlagen bis 3000 Mk. entfallen 1909 5 554,98 Mill. Mk.; die Bücher mit über 3000 Mk. enthalten an Einlagen bis 3000 Mk. 2223,8 Mill. Mk. 20 Proz. von 5 554,98 + 2 223,8 = 7 778,79) Mill. Mk. macht 1 555,75 Mill. Mk. Mit den 50 Proz. für Einlagen von über 3000 Mk. müßten dann die Sparkassen nach dem Stande von 1909 rund 2832,55 Mill. Mk. Wertpapiere ausweisen, das sind 24,36 Proz. gegen 23,63 Proz., die die Sparkassen tatsächlich besitzen.

¹ U. a. Artifel "Sparkaffen" im Handwörterbuch ber Staatswiffenschaften. 3. Aufl.

Belche Folgen würde eine derartige Reform ausüben? Der Punkt, um den sich die Resorm praktisch dreht, ist die Z in sfrage. Die Sparskassen stehen einer Resorm vielsach so scharf entgegen, weil diese für sie eine Minderung der Anlagezinsen und dadurch auch eine Erniedrigung der Einlagezinsen werden viele Kunden, und zwar gerade die, die gar nicht in die Sparkasse gehören, diese verlassen. Besonders wird das bei den westlichen Sparkassen der Fall sein, während auf die östlichen Sparkassen die Kinleger von Kapitalien und Kassenschungsgeldern ist, wie wir oben gesehen, die Benutzung der Sparkasse keineswegs notwendig, auch im Interesse der Sparer nicht erwünscht.

Wenn die Sparkassen weniger illiquid werden, d. h. weniger in Hypotheken anlegen können, so treten sie als gesuchte Kreditgeber mehr zurück. Aber da die Sparkassen zum Teil, und besonders die an hoben Rinsen interessiert sind, ihre Gelder nicht nach gemeinnütigen Grundfäten (fiehe Seite 235) ausleihen, sondern dort anlegen, wo die höchsten Binfen erwartet werden, fie ferner in den einzelnen Jahren fehr verschieden ftark als Rreditgeber auftreten, fo bedeutet das Ausbleiben der Sparkaffengelder auf dem Sypothekenmarkte keineswegs eine fo große Gefahr, wie ihm oft zugesprochen wird. In die entstehenden Lücken können die gemeinnütigen Unstalten des Sypothekarkredits einspringen, da sie sich bei einer Erhöhung des Kurses der Staatspapiere auch ihrerseits leichter und billiger Geld verschaffen können. Eine Erhöhung der Staats= und Wertpapieranlage durch die Sparkassen wird — in Berbindung mit anderen bom Staate eingeführten baw. cingu= führenden Maßregeln — zweifellos zu einer Hebung des Staatskurses beitragen.

Maßnahmen zur Förderung des Kleinsparwesens.

Don

Geheimen Regierungsrat **Dr. jur. Max Seidel** in Berlin-Schöneberg und

Regierungsassessor Dr. jur. Waldemar Müller in Berlin.

Schriften 137. 1. 17

Inhaltsverzeichnis.

	* <u></u>	Seite
1.	Jugendspartaffen	260
_•	Schulfpartaffen in Boltsichulen	260
	Allgemeines	260
	Sammlung der Ersparnisse	262
	Berwaltung der Ersparnisse	266
	Ergebniffe einiger Schulfpartaffen	275
	Sonstige Schulspartaffen	277
	Ronfirmandensparvereine	280
2.	Fabriffpartaffen	285
-•	Ginrichtung im allgemeinen	287
	Ginrichtung und Ergebniffe einiger Fabriffpartaffen	294
	a) Freiwillige Raffen:	
	Farbwerke vormals Meifter, Lucius & Brüning in Sochft a. M	294
	Bapierausstattungsfabrit Mag Kraufe in Berlin	296
	Aljeder Hütte	296
	Leopold Engelhardt & Biermann in Bremen	297
	Loefer & Wolff in Elbing und Braunsberg	299
	Friedrich Krupp, Attiengesellschaft in Essen	299
	Heinrich Frank Söhne in Ludwigsburg	304
	Wilhelm Jäger in Neubrandenburg	305
	Hartwig Kautorowicz in Posen	305
	Echultheißbrauerei in Berlin	307
	Farbenfabrit Gebrüder Koffen in Aachen	308
	Cornelius Behl in Worms	308
	hermann Lewin in Gottingen	310
	b) Zwangsspartassen:	040
	Norddeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Oftrit	310
	Bapierfabrit Rubler & Riethammer in Kriebstein	
	Färberei und Baschanstalt B. Spindler in Spindlersfelb	312
	c) Gemischte Kaffen:	010
	D. Peters & Co. in Elberfeld und Regives	313
	Bergische Stahlindustrie in Remicheib	315
	Bürttembergische Metallwarenfabrit in Geislingen	318
3.	Bfennigsparkaffen, Sparvereine	320
	Mietzinsfpartaffen	324
	Altererentenfparkaffen	327
6.	Magnahmen der öffentlichen Sparkaffen	329
	Sparautomaten	329
	Beimiparbuchien	329
	Abholungsverfahren	331
	Unnahmestellen	
	Terminbücher	
	Rrämijerung	335

Nach der Art ihrer Organisation können die öffentlichen Sparkassen nicht genügende Gelegenheit bieten, kleine und kleinste Ersparnisse zinsbar anzulegen. Satungsmäßig sind sie meist darauf beschränkt, Spargelder nicht unter 1 Mk. anzunehmen. Und doch sind neben sicherer Anlage und Berzinsung sowie den Maßnahmen gegen nachträgliche Berschwendung des ersparten Geldes, bequeme und außreichende Spargelegenheit die wichtigsten Mittel zur Förderung des Sparsinnes.

Die vermehrte Organisation von Anstalten des Kleinsparwesens privater Ratur weist den Weg, hier weiter zu kommen. Sie ist auch serner für den Bolkswohlstand von größter Bedeutung, da solche Einrichtungen in Krisensällen wirtschaftlicher oder politischer Art einen wichtigen Rüchalt bilden können. Denn neben einer vermehrten, sortlausenden und wachsenden Zinseinnahme können die aus solchen Sonderkassen zugeführten Sparkapitalien dem Lande enorme Resserven schaffen. Die in vielen Händen verteilten kleinen Kapitalien sind in solchen Zeiten von unschäsbarem Werte.

Die privaten Spareinrichtungen haben sich bisher teils als selbständige Sparkassen entwickelt, teils stellen sie nur Sammelstellen für die öffentlichen Sparkassen dar. Gegenstand der Betrachtung sollen lediglich die in Deutschland tatsächlich getroffenen Maßnahmen sein. Demgemäß sind unter anderem auszuscheiden die in einer Reihe anderer Staaten bestehende Postsparkasse und das nicht zur Sinführung gelangte Prämiensparsussem von Scherl. Zu übergehen sind auch die Maßnahmen der verschiedenen Arbeiterverbände, weil sie an anderer Stelle dieser Enquete behandelt werden.

¹ Material haben in besonders dankenswerter Weise zur Bersügung gestellt A. Altenrath (Zentralstelle für Bolkswohlsahrt in Berlin) und Herr Lehrer W. Barsch in Friedenau.

1. Jugendsparkassen.

Zu ihnen gehören die Schulsparkassen in Bolksschulen, Sonntags= schulen, Fortbildungsschulen usw., ferner die Sparbereine für Konfir≈ manden. Die Zahl dieser Jugendsparkassen wird gegenwärtig auf 5000 geschätzt; amtliche Erhebungen fehlen.

Schulsparkassen in Volksschulen.

Was zunächst die Schulsparkassen anlangt, so haben sie ihren Ursprung um 1800 in England und sich hier und in anderen Staaten, besonders in Frankreich äußerst günstig entwickelt. In Paris hat jede Schule ihr Sparkassenbureau. Frankreich hatte 1877 8033 Sparkassen mit 148 372 Sparbüchern und 2 964 352 Fr. Gesamteinlagen und 1886 bereits 23 900 Kassen mit 491 160 Büchern und 1934 268 Fr. Einlagen. (Vgl. Krebs, Das neue Idealbetriebsspstem für Schulsparkassen.)

In Deutschland, wo die erste Schulsparkasse 1820 in Goslar, die nächste 1833 in Apolda gegründet wurde, kommen Schulfparkaffen nur in Bolksschulen, fehr vereinzelt auch in Mittelschulen bor. Für die Ginführung von Schulsparkaffen ift hervorragend tätig der 1880 in Glogau gegründete "Deutsche Berein für Jugendsparkassen" und sein Geschäftsführer Pfarrer Sen del. Der Berein geht nach seinem Programm von der Erwägung aus, daß der innere Untrieb zu haushälterischer Sparfamkeit der ernst= licheren Bedung, Anregung und Anleitung gerade bei der Jugend bedarf und in der Schule die beste Gelegenheit gegeben ist, in diesem Sinne auf das Bolk zu wirken, um so in volkserzieherischer Sinsicht der vielfach mangelhaften häuslichen Erziehung eine zweckmäßige pädagogische Ergänzung zu geben und namentlich der Verschwendung auch in den mittleren und niederen Bolksklaffen, der Spiel- und Trunksucht, dem "Leben aus der Hand in den Mund" und dem leichtsinnigen Schuldenmachen entgegenzuwirken und dadurch in volkswirtschaftlicher Beziehung den Wohlstand der erwähnten Volksklassen zu fördern und zu erhalten.

Alljährlich gibt der Berein einen Bericht über die Schulsparkassenbewegung heraus und Pfarrer Senckel hat sein Buch über "Die Einrichtungen der deutschen Schul- und Jugendsparkassen", das die ganze Frage aussührlich und vollständig behandelt, jest neu erscheinen lassen. Auch sonst ist über die Schulsparkassen viel geschrieben worden, und zwar sowohl für als wider.

Bon den Gegnern wird geltend gemacht: sparen könne nur, wer selbst verdiene; die Schulsparkasse sein mit den Unterrichts= und Schulswecken undereindar, nicht der Schule, sondern den Eltern sei die Erzichung zur Sparsamkeit zu überlassen. Durch frühes Gewöhnen an das Sparen könnten die Kinder zu Geiz und Habsucht erzogen sowie zum Diebstahl verleitet, und durch die verschiedene Höhe der Ersparnisse könnte der Neid geweckt werden; dadurch würden die sozialen Gegenssühe schon in der Schule verschärft, und die Kinder vorzeitig um das Glück der harmlosen Jugend gebracht. Diese und andere Einwendungen haben indessen die Entwicklung der Schulsparkassen nicht aufzuhalten verwocht, so daß alle Befürchtungen als unbegründet erscheinen. Der durch die Schulsparkasse gepflegte Sparsinn hat sich auch nach der Entlassung aus der Schule durchaus bewährt.

Von dem, was die immer zahlreicher werdenden Freunde der Schulsparkasse über ihren Wert sagen, mag nur hervorgehoben werden der Ausspruch des französischen Ministers Weddington: "Wenn wir dieser Institution im Lande zum Durchbruch verhelfen und dadurch den Wohlstand der Nation fördern, so haben wir für den Vorteil des Landes mehr getan, als wenn wir eine neue Provinz erobert hätten."

In Erkenntnis der Bedeutung der Schulsparkassen haben dann auch berschiedene preußische Bezirksregierungen (Arnseberg, Aurich, Breslau, Bromberg, Düsseldorf, Erfurt, Franksut a. D., Gumbinnen, Hannover, Königsberg, Liegnitz, Magdeburg, Merseburg, Minden, Potsdam, Schleswig und Stettin) in Rundverfügungen die Einrichtung von Schulsparkassen empsohlen und die Regierung von Merseburg hat "Normalsatungen" veröffentlicht. Die anderen Staaten, so Bahern, Baden, Württemberg, haben sich gleichfalls darauf beschränkt, die Einrichtung von Schulsparkassen den einzelnen Schulsleitern freizustellen.

Eine gesetzliche Regelung ist bisher nur in Braunschweig erstolgt. Das Gesetz von 1895, betreffend die Schuls, Konfirmandens, Jugendsparkassen und Bereine, macht die Errichtung und Fortführung solcher Kassen sowie jede Anderung der Verfassung von staatlicher Genehmigung abhängig. In der Begründung des Gesetzentwurfs ist darauf hingewiesen, daß nach den Erhebungen die Verhältnisse der Sparanstalten nicht ihrer Bedeutung für das Volkswohl entsprechend

geordnet, die Geschäftsleitung eine außerordentlich verschiedene und nicht immer zweckmäßige und die angesammelten Gelder nicht überall genügend gesichert seien. Die Aussührungsanweisung des Gesehes schreibt daher vor, daß die Satzungen Bestimmungen enthalten müssen über: 1. Kreis derjenigen Personen, die der Kasse als Mitglieder beistreten können, 2. Höhe der Beiträge, 3. Kückzahlung der Spareinlagen, 4. Berwaltung der Kasse, 5. Höchstbetrag des zulässigen baren Kassenvorats, 6. Anlegung verfügbarer Gelder (mündelsicher!), 7. Hinterslegung der Bertpapiere, 8. Ausstellung und Prüfung der Jahressrechnung, 9. Abänderung des Statuts.

Auch die städtischen Verwaltungen haben sich immer zahlreicher die Gründung von Schulsparkassen angelegen sein lassen und erhebliche Geldmittel aufgewendet, insbesondere nachdem der "Deutsche Sparkassenverband" in einem 1906 gesaßten Beschluß zum Ausdruck gebracht hat, daß es im Interesse der Entwicklung der Schulsparkassen sür förderlich zu erachten sei, wenn die kommunalen Sparskassen die Kosten der ersten Einrichtung der Schulsparkassen und einen Jahresbeitrag für die Sparkassenrendanten übernehmen.

Ein Gedeihen der Schulsparkassen, deren Einrichtung und Berwaltung von den Lehrern oft eine nicht geringe Arbeit ersordert und zumeist deshalb abgelehnt wird, ist nur möglich, wenn es gelingt, das volle Interesse der Lehrer zu gewinnen. Aus diesem Grunde wird den Lehrern, welche für die Schulsparkasse tätig sind, hierfür vielsach eine Bergütung gewährt. Dem gleichen Zweck dienen hauptsächlich die Bestrebungen, die Arbeit der Lehrer durch Vereinsachung der Sparsshsteme möglichst zu vermindern.

Während in Belgien, Frankreich und in der Schweiz ein System vorherrscht, sind in Deutschland die verschiedenartigsten Systeme einsgeführt, ohne daß bisher der Erfinder eines Systems dem anderen den Borrang eingeräumt hätte; jeder hält vielmehr das seinige für das beste. Die einzelnen Systeme werden unterschieden teils nach der Art der Sammlung, teils nach der Berwaltung und Anlegung der Ersparnisse. In Deutschland sucht namentlich auch der Bolksspars verband für Deutschland sucht namentlich auch der Bromberg) die Einrichtung von Schulsparkassen zu fördern.

Sammlung der Ersparniffe.

Sie erfolgt entweder durch Einsammlung baren Geldes oder unter Berwendung von Sparmarken. Dem Barberkehr wird indessen vor

dem Markenverkehr der Borzug gegeben, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich-Ungarn und in der Schweiz. Das hat die Schulsparkassenenquete ergeben, welche von der Kommission für Gemeinnützigkeit in Bern veranstaltet, vom Hauptlehrer Krebs in Bern geleitet und für Deutschland vom Lehrer Barsch in Friedenau bei Berlin durchgeführt wurde. (Bgl. Krebs, Das neue Jdealbetriebsspitem für Schulsparkassen 1910.) Gegen die "Kleberei" soll eine Abneigung bestehen.

Beim Barberkehr sammelt der Lehrer das Geld ein, meist wöchentlich einmal, und leistet sogleich in jedem Sparbuch handschriftliche Quittung.

Paftor Flügge in Greiz hat zur Bereinfachung des Sammelns einen Sparkasten patentieren lassen. Der Kasten ist aus Blech gesertigt und enthält 21, 32 oder 40 Einzelfächer; vor den Einzelfächern sind Querleisten angebracht, auf welche die Namen der einzelnen sparenden Kinder geschrieben werden. Die Einzelfächer werden verdeckt durch einen gemeinsamen doppelt verschließbaren Deckel, der ein Einwurfloch für jedes Fach und darüber einen Schlitz für jeden Namen hat. Bon den zwei Schlüsseln erhält den einen der Lehrer, den anderen ein zuverlässiger Schüler oder sonst jemand. Der Kasten wird in bestimmten Zeiträumen geöffnet, das Geld herausgenommen und den Kindern gutgeschrieben. Der Sparkasten kostet je nach Größe 13,50 Mk., 18 Mk., 20,75 Mk.

Auch die Heimsparbüchse soll nach Pfarrer Senckel in Schulen eingeführt sein (vgl. unten Nr. 8), um auf diese Weise die vielen kleinen Buchungen zu vermeiden.

Der Bereinsachung des Sammelns dient sodann das Lochzangensisstem des Kreissparkassenrendanten v. Riedel in Elbing. Um drei Seiten einer Karte von Postkartengröße sind in Zickzacklinie in die dreieckigen Felder Zahlen von je 5 zu 5 oder 10 zu 10 gedruckt bis 300 oder 500. Das Kind erhält eine solche Quittungskarte und der Lehrer eine gleiche, nur anders gefärbte Kontokange, die zugleich ein besonderes Markzeichen hinterläßt, auf den beiden Karten nacheinander oder, wenn übereinandergelegt, gleichzeitig diejenige Zahl, die dem Wert des nunmehrigen Guthabens entspricht. Sobald die Karten voll sind, werden neue ausgestellt. Frrtümer werden auf der Kückseite der

Karte durch einen Vermerk gekennzeichnet und bei der nächsten Einsahlung durch Verrechnung berichtigt.

Hauptsächlich wegen der Fretümer, die beim Lochen borkommen können, und wegen der darauf beruhenden Unsicherheit des Berfahrens wird das Lochzangenshstem vielfach für ungeeignet erklärt; Lehrer Barsch hält die Einrichtung bei größeren Schulsparkassen für sast unsdurchführbar, weil die jährliche Ausstellung so vieler Karten zu viel Arbeit erfordere und auch zu teuer sei. Das Lochzangenshstem ist unter anderem auf dem kaiserlichen Gut Cadinen eingeführt. (Bgl. RiedelsElbing, Die Schulsparkasse, ihre Einrichtung und Bedeutung.)

Gleichfalls zur Bereinfachung der Quittungsleistung ist bestimmt das **Abstempelungsversahren**, welches schon früher bestand, aber von dem Hauptlehrer Bauer in Groß=Königsdorf bei Köln weiter entwickelt wurde. Das Sparbuch Bauers enthält verschiedene Wertsfelder unters und nebeneinander, die gleichwertigen untereinander (Felder zu 10, 20, 50 Pf., 1 und 2 Mk.). Bei Einzahlungen wird ein Tagesstempel auf ein oder mehrere entsprechend leere Felder gedrückt. Dies Versahren hat große Aufnahme bisher nicht gefunden.

Sehr berbreitet ist hingegen das **Sparmarkenshstem.** Hier kaufen die Kinder vom Lehrer oder auch von Geschäftsleuten Sparmarke nüber 10 Pf. — Pastor Freber hat wieder verschiedenwertige und dementsprechend berschiedenfarbige Marken zu 2, 5, 10, 50 Pf., 1, 2, 5, 10, 20 Mk. — und kleben sie in Sparbücher oder auf Sparkarten, die für sie ausgestellt werden; die Marken werden dann vom Lehrer durch Stempel entwertet. Zede Seite des Sparbuches und jede Sparkarte hat 30 Felder; sind diese beklebt, so wird dem Kind der Betrag von 3 Mk. bei der Sparkasse gutgeschrieben und eine neue Sparkarte ausgestellt.

Dem Lehrer Reinidens in Effen schienen bei dem Markenspstem die Belastung der Sparkassenverwaltung durch die große Jahl von Sparkassenbüchern über kleine Beträge zu hoch, anderseits die Freberschen Marken zu unübersichtlich und zu teuer; er hat diese Mängel durch sein **vereinsachtes Markenspstem** beseitigen wollen. Reinickens verwendet nur einwertige Marken zu 10 Pf. und für die gesamten Ersparnisse ein Sparkassenbuch. Der Schüler erhält ein Sparmarkenbuch, das auf jeder Seite vier Feldergruppen von je 2×5 , zussammen 40 Felder sür je 10 Pf. hat und am Kand einen Kaum für die monatliche Unterschrift der Eltern. Die eingeklebten Marken werden

mit einem Tagesstempel entwertet. (Bgl. Reinidens, Praktische Jugendfürsorge.)

Die Mängel, welche dem Markenspstem im allgemeinen anhaften, sind nach Ansicht der Gegner bei dem "dereinsachten Markenspstem" nicht beseitigt: das Ausgeben, Kleben und Stempeln der Marken seizu umständlich, besonders wenn die Kinder, was nicht selten, höhere Beträge auf einmal kleben wollen. Außerdem bedeute das öftere Ausstellen neuer Sparbücher ebenso wie das neuer Sparkarten eine unsnüße Papierverschwendung und verursache verhältnismäßig hohe Kosten; bei größeren Schulsparkassen sei wegen der Höhe der Einlagen das Sparmarkenspstem undurchsührbar. (Vgl. Krebs, Das neue Fdealbetriebsschstem; Sen del, Einrichtungen; Barsch in "Sparkassendienst", Handbuch von Professor Stern.) Nach Senckel betragen die Kosten des Markenspstems 1—2 Proz. der Einlagen: während man in einem 5 Pf. kostenden Schulsparkassenbuch bis 500 Mk. handsschriftlich quittieren könne, koste die Markenquittierung mittelst 10 Pf.= Sparmarken mindestens 3 Mk.

Dem Streben nach Verminderung der Arbeit des Sammelns wird am meisten gerecht der von der Firma Hänel & Schwarz in Berlin hergestellte und patentamtlich geschützte Sparautomat. Der Automat ist für 10, 20, 50 Pf. oder 1 Mf. eingerichtet und gibt nach Einwurf von 10 Pf. eine Sparmarke in Größe einer Eisenbahnsfahrkarte heraus, die im Automaten selbst angesertigt wird und mit lausender Nummer, Datum und Wertangabe bedruckt ist. Die Marken werden in Sparkarten gesteckt wie Ansichtskarten in ein Album, je 20 Stück in eine Sparkarte. Ist die Karte voll, dann werden die Sparmarken aus der Karte herausgenommen und dem Sparer gutgeschrieben unter Kückgabe der entleerten Sparkarte.

Gegenüber den sonstigen Markenshstemen soll der Sparautomat den Vorteil haben, daß die aus festem Kartonpapier gefertigten Sparkarten jahrelang benut werden können und die Sparmarken wegen des Ausdrucks von Nummer und Datum kontrollfähig sind, so daß eine mißbräuchliche Verwendung nicht gut möglich ist. Sen del nennt ihn epochemachend und hält ihn ungeachtet der 450 Mk. betragenden Kosten sür großstädtische Verhältnisse als durchaus verwendbar, weil er zahlelose kleine Einzelbuchstaben erspart. Vielsach ist er eingeführt worden wegen der Weigerung der Lehrer, das Sammelgeschäft zu übernehmen und ist, wie Senckel meint, besser als nichts.

Barsch befürchtet, die lose Befestigung der Sparmarken in den Sparkarten könnte dazu führen, daß die Marken verloren oder gar entwendet werden trot der Kontrollzeichen; Krebserklärt den Automaten in Schulen für ein unmoralisches Spielzeug. Beide, Barsch und Krebs, vermissen bei ihm jeden erzieherischen Einfluß des Lehrers und lehnen ihn deshalb für die Schule ab, zumal die Schule nicht Vorspanns dienste für die öffentlichen Sparkassen leisten dürse.

Was die Zeit anlangt, in der die Kinder Spareinlagen machen können, so versteht es sich beim Sparautomaten, Sparkassen und der Heimsparbüchse von selbst, daß die Einlage jederzeit möglich und deschalb auch zulässig ist. Anders bei den übrigen Arten der Sammlung von Ersparnissen. In den meisten Fällen werden hier Einlagen nur einmal wöchentlich angenommen, und zwar in den Zwischenstunden oder zu sonst geeigneter Zeit, neuerdings auch in der Unterrichtszeit, wie in Belgien und Frankreich, wo die Sparübung zur Schulerziehung gehört.

Mitunter ist die Benutzung der Schulsparkasse insofern beschränkt, als die Kinder erst im zweiten oder dritten Schuljahr Ginlagen machen dürfen.

Ebenso ist die Höhe der einzelnen Einlagen bei einigen wenigen Schulsparkassen auf mindestens 10 Pf., anderseits die Höhe der Gesamtseinlage auf mehrere hundert Mark (500) festgesetzt.

Berwaltung der Ersparnisse.

Alls Schulsparkassen im eigentlichen Sinn gelten im Gegensatz zu den Sammelstellen der öffentlichen Sparkassen die Spareinrichtungen in Schulen, bei denen die Lehrerschaft nicht nur beim Sammelgeschäft tätig mitwirkt, sondern auch mehr oder weniger an der Verwendung der Ersparnisse beteiligt ist.

Die Sparautomaten, welche ebensogut eine Hisseinrichtung von Schulsparkassen in engerem Sinne sein können, sind gewöhnlich Sammelstellen der öffentlichen Sparkassen. Der Lehrer gibt hier ledigslich allwöchentlich die leeren Sparkarten aus, sammelt die gefüllten wieder ein und übergibt sie mit den einzelnen Sparkassenbüchern einem Beamten der öffentlichen Sparkasse. Diese besorgt alles übrige, läßt den Automaten täglich entleeren und sonst bedienen, entsernt die gesparten Marken und bucht sie in den Sparkassenbüchern, berechnet die Zinsen usw. Die Arbeit, welche die öffentlichen Sparkassen auf

diese Weise bei großstädtischen Schulen leisten, ist von ganz erheblichem Umfang angesichts der vielen kleinen Konten.

Bloße Sammelstelle der öffentlichen Sparkassen ist ferner die Heimsparbüchse und kann der Sparkasten des Pastor Flügge sein, sofern der Lehrer die ganze Berwaltung, das Einkassieren und Duittieren der öffentlichen Sparkasse überläßt, also nur den Berkehrzwischen ihr und dem Sparer bermittelt.

Auch das Lochzangenschiftem Riedels ist lediglich als Sammelstelle gedacht: es soll keine selbständige Rassenberwaltung gestührt werden, sondern eine Angliederung an eine öffentliche Sparkasse der ein ähnliches Institut erfolgen; Riedel nennt die Einrichtung deshalb "Spareinlagensammelstelle". Der Lehrer hat die Sparbeträge zu sammeln und für Rechnung der einzelnen Sparer einen Abrechnungszettel nebst den vollen Quittungskarten, den Kontokarten sowie den Sparbüchern an die Sparkasse abzuliesern; die Sparkasse besorgt dann die Gutschrift und alles weitere. Die Sparbücher werden grundsätzlich von den Kindern oder deren Eltern, nicht vom Lehrer ausbewahrt. Nur bei sehr erheblichem Geschäftsumfang einer Sammelstelle sieht Riedel die Führung eines Kassenbuches vor, welches jederzeit einen überblick über den Stand der Einlagen gewähren soll. (Bgl. Riedel, Die Schulsparkasse.)

Die Schulsparkassen in engerem Sinne sind entweder selbständige oder abhängige, wobei es gleichgültig ist, ob Barberkehr, Markensberkehr oder beides üblich ist.

Die selbständige Schulsparkasse ist eingerichtet wie eine öffentliche Sparkasse. Die Lehrer sind als Sammler tätig und Rendant ist gleichsfalls ein Lehrer. Der Rendant nimmt die Ersparnisse von den einzelnen Sammlern entgegen, führt die nötigen Bücher, insbesondere die einzelnen Sparbücher, berechnet die Zinsen, schreibt sie zu und leistet die Rückzahlungen. Die "Schulsparkasse" legt selbst die gesamten Ersparnisse zinsbar und mündelsicher an, sei es bei einer öffentlichen Sparkasse, in Hypotheken oder in sonst geeigneter Beise. Das Kind hat neben dem für die einzelnen Einlagen bestimmten und vom Lehrer besorgten Quittungsbuch ein auf die Schulsparkasse sparbuch. (Bgl. Sen kelund Barsch, Kraktische Anleitung 1908.)

Bei der abhängigen Schulsparkasse besorgt der Rendant der öffentlichen Sparkasse die Rendantengeschäfte der Schulsparkasse: Zuschreiben der Zinsen, Berwaltung der Gesamtersparnisse und Rückzahlung von Ersparnissen. So Sen del. Jeder Sparer hat daher ein auf die öffentliche Sparkasse lautendes Sparkassenbuch neben dem Quittungsbuch.

Barsch stellt der selbständigen Schulsparkasse die Hisssparkasse gegenüber. Der Name beruht darauf, daß sie trotz eigener Buchführung mehr oder weniger an eine öffentliche Sparkasse gebunden ist. Nach dem Maße der Abhängigkeit von der öffentlichen Sparkasse unterscheidet Barsch zwei Formen der Hilfskasse: das direkte und das indirekte System. (Bgl. Barsch, Die Schulsparkasse in Friedenau 1902, Praktische Anleitung und in "Sparkassendienst".)

Das direkte System ist so genannt, weil das Kind neben dem Duittungsbuch ein auf die öffentliche Sparkasse lautendes Sparkassens buch besitzt, also in einem direkten Berhältnis zur öffentlichen Sparkasse steht. Da auch hier der Rendant der öffentlichen Sparkasse die Kendantengeschäfte besorgen muß, ist das direkte System nichts anderes als eine abhängige Schulsparkasse. Rrebs nennt dasselbe System vermittelndes. Begen seiner großen Berbreitung in Belgien und Frankreich wird es auch als belgisch sfranzösisches System bezeichnet.

Das indirekte Shstem — in der Schweiz sehr verbreitet, daher auch sich weizerisch es Shstem geheißen — besteht darin, daß das Kind als Beleg für sein Sparguthaben nur ein Quittungsbuch hat, während für die Schulsparkasse als solche ein auf die öffentliche Sparkasse lautendes Sparkassenden über die Sparguthaben sämtlicher Kinder ausgestellt wird; das sparende Kind hat also mit der öffentslichen Sparkasse nur indirekt zu tun. Der Kendant der Schulsparkasse sührt die erforderlichen Bücher, berechnet die Zinsen, schreibt sie in den einzelnen Quittungsbüchern an und macht die Kückzahlungen.

Das indirekte System ist deshalb dasselbe wie eine selb ft ändige Schulsparkasse mit dem einzigen unwesentlichen Unterschied, daß die Gesamtguthaben der Schulsparkasse gerade bei einer öffentlichen Sparkasse nagelegt werden (daher Hilfskasse).

Barsch hat als langjähriger Rendant der Schulsparkasse zunächst das direkte und dann das indirekte Shstem erprobt. Dieses gilt jetzt noch in Friedenau und ist unter dem Namen Friedenauer Shstem allgemein bekannt. (Bgl. Adolf und Franz Hanemann, Die Schulsparkasse in Friedenau.) Barsch, welcher der selbständigen Schulsparkasse unter anderem deshalb den Borzug gibt, weil ihm bei

Abhängigkeit der Schulsparkasse von einer öffentlichen Sparkasse die Autorität des Lehrers durch die Kontrolle des Sparkassenrendanten gefährdet erscheint, hält das indirekte (Friedenauer) Shstem für besonders geeignet, wenn viele Schulsparkassen an eine öffentliche Sparkasse angeschlossen werden sollen; denn er befürchtet, die öffentliche Sparkasse werde wegen der großen Arbeitslast, die ihr bei dem direkten System durch Führung der Unmenge kleiner Konten erwächst, die Besteiligung an der Schulsparkasse ablehnen.

Auch das verein fachte Markenschitem von Reinickens stellt, was die Berwaltung und Anlegung der Ersparnisse anlangt, eine selbständige Schulsparkasse nach Friedenauer System dar; denn sämt-liche Ersparnisse werden auf ein Sparkassenbuch bei der öffentlichen Sparkasse angelegt, und ein Rendant der Schulsparkasse, Sparleiter genannt, hat die Bücher zu führen, in den Spar- d. h. Markenbüchern die Zinsen zuzuschreiben und die Rückzahlungen zu leisten.

Das bom "Deutschen Berein für Jugendsparkassen" eingeführte Shitem ist gleichfalls das einer selbständigen Schulsparkasse.

Krebs, dessen Umfrage ergeben hat, daß die selbständigen Schulsparkassen in Deutschland am meisten verbreitet sind und sich unter Anwendung des Barverkehrs bezüglich der Beteiligung, Jahreseinlagen und Gesamtguthaben am besten bewährt haben, will für die selbständige Schulsparkasse kausmännische Buchführung eingeführt wissen. Die kausmännische Buchführung mit Eröffnungsindentur, Journalbilanz, Probedilanz, Gewinns und Berlustrechnung, Bermögenserchnung und allgemeinem Jahresbericht ist der wesentliche Inhalt seines neuen "Jdealbetriedsschstense". Sen ce c. (S. 173) hält nicht mit Unrecht die kausmännische Buchführung bei Schulsparkassen sür unzwecknäßig und für zu umständlich; nach seiner Unsicht ist Einsachheit notwendig, weil die Berwaltung der Schulsparkasse womöglich in jedem Schulort und zumeist dom Lehrer selbst geführt werden soll.

Um die **Buchführung** und ihre möglichste Vereinfachung dreht sich neben der Frage, ob Bar- oder Markenverkehr, überhaupt der ganze Streit der Meinungen. Nach Sen del werden zurzeit über 30 verschiedene "Formularspsteme" angewendet. (Vgl. Sen del, Cin-richtungen.) Beispielsweise sei erwähnt:

Bei der abhängigen Schulsparkasse sind, abgesehen von der Buchführung der öffentlichen Sparkasse erforderlich für das sparende Kind das Quittungsbuch und das Sparkassenbuch, für den sammeln= den Lehrer die Klassensammelliste und das Bierteljahrsauszugsformular, für den Rendanten der Schulsparkasse die Aufnahmeliste. Das Sparkassenduch wird dem Kind von der öffentlichen Sparkasse am Schluß des Bierteljahres ausgestellt, in welchem die erste volle Mark gespart ist. Die Eintragungen in das Sparkassenduch ersfolgen durch die öffentliche Sparkasse vierteljährlich auf Grund des Bierteljahrsauszug aus der Sammelliste. Der Rendant der Schulsparkasse verwahrt sämtliche Sparkassenbücher dis zum Abgang des Sparers von der Schule und vermittelt den Verkehr mit der öffentlichen Sparkasse. Ein Kontobuch oder Kontokarten sind wegen des Vorhandenseins der einzelnen Sparkassenvillen nicht nötig, ebensowenig ein Einahmes und Ausgabejournal. (Vgl. Varsch, "Sparkassendienst" und Praktische Anleitung.)

Für seine selbständige Schulsparkasse (Hilfskasse mit insdirektem System) hat Barsch eingeführt für das sparende Kind das Quittungsbuch, für den sammelnden Lehrer die Klassensammelliste und das Vierteljahrsauszugssormular, für den Rendanten der Schulsparkasse die Aufnahmeliste, das Kontobuch oder Kontokarten (mit "Leitkarte" zur Scheidung der einzelnen Klassen), das Einnahme= und Ausgabejournal. Der Rendant zahlt sämtliche Ersparnisse auf ein Sparkassendth bei der öffentlichen Sparkasse ein, besorgt die Gutsschriften auf die einzelnen Konten, die Zinsberechnungen, die Auszahlung und die Jahresabschlüsse.

In Anlehnung an diese Buchführung hat Regierung srat Dr. von Brakenhausen (Potsdam), der für kleinere ländliche Berhältnisse das Friedenauer System empsiehlt, für ländliche Schulsparkassen eine einsachere Buchführung vorgeschlagen: für das Kind ein Quittungsbuch, für den Sammler (Lehrer) das Kassenbuch und die Kontokarten und für den Rendanten nur das Sparkassenbuch; das Kassenbuch ist eine erweiterte Klassensammelliste, indem es Ausendhmes und Ausgabezournal verseinigt und außerdem monatliche, viertelzährliche und jährliche Absichlüsse ermöglicht. (Bgl. von Brakenhausen, Wegweiser für die Einrichtung von Schulsparkassen und im Preußischen Volksschularchiv 1906: Barsch, Praktische Anleitung sowie "Sparkassendenst".)

Sen del hat für den "Deutschen Berein für Jugendsparkassen" ein "Hauptbuch", neuerdings auch ein "Mechnungsbuch" der Schulsparkasse entworfen; beide sind für sämtliche ersorderlichen Eintragungen bestimmt und wegen dieser Bielseitigkeit sehr beliebt. (Das Nähere darüber in Sen del, Sinrichtungen.)

Wegen der bon Reinicken 3 empfohlenen Buchführung vgl. seine Praktische Jugendfürforge.

Bei der Buchführung ist vielsach üblich die sogenannte **Pfennigspischwerwaltung** (Pfennigspizen) ihren). Das bedeutet, daß in die Quittungssoder Sparbücher der sparenden Kinder nur volle Mark eingetragen werden, während die überschießenden Pfennige (die Pfennigspizen) in einem gemeinsamen Buch vereinigt werden. So hat z. B., wie Senckel berichtet, bei den Schulsparkassen des Kreises Militsch jeder Sparer einen Sparschein, in welchem der Lehrer über die eingezahlten Sammelpsennige quittiert, ein Sparkassenduch der städtischen Sparkasse, in welches die ersten und die folgenden vollen 3 Mk. eingetragen werden, sobald der Sparschein 3 Mk. ausweist; alle Sammelpsennige sämtlicher Sparer werden hingegen allmonatlich auf ein gemeinsames Hauptsparkassenbuch der Schule oder Klasse einsgezahlt.

Ühnlich ist das sogenannte gemischte Shitem in Breslau: über die Ersparnisse bis zu den ersten 10 Mk. eines Kindes und über die übrigen unter vollen Markbeträgen wird ein gemeinsames Sparfassenbuch (Sammelsparkassenbuch) angelegt, während das Kind über diese Beträge einen Sparschein erhält; über die ersten 10 Mk. wird ihm ein Sparkassenbuch der städtischen Sparkasse ausgestellt, in das auch die nächsten vollen Mark eingetragen werden.

Die Schulsparkassen in Militsch und Breslau beruhen auf einer Berfügung der Regierung in Breslau von 1880 und werden als Sammelkassen, d. h. Sammelstellen der öffentlichen Sparkassen bezeichnet, können aber nach der Art ihrer Berwaltung sehr wohl als Schulsparkassen in engerem Sinne gelten.

Indessen, während das Sammelsparkassenbuch in Breslau lediglich dazu bestimmt ist, eine möglichst schnelle Berzinsung der vielen einzelnen Psennigbeträge zu ermöglichen — die im Sammelsparkassens buch aufgelaufenen Zinsen werden dann auf die einzelnen Sparer vierteljährlich verteilt und ihnen gutgeschrieben — wird aus den Zinsen der Sammelsparkassenbücher sämtlicher Schulsparkassenbücher im Kreise Militsch ein Reserve fonds gebildet.

Was die Berginfung überhaupt anlangt, fo erfolgt fie bei den abs hängigen (direkten) Schulfparkaffen und den Sammelftellen der öffents

Lichen Sparkassen in gleicher Weise wie die der gewöhnlichen Spare einlagen, also meist vom ersten des folgenden Monats zu dem üblichen Zinssuß. Die selbständigen und indirekten Schulsparkassen verzinsen die Einlagen der Kinder verschieden: meist mit dem nächsten Viertelzjahr, mitunter schon mit dem nächsten Wonat oder erst mit dem Jahr.

In Anbetracht der geringfügigen Beträge wird es hierauf auch nicht so sehr ankommen.

Bei den selbständigen Schulsparkassen verbleibt nun ein oft nicht unerheblicher Zinsüberschuß dadurch, daß die Schulsparkassen sämt- liche Einlagen spätestens monatlich zinsbar anlegen, die Einlagen — und zwar stets nur volle Mark — den sparenden Kindern aber von einem späteren Zeitpunkt oder zu einem geringeren Zinssuß verzinsen, als sie selbst erhalten. Diese jährlichen Überschüsse werden mitunter an die sparenden Kinder verteilt, meist jedoch zur Bestreitung der sach- lichen Kosten der Schulsparkassenwerwaltung verwandt, es müßte denn sein, daß die öffentliche Sparkasse oder die Gemeinde diese Kosten, insbesondere die der ersten Einrichtung bezahlt.

Die Zinsüberschüsse werden indessen auch für andere Zwecke ganz oder teilweise verbraucht: für Schülerbibliotheken, Lehrmittel, Zuwendungen an den Deutschen Berein für Jugendsparkassen, Kinderschulfeste, patriotische Feste, Lehrerwitwen- und Waisensonds, für wohltätige oder gemeinnützige Zwecke und dergleichen. (Bgl. Sen kel, Einrichtungen.)

Bereinzelt kommt die Gewährung von Prämien aus den 3 in 3 = überschüssen von, so 3. B. bei der Schulsparkasse in Hohen walde (dem Wohnort des Pastor Senckel). Im übrigen ist die Gewährung von Prämien an regelmäßige Sparer noch wenig ausegebildet. In Frieden au werden alljährlich Prämien verteilt auf Grund von Stiftungen seitens der Sparkasse des Kreises Teltow und seitens wohlwollender Bürger, ebenso in Wesel 3,6 Proz. seitens der städtischen Sparkasse. Für die Herrschaft des kaiserlichen Gutes Cadinen ist zunächst bestimmt, daß jedes neugeborene Kind ein Sparkassendich über 10 Mk. erhält und für jedes solgende Kind außerzdem die Eltern eine Spareinlage von 5 Mk. erhalten, und dann, daß in der Schulsparkasse auf jede über 3 Mk. sautende Sparkarte (Loch zangensche Angenschaft werden. Bremen schulsparkasse auf marken zu je 10 Pf., also auf 50 Pf., ebensoviel. Häufiger als die Gewährung von Prämien ist die Ausstellung

von Sparkassenbüchern seitens der Gemeindeverwaltungen für Kinder beim Eintritt in die Schule, und zwar mit einer Einlage von 1 MK.

Bleichfalls aus den Binsüberschüffen wird vielfach die Bergutung für den Rendanten der Schulsparkaffen bezahlt. Die Bewilligung einer Vergütung wird allgemein (vgl. Barsch, Krebs, Senckel) be= fürwortet und erscheint mit Rücksicht auf die recht bedeutende Arbeits= last, besonders bei größeren Schulsparkassen durchaus gerechtfertigt; eine Ermäßigung der Pflichtstundenzahl — wie vielfach üblich — wird als entsprechende Entschädigung nicht angesehen. Nach den Fest= stellungen von Rrebs betragen die Bergütungen bis 600 Mt., von 50 Mk. aufsteigend; bei abhängigen Schulsparkassen sind Vergütungen selten und dann geringer (bis 100 Mk.). Als Bergütung für die Arbeit, die der Rendant der Schulsparkasse für die öffentliche Sparkasse leistet oder besser ihr abnimmt, ist auch gedacht das 1/2 Proz. der jährlichen Einlagen, welches einzelne öffentliche Sparkaffen dem Rendanten zahlen. So erhält jeder der beiden Rendanten in Frieden au 200 Mk. (die eine Hälfte gibt die Gemeinde, die andere die Sparkaffe des Kreises Teltow) und außerdem bon der Sparkasse 1/2 Proz.

Bezüglich der Rüdzahlung der Ersparnisse, sei es ganz oder teilmeise (Rotstandsauszahlung en), ist in den Satungen meist bestimmt, daß das Gesamtguthaben bei der Konfirmation oder beim Berlassen der Schule ausgezahlt wird, ebenso im Fall einer Umsschulung, es müßte denn sein, daß an der neuen Schule gleichfalls eine Schulsparkasse besteht; in diesem Fall wird das Sparguthaben überwiesen. Die Rückahlung ersolgt nur gegen Quittung des gesetzlichen Bertreters. Für Notsälle (bei plötzlichen Erkrankungen oder Todesfällen) ist die Auszahlung des ganzen Guthabens oder eines Teiles zwar vorgesehen, jedoch vielsach von der Genehmigung des Vorstandes der Schulsparkasse abhängig gemacht.

Was schließlich Anlegung und Sicherung der Ersparnisse betrifft, so sind zunächst die Spar- oder Markenbücher der Kinder in der Regel den Estern allmonatlich oder zu anderer Zeit zur Unterschrift vorzu- legen, eine Maßregel, die nicht nur die Absließerung des Geldes durch die Kinder gewährleistet, sondern auch jedes Mißtrauen gegen den sammelnden Lehrer ausschließen soll. Das eingesammelte Geld muß der Lehrer sodann an einem sicheren Ort in einer ihm zu diesem Zweck übergebenen Kassette außbewahren, dis er es an den Rendanten oder

Schriften 137. I. 18

die öffentliche Sparkasse abführt; diese Abführung hat, um die Anssammlung größerer Beträge zu vermeiden, möglichst bald zu erfolgen.

Alljährlich nach Ablauf des Rechnungsjahres werden die Bücher abgeschlossen und zwecks Entlastung des Rendanten der Schulsparkasse dem Borstand oder einer anderen Stelle zur Prüfung vorgelegt.

Die Unlegung der Ersparnisse erfolgt im allgemeinen auf den Namen der Schulsparkasse bei einer öffentlichen Sparkasse, womit allerdings eine ziemlich geringe Berzinsung verbunden ist. längerem Bestand einer Schulsparkasse sich ein ungefähr stets gleichals sogenanntes Beharrungs= bleibender Bermögensbestand vermögen herausstellt, konnte wenigstens dieses oft recht beträcht= liche Beharrungsvermögen in größerem Umfange als bisher vorteil= hafter angelegt werden, sei es in Spotheken oder in Bertpapieren. Die Anlegung in Sypotheken ist nun insofern schwierig, als eine Eintragung der Schulsparkasse als Gläubigerin in Ermangelung der Rechtsfähigkeit nach dem Bürgerlichen Gesethuch nicht möglich ift. In Glogau find die Sypotheken deshalb auf den Magistrat der Stadt eingetragen und in seiner Berwahrung, während dem Rendanten der Schulfparkaffe hierüber ein Depotschein ausgestellt ift; die Sppotheken sind erststellig und mündelsicher. Der Borstand der Schulsparkasse hat die Berfügung über die Sypotheken und kann fie durch Bermittlung des Magistrats kündigen. (Bgl. Sen del, Einrichtungen.) Durch die Berwahrung beim Magistrat und die Übertragung des Berjügungs= rechts auf den aus mehreren Personen bestehenden Vorstand ist der Sypothekenbrief gegen migbräuchliche Verwendung ausreichend ge= sichert.

Sen del erwähnt ferner die Anlegung in Wertpapieren und ihre Hinterlegung bei der Reichsbank sowie die Eintragung in das Reichsvder Staatsschuldbuch. Während die Eintragung in das Schuldbuch
eine genügende Sicherheit bietet, ist die Hinterlegung bei der Reichsbank
nur dann bedenkenfrei, wenn der Ausbewahrer des Depotscheins eine
von den mindestens zwei Deponenten der Wertpapiere verschiedene
Person ist, so daß zur Abhebung des Depots mehrere Personen zusammenwirken müssen.

Für die bei öffentlichen Sparkassen angelegten Ersparnisse ist gewöhnlich bestimmt, daß nur zwei Borstandsmitglieder gemeinschaftlich Gelder abheben dürfen; damit ist, zumal wenn das Sparkassenbuch Sperrbermerk hat, eine immerhin ausreichende Sicherung getroffen. Sen del möchte die Schulsparkassengelder wie Mündelgeld behandelt wissen, indem der Rendant der Schulsparkasse dem Bormund und ihr Borstand dem Gegendormund gleichgestellt und so die Abhebung von Geldern von der Genehmigung des Borstandes abhängig gemacht wird.

Über die laufenden Zu= und Abgänge soll ein von dem Sparkassenbuch über das Beharrungsvermögen verschiedenes Sparkassenbuch ausgestellt werden und das Sparkassenbuch über das Beharrungsvermögen von zwei Vorstandsmitgliedern in Verwahrung genommen werden.

Ganz bereinzelt kommt die Übernahme der Garantie für die Spareinlagen vor. In Sachsen verlangt nach Senckel die Regierung die Garantieübernahme seitens der Gemeinde und in einigen wenigen Fällen haben die Gemeinden oder auch der Schulpatron die Garantie freiwillig übernommen.

Ergebniffe einiger Schulfpartaffen.

Was die Umfrage von Barsch ergeben hat, daß die Lehrerschaft mit den Erfolgen der Schulsparkassen im allgemeinen sehr zufrieden ist, das wird durch folgende Zahlen, die teilweise den "Einrichtungen" sen dels entlehnt sind, vollauf bestätigt.

Die Regierung in Potsdam hat 1910 eine Statistik über die Schulsparkassen ihres Bezirks herausgegeben. Danach ist die Jahl der meist nach Friedenauer System eingerichteten Schulsparkassen von acht im Jahre 1898 auf 127 gestiegen, abgesehen von den Pfennigsparkassen, Sparautomaten und vier auf dem Markensystem beruhens den Schulsparkassen. Die Jahreseinlage sämtlicher 127 Schulsparkassen betrug 1908/09 300 534 Mk., die Jahl der sparenden Kinder 22 708 und das Gesamtguthaben 1 253 972 Mk.; hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Stadtkreise Charlottenburg, Lichtenberg, Potsdam, Rigdurf und Spandau sowie der Landkreis Jauch Belzig noch keine Schulsparkassen haben. An diesen Jahlen sind beteiligt:

Rreis	Zahl der Schüler rejp. Kaffen	Einlagen Mt.	Gesamtguthaben Mt.
Stadtfreis Schöneberg Wilmersdorf Landfreis Niederbarnim Oberbarnim	644 Schüler 1775 " 14 Kaffen 4 "	10 232,— 32 270,— 44 077,44 11 932,—	108 728,24 39 491,—
"	13 " 9 " 11 "	26 542,48 10 118,93 69 961,93	117 548,08 59 046,60 304 897,60 18*

In den jetzt 13 Schulsparkassen des Kreises Telt ow haben 1909 von 9894 Schülern 6365, d. h. 64,33 Proz., 90 047,77 Mk. eingelegt und 530 Mk. Krämien erhalten.

Die Schulsparkasse des im Kreise Teltow gelegenen Friedenau (1899 gegründet, seit 1904 das indirekte System) hat:

Jahr	Sparer	Prozent aller Kinder	Einlagen M t	Rückzahlungen Mt.	Gejamtbestant Mt.		
1900 1902 1904 1906 1908 1909	665 897 884 1068 1365 1610	76 80 80 80 80 80 82	8 416,20 8 299,— 10 744,— — 15 094,60 20 970,88	1 620,90 4 997,— 9 311,39 13 022,70 16 461.31	11 554,10 19 857,05 26 978,02 33 119,82 37 239,62 47 356,18		

Regierungsbezirk Breslau (feit 1881).

1909:

23	evangelische Schulen			3473	Sparer	mit	58107	Mŧ.
36	katholische Schulen			5532	,,	,,	150927	.,
4	paritätische Hilfsschule	n		136	"	"	2 106	"
			-	9141	Sparer	mit	211 200	Mf.

Glogau (1879 als Schulsparkassenberein gegründet).

1909: 6 Schulen mit 68 Klassen und 3100 Kindern, davon sind Sparer 1881 — 60,71 Proz. (1878: 25,88 Proz. und 1908: 59,99 Proz.) mit Gesamtguthaben von 53 993 Mt. Die Einlagen betrugen 1909: 18 637 Mt. Die durchschnittliche Einlage war 1878: 5,42 Mt. und 1909: 28,69 Mt.

Karlsruhe (seit 1878).

1909: 7784 Sparer mit 195 648 Mf.

herzogtum Meiningen.

1909: 309 von 317 Schulgemeinden haben Schulsparkassen. Bon 48 400 Kindern sind 39 073 — 81 Proz. Sparer mit 400 356 Mk. Einlagen (durchschnittlich 9,54 Mk.), 413 977 Mk. Kücksahlungen und 1 628 861 Mk. Gesamtbestand.

Amt Aplerbect i. 23. (feit 1887).

1907/08: Von 6351 Kindern in 17	Schulen sparten 4084 (64,3 Proz.)
62.863.94 MF und 2mar	Durchichnitt:

62 863,94 Mf., und zwar:							Durchschnitt:			
517	Kinder	bon	Beamten						18,12	Mf.
97	"	,,	Grundbesitzern .						21,43	"
528	,,	,,	Handwerkern u.	&e	ſфä	ftŝl	eut	en	23,66	,,
2357	"	,,	Bergleuten						13,60	,,
528	"	,,	Fabrikarbeitern						11,83	••
57	,,	,,	Tagelöhnern .						10,83	"
4084	Rinder								15,39	Mf.

Die Rückzahlungen betrugen 64 808,15 Mk. und der Gesamtbestand 148 371,99 Mk. gegen 145 393,98 Mk. 1906/07.

Duisburg (seit 1904/1908, auch in einer Knaben= und Mädchen= mittelschuse) mehr mit Sparmarken, als mit Barverkehr.

1908: Bon 33 352 Schülern kauften 9783 für 59 860 Mk. (1909: 42 020 Mk.) Sparmarken und legten ein in Marken 52 544 Mk. (1909: 35 760 Mk.) und in bar 12 453,24 Mk. (1909: 11 899,84 Mk.), zusammen 64 997,24 Mk.; der Gesamtbestand betrug 134 491.56 Mk.

Die Verwaltung klagt über die Schwächen des Markenbetriebes: die gekauften Marken ständen nicht im Einklang mit den eingelegten Marken und die Arbeit sei recht beschwerlich.

In Bremen, wo der Sparmarkenbetrieb seit 1888 besteht, wird der Erfolg als sehr mäßig bezeichnet.

In Schöneberg hat die städtische Sparkasse 1908 in zwei Schulen Sparautomaten aufgestellt und erzielte 1908: 2581,70 Mk., 1909: 908,20 Mk. und 1910: 1243,70 Mk. Auf Grund dieses Mißersolges ist man zum Friedenauer System übergegangen.

In Hamburg hat die Neue Sparkasse in den Volksschulen 179 Sparautomaten aufgestellt. Ob der bisherige Erfolg gleichfalls nur ein Augenblickserfolg war, ist nicht bekannt.

Sonftige Schulsparkaffen.

In Betracht kommen zunächst Sparkassen in Sonntags =, Feiertags =, Abendschulen. So hat nach Senckel in Berlin jede Gemeinde ihre (gottesdienstliche) Sonntagsschule und jede solche ihre Sparkasse. Daneben bestehen die zahlreichen Sonntags =

schulen der über 40 Berliner Stadtmissionen. Die Ergebnisse dieser Schulen sind nie bekanntgegeben worden.

Zu erwähnen sind ferner die Schulsparkassen in Industrie= und Gewerbeschulen. So die Sparkassen der Klöppelschulen des sächsischen Erzgebirges: den Schülern werden mindestens 10 Proz. ihres jeweiligen Arbeitsverdienstes von ihrem Eintritt bis zum Austritt aus der Schule als Spareinlagen hinterlegt. Sodann die Sparkassen der erzgebirgischen Schlingschulen.

Eine Spareinrichtung hat auch die Bergschule in Tarnowiß. Die im oberschlesischen Revier beschäftigten Bergzöglinge, meist
im Alter von 16—20 Jahren, verdienen in der ersten Hälfte als Schlepper monatlich 60—80 Mt., später als Häuer 100—140 Mt.,
während sie zum Lebensunterhalt durchschnittlich 60—70 Mt. brauchen.
Die Spargelder wurden zuerst an den Bergschuldirektor, später an die
"Oberschlesische Steinkohlenbergbauhilskasse zu Tarnowiz"eingesandt,
werden bei der städtischen Sparkasse in Tarnowiz als gesperrte Gelder
hinterlegt und können nur mit Genehmigung des Bergschuldirektors
abgehoben werden. Eine besondere Aufsorderung des Direktors an die
Grubenderwaltungen, die Bergzöglinge lebhaster zum Sparen anzuregen, hatte guten Ersolg. (Bgl. Sparpfennig 1908.)

Da gerade die älteren Jahrgänge der Schüler Verständnis für das Sparen besitzen, wird von vielen Seiten die Einführung von Schulsparkassen in Fortbildungsschulen angestrebt. Insbesondere ist auf versichiedenen Hauptversammlungen von Sparkassen verbänden auf die Wichtigkeit der Errichtung solcher Sparkassen hingewiesen worden. Auch die Regierung von Sachsen Weiningen hingewiesen worden, und Mädchenfortbildungsschulen angeregt. Sen del und andere forderte für die heranwachsende Jugend männlichen und weibelichen Geschlechts sosort nach der Schulentlassung in geringem Umfange Sparzwang.

Reinickens hat bereits ein "bereinfachtes Sparshstem" für Fortbildungsschulen, Gesellen= und Jugendvereine — unter Einführung des für die schulentlassene Jugend mehr zu empsehlenden Barverkehrs — entworfen; das Shstem ähnelt im übrigen dem "vereinsachten Markenshstem" von Reinickens. (Bgl. seine Praktische Jugendsfürsorge.)

Neuerdings hat der Lehrer Stahlberg in Berlin mit gutem

Erfolge bei der 5. Pflichtfortbildungsschule eine Schulsparkasse eins gerichtet, und zwar eine selbständige.

Nach den von ihm entworfenen Satungen muß die Einlage mins bestens 50 Pf. betragen. Das Spargeld wird Montag oder Dienstag bei Beginn der schriftlichen Beschäftigung angenommen. Der Schüler erhält bei der ersten Einzahlung gegen Entrichtung von 10 Pf. ein Sparbuch und am Schluß des ersten Vierteljahrs eine Kontokarte. Das Sparbuch behält der Schüler, die Kontokarte verwahrt der Lehrer.

Die Kasse wird unentgeltlich verwaltet von den Lehrern und den durch die Schüler der einzelnen Klassen gewählten Bertrauens männern. Der Klassenlehrer trägt die Einlagen in das Sparbuch und in seine Sammelliste ein und quittiert mit dem Bertrauensmann; der Bertrauensmann trägt die Einlage gleichsalls in seine Sammelliste ein. Durch den Bertrauensmann sollen die Schüler zur Mitarbeit herangezogen, die Klassenlehrer durch gegenseitige Buchungen entlastet und Fälschungen berhindert werden. Der Kendant der Schulsparkasse führt ein Ausnahmebuch, ein Einnahme= und Ausgabebuch, Journal und Kassabuch, außerdem die Kontokarten des einzelnen Sparers.

Die Spargelder werden monatlich bei der städtischen Sparkasse auf ein für die Schulsparkasse angelegtes Sparkassenbuch eingezahlt; das Sparkassenbuch verwahrt der Direktor der Pflichtfortbildungsschule. Abhebungen den der Sparkasse zwecks Auszahlung an die Schüler sinden durch den Rendanten der Schulsparkasse unter Gegenzeichnung des Direktors statt.

Die Spareinlagen werden vom Beginn des nächsten Vierteljahres mit dem Zinssatz der städtischen Sparkasse verzinst. Sie können nicht übertragen und nicht verpfändet werden.

Auszahlungen kann der Schüler jederzeit verlangen, muß jedoch während der Schulzeit mindestens 1 Mk. stehen lassen. Sonst werden sämtliche Einlagen nebst Zinsen ausgezahlt bei Entlassung aus der Schule, auf Bunsch bei längerer Arbeitslosigkeit und beim Tod des Schülers.

Die Schulsparkasse hat einen Borstand, dem ein Mitglied der Deputation für Fach- und Fortbildungsschulen, der Direktor, sechs Lehrer und sechs aus den Bertrauensmännern gewählte Schüler angehören. Der Borstand wählt aus seinen Mitgliedern eine Revisions-kommission bon dier Versonen.

Die Zinsüberschüffe werden zur Bestreitung der sächlichen Kosten und zu wohltätigen Zweden für die Schüler verwandt.

Nach einer Mitteilung von Stahlberg gehören der Schulsparstasse zurzeit gegen 1200 Sparer an, die monatlich durchschnittlich 1000 Mt. sparen. Das Ministerium für Handel und Geswerbe hat die Einrichtung, welche bereits von Lichtenberg und Zeit übernommen wurde, sehr wohlwollend aufgenommen. (Bgl. Stahlberg in "Jugendfürsorge" 1900, Heft 5.)

Ronfirmanden-(Rommunikanten-)Sparvereine.

Schon in den siebziger Jahren hat der Gedanke, Borsorge zu treffen für die großen Ausgaben, die mit der Konfirmation verbunden sind, zur Gründung von Bereinen geführt, welche die allmähliche Anssammlung der nötigen Summe durch regelmäßige kleine Einzahlungen bezwecken.

Die Konfirmandensparvereine sind Sparvereine der Eltern; sie und nicht die Kinder sind die Sparer und als solche zu den satungs= mäßigen Einlagen berpflichtet. Die Spareinlagen können dom ersten Lebenstage eines Kindes gemacht werden und die Sparbücher werden auf den Ramen des Kindes ausgestellt. Obwohl die Konfirsmandensparvereine mit den Schulsparkassen demnach nichts gemeinsam haben, werden sie allgemein — wegen der Berwendung des Geldes sür die Kinder — zu den Jugendsparkassen gerechnet und deshalb auch hier behandelt; eigentlich gehören sie zu den Spareinrichtungen sür besondere Zwecke. (Bgl. unten Nr. 6.)

Besonders entwickelt haben sich derartige Vereine in Sach sen; der bedeutendste ist wohl der 1876 für **Dresden** und Umgegend gegründete "Berein zur Konfirmandenaussteuer". Dieser Verein ist eine Genossenschaft mit unbeschränkter Mitgliederzahl; er besitzt die Rechte einer juristischen Person und hat als Vereinsorgane Direktorium, Aufsichtsrat und Hauptversammlung.

Die Bezirkskassierer — meist Lehrer, aber auch Kaufleute und Beamte — haben Mitglieder anzuwerben, die Beiträge einzuziehen gegen Eindrückung ihres Stempels in die Sparbücher und die Auszahlungen zu vermitteln. Sie sind ehrenamtlich angestellt und erhalten nur Mankogelber und Entschädigung für Dienstaufwand.

Die haupt ver fammlung beschließt über die Berzinsung der

Spareinlagen, Verwendung des Gewinnes, Gewährung von Entsichädigungen für den Aufsichtsrat, den Betrag der jährlichen Rücklage, Gesuche um Rückahlung verfallener Spareinlagen, Ernennung von Ehrenmitgliedern, Abänderung der Satzungen und Auflösung des Vereins.

Die Mitglieder bestehen aus stimmberechtigten und nichtstimmberechtigten (Spar=) Mitgliedern; das Eintrittsgeld beträgt für stimmberechtigte Mitglieder 1 Mk., für Sparmitglieder 50 Kf. Über die Aufnahme entscheidet das Direktorium. Die Mitgliedschaft erlischt mit der Rückzahlung der Spareinlagen auf das letzte Sparbuch des Mitgliedes, mit dem Verfall der sämtlichen Spareinlagen des Mit= gliedes, mit dem Ableben des Mitgliedes, durch Ausschluß des Mit= gliedes aus dem Verein und durch freiwilligen Austritt.

Die Mindesthöhe der wöchentlichen Sparbeiträge ist 10 Pf. Ihre Söhe ist unbeschränkt, nur muß der Betrag durch fünf teilbar sein. Mit Beginn eines jeden Kalenderjahres kann der Betrag erhöht oder vermindert werden.

Die Spareinlagen werden, und zwar nur volle Mark mit dem Beginn des auf die Einzahlung folgenden Jahres verzinft; der Zinssatz wird alljährlich durch den Rechenschaftsbericht veröffentlicht. Für das Jahr, in dem die Rückzahlung der Spareinlagen erfolgt, werden Zinsen nicht gewährt, ebensowenig Zinseszinsen. Die entfallenden Zinsen werden im Sparbuch gutgeschrieben und mit den Spareinlagen zur Auszahlung gebracht.

Falls ein Mitglied für längere Zeit den Beitrag nicht leiften kann, muß es beim Direktorium um Frist nachsuchen. Wird auf ein Sparbuch ohne Frist innerhalb eines Kalenderjahres länger als sechs Monate nichts gesteuert, so werden die Spareinlagen des Buches für dieses Jahr nicht verzinft.

Berfall der Spareinlagen tritt ein, wenn länger als fünf Jahre vom Beginn des Jahres ab, auf das die lette Einstempelung im Buche bewirkt worden ist, nichts gespart ist; indessen kann durch Beschluß der Hauptversammlung Rückgewähr erfolgen.

Sonst erfolgt die Auszahlung der für ein Kind eingezahlten Spareinlagen, sofern nicht Weitersparen gewünscht wird, vor Oftern des Jahres, in dem die Konfirmation des Kindes erfolgt. Außerdem auf Berlangen beim Tode des Kindes oder des Mitgliedes, bei Überweisung des Kindes in eine Besserungsanstalt und dergleichen, beim Wegzug

bes Mitgliedes nach einem Orte, in dem sich keine Kassenstelle des Bereins befindet, beim Eintreten mißlicher Vermögensverhältnisse der Mitglieder (Berdienstlosigkeit, längere Krankheit in der Familie usw.), die das Fortsparen wesentlich erschweren. Die Auszahlung von Sparbüchern, die auf "Ungenannt" lauten, kann jederzeit gesordert werden. Als berechtigt zur Empfangnahme der Spareinlagen und Zinsen gilt der Inhaber des Buches. Verlangt ein Mitglied Auszahlung ohne einen der vorgenannten Gründe, so wird dieses als ein "freiwilliges Ausschen" angesehen; in diesem Falle werden ihm nur die von ihm eingezahlten Spareinlagen ohne die gutgeschriebenen Zinsen aussgezahlt. Die Übertragung der Einlagen und Zinsen des Sparbuch es eines verstorbenen Kindes auf ein anderes Kind des selben Mitgliedes zum Zwecke des Weitersparens ist zulässig.

Das **Bereinsvermögen** besteht aus den Spareinlagen, den gutsgeschriebenen Zinsen und einer aus den Jahresüberschüssen zu bildens den Rücklage. Die Spareinlagen und die darauf gutgeschriebenen Zinsen sind nach ihrem vollen Betrage zurückzustellen und dürsen nicht zur Bestreitung des Verwertungsauswandes und zu anderen Ausgaben herangezogen werden. Die Rücklage dient zur Deckung von Kurss und anderen Verlusten.

Die Anlegung der nicht zu sofortigen Auszahlungen benötigten Gelder erfolgt so bald als möglich bei sicheren Banken oder Sparkassen. Die Anlegung des übrigen Bereinsbermögens in mündelsicheren Sypotheken oder Wertpapieren, aber auch in Grundstücken. Bon den Wertpapieren berwahrt der zweite Borsitzende des Direktoriums die Hauptpapiere, der Borsitzende des Aufsichtsrats die Zinslisten und der erste Borsitzende des Direktoriums die Zinsscheine.

Die Erträgnisse des Vereinsbermögens und etwaige andere Einsnahmen werden berwendet für den Verwaltungsauswand, für die Verzinsung der Spareinlagen und zur Bildung der Rücklage.

Die Entwicklung des Bereins ist sehr günstig. Es sparten im Gründungsjahr

```
46 Kinder . .
1876 Eltern für
                                    4 140,— Mf.
1886
                5 800
                                    42 871,70
            ,, 22 638
1896
                             . . 155 900,—
1906
                52418
                                   476 646. —
                             . . 601 760,—
1908
                61 178
1909
               65 152
                                  677 050,—
```

Kassenstellen bestanden 1876 27 und jetzt über 450, unter anderem auch in Plauen, Reichenbach, Zwickau. Die Gesamtersparnisse betrugen bis 1907 gegen 5 Millionen, das Bereinsbermögen 1908 über 1850 000 Mk.

Bon Dresden haben sich die Konfirmandensparvereine sehr versbreitet; sie bestehen unter anderem in Leipzig=Connewit und Leipzig=Reudnit (beide mit Markenverkehr), in Alt=Chem=nit, Braunschweig, Flensburg, Hannover.

Der Konfirmandensparberein in Hannover (gegründet 1879, mit neuen Sahungen seit 1905) ist eingetragener Berein mit unbeschränkter Mitgliederzahl und hat ähnlich wie der Dresdener als Organe den Borstand, den Ausschuß und die Generalversammlung. Die Mitglied sich aft wird durch einmaligen Beitrag von 10 Mk. erworben, voraussgeset, daß die betreffende Person unbeschränkte Geschäftsfähigkeit und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und nicht im Konkurse besindet. Als Sparer kann jede unbeschränkt geschäftsfähige Person ausgenommen werden, und zwar zugunsten jedes nicht über 13 Jahre alten Kindes, sei es eines eigenen oder eines fremden. Ebenso Bereine und Korporationen, welche Kinder aussteuern wolsen.

Die Sparer sind berpflichtet, bis zum 1. Januar vor der Konfirmation für jedes angemeldete Kind wöchentlich mindestens 10 Pf., oder durch zehn teilbare höhere Beiträge an den Kassierer zu leisten; die Beiträge können am Ansang eines Geschäftsjahres ershöht und bis auf 10 Pf. erniedrigt werden. Vorauszahlungen sind zuslässig.

Rückzahlungen ber sonst bis zur Konfirmation gesparten Spareinlagen ersolgen nur beim Wegzug aus Hannober, beim Tod bes eingetragenen Kindes und in besonderen Fällen auf begründeten Untrag. Beim Tod bes Sparers bor der Konfirmation können andere die Beitragszahlung fortsetzen, andernfalls wird das Guthaben nebst Zinsen bei der Konfirmation des Kindes an seinen gesetzlichen Vertreter ausgezahlt. Die Uuszahlung der Spareinlagen nebst Zinsen — die Verzinsung geschieht für volle Kechnungsjahre, im Jahre der Auszahlung für volle Vierteljahre — findet sechs Wochen vor Ostern statt.

Das Bereinsbermögen besteht aus dem Sparsonds (Sparseinlagen, Zinsen bis zu 3 Proz.) und dem Verwaltungssonds (alle übrigen Zinsen, Mitgliederbeiträge, versallene Gelder, Geschenke, Versmächtnisse). Der Sparsonds darf nur zur Deckung fälliger Auss

zahlungen berwendet werden, der Verwaltungsfonds zur Deckung der Verwaltungskosten und zu Geschenken gelegentlich der Konfirmation an arme würdige Waisen und Kinder berarmter Eltern.

Während der Hauptkassierer Gehalt bezieht, sind die Kassierer ehrenamtlich angestellt.

Die Fortschritte	des	Bereins	lassen	die	folgenden	Rahlen	erkennen:

Jahr	Be= zirks= tassen	Sparer	Gin= zahlungen Mt.	Vermögen Mt.	Sparfonds Mf.	Berwaltungs= fonds Mf.
1908	$207 \\ 222$	15 200	303 922,35	750 808,14	728 054,80	22 753,34
1909		17 070	328 883,65	861 793,10	824 729,35	37 063,75

Ausgezahlt wurden 1909 für 2921 Kinder 251 085,70 Mt., also durchschnittlich 85,96 Mt. (seit Gründung des Bereins 3 054 083,64 Mt.). Bedürftigen Konfirmanden wurden 200 Mt. geschenkt.

Der Konfirmandensparverein in **Braunschweig**, wie die Schulsparfassen gesetlich geregelt, im wesentlichen mit gleichen Sahungen wie der Berein in Hannover, hat nach der Festschrift zum fünfsundzwanzigjährigen Jubiläum (1883—1908) folgende Entwicklung genommen:

Jahr	Einge= schrie= bene Kinder	zahlungen	Auszahlungen (Konfirmanden) Mt.	Zinszu= schriften Mt.	Vermögen Mt.	Verwals tungs= schut Mt.	Nußerord. Unters ftügungen Mt.
1890 1895 1900 1907	$\frac{1978}{2365}$	247228,20	63413,47 (959) 119365,76 (1353) 259498,45 (2107) 301651,63 (1948)	12929,73 21665,31	380 142,04 636 410,92 1 027 192,85 1 349 822,79	4523,81 11054,69	3395,— 5040,—

Von 1883—1908 wurden insgesamt eingezahlt 4277 157,66 MK. und ausgezahlt 2266 370,65 MK. an 16249 Konsirmanden, also durch=schnittlich 139,47 MK. An außerordentlichen Unterstützungen wurden 1887—1908 gewährt 86449,49 MK.

Das Bermögen ist angelegt in mündelsicheren, bei dem Stadtmagistrat hinterlegten Wertpapieren. Auch ein Sicherheitsschat von 25 000 Mk. ist angesammelt, bisher jedoch nicht in Anspruch genommen worden. Desgleichen ein Stiftungsgrund bermögen, da die Regierung die Gewährung der Rechte milder Stiftungen abhängig machte von dem Borhandensein eines Rapitals, dessen Zinsen für Bohlsfahrtsbestrebungen zu verwenden sind.

Ein Konfirmandensparverein ist auch der 1890 gegründete Schulssparkasse ein in Räbke (Braunschweig), dessen Satungen denen des Konsirmandensparvereins in Braunschweig nachgebildet sind. Der Berein will seinen Mitgliedern Gelegenheit geben zur Grsparung der bei der Konsirmation ihrer Kinder oder bei ihrem Gintritt ins öffentliche Leben nötigen Aussteuer und zugleich bei den Kindern den Sparsinn erwecken. Die Bereinigung von Schulsparkasse und Konsirmandensparverein besteht darin, daß die Spareinlagen der Mitglieder durch die Kinder eingezahlt werden.

Der Berein, der wie die übrigen Konfirmandensparvereine volls kommen selbständig ist, nimmt als Mitglied zugunsten eines die Schule in Räbke besuchenden Kindes jede in Räbke wohnhafte, selbständige und geschäftsfähige Person auf, ferner jede Person, die einmalig 10 Mk. oder jährlich 3 Mk. Beitrag leistet. Das für ein Kind einstretende Mitglied erhält für jedes einzelne angemeldete Kind ein auf dessen Namen lautendes Sparkassenbuch. Die Einlagen, deren Höche beliebig ist und nur durch fünf teilbar sein muß, werden wöchentlich in der Schule vom Rechnungsführer des Vereins (dem Ortsprediger, der Lehrer ist sein Stellvertreter) in der Unterrichtspause angenommen.

Der Berein hat als Organ einen Borstand, dessen Borsitzender der Ortsprediger ist, und die Mitgliederversammlung. Sein Bereinssbermögen zerfällt in Sparkapital und Berwaltungskapital. (Bgl. Sen del, Einrichtungen.)

Die Konfirmandensparvereine haben sich vielsach zu Sparvereinen für Heiratsaussteuer und für den Militärdienst dadurch ausgebildet, daß den Sparern gestattet worden ist, die Spareinlagen über die Konfirmation hinaus fortzusetzen. (Bgl. unten Nr. 6.)

Richt zu verwechseln mit den Konfirmandensparvereinen sind die Konfirmandensparvereinen sind die Konfirmandensparvereinen sind die Konfirmandensparvereinen sind er Konfirmandensparvereinen der Kinder zur Berwendung für die mit der Konfirmation verbundenen Ausgaben bestimmt sind.

2. Fabriffpartaffen.

Gine ganz besondere Bedeutung unter den privaten, dem Rlein= sparwesen dienenden Ginrichtungen beanspruchen die Fabrikspar=

kassen, besser Betriebssparkassen genannt, da diese Rassen auch bei Handelsunternehmungen vorkommen.

Diesen Kassen hat man in neuerer Zeit auch in der Literatur eine größere Beachtung geschenkt. Man hat ihre große sozialpolitische Bedeutung immer mehr erkannt und eingesehen, daß sie unter den von gemeinnüßig gesinnten Arbeitgebern geschaffenen Bohlfahrtseinrichtungen eine besonders wichtige Stellung einnehmen. Denn sie sind dazu berusen, die naturgemäß nicht für alle Fälle zureichende Arbeiterfürsorge, welche der Gesetzgeber durch die Versicherung gegen die Folgen von Krankheit, Invalidität und Alter geschaffen hat, wertsvoll zu ergänzen.

Es wird dabei vorausgesett, daß die Fabrik-(Betriebs-)sparkasse als wirkliche Wohlsahrtseinrichtung geschaffen wird, in der Weise, daß der Unternehmer zu dem Zinsbetrage, der auf die Sparsummen von der öffentlichen Sparkasse, bei der sie niedergelegt sind, gezahlt wird, noch einen Betrag freiwillig zuwendet, oder daß, wenn die Kasse von dem Unternehmer selbst verwaltet wird und die Einlagen in dessen Geschäft fließen, von diesem ein Zinsfuß vergütet wird, der über den landessüblichen hinausgeht. In dieser Weise versahren denn auch die meisten größeren Betriebsunternehmen.

Die große sozialpolitische Bedeutung der Kabriksparkassen wird von Gustab von Schmoller in seinem Grundriß der Ökonomie (II S. 253) betont: "Die Sparkasse war ein Gedanke der höheren Klassen, aber sie ist zu einer Leiter für ein Emporsteigen der unteren geworden. Der Arbeiter, der ein Sparkassenbuch mit einigen hundert Mark besitzt, ist ein anderer Mensch, er ist kein Proletarier mehr, er ist verknüpft mit der bestehenden Ordnung der Gesellschaft. Wenn heute in Deutschland 13 Millionen Sparkaffenbücher vorhanden find, fo kann es in 50 Jahren die doppelte und dreifache Bahl sein. Und wenn kein Arbeiter mehr existiert ohne ein Sparkassenbuch, so werden alle Rrisen, alle zeit= weilige Beschäftigungslosigkeit ganz anders zu ertragen sein, als heute. Die vollendetste Staats= und Wirtschaftsordnung kann nichts nüten, wenn nicht die untersten Glieder der Gesellschaft gewisse intellektuelle und moralische sowie wirtschaftliche Eigenschaften haben, zu deren Ausbildung unter heutigen Berhältnissen die Sparkassen erheblich bei= tragen können."

Von diesem Ideal sind wir freilich in Deutschland noch recht weit entfernt. Wenn auch in neuerer Zeit die Fabrik- und Betriebsspar-

kassen an Berbreitung gewonnen haben, so sehlen diese Kassen doch noch bei der Mehrzahl auch der großen und größten industriellen Betriebe, und bei den großen kausmännischen Unternehmungen sinden sie sich nur ausnahmsweise.

Auch in den Arbeiterkreisen könnten noch weit mehr Ersparnisse gemacht werden, insbesondere von den jüngeren, unverheirateten Personen, deren Lohn vielsach höher ist, als ihre Lebenshaltung ersordert. Fürst Bülow hatte vollkommen recht, als er in seiner Rede zur Einsführung der Reichssinanzresorm vom 19. November 1908 im Reichstage sagte, daß in Deutschland trotz des jährlichen Zuwachses von Spareinlagen in Höhe von 11 Mill. Mk. bei einer jährlichen Zunahme des Nationalvermögens von 4 Milliarden noch viel mehr gespart werden könnte, und daß uns in dieser Beziehung namentlich Frankreich weit voraus sei.

Einrichtung im allgemeinen.

Die Einrichtung der Fabriksparkassen, die meist auf schrift = lich en Sahungen beruht, ist in Deutschland keine einheitliche, viel= mehr äußerst vielgestaltig. Was zunächst den Beitritt anlangt, so ist dieser in den meisten Fällen für den Arbeiter ein freiwilliger, deshalb freiwillige Fabriksparkassen genannt, im Gegensah zu den so= genannten Zwangssparkassen.

Bei diesen ist der Beitritt auf Grund des Arbeitsvertrages oder besonderer Bestimmungen der Arbeitsordnungen zwingend. Hin und wieder bestehen bei demselben Unternehmen beide Arten von Sparkassen nebeneinander. (Bgl. unten die Beispiele.) Der Zwang erstreckt sich meist nur auf Arbeiter, mitunter auch auf Angestellte. Er kommt serner in der Beise vor, daß sämtliche Arbeiter, die an anderen Wohlsahrtseinrichtungen teilnehmen (bei der Farben= sabrik Gebrüder Kosseinrichtungen teilnehmen (bei der Farben= silfs= und Pensionskasse), zur Teilnahme an der Sparkasse verpslichtet sind, oder daß die Teilnahme an sonstigen Wohlsahrtseinrichtungen abshängig gemacht wird von der Teilnahme an der Sparkasse.

Besonders hervorzuheben sind die Zwangssparkassen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter. Sie bestehen meist neben freiwilligen oder neben Zwangssparkassen für erwachsene Arbeiter. Den Zwangssparkassen für jugendliche Arbeiter wird allgemein eine große Bedeutung beigemessen, nachdem sich gesetliche Bestimmungen, welche die minderjährigen Arbeiter zu einer verständigen Berwendung des berdienten Geldes bringen sollen, sich als nicht auszeichend erwiesen haben, so das 1891 den Gemeinden übertragene Recht, die Ablieserung des von den minderjährigen Arbeitern verdienten Lohnes an die Eltern oder Bormünder anzuordnen, und die 1900 erfolgte Einführung von Lohnzahlungsbüchern für minderjährige Arbeiter. Dem Zwange unterliegen die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter die zur Bolljährigkeit, bei einigen Fabriken sogar die zum erreichten 25. Lebensjahr (z. B. bei der Bürttem bergischen Metallewaren fabrik und der Bergischen Stahlindustrie in Kemscheid).

Bährend der Sparzwang für erwachsene Arbeiter, weil er Neueintretenden oft lästig war, vielfach beseitigt worden ist, wird er für jugendliche Arbeiter an Berbreitung gewinnen. Die freiwilligen und die Zwangssparkassen haben die ihnen gestellte Aufgabe, an der Befferung der sozialen Lage des Arbeiterstandes mitzuarbeiten, in gleicher Beise gelöst. Gleichwohl "dürfte der Sparzwang für erwachsene Arbeiter ohne ihre Zustimmung und ebenso eine Sperrung der Ginlagen auf längere Zeit nur unter Obwaltung ganz befonderer Umstände zu billigen sein, dagegen läßt sich die Einrichtung eines Sparzwanges für jugendliche Arbeiter wohl in allen Fällen als eine durchaus not= wendige Erziehungsmaßregel rechtfertigen. Das Zustandekommen eines den Sparzwang für jugendliche Arbeiter einführenden Besetzs, das die Urfache mancher sozialer Übel beseitigen und dazu beitragen könnte, die Lage des gesamten Arbeiterstandes zu heben, dürfte mit Freuden zu begrüßen sein." (Bgl. Linse, Fabriksparkassen, Flugschrift des Bolkssparverbandes für Deutschland.) Den jugendlichen Arbeitern würden ihre Sparguthaben von größtem Nuten fein bei Ableiftung ihrer militärischen Dienstpflicht und besonders bei ihrer Berheiratung. (Bgl. demgegenüber den jett meist üblichen sogenannten Möbelleihvertrag!)

In Bahern ist nach einer Denkschrift des baherischen Ministeriums die Zahl der Zwangssparkassen von 22 im Jahre 1874 auf sechs im Jahre 1906 zurückgegangen. Die Firma W. Spindsler in Spindlersfeld hat kürzlich den Sparzwang für alle Arsbeiter und Angestellte aufgehoben, desgleichen die Firma Heinrich Frank Söhne in Ludwigsburg bereits vor 10 Jahren den Zwang für jugendliche Arbeiter, um ihnen dieselben Rechte und Freis

heiten wie den erwachsenen einzuräumen. Die Beseitigung des Sparzwanges für jugendlich e Arbeiter erscheint allerdings weniger bes denklich, wenn die Arbeiter sich so an die Sparkasse gewöhnt haben, daß ein Zwang nicht mehr nötig ist.

Der Sparzwang wird bei erwachsenen und jugendlichen Arbeitern entweder durch regelmäßige Abzüge eines bestimmten Prozentsaßes bom Lohn ausgeübt, der sogenannte Lohn rüch alt — nach §§ 105, 117 Gew. ift dies zulässig, da Sparkassen Einrichtungen zur Besserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien darstellen — oder die Arbeiter müssen regelmäßige Einlagen von bestimmter Höhe machen. Die Höhe dieser Zwangssparbeträge schwankt zwischen 2 und 10 Proz. des Lohnes und erreicht bei jugendlichen und unverheirateten Arbeitern gewöhnlich die obere Grenze. Aus besonderen Gründen (Familiensverhältnisse, Krankheit usw.) kann der Sparzwang vorübergehend gesmildert oder ganz ausgehoben werden, anderseits ist es den Sparzen meist gestattet, außer den Zwangsbeiträgen freiwillige einzulegen.

Bei den Ginlagen in die freiwilligen Sparkaffen, die oft zugleich für die Angestellten eingerichtet find, ift wegen der Schwierigkeit und des Zeitaufwandes, den die vielen kleinen Einlagen verursachen, in jehr vielen Fällen eine untere Grenze festgesett (25 Pf. meist 50 Pf. und 1 Mt., in Bayern ausnahmsweise 3, 5 und 10 Mt.), häufig auch eine obere Grenze (etwa bis 5 Mt.). Diese obere Grenze und die Begrenzung des einzelnen Sparguthabens (300-5000 Mt., höhere Guthaben werden meist auf Grund besonderer Genehmigung der Firma gestattet) sollen verhindern, daß der Sparer andere als eigene oder wenigstens nur Ersparnisse von Familienangehörigen einlegt; in einigen Satungen ist dies ausdrücklich untersagt bei Strafe des Ausschlusses von der Sparkasse oder gar des Berlustes des ganzen Gut= habens zugunsten einer anderen Rasse der Fabrik. Bereinzelt kommen, neben einer Sauptsparkasse bestehend, Markensparkassen bor, in welche Einlagen von mindestens 10 Bf. und das Bielfache davon gemacht werden können.

Für die Annahme der Spargelder ist regelmäßig ein bestimmter Wochentag angesetzt, der Lohnzahlungs- oder ein anderer Werktag; an anderen Tagen werden sie wegen des damit verbundenen Zeitauswandes nur von wenigen Fabriksparkassen entgegengenommen. Die Lohnzahlungstage sind namentlich dann gewählt, wenn die Ginlagen auf Grund vereinbarter regelmäßiger Abzüge vom Lohn ersolgen.

Schriften 137. I. 19

Was die Rüdzahlung anlangt, so werden bei den meisten Fabriken kleinere Beträge (25-300 Mk.) sofort ausgezahlt, während für größere Abhebungen je nach der Größe Kündigungsfristen festgesett find: drei oder acht Tage und mehr, zwei Wochen, ein bis fechs Monate. Einige Firmen zahlen auf Bunsch, insbesondere bei Krankheit, Tod in der Familie, Unkauf eines Grundstücks, auch größere Beträge nach Möglichkeit sofort aus. Bei anderen Firmen können Abhebungen nur bon einem Mindestbetrage an (eine oder mehrere Monatseinlagen), oder nur an einem bestimmten Wochentage erfolgen. Die Kündigungsfristen gelten im allgemeinen auch beim Austritt oder bei Entlassung des Sparers; indessen wird dann vielfach das ganze Guthaben sofort zurückgezahlt. Dasselbe gilt beim Tod des Sparers. Vielfach wird den Witwen und sonstigen Erben gestattet, das Guthaben bei der Fabriksparkasse gegen die bisherige Zinsbergütung zu belassen. Die gleiche Bergünstigung wird oft auch wegen Alter, Krankheit oder Invalidität ausgeschiedenen Werksangehörigen gelvährt.

Mitunter ist jede Rückforderung während der Dauer des Arbeitsverhältnisses überhaupt ausgeschlossen oder wenigstens die Rückforderung von Guthaben bis zu einer bestimmten Summe, die immer
fester Bestand des Sparers bleiben soll; bei der Farben fabrik Gebrüder Kossen in Aachen sind z. B. 200 Mk. gesperrt. Nur
ausnahmsweise, im äußersten Rotfall, wird dieser feste Bestand angegriffen. Die Maschinenfabrik Augsburg und andere
schließen den Arbeiter, der seine regelmäßigen Ginlagen ohne Not
zurückzieht, wegen Verkennung des Zweckes der Sparkasse, für die
Zukunst von der Sparkasse aus.

Maßgebend für die Erschwerung der Rücknahme der Spargelder ist die Verhütung unüberlegter überslüssiger Geldausgaben. Aus demsselben Grunde ist bei den meisten Sparkassen die Verpfändung und Abtretung der Guthaben für unzulässig und der Firma gegenüber als unverbindlich erklärt worden. Ostmals enthalten die Satungen außersdem die Vestimmung, daß bei Verpfändung und Abtretung des Gutshabens die Verzinsung aufhört (Württembergische Metallewaren fabrik) oder die Einlagen ganz oder teilweise zugunsten einer anderen Fabrikkasse versallen (Köcklingsche Stahl=und Eisen=werke, Flseder Hütte, voll. unten).

Die Berzinsung der Spareinlagen ist entsprechend dem Wesen der Fabriksparkasse als Wohlfahrtseinrichtung regelmäßig eine weit höhere

als bei öffentlichen Sparkassen; sie bewegt sich zwischen 4 und 6 Proz., bei der Mechanischen Strick waren fabrik in Limbach i. S. "nach Gang des Geschäftes" höher. Bei Einlagen über einen bestimmten Betrag ist der Zinssuß vielsach um $^{1}/_{2}$ —1 Proz. herabgesetzt. Um den Sparern, falls deren sämtliche Einlagen sofort einer öfsentlichen Sparkasse überwiesen werden, eine höhere Zinsdergütung zukommen zu lassen, als die öffentliche Sparkasse, leistet die Firma einen Zinssuschung kurd mehr, so unter anderem die Firma Friedrich Rrupp (vgl. unten). Die Firmen, welche Spareinlagen über den Höchstrag des einzelnen Guthabens an die öffentliche Sparkasse absühren, pflegen einen solchen Zinszuschuß alsdann nicht zu leisten.

Im Interesse der leichteren Zinsberechnung ist gewöhnlich bestimmt, daß die Berzinsung erst mit dem auf die Einzahlung folgens den Wonat beginnt und mit Ende des der Rückzahlung vorausgehenden Wonats aushört, und daß nur volle Wark verzinst werden.

Bereinzelt ist die Bestimmung, daß Zinsen überhaupt nicht bers gütet werden, wenn der Arbeiter die Einlagen innerhalb kurzer Zeit wieder gänzlich abhebt, oder daß Zinsen des letzten Jahres nicht bers gütet werden, wenn er freiwillig austritt oder entlassen wird. Die Firma F. W. Greef in Bieren hat sich vorbehalten, dem Arbeiter, der mehrmals ohne Entschuldigung die Einlagen unterläßt, sämtliche Einslagen ohne Zinsen zurückzuzahlen.

Neben den höheren Zinsen gewähren einige wenige Firmen eine Gewinnbeteiligung, indem sie den Spargeldern, welche während des ganzen abgelausenen Geschäftsjahres angelegt waren, einen über zins gutschreiben, der zuzüglich der üblichen Zinsvergütung entweder der an die Aktionäre verteilten Dividende gleichkommt (z. B. Schuletheißbrauerei, bgl. unten), oder auf einen Höchstbetrag beschränkt ist. Die Eisen werkgesellschaft maximilianshütte verzüttet im ganzen höchstens 10 Proz. und die Ilseder Hütte keissfalls mehr als 20 Proz. Die Gewinnbeteiligung nach Maßgabe der im letten Bilanzjahr versandten Fabrikate läßt die Farben fabrik Gebrüder Kossen der Mossen der Sparkasse zuteil werden. Um bei der Kossen Berzinsung infolge der Gewinnbeteiligung jegelichen Mißbrauch zu anderen Einlagen als eigenen Ersparnissen zu verhindern, ist die Anlegung fremder Gelder ausdrücklich verboten bei

Strafe des Ausschlusses von der Sparkasse oder gar des Berlustes sämtlicher Einlagen zugunsten einer anderen Fabrikkasse.

Außerst mannigsaltig ist die Gewährung von Prämien für regelmäßiges Sparen gestaltet, eine Einrichtung, welche die Entwicklung der Fabriksparkassen vor allen anderen Kassen äußerst günstig beeinflußt hat. Es lassen sich zwei Arten unterscheiden, die dann im einzelnen voneinander abweichen: entweder die Firma zahlt für regelmäßige Einlagen von bestimmter Söhe einen bestimmten Zusch uß von gleicher oder geringerer Söhe oder sie bringt Prämien zur Verelosung, wobei auf je 25—100 Mt. des einzelnen Guthabens ein Los entfällt und die Prämien selbst von verschiedener Söhe sind.

Bielfach erhalten die Arbeiter, welche längere Zeit bei der Firma tätig waren, meist nach 25 Jahren, eine sogenannte Jubiläumsprämie von 50—100 Mt. Während diese auf Bunsch sosort ausgezahlt wird, ist die gewöhnliche Prämie sehr häusig gesperrt; sie kann erst nach einer bestimmten Frist oder erst nach dem Ausscheiden aus der Firma erhoben werden und verfällt, wenn der Sparer seine Einlagen zurückzieht oder weitere Einlagen unterlassen hat oder vorher ohne Brund ausscheidet. Die Firma Friedrich Krupp hat die Prämien sperre sertige Abhebung von Prämien bisher nicht vorgekommen ist.

Bon anderen besonderen Bergünstigungen sind noch erwähnenswert die Zuwendung der Dividenden der Konsumanstalt (z. B. Friedrich Krupp und Lahmeher, A.-G., in Mühlheim a. R.) und der Pachtsumme der Kantine (z. B. Zigarettenfabrik Kios in Dresden); diese werden gleichanteilig an alse Sparer verteilt.

Die Anlegung der Spargelder erfolgt meist in der Weise, daß sie in das Bermögen der Firma übergehen und so als werbende Kapitalien mitarbeiten. Das hat zur Folge, daß die Sicherheit der Einlagen mit dem Schicksal des Unternehmens verknüpft ist. Da solche Sparguthaben im Fall des Konkurses kein Borzugsrecht haben, ist die häusig in den Satungen enthaltene Erklärung, daß die Geschäftsinhaber für die Spargelder mit ihrem ganzen Bermögen haften wollen, zwecklos; die Erklärung hat lediglich Wert bei Unterschlagungen von Spargeldern durch die Sparkassenwalter.

In Anbetracht der großen sozialpolitischen Bedeutung der Fabriksparkassen erscheint die alte Forderung genügender Sicherung der Spargelber als unabweisbar. Durch eine solche Sicherung würde zusgleich ein Teil des Mißtrauens vieler Arbeiter gegenüber der Anlegung ihrer Spargelder im Geschäft beseitigt werden. Die einfachste Sicherung würde wohl die Verleihung des Rechts auf vorzugsveis eise Bestriedigung des Kechts auf vorzugsveis eise Bestriedigung des Konkursmasse bedeuten oder, noch weitergehend, die Ausscheidung des Sparkassensonds, wie er sich nur buchmäßig in der letzten Vilanz darstellt, aus der Konkursmasse zur abgesons dert en Bestriedigung der Sparer. (Vgl. Konkursvordnung §§ 61 Kr. 1 und 47 ff.) Die Sparkasse etwa zu einem besonderen Rechtssubjekt einer Stiftung oder eingetragenen Verein machen zu wollen, würde vom Arbeitgeber leicht als ein Eingriff in innere Angelegenheiten seines Unternehmens empfunden werden. Da die Spareinlagen in das Geschäftsvermögen fließen, würden sie auch bei Verleihung einer eigenen Rechtspersönlichkeit vor dem Zugriff der Gläubiger nicht bewahrt bleiben. (Vgl. Linse, Fabriksparkassen.)

Einige Firmen haben der Forderung nach Sicherstellung der Spareinlagen bereits Rechnung getragen, indem sie durch Hinterlegung von Wertpapieren oder in anderer Weise in Höhe der Sparkassenguthaben Sicherheit leisten. Bei anderen Firmen ist es dadurch geschehen, daß sie sämtliche Spargelder oder die Ansammlungen von bestimmter Höhe einer Bank oder einer öffentlichen Sparkasse überwiesen haben. Allersdings ist hiermit im letzteren Fall für die Arbeiter oftmals ein Jinseverlust verbunden, wenn lediglich die bei der Firma angelegten, also im Geschäft mitarbeitenden Gelder den höheren Zins vergütet erhalten, während die bei der Sparkasse hinterlegten Gelder nur den Zins der öffentlichen Sparkasse bringen.

Das Mißtrauen der Arbeiter beruht zum Teil auch darauf, daß sie fürchten, die Höhe der Spareinlagen könnte die Höhe des Lohnes, die Berücksichtigung von Unterstützungsgesuchen oder die Steuersveranlagung beeinflussen. Deshalb ist in vielen Satungen den Arbeitern strengste Berschwiegenheit zugesichert und den Sparkassens verwaltern ausdrücklich auserlegt, außerdem betont, daß die Sparguthaben bei Unterstützungsgesuchen unberücksichtigt bleiben.

Alls ein besonders geeignetes Mittel, die Bedenken der Arbeiter zu zerstreuen, erscheint auch ihre Beteiligung an der Berwaltung der Sparkasse. Mit wenigen Ausnahmen wird die Berwaltung von der Firma und auf ihre Kosten geführt. Bei der Maschinenfabrik König & Bauer in Würzburg=Oberzell werden alle An-

gelegenheiten der Sparkasse durch einen von den volljährigen Sparern gewählten Ausschuß von fünf Mitgliedern verwaltet, zu welchem die Firma ein weiteres Mitglied und den Rechnungsführer abordnet. (Bgl. auch unten Leopold Engelhardt & Biermann.) In einigen Fällen ist den Arbeitern das Recht eingeräumt, die Jahresabrechnungen einzusiehen, Statutenänderungen zu beantragen, durch einen gewählten Ausschuß die die Sparkasse betreffenden Geschäftsbücher und die als Sichersheit hinterlegten Wertpapiere mit zu prüsen, oder bei Streitigkeiten zwischen Sparern und der Kasse für ein alsdann zusammentretendes Schiedsgericht Mitglieder zu wählen.

Einer amtlichen Oberaufsicht ist die Berwaltung der Fabriksparkasse äußerst selten unterstellt.

Über die Sparkassenguthaben werden den Einlegern im allsgemeinen, und zwar kostenlos, Sparkassenbücher ausgestellt, denen häusig auf das Sparen bezügliche Sinnsprüche vorgedruckt sind. Die Bücher besinden sich oftmals, um eine zweckwidrige Verwendung mögslichst zu verhüten, im Gewahrsam der Firma und werden dem Sparer nur gelegentlich der Jahresabrechnung zur Einsicht vorgelegt, während über jede Einlage ein besonderes Quittungsbuch gesführt oder einzelne Quittungen ausgestellt werden.

Der **Berlust** des Sparkassenbuches ist sofort zu melden, woraus eine öffentliche Aufsorderung ergeht, das Buch bei Bermeidung der Ungültigkeitserklärung innerhalb einer bestimmten Frist vorzulegen, und nach Ablauf der Frist das Buch öffentlich für ungültig erklärt und dem Sparer ein neues Buch ausgestellt wird.

Einrichtung und Ergebnis einiger Fabriksparkassen.

Von den drei Arten von Sparkassen mögen nun einige Beispiele folgen und zwar solche, die auch sonst wesentliche Unterschiede aufsweisen; das allen Sparkassen Gemeinsame ist mitunter übergangen. Die Ergebnisse konnten meist auf Grund dankenswerter Mitteilungen der betreffenden Firmen aufgeführt werden.

a) Freiwillige Sparkaffen.

1. Die 1894 seitens der Farbwerke vormals Meister, Lucius und Brüning in Höchst für die Beamten, Aufseher und Arbeiter gegründete Sparkasse wird verwaltet durch den seitens der "Farbwerke" hierzu bestellten Beamten. Als Sicherheit für die eingezahlten Spargelber

haben die "Farbwerke" mündelsichere Wertpapiere in gleichem Betrage bei der Reichsbank hinterlegt. Ein Vertrauensausschuß, bestehend aus den drei von den Aussehern und Arbeitern gewählten Mitsgliedern des Borstandes der Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung hat das Recht, in die Verwaltung der Sparkasse jederzeit Einsicht zu nehmen.

Die Einlagen in die Sparkasse haben wenigstens 50 Pf. zu betragen. Der Zinssuß, zu welchem die Einlagen verzinst werden, wird jeweilig durch den Borstand der "Fardwerke" festgesetzt. Bis auf weiteres ersolgt die Berzinsung der Einlagen dis zum Betrage von 1000 Mk. mit 5 Proz. das Jahr, für den 1000 Mk. übersteigenden Betrag mit 3 Proz. Die Berzinsung beginnt am 16. des laufenden oder am 1. des nächsten Monats, je nachdem die Einzahlung in der ersten oder zweiten Hälfte des laufenden Monats ersolgt ist. Im Fall der Mückzahlung der Einlagen werden Jinsen nur dis zum letzten des vorausgegangenen oder dis 15. des laufenden Monats berechnet, je nachdem die Kückzahlung in der ersten oder zweiten Hälfte des laufenden Monats ersolgt.

Rückzahlungen an den Einleger bzw. dessen Erben erfolgen auf Berlangen in den festgesetzten Geschäftsstunden jederzeit. Sofern jedoch die Einlagen, deren Rückzahlung verlangt wird, mehr als 200 Mt. betragen, kann die Berwaltung der Kasse fordern, daß eine Kündigung des Einlegers 14 Tage vor der Auszahlung erfolgt. Die Berwaltung der Sparkasse ist berechtigt, an jeden Borzeiger des Einlagenbuches die von diesem verlangten Rückzahlungen zu machen, ohne zur Prüsung der Legitimation des Borzeigers verpflichtet zu sein.

Die Rückzahlung des ganzen Guthabens erfolgt auch ohne Rücksforderung stets seitens der Kasse, wenn der Einleger aus den Diensten der "Farbwerke" ausscheidet oder stirbt.

Das Guthaben bei der Sparkaffe darf weder verpfändet noch absgetreten werben.

Die mit der Verwaltung der Kasse bzw. mit der Empfangnahme von Einlagen beschäftigten Beamten sowie die Mitglieder des Berstrauensausschusses sind verpflichtet, über die einzelnen Ginleger, die von ihnen gemachten Einlagen und die stattgehabten Kückzahlungen von Einlagen strengstes Stillschweigen zu bevbachten. Streitigsteiten werden unter Ausschluß des Rechtsweges von dem Vorstande der "Farbwerke" entschieden.

Die Ergebniffe find:

Jahr	Sparer	Einlagen Mt.	Rückzahlungen Mt.	Bestand Mt.
1906	1679	283 682,82	247 370,52	780 717.98
1907	1801	281 881,26	221 058,22	880 330,14
1908	2002	285 394,12	244 500,14	963 993,34
1909	2169	275 196,37	249 057,32	1 035 641,18
1910	2254	317 370,61	280 464,44	1 121 538,80

2. Bei der Papierausstattungsfabrik Max Arause in Berlin können Beträge von 10 Pf. bis zu 10 Mk. per Woche auf eine Sparkarte einsgezahlt werden. Die Firma legt die Spargelder in $3^1/_2$ prozentigen Konsols an, welche sie bei der Reichsbank hinterlegt, bergütet den Sparern aber 5 Proz. per Jahr. Der höchste Betrag für eine Person ist 1000 Mk. Mehrbeträge scheiden aus der Sparkasse aus und besdürfen, wenn die Übernahme an das Geschäft gewünscht wird, eines besonderen Abkommens.

Die Entwicklung war im einzelnen bei den Sparguthaben:

bis zu 1000 Mf.:

Jahr	Einlagen M£.	Rückzahlungen Mt.	Zinfen Mt.	Guthaben Mt.
1906	_		_	21 376,64
1907	15 403,76	8 638,72	1265,70	29 407,38
1908	18 077,89	14 065,87	1487,49	34 906,89
1909	$22\ 235.86$	23 036,73	1533,35	35 649,37
1910	23 442,29	19 466.33	1822.29	41 447,62

über 1000 Mf.:

Jahr	Einlagen Mf.	Rückzahlungen Mt.	Zinsen Mt.	Guthaben Mt.
1906		_		95 163,87
1907	32 626,94	13 087,05	5655,46	120 359,22
1908	26 173,32	11 472	6801.72	141 862.26
1909	$48\ 469.92$	39 410,03	8165.84	159 087,99
1910	33 300,61	28 059,71	8191.22	172 520,11
	· ·	1	,	$(163\ 532.71)$

3. Die 1869 eingerichtete Sparkasse der Fleder Hütte nimmt Einslagen von mindestens 1 Mk. an; die Gesamteinlage darf nicht höher sein als 1500 Mk. Die Einlagen werden mit 5 Proz. verzinst;

falls die Hütte mehr als 5 Proz. Dividende zahlt, erhalten die während des ganzen Kalenderjahres ununterbrochen bei der Hütte tätig ge= wesenen Einleger einen überzins, der zuzüglich der 5 Proz. Zinsen mit der zur Verteilung kommenden Dividende übereinstimmt, jedoch keinesfalls mehr als 20 Proz. (5 + 15) vergütet. Die hütte ist ber= pflichtet, die Einlagen durch eigene Obligationen oder andere geeignete Bapiere pfandrechtlich ficherzustellen. Die Ginleger muffen die Abrechnungsbücher alljährlich zur Abrechnung einreichen bei einer Strafe von 50 Pf. bis 1 Mt.; die Strafe fließt in die Knappschafts= kasse. Bei Berpfändung, Übertragung oder Beräußerung des Buches tann die Sütte die Einlagen zugunsten der Anappschaftskasse für ber= fallen erklären. Dasselbe gilt, wenn ein Ginleger sich von einem Dritten Geld leiht, bis zur Sohe des geliehenen Betrages. Die Sparer fönnen durch drei gewählte Vertreter die auf die Ginlagen bezüglichen Bücher der Sütte und die bon ihr gestellten Sicherheiten nach= prüfen lassen.

4. Die Firma Leopold Engelhardt & Biermann in Bremen hat 1891 für ihre westfälischen Arbeiter eine Stiftung von 100 000 Mt. als ersten Sparkassenstock errichtet. Jeder Arbeiter, der monatlich mindestens 1 Mt., also jährlich mindestens 12 Mt. spart, erhält aus der mit 4 Proz. verzinsten Stiftung am Jahresschluß 12 Mf. gutgeschrieben; die Spareinlagen werden mit 4 Broz. berginst, die Beiträge aus der Stiftung indessen nicht, weil der Grundstock der Stiftung bereits verzinst wird. Ber 25 Jahre ununterbrochen bei der Firma gearbeitet hat, wobei die Militärjahre nicht mitgerechnet werden, erhält aus der Stiftung ein Sparkassenbuch über 100 Mk. gutgeschrieben. Mit dem 50. Lebensjahre wird auf Ber= langen das ganze Sparguthaben ausgezahlt. Sonst ersolgen Voll= und Teilauszahlungen nur mit Zustimmung der Berwaltungs= kommission, wenn Familienereignisse oder sonstige Umstände es wünschenswert oder notwendig erscheinen lassen. Aus der Fabrik aus= geschiedene Buchinhaber erhalten ihr Guthaben erft nach drei Jahren, und zwar werden, falls Abgang bor dem 50. Lebensjahr oder bor un= unterbrochener 25 jähriger Tätigkeit erfolgt, nur die eigenen Einlagen nebst Zinsen ausgezahlt, während die Zuschüsse der Firma zugunsten des Stiftungsfonds verfallen. Hierdurch foll verhütet werden, daß die Arbeiter die Arbeitsstelle verlassen, um sich in den Besitz des ersparten und bon der Firma zugelegten Geldes zu seten. Verpfändung und Beräußerung des Sparkassenbuches ist unzulässig und ohne Wirkung für die Firma. Die Stiftung, deren Bermögen bei Auflösung der Firma underkürzt an die sparenden Arbeiter nach Kopfzahl verteilt werden soll, wird von einer Kommission verwaltet, die aus einem Prokuristen oder Fabrikdirektor, einem älteren Werkmeister und einem älteren Arbeiter besteht, und ist der Oberaufsicht und Kedision des Landrats des Kreises Hersord unterstellt.

Die Firma hat 1900 für die Eichsfelder Arbeiter eine ähnliche Sparkasse eingerichtet und dazu 25 000 Mk. gestistet mit der Bestimmung, daß der Grundstock von 25 000 Mk. wieder auf diese Höhe gebracht werden soll, wenn er auf 10 000 Mk. zusammengeschmolzen ist. Der Sparkasse ist bezüglich der Jubiläumsgabe von 100 Mk. nach 25 jähriger Tätigkeit rückwirkende Krast beigelegt. Die Einlagen und Sparzulagen sämtlicher Arbeiter werden alljährlich in sicheren Staatspapieren angelegt mit Ausnahme von 10 000 Mk. für Auszahlungen; die Wertpapiere sind bei der Reichsbank nach hinterslegt. Borstand der Stistung ist der Inhaber der Firma. Die Besaufsichtigung und Entscheidung über Auszahlungen hat ein Aussischungen wie den Mitgliedern, von denen eins die Firma ernennt, das zweite von der Firma und den Arbeitern gemeinsam und das dritte von den Arbeitern gewählt wird. Die Dberaufsicht und Kevision wird von den zuständigen Landräten ausgeübt.

Die Sparkaffenbücher befinden sich in Gewahrsam des Werkführers und werden den Arbeitern auf Berlangen vorgezeigt; alls jährlich erhalten sie einen Kontoauszug.

Das Ergebnis dieser beiden Sparkassen ist äußerst günstig zu nennen. Die Kasse der west fälisch en Arbeiter hatte

```
am 1. Januar 1901 2259 Mitglieder mit 3649.0 Mt. Gefamtguthaben und 1. " 1909 2373 " " 679421 " " " gegen 1900 39 434,65 Mt. und gegen 1908 21 861,15 Mt. mehr.

1900 hatten 664 Sparer unter und 1595 über 12 Mt. Ginlagen, 1908 " 647 " " 1726 " 12 " " gemacht.
```

Das Mehr gegen 1900 und 1908 fest fich zusammen aus:

An Jubiläumszulagen wurden 1891—1909 gezahlt im ganzen 536, 1900 allein 33 und 1908 42.

Die Rückahlungen eigener Ersparnisse betrugen 1900 17 019,35 MK. und 1908 57 075,60 MK.

Die Kasse der Eich & felder Arbeiter hatte am 1. Januar 1909 1197 Mitglieder mit 163 196,25 Mk. Gesamtguthaben, gegen 1. Januar 1908 14 065,60 Mk. mehr; unter den Sparern des Jahres 1908 hatten 238 unter und 959 über 12 Mk. gespart. Das Mehr gegen 1. Januar 1908 seht sich zusammen aus

An Jubiläumsgaben wurden seit achtjährigem Bestehen fünfzehn gezahlt. Die Rückahlungen betrugen 1908 12 565 Mk. Der Betrag der verfallenen Sparzulagen der ausgeschiedenen Arbeiter ist sehr gering.

5. Bei der Sparkasse der Zigarrensabriken Loeser & Wolff in Elbing und Braunsberg wird den Teilnehmern der von ihnen als Einslage bestimmte Betrag an jedem Lohntage abgezogen und von der Firma auf die bis zum Jahresschluß ersparte Summe der 26. Teil als Sparprämie zuweihnachten besliebige Summen ihrer Ersparnisse abheben. Die am Jahresschluß nicht abgehobenen Beträge werden der städtischen Sparkassehluß nicht abgehobenen Beträge werden der städtischen Ziema alljährlich Jins auf Jins 5 Proz. als Sparprämien, welche unmittelbar auf der Sparkasse süch eingezahlt werden. Da die städtische Sparkasse zuch eingezahlt werden. Da die städtische Sparkasse 3 Proz. zahlt, berzinsen sich die Ersparnisse alljährlich mit mehr als 8 Proz. Zins auf Zins.

Alle in festem Gehalt stehenden Beamten können allmonatlich bis zu 10 Proz. ihres Gehaltes abziehen lassen; der Betrag wird sosort der städtischen Sparkasse überführt. Auf die Ersparnisse der Beamten zahlt die Firma 2 Proz. als Sparprämie, so daß sich ihre Einlagen mit 5 Proz. berzinsen. Die Sparprämien der Firma betrugen 1907 für die Ersparnisse der Arbeiter etwa 6000 Mk. und der Beamten etwa 700 Mk.; 1907 sparten 850 Arbeiter zusammen etwa 56 000 Mk. und 25 Beamte etwa 6000 Mk.

6. Besonders bemerkenswert sind die seit 1900 bestehenden Spare einrichtungen der Firma Friedrich Arupp, Aktiengesellschaft in Essen, die auf folgenden Gesichtspunkten beruhen:

- 1. den Beginn des Sparens zu erleichtern durch Schaffung möglichst bequemer Spargelegenheit,
- 2. besondere Vorteile zu bieten durch Bewilligung eines hohen Zinses,
- 3. diese Borteile zu steigern und noch eine besondere Anregung zu geben durch Gewährung von Prämien für beharrliches Sparen.

Ein besonderes Sparbureau, das alle Werksangehörigen in allen ihren Sparangelegenheiten zu beraten hat, und auf Wunsch den Berkehr mit öffentlichen Sparkassen bermittelt, berwaltet die Spare einrichtung, die für Arbeiter, mittlere und niedere Beamte, bestimmt ist.

Die Spargelber werden durch Berrechnung mit den Löhnen und Gehältern bei den Lohn= und Gehaltszahlungen einbehalten, und zwar bei 14 tägiger Lohnzahlung mindestens 1 Mk., höchstens 20 Mk., bei monatlicher mindestens 2 Mk., höchstens 40 Mk. Die Sparer können den bon ihnen bestimmten Lohnrückhalt jederzeit erhöhen oder herab= setzen, die Einlagen auch gänzlich oder vorübergehend einstellen. Um das Abgeben von Spar= oder Änderungserklärungen in einfachster Beise zu ermöglichen, ist ein mit wenigen Borten auszufüllendes Formular dafür jeder Lohntüte auf der Rückseite aufgedruckt. Außerdem finden sich auf der einen Außenseite der Tüte die wesentlichsten Bestimmungen bermerkt, so daß auch Neueintretende bom ersten Zahltage an mit der Spareinrichtung bekanntgemacht werden. Bährend der Bruttolohn und alle übrigen Abzüge (Krankenkasse usw.) auf der anderen Augenseite der Tüte aufgeführt find, wird der Sparabzug wegen der gewünschten Beheimhaltung auf der Innenseite der Tütenklappe vermerkt. Die Ginführung der Lohntüte in dieser Form am Ende des ersten Jahres wirkte infolge des regelmäßigen hinweises äußerst anregend auf den Sparfinn. Bur leichteren Bermittlung der Sparerklärungen an das Sparbureau sind an geeigneten Stellen Briefkästen angebracht. Als Spareinlagen können auch eingezahlt werden die Rabattbeträge für Entnahme von Waren aus der Konsumanstalt und die den Arbeitern für 25 jährige Dienstzeit bewilliate Chrengabe von 100 Mf.

Sämtliche Sparbeträge werden beim Sparbureau angesammelt und auf den Namen der Firma bei der städtischen Sparkasse für die Sparer hinterlegt und immer mit 5 Proz. verzinst, indem die Firma zu den niedrigen (seit 1. April 1909 33/4 Proz. betragenden) Zinsen

der städtischen Sparkasse den sehlenden Betrag (seit 1. April 1909 $1^1/_4$ Proz.) zusch ießt. Die besonderen Borteile, welche die Firma den Sparern gewährt, bestehen darin, daß sie allsährlich 1 Proz. der gesamten Sparguthaben als Prämiens ond zur Verfügung stellt. In diesen Fonds fließt auch die Vergütung, welche die städtische Sparzkasse für die vorläusige Verwaltung der Sparguthaben an die Firma zahlt; 1909/10 waren es 2300 Mk. und 1910/11 2400 Mk.

Der Prämienfonds wird alljährlich an die Sparer durch Berslofung verteilt. Zu diesem Zweck werden Sparprämien gebildet, und zwar je eine in Höhe von 500 Mt., 300 Mt., 100 Mt. und aus dem Rest des Fonds solche zu 50 Mt. Die Berlosung erfolgte bisher in der Weise, daß auf je volle 25 Mt. des gesamt en Sparguthabens eines jeden Sparers ein Los entfällt; so erhielt jemand, der im letzen Jahr 100 Mt. gespart und außerdem 300 Mt. von früheren Jahren gut hat, 16 Lose $\left(\frac{100+300}{25}\right)$. Seit 1911 entfällt auf je 100 Mt. ein Los; bei kleineren Guthaben wird einem Betrage von mindestens 25 Mt. ein Los zugeteilt. Die Sparprämien werden den Gewinnern gutsgeschrieben, auf Berlangen auch sosort ausgezahlt; eine Abhebung der Prämien ist nicht häufig erfolgt.

Besondere Sparbücher werden den Sparern nicht ausgestellt; jeder Sparer erhält vielmehr am Schluß jedes Jahres einen Rechnungssauszug. Als Ausweis für Rückahlungen, die jederzeit verlangt werden können, dient eine Ausweiskarte; bei Beträgen über 300 Mk. behält sich die Firma eine Kündigungsfrist von drei Monaten vor.

Das ständig steigende Interesse der Werksangehörigen geht aus folgenden Zahlen (Tabelle Seite 302) herbor:

Die Firma trägt nicht nur die Kosten der Spareinrichtung, sondern hat seit 1900 an Zinszuschüfsen 239 692,43 Mt. und an Brämien 289 750 Mt., zusammen 529 442,43 Mt. hinzugezahlt.

Die 1909/10 beteiligten 13 386 Arbeiter stellten 38,5 Proz. und die 1910/11 beteiligten Arbeiter 42,3 Proz. aller Arbeiter dar, ebenso die 1909/10 beteiligten 1419 Beamten 62,9 Proz. und die 1910/11 besteiligten Beamten 67,6 Proz. aller im Monatsgehalt stehenden, zur Besnutzung der Spareinrichtung berechtigten Beamten dar.

Mehr als 7 Proz. aller Sparer haben Prämien erhalten. Gleiche Spareinrichtungen wie die Gußstahlfabrik Effen haben auch

Dr. Mag Seidel und Dr. Waldemar Müller.

	D1.		Jun		uno	Di	. ~	uib	ciiiu	ננג ג	ıuıı	CL.	
Durchschnittliches Guthaben	Beamte M£.	126,65	205,02	258,06	313,28	386,10	442,80	520,53	576,37	657,96	722,34	١	
Durchsch Entf	Arbeiter Beamte M£. M£.	96'22	118,83	140,48	158,91	184,34	220,17	252,88	279,48	288,61	66'967	1	
" # #	Guthaben M£.	106 542,33	286 906,41	520 731,28	865 286,31	1 464 246,80	2 246 463,47	3 052 296,32	3 580 103,54	4 241 961,97	5 102 611,83	5 943 465,25	
Cefamt=	Rückzahlungen Mt.	24 891,23	113 270.03	224 426,63	326 953,93	511 289,40	901 222,73	1 338 534,74	1 739 968,04	1 724 572,86	2 001 290,58	2 455 805,22	,
ı i e n	Zahl	70	53	101	174	304	465	633	742	878	1052	1222	
Prämien	Betrag Mt.	1 100	3 400	5 800	9 450	15 900	24 000	32400	37 850	44 650	53350		
Zing=	der Firma M£.	1	1 314,04	4 200,13	7 700,49	36 279,82 13 535,07 15 900	58 958,25 21 612,15 24 000	85 275,41 31 334,18 32 400	28 781,74	27 923,91	47 127,71	56 163,01 61 850	
Zinsen der	Sparfajje MŁ.	1 556,66	6 839,87	13 214,37	21 151,47	36 279,82	58 958,25	85 275,41	119 840,52 28 781,74 37 850	146 294,18	163 276,19 47 127,71	194 318,93	
Gefamt=	Mt.	129 876,90	392 022,53	727 743,41	1 163 388,28	1 925 721,31	3 067 115,80	4 274 221,47	5 171 449,32	5 792 316,74 146 294,18 27 923,91 44 650	6 893 498 51	8 148 788,53	
₽	Zu≤ jammen	1 228	2 146	3 234	4 737	6 981	9 114	10 746	11 333	12 778	14 805	16 687	
b a t e	Beamte	157	370	432	552	069	608	1012	1145	1268	1419	I	
യ	Arbeiter	1 071	1 776	2 802	4 185	6 291	8 305	9 734	10 188	11 510	13 386	ı	
S	7hnC	1900/01	1901/05	1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	

alle Außenwerke der Firma erhalten, und zwar überall mit glänzendem Erfolge. Um einer möglichst großen Zahl von Sparern eine Prämie zuteil werden zu lassen, wurde die höchste Prämie in mehrere kleinere zerlegt.

	Jahr	Sparer	Guthaben Mt.
Grusonwerk in Magdeburg-Buckau {	1905 1909	242 772	20 624,47 153 289,72
Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhaufen {	1907/08 1909/10	597 701	$\frac{64723,85}{131926,69}$
Zechen Hannover und Hannibal in Borbel i. W	1907/08 1909/10	471 714	71 770,91 187 456,33
Germaniawerft in Riel-Gaarden {	1907 08 1909/10	$\frac{231}{246}$	12 321,30 31 275,71

Die Spareinrichtungen des Stahlwerks Annen, des Schieße plates Meppen und Tangerhütte bestehen erst seit 1. April 1909.

Auch die älteren Maßnahmen der Firma Friedrich Krupp zur Förderung des Sparsinns unter Arbeitern und Ansgestellten sind beachtenswert.

So nimmt sie seit über 30 Jahren Spareinlagen von Werksangehörigen der Gußstahlfabrik in Beträgen von minde sten 3
200 Mk. entgegen und verzinst sie mit 5 Proz.; die Einzahler haben
schriftlich zu bestätigen, daß die Gelder ihr persönliches Eigentum sind.
Trot der ziemlich hohen Untergrenze von 200 Mk. bestehen zurzeit
über 5000 einzelne Guthaben mit über 13 Mill. Mk., wovon allerdings
ein großer Teil nicht eigentliche Ersparnisse ist, sondern aus Erbschaften
und sonstigem Privatvermögen stammt. Über die einzelnen Guthaben
sind Quittungsbücher ausgestellt.

Seit 1882 verkaufen die Verkaufsstellen der Konsumanstalt Spar = marken der städtischen Sparkasse zu 10 Pf.; die Marken werden zu je 30 Stück auf Karten geklebt und dann gegen ein Sparbuch umsgetauscht. Ein nennenswerter Erfolg ist nicht zu verzeichnen; die Jahl der verkausten Marken schwankt von 1900—1909 zwischen 83 000 und 117 000 Stück. Die Marken wurden von Erwachsenen und Kindern gestauft, sanden jedoch sast ausschließlich Verwendung im Interesse von Kindern.

Ungefähr ebenso lange Zeit vermitteln etwa zehn Verkaufsstellen

der Konsumanstalt die Anlegung von Barbeträgen bei der städtischen Sparkasse, aber ohne besondere Beteiligung und Erfolg.

Die Firma hat endlich vier Industrieschulen für schulpflichtige Kinder, namentlich für Mädchen, von Werksangehörigen eingerichtet. Das monatliche Schulgeld von 20 Pf. wird der Schülerin bei regelmäßigem Schulbesuch und guter Führung in Form von Spareinlagen zurückvergütet und bei der Konsumanstalt mit 4 Proz. verzinslich ansgelegt. Die Auszahlung der Spareinlagen einschließlich Zinsen erfolgt regelmäßig erst beim Austritt der Schülerin oder bei der Konsirmation oder ersten Kommunion.

Die Zahl der Schülerinnen im monatlichen Durchschnitt betrug 1900 2166, die vereinnahmten Schulgelder 4766,80 Mk. und die als Spareinlagen zurückvergüteten 4389 Mk. 1909 3143 Schülerinnen, 6915,20 Mk. Schulgeld, 5508 Mk. Spareinlagen; in den dazwischen liegenden Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und die Jöhe der Spareinlagen ständig gestiegen. Durchschnittlich wurden mehr als 90 Proz. des gezahlten Schulgeldes zurückerstattet.

7. Die Firma **Heinr. Frank Söhne in Ludwigsburg,** welche den für jugendliche Arbeiter bestehenden Sparzwang, wie oben erwähnt, bereits vor zehn Jahren abgeschafft hat, verzinst die im Laufe eines Monats gemachten Einlagen mit dem folgenden Monat, soweit sie durch zehn teilbar sind; unter 10 Mt. bleibende oder durch Teilung mit zehn nicht aufgehende Beträge werden unverzinslich bis zur Ergänzung auf den nächsten Monat übertragen. Die Höhe der Einlagen ist begrenzt und richtet sich nach dem Dien stalter; sie ist festgesetz für Arbeiter:

10 Arbeitsjahren auf 500 Mf. 10—15 ,, ,, 1000 ,, 15—20 ,, ,, 1500 ,, über 20 ,, ,, 2000 ,,

Die Einlagen werden verzinst mit 4 Kroz.; der Zinsfuß ist indessen für Einleger mit 10—20 Arbeitsjahren auf 5 Kroz., mit über 20 Jahren auf 6 Kroz. erhöht. Die Zinsen werden am Schluß des Geschäftsjahres bar ausgezahlt. Der Einleger erhält über die Einslagen ein Sparbuch und, wenn sie 500 Mt. erreicht haben, über diesen Betrag einen Sparschein. Die Übertragung, Abtretung oder Berpfändung des Sparbuches oder Sparscheines ist nicht zulässig und für die Firma unwirksam.

Den unter den schwierigsten Berhältnissen Meist = sparenden den seit bie Firma alljährlich Prämien aus, erkennt indessen auch denen die Prämien zu, welche nicht gerade die höchsten Summen sparten, aber sich durch Fleiß, Treue und gute Aufführung auszeichneten und trotz schwieriger Familienverhältnisse etwas sparten.

Die Firma läßt die Wochenlöhne durch Beamte direkt in offener Münze auszahlen, nicht in den üblichen Lohntüten, und zwar an jeden Arbeiter einzeln, um bei dieser Gelegenheit besonders die jüngeren Arbeiter zum Sparen anhalten zu können.

Die	Ergebni	iffe	find	:

Jahr	Sparer	Einlagen Mf.	Rück= zahlungen Mt.	Gefamt= zinfen Wł.	3 in fe 3u 4°/0 3u 5°/0 Mt. Mt.		Bestand Mt.
1907 1908 1909 1910	261 264 243 261	37 270 53 350 48 260 49 660	33 070 31 590 36 660 40 980	8 409,57 9 267,93 9 483,12 10 231,23	754,10 1868,13 1036,60 1477,25	6645,70 6969,27	162 430 184 190 195 790 204 470

- 8. Die Firma **Bilhelm Jäger in Reubrandenburg,** welche Spareinlagen von wöchentlich mindestens 25 Pf. mit 5 Proz. verzinst, schreibt den Arbeitern, die sich während der Fabrikarbeitszeit jeglichen Genusses von Schnaps, Bittern oder Likören ent= halten und mindestens 12 Mk. jährlich sparen, 12 Mk. im Sparkassens buch gut. Für 25 jährige ununterbrochene Tätigkeit werden 50 Mk. gutgeschrieben.
- 9. Ein besonders geartetes Prämiensustem hat die Firma Hartwig Kautorowicz in Posen seit 1890. Sie leistet unter der Boraussehung, daß der Arbeiter selbst, wenn auch nur wenig, spart, don Jahr zu Jahr steigende Gesch enke und außerdem nach einem Turnus don fünf Jahren Extra gesch enke, indem sie zu den ersparten Summen nach 5 Jahren ein Zehntel, 10 Jahren zwei Zehntel, 15, 20 und 25 Jahren je drei Zehntel hinzufügt. Die jährlich steigenden Geschenke betragen im ersten Jahr 30 Mk. und steigen in jedem Jahr um 6 Mk. dis auf 120 Mk. Der Arbeiter, der monatlich 2,50 Mk., jährlich also Mk. gespart hat, erhält dem 16.—25. Jahr je 120 Mk., braucht indessen dem 16. Jahr ab selbst nichts mehr in die Kasse zu geben. Da die Einlagen, Geschenke und Extrageschenke mit 5 Proz. berzinst werden, würde demnach ein solcher Arbeiter besitzen nach:

Schriften 137. 1. 20

```
5 Sahren . . 440,48 Mf.

10 ,, . . 1238,56 ,,

15 ,, . . 2523,07 ,,

20 ,, . . 4079,80 ,,

25 ,, . . 6066,62 ,,
```

Am Schlusse jedes Turnus gehört das im Lause der fünf Jahre angesammelte Kapital nebst Zinsen und dem Cytrageschenk dem Arbeiter als selbständiges Kapital. Beim Ausscheiden oder bei Entlassung im Lause eines Turnus erhält der Arbeiter das dis zum Ablauf des dorsherigen Turnus gesamte angesammelte Kapital, die dis zum Aussicheiden don ihm eingezahlten serneren Sparbeträge nebst 5 Proz. Zinsen dis zum Tage des Ausscheidens; falls er erst im dritten Jahr des Turnus ausscheidet, ein Drittel der dis dahin geleisteten Geschenke, und beim Ausscheiden im dierten oder fünsten Jahr die Hälfte der geleisteten Geschenke, während der Rest (zwei Drittel oder die Hälfte der Geschenke) an die übrigen sparenden Arbeiter verteilt wird. Sine gleiche Verteilung der sämtlichen Geschenke und Extrageschenke erfolgt bei Entlassung wegen Diebstahls, Verrats von Geschäftsgeheimnissen, Betrug oder grober Untreue.

Jeder Arbeiter kann jederzeit die von ihm ersparten Beträge ganz oder teilweise herausnehmen, rückt aber dann im Turnus um ein bis fünf Jahre zurück, je nachdem wieviel er herausnimmt (weniger als die Hälfte des im letzten Jahre Ersparten bis das in den letzten drei Jahren Ersparte); die einmalige Herausnahme von ein Viertel des im letzten Jahre Ersparten innerhalb eines Turnus ist zulässig; bei Entnahme der Ersparnisse eines ganzen Turnus rückt er um den ganzen Turnus zurück.

Für den Fall der Verpfändung oder Veräußerung des Sparkassenbuches hat sich die Firma das Recht des Widerrufs ihrer Geschenke vorbehalten.

Streitigkeiten entscheidet endgültig ein vom Arbeiter binnen 24 Stunden zu benennender in Posen ansässiger Rechtsanwalt als Schiedsrichter. Benennt der Arbeiter den Schiedsrichter nicht rechtzeitig, so benennt ihn die Firma.

Da die Aufnahme in die Sparkasse eine Bergünstigung darstellt für Arbeiter, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen bei der Firma tätig waren, ist die Zahl der Sparer nicht groß.

Das Ergebnis war:

```
1908: 10 Sparer mit einem Gesamtguthaben von 11 414,24 Mf.
1909: 12 ,, ,, ,, ,, ,, 12 821,98 ,,
1910: 14 ,, ,, ,, ,, ,, ,, 12 916,51 ,,
```

10. Die Sparkasse der Schultheißbrauerei in Berlin für Angestellte und Arbeiter nimmt werktäglich Einlagen an von mindestens 1 Mt. und höchstens 100 Mt. im Monat sowie höchstens 1000 Mt. im Jahr und überhaupt nicht mehr als 5000 Mk. Als Einlagen werden nur solche Gelder angenommen, welche von dem Einleger nachweislich aus dem in der Brauerei berdienten Gehalt, Lohn, Gratifikationen usw. nach Bestreitung des Lebensunterhalts für sich und seine Familie er= ipart worden sind. Diese Ersparnisse werden mit 4 Broz. verzinst. Außerdem wird den Sparern, um ihnen einen Anteilan den Er= trägniffen des Unternehmens zu gewähren, noch derjenige Prozent= jat, welchen die Gesellschaft über 4 Proz. an ihre Aktionäre als Jahresdividende verteilen wird, vergütet und jedesmal nach der Generalversammlung denjenigen Spargeldern zugeschrieben, welche während des ganzen abgelaufenen Geschäftsjahres bei der Sparkasse angelegt waren. Gelder anderen Ursprungs oder über 5000 Mt. können, sofern fie den Angestellten oder Arbeitern gehören, gleichfalls eingezahlt werden, werden jedoch nur auf Depositenkonto angenommen und nur mit 4 Proz. berginst.

Alle zwischen Einlegern und der Gesellschaft etwa entstehenden Streitigkeiten werden endgültig und mit Ausschluß jeden anderen Rechtsmittels von einem Schiedsgericht fet ich zusammen aus einem Direktor, einem Mitglied des Aufsichtsrats, zwei von der Direktion bestimmten Angestellten und vier Arbeitnehmern, welche von den vier bestehenden Arbeiterausschüssen je aus ihrer Mitte für jede Schiedsgerichtssitzung gewählt werden.

4	die Er	twictlu	ingi	der Spa	rkappe i	jt eine	jehr	günstige.
1	Sent		T	Zinsjas	2,,	5chufnins	022	Mast.

Sparer	Zinsfas (Dividende) Proz.	Zuschußzinsen Mt.	Bestand Mt.
165 404	5 14	16 368,10	54 876,25 240 129,12
	1 ==		
	7.7		860 165,15
			1 328 043,14 2 537 172,92
1818	14	_	3 738 897,30
	165 404 — 1160 1338 1577	(Tividende) \$\parex\$ (Tividende) \$\parex\$	Sparer (Dividence) %ros. Interpretation 165 5 — 404 14 16 368,10 1160 15 62 723,98 1338 14 99 625,— 1577 18 279 157,34

^{1 1897} Fusion mit Waldschlößchen; 1898 Ankauf der Brauerei Borussia.

- 11. Die Sparkasse der Farbenfabrik Gebrüder Kossen in Nachen für sämtliche Arbeiter, welche Mitglieder der Hilfs- und Pensionskasse sind, ist insofern von Interesse, als die Arbeiter gleichfalls an den Erträgnissen von Interesse, als die Arbeiter gleichfalls an den Erträgnissen von Interesse, als die Arbeiter gleichfalls an den Erträgnissen von Fabrik bet eiligt sind. Jährlich am 1. Januar wird ein Betrag zur Bersügung gestellt, welcher 10 Pf. für 100 Kilo netto der im letzen Bilanzjahr versandten Farben ausmacht. Dieser Betrag wird zu gleichen Teilen den Mitgliedern der 1897 gegründeten Hilfs- und Pensionskasse auf Arbeitersparbücher gutgeschrieben; den Betriebsarbeitern, die Borsteher der einzelnen Betriebsabteilungen sind, wird der gutgeschriebene Betrag wegen der größeren Berantwortlichkeit noch um die Hälfte erhöht. Das Sparbuch, dessen Einlagen mit 5 Proz. berzinst werden, ist gesperrt und bleibt in Berwahrung der Firma, dis 200 Mt. angesammelt sind; alsdann wird das Guthaben zur freien Bersügung bei einer öffentlichen Sparkasse angelegt.
- 12. Einen Sparberein und eine Pfennigsparkasse für jugendliche Arbeiter mit Markenschiem hat seit 1895 die Firma Cornclius Hehl in Worms neben dem Sparkassenberein für die übrigen Arbeiter.

Der Eintritt in den Sparverein junger Männer und den junger Mädchen ist allen Arbeitern und Arbeiterinnen vom 15. 23. Lebensjahr freigestellt. Die Sohe der wöchentlichen Einlage wird für jedes Mitglied am Wochenschluß bei Aufstellung der Bahlungslifte festgestellt und beträgt, sobald der ausgezahlte Wochenlohn ben Betrag von 9 Mt. überschreitet, 10 Proz. diefes Wochenlohnes: Wochenlöhne von 9 Mt. und darunter sind nicht sparpflichtig. Die Ginlagen erfolgen nach vollzogener Löhnung in Sparmarken, die durch Vertrauensleute in den Werkstätten verkauft werden; die Marken kosten 10, 20, 50 Pf. sowie 1, 2 und 3 Mk. Die Marken werden dann in der vorgeschriebenen Sohe in das Sparmarkenbuch eingeklebt und mit einem Tagesstempel durch eine Vertrauensperson entwertet. Die Markenbücher, die fich im Gewahrfam des Aufsehers befinden, werden am Sonnabend vor der Löhnung ausgeteilt und nach der Einklebung wieder eingesammelt. Sie sind zum Ginkleben für ein Jahr eingerichtet und zur leichteren Übersicht und Zinsberechnung ist für jeden Monat eine Seite borgesehen. Auf der ersten Seite ift der Abertrag des Sparguthabens aus den früheren Jahren enthalten und auf der letten ein ausreißbares Auszugsformular, auf welchem beim Abschluß die Ersparnisse des letten Jahres und das gesamte Sparguthaben

eingetragen werden. Den Auszug erhält der Einleger; bei Mindersjährigkeit muß der Auszug vom Vater oder Vormund unterschrieben und wieder vorgezeigt werden. An den Lohntagen vor Oftern, Pfingsten und Weihnachten, auf Wunsch auch vor Kirchweihsesten werden Spareinlagen nicht angenommen. Von der Einlage ist ferner befreit, wer Rückzahlungen für erhaltenen Vorschuß zu leisten hat, für die Dauer dieser Kückzahlungen. Größere Einlagen als die vorschriftsmäßigen sind nicht gestattet.

Die Pfennigsparkasse ist für Einlagen von 5-90 Pf. bestimmt, und zwar nur in Beträgen, die auf 5 Pf. abgerundet sind; der Gegenwert wird in abgestempelten Sparmarken in ein Quittungsbuch eingeklebt. Beträge über 10 Mk. werden in die Kasse des Sparvereins überschrieben.

Die Ersparnisse sind der freien Berfügung der Einleger entzogen und werden für die gewöhnlichen Lebensbedürfnisse als nicht vorhanden angesehen, vielmehr nur in außergewöhnlichen Fällen freigegeben.

Die Einlagen werden mit 5 Kroz. vom Beginn des nächsten Viertels jahres verzinst, wobei die Zinsen nur von vollen Markbeträgen berechnet werden.

Das Ausscheiben aus dem Sparverein und damit die Aus = 3 ahlung, erfolgen nach Bollendung des 23. Lebensjahres oder bei Berheiratung vor dieser Altersgrenze; ein früheres Ausscheiden ist nur möglich mit Genehmigung des Borstandes. Das Berfügungsrecht über das Guthaben eines aus der Fabrik austretenden minderjährigen Arsveiters geht auf den gesetzlichen Bertreter über, wenn nicht dem Minderjährigen das Berfügungsrecht zugesprochen wird. Der aus dem Sparverein jugendlicher Arbeiter Ausscheidende, aber in der Fabrik verbleibende Arbeiter kann das Guthaben bar erheben oder dem Sparkassenien der übrigen Arbeiter überweisen, woselbst es gleichfalls mit 5 Proz. verzinst wird.

Die Berwaltung des Sparbereins junger Arbeiter ift den Organen des "Sparkassenbereins für die Fabriken des Hauses Corne-lius Hehl" übertragen. Daneben besteht sowohl für den Sparberein junger Mädchen als den junger Männer je ein Borst and aus sieben Mitgliedern: dem jeweiligen Vorstand des Verwaltungsbureaus, je zwei älteren männlichen Arbeitern und je vier über 21 Jahre alten Mitgliedern des betreffenden Sparbereins. Die Vorstände haben Ansträge auf Auszahlung zu prüfen und zu erledigen, zweiselhafte Fälle

zu beraten und Anträge an das Haus zu stellen, am Schluß des Jahres zu berichten über ihre Tätigkeit und die Kassenersolge.

Der Sparberein für jugendliche Arbeiter hatte 1907 66 777 Mk., 1908 58 536 Mk., 1909 63 528 Mk. und 1910 63 590 Mk. Gesamtseinlagen und der Sparkassenberein:

3 a hreseinlagen: Gefamteinlagen:

1907 . . 145 634,— Mt. 457 402 Mt.

1908 . . 115 136,85 ,, 424 512 ,,

1909 . . 120 953,— ,, 430 960 ,,

1910 . . 127 702,— ,, 464 580 ,,

13. Den Sparsinn der jugendlichen Arbeiter will auch die Firma Hermann Lewin in Göttingen fördern dadurch, daß sie jugendslichen Arbeitern, die zwischen dem 14. und 16. Lebensjahre in die Sparskasse eintreten und in sieben oder fünf auseinandersolgenden Jahren durch regelmäßige, wöchentlich zu zahlende Einlagen sparen, Prämien gewährt: bei einer Sparsumme von 150 Mt. 20 Mt., 200 Mt. 30 Mt., 250 Mt., 300 Mt. 60 Mt. und diese Prämien bei erreichter Bolljährigkeit auszahlt. Diesem 1897 eingeführten Prämienshiftem ist rückwirkende Kraft bis 1891 beigelegt worden. Bei vorherigem freiwilligen oder unfreiwilligen Ausscheiden eines Arbeiters erlischt sein Anspruch auf die Prämien.

b) Zwangssparkassen.

14. Eine solche besteht seit 1895 für Meister, Ausseher und Arbeiter der Rordbeutschen Jutespinnerei und Weberei in Ostriß. Bei jeder Lohnzahlung werden 2 Proz. gefürzt; die gefürzten Beträge werden am Ansang eines jeden Vierteljahres sestgestellt und am Ende mit 5 Proz. verzinst. Die gesparten Beträge nehst Jinsen und etwaige sonstige Zuwendungen und die Auszahlungen werden bei jeder Lohnzahlung auf der Kückseite des Lohnzettels notiert. Vorschüsse, die früher bei den Lohnzahlungen in Abzug gebracht wurden, werden auf Wunsch nicht abgezogen. Bei Aussicheiden aus der Fabrik wird das Guthaben sosort ausgezahlt.

Am Ende eines jeden Jahres wird jedem Arbeiter eine Prämic von 10 Proz. der in demfelben Jahr gesparten Beträge gutgeschrieben, wenn er während des Jahres keinerlei Beträge abgehoben hat.

Die Ergebnisse sind:

Jahr	Arbeiterzahl männl. weibl.	Spar= einlage Mf.	Zinfen Mł.	Sparprämien Mf. %	Rü ct = zahlungen Mt.	Beftand Mt.
1895	237 340	3 871,57	43,48	712,20 20	355,18	4 272,07
1896	258 317	5 324,43	263,61	966,97 20	1 698,36	9 128,52
1897	281 371	5 869,26	486,42	1115,33 20	2 624,27	13 975,26
1898	395 536	7 495,—	705,65	1391,06 20	4 373,79	19 193,18
1899	467 561	8 616,76	904,54	1534,69 20	7 269,58	22 979,59
1900	440 500	9 463,08	1129,96	1717,09 20	7 014,66	28 275,06
1901	402 466	8 949,28	1327,15	797,17 10	9 622,04	29 726.62
1902	371 424	8 060,61	1185,44	517,95 10	14 338,24	25 152,38
1903	402 456	8 178,77	1108,85	536,68 10	10 096,21	24 880,47
1904	408 464	8 124,64	1082,59	478,39 10	10 447,85	24 118,24
1905	397 429	8 372,06	1159,01	543,77 10	7 545,84	26 647,24
1906	358 417	8 420,40	1256,31	529,43 10	8 231,82	28 622,06
1907	412 480	9 016,15	1347,53	623,09 10	8 383,79	31 225,04
1908	366 507	10 323,14	1513,19	747,85 10	9 060,73	34 748,49
1909	405 504	11 741,97	1656,20	725,18 10	9 923,96	38 947,88
1910	386 516	12 852,39	1866,40	753,50 10	12 285,22	42 151,63

15. Bei der Papierfabrik von Kübler und Riethammer in Kriebstein (Königreich Sachsen) ist jeder Arbeiter verpflichtet, mindestens 3 Pf. von 1 Mt. bei jeder Löhnung sich zurückalten zu lassen. Zum 1. April und 1. Oktober wird er dann gefragt, ob er die zurücksgehaltene Summe ausgezahlt oder an die Fabriksparkasse überwiesen haben wolle. Die Einlagen in der Fabriksparkasse werden mit 6 Proz. verzinst, die Kückzahlung ist an keine Kündigungsfrist gebunden. Als Anreiz zum Sparen ließ die Fabrikleitung einen künstlerisch ausgestatteten Sparschein herstellen für diezenigen Sparer, die mindestens 20 Mk. in der Sparkasse haben. Selbst für die Arbeiter, die sich den zurückgehaltenen Betrag regelmäßig halbjährlich auszahlen lassen, ist es von großem Wert, zweimal im Jahre einen ungefähren Wochenlohn zu außergewöhnlichen Ausgaben in die Hand zu bekommen.

Die Zahl der Sparer betrug 1905 950 und das Gesamtguthaben 415 447,25 MK.

Das Gesamtguthaben war 1907 512 940,10 Mf., 1908 550 609,35 Mf., 1909 619 362,63 Mf., 1910 671 061,70 Mf. und 1911 701 201,86 Mf.

Die Firma wurde in letter Zeit von sozialdemokratischer Seite wegen des Sparzwanges scharf angegriffen: "Man befiehlt dem Arsbeiter, daß er sparen muß, und wenn die Familie hungert." Obwohl eine große Anzahl der Arbeiter den im abgelaufenen Halbjahr zurücksgehaltenen Lohnteil regelmäßig entnimmt, unterzieht sich die Firma der mühevollen Rechnungsführung wegen des Borteils, der auch für

die, welche das Zurudgehaltene regelmäßig abheben, in der halbjährs lichen Auszahlung einer größeren Summe liegt.

16. Eine 3 wangs fparkasse hatte bis zum 1. Januar 1909 auch bei der Färberei und Baschanstalt von B. Spindler in Spindlersfeld bestanden; sie war 1872 für die Arbeiter (Sparkasse A) und 1874 für die übrigen im Monatsgehalt stehenden Angestellten (Sparkasse B) eingerichtet worden. Bei der Umwandlung in eine frei-willige sogenannte 6 prozentige Sparkasse sind zugleich die Sparkassen A und B zusammengezogen worden; seit dem 1. Januar 1901 heißt sie 5 prozentige Sparkasse. Daneben besteht eine 4 prozentige Kasse.

In die 5 prozentige Kasse können Arbeiter mindestens 50 Kf. wöchentlich und Beamte mindestens 5 Mk. monatlich einzahlen, aber nur vom Lohn oder Gehalt ersparte Beträge. An Zinsen werden den Beträgen, die mindestens ein Bierteljahr in der Sparkasse gestanden haben, jetzt $1^{1}/_{4}$ Proz. gutgeschrieben, wobei nur die Mark des Kapitals berücksichtigt und an Zinsen Pfennigbeträge unter 5 Pf. gar nicht, Beträge von 5—10 Pf. als 10 Pf. gerechnet werden. Ein Sparkassenbuch erhält der Sparer erst, wenn er mindestens ein volles Vierteljahr Mitalied der Sparkasse war.

Wenn Guthaben 3000 Mt. erreicht haben, wird dieser Betrag der 4 prozentigen Sparkasse überwiesen; dasselbe gilt von dem Guthaben pensionierter Personen oder von Witwen. Die Sparer können aus der 5 prozentigen Kasse jederzeit, jedoch möglichst nur einmal im Monat, einen beliebigen Betrag erheben. Die 4 prozentige Kasse nimmt Sparsgelder bis zum Betrage von 6000 Mt. an; Abhebungen sind jederzeit zulässig, ersordern indessen achttägige Kündigung, wenn mehr als 1000 Mt. abaehoben werden sollen.

Die Ergebnisse sind folgende:

		5 º/o ig	e Rasse		4 º/o ig	e Rasse
Jahr	Sparer	Cinlagen Mt.	Ab: hebungen Mf.	Gefamt= guthaben Mt.	Sparer	Guthaben Mt.
Ende 1906 " 1907 " 1908 " 1909 " 1910	1822 1823 1615 1410 1280	203 610 198 101 194 019 171 295 165 413	221 923 163 111 183 012 146 369 156 360	623 145 650 011 642 117 675 903 700 589	179 188 188 195 190	633 063 667 328 646 073 636 556 609 179

Die Verringerung der Jahl der Sparer sowie der Höhe der Einslagen bei der 5 prozentigen Kasse führt die Firma hauptsächlich darauf zurück, daß durch die hohen Verdienste, welche die Massensabrikation von Leuchtkörpern in Berlin und Umgegend kurz vor Inkrafttreten der neuen Steuergesetze brachte, viele Arbeiterinnen veranlaßt wurden, sich der Beleuchtungsindustrie zuzuwenden.

c) Gemifdite Sparfassen.

17. Gine Frei= und eine 3 wangssparkasse besteht bei der Firma D. Peters & Co. in Elberfeld und Neviges G. m. b. H. 1863 wurde eine freiwillige Sparkasse gegründet und diese 1865 in eine Zwangssparkasse umgewandelt, 1898 wurde dann eine gemischte Sparkasse eingerichtet.

Bei der 3 wangs f parka fe muß seit 1875 jeder unverheiratete Arbeiter und Angestellte wöchentlich 10 Broz. des Lohnes, jeder Bersheiratete 5 Broz. einlegen. An den letzten Wochenlohntagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten sowie an dem Wochenlohntage nach Weihnachten werden Sparbeiträge nur auf Wunsch angenommen, desgleichen auf Wunsch auch höhere Beiträge als die vorschriftsmäßigen. Die gesparten Gelder können nur mit achttägiger Kündigung und mit Genehmigung darf nicht verweigert werden, wenn das Geld zur Erwerbung eines Hauseigentums oder bei Bersheiratung zur Einrichtung des Haushalts verwendet werden soll oder zur Einzahlung in die Kaiser-Wilhelm-Spende für Altersversorgung. Die Iwangssparkasse nimmt Einlagen an bis zur Höhe von 2000 Mk. Die einkommenden Gelder werden, wie die der übrigen Wohlfahrtsstassen, mündelsicher angelegt und mit 6 Proz. verzinst.

Die Freisparkasse if eist für die Anlage der den Höchstbetrag von 2000 Mt. übersteigenden bei der Firma ersparten Gelder bestimmt, serner für die anderweitig erworbenen oder ererbten und für solche Gelder, die nur auf kurze Zeit angesammelt werden. Für Auszahlungen bedarf es hier keiner Genehmigung. Die Höhe der Berzinsung richtet sich nach der Art der Spargelder und beträgt 5 Proz. bei eigenen Ersparnissen, 4 Proz. bei anderen Ginlagen und 3 Proz. auf kurze Zeit, wenn das Geld zur Besriedigung laufender Lebensbedürsnisse bestimmt ist.

Während beim Ausscheiden aus der Firma im allgemeinen Aus=

		<u> </u>) hijoataniida	c		£	Freiwillige Sparkasse	Spark	affe			
Jahr)	Sparfaffe Sparfaffe	٠	регзе	berzeitiger Angestellter und Arbeiter	tellter r	1	früherer Angestellter und Arbeiter	:	3n	Zujammen
	Spar= bücher	, 130 #11	Guthaben M£.	über Spar= 600Mt. bücher	Spar: bücher	Guthaben Mt.	über Spar= 600 Mt. bücher	Spars bücher	Euthaben über Spar- Mt. 600 Mt. bücher	über 600 ME	Spar biicher	Guthaben Mt.
31 /19 1900	00 490		303 050 —		28	188 860 —		1	!	1		
31./12. 1902			315 783,23	-	253	200 511,27		42	1	1	462	516 294,50
31./12. 1906	06 524		357 434,38	202	249	242 797,13	١	59	ļ	ļ	835	600 231,51
31./12. 1907	07 513		363 570,61	210	265	193 853,97	73	58	65 060 39	24	836	619 484,97
31./12. 1908	08 489		365 690,55	208	254	196 254,33	69	71	72 924,70	31	814	634 869,58
31./12. 1909	09 520		385 554,03	220	258	217 196,18	74	42	78 351,76	33	857	681 101,97
31./12. 1910	10 534		395 047,05	232	267	210 270,64	75	22	102 863,05	41	878	708 180,74

Der Gesamtbestand war 1872 26 061 Mt., 1882 113 146 Mt. und 1892 300 155 Mt.

zahlung des Guthabens erfolgt, kann Invaliden, die aus der Invalidenskafse der Firma Bension erhalten, Witwen von Arbeitern und Mädchen, die wegen Verheiratung, oder Männer, die wegen Ableistung ihrer Militärpflicht ausschieden, gestattet werden, ihr Guthaben in der freiswilligen Fabriksparkasse stehen zu lassen.

Das Ergebnis dieser Sparkassen ist in der Tabelle (Seite 314) niedergelegt.

Die Firma, die sich durch ihre umfangreichen Wohl= fahrtseinrichtungen auszeichnet, und unter dem Namen "Bohlfahrtskaffen von D. Peters & Co. in Elberfeld und Neviges G. m. b. S., Elberfeld" 1897 eine Genoffenschaft mit beschränkter Haftpflicht als eine reine Berwaltungsgesellschaft aller Wohlfahrts= taffen begründete, fagt in dem Sahresabschluß ihrer Bohlfahrtskaffen für 1907, die obligatorische Sparkasse sei stets das Rückgrat der ge= samten Wohlfahrtseinrichtungen geblieben und habe sich seit ihrem Bestehen glänzend entwickelt. Dem schlechten Geschäftsgang des Jahres 1908 und der dadurch bedingten Berkurzung der Arbeitszeit entsprechend, hatte die Firma den Sparzwang für Verheiratete gänzlich aufgehoben und für Unverheiratete von 10 Proz. auf 5 Proz. herabgesetzt vom 1. April 1908 bis zum 1. Februar 1909. Gleichwohl über= trafen die Gesamteinlagen des Jahres 1909 mit 46 232,39 Mk. den durchschnittlichen Zuwachs in den letten zehn Jahren mit 21 269,35 MK. um mehr als das Doppelte, ein Beweis dafür, "daß die Arbeiterschaft es verstanden hat, aus dem guten Verdienst sich in der Sparkasse einen Rückhalt zu schaffen für Tage der Not oder des Alters".

18. Eine 3 wangssparkasse für jugendliche und uns verheiratete unter 25 Jahren sowie eine freiwillige Sparkasse für alle übrigen Arbeiter hat auch die Bergische Stahlindustrie G. m. b. H. in Remscheid.

Für die Zwangssparkasse werden bei jeder Löhnung mindestens 5 Proz. des durchschnittlichen Berdienstes zurückbehalten, und zwar 60 Pf. bei einem Arbeiter von 14 Jahren und jährlich um 20 Pf. steigend, bis auf 2 Mf. bei einem Arbeiter von 21 Jahren und darüber; freiwillige höhere Beiträge sind zulässig. Während einer Krankheit, des Bezuges einer Unterstützung und während der Militärdienstzeit wird nichts einbehalten, ebensowenig bei der zweiten Löhnung im Juni sowie bei der ersten und auch zweiten Löhnung im Dezember.

Der Sparer kann über feine Ersparnisse frei berfügen mit boll-

	:			9 9	αιιει							Guthaben	len
Zahr	rstisdzÆ	34nv42	0/0	9gillia	0/0	=§6uv	0/0	Ein≠ lagen	3infen	Zinê- zuschuß	Rück- zahlungen	im	durch= fcnitt=
		ısdü		fieri		at E		Mt.	Mt.	W.f.	Mť.	Mt.	0/0
1887/88	510	195	38,3	73	37,2	122	8'29	8 032,40	108,—	54,—		8 194,40	42,02
1889/90	486	218	44,8	68	40,8	129	59,2	9 028,71	519,14	279,57	6 401,39	15 082,99	69,19
1894/95	631	298	47,5	145	48,5	153	51,5	15 206,11	947,18	665,51	10 882,64	34 683,14	116,38
1899/1900	1361	702	51,6	404	57,5	298	42,5	57 965,90 3114,45	3114,45		1636,59 44 846,10	109 974,01	156,65
1904/05	1190	597	50,25	321	53,71	276	46,29	37 478,43 3657,63	3657,63		2114,80 42 696,04	96 296,62	161,30
1908/09	1513	884	58,45	503	56,95	381	43,10	59 495,30	5105,86	2510,25	59 300,21	134 788,12	152,50
1909/10	1	1015		1		1	1	66 357,40 5348,68	5348,68	2730,25	72 758,93	136 465,52	I
									_		_		

endetem 25. Lebensjahr, drei Wochen nach Austritt und bei Gründung eines Hausstrandes, wenn das Aufgebot nachgewiesen ist. Während der Militärdienstzeit erhält er monatlich einen Zuschuß bis zu der Höhe, daß ein Sechstel seines Guthabens im Jahr nicht überschritten wird. Sonst bedarf der Sparer zur Entnahme der Zustimmung eines Aufslichtsrates, der aus dem Vorstand der Gesellschaft und einer Anzahl von Sparern gebildet wird und dem auch die Revision der in Verwahrung der Gesellschaft besindlichen Sparkassenübern übertragen ist.

Sämtliche Sparbeträge werden vierteljährlich in die städtische Sparkasse eingezahlt und von ihr bis zu 600 Mt. mit 4 Proz. und über 600 Mt. mit $3^{1}/_{2}$ Proz. verzinst; die Gesellschaft zahlt einen 3 in \mathfrak{s} en zu \mathfrak{s} chu \mathfrak{s} von 2 Proz., so daß die Guthaben mit $5^{1}/_{2}$ Proz. vder 6 Proz. verzinst werden.

Die Ergebnisse seit Gründung der Sparkasse (1887) sind aus der Tabelle (Seite 316) ersichtlich.

Der Rückgang bei den Zwangssparern ist zurückzuführen auf die Beschränkung in der Annahme jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren. Die Zahl aller Sparer ist allmählich auf über 50 Proz. aller Arbeiter gestiegen; davon sind mehr als 50 Proz. freiwillige Sparer. Überwiegend wird gespart von den freiwilligen Sparern bis zu 34 Jahren; die meisten Sparer stellen die 25 jährigen Arbeiter. Gespart wurden besonders Beträge von 2, 3, 5 und 10 Mk. für jede Löhnung, und zwar:

Jahr	2 Mf.	3 Mf.	5 Mf.	10 Mt .
	(44 Mf. jährlich)	(66 Mf. jagrlich)	(110 Mf. jährlich)	(220 Mt. jährlich)
1899/1900	295	56	95	63
1904/05	275	66	64	23
1908/09	34 7	117	180	57

Während bei den Beträgen von 2 Mt., an denen die jugendlichen Sparer sehr stark beteiligt sind, die Zahl der Sparer auf und ab steigt, ist bei den Beträgen von 3 Mt., 5 Mk. und 10 Mk. ein ständiges ganz erhebliches Steigen zu bemerken.

Der durchschnittliche Sparbetrag im Berhältnis zu den Jahressarbeitslöhnen aller Arbeiter ist seit den letzten vier Jahren zirka $2^{1}/_{2}$ Proz. (auf 1 Mk. Lohn 3 Pf. Spareinlagen), das Gesamtguthaben aller Sparer im gleichen Berhältnis schwankt zwischen 5,08 Proz. und

6,11 Proz. Im Verhältnis zum Durchschnittsverdienst der Sparer betrug der durchschnittliche Sparbetrag 1900/01 3,53—4,56 Proz. bei den jugendlichen Sparern und 2,99—26,88 Proz. bei den freiwilligen Sparern, und zwar hier fast die Hälfte über 6 Proz.

	1899/1900	1904/05	1908/09	1909/10
1—30 Mf.	225	230	354	454
30-60	126	93	106	$1\overline{46}$
60—100 "	100	59	84	. 87
100—150 "	56	54	101	72
150—300 "	91	7 8	117	140
300600 ",	65	42	75	70
6001000 ",	27	25	28	25
10003000 ",	12	15	19	21

Die Ergebnisse bis 1900 sind dem vom Bergischen Verein für Gemeinwohl (1902) herausgegebenen Buch über private Wohlfahrtspflege entlehnt. Die Spareinrichtung mit Zwang für minderjährige und mit freiwilliger Benutzung für vollzährige Arbeiter wird dort (S. 63) als geeignete Grundlage für eine reichsgesetzliche Arbeitslosensversicherung bezeichnet.

- 19. Eine Fabriksparkasse, bestehend aus einer 3 wangs spar = kasse für jugendliche (seit 1893) und einer Freisparkasse sür die übrigen (seit 1883) hat auch die Württembergische Metallwarensfabrik in Geislingen, und zwar ist die Freisparkasse zugleich einsgerichtet als Markens und Hauptsparkasse.
- a) Der Jugendsparkasse gehören sämtliche Lehrlinge und Arbeiter bis zum 25., Mädchen nur bis zum 23. Lebensjahr an.

Abteilung I. Lehrlinge müssen im 1.—4. Jahr je 1 Pf. ihres Stundenverdienstes, außerdem im 4. Jahr die Hälfte des 11 Pf. übersteigenden Verdienstes und nach Beendigung der Lehrzeit 10 Proz. des Lohnes sich als Spareinlagen abziehen lassen.

Abteilung II. Junge Arbeiter haben vom 1. Mai des Jahres, in welchem sie das 16. Lebensjahr zurücklegen, an jedem Jahltag 5 Proz. des Berdienstes einzulegen.

Abteilung III. Mädchen müffen vom Beginn des zweiten Dienst= jahres an jedem Zahltag gleichfalls 5 Proz. einlegen. Die Markenbüchlein vermerkt, so daß der gesetliche Vertreter stets über die Kungen Vertretet ist.

Die verfügbaren Gelder werden mündelsich er angelegt und wie die übrigen Gelder mit 5 Proz. verzinst, indem die Firma den an 5 Proz. sehlenden Zinsbetrag zuschießt.

Während der Militärzeit kann ein Teil der Ginlagen in monatslichen Raten, jedoch nicht über die Hälfte und höchstens 5 Mk. monatslich abgehoben werden. Bei ordnungswidriger Auflösung des Arbeitssverhältnisses, bei vorzeitigem Zurückziehen der Pflichteinlagen können jämtliche Sparzulagen vorenthalten und der Krankenkasse überwiesen werden. Fällige Einlagen der Sparer über 25 und Mädchen über 23 Jahre können in der Jugendsparkasse belassen werden, und zwar gegen eine Verzinsung von 4 Proz. (Abteilung IV—VI).

b) Die Markensparkasse der Freisparkasse, die auch von dem Wohlsahrtsverein geleitet wird, ist für Einzeleinlagen von 10 Pf. vis 20 Mk. bestimmt. Die baren Einlagen werden in entsprechenden gestempelten Marken in ein Markensparbuch eingeklebt. Alle Jahrese einlagen der Markensparkasse und Einzeleinlagen von 20 Mk. an werden in ein Hauptsparbuch übertragen und an die Hauptsparkasse überführt.

Berzinst werden die Einlagen der Markens und Hauptsparkasse mit 5 Proz.; erstere Zinsen werden jedoch erst fällig nach der Jahressabrechnung und werden nicht ausgezahlt, wenn der Einleger vor der Jahresabrechnung aus dem Fabrikverband ausscheidet. Die einzelne Gesamteinlage darf 500 Mk. nicht übersteigen; höhere Einlagen sind nur bei besonderer Genehmigung durch die Direktion mit monatlicher Kündigung zugelassen. Die Beräußerung der Sparkassenbücher ist unsstatthast und hat das Erlöschen des Anspruches auf den ganzen Jahressäns zur Folge.

Die Ergebniffe dieser Sparkassen waren:

	1906	1907	1908	1909
Jugendspartasse: Abteilung I " II " III " IV " VI " VI	164 077,88 39 927,80 32 860,96 35 828,74 5 891,97 1 883,02	177 189,95 44 183,97 38 879,41 41 034,91 5 212,65 308 179,22	169 221,93 48 095,53 43 628,11 49 734,48 6 971,47 2 596,3	167 104,42 49 821,60 49 601,96 55 717,09 5 138,31 3 527,29
Gefamtbeftand	280 470,29	308 179,22	320 247,88	330 910,67
Freiwillige Spars fajfe: Bestand Ginlagen Entnahmen	%85 222,61 86 696,06 67 557,62	323 758,21 90 205,90 66 431,43	337 222,02 77 743,42 80 323,38	379 262,34 97 859,54 73 343,38

Von den in der Jugendsparkasse fälligen Einlagen, die am 1. Mai 1907 25 592,47 Mk. betrugen, wurden freiwillig belassen 11 326,90 Mk. und am 1. Mai 1908 von 39 539,52 Mk. 14 980,52 Mk.

Die Gesamteinlagen in die freiwillige Sparkasse seit ihrem Bestehen (1883) betrugen 1 406 595,35 Mk. und die Gesamtentnahmen 1 183 098,62 Mk. Seit 1. Juli 1905 hat die Firma für ihre Zweigsniederlassung in Göppingen eine Jugendsparkasse mit den gleichen Bestimmungen eingerichtet.

3. Pfennigsparkassen, Sparvereine.

Während die bisher behandelten Spareinrichtungen für einen besgrenzten Teilnehmerkreis bestimmt sind, wenden sich die solgenden an weitere Bevölkerungskreise und sind zum großen Teil von einer öffentslichen Sparkasse eingeführt und mit ihr eng verbunden.

Was zunächst die Pfennigspartassen anlangt, so ist ihre Einrichtung, wie die folgenden Beispiele ergeben, im allgemeinen die gleiche.

Die Pfennigsparkasse in Darmstadt, die älteste Deutschslands wird von einem Ruratorium von drei Personen, darunter ein Mitglied des Borstandes der städtischen Sparkasse, geleitet; sämtsliche Beamtenstellen sind ehrenamtlich.

Ursprünglich wurden die Einlagen Erwachsener und Kinder in bar, und zwar von 5 zu 5 Pf. aufsteigenden Beträgen bis zu 95 Pf. bei den verschiedenen Pfennigsparkassen angenommen. Seit 1904 geschieht die Ansammlung von Ersparnissen durch Ankauf be= sonderer Marken über 10, 20, 50 Pf. und 1 Mk. bei den jest 25 Station Berhebern. Die Marken werden nur auf besonderen Beschluß des Verwaltungsrates angefertigt, vom Direktor des Verwaltungsrates an den Rechner und bon diesem an die Stationserheber abgeliefert gegen Empfangsbescheinigung und jeden Sonnabend von 2-8 Uhr an die Sparer verabfolgt, nachdem sie vorher abgestempelt sind. Beim ersten Unkauf von Marken erhält der Sparer kostenlos ein Pfennigsparbuch zum Einkleben der Marken. Die städtische Sparkasse legt beim Überschreiben der ersten Mark für jeden Sparer ein Einlagenbuch und verzinst die Ersparnis von 1 Mt. an. Sobald ein Einleger ein Einlagenbuch besitzt, kann er auf dieses Buch auch unmittelbar Einzahlungen leisten, aber nur in vollen Markbeträgen und nur an den Schaltern der städtischen Sparkaffe.

Der Stationserheber liefert die vereinnahmten Markengelber monatlich zweimal gegen Quittung an den Rechner ab, und der Rechner legt die Beträge als Einlage der Pfennigsparkasse der fennigsparkasse der franktischen Sparkasse (Markengeld (Markengeld einlage) verzinslich bei der städtischen Sparkasse an, behält jedoch Geld bereit zur Deckung der noch nicht über sich riebenen Guthaben der Sparer bei der Pfennigsparkasse sowie zur Einlösung etwa zurückgegebener Marken. Die aus der Markengeldeinnahme entsallenden Jinsen verbleiben, da diese Guthaben unverzinslich sind, der Pfennigsparkasse zur Bestreitung von Berwaltungskosten; sie sind am Schluß eines Vierteljahres für die Pfennigsparkasse zu erheben und werden, soweit sie als Verwaltungskosten nicht verbraucht werden, wieder für die Pfennigsparkasse bei der städtischen Sparkasse als "Einlage der Pfennigsparkasse aus Jinsen von Markengeld" (Zinsen einlage) verzinslich angelegt.

Die Pfennigsparbücher, welche auf einem Blatt mindestens für 1 Mf. Marken enthalten und die bereits angelegten Einlagenbücher sind am Ende eines Vierteljahres dem Stationserheber zu übergeben. Dieser entnimmt jedem Pfennigsparbuch das beklebte Blatt, leistet in dem Buch auf einer Seite über die Entnahme Quittung und gibt das Buch dann zurück. Über die Markenblätter haben die Stationserheber ein Verzeichnis aufzustellen mit Namen, Summe der entnommenen Marken, Nummer des Pfennigsparbuches, Markenblattes sowie Sinslagenbuches; die städtische Sparkasse holt das Verzeichnis nehst Marken und Einlagenbüchern sodann ab zur Überschreibung der Ersparnisse in

die Einlagenbücher. Die Markenblätter nimmt der Direktor in Berwahrung und die Einlagenbücher gehen unter Bermittlung der Stationserheber an die Sparer zurück. Markensparbücher, die nicht zum Übersschreiben übergeben, sondern auf welche Rückzahlungen verlangt werden, sind am Zahlschalter der städtischen Sparkasse einzulösen.

Der Rech ner führt ein Tagebuch; jährlich dreimal werden die Kasse und Auszahlungen der Pfennigsparkasse an Marken und Geld, ein Marken hand buch über den Markenvorrat, neuangeschaffte Marken und von Stationserhebern zurückempfangene Marken und ein Geldhand buch über die einzelnen Geldein= und ausgänge. Die Stationserheber führen über die vom Rechner empfangenen und an Sparer abgegebenen Marken gleichfalls ein Tagebuch; jährlich dreimal werden die Kasse und Buchsführung der Erheber geprüft.

Der Zugang der städtischen Sparkasse durch die Pfennigsparkasse betrug:

1908/09: 24 469,70 Mk., davon 2418 Zuschuß= und 457 Neueinlagen 1909/10: 21 831,— ,, ,, 2247 ,, ,, 388 ,,

Für die Pfennigsparkasse wurden bis 1910 22 969 Sparkassenbücher ausgestellt.

Eine 1882 in Göttingen vom Berein gegen Berarmung und Bettelei eingerichtete Pfennigbank hat nie Bedeutung erlangt und auch nicht lange bestanden.

Die Pfennigsparanstalt in Franksurt a. M. hat gleichfalls Berkaufsstellen für die Marken im Werte von 10 Pf. und Sammelstellen für die herausgeschnittenen Markenblätter und für Duittungsleistung; die Blätter der Sparheste enthalten 20 Felder. Die Beträge werden bei der städtischen Sparkasse auf Sparkassenbücher eingeschrieben. Sparkassenbücher, die durch bare Einlagen unmittelbar von der Sparkasse erworben sind, können zur Einlegung mittelst Marken berwendet werden und umgekehrt. Die Verzinsung ersolgt am ersten des nächsten Monats.

Mit Marken beklebte Blätter können nicht gegen bares Geld eins gelöst werden, Rückzahlungen besorgt vielmehr ausschließlich die städtische Sparkasse selbst gegen Vorlegung des Sparkassenbuches.

Das Ergebnis ist folgendes:

	1903/04 Mt.	1908/09 Mt.
Sparmarken ausgegeben	72 693	83 380
" verwertet	$68\ 000$	72576
" wiedereingelöst	5.592	11 514
Durchschnittliche Einlage	7,27	6,09

Die Zahl der neuen Sparer ist zwar von Jahr zu Jahr gewachsen 1534 (1903/04), 1462 (1904/05), 1730 (1905/06), 1837 (1906/07), 1978 (1907/08), 2041 (1908/09), ebenso aber auch in denselben Jahren die Höhe der wiedereingelösten Warken: 5592, 5888, 7915, 8715, 10 106, 11 514 Mk. und die durchschnittliche Einslage ist jährlich gesunken: 7,27—7,49—7,05—6,87—6,73—6,09 Mk. Danach scheint die Sparfähigkeit andauernd zurüczugehen. Die Beteiligung der minderbemittelten Bevölkerungsschichten (kausmännische und gewerbliche Gehilsen nebst Frauen, weibliche Dienstboten, Angehörige weiblicher Berufsstände, Tagelöhner, Fabrikarbeiter und Frauen, niedere Bedienstete und Frauen, Unterbeamte und Frauen) weist keine große Verschiedenheit auf 56,3 (1904/05), 60 (1905/06), 59,8 (1906/07), 56,5 (1907/08), 59,9 Proz. (1908/09).

Seit 27 jährigem Bestehen sind 2 157 608 Mf. Einlagen in 301 277 Posten vermittelt; davon waren 59 175 neue und 242 102 ältere Sparer. Die Sparanstalt mit ihren jest 324 Verkauß und 68 Sammelstellen hat mithin eine große Anzahl von Mitbürgern zu regelmäßigen Sparern herangezogen. (Bgl. Sparkasse 1910.)

Die Pfennigsparkasse in **Riel** hat vom 1. Dezember 1883 bis 31. März 1907 für 96 366,40 Mt. Sparmarken à 10 Pf. ausgegeben, davon sind 88 951 Mt. als Spareinlagen eingezahlt.

Das Ergebnis der letten Jahre war im einzelnen:

	Berkaufs=	Verkaufte	Gingelegte	Noch umlaufende
	ftellen		Marten	
		Mf.	Mt.	Mf.
1901/02	53	4615,10	4288	6637,10
1902/03	54	4756,10	4234	7159,20
1903/04	56	3979,50	4310	6828,70
1904/05	58	4522.50	4224	7127.20
1905/06	53	5342.70	5203	7266.90
1906/07	61	5938.50	5790	7415,40

Die Pfennigsparkasse der städtischen Sparkasse in Gotha hat nach dem Bericht für 1910 keinen Fortschritt zu verzeichnen und die in Halle sogar einen Rückgang in den letzten drei Jahren, und zwar teilweise wegen der seit 1908 erfolgenden Ausleihung von Heimsparbüchsen, die sich großer Beliebtheit erfreuen. (Bgl. unten.)

4. Mietzinssparkaffen.

Durch eine besondere Zweckbestimmung der Spareinlagen sind ähnelich wie die Konfirmandensparkassen, gekennzeichnet die Mietzin 3=, Ausstattungs=, Steuersparkassen und dergleichen. Diese Sparkassen dienen weniger dem eigentlichen Sparen, als daß sie Veranlassung geben, von den regelmäßigen Einnahmen durch kleine Wocheneinlagen ein Kapital anzusammeln für periodisch wiederkehrende größere Ausgaben.

Die Bedeutung, insbesondere der Mietzinssparkassen geht allein aus der Tatsache hervor, daß z. B. die Armenverwaltung in Dresden in den letzten zehn Jahren durchschnittlich über 90 000 Mf. zur Deckung fälliger Mieten hergeben mußte.

Die Mietzinssparkassen sind entweder Wohlfahrtseinrichtungen oder auf dem Gedanken der Selbsthilfe beruhende Vereinigungen der Mieter.

Eine größere Verbreitung haben die Vereinigungen der Mieter im Königreich Sachsen gefunden. So hat der Mieter ver ein in Plauen eine solche Kasse eingerichtet. Jedem Mitglied ist die Höhe der Beiträge, die wöchentlich von einem Voten eingesammelt werden, freigestellt. Der Vote quittiert in dem Mietzinssparkassenbuch des einzelnen Mieters über den empfangenen Betrag. Die wöchentlich eingegangenen Gelder werden bei einer Bank oder Sparkasse hinterlegt.

Die Kückzahlung erfolgt am Schluß des Vierteljahres im Vereinsslokal. Die Zinsen fallen der Vereinskasse zu; außerdem muß jedes Mitglied dem Boten bierteljährlich 10 Pf. zahlen. Den Sparern haften der Vote, der Kassierer und der Kontrolleur. (Vgl. Sparkasse 1909.)

Der Sparberein in **Dresben** hat unter Erweiterung seiner Bereinssbestrebungen gleichfalls eine Mietzinssparkasse eingeführt. Die Mietzinsspareinlagen mussen am letten des Bierteljahres oder in den nächsten sieben Tagen zurückgefordert werden, andernfalls ist die Rückforderung

erst beim nächsten Vierteljahresschluß zulässig. Zinsen werden wegen der nur vorübergehenden Anlage nicht gezahlt. Einlagen, die nach Schluß des Sparjahres bis zum 15. Februar nicht erhoben sind, werden der Rücklage des Vereins überwiesen und können von dem säumigen Sparer nicht mehr zurückverlangt werden. (Bgl. Sparkasse 1909.)

Die älteste Mietzinssparkasse mit Wohltätigkeitscharakter in Deutschland ist die 1880 in Dresden vom "Berein gegen Armennot und Bettelei" gegründete. Un dieser Sparkasse können sich beteiligen unbescholtene, selbständige, in Dresden wohnende und unterstützungs= wohnsipberechtigte, unbemittelte Personen, sofern sie nicht laufende öffentliche Almosen erhalten und nicht mehr als 400 Mf. jährlichen Mietzins zahlen, ausnahmsweise auch Personen, die öffentliche Almosen genießen und in Dresden nicht Unterstützungswohnsit haben. Die Sparbeträge werden wöchentlich, vierzehntägig oder monatlich, je nach der Art der Lohnzahlung, abgeholt oder bei der Geschäftsstelle und den Bahlstellen entgegengenommen. Die Teilnehmer muffen den bollen Mietzinsbetrag sparen. Die Spareinlagen werden nicht verzinst; da= gegen erhalten die Sparer, deren Mietzins nicht höher ist als 350 Mk., Prämien von jest 2 Proz. bis höchstens 6 Mf., wenn sie regel= mäßig sparen. Der Dresdener Sausbesitzerberein leiftet wegen der ihm durch den Verein mittelbar gewährten Vorteile jährlich einen erheblichen Beitrag.

Das Ergebnis dieser Mietzinssparkasse ist:

%.64	Shaman	Gesparte Miete	Gezahlt	e Prämi
Jahr ————	Sparer	Mť.	Mt.	o _/
1880	8	216	22	1
1885	456	60 384	3623	
1890	1065	173 553	6329	
1895	1014	183 186	4412	4
1900	1097	223428	4837	
1905	1186	237 304	5227	
1908	1213	$232\ 972$	3567	
1909	980	210 411	3100	
1910	964	208 876	3092	

Seitdem die Prämie von 3 Proz. auf 2 Proz. herabgeset ist, hat die Benutung der Sparkasse nachgelassen. Um die Bereinsmittel nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen und um den Charakter der Mietzinssprämie zu wahren (Antrieb zum Sparsinn und zur Wirtschaftlichkeit,

nicht Erzielung eines hohen Gewinnes), hat der Berein von der Wiederserhöhung der Prämie Abstand genommen, hingegen die Grenze für die Prämienzahlungen von 300 MK. auf 350 MK. erhöht.

Im allgemeinen haben die Mietzinssparkassen bisher nur mäßige Berbreitung gesunden, weil eine Berzinsung der einzelnen sehr kleinen Sparbeträge nach Abzug aller Unkosten kaum möglich ist, wenn nicht die Wohltätigkeit mitwirkt.

Richt hierher gehören Mietzinssparkassen, die für die Arbeiter eines bestimmten Unternehmens eingerichtet sind, z. B. die der Firma F. M. Greef in Bieren mit Prämienspstem. Diese Sparkassen sind als Fabriksparkassen anzusehen.

Die Ausstattungssparkassen sind für Einlagen gedacht, die zugunsten eines Kindes gemacht werden und bei Eintritt eines bestimmten Alters oder eines bestimmten Ereignisses (Verheiratung, Errichtung cines Gesschäftes, Ableistung der Militärdienstpflicht) zur Auszahlung gelangen.

Der in Dresden 1847 gegründete Sparberein mit jest 48 Unnahmestellen bezweckt die vorübergehende Ansammlung kleiner Sparbeträge von mindestens 10 Pf. und höchstens 25 Mk. Das gesparte Geld wird zum Schluß jedes Rechnungsjahres unter Zuschlag von Sparprämien zurückgezahlt. Früher erfolgten die Rückzahlungen bom 15. September an, damit die Ersparnisse zur Anschaffung bon Winterfeuerung verwendet werden konnten, seit einigen Jahren erft bom 25. November an, damit die Ersparnisse für Weihnachts= bedürfnisse zur Verfügung stehen. Die Rückgabe erfolgt in barem Gelde unter Abzug von 5 Bf. für jedes Sparbuch, von 25 Bf., wenn die Einlage vorher zurückerstattet wird, was jedoch nur in aller= dringendsten Fällen geschieht. Der Gesamtbetrag eines Sparbuches darf 200 Mt. nicht übersteigen. Die Prämien, die unter die Sparer nach Verhältnis ihrer Einlagen verteilt werden, werden aus den für die gesamten Ersparnisse erhaltenen Bankzinsen bestritten nach Abzug der Berwaltungskoften und einer Zuwendung an die Rücklage.

Der Gesamtumsatz des Vereins seit 1847 betrug 1905 2 600 578,43 Mk. Die Ersparnisse betrugen 1909 74 334,41 Mk. auf 2234 Bücher und 1910 79 671,35 Mk. auf 2181 Bücher.

Ahnlichen Zwecken dienen die "Terminbucher", deren Ausstellung in den Mustersatzungen für öffentliche Sparkassen in Preußen allgemein vorgesehen ist. Auf diese Terminbücher können Ginzahlungen mit der Bestimmung geschehen, daß die Auszahlung nicht bor einem bes

stimmten Termin erfolgen soll. Für den Sparer liegt hierin ein gewisser Sparzwang. Die Terminbücher eignen sich besonders für Einslagen zur Bestreitung der Kosten der Konfirmation, Aussteuer, Militärdienst, Mietzins und dergleichen. Sie sind bereits in verschiedenen Bundesstaaten üblich.

5. Altergrentenspartajje.

Dem Beispiel der mährischen Sparkasse in Brünn folgend, hat die Hamburger Sparkasse von 1827 ihrer Sparkasse im August 1910 eine Altergrentensparkasse nach dem System des Professors Mullg v. Oppenried (Wien) angegliedert. Das Wesen der Alters= rentensparkasse besteht darin, daß die Einleger sich oder ihnen nabestehenden Versonen lediglich durch den Verzicht auf die Binsen der Spareinlagen den Bezug jährlicher Renten nach Erreichung eines bestimmten Alters sichern können und zugleich den Anspruch auf Rückzahlung der Spareinlagen behalten. Die Rentenbersicherung beruht auf der Erfahrung, daß Personen, welche ganz oder fast ausschließlich auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen find, und keine größeren Rapi= talien ersparen können, auch dann, wenn sie keine oder nur eine unzureichende Altersversorgung zu gewärtigen haben, sich nicht leicht zu einer Rentenversicherung bestimmen lassen, vielmehr ihre Ersparnisse eher einer Sparkasse anvertrauen, und zwar nicht so sehr wegen des Zinsenzuwachses, als besonders aus dem Grunde, weil sie einerseits die Übernahme einer Berpflichtung zu einer wiederkehrenden, ohne Nachteil nicht berminderbaren Leistung für eine große Reihe von Jahren scheuen, anderseits ihr Kapital zur Deckung irgendeines Bedarfs jeder= zeit zur Verfügung haben wollen.

Die Hamburger Sparkasse hat mit der "Lebens = und Pensions versicherungsgesellschaft Janus in Hams burg" die Vereinbarung getroffen, daß sie die Zinsen des vom Verssicherungsnehmer eingezahlten Kapitals an die Versicherungsgesellschaft absührt, und diese dafür eine Altersrente gewährt. Die Sparkasse verzinst die Einlagen wie gewöhnliche Guthaben, mindestens aber mit 3 Proz.; bei höherer Zinszahlung tritt eine Erhöhung der Kente ein. Vom Beginn der Kentenzahlung an werden die Zinsen wieder der Spareinlage gutgeschrieben.

Der Bersicherungsnehmer erhält über den abgeschlossenen Bersicherungsvertrag ein Altersrenten = Sparkassenbuch, welches unter anderem die Termine und Beträge der einzelnen Ginund Rückzahlungen sowie die mit dem 65. Lebensjahr des Bersicherten sich jeweilig nach der Tabelle ergebenden Altersrente und die Bersicherungsbedingungen enthält. Der Bersicherungsnehmer steht nur in Berkehr mit der Sparkasse, die auch die Auszahlung der Kente vermittelt.

Bei geleisteten Nachzahlungen erhöht sich die bis zum 65. Lebensjahre aufgeschobene Rente gemäß der Höhe der Nachlage und dem Alter des Bersicherten, bei Abhebungen ber wermindert sie sich entsprechend. Die beim Abschluß des Bertrages auf das 65. Lebenssjahr aufgeschobene Rente kann auch früher oder später bezogen werden. Der Antrag auf frühere Kentenzahlung ist mindestens drei Jahre dorsher zu stellen, der spätere Kentenbezug kann jederzeit beantragt werden.

Altersrenten, welche innerhalb der fünf auf den Auszahlungstermin folgenden Kalenderjahre nicht abgehoben werden, sind verfallen. Beträgt die auszuzahlende Kente weniger als 5 Mk. jährlich, so gelten die Altersrentenbeträge als verfallen. Der Versicherte kann in diesem Fall innerhalb fünf Jahren Auszahlung von 75 Proz. des von der Versicherungsgesellschaft für seine Kente gestellten Deckungskapitals beanspruchen. Im Fall des Todes des Versicherten haben seine Erben Keinen Anspruch auf Kückvergütung der an die Versicherungsgesellschaft abgeführten Zinsen.

Ein Arbeiter beispielsweise, der von seinem 25.-54. Lebensjahr durchschnittlich jährlich 100 Mf. spart, vom 55. Lebensjahr ab nichts mehr sparen kann und vom 60. Lebensjahr ab jährlich 300 Mf. abhebt, hat mit dem 65. Lebensjahr $3000-(5\times300)=1500$ Mf. Kapital zu seiner freien Berfügung, erhält von diesem Kapital nunmehr Jinsen und außerdem bei 3 prozentiger Berzinsung der jährlichen Einlagen eine jährliche Kente von 592,40 Mf., bei $3^{1}/_{2}$ prozentiger Berzinsung eine Kente von 691,18 Mf.

Die Frauen beziehen, da sie nach statistischen Feststellungen länger als Männer leben, eine kleinere Rente.

Die Hamburger Sparkasse hat drei verschiedene Versicherungstabellen aufgestellt, welche die Höhe der Rente nach der Zeit des Beitritts (Geburt dis 64. Lebensjahr) ergeben, und zwar Tabelle 1 für eine Einzahlung von 100 MK., Tabelle 2 für eine einmalige Zinszahlung von 10 MK. und Tabelle 3 als Umrechnungstabelle für früheren oder späteren Kentenbeginn als beim 65. Lebensjahr.

Die Hamburger Sparkasse bezeichnet in einer Zuschrift die Erfolge der neuen Einrichtung in Anbetracht des kurzen Bestehens als zufriedenstellend.

6. Magnahmen der öffentlichen Sparkaffen.

Beachtenswert sind die neuesten Maßnahmen öffentlicher Sparskassen, die teilweise gute Erfolge gezeitigt haben. Hierher gehören: Aufstellung von Sparautomaten, Berteilung von Heimsparbüchsen, Absholung von Ersparnissen, Einrichtung von Annahmestellen, Ausgabe von Terminbüchern, Prämiierung von Spareinlagen.

Sparautomaten.

Biele öffentliche Sparkassen haben nicht nur in Schulen, wie oben ausgeführt, Sparautomaten aufgestellt, sondern auch an anderen ihnen geeignet erscheinenden Orten: in Fabriken, auf Bahnhöfen, an Straßensbahnhaltestellen usw. Indessen auch hier ist wie in den Schulen der Erfolg nur ein vorübergehender gewesen.

Die Sparkasse des Kreises Teltow hat z. B. Automaten von Hänel aufgestellt bei der Berliner Maschinenbauaktiengesellschaft vormals L. Schwarzkopff in Wildau, der Reuen Photosgraphischen Gesellschaft in Steglitz und der Lokomotidzfabrik Orenstein & Koppel, Arthur Koppel, A.-G. in Novaves; in diesen drei Betrieben sind 1910 jedoch nur 1706 Sparmarken über 50 Pf. verausgabt, also zusammen 853 Mk. gespart worden.

Die Sparkasse der Stadt Schöneberg hat einen 1-Mark-Automaten in der Bolksbücherei aufgestellt und 1909 1230 Mk. und 1910 1444 Mk. erzielt.

Sparautomaten haben ferner aufgestellt: Duisburg, Dort = mund, Effen, München, und zwar von der Deutschen Post= und Cisenbahn = Verkehrswesen = Aktiengesellschaft in Berlin angesertigte. (Bgl. Kommunalfinanzen 1911 Nr. 7.)

Heimsparbüchsen.

Viel erfolgreicher war bisher das Heimsparbüchseninstem. Es ist 1890 von dem Amerikaner Burns erfunden und besteht darin, daß öffentliche Sparkassen ihren Einlegern zugleich mit einem Sparkassenbuch Sparbüchsen kostenlos überlassen, sie versperrt übergeben und den Schlüssel zurückbehalten. Die Büchsen sind so hergestellt, daß Geldstücke und Papiergeld eingeworfen, aber durch keinerlei Kunstgriffe wieder herausgenommen werden können. Zurzeit mögen über 50 verschiedene Arten im Handel sein. Sobald eine genügende Summe einzeworfen ist, trägt der Einleger die Büchse zur Sparkasse, damit sie vor seinen Augen entleert wird, oder die Sparkasse beaustragt besondere Boten, welche die Büchse in der Wohnung des Einlegers entleeren. Der bei jeder Entleerung herausgenommene Betrag wird als Spareinlage gutgeschrieben und sosort verzinst. Die Heimsparkassen sind wie die Sparautomaten als Annahmestellen der öffentlichen Sparkasse im Hause des Sparers anzusehen.

Was die Kostenfrage anlangt, so werden bei richtigem Betrieb die Anschaffungskosten der Sparbüchsen und die Berwaltungskosten aufsgewogen durch die Erhöhung des Einlagenbestandes. Deshalb überslassen auch einzelne öffentliche Sparkassen ihren Einlegern Heimsparsbüchsen ohne jede Sicherstellung leihweise, ja sogar als Geschenk. Die meisten Sparkassen leihen Heimsparbüchsen nur, wenn durch eine Mindesteinlage etwa in Höhe des Anschaffungswertes (bis 5 Mk.) gegen Beschädigung oder Berlust Sicherheit geleistet ist; diese Mindesteinlage wird dann zugunsten der Sparkasse gesperrt, trägt aber gleichwohl Zinsen. Die Sperre wird aufgehoben, wenn der Einleger die Heimssparbüchse unbeschädigt zurückgibt.

Die Heimsparbüchsen haben überall große Anerkennung und Aufnahme gefunden: in Amerika sind von über 1000 Sparkassen bereits über 4 Millionen ausgegeben und in Wien hat sich auf Anregung des Reichsverbandes deutscher Sparkassen in Österreich eine Gesellschaft zur Einführung des Heimsparkassenstystems gebildet. (Wgl. die Flugschrift dieser Gesellschaft.) Der reichsdeutsche Sparkassenverband hat 1904 die Einführung gleichfalls entschieden befürwortet. Alle Sparkassen, die das System einführten, sind fast ausnahmslos mit den Ersolgen sehr zufrieden.

Die städtische Sparkasse in Gotha erklärt neben den üblichen Bestimmungen die Sicherheit von 3 Mt. für versallen, wenn innershalb drei Jahren nicht mindestens eine Einlage mittelst Heimbüchse erfolgt ist; der Besitzer der Büchse kann sich indessen vor dem Berlust der Sicherheit durch Rückgabe innerhalb der drei Jahre schützen.

Die Sparkasse des Rreises Teltow hat das Shitem seit 1907,

und bis Anfang 1911 über 4000 Büchsen ausgegeben (leihweise, gegen Sicherheitsleiftung von 3 Mk.). Die Büchsen werden in der Sparskasse und bei ihren Nebenstellen geöffnet. 1881 Entleerungen brachten 1910 95 835,14 Mk.

Die städtische Sparkasse in Elber feld hat das System Ende 1907 eingeführt, und bis Anfang 1909 4000 Büchsen ausgegeben (leihweise, gegen 3 Mk. Sicherheit). 6342 Entleerungen brachten 172 531,74 Mk.

In Dresden ergaben 1908/09 ca. 4500 Büchsen bei 5221 Entleerungen 133 337 Mt., die Frankfurter Sparkasse in Frankfurt a. M. 1906/07 1623 Büchsen 45 291 Mt., die städtische Sparkasse in Frankfurt a. M. 797 Büchsen 20 789 Mt., in Bremen 1000 Büchsen 113 000 Mt., in Halle ca. 1000 Büchsen im Jahre 1910 bei 3788 Entleerungen 94 177,57 Mt.

Gingeführt ist die Heimsparbüchse unter anderem noch von den Sparkassen in Berlin, Leipzig, Rassel, Augsburg, Dresden, Lüneburg, Stuttgart, Breslau, München, Münster, Beuthen, Ulm, von der Areditbank in Harsburg und der Würzburger Bolksbank.

Abholungsverfahren.

Erst in letzter Zeit haben einige wenige Sparkassen die bereits 1894 durch den preußischen Minister des Innern empfohlene Abholung von Spareinlagen eingeführt, ein Berfahren, das bei der Privatsparkasse der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. schon seit 1826 und in Mainz seit 1867 angewendet wird und sich sehr gut bewährt hat. So hat die Franksurter Privatsparkasse zurzeit 20 000 Teilnehmer mit $3^1/2$ Millionen jährlicher Spareinlagen und die Sparkasse in Mainz, welche die von einem gemeinnützigen Verein getroffene Einrichtung 1893 übernahm, über 10 000 Teilnehmer mit $1^1/2$ Mill. Mk. In Anbetracht der günstigen Erfolge, das auch andere Sparkassen mit dem hier und da auf Markenverkehr beruhenden Abholungse versahren gehabt haben, wird es sicherlich bald weitere Verbreitung sinden.

Bei der Sparkasse der Stadt **Schöneberg,** die am 1. Oktober 1909 mit der Abholung begann, besteht das Versahren in der Abholung regelmäßiger wöchentlicher Einlagen in Höhe von 50 Pf., 1 Mk., 2 Mk., 3 Mk., 4 Mk., 5 Mk., 10 Mk. oder 20 Mk., zu denen der Sparer sich

verpflichtet. Die Abholung erfolgt nur von solchen Personen, die in Schöneberg wohnen oder ein Geschäftslokal haben oder aber eine in Schöneberg wohnhafte Person bezeichnet haben, von welcher die Einlagen entgegengenommen werden können. Die Beteiligung ist serner abhängig von einem jederzeit zulässigen schriftlichen Antrag unter Angabe der Höhe der wöchentlichen Einlage, dem Besitz eines Sparkassen buch es über mindestens 1 Mk. und der Einzahlung von 50 Pf. als Aufnahmegebühr zur Deckung der Druckskoften.

Die Underung des Wochenbeitrages kann koftenlos nur zu Beginn eines neuen Sammeljahres (1. Oktober) beantragt werden und ist spätestens einen Monat vorher zu beantragen; bei einer Underung innerhalb des Sammeljahres ist erneut eine Aufnahmegebühr bon 50 Pf zu entrichten, ebenso bei vorübergehender Einstellung der wöchentlichen Ginlagen. Die Ginlagen werden wöchentlich gegen ge= drudte Quittung (Wochenschein) bei dem Sparer durch den Ginsammler abgeholt. Die Wochenscheine werden nur einmal zur Zahlung bor= gelegt; ein unbezahlt gebliebener Wochenschein muß innerhalb einer Woche eingelöst werden, widrigenfalls die Sparkasse den Sparer als ausgetreten betrachten und die Abholung einstellen kann. Boraus= zahlungen von Wocheneinlagen sind gestattet. Eingezogen werden nur 50 Wochenbeiträge, die freibleibenden zwei Wochen dienen zur Fertig= stellung des Abschlusses und der Übertragung der Ersparnisse auf die einzelnen Konten. Nach Schluß des Sammeljahres werden die Wocheneinlagen in die Sparbücher eingetragen.

Die Rückzahlung der bereits überschriebenen Einlagen nebst Jinsen erfolgt jederzeit und ohne jeden Abzug. Rückzahlung noch nicht gutgeschriebener Einlagen nur in Anbetracht besonderer Umstände und jedenfalls dann nicht, wenn der Sparer über ein Spare guthaben in Höhe der gewünschten Rückzahlung verfügt; nach Ablauf des Sammeljahres erhält der Sparer die eingezogenen Wocheneinlagen auf Verlangen zurückgezahlt, und zwar ungekürzt.

Eine Verzinsung der Wocheneinlagen findet während des Sammeljahres nicht statt, sondern erst nach Ablauf zu dem für Spareeinlagen festgesetzten Zinssuß (zurzeit 3 Proz.).

Um den Sparfinn besonders anzuregen, sollen unter denjenigen Sparern, welche während eines zusammenhängenden Zeitraums von fünf Jahren regelmäßige Wocheneinlagen geleistet und auch von ihrem

Guthaben nichts zurückgezogen haben, jährlich Sparprämien verlost werden.

Die Einsammler, deren Erlös täglich auf ein Sammelkonto vereinnahmt werden, verrichten ihren Dienst nebenamtlich, erhalten keine feste Bezahlung, sondern werden nach der von ihnen geleisteten Arbeit bezahlt: für jeden eingezogenen Wochenschein erhalten sie 3 Pf. und für jeden neuzugeführten Sparcr 15 Pf.; sie sind auf diese Weise am Geschäft beteiligt. Die Stadt ist in Einsammlerbezirke, die Bezirke sind in Tagestouren eingeteilt. Für jeden Einleger wird ein Wochensscheinbogen angelegt, der aus den einzelnen Wochenscheinen und einem Talon besteht; der Talon enthält die nötigen Angaben über den Sparer, seinen Eintritt, Kückzahlungen und wird am Jahresschluß für die Ubsrechnung verwendet.

Die K v st en f rage ist sehr einfach dadurch geregelt, daß die Bersgütung für die Sinsammler durch den Gewinn, den die Sparkasse aus den ihr zustließenden, im Sammeljahr nicht zu verzinsenden Wochenseinlagen hat, und die Druckfosten durch die Aufnahmegebühren gedeckt werden; ein kleiner Überschuß, der noch bleibt, wird auf Bureaukosten verrechnet.

Der Zinsberlust der Sparer kommt bei seiner Geringfügigkeit kaum in Betracht. Das Bersahren, das dem Prämiensparschiften von Scherlähnelt, hat gegenüber anderen Spareinrichtungen den Borteil, daß jeder Sparfähige bequemste Gelegenheit hat, seine Einlagen ohne Mühe und Zeitverlust der Sparkasse zuzuführen. Die Abholung kommt, worauf der Jahresbericht von 1910 hinweist, besonders den mindersbemittelten Bevölkerungskreisen zustatten, insofern sie vielsach nur wenige Psennige von ihrem Bochenlohn zurücklegen können und sich mitunter auch noch scheuen, mit so kleinen Beträgen zur Sparkasse oder deren Annahmestellen zu kommen.

Am Schluß des ersten Sammeljahres waren Teilnehmer vorshanden:

481 mit 50 Pf. Wocheneinlagen, 988 mit 1 Mk., 473 mit 2 Mk., 210 mit 3 Mk., 24 mit 4 Mk., 174 mit 5 Mk., 39 mit 10 Mk. und 14 mit 20 Mk., zusammen 2403, die 181 870 Mk. sparten. Der wöchentliche Erlös erhöhte sich von 2584,50 Mk. auf 4284,50 Mk. Von den Teilsnehmern sind 25,34 Proz. Männer, 38,20 Proz. Frauen und 34,46 Proz. Kinder. (Bgl. Sparkasse 1911 S. 48.)

Auf der Versammlung des Deutschen Sparkaffenverbandes 1910

ift dem Abholungsverfahren unter den Mitteln der Erziehung zu planmäßiger Wirtschaftlichkeit der Vorrang eingeräumt troß einiger mißlungener Versuche in Düsseldorf, Posen, Straßburg; in Düsseldorf ist das 1895 eingeführte Verfahren 1900 wegen der hohen Kosten und des sehr geringen Erfolges eingestellt worden. (1899 wurden bei 600 Einlagen von 50 758 Mk. fast zwei Drittel vor der Gutschrift auf ein Sparkassend, zurückgezogen.)

Unnahmestellen.

Gute Erfahrungen haben nach dem Bericht der Versammlung des Deutschen Sparkassendes die Sparkassen mit der Einrichtung von Annahmestellen gemacht. Eine Landeskasse hat 21 Annahmestellen und 602 Agenturen und erledigt durch sie den Hauptteil des Geschäftes. Die Neue Sparkasse in Hauburg hat 90 Annahmes und Nebenstellen.

In Düffeldorf bestehen seit 1898 Annahmestellen (jetzt 15) für sonntägliche Einlagen der arbeitenden Klassen. Die Annahmestellen sind für Handwerker, Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Dienstboten und deren Angehörige bestimmt und Sonntags vormittags 9—11 Uhr gesöffnet. Die Einlagen, welche für eine einzelne Person monatlich 25 Mk. nicht übersteigen dürsen, werden mit 4 Kroz. verzinst. Sobald die Gesamteinlage 300 Mk. erreicht, wird sie auf ein Sparkassenbuch überstragen und zu dem allgemein üblichen Zinssuß berzinst.

Die	Ergebnisse	dieser	Sammelstellen	sind:

Jahr	Unnahme= stellen	Sparer	Neueinlagen Mt.	Rück= zahlungen Mt.	Gejamt= guthaben Mf.
1900	3	2859	111 082	66 072	160 250
1905	5	6950	246 460	193 088	417 346
1908	9	8788	250 827	259 368	502 136
1909	9	9527	287 925	262 890	547 576

Andere Sparkassen haben durch möglichst ausgiebige Offenhaltung (Ausdehnung der Amtsstunden) gleichfalls die Spargelegenheit zu ersleichtern versucht. Auf der Bersammlung des Sparkassenverbandes wurde darauf hingewiesen, daß nach dieser Richtung mehr geschehen könnte; die österreichischen Sparkassen hätten im allgemeinen eine größere Amtsstundenzahl als die preußischen.

Terminbücher.

Seit einiger Zeit sind für die Ansammlung des Mietzinses und ähnliche Zwecke besondere Terminbücher eingeführt in der Weise, daß die Einlagen eine borher bestimmte Zeit als gesperrt gelten. So hatte die Neue Sparkasse in Hamburg 1908 103 Bücher mit 9130,48 Mk. und die Sparkasse in Bremen (seit 1880) 1907 838 Bücher mit 127 573 Mk. Die gesperrten Sparkassenbücher, deren es 1908 in Preußen 226 000 von 1184 Millionen gab, waren borzugsweise Rücklagen für den Militärdienst und Aussteuer.

Prämiierung.

Schließlich sei noch erwähnt die Prämiierung von Spareinlagen. So hat die städtische Sparkasse in Posen neuerdings eine Sparslott erie (Verlosung von Sparprämien) eingeführt, um den Sparsinn und die Spartätigkeit der minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu fördern. Zu der Sparlotterie werden nur Personen zugelassen, deren Einkommen 2000 Mk. im Jahr nicht übersteigt (Handwerker, Arbeiter, Dienstboten usw.). Voraussezung der Beteiligung ist eine jährliche Ersparnis von mindestens 12 Mk., die in monatlichen Teilsbeträgen von 1 Mk. oder in vierteljährlichen von 3 Mk. bei der Sparskasse einzuzahlen sind. An Prämien werden ein Gewinn zu 300 Mk., 5 zu 100, 26 zu 50 und 36 zu 25 Mk. verlost. (Sparkasse 1911.)

Die 1848 in Düsseldorf eingeführte Prämierung für sparende Handwerker, Arbeiter, Tagelöhner, Dienstboten und dergleichen hat nie wesentliche Bedeutung erlangt. Anders die gleichfalls in Düsseld orf bestehende, 1846 von einem privaten Berein gegründete und 1874 wegen ungenügender Mittel von der städtischen Sparkasse übernommene am melkasse. Sie ist bestimmt, der arbeitenden Klasse übernommene nu lpsslichtigen Jugender Welegenheitzu geben zur vorteilhaften Unterbringung kleiner durch 50 teilbarer Ersparnisse von 50 Ps. dis 10 Mk. Die Annahme ersolgt an verschiedenen Empfangsstellen Sonnetags vormittag 9—1/212 Uhr. Sparer, welche der Kasse am 1. Nosvember angehören oder dis zum 1. Dezember beigetreten sind und dis zum 1. Oktober regelmäßig mindestens jeden Monat eine Einlage in möglichst gleichmäßiger Höhe gemacht, auch im Laufe des Jahres keine Beiträge zurückgezogen haben, erhalten eine Prämie von 20 Ps. für jede volle 3 Mk., unregelmäßige Sparer sowie die vom 1. Dezember

bis 1. Juni eintretenden für jede volle 3 Mk. 10 Pf. Prämie; 10 Pf. für volle 3 Mk. werden auch für solche Summen gezahlt, welche im Laufe des Jahres zurückgezogen werden, wenn der Sparer der Kasse länger als drei Monate angehörte.

Sobald die Einlagen und Prämien die Summe von 100 Mk. erreichen, tritt der Einleger als selbständiger Sparer bei der städtischen Sparkasse ein und erhält ein Sparkassenbuch. Mehr als zwei Sparer werden aus der engeren Familie (Eltern mit ihren im Haushalt besindeltchen Kindern unter 18 Jahren) nicht zugelassen. Unbesugte Benutung der Kasse ist mit Strase von 10—20 Proz. des jemals höchsten Gutshabens bedroht.

Die Kasse zählte bei der Übernahme durch die Stadt:

```
1874
            4139 Sparer mit 83946 Mk. Guthaben
1900 . .
           11 641
                            345\ 240
1905 . .
           11 424
                            336 540
                                           ,,
1908 . .
           11 633
                            394\,009
1909 . .
           11 368
                            368 308
                                           ,,
```

Die Benutung nimmt jährlich zu; allerdings beruht die Junahme zum guten Teil darauf, daß die schulpflichtige Jugend bessergestellter Kreise die Kasse benutt. Auffallend ist der stark steigende Prozentsat der Prämien für regelmäßige Einlagen 62,26 (1900) — 74,71 (1905) — 79,16 (1908) — 79,93 (1909), während der Prozentsat der unregelmäßigen Einlagen ständig sinkt: 37,74 (1900) — 25,29 (1905) — 20,84 (1908) — 20,07 (1909). Entsprechend ist der Juschuß der Sparkasse zur Deckung der Prämien gewachsen; er betrug 1900 8534 Mt., 1905 11 535 Mt., 1908 14 315 Mt., 1909 13 406 Mt.

Biele andere Sparkassen haben die Prämiierung eingeführt für Dienstboten, die fünf Jahre hintereinander bei derselben Herrschaft gedient und gleichzeitig gespart haben.

Der soziale Charakter der städtischen Sparkasse in Düsseld or ftommt auch zum Ausdruck in der seit 1884 bestehenden, vom Aurastorium der städtischen Sparkasse verwalteten im übrigen selbständigen Alterssparkasse für in Düsseldorf wohnende, mindestens 18 Jahre alte Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Dienstboten usw.: durch Gewährung von Zusch is seit des Alters oder der Arbeitsunsähigkeit ein möglichst hohes

Einkommen geschaffen werden. Die Zuschüsse werden den Zinsen der der Alterssparkasse überwiesenen Kapitalien (Geschenke, Bermächtnisse und dergleichen) und, soweit diese Zinsen nicht reichen, dem jährlichen Überschuß der städtischen Sparkasse bis zu einem Viertel, jedoch nicht über 10 000 Mk. jährlich entnommen. Für jedes Mitglied wird jährlich ein Viertel der in der Sparkasse erworbenen Zinsen von seinem Konto bei der Sparkasse auf das bei der Alterssparkasse übertragen. Nach Berhältnis dieser ihnen übertragenen Jahreszinsen werden den Mitgliedern der Alterssparkasse die Zuschüsse auf ihr Konto gut= geschrieben, und zwar wird der auf die Zinsenüberträge fallende Anteil an Prämienzuschüffen auf das 1/2=, 1=, $1^1/2$ = usw. bis 8 fache der Zinsen= überträge abgerundet. Das Achtfache der übertragenen Zinsen können die Zuschüffe nicht übersteigen; die durch Innehaltung dieser Grenze nicht zur Berteilung kommenden zur Prämilierung vorhandenen Beträge werden als Reserve zur Verteilung auf das nächste Jahr über= tragen. Die Verzinsung des einzelnen Guthabens in der Alters= sparkasse geschieht mit den bei der städtischen Sparkasse üblichen Zinsen.

Sobald das Guthaben eines Mitgliedes der Alterssparkasses 3000 Mk. erreicht hat, hört die Überschreibung von Zinsen und Übersweisung von Zuschüffen auf, dagegen nicht die Berzinsung des Gutshabens.

Bor vollendetem 55. Lebensjahr des Mitgliedes ist das Guthaben bei der Alterssparkasse nicht kündbar und Tückzahlbar; die Prämiensuschüsse nebst deren Zinsen, die erst mit vollendetem 55. Lebensjahr in sein Eigentum übergehen, können dann an ihn, im Fall seines früheren Todes an die Erben ausgezahlt werden. Bei Auswanderung, Invalisdität, langwieriger Prankheit usw. kann das Guthaben schon vorher ganz oder teilweise ausgezahlt werden. Mit vollendetem 55. Lebensjahr hört die Teilnahme an der Alterssparkasse auf und damit die Berzinsung und Prämiierung in dieser Rasse.

Zugunsten eines Mitgliedes oder einer Person, die zur Mitgliedsschaft berechtigt ist, können auch von Dritten Ginlagen in die städtische Sparkasse zwecks Beteiligung an der Alterssparkasse ersolgen; diese Ginlagen dürfen jährlich 100 Mk. und im ganzen 1000 Mk. nicht übersteigen.

Die Ergebnisse dieser Kasse sind:

Schriften 137, 1. 22

Jahr	Mit= glieder	Guthaben fa an Ein= lagen Mt.	bei Spar- ife Zinfen Mf.	Zinsen= überträge Wt.	Zuschüffe	Guthaben bei Alters= fpartaffe ufw. Wf.
1885 1895 1900 1903 1905 1907 1908 1909	21 395 412 393 379 366 382 403	322 980 336 384 319 083 316 107 377 411 442 789	10 377 9 501 9 479 10 752 12 631 14 640	2593,— 2374,— 2386,— 2698,50 3154,— 3663,—	2 593,— 9 497,— 9 544,— 2 698,50 9 461,— 11 157,—	1 104 100 807 118 265 144 299 140 647 124 387 127 630 132 170

Der Vorteil der Alterssparkasse liegt darin, daß sie infolge der aus obigen Ergebnissen ersichtlichen hohen Berzinsung wie eine Bersicherung auf den Invaliditäts= und Todesfall wirkt.

Die Sparkassen in Breslau und Frankfurt a. M. haben ähnliche Einrichtungen getroffen.

Nach Fertigstellung dieser Arbeit ist in Berlin eine Einrichtung ins Leben getreten, welche unter dem Namen Sparanstalt für Deutschland (Kommanditgefellschaft) in erster Linie das Ziel verfolgt, die Rabattsparsysteme, welche heute in Sunderten von Bereinen zersplittert sind, so zu organisieren und zu zentralisieren, daß überall in Deutschland dieselbe Marke ausgegeben wird. Das Unternehmen bedeutet einen bemerkenswerten Fortschritt auf dem Wege des systematischen Ausbaues von Spareinrichtungen. Die Sparanstalt unterscheidet sich von den erwähnten älteren Instituten zunächst durch ihre streng durchgeführte Zentralisation. Dadurch, daß sie ihr Net über bas ganze Deutsche Reich ausbreitet und eine Ginheitsmarke verwendet, ber= ringern sich die Rosten für die formale Durchführung ganz erheblich. Die Marken werden nicht von der Sparanstalt selbst (wie bei den meisten Rabattvereinen üblich), sondern von einer Berliner Großbank Die aus dem Berkauf erlöften Beträge bleiben auf der ausgegeben. Bank zur Biedereinlöfung der gesparten Marken in einem besonderen für die Sparanstalt unantastbaren Depot reserviert. Bur Bequemlich= keit für die Sparer werden überall nach Bedarf Zwischenzahl= stellen errichtet, die ihrerseits mit der Bank abrechnen. Jeder an= geschlossene Kaufmann kann auf Bunsch eine solche Zahlstelle übernehmen. Durch diese Berbindung mit der Bank werden die Sparer hinsichtlich der gesparten Summen sichergestellt.

Die Bedeutung des neuen Institutes reicht jedoch weiter insofern, als es das Sparen bewußtermaßen volkswirtschaftlichen und sozialen 3wecken dienstbar machen will. Die Formen, in denen das geschehen joll, sind recht mannigfaltig, indem z. B. die Einheitsmarke der Sparanstalt für Deutschland für die Gründung und den Ausbau von Schul-, Konfirmanden= und Jugendsparkassen, von Feriensparkassen, Kohlen= sparkassen und Versicherungssparkassen Verwendung finden können. Namentlich durch Berficherungssparkassen dürfte auf der neuen Grundlage eine ansehnliche Erweiterung von Bersicherungsabschlüffen zu er= warten sein. Neben der Vervielfältigung der Spargelegenheiten soll der Personalkredit, und zwar sowohl für Privatleute wie für Geschäfts= leute, der ja bekanntermaßen bei uns noch nicht den tatsächlichen Be= dürfnissen entspricht, gefördert werden. Auch hier ist wieder eine Ber= bindung mit dem Sparen dadurch vorgesehen, daß die Einheitsmarken bei den Rückzahlungen berwendet werden dürfen. In gleicher Weise ift ichließlich eine Unterstützung der bisherigen Sparweise durch Anlage in Sparkaffen möglich, wenn es gelingen follte zwischen der Sparanstalt für Deutschland und den öffentlichen Sparkassen dauernde Berbindungen herzustellen.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß jede Förderung des Sparwesens vom volkswirtschaftlichen sowohl wie vom privatwirtschaftslichen Standpunkte aus begrüßt werden muß, wenn sie auf mehr und durchgreisenderes gerichtet ist als die vorhandenen Einrichtungen. Nur die Beseitigung des Borgunwesens hat das neue Institut mit älteren Einrichtungen, wie den Rabattsparvereinen, gemein. Darüber hinaus liegt seine Bedeutung in folgendem:

Einrichtungen, wie z. B. Kohlensparkassen, gestatten auch den Gruppen mit geringem Einkommen von den Preisvorteilen des Großeinkauses Gebrauch zu machen. Feriensparkassen wieder sördern die Schonung der Arbeitskraft, auf deren Ausnützung ja die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bei uns angewiesen ist. Weiter erlaubt das Markensystem der Sparanstalt für Deutschland eine Ersgänzung der Staatshilse durch Selbsthilse, wo es sich z. B. darum handelt, die Kenten der Invalidens und der Angestelltenversicherung zu erhöhen. Der Ausbau des Personalkredits, wie ihn die Sparanstalt beabsichtigt, ist geeignet, einesteils den Barkaus auszudehnen, anderns

teils den augenblicklich auf Aredit angewiesenen Privatmann vor wucherischer Ausbeutung zu schützen. Schließlich kommt die Ausbarmachung der vielen kleinen Beträge, die in den Haushaltungen aufsgehäuft werden, für den wirtschaftlichen Gesamtverkehr in Betracht. Dadurch werden dem Wirtschaftsleben direkt Kapitalien zugeführt, die sonst brach liegen würden.

Mit den erwähnten volkswirtschaftlichen sind für den Sparer erhebliche privatwirtschaftliche Vorteile verbunden. Es muß das notewendig so sein, weil sonst ja der Ansporn zum Sparen mit hilse der Einheitsmarke sehlen würde. Diese privatwirtschaftlichen Vorteile bestehen einmal in dem Zwischengewinn, der sich für den Sparer aus der vielseitigen Verwertbarkeit der Einheitsmarke ergibt, und zum anderen in der Möglichkeit, die gesparten Marken auch zur Begleichung lausender Ausgaben (Miete, Steuern, Versicherungsprämien u. a.) wenigstens zum Teil mit zu verwenden.

Es handelt sich also, wie man wohl zusammenfassend sagen darf, bei der Sparanstalt für Deutschland um ein Institut, das seiner offenssichtlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung wegen Beachtung und Förderung bei allen denen verdient, die in Theorie und Brazis sich mit den vorliegenden Problemen befassen.

Scheck= und Giroverkehr vom Standpunkt der Sparkassen.

Don

Bürgermeister Dr. Eberle.

Ginleitung.

Das energische Eintreten des Deutschen Sparkassenverbandes für die Verleihung der Scheckfähigkeit an die Sparkassen im Reichsscheckgeset hat zu dem von ihm gewünschten Erfolg geführt, und das Geset hat den Sparkassen grundsätzlich die Scheckfähigkeit verliehen. Wenn das Geset von der Bankwelt begehrt wurde als eine Normierung und Alärung des bei ihnen bereits bestehenden Scheckverkehrs, und wenn es tatsächlich dem allgemeinen Scheckverkehr diese Klärung und da= mit im gewissen Sinne den Abschluß einer Entwicklungsstufe gebracht hat, so bedeutet es umgekehrt für die Sparkassen in ihrer Besamtheit den Anfang einer neuen Entwicklung. Denn wenn auch einzelne größere Sparkassen, ähnlich wie die Banken, vor dem Gesetz tatsächlich den Scheckverkehr eingerichtet hatten, so ist doch die gesetzliche Er= mächtigung dazu erst durch das Reichsscheckgesetz geschaffen worden. Benauer, diese Ermächtigung ist durch das Reichsscheckgeset erst borbereitet worden. Denn das Gesetz erteilt die Scheckfähigkeit den "unter amtlicher Aufsicht stehenden Sparkassen, wenn sie die nach Landes= recht für sie geltenden Aufsichtsbestimmungen erfüllen". Diese Aufsichtsbestimmungen sind aber für den Scheckverkehr erst nach dem Reichsgeset zu erlassen. Denn es wäre mindestens überflüssig, zu sagen "wenn sie die Aufsichtsbestimmungen erfüllen", wenn es sich da= bei um Aufsichtsbestimmungen handelte, die sich nicht auf den Scheckverkehr beziehen, weil ja als selbstverständlich angesehen werden muß, daß die Sparkassen die allgemeinen Aufsichtsbestimmungen erfüllen.

In übereinstimmung mit diesem Standpunkt ordnet der Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 20. April 1909 (abgedruckt in der "Sparkasse" vom 1. Juni 1909) an, daß Sparkassen unter geswissen, dabei näher bezeichneten Boraussetungen

- I. "mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ihren Sparern die Abhebung der Sparguthaben mittels Schecks gestatten" können,
- II. "neben dem Spareinlagenbetrieb den Depositen= und Konto= korrentverkehr unter Benutzung der Scheck= und der Giroüber= weisung einführen können."

344 Dr. Eberle.

Der Erlaß hält aber zur Erreichung der Scheckfähigkeit nicht nur die Erfüllung der gegebenen Boraussetzungen, sondern die Entschließung der Aufsichtsbehörde bzw. der Oberpräsidenten für erforderlich. Bon Interesse ist, daß das sächsische Ministerium des Innern unseren Standpunkt teilt, während das sächsische Finanzministerium der Meinung ist, daß jede Sparkasse scheckberkehr, bestehenden Ausführungsbestimmungen erfüllt.

Sei das, wie es sei. Auch die Differenz zeigt, daß wir mit der Aufnahme des geldlosen Jahlungsverkehrs—so wollen wir im folgenden den Schecks und Giroverkehr nennen — erst den Ansang machen, und deshalb eine Grörterung dieser Frage vom Standpunkt der Sparkassen ab ovo durchaus sachgemäß, wenn nicht notwendig ist.

1.

Begriff und Wesen der geldlosen Zahlung.

Die Worte "geldlose Zahlung" bezeichnen den Zahlungsakt negativ. Sie sagen nur, daß eine Zahlung vor sich geht ohne das Mittel des baren Geldes. Die positive Bezeichnung des Aktes ist anschaulicher. Sie heißt etwa: Zahlung durch Berschaffung einer Forderung. Die Forderung verschafft der Zahlende seinem Gläubiger beim Scheck durch Abtretung der Forderung, die er, der Schuldner, an die fein Scheckkonto führende Stelle hat, bei der Giroanweisung durch Zuweisung des Betrags an die Stelle, die das Konto des Gläubigers führt, also durch Erhöhung des Guthabens bei der Bank des Gläubigers. In beiden Fällen geschieht die Zahlung durch Gewährung eines Anspruchs auf Geld an Stelle des Geldes felbst. Wir feben, die geldlose Bahlung im Scheck- und Virowege ist nicht grundsätzlich etwas Neues. Auch die Begebung eines Wechsels, ja, die Abtretung einer gewöhnlichen Forderung ist eine geldlose Zahlung. Die Zahlung im Schecks und Girowege unterscheidet sich von den früheren Wegen der Zahlung durch eine Forderung dadurch, daß die Forderungen, die der Schuldner erhält, in ungleich höherem Maße liquid sind, so daß die Verschaffung der Forderung der Verschaffung des Geldes außerordentlich nahe kommt. Was die Vergleichung des Schecks mit der Viroanweisung betrifft, so liegt auf der Sand, daß die Girvanweisung ihrerseits wieder in höherem Maße liquid ift, schon weil sie dem Gläubiger eine Forderung verschafft an den eigenen Bertrauensmann, an die Stelle, die das Konto des Gläubigers führt, während der Scheck eine Forderung verschafft an den Bertrauensmann des zahlenden Schuldners, an die Stelle, die dessen Konto führt. Das wesentlich Neue der Wege der geldlosen Zahlung liegt also in der Sicherstellung der Liquidität der Forderung, durch die gezahlt wird. Diese wird erreicht dadurch, daß der Zahlende die zur Deckung der Forderung nötigen Barmittel bereithält in den Händen einer Stelle, die ihm zur Besorgung der Zahlung verspslichtet ist, der Stelle, die sein Schecks oder Girokonto sührt: der Bank oder der Sparkasse. Wer also im Schecks oder Girowege zahlen will, muß seine Zahlungsmittel aus der eigenen Hand herausgeben und in die Hand der Bank, der Sparkasse legen, damit diese für die ihr zu erteilenden Zahlungsaufträge Deckung hat. In diesem Umstand liegt für die Volkswirtschaft ein doppeltes Moment:

- a) Er bewirkt die Geldschonung. Denn die kontenführende Stelle "zahlt" im Auftrag des Gläubigers nicht mit Geld, sondern wie er» wähnt dadurch, daß sie an Stelle des Zahlenden ihrerseits selbst Schuldner wird wie beim Scheck, oder dem Gläubiger in der Person seiner Bank oder Sparkasse einen neuen Schuldner verschafft, wie bei der Giroüberweisung. Damit ist ein Zahlakt ohne Geld geschehen und das Geld ist während der Dauer des Zahlungsaktes nuthar. Der neue Gläubiger, der selbst am geldlosen Berkehr teilnimmt, läßt aber die Mittel bei seiner kontenführenden Stelle stehen, bis er im gleichen Bege darüber weiter versügt, so daß das Geld während der Pause bis zur neuen Berfügung ruht und weiter während des nächsten Zahlungsaktes. Die kontensührenden Stellen rechnen lediglich unterseinander und mit ihren Auftraggebern ab. So werden Geldmittel der Banderung, die sie bei Barzahlung machen müßten, entzogen und während der gewonnenen Zeit nutbar gemacht.
- b) Die natürliche Kehrseite des Borganges ist die Entblößung der Einzelbetriebe, die am geldlosen Verkehr teilnehmen, von den baren Jahlungsmitteln, die sie als Deckung bei der kontenführenden Stelle liegen haben. Da die kontenführenden Stellen naturgemäß an Jahl außerordentlich weniger sind als die Teilnehmer, so bedeutet der geldslose Verkehr grundsätlich eine Konzentration der Jahlungsmittel, die sich in dem Maße der Ausdehnung des geldlosen Verkehrs verschärft. Die geldschonende Virkung des Schecks und Giroverkehrs wird also erzielt durch eine Verdünnung der Umlaufsmittel in der breiten Masse

346 Dr. Eberle.

der Einzelbetriebe und eine Anhäufung derselben in den kontenführens den Geldinstituten. Wie weit jene Entblößung von Geldmitteln bei entwickeltem geldlosen Berkehr geht, berichtet Thorwart in den Mitsteilungen der Frankfurter Handelskammer Nr. 3 vom Jahre 1910 in seinem vorzüglichen Bericht über den Hamburger Giroverkehr.

2.

Die Schonung des Geldes.

Aus dem Gesagten ergibt sich:

- a) Beruht die gelbschonende Wirkung auf der Tatsache, daß möglichst viel Personen ihre Verbindlichkeiten durch überweisung von Ansprüchen begleichen, so wird sie gesteigert, wenn die kontensührenden Stellen ihrerseits dergestalt miteinander in Verbinsdung stehen, daß sie den Ausgleich untereinander möglichst ohne Bargeld vornehmen können. Die Wirkung der Geldschonung ershöht sich also nicht nur mit jedem neuen Teilnehmer am geldslosen Verkehr, sondern auch mit jedem neuen Platz, an dem sich eine kontenführende Stelle auftut, weil sie nicht nur der Sammelpunkt neuer Teilnehmer und damit Ausgleichsstelle für diese Teilnehmer ist, sondern auch dem Ausgleich des Platzes gegen andere Plätze dient.
- b) Nächst der Zahl der Teilnehmer und der Zahl der Pläte ist für die Geldschonung von großer Bedeutung die Form des geldlosen Berkehrs. Der Scheckverkehrsteilnehmer hat nur die Aufgabe, durch den Scheck einen Teil des Guthabens, das er bei der kontenführenden Stelle hat, an den Gläubiger abzutreten. Er braucht also nur eine kontenführende Stelle, an die er seinen Gläubiger mit dem Scheck weist. Der Giroberkehrsteilnehmer will seinem Gläubiger mehr entgegenkommen. Er will bom eigenen Girokonto ab= und dem Girokonto feines Gläubigers zuweisen. Er muß also fordern, daß nicht nur der Gläubiger Konto habe, sondern auch, daß seine Girostelle mit der des Gläubigers verbunden sei. Diese schwerer zu erfüllende Voraus= setzung, die auf den ersten Blick als ein Sindernis der Ausdehnung des Verkehrs erscheint, ist die wichtigste Ursache der Geldschonung, denn durch sie wird erreicht, daß der Zahlungs= akt zugleich die Wirkung des Ausgleichs in sich trägt, während

bie letztere beim Scheckverkehr erst besonders vorgenommen werben muß. Da außerdem in allen Fällen, wo der Empfänger eines Schecks nicht selbst in geldlosem Verkehr steht, der Betrag bar gezahlt wird, so wird der Vorteil, den der Scheckverkehrsteilnehmer darin hat, daß er nur ein Konto braucht, aufgewogen durch den Verlust in der Wirkung der Gelbschonung, da in Wirklichkeit in allen diesen Fällen die Jahlung bar ersfolgt. So erklärt sich die anerkannte Tatsache, daß der Girovverkehr in der Wirkung der Geldschonung dem Scheckverkehr weit überlegen ist.

Daraus ergibt sich: Ein dem Ziel der Bargelbschonung, auf das unsere Bolkswirtschaft hindrängt, wirksam dienendes Shstem der geldslosen Zahlung muß eine möglichst große Zahl von kontenführenden Stellen ausweisen, die untereinander im Giroverkehr stehen.

3.

Die Rückwirfung des geldlosen Verkehrs auf den Geldkreislauf.

Wenn wir oben gesehen haben, daß die Vorteile der geldlosen Bahlung erkauft werden durch eine Entblößung der Einzelbetriebe von Geldmitteln, so liegt in einer allgemeinen Verbreitung dieser Bahlweise unter Umständen eine ernste volkswirtschaftliche Gefahr. Denn, so angenehm es dem Teilnehmer sein mag, daß ihm die Bank die Last der Haltung der Hauskasse abnimmt und ihm den Saldo ber= zinst, so ernst ist die Tatsache, daß das Geld nicht so verfügbar ist, wie wenn er es im Hause hat. Denkt man diesen Zustand verallge= meinert, so ist klar, daß die Umlaufsmittel in den Einzelbetrieben auf ein äußerst geringes Mag hinabgedrückt werden. Dieser Zustand ift nur dann unbedenklich, wenn die der Entblögung entsprechende Samm= lung der Mittel in gewissen örtlichen Grenzen stattfindet, so daß die Barbestände jederzeit für den Bedarf der Orte, aus denen sie stammen, greifbar bereitstehen. Man hält es, um ein Bild zu gebrauchen, für unbedenklich, vom Shitem der Wasserversorgung durch Hausbrunnen zur Versorgung durch eine Zentrale überzugehen. Aber diese Zentrale hat ihre Sicherheit darin, daß sie am Orte eingerichtet und bon der versoraungsbedürftigen Gemeinde mit der größten Aufmerksamkeit beobachtet und bedient wird. Sie macht dieselben Wasserschäte, die früher 348 Dr. Eberle.

an vielen Stellen erschloffen und verwaltet wurden, einheitlich nutbar. Und ihre Sicherheit ruht nicht nur in ihrem lokalen Charakter, sondern auch in ihrer öffentlichen Verwaltung. Wie steht es in dieser Beziehung mit den Mitteln, die sich im geldlosen Berkehr sammeln? Die beiden Shsteme des geldlosen Berkehrs, sowohl das über die Reichsbank arbeitende Shitem der Banken, wie das Postscheckshiftem, entbehren im höchsten Maße örtlicher Reservoire. Die Reichspost ist schon durch ihre Verfassung zur Zentralisation gezwungen. Und daß die Bankmittel in stetig wachsendem Maße an wenigen Pläten zusammengezogen werben, bedarf kaum mehr eines Beweises. Bei diefer Sachlage wurde ein allgemeiner übergang unseres Bolkes zum geldlosen Berkehr in Unlehnung an das Shitem des Postiched's oder der Banken einen schweren Nachteil für den Geldkreislauf unserer Volkswirtschaft mit sich bringen, einen Nachteil, der die Borteile, die der geldlose Verkehr dem einzelnen durch Entlastung von der Rassenhaltung und der Besamtheit durch die Geldschonung bringt, weit überwiegt. Denn beide Shsteme tragen in sich den Mangel eines Weges, auf dem die Mittel aus den Zentralen in die Aufsauggebiete leicht zurückfließen. Und schon jett, in einem Stadium der Entwicklung des geldlosen Berkehrs, das von der Verallgemeinerung noch weit entfernt ist, zeigen sich ernste Störungserscheinungen.1

4.

Die Gignung der Sparkassen zur geldlosen Zahlung.

Unter diesen Umständen liegt es nicht nur nahe, an die Sparkassen als die Träger eines allgemeinen volkstümlichen geldlosen Verkehrs zu denken. Sie sind vielmehr in ihrer Gesamtheit geradezu die berusenen Träger eines allgemeinen geldlosen Verkehrs. Sie können im Deutschen Reiche 9500 Geschäftsstellen in den Dienst des Verkehrs stellen, während die Banken nur über rund 1000 Stellen versügen. Darin liegt die Gewähr für ein genügend dichtes Retz, für ein Retz, das von Natur den Vorzug hat, in weitem Umsang dem Ausgleich zu dienen. Denn eine Sparkasse ist ja der sichtbare Ausdruck eines Geldverkehrsemittelpunktes, ruhen doch in den Sparkassen an Einlagen und Reserven rund 20 Milliarden des mobilen Vermögens unseres Volkes.

¹ Lgl. Dr. Eberle: Die geldlose Zahlung und die Sparkassen (bei Julius Mäser, Leipzig≥R.), S. 18ff.

Und wo sich ein beachtlicher neuer Geldverkehrsmittelpunkt bildet, wird auch die Sparkasse nicht lange auf sich warten lassen. Die Sparkassen sind auch die natürlichen Werber für die neue Verkehrsart der Masse vos Volkes gegenüber. Denn die großen Vetriebe stehen im Vankverkehr und die zweite Schicht der Vetriebe hat sich dem Postscheck zugewendet. Die breiteste Schicht des Volkes, das zu gewinnende Neuland des geldslosen Verkehrs, sindet nur schwer den Weg dorthin. Sie bedarf der Anregung von einer Seite, zu der sie das größte Vertrauen hat. Sie bedarf auch eines größeren Unreizes wie ihn der Postscheck bietet und wie ihn die Sparkassen als gemeinnützige Institute durch Spesenfreiheit geben können.

Aber die Sparkassen tragen in sich nicht nur die Kraft zur Berallgemeinerung des Berkehrs, sie sind auch die einzigen Träger des Berkehrs, die seine Mittel von der Zentralisierung ohne weiteres und ihrer inneren Art gemäß fernhalten, um sie dem örtlichen Bedürsnis bereitzustellen. Denn sie sind und bleiben selbständig nebeneinander. Damit erfüllen sie aber die wichtige Boraussetzung, unter welcher der geldlose Berkehr verallgemeinert werden kann, ohne durch die Störung des Gelbkreislauss größeren Schaden anzurichten.

5.

Der Weg zum geldlosen Vertehr der Spartassen.

Bisher haben wir die Sparkassen im Gegensatz zu der Bankwelt und dem Postsched als Einheit gedacht. Und nur von dieser Einheit können unsere Aussührungen ohne Einschränkung gelten. Kommen wir aber von der theoretischen Einheit der Sparkassen zur Prazis, so sinden wir, daß der Sammelbegriff "die Sparkassen" sich in rund 3000 selbständigen Selbstverwaltungskörpern darstellt, die heute und morgen alles andere eher sind, als eine geschlossene Einheit. Denn soviel Kassen, soviel Eigenheiten und soviel Unabhängigkeitssinn und soviel Liebe zur Selbständigkeit. Und das ist gut so und soll so bleiben; denn in den aus dem Entwicklungsgang der einzelnen Kassen und aus der innigen Anpassung an die Anschauungen und Bedürfnisse der Sparerskeise hervorgegangenen Eigenheiten ruht ihre gesunde Krast, die durch keine Konzentrierung und Unisormierung gestört werden soll. Die neue

¹ Dr. Eberle, a. a. D. S. 24 ff.

350 Dr. Eberle.

Aufgabe verlangt auch in dieser Beziehung kein Opfer. Denn die neue Einheit, wie sie der Giroverkehr voraussetzt, foll die Sparkassen in ihrem Spargeschäft nicht berühren. Vielmehr foll die neue Aufgabe

- a) das herkömmliche Sparkaffenleben völlig unberührt laffen und
- b) die Einigung der Kassen auf das beschränken, was Not ist, um den neuen Verkehr wirksam und ohne Störung des Sparkassen= geschäfts auszugestalten.

Ju a) In diesem Sinne soll der erste Grundsatz der sein, daß der neue Verkehr völlig neben den Sparverkehr tritt. Spartechnisch außsgedrückt heißt der Grundsatz: Trennung der Konten. Nichts scheint natürlicher. Spargelder sind zum Ruhen und Zinstragen bestimmt. Zahlgelder sind zum Zahlen bestimmt. Gewiß will der Sparer auch über sein Geld verfügen können, wenn er es braucht, aber er muß sich während der Kündigungsfrist gedulden. Der Giroteilnehmer will stündlich über sein Geld verfügen. Spargelder stehen im Verhältnis der Reserve und Landwehr, wenn man dies militärische Bild gebrauchen darf, Jahlgelder sind Truppen unter der Fahne, die alltäglich zum großen Teil und die auf Alarm alle marschieren müssen.

Diese innere Verschiedenheit erheischt zwingend eine äußerlich versichiedene Behandlung, die unseren Grundsatz rechtsertigt. Man braucht nur den Unterschied auszusprechen, um die Notwendigkeit der Trennung außer Debatte zu stellen.

Wenn in der Einleitung gesagt ist, daß wir die Frage ab ovo untersuchen muffen, so bezieht sich das in erster Linie auf den ersten Grund= Wenn der ebenda erwähnte Ministerialerlaß unter I Schecks auf Sparkaffenguthaben zuläßt und uns damit in die Opposition drängt, jo ist nicht anzunehmen, daß der Erlaß die Befolgung unseres Grundjates in der Zukunft hindern wird. Denn jene Bestimmung erklärt sich zwanglos aus ihrer Entstehungsgeschichte: Während der Beratung des Scheckgesetes wurde bom Deutschen Sparkaffenverband aus dem richtigen Gefühl, daß es sich hier um die Teilnahme der Sparkassen am modernen Berkehr handle, die Scheckfähigkeit der Sparkaffen begehrt. Genauer geförmelt, würde der Bunsch gelautet haben: Die Möglichkeit, den modernen Zahlungsverkehr zu pflegen. Da aber die Schedfähigkeit verlangt und durch das Reichsgeset grundfätlich gewährt wurde, so konnte sie von Preußen nicht verweigert werden. So ist jene Bestimmung unter I entstanden. Sie hat die Unklarheit ihrer Entstehungsgeschichte als Erbteil mitbekommen. Sie würde --

in erheblichem Maße eingeführt gedacht — um des neuen Zahlungsverkehrs willen, störend in das herkömmliche Spargeschäft eingreifen.
Denn sie verlangt, daß das Sparbuch aus dem Besitz des Sparers
ausscheidet und in Verwahrung der Rasse übergeht, oder sie macht seinen
Bestand unklar, wenn man Schecks auf das Guthaben ziehen läßt und
sie ohne gleichzeitige Berichtigung des Buches honoriert: Beides Konsequenzen, die dem echten Sparer den Scheckverkehr im höchsten Maße
verleiden müssen und deshalb vom Standpunkt des Spargeschäfts wie
des neuen Zahlungsgeschäfts gleich unerwünscht sind. Dieser Erkenntnis
hat sich auch der Erlaß nicht verschlossen und deshalb unter II einen
Weg zum geldlosen Verkehr neben dem Reichsscheckgesetz sreigegeben.
Hier ist durchaus richtig das Zahlgeschäft als eine neue Ausgabe
erkannt und unter Betonung des Grundsatzes der Kontentrennung
unter besondere Kormen gestellt.

Der 2. Grundsat heißt Spesenfreiheit. Soll der Zahlungsverkehr in die Breite gehen und volkstümlich sein, so muß er für die Kassen so einfach als möglich sein und den Teilnehmer mit der Spesenrechnung verschonen.

Damit korrespondiert der 3. Grundsat, der heißt: Unverzinslichkeit der Salden. Wir verstehen diese Unverzinslichkeit nicht im Sinne eines dauernden Gesetzes, sondern gehen von der Erwägung aus, daß sie vorläufig innerlich gerechtfertigt ist. Denn während die Reichsbank sich durch den unverzinslichen Mindestbestand, die Post durch einen kleinen Mindestbestand und die Gebühren eine Entschädigung für die Bewältigung des geldlosen Berkehrs zahlen lassen, sollen die Sparkassen, die nach dem Grundsatz der Spesenfreiheit arbeiten, ein Aquivalent dadurch erhalten, daß ihnen die ohnehin außer Verhältnis geringe Zins= nutung bleibt. Für den Anfang werden fie auch trot der Zinslofigkeit keine überschüsse erzielen. Ist der Verkehr eingelebt und sinken die Spesen, so wird an eine bescheidene Zinsvergütung etwa, wie sie bei den Hamburger Girobanken üblich ift, Plat greifen können. Für den Unfang ist allerdings die Zinslosigkeit zu betonen. Ginmal im Interesse der scharfen Scheidung zwischen Spar- und Zahlgeldern bei den Sparkassen zur Vermeidung einer Beeinflussung des Spargeschäfts. Denn damit fallen jene Einwände gegen die Einführung des geld= losen Berkehrs bei den Sparkaffen, die befürchten, daß die größere mobile Einlage im Kontokorrentverkehr zu Lasten der echten Spareinlage einen höheren Zins erhalte als ihr zukommt. Und es entfällt

352 Dr. Eberle.

bie Notwendigkeit, daß um der Zahlgelder willen eine höhere Zahlungsbereitschaft bei der Kasse gehalten werden muß. So nah es zu liegen
scheint, daß man durch Verzinsung der Zahlgeldersalden die Werbearbeit für den neuen Verkehr außerordentlich erleichtert und mit raschen
Erfolgen auswarten könnte, so sorgfältig muß es bermieden werden, daß
die Girogelder als werbende Kapitalien ähnlich wie Spargelder angesehen werden. Denn bei Spargeldern steht die Zinsfrage an erster,
die Liquiditätsfrage an zweiter Stelle. Bei den Zahlgeldern gibt es
nur eine Liquiditätsfrage, der gegenüber die Möglichkeit einer Nutzung
absolut keine Rolle spielen darf.

Denn wenn die Sparkassen sich mit der Girvausgabe besassen, dann kann es nur in dem Sinne geschehen, daß sie die ungünstigen Rück-wirkungen auf den Geldkreislauf, die ohne ihr Eingreifen von dem geldlosen Verkehr auch in dieser Beziehung zu fürchten sind, verhindern. Sie dürsen deshalb nicht in den Fehler versallen, der mit Recht an den Banken gerügt wird, daß sie Girvgelder um der Zinsen willen festlegen und bei Rücksorderungen fremde Hilse in Anspruch nehmen müssen. Daß aber dieser Fehler bereits heute erhebliche Störungserscheinungen zeigt, ist überzeugend dargelegt in der "Bank" (Junisheft 1911, S. 527 fg.).

Zu b) Was sodann die Einigung der Kassen betrifft, so mag es auf den ersten. Blick eine unmögliche Arbeit sein, ein einheitliches Net des geldlosen Verkehrs aus den 3000 Kassen zu bilden. Näher bessehen, verlieren die Schwierigkeiten an Bedeutung.

Denn innerlich sind die Kassen wesensgleich. Und Gleiches bindet sich leicht. Wie unter a) ausgeführt, soll jede Rücksicht genommen werden, daß keine Kasse in ihrer jezigen Verfassung beengt oder gestört wird. Mithin haben die Kassen keinen wesentlichen Sinsat auf Kosten ihres Wesens zu machen, wenn sie zum Giroberkehr zusammentreten. Im Gegenteil, die Sinigung bringt für alle die Möglichkeit des geldelosen Verkehrs, die keine von ihnen in dem Maße schaffen könnte, und die noch weniger eine von ihnen mit dem geringen Auswand schaffen könnte.

Dazu kommt, daß äußerlich unsere Kassen provinzweise bereits durch die Sparkassenberbände in einem gewissen Gemeinschaftsleben stehen und in den Revisionen, Unterrichtskursen usw. gemeinsame Ginzichtungen haben. Was ist da natürlicher, als daß die Kassen provinzweise und in den Grenzen der Sparkassenverbandsgebiete Girovereinis

353

gungen bilden. Treten diese Bereinigungen untereinander in Berkehr, dann ist das Gironet für das Reich vollendet.

Die Bereinigungen erhalten ihren Aufbau ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Bedürfnisses der Kassen. Ihrer Berfassung nach sind sie zu denken als Zweckverbände der Garantiegemeinden der Sparkassen und solcher Gemeinden, die, ohne eine Sparkasse zu haben, am Berkehr teilnehmen wollen.

Die Vertreter der Gemeinden bilden die Generalversammlung und wählen aus ihrer Mitte den Verbandsvorstand, der die Verbandssgeschäfte, die sich die Generalversammlung nicht vorbehält, leitet.

Die Verkehrsarbeit wird so geteilt, daß die Girogemeinden den örtlichen Verkehr selbständig abwickeln. Fernüberweisungen gehen durch die Zentralgeschäftsstelle des Verbandes. Diese wieder gleicht den Provinzberkehr in sich aus. Überweisungen nach einer anderen Provinz leitet sie an dessen Zentrale. Die Zentralen rechnen untereinander ab und gleichen sich über Girokonto der Neichsbank aus.

Die Verwaltung der im Verkehr sich sammelnden Mittel liegt in den händen der Einzelkassen nur soweit, als sie die im normalen Gesichäftsgange nötigen Rassenbestände halten. Alle entbehrlichen Giromittel, auch die dem Ortsverkehr entstammenden, sind bei der Zentrale zu sammeln und stehen unter der Verfügung des Verbandsvorstandes.

Dieser Borschlag, der bei uns in Sachsen Pragis ist, hat mannig- fachen Grund:

Einmal sind, namentlich im Anfang, diese Mittel so gering, daß sie, wenn sie nicht mit Sparkassenmitteln gemeinsam angelegt werden — was wir aus den oben dargelegten Gründen vermeiden wollen — von der Einzelkasse nicht nutbringend angelegt werden können. Die Berwaltung durch den Berbandsvorstand bedeutet also gleichzeitig eine Entlastung der Einzelkasse und die Ermöglichung einer dem Charakter der Gelder entsprechenden Rutung.

Sodann bedeutet die Sammlung die Möglichkeit, einer Mitglieds= kaffe, in besonderen Fällen auch für anderen vorübergehenden Geld= bedarf mit größeren Beträgen ohne Schwierigkeit auszuhelfen.

Drittens wird durch die Sammlung in der Zentrale die Gewähr geschaffen, daß die Mittel, ihrem Charakter als Zahlgelder entsprechend, ohne Rücksicht auf die Höhe des Ertrags angelegt werden.

Schriften 137. I. 23

 $^{^1}$ Wegen des einzelnen vgl. Sparkassenkalender vom Jahrgang 1910 und ${\rm Dr.}$ Eberle, a. a. C. S. 41 ff.

354 Dr. Eberle.

Endlich dienen die so gewonnenen Nutungen zur Deckung der Spesen bei der Zentrale, so daß diese grundsätzlich nicht auf Zuschüsse aus den Gemeinden angewiesen ist; Überschüsse sließen an die Gemeinden zurück. Bei einigermaßen entwickeltem Berkehr werden diese Rückslüsse so reichlich sein, daß die geringen Spesen der Ortsgirokassen sich daraus decken lassen. Ein wesentlicher, reiner Gewinn wird in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein.

6.

Wechselwirfungen zwischen der Sparaufgabe und der Girvaufgabe der Kassen.

Wie die Tatsache, daß auch Gemeindekassen als solche an dem Berkehr teilnehmen können, von Hause aus erkennen läßt, und wie sich aus den bisherigen Darlegungen ergibt, berühren sich Sparbetrieb und Girobetrieb innerlich überhaupt nicht. Damit fallen alle Bedenken einer ungunftigen Rudwirkung der neuen Aufgabe auf die alte. Und jede Besorgnis, daß die segensreiche Tätigkeit der Sparkassen in ihren bewährten Bahnen irgendwie gestört werden könnte, ist bei unserer Auffassung der Girvaufgabe ausgeschlossen. Wie wiederholt angedeutet, kann auch eine andere Gemeindekasse die Girogeschäfte am Ort übernehmen. Denn die ganze Gemeinschaft zwischen der neuen Aufgabe und der bisherigen Aufgabe der Raffe, die die Girogeschäfte übernimmt, besteht darin, daß die bestehende Rasse ihre Beamte für die neue Aufgabe zur Verfügung stellt. Ist einmal der Verkehr entwickelt, so wird auch diese Gemeinschaft schwinden und man wird eigene Beamte haben. In Dresden z. B., wo man einen größeren Ortsverkehr erwartet, hat man von Saufe aus eigene Beamte bestellt und den Berkehr völlig bon der Sparkaffe getrennt.

Wenn wir die neue Aufgabe von Hause aus als eine Aufgabe der Sparkassen angesehen haben, so hat das einmal seinen Grund darin, daß wir die neue Aufgabe als eine Schwesteraufgabe der Sparaufgabe angesehen haben. Denn wenn es eine öffentliche Aufgabe ist, für die Berwaltung der Spargelder der wirtschaftlich Schwachen besorgt zu sein, so liegt auf der Hand, daß auch die Zahlgelder derselben Schicht bei den öffentlichen Verwaltungen am besten aufgehoben sind. Nicht allein der Sicherheit wegen, die die öffentliche Verwaltung gibt und an deren Wert dann und wann ein Bankbruch auch die Sorglosen erinnert, sondern auch im Interesse der Anlegung der Zahlgelder zus aunsten der wirtschaftlich Schwachen.

Sodann erscheint es nicht unbillig, wenn die Sparkassen die im Anfang unvermeidlichen Opfer für den neuen Verkehr tragen. So gering sie sind, so erscheint es etwas anderes, schlechtweg öffentliche Mittel für die neue Aufgabe in Anspruch zu nehmen, und etwas anderes, die geringen Lasten den Sparkassen aufzuerlegen, deren Mittel ja in der Verwaltung des Vermögens derselben Schicht gewonnen werden, der neue Verkehr dienen soll.

Endlich aber bringt der neue Verkehr der Sparkasse direkte Vorteile. Er ist die klassische Lösung des sogenannten übertragbarkeits= verkehrs, der überweisung einer Spareinlage von einer Kasse an die andere, wie sie dem Bechsel des Wohnortes der Sparer häufig folgt. Er gestattet von jeder Verbandsgemeinde aus eine Ginzahlung auf ein bei einer anderen Gemeinde bestehendes Guthaben. Er erleichtert die Zahlung der Spothekenzinsen. Er verschafft jeder Kasse eine ihr nahestehende Geldaushilfestelle in der Zentrale. Und — was am schwersten wiegt — er modernisiert die Kasse, indem er jedem Sparer die Über= weisungsmöglichkeit für seine Zahlungen bringt. Damit wendet er die Gefahr ab, daß Sparer, um der überweisungen willen, sich von der Rasse ab= und der Bank zulvenden. Damit beugt er nicht nur der Gefahr vor, daß sich der Geldverkehr vom Sparkassenlokal mehr und mehr zurückzieht, sondern er bringt neuen Berkehr in das Lokal. Per= jonen, die noch kein Sparkonto haben, werden die Kasse aufsuchen, um sich bei ihr ein Girokonto anlegen zu lassen und dadurch auch Ver= anlassung nehmen, ein Sparkonto anzulegen. Ja, die Zinslosigkeit der Birogelder wird direkt dazu anreizen, Birobeträge, die voraussichtlich längere Zeit stehen, auf Sparkonto zu überweisen. Dadurch werden auch die Sparkassen, die tägliche Berzinsung haben und die über allzu bewegliche Konten klagen muffen, den Borteil haben, daß sie Sparer mit allzu beweglichen Ginlagen nicht abweisen muffen. Sie werden jie veranlaffen, Beträge mit kurzer Standfrist auf Girokonto schreiben zu lassen.

Nicht zulest wird der Giroverkehr sich äußerst wirksam erweisen zur Belebung des Kontokorrentverkehrs auf Grund von Kreditsgewährung im Sinne von II Rr. 4 des preußischen Ministerialerlasses. Denn der Sparkasse, die zu einem Giroverband gehört, stehen in Zuskunft nicht nur die eigenen Mittel zu diesem Geschäft zur Verfügung, sondern sie wird die gegebene Stelle sein, durch welche die Giroverbandssmittel unter Garantie der Sparkasse beim Personalkredit zur Verfügung

356 Dr. Eberle.

gestellt werden können. Damit kann aber das von den Sparkassen noch viel zu wenig gepflegte Gebiet des Personalkredits in wachsendem Maße bebaut werden, ohne daß die Kassen die eingelebten Realkreditsansprüche unbefriedigt lassen müßten.

Alles in allem: So sicher ungünstige Rückwirkungen auf den Sparbetrieb bei unserer Konstruktion des neuen Berkehrs ausgeschlossen sind, so sicher ist andererseits in vielen Beziehungen ein günstiger Einfluß des neuen Berkehrs zu erwarten. Und so wenig er ziffernmäßig nachweisbar sein wird, so greifbar zeigt er sich bereits bei einzelnen Kassen unseres Berbandes, wo der Giroverkehr bereits eine gewisse Bedeutung erworben hat.

7.

Giroverbände und andere Überweifungsinftitute.

- a) Bas die Stellung der Giroverbande zur Reichsbank betrifft, jo bedarf keine Begründung, daß die Giroverbände nichts anderes bedeuten, als eine Ausdehnung des Überweisungsnetes der Reichsbank bis in jede Verbandsgemeinde; denn jeder Verband wird Konto bei der Reichsbank haben und so die Verbindung herstellen. Damit wird der Rleinverkehr an die Reichsbank angegliedert. Und zwar geschieht dies in der glücklichsten Beise, weil die Kleinen untereinander ihren Berkehr von Berband zu Berband erledigen, also die Reichsbank nicht mit der Masse der kleinen Bosten beschweren. Rur die Verbände werden die Reichsbank beanspruchen, um ihre Salden auszugleichen. Andererseits bleibt jedem Reichsbankkunden durch den zuständigen Giroverband ein Weg zu den Verbandskunden. Die Belastung der Reichsbank bleibt also auf ein Minimum beschränkt, während ihre Girokonten durch eine unendliche überweifungsmöglichkeit bereichert werden. Mit einem Wort, der Reichsbankgiroverkehr wird durch die Verbände in einer Beise verallgemeinert, die die Reichsbank selbst weder erreichen noch durchführen könnte. Dabei wird durch die Selbständigkeit der Giroverbände die Konzentration der Girogelder um so mehr bermieden, als die Berbände den Berkehr unter ihren Kunden unabhängig von der Reichsbank vermitteln und diese nur zu ihrem monatlichen oder halbmonatlichen gegenseitigen Ausgleich benuten.
- b) Anders ist die Stellung der Giroberbände zum Postscheckverkehr. Sehen die Giroberbände ihre Aufgabe in der Popularisierung des

Reichsbankgiroverkehrs, so finden sie in dem Postschedverkehr in aewissem Sinne eine parallel laufende Unternehmung. Denn dieser soll nach der Meinung seiner Bäter die gleiche Aufgabe lösen, der sie dienen jollen. Und da er der Zeit nach vor den Verbänden den Verkehr auf= genommen hat — nur Sachsen hat gleichzeitig mit ihm den Betrieb eröffnet —, so macht man gerne den Anhängern der Giroverbandsidee den Borwurf, daß sie nur bestrebt seien, dem Postscheck eine überflüssige Konkurrenz zu machen. Es ist deshalb nötig, den Dingen auf den Grund zu gehen. Es liegt nahe, das materialistische Moment, das im Postscheck liegt, zu überschätzen: Die Macht des Trägers, der gewaltige Apparat, der in seinem Dienst steht, die einheitliche Leitung, die ihn mit einem Wort in Bewegung fette. Dazu auf der anderen Seite die Sehnsucht der kaufmännischen Welt nach dem ihr aus Ofterreich bekannten Verkehrsmittel: Alle diese Faktoren haben dem Lostscheckverkehr einen Unfang und eine Entwicklung gegeben, die es als gelvagt, ja fühn erscheinen läßt, daran zu zweifeln, daß die Idee seiner Ginführung eine glückliche und die Einführung felbst ein großer volkswirtschaftlicher Fortschritt gewesen sei.

Gleichwohl müssen wir den Mut dieses Zweisels haben. Nicht um des Zweisels selbst oder der Lust an der Kritik willen, sondern weil in der Tat die Idee der Giroverbände auf schwachen Füßen stehen würde, wenn der Postscheckverkehr in der Tat die Lösung, die richtigste Lösung der Frage des geldlosen Verkehrs wäre.

Wir meinen, er ist weit entfernt davon, eine Lösung zu sein. Der deutsche Postscheckverkehr ist nicht die Lösung der Aufgabe, wie dem deutschen Volk die geldlose Jahlung zu bringen ist mit ihrem schätzens= werten Vorteil einer gewissen Geldverbilligung und ohne den unüber= sehbaren Nachteil einer weiteren Verschärfung der Geldkonzentration; er ist überhaupt keine Lösung, sondern eine Nachbildung des österreichi= schen Musters. Und zwar eine wenig glückliche. Denn in Deutschland war die Post bis zum 1. Januar 1909 ein reines Transportinstitut und nicht zum geringen Teil Geldtransportinstitut. Mit der Aufnahme des Postscheckverkehrs ist die Post auch ein Institut zur Vermeidung des Geldtransports geworden. Diese zweite Seele in der Brust kann man in Österreich verstehen, wo die Post herkömmlicherweise nicht nur Transportinstitut, sondern auch Staatssparkasse ist. Sier ist es zu verstehen, daß man der zweiten Aufgabe zuliebe — und das ist aus= gesprochenermaßen der Fall gewesen — die dritte Aufgabe, den Scheck-

358 Dr. Eberle.

verkehr, aufnahm. Denn, mag immer der Postscheckverkehr in Österreich die Postsparkasse an Bedeutung überflügelt haben, die Postsparkasse ist nicht nur dem Ursprung nach, sondern auch heute noch die Basis des Berkehrs. In Deutschland aber fehlt diese Basis und damit die innere Berechtigung der Nachbildung.

Man könnte sagen und hat schon gesagt: die Basis der Postsparkasse kann ja noch geschaffen werden. Gewiß ist die äußere Macht dazu da. Wie aber steht es mit der inneren Berechtigung? Mit jener Berechtigung, die nicht aus der äußeren Gewalt, sondern aus dem inneren Wesen der Dinge entspringt? Sie fehlt für die Postsparkasse in Deutschland, weil das Sparkaffenwesen in Deutschland aus dem inneren Leben unseres Volkes und seiner Geldwirtschaft heraus zu einer Entwicklung gediehen ift, wie sie in ihrer Breite und Regelmäßigkeit und inneren Gefundheit keinem anderen Volke beschieden ist. Rein Volk erfreut sich in einem auch nur entfernt ähnlichen Umfang der Selbstverwaltung des mobilen Volksvermögens wie das deutsche, und in keinem Volke besteht demgemäß noch in dem Maße eine Dezentralisation der Mittel. Wir betonen noch, denn wie wir an anderer Stelle betont haben, entreißen die Banken in wachsendem Mage die Berwaltung des Bolksbermögens den Sänden des Volkes, um sie ihren Erwerbszwecken dienst= bar zu machen. Und in den Rampf der Banken gegen die Sparkaffen greift der Postscheck ein und würden die Postsparkassen noch mehr eingreifen zum Nachteil der Sparkassen. Nicht zum Borteil der Reichs= finanzen: Das Reich wird niemals weder am Postscheck, noch an der Postsparkasse einen Gewinn erzielen, der im Berhältnis zu seinen sonstigen Einnahmen eine wesentliche Rolle spielen kann. Dagegen sind die Barmittel, die es durch den Postscheck gewinnt, eine recht gefährliche Schuld, die schon in Krisenzeiten Schwierigkeiten bereiten und in Kriegszeiten zur Gefahr werden kann, da alle Gelder des geldlosen Verkehrs von einer Stelle gefordert werden. Vergleichen wir einerseits die Bost, andererseits die Gesamtheit der Sparkassen, als Träger eines allgemeinen geldlosen Berkehrs und nehmen wir an, daß sich in diesem Verkehr nur eine 1/9, Milliarde an Salden ansammelt. Die Annahme ist nicht zu gewagt, wenn wir bedenken, daß heute im Anfangsstadium schon über 100 Millionen im Postscheckverkehr sich ansammeln können. Im Kriegsfalle würde der Stoß der Rückforderungen die ohnehin in der höchsten Anspannung stehende Kasse des Reichs bis zur Erschütterung treffen, während er sich im anderen Falle auf 3000

Sparkassen berteilen und bei der Kapitalmasse, die in den Kassen ruht, berhältnismäßig nur geringen Gindruck machen würde.

Daß der geldlose Verkehr im Wege des Postschecks nicht im Interesse der Gefundung des Geldkreislaufes liegt, im Gegenteil, die bereits zu beklagende Zentralisierung im höchsten Maße fördert, bedarf keines Beweises. Bu dem Moment der Zentralisierung kommt hinzu, daß der Reichspost und Reichskasse, wenn nicht der Wille, so doch der Weg zur Rückleitung der Mittel in die Kreise, aus denen sie stammen, fehlt. Das Reich will weder, noch kann es sich mit der Darlehnsgewährung am Plate jedes Postamtes befassen. So dienen die Postscheckmittel lediglich zur Entlaftung der Reichsbank von Areditansprüchen des Reichs. Der Vorteil, der daraus resultiert, fällt dem Kundenkreis der Reichsbank, also den wirtschaftlich Starken ausschließlich oder doch in erster Linie zu und so arbeitet das Kapital der Teilnehmer aus dem ganzen Reich zugunften der wenigen Geldgroßhandelspläte. 3m Giroverbandsverkehr dagegen bleiben die Mittel im Verband und die Spar= kassen sind die gegebenen Berteilungsstellen, wie angesichts ihres all= gemeinen Ausleihegeschäfts keines Beweises bedarf.

Auch vom Standpunkt der Förderung des geldlosen Ausgleichs ist die Post ein wesentlich weniger geeigneter Träger des Berkehrs als die Sparkassen. Denn in das Netz eines Sparkassengiroverkehrs fließen ohne weiteres und naturgemäß die Massen der Einlagen, die sich in Bewegung befinden. Nechnet man, daß von den rund 18 Milliarden Einlagen sich nur 20 Proz. im Laufe eines Jahres bewegen, so sind zur Speisung des Gironetzes über 3 Milliarden in den Sparkassen vorshanden, die im Postschecknetz sehlen.

Dies zur Begründung der Berechtigung und Zweckmäßigkeit eines Sparkassengironetes trot der Postschecks. Aber man braucht gar nicht so weit zu gehen, wie die Gegner unseres Gedankens. Man braucht den Postscheckverkehr gar nicht als mit der von uns geplanten Sinzichtung unverträglich anzusehen. Denn die Popularisierung des geldslosen Verkehrs ist eine gewaltige Aufgabe und für das nächste Menschensalter werden Postschecks und Giroverbandsverkehr beide nebeneinander reiche Arbeit an der Aufgabe sinden. Im übrigen weisen die Ersahzungen des österreichischen Postscheckverkehrs ebenso wie die des jungen beutschen Verkehrs mit unverkennbarer Deutlichkeit darauf hin, daß die Postscheckverkehrsteilnehmer nach ihrer wirtschaftlichen Kraft zum Teil mit dem Girokundenkreis der Reichsbank zusammenfallen — wie

360 Dr. Eberle.

man auf vielen Rechnungen die Postscheckverbindung neben der Reichsbankgiroverbindung finden kann — zum anderen Teil aber sich unsmittelbar an diese stärkste wirtschaftliche Schicht anschließen. Man braucht nur die Umsätze und Salden anzusehen, die auf einen Teilsnehmer durchschnittlich entfallen. Ein Sparkassengiroverkehr dagegen wendet sich naturgemäß mehr an die mittlere und untere Schicht des Mittelstandes. 1

Wo aber tropdem ein Sparkassengiroverkehr der Ausdehnung des Postscheckverkehrs hinderlich wäre, würde dies nach unseren Darlegungen nur zum Vorteil unserer Volkswirtschaft sein.

Was endlich die Stellung des Sparkassengiroverkehrs zum Banksicheckverkehr und den Banken betrifft, so liegt auf dem ersten Blick die Annahme nahe, daß unser Giroverkehr in einer grundsätlichen Gegnerstellung zu den Banken stehen müsse. In der Tat ist eine aussgesprochene Aufgabe des Sparkassengiroverkehrs die, dem Verkehr eine überweisungsmöglichkeit neben den Banken zu bieten.

Ex soll niemand gezwungen sein, um des überweisungsverkehrs willen, sich an eine Bank wenden zu müssen. Und mancher unserer Gegner hat aus diesem Programmpunkt die Sparkassengirvidee der Bankenseindschaft beschuldigt. Wir müssen deshalb näher auf die Frage eingehen. Nur im Borbeigehen sei bemerkt, daß die Banken selbst die Sache anscheinend in anderem Lichte sehen: Die Deutsche Bank hat tätigen Anteil an der Gründung des ersten Sparkassengirvverbandes, unserex Sächsischen Verbandes, genommen und die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt leiht ihm derzeit ihre Hilfe in wichtigen Funktionen. Mit gutem inneren Recht. Einmal steht unser Bankwesen bereits in einer solchen Machtfülle, daß es eine erhebliche Einbusse aus dem Spar-kassengirvverkehr nicht zu fürchten hat.

Andererseits hat es von einem allgemeinen Sparkassengiroverkehr erhebliche Borteile zu erhoffen. Wer mit den Banken eine Erleichsterung des Geldzinses von der Berallgemeinerung des Giroverkehrs erhofft, wird nicht verkennen, daß die Sparkassen den sichersten Weg zu der Berallgemeinerung darbieten.

Sodann liegt auf der Hand, daß ein Sparkassengironet durch die Bermehrung der überweisungsplätze im höchsten Maße die überweisungs-

¹ Dr. Cberle, a. a. D. S. 24 ff.

möglichkeit fördert und damit der Bankwelt den größten Vorteil für ihre überweisungskonten bringt.

Der Schwerpunkt liegt aber in der Frage der Geldzirkulation. Die Banken können sich von der hohen Warte, auf der sie in dieser Frage stehen, nicht jener Bedenken entschlagen, die sich aus ihrem Depositen= shstem ergeben. Das Shstem ist einseitig. Es kennt nur den Weg nach der Mitte. Es kennt nur den Beg der Zentralisation. Gine Rückleitung haben die Banken nicht. Be größer fie felbst find, desto größer find ihre Beldnehmer. Ginen Weg zur breiten Masse des Bolkes haben sie nicht. Eine fortgesette Auffaugung ohne Rückleitung erschöpft aber mit der Zeit das ergiebigste Quellgebiet. Und wenn die Banken nicht um der gesamten Volkswirtschaft willen es wünschen müßten, so müssen sie's um ihrer selbst willen wünschen, daß neben ihrem Auffaugeshstem ein Berteilungs- und Rückleitungssuftem in Tätigkeit tritt, das unbedingt nötig ist, wenn das Aufsaugeshstem nicht versagen soll. Exempla docent: Die kapitalistische Regierung des kapitalistischsten europäischen Staats= wesens, die französische Regierung, sieht sich genötigt, Magregeln zu treffen, um dem breiten Mittelftand des frangofischen Bolkes Rredit zu verschaffen, der Masse eines Volkes, dessen Reichtümer das alte Rußland und das junge Japan ebenso alimentieren, wie sie die lette Buflucht des reichen England und des armen Serbien find. Sollte man da in unserer weitsehenden Bankwelt nicht mit Genugtuung sehen, wenn die Sparkaffen, folange fie noch fräftig genug find, den geld= losen Berkehr der Schichten, die zu ihnen gehören, selbst organisieren wollen, um an ihrem Teil dem entgegenzuarbeiten, daß wir dem bösen französischen Beispiel nachsolgen müssen? Wir glauben es nicht. Und wenn dem jo wäre, jo mußte die Sparkassenwelt, unbeirrt durch kurzsichtige Begner, sich beffen getroften, daß die Sparkaffen eher waren, als die Depositenbanken, und daß ihre neue Aufgabe nicht nur über= nommen werden muß, um der alten willen, sondern auch im Inter= effe der Gefunderhaltung unserer Volkswirtschaft und damit unseres Anlkes.

Die Teilnahme der städtischen Sparkassen an der Geldwirtschaft der Stadtverwaltungen.

Don

Oberbürgermeister Dr. Scholz, Cassel.

Der Berein für Sozialpolitik erstreckt seine Untersuchungen auf das gesamte Reichsgebiet. Wenn auch die preußischen Berhältnisse in erster Linie behandelt werden sollen, wird es sich dennoch nicht umgehen lassen, auch die übrigen Bundesstaaten — wenigstens zum Teil — in den Kreis der Betrachtung zu ziehen. Andererseits erübrigt an dieser Stelle eine eingehende Schilderung insbesondere der grundlegenden gessehlichen Bestimmungen, da diesen ein eigener Abschnitt des Sammelswerks gewidmet ist.

Die Behandlung des Themas gliedert sich im übrigen zwanglos in folgende Abschnitte:

- I. Gesetliche und verordnungsmäßige Grundlagen.
- II. Der Geldverkehr der Sparkasse mit der Stadtverwaltung:
 - 1. Langfriftige Darleben
 - a) an fremde Gemeinden;
 - b) an den eignen Garantieverband.
 - 2. Anlage und Aufnahme vorübergehend verfügbarer Gelder
 - a) bei fremden Gemeinden;
 - b) bei dem eignen Garantieverband.
- 3. Sonstige Beziehungen der Sparkasse zur Stadtverwaltung.
- III. Die Verwendung der Sparkassenüberschüsse:
 - 1. Biffernmäßige Ergebniffe;
 - 2. Statutarische Bestimmungen;
 - 3. Zusammenfassung.
- IV. Bünsche und Pläne 1.

I. Gesetliche und verordnungsmäßige Grundlagen.

A. Preußen.

Als Grundlage für das gesamte Sparkassenwesen ist in Preußen das Reglement, die Einrichtung des Sparkassenwesens bestreffend, vom 12. Dezember 1838 zu betrachten. Es besitzt Gesetzaft in denjenigen Landesteilen, welche zur Zeit seiner Publikation das

¹ Die Arbeit ist im Juli 1911 abgeschlossen.

preußische Staatsgebiet bildeten. In den später erworbenen Gebietsteilen Hannover, Hessen-Rassau, Schleswig-Holstein und Helgoland hat es zwar keine gesetzliche Kraft, seine Bestimmungen werden jedoch in der Praxis der Aufsichtsbehörden auch dort gleichmäßig zur Anwendung gebracht. Zu seiner Aussührung ist eine große Anzahl von Ministerial-verordnungen und Kunderlassen ergangen. Im einzelnen wird für die hier interessierenden Fragen bestimmt:

1. Über Darlehen an den eignen Garantieverband oder an fremde Kommunen:

§ 5 des Reglements:

"Es ist den Kommunen erlaubt, mit den durch die einzelnen Einlagen sich bildenden Kapitalien ihre eignen Schuldobligationen einzulösen, oder die Gelder zur Dotierung städtischer, nach der Bersordnung vom 28. Juni 1826 eingerichteter Leihanstalten zu berswenden."

§ 8 des Reglements:

"Desgleichen sollen die Kommunen zu neuen Bedürfnissen nur unter Genehmigung des Regierungspräsidenten Darlehen aus den Sparkassensonds entnehmen dürsen."

Hierzu ordnet ein Ministerialerlaß vom 5. November 1902 (Ministerialblatt Seite 190) an, daß an den eignen Garantieverband 25 v. H. und außerdem an fremde Kommunen weitere 25 v. H. des Gesamteinlagebestandes, im ganzen also 50 v. H. des Gesamtbestandes außgeliehen werden dürsen.

2. über die Bermendung von überschüffen:

§ 7 des Reglements:

"Insoweit die Zinsen, welche aus den Kapitalien erlangt werden, gegen diejenigen, welche den Einlegern zu gewähren sind, einen übersichuß ergeben, muß der letztere so lange der Sparkasse verbleiben und zinsbar wieder angelegt werden, bis sich ein hinreichendes Kapital gebildet hat, um etwaige Verluste des Fonds zu decken und die Verspslichtungen gegen die Einleger zu erfüllen, ohne daß es nötig ist, deshalb die allgemeine Vertretung der Stadtgemeinden in Anspruch zu nehmen. Sofern dieser überschuß eine höhere Summe erreicht hat, als für den angegebenen Zweck erforderlich scheint, und die Kommune

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 367

über einen Teil desselben zu anderen öffentlichen Zwecken zu disponieren beabsichtigt, so soll sie hierzu die Genehmigung des Regierungspräsidenten einholen, welcher solche nur dann zu erteilen hat, wenn
nach Abzug der zu verwendenden Summe ein angemessener Reservesonds übrig bleibt. Die Bersagung der Genehmigung darf nur unter
Zustimmung des Bezirksausschusses ersolgen."

Hierzu erklärt ein Kunderlaß des Ministers des Innern vom 19. März 1880: Es sei in der Regel an dem Prinzip der Aussammlung eines Reservesonds in Höhe von 10 Proz. der Passidmasse sestzuhalten; wo jedoch besondere lokale Verhältnisse und namentlich die Bedürsnisse einzelner Kommunen es dringend wünschenswert scheinen lassen, könne ausnahmsweise eine geringere Maximalgrenze des Reservesonds als statthaft angesehen werden. Zedenfalls aber müsse der Reservesonds unsbedingt 5 v. H. der Passidmasse betragen und erst, wenn dieser Prozentsatz erreicht sei, könne von den etwaigen serneren Jahresüberschüssen die eine Hälfte mit jedesmaliger Genehmigung der zuständigen Staatsaufsichtsbehörde zur Besriedigung außerordentlicher kommunaler Besdürsnisse verwendet werden, die andere Hälfte aber sei dem Reservessonds so lange zuzuschlagen, die dessen Höhe auf 10 v. H. der Passidersich sich beläuft.

Ein Ministerialerlaß vom 27. April 1905 gestattet, daß, sobald der Reservesonds 5 v. H. der Passibmasse erreicht hat, die Betriebs= überschüsse und die Zinsen des Reservesonds vereinigt und von der so gebildeten Gesantsumme die Hälste an den Reservesonds abzusühren ist und daß, wenn der Reservesonds 10 v. H. erreicht hat, die Zinsen ganz zu den überschüssen genommen werden dürsen.

Der Ministerialerlaß vom 31. Juli 1908 läßt für Sparkassen, welche sich freiwillig einer statutarischen Bindung in der Anlegung ihrer Bestände dahin unterziehen, daß regelmäßig eine Anlegung von 30 Proz. des verzinslich angelegten Bermögens in Inhaberpapieren, davon die Hälfte in Reichs= und Staatspapieren, und bis zur Erreichung dieses Besitzstandes die gleiche Anlegung von vier Zehntel des jährlichen Bermögenszuwachses stattsindet, folgende Berwendung der Übersschüsse zu:

"Hat der Reservesonds 5 Proz. der Gesamteinlagen erreicht, so werden seine Zinsen und die Jahresüberschüsse der Kasse zusammensgerechnet und von der so gewonnenen Summe können, wenn der Reservesonds am Schlusse des Rechnungsjahres

$5^{0/0}$	üder	mehr,	aber	noch	nicht	$6^{\rm 0/o}$	der	Spareinlagen	beträgt:	50%
$6^{0/0}$,,	,,	,,	,,	,,	7º/o	,,	,,	,,	60%
7 %	,,	,,	,,	,,	,,	$8^{0/0}$,,	,,	,,	70%
80/0	,,	,,	,,	,,	,,	$90/_{0}$,,	,,	,,	80%
								.,		90%

mit Genehmigung des Regierungspräsidenten für außerordentliche kommunale Bedürfnisse des Garantieverbandes verwendet werden."

Endlich bestimmt ein Erlaß vom 29. März 1911, daß Sparskassen, welche sich freiwillig in der Anlegung ihrer Bestände durch entssprechende Sazungsänderung nach Maßgabe des Erlasses vom 31. Juli 1908 binden, die Berwendung eines Drittels ihrer jährlichen übersschüsse zu außerordentlichen kommunalen Bedürsnissen auch dann nachsgelassen werden kann, wenn ihr Reservesonds noch nicht 5 Proz. der Einlagen erreicht hat.

3. Den Kontokorrentverkehr der Sparkassen mit ihren Garantieverbänden untersagt ein Ministerialerlaß vom 4. Ckstober 1892, weil er "nicht den Sparkassen, sondern wesentlich den Gemeinden zugute kommen würde, während sich für die Sparkassenverwaltungen nicht unerhebliche Bedenken gegen eine derartige Einrichtung ergäben, welche überdieß geeignet sein würden, den eigentlichen Charakter der Sparkassen zu verwischen und ihnen mehr das Gepräge von Banksinstituten zu verleihen." Trothem durch die Vorschriften des Miniskers des Innern vom 20. April 1909 der Kontokorrentverkehr bei denjenigen Sparkassen, bei welchen die tägliche Verzinsung der Einsagen eingeführt, für eine ordnungsmäßige Buchs und Gegenbuchsührung und für sachverständige, regelmäßig wiederkehrende Revisionen gesorgt ist, ausdrücklich zugelassen wurde, dürste gegenüber diesen allgemeinen Vorsschriften auch heute noch das Spezialverbot des Kontokorrentverkehrs zwischen Sparkasse und Kasse Garantieverbandes zu Recht bestehen.

B. Bagern.

Grundlage für die Berhältnisse der Sparkassen bildet die ministerielle Entschließung vom 20. Mai 1874, die Sparkassen von Gemeinden und Distrikten betreffend. Im einzelnen kommen solgende Borschriften in Betracht:

Biffer 7:

"Der reine überschuß der Sparkasse ist zur Bildung und Ershaltung eines Reservefonds von wenigstens 10 Proz. der Gesamtseinlage zu verwenden."

Die Teilnahme der städt. Sparkaffen an d. Geldwirtich. d. Stadtverw. 369

Erläuterungen zu Biffer 7:

"Nach Erfüllung der in Ziffer 7 bezeichneten Verpflichtung kann die Gemeindebehörde über den Gewinn der Sparkasse frei verfügen.

Es wäre zu wünschen, daß der Gewinn der Sparkassen lediglich den Einlegern, den Sparern, zugute komme, namentlich da, wo durch einen ausreichenden Reservessonds die Haftung für die Spareinlagen erheblich gemildert ist. Die bisherige Entwicklung des Sparkassenswesens muß auf ein Berbot der Berwendung des Gewinnes der Sparkasse stasse stassens muß auf ein Berbot der Berwendung des Gewinnes der Sparkasse stasse sie Gemeindezwecke zurzeit verzichten lassen. Dagegen darf erwartet werden, daß die Gemeinden die menschenfreundliche Idee, von welcher sie bei der Gründung der Sparkassen geleitet wurden, auch bei dem Betriebe derselben festhalten und demzusolge den Einlegern ihren Anteil an dem Reingewinn nicht versagen werden. Die Sparkassen der Gemeinden und Distrikte sollten keine Erwerbsuntersnehmungen sein. Der Borteil, welchen eine Gemeinde durch die wohlstätigen Birkungen einer richtig betriebenen Sparkasse für ihre wirtsschaftlichen und sozialen Berhältnisse empfängt, ist mehr wert, als ein Geldgewinn.

Für die Art der Zuweisung des Gewinnes der Sparkassen an die Einleger empfiehlt sich außer der richtig bemessenen Feststellung des Zinsfußes die jährliche Bezahlung oder Gutschreibung von Dividenden nach Verhältnis des auf die einzelnen Einleger treffenden Zinssbetrages."

Biffer 8:

"Die Sparkasse muß von den übrigen Kassen der Gemeinde (des Distrikts) getrennt verwaltet werden. Es ist Sorge zu tragen, daß die Urkunden der Sparkasse mit jenen des eigentlichen Gemeindes (Distriktss) Vermögens nicht vermischt werden."

Erläuterungen zu Biffer 8:

"Sparkassengelder dürsen nur der Gemeinde selbst, nicht aber einer einzelnen Gemeindeanstalt, z. B. der Leihanstalt, unmittelbar geliehen werden. Die Berbindung der Sparkasse mit einer bestehenden Hilfskasse ist unzulässig. Will eine Gemeinde eine Hilfskasse mit Darlehen aus der Sparkasse unterstützen, so muß sie selbst Schuldnerin der Sparkasse werden."

Die Grundbestimmungen für die Sparkassen der baherischen Gesmeinden und Distrikte werden übrigens voraussichtlich demnächst eine Schriften 137. I.

370 Dr. Scholz.

Umwandlung erfahren. Es steht zu erwarten, daß Vorschriften über das Verhältnis der Sparkasse zur Stadtkasse nach mehrsacher Richtung, insbesondere hinsichtlich der Zulässigkeit und des Höchstbetrages von Darlehen, Vorschüssen oder sonstigen Ausleihungen an die eigene Gesmeinde (einschließlich des Erwerbs von InhabersSchuldverschreibungen), sowie der Verwendung der Sparkassenüberschüsse getroffen werden. Es ist wahrscheinlich, daß für die Mehrzahl der Sparkassen, wenigstens für die größeren städtischen Kassen, eine Verwendung der Überschüsse zu allgemeinen städtischen Verwaltungszwecken nahezu vollständig ausgesschlossen werden wird.

C. Sachsen.

Landesgesetzliche Bestimmungen über das Sparkassenwesen bestehen nicht. Im einzelnen sind folgende hier interessierende Ministerialverordenungen ergangen:

Gine Verordnung des Ministeriums des Innern vom 21. April 1903 erklärt es grundsählich für unzulässig, daß die in die Sparkasse fließenden Gelder in Darlehen an die eigne Garantiegemeinde angelegt werden; es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß die Sparkasse zur Anlegung ihrer Bestände Stadtschuldverschreibungen der eignen Gemeinde erwirbt. Als Grund für diese Maßregel wird angegeben:

"...nicht sowohl mangelnde Sicherheit der Gemeindeschuldscheine, als die zu befürchtende Beeinträchtigung der Sparkasse in der nach Bestinden erforderlichen Geltendmachung ihrer Rechte gegenüber der Stadtgemeinde als ihrer Schuldnerin."

Die gleichen Erwägungen finden sich unter Ziffer 12 der Denksichrift der Königlich Sächsischen Regierung an die Ständeskammern über das Sparkassenwesen vom März 1906.

Die Verwendung von Sparkassenüberschüffen behandeln die Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 17. August 1891, 12. Dezember 1896, 29. Dezember 1899, 11. Juni 1900, 15. August 1900, 24. Januar 1903, 12. Juli 1905 und die Ziffer 14 der erwähnten Denkschrift. Im wesentlichen werden folgende Grundsätze aufgestellt:

Das Statut hat darüber Bestimmung zu treffen, inwieweit die Jahresüberschüsse dem Reservesonds zuzusühren sind. In früherer Zeit wurde es für ausreichend erachtet, daß nach Erreichung von 5 Proz. des Einlegerguthabens die Hälfte des Jahresüberschusses dem Reservessonds zugeführt wurde. In neuerer Zeit ist das Ministerium dazu übers

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 371 gegangen, bis zur Erreichung von 10 Proz. des Einlegerguthabens die Berwendung der vollen überschüfse für den Reservesonds zu verlangen.

Soweit nach genügender Dotierung des Reservesonds überschüsse versügbar bleiben, dürsen sie im allgemeinen nur zur Deckung solcher kommunalen Ausgaben verwendet werden, zu denen die Gemeinde gesetlich nicht verpflichtet ist; doch kann unter Umständen von dieser Regel unter Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse und Bedürsnisse abgewichen werden.

Die Einstellung von Sparkassenüberschüssen in den Gemeindehaushalt wird grundsätlich als unzulässig bezeichnet; eine Ausnahme könnte höchstens dann gerechtsertigt erscheinen, "wenn im einzelnen Falle zur Berausgabung der hier fraglichen Bestände für bestimmte gemeinnützige oder wohltätige Zwecke oberbehördliche Genehmigung bereits erteilt ist und alsdann im Haushaltsplan nicht nur der hierdurch versügbar gewordene Betrag des Reingewinnes, sondern auch die vorgesehene Verwendung desselben eingestellt wird."

Gine Berwendung von Überschüffen der Sparkaffe zur Til= gung von Stadtschulden ist grundfählich beanstandet worden.

D. Württemberg.

Landesgesetliche Bestimmungen oder Verordnungen über das Vershältnis der Stadtkasse zur Sparkasse bestehen nicht.

Dagegen findet die Bestimmung des Artikels 15 Absais 3 der Bezirksordnung für die Bezirkssparkassen analoge Anwendung auch auf die Gemeindesparkassen, wonach die Höhe der Rücklage mindestens den zwölften Teil der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger betragen soll und überschüsse der Berwaltung mindestens zur Hälfte der Rücklage so lange zuzuschlagen sind, die die die satungsmäßige Höhe erreicht hat. Weitere Überschüsse sollen nach dem genannten Gesetze zur Erhöhung des Zinssusses der Schuldner verwendet werden; sie können mit Genehmigung des Ministers des Innern für gemeinnützige, den Bezirksangehörigen zugute kommende Ausgaben zur Verfügung gestellt werden.

E. Baden.

Die Materie ist geregelt durch Geset vom 9. April 1880, die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der mit Gemeindes bürgschaft versehenen Sparkassen betreffend. Hierzu sind eine Anzahl Entschließungen des Großherzoglichen Ministeriums des Insnern ergangen. Im einzelnen interessiert hier folgendes:

§ 14:

"Das Bermögen der Sparkaffe ist möglichst sicher zinsbar anzulegen. Zulässig sind folgende Arten von Kapitalanlagen:

- 1. pp.
- 3. In verzinslichen Partialobligationen oder anderen Schuldverschreibungen inländischer Kreise, Gemeinden, mit Gemeindebürgschaft versehener Sparkassen oder öffentlicher Genossenichaften.

Bur Anlegung in Partialobligationen oder anderen Schuldverschreisbungen berjenigen Gemeinde, welche allein oder mit anderen Gemeinden die Sparkasse berbürgt, ist jeweils besondere staatliche Genehmigung ersforderlich."

§ 15:

"Der Reinüberschuß der Sparkasse ist zunächst zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden, welcher so angelegt werden muß, daß er jederzeit rasch flüssig gemacht werden kann.

Die Höhe des Reservefonds ist in den Satzungen mit Rücksicht auf die besonderen Berhältnisse der einzelnen Sparkasse zu bestimmen und muß mindestens 5 Proz. der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger betragen. Der weitere überschuß kann zugunsten der Einleger durch Zinsausbesserung oder Dividenden verwendet oder den bürgenden Gemeinden behufs deren Berwendung zu gemeinnützigen Ausgaben, beisspielsweise für das Schuls und Armenwesen, soweit dieselben nicht gessetzlich geboten sind, zur Berfügung gestellt werden."

Ministerielle Entschließung vom 30. Dezember 1880:

"Ein Kontokorrentverkehr zwischen Sparkasse und einer Gemeinde ist nur bei strenger Einhaltung der für die Gemeinde in dieser Hinsicht geltenden Bestimmungen zulässig. Nach § 101 der Gemeindeordnung und der Städteordnung muß das aus dem Kontokorrentverkehr sich für die Gemeinde ergebende Schuldverhältnis jeweils mit dem Schlusse des Rechnungsjahres ausgeglichen sein und dürsen Gelder seitens der Gemeinde auch im Kontokorrentverkehr nur insoweit erhoben werden, als dies zur Bestreitung voranschlagsmäßiger Ausgaben ersorderlich und die Kückzahlung aus laufenden Einnahmen innerhalb desselben Rechnungsjahres mit Sicherheit ermöglicht ist. Treffen diese beiden Boraussehungen nicht zu, so ist nach den angeführten §§ 101 und 172d der Gemeindeordnung und der Städteordnung zu jeder Aufnahme von Sparkassenseitens der Gemeinde auch im Kontokorrentverkehr

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 373 besondere Einwilligung des Bürgerausschusses und staatliche Genehmisgung ersorderlich."

F. Beffen.

Das Geset über die öffentlichen Sparkassen vom 8. August 1902 bestimmt in Artikel 4

"die Satung muß Bestimmung treffen über:

- 1.--3. pp.
- 4. die Berechnung und Verwendung des Reingewinnes," und in Artikel 6:

"Zur Deckung von Verlusten ist eine Rücklage zu bilden, deren Höhe mindestens 10 Proz. des gesamten Guthabens der Einleger betragen muß.

Solange die Rücklage den in Absat 1 bezeichneten Betrag nicht erreicht hat, muß ihr mindestens die Hälfte des Reingewinnes zusgewiesen werden."

Hiernach ist die Verwendung des Reingewinnes, soweit er nicht vorschriftsgemäß dem Reservesonds zugewiesen ist, zu öffentlichen Zwecken im Interesse der Gemeinde zulässig. Die einzelnen Statuten enthalten entsprechende Bestimmungen.

G. Elfaß=Lothringen.

Gesetz betreffend die Sparkassen vom 14. Juli 1895.

§ 27.

"Zur Deckung von Verlusten wird ein Sicherheitsfonds gebildet. In denselben fließen der erzielte Reingewinn, die verfallenen Guthaben und Zuwendungen aller Art.

Sobald der Sicherheitssfonds den Betrag von 5 Kroz. des gesamten Guthabens der Sparer überschritten hat, können die beim Jahresschlusse sich ergebenden weiteren überschüsse zur Förderung gemeinnütziger Zwecke nach Maßgabe der Bestimmungen der Satzungen Verwendung sinden."

H. Übrige Bundesftaaten.

Von den übrigen deutschen Bundesstaaten haben das Großherzogtum Oldenburg (Gesetz, betreffend die Reorganisation der Ersparungskasse, vom 4. April 1865, mit Abänderungen vom 13. Dezember 1875, 14. März 1879 und 21. März 1893), das Herzogtum Braunschweig (Gesetz, die in Verbindung mit der herzoglichen Leihhausanstalt errichtete Sparkasse betreffend, vom 10. Juni 1892, und Anweizung des herzoglichen Finanzkollegiums für die Geschäftsführung bei den Sparkassenstellen vom 25. März 1893) und das Fürstentum Reuß jüngere Linie (landesherrlich revidiertes Sparkassenstaut vom 22. Dezember 1893, und Geset vom 11. August 1899, Anderungen des Sparkassenstatuts vom 22. Dezember 1883 betreffend) besondere gesetliche Bestimmungen über das Sparkassenwesen getroffen.

In den übrigen Landesteilen scheint das Berhältnis der Sparkasser Stadtkasse, und insbesondere die Berwendung der überschüsse der Sparkasse, und insbesondere die Berwendung der überschüsse der Sparkassen zurkassen zurch das Sparkassenstatut mit fast völliger Bewegungsfreiheit überlassen zu sein. Meist wird in der Praxis so versahren, daß zur Berwendung des Reingewinnes zu städtischen Zwecken die Genehmigung der übergeordneten Staatsebehörde verlangt wird.

II. Der Geldverkehr der Sparkasse mit der Stadt= verwaltung.

1. Langfristige Darlehen.

A. Un fremde Gemeinden.

Die Sparkassen erscheinen, soweit langfristige Darlehen in Betracht kommen, nur einseitig, nämlich nur als Gläubiger der Städte. Es handelt sich für sie um eine Anlage ihrer Einlagebestände. Daß diese Art der Anlage — mögen nun Obligationsanleihen oder gegen Schuldschein gegebene Darlehen in Frage kommen — eine verhältnissmäßig geringfügige Rolle gegenüber der Anlage in Staatspapieren einerseits und in Hypotheken andererseits spielt, dafür ist eine Anzahl von Gründen verantwortlich zu machen, deren wesentlichste sich etwa so zusammenfassen lassen:

- 1. Bom Gesichtspunkt der finanziell vorteilhafteren Unlage sind Hypotheken vorzuziehen.
- 2. Der Gesichtspunkt der Liquidität spricht mehr für den Erwerb von Reichs= und Staatsanleihen.
- 3. Der lettere hat überdies siehe Abschnitt I in einigen Bundesstaaten, insbesondere in Preußen, gesetzlich oder verordnungssmäßig festgelegte besondere Borteile.
 - 4. Es fehlt zurzeit an einer geeigneten Organisation, um zwischen

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 375 den Städten und ihren Sparkassen die Darlehnshingabe zu bersmitteln.

Ein zuverläffiger überblick darüber, inwieweit die deutschen Sparkassen als Gläubiger deutscher Stadtverwaltungen für langfristige Darlehen in Betracht kommen, kann kaum gegeben werden. Man würde dabei unterscheiden muffen, in welchem Umfange sich Sparkaffen an der Emission von Gemeindeanleihen beteiligt haben, und andererseits, wie hoch gegenwärtig oder zu einem bestimmten Zeitpunkte der Besit= stand der Sparkassen an Gemeindeobligationen sich beläuft. Rach letzterer Richtung dürfte eine verläßliche Statistik wohl nicht aufgemacht werden können. Das für die preußischen Sparkassen grundlegende statistische Werk "Die preußischen Sparkassen einzeln und in ihrer Besamtheit im Rechnungsjahre 1909" von dem Präsidenten des Königlichen Statistischen Landesamts, Evert, verzichtet wenigstens darauf, die Beteiligung der Kommunalobligationen an der Anlage der Spar= kassengelder darzustellen. Daraus, daß im Jahre 1909 insgesamt in Inhaberpapieren rund 2,601 Mill. Mk., in Schuldverschreibungen des Reichs und Preußens zusammen 1,162 Millionen von den preußischen Sparkassen angelegt waren, darf jedenfalls gefolgert werden, daß der Rest mit rund 1,439 Millionen zum großen Teil aus Kommunalpapieren bestand, die allerdings die eignen und fremden Lapiere gleichermaßen umfassen. Für die Beteiligung der Sparkassen an Emissionen geben einen gewissen Anhalt die folgenden beiden Zusammenstellungen, deren Resultate aber auch nur Annäherungswert besitzen:

Die von deutschen Sparkassen im Jahrzehnt 1897—1907 an die deutschen Städte über 25 000 Einwohner (außer an die eigne Stadt) gegebenen langfristigen Darlehen².

€ täbte	Obligations= anleihen	Schuldschein- darlehen
1. Berlin	$ \begin{array}{r} $	13 224 068 12 792 000 20 631 985
6. Alle 165 Städte	10 914 500	46 648 053

¹ S. darüber Näheres unten in Abschnitt IV.

² Auszug aus Most, Die Anleiheaufnahme der größeren deutschen Städte im Jahrzehnt 1897/1907, Mitteilungen der Zentralstelle des deutschen Städtetages 1908, S. 379 ff.

Die von deutschen Sparkassen in den Jahren 1907 und 1908 an deutsche Groß= und Mittelstädte (außer an die eigne Stadt) gegebenen lang= fristigen Darlehen¹.

	Ctäbte	Obligations= anleihen	Schuldschein: bartehen
1. 2.	Lachen		1 783 000 930 850
3.	Bonn		$2\ 000\ 000$
4.	Crefeld		700 000
5.	Düffeldorf	12000	
6.	Elberfeld	_	1 500 000
7.	Flensburg		100 000
8.	Lichtenberg		2060000
9.	Mets		100 000
10.	MGladbach		2490039
11.	Osnabrück		1450000
	Blauen i. B	30 000	. —
	Botsbam	_	3 563 786
14.	Rizdorf		500 000

B. An den eignen Garantieverband.

Bietet das finanzielle Verhältnis der Sparkassen zu den Stadtskassen fremder Garantieverbände ein besonderes Interesse für die übersaus wichtige Frage der Verbesserung der kommunalen Areditbedinsgungen, so liegen doch andererseits die Wechselbeziehungen zwischen Sparkasse und Kasse des eignen Garantieverbandes mehr im Rahmen der gestellten Aufgabe. Ihnen wird daher eine eingehendere Würdigung zuteil werden müssen.

über den Umfang dieser Wechselbeziehungen bieten zunächst die solgenden zwei kleineren Zusammenstellungen für die Zeiträume 1897/1907 und 1907/1908, sodann aber insbesondere die in Großstädte und Mittelstädte geschiedene Tabelle einigen Anhalt. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß der Wert einer derartigen Statistik trot möglichst genauer Abfassung der zugrunde liegenden Anfragen bei den einzelnen Stadtverwaltungen immer ein problematischer sein wird.

¹ Most im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte 1910, S. 394 ff.

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 377 Die von Sparkassen in deutschen Städten über 25 000 Einwohner im Jahrzehnt 1897—1907 an die eigne Stadt gegebenen langfristigen Darlehen.¹

€ täbte	Obligations= anleihen	
1. Berlin	92 301 500 5 140 000 21 780 000 3 723 200 9 342 100	8 599 000 31 903 193 48 032 037 54 045 930
6. Alle 165 Städte	132 286 800	142 580 160

Die von Sparkassen in deutschen Groß= und Mittelstädten in den Jahren 1907 und 1908 an die eigne Stadt gegebenen langfristigen Darleben.2

	Stäbte	Obligation3= anleihen	Schuldschein= darlehen
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18.	Barmen		
19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29.	Hannover Harburg Königshütte Wlagdeburg Osnabrück Plauen i. B Potsdam Remicket Remicket	548 400 — 21 000 750 000 — — — — — — — — — — — — — — — — — — —	1706 313 754 567 43 500 — 605 000 — 1 285 000 10 000 850 000 — 2 000 000

¹ Most, a. a. D. (Mitteilungen S. 379 ff.).

² Most, a. a. D. (Stat. Jahrbuch 1910, S. 394 ff.).

Langfristige Darlehen an den eignen Garantieverband. I. Großstädie.

					re Stellington					
1	.53				3.			4	5.	6.
			Beteiligung ber Spa Anle	rrkafie a ethen du	Sparkasse an der Unterbringung städtischer Anseihen durch übernahme	ung städtisch	her	übernahme des Bertriebs	Werden außer den	
Stäblif he	Einwohner≥	A 0 ∪	A. von Stabt= obligationen	B. 1	B. von Edulbideindarlehen bes	eindarleh erbandes,	en bes , wenn ja	ftädtifcher Anleihefcheine?	Darlehen (Spalte 3B) noch folde an ftäbtische	,
6 p a r r a j j e 3 u	3a9t von 1910 ¹	Ja oder nein	wenn ja, in welcher Höhe bisher?	Ja oder nein	a) in welcher Höhe bisher in Mark	b) gegen c) ift welchen Tilgungs= Zinefuß 3inefuß in vor= Programmen	b) gegen c) ift melden Tilgungs= Zinefuß swang in vor= itozentfaß gefarteben	a) fiir Ned= etgene nung ber Ned= nung exabt= nung	Betriebsverwaltungen hergegeben? An welche und in welchem Umfang?	Bemertung
1. Berlin	2 070 695 595 053	nein nein	! !	nein nein	 		11	nein nein	nein ja, auf Erund eines Gesmeindeliges und	11
3. Leipzig	585 635	nein	!		1		!	nein	.≖ -	f. Anm.
4. Dresden 5. Eöln	546 882 516 167	nein nein	1 :	nein nein			11	nein nein	triebsfonds ja ja, bis zu 1000 000 W.C.	j. Anm. j. Anm.
6. Breslau	511 891	nein	1	iα	15 300 860 31/2-33/4	31/2-33/4	jū	nein	zulajng ja, an das Leihamt bis	ք. Վոա.
7. Düffeldorf	357 702	ja	2 000 000 Mt. 311 4 °/0	. p.	9 654 198	31/2-41/4	. <u>¤</u>	ja nein	zu '750 000 vic. ja, Gašanfialt: 2760 428 Vit.; Leihanfialt: 299 00) vit.; Tonhalle	į. Anm.
8. Charlottenburg . 9. Chemniß.	305 181 287 340	nein nein	!	ja nein	120 000	4	. <u>¤</u> .	nein nein	557.858 Mt. nein ja, auf (Krund von Bez fchlissen des (Gefantz	į. Anm.
10. Magdeburg	279 685	.¤.	12 296 400 Mt.	ja	5 555 830	31/4, 4	ja	nein	rates ja, wenn die Stadtge= meinde als Schuldnevin	j. Anm.
11. Königsberg 12. Stettin	245 853 236 145	. <u>a</u> .g	4 886 200 " 6 4:30 000 ".	ja nein	6 700 000	31/2	. <u>s.</u>	nein	eintritt nein	
1:3. Duisburg	229 478	°ā	: :	.a.	2 540 000	4-4,02	ä	nein	ja, nur an die Leihanstalt kis zu 50000 MF	1
14. Dortmund	214 333	ř.	1 089 500 "	.g	4 905 556	4	ïĘ	nein	ja, nur an bas Leihhaus bis zu 200 000 Mt. (3. 3. 146 000 Mt. zu 4º/0)	1

f. Anm. f. Anm.		1 !	1 1	1		j. Anm.	1	i. Anm.	j. Anm.		
nein ja ja, nur an das Leibhaus (eigene jurifiside Ner=	jon); Höhe unbeschräntt nein ja, die in Spalte 3B.a anggebenem Antelen find an die Betrieben verwaltungen gegeben	worden nein ja, auf Grund besonderen Stadtratsbeschlusses	nein ja, nur an das Leihamt,	3. 3. 8. 000 mt. 3u 4"/0 ja, nur an das Leihamt, 3. 3. 145 000 mt. 3u 40/0		ja, jedoch nur an das Pfandleibhaus nach del=	ja, jedoch nur an das	planoletygaus ja, an das Elektrizitäts=	wert 180 000 Nt. ia, von den in Spalte 3 ausgegebenen Darlehen kommen auf Betriebs=	vervaltungen: 498742 Nt. nein nein ja, in den Darlegen Spal- te 3 mttenthalten	•
nein nein nein	nein	nein nur in nein geringen	Summen nein nein	nein		nein	nein	nein	nein	n nein nein n	
'a	<u> </u>	1 1	۱ · ق	1		υ	I	ja	. ū	1 .0.0	
31/2—4	3 ³ / ₄ -4		31/2-4'/2	[dte.	31/2—4	1	35/8-4	3—4	3 ¹ / ₂ —4 3 ¹ / ₂	
15 600 000	8 000 000 2 841 536		2 033 088 31/2-4 //2	1	II. Mittelftäbte.	ļ	1	3.3.1390578	4 196 728	3.6.872 003 3.3.4 125 612	
nein nein ja	<u>n</u> 10	nein nein	nein ja	nein		υį	nein	ja	ja	nein ja 1a	
3 000 000 Mt. 6 300 000 Mt.	5 000 000	3. 3.370 000 Mt. fleinere Beträge	(1910) 500 000 ME.	ja 3.3.2400000 "		ja 13.3. 267 900 Mt. zu 31/2 º/o		275 160 MH.	3.3. 1243100 "	200 000 Mt. 490 200 3u 3,5 %	
ja nein ja	ja nein	<u>.a.'a.</u>	nein ja	ja			nein	ja	. <u>¤</u>	nein ja ja	
211 044 180 551 178 290	172 902 170 118	134 161 121 104	$\frac{110634}{111461}$	102 293		83 766	74 098	71 796	70 295	68 502 64 304 61 414	
Kiel	Schöneberg	Rarlsruhe	Mainz	Augsburg		Görliß.	Freiburg i. Br	Bielefeld	Spandau	Zwidau	

1 Bierteliahrshefte zur Statistit bes Deutichen Reichs 1911, Heft 1.

₩. 16.57

25.22.42

 $\frac{20}{21}$.

18. 19.

. 12. 17.

Kangfriftige Darlehen an den eignen Garantieverband (Fortfegung).

1.	25.				3.			4.	5.	.9
			Beteiligung ber Spa Anle	irtajje zihen d	Sparkasse an der Unterbringung städtischer Anseihen durch übernahme	ung städtisd	et	übernahme des Vertriebs	Werben außer ben	
Stäbtifche	Einwohner:	٩°	A. von Stabt= obligationen	B. eigen	B. von Shulbideinbarlehen bes eigenen Garantieverbandes, wenn ja	inbarleh rbandes,	en beg wenn ja	städtischer Anleihescheine?	Darlehen (Spalte 3B) noch folde an städtische	ā
Sparta	3ahl von 1910¹	Ia ober nein	wenn ja, in welcher Höhe bisher?	3a oder nein	a) in welcher Höhe bisher in Marf	b) gegen c) ist welden Tilgungs= Zinsluß zwang in vox= Prozentsa gesärteben	c) tft Lilgungs= 3wang vor= gefárieben	a) fiit Rech= eigene nung der Nech= Stadt= nung faste	Betrlebsverwaltungen hergegeben? An welche und in welchem Umfang?	Semettung
8. Meh	60 419	nein	- 1	.ë	nach Maßgabe ber verfüßbaren Mittel	3,5-3,75	nein, Frift 30 Jahre	nein	ja, Leihhaus hat 3. 3. 75.000 Mt.; an die and beren Bettlebsverwalstungen nur durch Ner	1
9. Osnabrück 10. Elbing	59 580 55 627	nein ja	1 303 200	<u> </u>	3.3.11.276.076 1.388.250	4 :31/2	ia ja	nein nein	mittiung det Stadt ja ja, Gasanfiatt: 195000 Mt.; Leihant: ihr Be- trishkantipt(*) Mafiar-	f. Anm. f. Anm.
11. Bromberg	54 231	nein	ı	i n	3. 3. 827 978	4	ja, mit	nein	nert 150 000 Mt. ja, Leihamt bis zu 100 000 Mt.	f. Anm.
12. Brandenburga. H.	51 293	ja	695 000 (1902)	ja j	1 458 954	33/4—4	1-1 /2 /0 ja 1-3 %	nein	nein, unter ben Schulds icheindarlehen 18383Mt.	1
13. Solingen	49 018	nein	!	. g .	3.3. 4330 760 31/2-41/2	31/2-41/2	ja, mit	nein	Wafferwerfs ja	ի. Ջոա.
14. Hildesheim	47 061 38 429 30 440	nein ja nein	1 164 600	. <u>¤.¤.</u> ¤	4 500 000 5 895 200 big nu 1/4 bes	38/4—4 33/2—4	0/ 01 - 2/0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	nein nein nein	ja, im ganzen 500 000 Wt.	f. Anm. f. Anm.
17. Afchersleben	27 878	ig	83 600	. <u>a</u>	3.3. 3917000	31/2—4	ja	nein	Cpalte 3B: Echlacht:	1
18. Stargard	26 907	iā	175 000	E	2 218 000 31/2—4	31/2—4	pí.	nein	yordan 400.000 201., Gasanffalkserverb: 950.000 Wt.	1

1 Dierteljahrshefte zur Statistit bes Deutschen Reichs 1911, Beft 1.

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverm. 381

Bu der Tabelle: "Langfristige Darlehen an den eignen Garantieverband" sind folgende erläuternde Bemerkungen ersforderlich:

Allgemeines.

Die in der Tabelle enthaltene übersicht ist das Resultat einer Umstrage, die bei den Sparkassen einer größeren Anzahl von deutschen Große und Mittelstädten gehalten wurde. Sie vermag der Natur der Sache nach kein erschöpfendes Bild zu geben, sondern soll nur an der Hand einer größeren Zahl von Beispielen zeigen, welchen Umfang im Einzelfall die Beziehungen von Stadtkasse zur Sparkasse auf dem Gebiete der langsfristigen Anleihen annehmen können. Obwohl die Anfrage dahin gerichtet war, in welcher Höhe des eignen Garantieverbandes von der Sparkasse übernommen wurden, hat doch eine Anzahl von Sparkassen den augens blicklichen Bestand angegeben. Dies ist in der übersicht durch den Zusatz 3. 3. (zur Zeit) gekennzeichnet.

3m einzelnen.

I. Großstädte.

Bu Nr. 3. Leipzig (Spalte 5):

Der Berichterstatter bemerkt am Schlusse: "Selbstverständlich verwendet der unterzeichnete Dezernent die flüssigen Mittel der städtischen Sparkasse vorübergehend mit für allgemeine städtische Zwecke (gegen entsprechende Berzinsung), soweit es der Geldbedarf ersordert; d. h. die Sparkassen geben vorschussweise Geld an die Stadtkasse oder erhalten umgekehrt solches, je nachdem die eine oder andere übersluß oder Bedarf hat."

Bu Mr. 4. Dresden (Spalte 3 und 5):

Nach § 31 der Satzungen können Gelder angelegt werden in Darlehen an Kassen oder Unstalten der Stadt, jedoch nicht mehr als bis zu einem Zehntel des gesamten Einlagebestandes.

Ende 1909:

Einlageguthaben	14 2 841 566	Mt.
Darlehen an die Stadt		
= 2,7 % des Einlageguthabens.		
Davon entfallen auf das Leihamt	1083000	,,
Auf die Grundrenten= und Sppothekenanstalt	2500000	,,
Auf das Stadtbauamt (Gas= und Elektrizitäts=		
werke)	300 0 00	,,
Bu Nr. 5. Coln (Spalte 3 und 5):	•	

Nach § 31 der Statuten können an die Stadtgemeinde Cöln Darlehen gewährt werden gegen in verfassungsmäßiger Form ausgestellte Schulb-

urkunden, welchen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde in Urschrift beisgefügt ist. Bei diesen Darlehen ist eine regelmäßige Berzinsung und Tilsgung sestzusehen.

Die Summe derartiger Darlehen, für welche in allen Fällen eine Kündigungsfrist von 6 Monaten für beide Teile vorzubehalten ist, dars 25 Proz. der Bestände nicht überschreiten. Ihre Hergabe bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Ohne besondere Genehmigung ist zulässig die Gewährung von Betriebsgeldern an stadtcölnische Betriebezum Mindestzinssuß von $3^{1}/_{2}$ Proz. und bis zur Gesamthöhe von 1000000 Mf.

Bu Rr. 6. Breslau (Spalte 3 und 5):

Nach § 24 der Statuten können die Bestände der Sparkasse angelegt werden in ordnungsgemäßen Schuldverschreibungen der Stadtgemeinde Breslau, sowie hiesiger öffentlicher Anstalten und Korporationen mit Genehmigung des Magistrats und unter Feststellung einer bestimmten Tilgungsfrist. Zu Darlehen dieser Art darf nicht mehr als ein Biertel des Gesamts bestandes der Sparkasse verwendet werden.

Bu Rr. 7. Duffeldorf (Spalte 3):

Nach den Satungen können die Bestände angelegt werden in Darlehen an die eigne Gemeinde mit Genehmigung des Regierungspräsidenten, sowie in vorschriftsmäßigen Schuldverschreibungen an Provinzen, Kreise, Stadtund Landgemeinden und sonstige leistungsfähige, mit Korporationsrechten ausgestattete kommunale Berbände. Dergleichen Darlehen, sür welche eine bestimmte Amortisationssrist sestzusehen ist, bedürsen, sobald sie die Summe von 15 000 Mk. übersteigen, der Zustimmung der Stadtverordnetenversammslung. In ihrer Gesamtheit dürsen dieselben sich niemals auf mehr als ein Biertel des Gesamtbestandes der Sparkasse (Einlagen und Zinsen) belausen.

Bu Rr. 9. Chemnig:

Hier besteht als städtische Einrichtung eine sogenannte Stadtbank, die von der Sparkasse als Bankinstitut benutt wird. Die Beantwortung der Fragen bezieht sich auf die Stadtbank.

Bu Rr. 10. Magdeburg (Spalte 5):

An städtische Betriebsverwaltungen sind \mathfrak{z} . \mathfrak{Z} . \mathfrak{Z} 0000 Mf. von der Sparkasse ausgeliehen, die in den Schuldscheindarlehen (Spalte \mathfrak{Z} B) mitsenthalten sind.

Bu Rr. 16. Salle a. d. Saale:

Nach dem Statut darf der Gesamtbetrag der Darlehen an die Stadt über den vierten Teil der Einlagen nicht hinausgehen, auch ist für diese Darlehen eine bestimmte Frist kestzusehen.

Bu Rr. 17. Strafburg i. Elfaß (Spalte 3):

Durch die Obligationen wurde 1901 und 1903 ein Teil der in Spalte 3B verzeichneten Schuldicheindarlehen getilgt. Bon den Schulds

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 383 scheindarlehen sind 4 000 000 Mf. auf Aufforderung innerhalb 14 Tagen zurückzuzahlen.

Bu Rr. 21. Plauen (Spalte 3):

In städtischen Obligationen dürsen bis zu 5 Kroz. der Gesamteinlagen der Sparkassen angelegt werden. Bon allen bisher begebenen Anleihen hat die Stadt kleinere Beträge übernommen.

II. Mittelftädte.

Bu Mr. 1. Görlig (Spalte 3):

Rach dem Statut sind Darlehen an den eignen Garantieverband bis zu ein Biertel der Gesamteinlagen erlaubt.

Bu Rr. 3. Bielefeld (Spalte 3):

Sämtliche an die Stadt gegebenen Anleihen dürfen 25 Proz. des Gesjamteinlagebestandes nicht überschreiten.

Bu Nr. 4. Spandau:

Sämtliche an die Stadt gegebenen Anleihen dürfen 25 Proz. des (Besanteinlagebestandes nicht überschreiten.

Bu Rr. 9. Osnabrud (Spalte 3):

Die Sparkasse gibt Darlehen nur an den Garantieverband (Stadt Dönabrück). Diese Darlehen werden zum Teil für die Zwecke der städtischen Betriebsverwaltungen verwandt. Die Summe solcher Darlehen bezissert sich auf 5 049 355 Mk. und ist in der Summe der in Spalte 3 B mitgeteilten Darslehen enthalten.

Bu Mr. 10. Clbing (Spalte 3 A):

Diese Obligationen wurden zur Tilgung von Schuldscheindarleben, die die Spartasse gegeben hatte, verwandt.

311 Nr. 11. Bromberg
311 Nr. 13. Solingen
311 Nr. 15. Hamm
311 Nr. 16. Neuß

Die Sparkasse gibt Darleben nur an die Stadt als solche. Diese Darleben werden zum Teil für städtische Betriebsverwaltungen verwandt.

Die letteren sind somit in der in Spalte 3 aufgeführten Gesamtsumme enthalten.

2. Anlage und Aufnahme vorübergehend verfügbarer Gelder.

A. Bei fremden Gemeinden.

Die Sparkassen sind in der Lage, vorübergehenden Gelbbedarf bei fremden Gemeinden zu decken oder vorübergehenden übersluß bei ihnen anzulegen. Festzustellen, in welchem Umfange dies geschah oder geschieht, dürste in zuverlässiger Weise ein Ding der Unmöglichkeit sein. Nachstehende kleine Tabelle gibt einen Annäherungsbegriff für den Stichtag des 31. März 1908; weiter unten in Abschnitt IV soll untersucht werden, ob und wie diese sehr entwicklungsfähigen Beziehungen ausgebaut werden können.

Die von den deutschen Groß= und Mittelstädten am 31. März 1908 von deutschen Sparkassen (außer der Sparkasse der eignen Stadt) aufgenommenen kurzfristigen Darlehen. 1

1.	Barmen							2100000	M£
2.	Bochum							740000	,,
3.	Bromberg					:		626000	,,
4.	Danzig							800 000	,,
5.	Essen .						٠.	120000	,,
6.	Mülheim	a.	Ru	hr				650000	,,

B. Bei dem eignen Garantieverband.

Die von den deutschen Groß= und Mittelstädten am 31. März 1908 bei ihrer eignen Sparkasse aufgenommenen kurzfristigen Darlehen beziffern sich nach einer Zusammenstellung im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte 1910 (S. 384 ff.) bei:

1. Cöln						auf	3000000	Mf
2. Görliţ						"	80 000	,,
3. Königsl	hüi	tte				,,	335000	,,
4. Mülhei	m	a.	Ru	hr		,,	660000	,,
5. Rostock						,,	100000	,,
6. Schönel	ier	g				,,	3800000	"
7. Straßb							4000000	,,
8. Würzbi	ırg					,,	74893	,,

¹ A. a. D. (Stat. Jahrbuch 1910, S. 384 ff.).

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 385

Etwas detaillierter stellt sich die übersicht in der nachfolgenden Tabelle: "Anlage und Aufnahme vorübergehend verfügbarer Gelder bei dem eignen Garantieverband" dar. Sie ist das Ergebnis einer Umstrage bei 24 Groß= und 18 Mittelstädten (denselben, die in der oben abgedruckten Zusammenstellung: "Langfristige Darlehen an den eignen Garantieverband" erscheinen). Alle in ihr nicht aufgeführten Gemeinden haben sämtliche Fragen verneint.

Bemerkungen

zu der Tabelle "Anlage und Aufnahme vorübergehend verfügs barer Gelder bei dem eignen Garantieverband".

I. Großitädte.

Coln (zu Spalte 2):

Die Entnahme von vorübergehenden Darlehen bei der Stadtkasse ist nur zulässig, soweit aus den Borschüssen Spargeldzinsen und "Rückzahlungen gezahlt werden. Nach §7 der Statuten ist der Borstand der Sparkasse ermächtigt, zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedürsnisses, soweit es sich um Berzinsung und Rückzahlung von Einlagen handelt, die Aufnahme von Geldern darlehnse oder vorschußweise, nötigensalls unter Berpfändung von Berwögensbeständen der Kasse, anzuordnen, jedoch auch verpflichtet, auf die ungesäumte Tilgung dieser Schuld Bedacht zu nehmen. Der Höchstebetrag der zu entnehmenden Borschüsse wird von der Stadtverordnetens versammlung unter widerruslicher Zustimmung des Regierungspräsidenten sestgesetzt.

Duffeldorf (zu Spalte 2):

Nach § 26 der Sahungen ist die Sparkasse autorisiert, damit die im Statut vorgesehene Benuhung der Kapitalien die prompte Zurückzahlung der Einlagen nicht hindert, in dringenden Fällen bis zur bewerkstelligten Bereitstellung einer entsprechenden Summe gegen Unweisung des Obersbürgermeisters die ersorderlichen Gelder bei der Stadtkasse oder anderweitig vorschufzweise zu erheben.

Magdeburg (zu Spalte 1):

Die Sparkasse ist berechtigt, auf Grund einer besonderen Berfügung der Aufsichtsbehörde Darlehen bis zur Höhe von 2000000 Mt. behufs Beseitigung augenblicklichen, bald vorübergehenden Gelbbedarss an die hiesige Stadtgemeinde auszuleihen.

Duisburg (zu Spalte 1):

Seitens der Sparkasse sind in mehreren Fällen Borschüsse zeitweilig an die Stadtkasse gegeben worden. Dies Berfahren wurde jedoch von der Aufsichtsbehörde beanstandet.

Schriften 137. 1.

25

Anlage und Aufnahme vorübergehend

1. Groß:

			1.	
	Werd	en vorübergehend e	ntbehrliche Gelber 1 niedergelegt?	bei der Stadtkasse
Städtische Sparkasse zu	Ja		Wenn ja,	
	oder nein?	a) gegen welche Sicherheit?	b) gegen welchen Zinsfuß?	c) bis zu welcher Höhe?
Dresben	jα	t eine	besondere Verein- barung	1/10 des Einlage= bestandes
Cöln	nein	_	_	· -
Düffeldorf	jα	feine	besondere Verein= barung	unbeschränkt
Chemnit	jα	feine	1/20/0 mehr als für tägl. Bankgeld	unbeschränkt
Magdeburg	jα	teine	besondere Berein- barung	2000000 Mf.
Stettin	ja	teine! einfache Kassenquittung	nach Bereinba= rung, meist R.B.= Distont	unbegrenzt
Duisburg	nein			
Elberfeld	nein		_	_
Karlsruhe	nein		_	_
Plauen	nein		_	
Mainz	ja	auf Grund befond. Bereinbarungen	auf Grund befond. Vereinbarungen	auf Grund befond. Bereinbarungen
Augsburg	jα	feine	3 %	3. 3. 850 000 Mf.
'	1	I		II. Mittel=
Freiburg i. B	ja	besondere Verein= barung	Hppotheken= zinsfuß	unbeschränkt
Osnabrück	nein	_	_	_
Elbing	nein			_
Пецв	nein		_	_
Stargard	ja	mündelsich. Hyp., Inhaberpapiere	$3^2/_3^0/_0$	unbeftimmt

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 387 verfügbarer Gelder bei dem eignen Garantieverband. städte.

		3.	4.			
Werden bei Bedarf Gelder vorschußweise bei der Stadtkaffe erhoben !					Steht die Sparkasse mit	Be=
Ja	Wenn ja,				der Stadtkaffe	mer=
ober nein !	a) unbeschränkte Er- mächtigung od. nur in Uusnahmesällen?	b) bis zu welcher Höhe?	c) geg. wel= che Sicher= heiten ?	d) gegen welchen Zinsfuß?	in Konto- korrentverkehr?	fungen
nein		_	-	-	nein	
jα	nur vorüber: gehend	300 000 Mf.	feine	nach Bereinbar.; meist 3½0%	nein	ք. Anm.
ja	nur in dringenden Fällen	unbestimmt	feine	nach Lage d. Geld= markts: 4-41/20/0	nein	j. Annı.
jα	nach Bedarf	unbeschränkt	feine	Lombardzinsfuß der Reichsbank	ja (mit der Stadt= bank)	_
nein	_	_	_	_	nein	s.Anm.
nein					jα	-
ja	nur in dringenden Fällen	unbeschränkt	feine	4 º/o	nein	j.Anm.
ja	nur in dringenden Fällen	unbestimmt	f eine	31/4 4 0/0	nein	-
nein	_	—	-		ja; biszu 300 000 Mt. als Höchstgrenze ges nehmigt	_
nein	nur felten und vorübergehend	unbestimmt	t eine	Hypothekenzins-	nein	_
nein		_		_	nein	_
jα	mit besonderer Ermächtigung des Magistrats				nein	-
ftäbte.	•					
nein	_	-	-	-	nein	j. Anın.
ja	in Ausnahmefällen	unbeftimmt	Sparbuch	4 0/0	nein	_
ja	in Ausnahmefällen	·	Sparbuch	Sparkassenzins= fuß oder höher	nein	-
ja	in dringenden Fällen	unbeschränkt	f eine	nach Berein= barung	nein	
ja	in Ausnahmefällen	unbestimmt	Sparbuch	4 º/o	nein	j. Anın.

388 Dr. Sholz.

II. Mittelftädte.

Freiburg i. B. (zu Spalte 1):

Zur Anlegung vorübergehend entbehrlicher Bestände der Sparkaise bei der Stadtkasse ist im Einzelsall staatliche Genehmigung ersorderlich.

Stargard (zu Spalte 1):

Die Niederlegung vorübergehend entbehrlicher Gelder bei der Stadtskafse darf nur gegen Sicherheit ersolgen. Die Höhe der Borschüsse darf sich nur bis zu 3/4 des Kurswertes der zur Sicherheit hinterlegten Inhaberspapiere erstrecken.

3. Sonstige Beziehungen der Sparkasse zur Stadtverwaltung.

Außer im direkten Geldverkehr pflegen die Sparkassen zur Stadtverwaltung in vielfachen Beziehungen zu stehen, die, wenn sie auch
nicht rein geldlicher Natur sind, doch immerhin häusig nicht ohne sinanzielle Bedeutung bleiben und darum hier kurz Erwähnung sinden
müssen. Hier ist zu denken an die besonders in kleinen Orten übliche Mitbenutung der von der Sparkasse angeschafften Geldschränke
und Tresors durch die Stadtverwaltung, an die unentgeltliche Aufbewahrung städtischer Kautionen durch die Sparkasse, an die übernahme der Kontrolle städtischer Wertpapiere, an das ost hervortretende Bestreben der Stadtverwaltung, aus der Sparkasse indirekt,
beispielsweise in Gestalt von hohen Mietpreisen für die Sparkassenlokalitäten, hohen Verwaltungskostenbeiträgen und dergleichen, etwas
herauszuholen.

Besonderer Erwähnung bedürsen zwei Arten von geschäftlichen Beziehungen der Sparkasse zur Stadtkasse: Einmal die überweisung der Gehälter städtischer Beamter und Angestellter auf Sparkassenguthaben und sodann die Steuerzahlung aus dem Sparguthaben des Steuerzahlers. Das erstere Bersahren wird seit langer Zeit von einer großen Zahl von Stadtverwaltungen, die städtische Sparkassen besitzen, geübt und kann nur in jeder Beziehung empsohlen werden. Die überweisung dient sowohl den Interessen der Beamten selbst, denen die Mühe des Abholens an der Steuerkasse und des Niederlegens auf der Sparkasse erspart und eine Berzinsung vom Tage der überweisung ab garantiert wird, als auch denen der Stadtkasse und Sparkasse, die die Vorteile der bargeldlosen Zahlung erreichen und denen mannigsache Arbeit erspart wird.

Die Rahlung der Steuern durch Abschreibung vom Sparkaffenguthaben ist in letter Zeit von einer Reihe von Stadtverwal= tungen zur größeren Bequemlichkeit ihrer Steuerzahler eingeführt worden. Lon dem Standpunkte der Steuerkasse, die mit Recht gerade bei der allgemein unbeliebten Steuerzahlung die größtmöglichen Er= leichterungen modernen Geldverkehrs einzuführen bestrebt ist, kann dies Berfahren nur gebilligt werden. Eine andere Seite aber hat es für die Sparkasse. Ganz ohne Zweifel trägt es, ebenso wie beispielsweise die Zulassung der Verfügung durch Scheck über das Einlageguthaben, zur immer weiter fortschreitenden Mobilifierung der Spargelder bei. Diese Entwicklung kann aber weder im Interesse der Sparer, noch der Sparkasse begrüßt werden. Durch die erweiterte Beweglichkeit des Sparguthabens wird diesem immer mehr der Charakter eines Not= groschens genommen und der Stempel des beweglichen Bankkontos aufgedrückt. Die Sparkasse andererseits wird naturgemäß genötigt, bei sich steigernder Bewegung der Sparguthaben erheblich größere liquide Mittel jeder Zeit bereitzuhalten, um den Ansprüchen der Sparer gerecht werden zu können. Je höher aber die Sparkaffe ihren Bestand an jederzeit liquiden Mitteln halten muß, desto weniger vermag sie ihre Bestände nutbringend im Interesse der Sparer und der Allgemein= heit anzulegen. Dhne ganz allgemein die Steuerzahlung aus Spar= guthaben verwerfen zu wollen, wird man somit doch nur mit Vorsicht und unter Erwägung der geschilderten Umstände an sie herantreten dürfen.

III. Die Verwendung der Spartaffenüberschüffe.

1. Ziffernmäßige Ergebniffe.

über die Verwendung der Sparkassenüberschüsse von 24 Groß= und 17 Mittelstädten im Jahrzehnt 1900—1909 gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß, die auf Grund einer detaillierten Umfrage zusammengestellt ist. Bezüglich der zum Teil sehr interessanten einzelnen Verwendungszwecke wird auf die Bemerkungen zu dieser Tabelle verwiesen.

390 Dr. Scholz.

Bermendung der Sparkaffenüberichuffe.

. Großstädt

	==: •==================================	•		
3wecke	fonftige gemein- nütjige Zwecke		Ч	435 289
Bon den in Spalte 4 angegebenen Beträgen wurden verwendet für Zwecke	ber öffent- ligen Yarts, Antagen, Bepfans- yoologi- fapen oder botani- fapen		5.0	2 000 000
urben vert	der Alterse Alterse Ipartaffe und für Spar- prämien		f	
eträgen w	ber Gelund- heits= pflege ML.		e	
jebenen B	des Stratjen- bans Mt.	9	g	
te 4 angeg	ber Wohle tätigteitis- pflege, Prege, prege, prege, jin Wohle fahrts- einrich- einrich- einrich- einrich- mochlätte Wohlfütige		၁	
ı in Spa	ber Arbeiter- fürforge und Arbeits- bermitt- fung		q	00000
Bon der	des Bildungs- vefens, Echulen, Lud Wijfen- fcaft		ಡ	100 000 2 055 077 7. Spatte 5
Ban den Uber=	fhuiffen flojfen in bie Setabt- flojfen in bie Setabt- flojfen ober Foodback, obne be- ion bere In Deft in Foodback, obne flojfen floj	ì.c	9	523 919 395 013 2 93 <u>7</u> 920 410 700
	Höber für andere als Spar- taffen- swefe der- vonden Beträge	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	±	2 000 000 4 670 041 2 845 153 1 581 494 1 145 315 395 013 405 951 1 026 200
	Exziette überfchiffe in den Joon 1900 bis 1909	GT.	0	23 374 341 3 713 567 6 131 504 9 431 454 9 6 034 448 2 241 417 2 269 794 1 104 526 2 031 006 4 525 902 7 683 776
	Ein= wohner= Jahl, Stand von 1910		3	2 070 695 595 053 585 635 546 882 516 167 511 891 357 702 302 384 294 629 287 340
	Skäbtische Sparfaffe 3u	-	1	Verlin Münden Reipzig Dresben Geln a. Rh. Geln a. Ph. Heilen Heilen Gemuber Ghemits Magdeburg
		I		1.22 £ 4.72 £ 7.20 £ 1.11

Die Teilnahme der städt. Sparkas	ien an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 391
79 820 26 300 11 585 288 501 145 433 	347 908 106 500
766 562 500 36 000 241 476 89 530 265 598	137 100 60 000
	37 642
230 566 480 642 20 000 358 196 358 870 11 0 000 11 9 974	73 500
	345 623 109 371
468 250 131 400 491 966 365 513 298 107 20 000 156 561	3 600
50 243 38 550 160 646 28 400 28 760 45 000 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	1 000
858 153 50 24 966 845 38 55 197 692 166 64 602 069 28 40 155 167 28 76 695 881 45 00 	301 441 1190 000 1167 644 85 809
4 700 37 259 50 000 	20 000
2 453 394 1 649 037 425 923 2 047 867 1 323 519 1 865 200 639 828 605 854 1 775 850 1 016 022 559 841 924 701	941 695 1 341 676 345 623 1 413 434 1 198 078 80 000 1 112 661 300 460 629 308 629 308 629 308 747 648
5 246 996 3 535 057 1 371 773 2 830 482 3 518 597 3 802 454 1 343 800 1 197 293 3 150 944 1 258 926 2 973 975 1 789 576	2 174 854 691 250 2 144 804 809 809 809 809 809 809 809 809 809 809
245 853 236 145 229 478 214 333 211 044 180 551 178 290 170 118 134 161 121 104 110 634 102 293	83.766 64.040 64.040 64.040 64.040 60.419 60
Abnigsberg — Getettin — Duisburg — Dortmund — Kiel — Kiel — Etrafburg — Etrafburg — Elevfeld — Raclsrube — Plauen i. V. — Erfirt — Plauen i. V. — Erfirt — Plauen i. V. — Erfirt	Görliş Freiburg i. B. Bielefeld. Freiburg i. B. Freiburg. Freiburg. Freiburg. Freiburg. Freiburg. Freiburg. Freibespeim. Freiburg. Freibespeim. Frei

Zur Tabelle: "Berwendung der Sparkassenüberschüfse" ersicheinen die nachfolgenden Erläuterungen am Plate:

I. Großstädte.

1. Berlin (Spalte 6g):

Bum Unkauf des alten botanischen Gartens.

4. Dresden (Spalte 6):

Die Gelber wurden verwandt für Krankenhäuser und ähnliche Unstalten, für Errichtung von Bolksbädern, für Parkanlagen, für Beihilfen an gemeinnützige und wohltätige Bereine.

5. Cöln (Spalte 6):

- a) Bildungsmesen: Bum Ankauf einer Sammlung für das Runft- gewerbemuseum.
- b) Arbeiterfürsorge: 1903, 04, 05 je 20000 Mf. zur Arbeitstofens versicherung.
- c) Armenpflege: Einrichtung eines Altweiberheims.
- d) Gesundheitspflege: Davon 49700 Mf. für die Augenheilsanstalt; 100000 Mf. zum Ankauf der alten Hebammenlehranstalt; 111519 Mf. für Krankenhäuser (u. a. auch für eine neue Kesselsanlage); endlich über 740000 Mf. für das Badewesen.

6. Breslau (Spalte 6):

- a) Bildungswesen: Die ganze Summe wurde zu Bolksschulbauten verwandt, außer 100 000 Mt., die der Taubstummenanstalt als zinsloses Darlehen zugute kamen.
- c) Wohltätigkeitspflege: In jedem Jahre zwischen 24 750 Mk. und 34 750 Mk. Beträge an Wohltätigkeitsvereine.
- e) 75 000 Mf. zu einem Hallenbad; 55 000 Mf. für Erholungsstätten des Beamtenbereins; 10 000 Mf. als zinsloses Darlehen an einen Ruberverein.
- g) Bur Erweiterung des zoologischen Gartens.

Außer diesen Beträgen wurden insgesamt 1900—1907 160 000 Mf. der Alterssparkasse zugewandt.

7. Düffeldorf (Spalte 5):

Diese Beträge (523 919 Mt.) wurden später vorwiegend zu Bolksichulsbauten verwandt.

Spalte 6:

Zum Erwerb von Grundstücken (Grafenberg) . 268 289 Mf. Zum Bau eines Sparkassengebäudes . . . 167 000 Mf.

Lettere Summen setzen sich nur zum Teil aus Überschüssen zusammen, ber andere Teil wurde aus dem Reservesonds entnommen.

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 393

9. Effen (Spalte 6f):

Bis jest ift ein Teil der Überschüffe dur Prämijerung der Mitglieder der Alters= und Aussteuersparkasse und zur Prämiierung von weiblichen Dienstboten verwandt worden.

Spalte 6 g: 380 000 Mt. dienten zur Berginfung und Tilgung ber Stadtwaldschuld; 20 125 Mf. zur Dedung einmaliger Ausgaben des Stadtwalbetats. Da jest bald die 10 % ige Ansammlung des Reservesonds erreicht worden ift, follen fünftig Überschufteile auch für andere gemeinnütige Zwecke wie "Badeanstalten", "öffentliche Parks" usw. dienen.

12. Rönigsberg (Spalte 6):

- a) Davon 446017 Mf. zu Volksschulbauten, 32 050 ,, zu Bolfsbibliothek und Lesehalle,
 - 380086 ,, zu Fortbildungsschulzwecken.
 - In jedem Jahre tritt diese Dreiteilung mit entsprechend großen Summen auf (alfo auch laufende Ausgaben).
- b) In jedem Jahre zwischen 5410 und 7043 Mf. für das städtische Arbeitsamt.
- c) In jedem Jahre zwischen 42000-33000 Mt. für das Siechenhaus.
- e) 13000 Mf. für Kerienkolonien (jährlich 1000--2000 Mf.): 112393 ,, für Badeanstalten (Neubau und Unterhaltung); für Genesungsheim (Bau und Unterhaltung).
- g) Bu Schmuckanlagen, Unterhaltung, Sinzukäufe und Renanlagen, jährlich größere Summen.
- h) 79820 Mt. zur Tilgung der Kriegsschuld.

13. Stettin (Spalte 6):

a)	Volksschulbauten	$321\ 583$	Mf.
	Bolfsichultochküchen und strausebäder	$237\ 942$,,
	Erziehungsverein	2500	,,
	Handels= und Gewerbeschulen	36 000	,,
	Stadttheater und Rapellenunterstützungsfonds	48910	"
	Gesellschaft für Pommersche Geschichte	2000	"
	Bolfsbibliothefen und sbüchereien	28310	,,
	Stadtbibliothek	155200	,,
	Städtische Sammlungen, Museum, Runftverein	124 400	,,
	Stadtgeschichte	10 000	,,
b)	Sährlich entsprechende Summen für den Url	eitsn	• •
۵)	Samonghain	0.000	,

- c) Seemannsheim 9000 Mf. Berein für Kinder- und Jugendschut 1 400 ,, Auskunftsstelle für Wohlfahrtspflege . . . 400 Bereinsarmenpflege 42 000 ,, Berein für Anaben= und Mädchenhort, Kinder= gärten und Kinderbewahranstalten, Fürsorge für schulentlassene Jugend usw. 78 600 ,,

394 Dr. Scholz.

e)	Ferienkolonien (jährlich 3000-7000 Mk.) . Bekämpfung der Kindersterblichkeit, Säug-	49 000	Mf.
	lingsfürsorge	179 520	,,
	Kinderheilanstalten	243 872	",
	Blaues, rotes Kreuz, Guttemplerloge, Trinker-	-10 011	"
	fürsorge, Baterländischer Frauenverein	9250	
g)			"
		_	me
h)			Mit.
	Schwimmfest	300	"
	Binnenschiffahrtstag (Festschrift)	5000	"
14. Du	isburg (Spalte 6):		
a)		104000	Mf.
	Zum Bau des Stadttheaters	90 000	,,
	Für Lesehallen	3692	,,
b)	Für Arbeiterwohnungen :	160 646	Mf.
c)			
,			
g)	orgenipromenave uno partantagen		
15. Doi	rtmund (Spalte 6):		
a)	Theater und Musikpflege	437 569	Mf.
-,	Mädchen=Mittelschule	20 000	,,
	Naturalienkabinett der Oberrealschule	500	"
	Runft, Museum, städtische Sammlungen		",
	Frauenhildungsperein	4 500	
	Frauenbildungsverein	1000	"
	Hauswirtschaftliche Fortbildung	65 600	
b)		1 600	" me
U)	Urbeiterkolonie (jährlich 1400 Mt.)		
		14 000	"
	Bodelschwinghiche Anstalten zu Bielefeld (jähr=	10.000	
	lich 1000 Mf.)	10 000	"
	Bestfälischer Berein zur Förderung des Klein=	2.700	
	wohnwesens (jährlich 300 Mf.)	2 700	"
c)			
	verschiedenster Art beider Konfessionen	107 366	Mt.
	Damenheim und Lutherhaus	7 500	"
	Gefängnisverein	$5\ 400$	"
	Krüppelfürsorgeverein	2000	,,
	Taubstummenfürsorge	5700	,,
	Fonds für städtische Wohlfahrtseinrichtungen	9639	,,
	Altersversicherungs= und Siechenanstalten	$182\ 511$,,
	Aleinkinder= und Waisenfürsorge	$107\ 250$	"
	Wöchnerinnenheim	22900	,,
	Armenunterstützungen zu Weihnachten	42000	"
	Trinkerfürsorge	6 00 0	"
			.,

Die I	Eeilnahme der städt. Sparkasjen an d. Geldwirtsch.	d. Stadi	verw.	395
e)		130 908	Mf.	
	Wissenschaftliche Bibliothet in einem Krankens haus	4 000		
	Diakonissen zu Kaiserswerth und Diakonen=	1 000	"	
	heim zu Dortmund	2300	,,	
		16 667	,,	
	Lungenkrankenfürsorge	69 394	"	
	Bolksbäder und Badeanstalten	89 727	"	
	Ortstrankenkasse	1 000	"	
	Unfallstation und Krankentransportwagen	3 800	"	
	Waldichule (einmalig)	19 000	"	
	Jugendspielpläge	6 000 16 000	"	
ď	Berschönerungs=Berein (Zuschuß)	16 000	n Me	
8)	Ausstattung, Zukäuse, Unterhaltung städtischer	10 000	mt.	
	Unlagen, Parks, Bolksgarten, Bälder; Ber-			
	schönerung der Anlagen und Promenaden .	225 476	,,	
h)	Feuermelder	31 000		
/	Einrichtungen für die Feuerwehr	10.250	"	
	Dienstfahrräder	540	"	
	Öffentliche Uhranlagen	12 700	,,	
	Denkmal Hohenshburg: Beitrag und Gin=			
	weihungskosten	10 131	,,	
	Zuschuß für den Verkehrsverein	11 000	,,	
	Städtisches Leihhaus (Deckung von Jehl-			
	beträgen	$11\ 253$	"	
	Friedhöfe: Wege, Unterhaltung, Erweiterung,			
	Grundentschädigungen und Prozeß= kosten; Unlagen	194 527		
	Biegenzuchtverein (Zuschuß)	600	"	
	Gartenbauverein für Blumenpflege unter	000	"	
	Schultindern	1 100	,,	
	Dienstbotenauszeichnungen		"	
16. Riel	(Spalte 6):		,,	
	e folgenden Angaben beziehen sich nur auf die r	nermendh	aren Üf	ier=
	on 1902 ab. Die Endzahlen der Spalte 6 enthalt			
	Überschüffe, so daß ihre Summe mit der Zahl			
überein				,
	Für Schulbücher	3 360	Mf.	
,	Gewerbliche-, Fortbildungs-, Haushaltungs-			
	ինիսնen	74647	,,	
	Rirchenchor	4 200	,,	
	Volksbibliothek, Unterhaltungsabende, Volks=			
	hochichulturie	$31\ 360$	"	

396 Dr. Scholz.

		Runstmuseum	10 000 29 500 2 100	" "
	b)	Arbeits: und Wohnungsnachweis	28 600	mat.
	c)		96 937	
		Fürsorge für entlassene Gefangene Urbeitsausschuß der Gesellschaft freiwilliger	5 013	"
		Armenfreunde und verschiedenes	170 407	,,
		Hilfsbedürftige Mündel	5000	"
		Bum Besuch von Wohltätigkeitskongressen	6 600	"
		Hebung der öffentlichen Sittlichkeit (Mädchenshorte u. a.)	40 350	
		horte u. a.)	2 900	"
		Seemannsmission und Kriegerverein	150	"
		Kampsgenossenverein von 1848	3 000	"
		Rechtsschutstelle für Frauen	200	"
	e)	Rrankenhäuser	24000	Mt.
		Krankenpflegeausschuß	175732	"
		Bolfsbäder	86 978	"
		Ferienkolonien, Ferienausflüge	47 340	"
		Bolks- und Jugendspiele	5 150	"
		und Beiträge für Bereine usw.)	3 670	
		Milchhäuschen und Milchküche	8 000	"
		Fürsorgestellen für Lungenkranke	4 000	"
		Walderholungsstätten	4 000	"
17.	-	lle a. S. (Spalte 6):		
	a)	Stadttheater, jährliche Zuschüsse	283 412	Mf.
		Stadttheater, Reuanlagen	9 795	"
		Morithurg (Museum und ähnliches) Dirigent des Stadtsingchors	106 068	"
		Schulbücher, Räh= und Strickmaterial für be=	1 500	"
		dürftige Schulkinder	46 447	,,
		Museum, städtische Sammlungen, Runftvereine	69 100	,,
		Fortbildungs-, Frauenindustrie-, Haus-		
		haltungsschulen	18 370	"
		Beiträge zum Germanischen Museum Rürnsberg	400	
		verein Deutscher Lehrerinnen in England .	800	"
		Hilfsschulen	50 580	"
		Denkmalspflege in Sachsen, Beiträge	200	"
		Bolksichulbaufonds	100 727	"
		· •		

	City and a YaYi akan Wallack Sas and Tabilikan		
	Für unentgeltlichen Besuch des zoologischen	0.000	om s
	Gartens durch Schulkinder	8 000	met.
	Schulblumenpflege	850	"
		0.000	
	France-Stiflungen	3 000	"
	Patentschriftenlesesaal deutscher Ingenieure .	200	"
	Bolksbildung und Lesehallen	2500	"
b)	Unterstützung städtischer Arbeiter	2000	Mf.
	Arbeitsnachweis	18000	,,
	Notstandsarbeiten	25000	,,
c)	Witmen und Waisen städtischer Beamten	7 000	Mf.
-	Mädchenhorte	6200	,,
	Kinderhorte, =bewahranstalten, =asyle	70095	,,
	Ajhl für Obdachlose	2310	"
	Naturalverpflegung, Armenpflege u. a	175 971	"
	Unterstützung von städtischen Beamten und derei	t	,,
	Angehörigen	13 000	,,
	Warmes Frühstück an arme Schulkinder	25000	"
	Frauenvereine für verschiedene Wohlfahrts=	-0 000	"
	zwecke	3 200	
	Für in Not geratene Lehrer und Lehrerinnen	1 500	"
	Krüppelverein	500	
e)	Trinferfürsorge	500	met.
٠,	Bakteriologisches Untersuchungsamt (jährlich)	23 100	
	Desinsektionsanstalt (jährlich)	119 655	"
	Behandlung kranker Armen	100 360	"
	a	6 000	"
		2 800	"
	Kinderheilstätten	44 248	"
	Unterstützung Schwindsüchtiger und Lungen=	44 440	"
		7 917	
	***************************************		"
	Turnspiele	40 000	"
	Diakonissenkrankenpslege	10 000	"
g)	Anlage, Bepflanzungen, Aufforstung usw	68 000	Mf.
	Zoologischer Garten	17 030	"
	Verschönerungsverein	4 500	"
h)	Kirchenausbesserung, Umbau des roten Turms	39 400	Mf.
	Selbstversicherung gegen Feuersgefahr	$20\ 000$	"
	Ausstellung der Deutschen Landwirtschaft=		
	lichen Gesellschaft	$20\ 000$	"
	Verschiedene gemeinnützige Zwecke	2302	,,
	Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste-Viktoria=		
	Stiftung	6 0 000	**
	Vom Steinstiftung	3431	,,
	Schreibstube des Gefängnisbereins	300	,,

19.	Elberfeld	(Spalte	6):
-----	-----------	---------	-----

a)	Museum			13 000	Mf.
	Haushaltungs-, Kochschule			7674	"
	Stipendien zum Besuch der Runftge	werb	e=		
	schule			1020	,,
	Stadtbücherei und Lesehalle			45651	,,
	Städtisches Orchester			8 000	,,
b)	Arbeits- und Wohnungsnachweis			24350	Mf.
c)	Kinderkrippe und short			91 193	Mf.
	Stift alleinstehender Männer und	Frau	n		
	(jährlich)			55368	,,
e)	Lungenheilstätten			500	Mf.
	Brausebad und städtische Badeanstalt			$18\ 468$,,
	Rekonvaleszentenheim			$50 \ 268$,,
	Krankenhaus			37 760	"
	Bakteriologisches Untersuchungsamt .			12978	,,
g)	Unlagen, Bepflanzungen, Aufforstung	ujw.		252850	Mf.
	Borbau des Jubiläumsbrunnens			10 748	,,

20. Rarlsruhe:

Statutengemäß werden bis auf weiteres die Überschüsse zu Schulzwecken verwandt. Detaillierung der Angaben fehlt.

21. Plauen i. B .:

Die Gelder wurden u. a. zugeführt: Bolksbad, Theater, freiw. Feuerwehr, Unterftützungs= und Witwenkasse der städtischen Beamten.

22. Erfurt (Spalte 6):

a) Zu Schulbauten	247 439 Mf.
h) Davon zur Berginsung und Tilgung von Stadt=	
schulden	685 000 Mf.
Reservesonds der Kämmereikasse	56 584 ,,

24. Augsburg (Spalte 5):

Mit Ausnahme von 360 388 Mt., die jur Gründung eines Stadttammerei-Reservefonds dienten, werden die aufgeführten Überschuffe als Berwaltungstoftenbeitrag benutt.

II. Mittelftädte.

1.	Görlit (Spalte 6):	
	a) Mädchenschulbau und Turnhalle	106 000 WH
	Museum und Gedenkhalle	34 000 ,,
	Musiksesthalle	100 000 "
	Ausstellung für Gewerbe u. Industrie (Defizit)	25294 ,,
	Volksbücherei und Lesehalle	
	Berein für Handfertigkeit	900 ,,

	Die I	Eeilnahme der städt. Sparkasjen an d. Geldwirtsch. d. (Stadi	tverw.	399
	c)	Naturalverpflegungsanstalt	000	Mt.	
	·	Kinderhort	600	,,	
	e)		000	Mf.	
			3 600	"	
		Bekämpfung von Alkohol, Lungenkrankheit	000		
	£)	- 3 - 3	900	// mæ	
	f)	### W		Mf. Mf.	
			867		
	11)		3 000		
			000	"	
			3 500	"	
		·	7 000	"	
			000	"	
			000	"	
			3 961	"	
		Bedürfnisanstalten	200	"	
2.	Frei	burg i. B. (Spalte 6):			
	a)	Fonds für Gemäldegalerie (jährl. 5000 Mf.) 50	000	Wt.	
	•		000	,,	
		Schulzwecke (Bolks-, Oberreal- und Gewerbe-			
		1-9	3 000	11.	
			2 000	"	
	1.5	- 3 - 1	000	"	
	n)		000	Mf.	
		,	500	"	
			, 000	"	
4.	Zwi	đau i. S. (Spalte 6):			
	a)	Schulkasse			
		·	2 050		
	e)	• 0			
		Schwimmhallenfonds 188	152	"	
5.	Frai	nkfurt a. D. (Spalte 6):			
	a)	Stadttheater	3 005	Wł.	
	,		332	,,	
		2010911111	472	"	
		Museum	5 0 00	**	
	b)	Arbeitsstätte für beschäftigungslose Einwohner			
	c)			Mf.	
			3 900	"	
		C 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	2 000 L 000	"	
		Wanderarbeitsstätte	1 000	"	

a) Unterstützung des Theaterdirektors

h) Brämien für treue Dienstboten

c) Suppenanstalt

Siechenanstalt

Armenanstalt und Brauseanlage

Stiftung für Gemeindeangestellte

Unterstützung der durch Hochwasser Geschädigten

Bentral-Feuerwehrdepot

Denkmalsreparatur

Auguste=Biktoria=Stistung

11. Brandenburg (Spalte 6):

Hochzeitsgabe für das kronprinzliche Paar . . .

Ferner zur Verzinsung und Tilgung der Stadtanleihe von 1903.

3 000 Mf.

10 000 Mf.

3 000

1 500

3250

63 243

6 **0**00

10 000

5**0**0 ,,

10 000 ,, 9 724 Wf.

600 Wf. 2 626 ,,

DOI https://d	oi.org/10.3790/978-3-428-57421-	-6 Generated on 2025-11-05 04:58:06
OPEN ACCESS	Licensed under CC BY 4.0 http	s://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 401

12.	30	lingen (Spalte 6):		
	a)	Fachschule	3552	Mf.
	c)	Beteranen	18 300	Mf.
	,	Frauenverein	600	,,
	d)	Kanalisationszwecke	12070	Mf.
	e)	·	15 847	Mf.
	,	Lungenkranke	24 610	"
	g)	Verschönerungsverein	4 000	• •
	0,	Ankauf einer Waldparzelle	5 000	,,
		Unlage	3520	,,
	h)	Eisenbahngrunderwerb (Tilgung und Bergin=		
	-	sung dieser Schuld)	488 961	Mf.
		Untauf einer Biese	344	,,
		Feuerwehr	8 030	,,
		Berkehrsverein	600	,,
13 .	Hil	desheim (Spalte 6):		
	e)	Bur Tilgung und Berginfung der Kranken-		
	,	hausschuld	109 334	Mf.
14.	50	mm i. W. (Spalte 6):		
14,	.թ.ա. - a)	, , ,	313 084	933.6
	aj	Bolksbibliothek	2 700	
		Meisterkurse der Handwerkskammer	600	"
	b)		000	"
	U)	Straßenreiniger	4 800	M) f
	c)		6 700	
	٠,	Beteranen	5 0 0	"
		Krüppelheim	200	"
	d)		122 690	• •
	••)	Chaussierungsanleihe (Berzinsung und Til-	122 000	*****
		gung)	6040	,,
		Kanalisationszwecke	30 000	•,
		Berbreiterung der Uhsebrücke	$3\ 164$,,
	e)	Krankenhaus	65217	Mt.
	,	Lolfsbadehaus	$91\ 200$,,
		Hebammenwesen	500	,,
	h)	Prafidialwohnung (Verzinsung des Baukapi=		
		talŝ)	1950	Mf.
		Feuerwehr	45846	,,
		Bolksbureau	9 880	,,
		Verzinsung und Tilgung älterer Anleihen	47 054	,,
		Beschaffung von Straßenlaternen	16 000	"
		Fuhrpark	12 500	"
		Herstellung von Fluchtlinienplänen	19 300	,,,
@	drift	ten 137. I.	2	26

15.	Neuß	(Spalte	6):
-----	------	---------	-----

Jet.	up (Oparte o):				
a)	Zuschuß für Herausgabe eines Bürgerbuch)eş		500	Mf.
	Veranstaltung von Volkskonzerten			5800	,,
	Männergesangverein			1200	,,
	Schulzwecke (Haushaltungs-, Koch-, Näh-	un	ď		
	Handarbeitsschule)			28 400	,,
	Raufpreis der Selichen Altertumssammlu	ng		4000	,,
e)	Waisenhaus			20 000	Mf.
	Fürsorgeheim			16 000	,,
	Kinderbewahrschule			24000	"
	Baterländischer Frauenverein			500	"
d)	Pflasterungen			61 760	Mf.
,	Trottvirregulierungen			31 0 00	,,
	Erneuerung der Stragenschilder			1 600	,,
e)	Neubau eines Hospitals			184 158	
-,	Turnplas			1 5 0 0	,,,
	Badeanstalt			18 500	"
	Ferienkolonien			1 000	,,
g)	Anlage eines Stadtgartens			59 008	Mf.
0/	Freilegung des Obertores		•	55 000	,,
	Errichtung eines Schanndenkmals		•	3 000	"
	Anlage von Gärten und Plägen		•	5021	"
h)	Bahnhojšumbau		•	18 000	Ŵŧ.
11)	Stadtgartenpläne (Ausstellung Dusseldur		•	608	
	Rathausausbau		•	24 500	"
	Für die durch Hochwasser Geschädigten .		•	500	"
	Keuerwehr	•	•	21 266	"
	Musikpavillon		•	1 800	"
	winjipuoittoit	•	•	1 000	"

2. Statutarische Bestimmungen.

Die preußischen Sparkassen haben in ihren Statuten die Höhe bes für andere als Sparkassenzwecke zu verwendenden Teiles des Übersschusses selbstverständlich nach den entsprechenden Bestimmungen der oben in Teil I abgedruckten Ministerialverordnungen festgesetzt. Je nach der Zeit, in der das Statut beschlossen wurde, sind die weitergehenden Bergünstigungen der neueren Verordnungen (31. Juli 1908, 29. März 1911) bereits ausgenutzt.

Die Definition des Verwendungszweckes in den Statuten ist verschiedenartig; für die Fassung scheinen provinzielle Gebräuche (Genehmigung des Oberpräsidenten) oft entscheidend gewesen zu sein. Besonders in Rheinland und Westfalen findet sich der Ausdruck:

"Bur Befriedigung außerordentlicher kommunaler Bedürfniffe"

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 403 (Cöln, Düsseldorf, Magdeburg, Stettin, Duisburg, Dortmund, Elbersfeld, Solingen, Hamm, Neuß). Stettin kommentiert das Wort "außersordentliche" genauer dahin: "außerhalb der gesetzlichen Verpflichtungen der Stadtgemeinde liegende Zwecke". Für

"gemeinnützige Zwecke" oder "gemeinnützige öffentliche Zwecke" bestimmen Berlin, Breslau, Essen, Kiel, Halle, Schöneberg, Ersurt, Görlitz, Spandau, Franksurt a. D., Potsdam, Elbing, Bromberg, Aschersleben und Stargard den versügbaren Teil des Überschusses. Besjondere und eingehendere Vorschriften bestehen in:

Hannover: Der verfügbare Überschuß "fließt in die Kämmereikasse". Königsberg: Nach Gemeindebeschluß vom 29. November 1902 werden die Sparkassenüberschüsse grundsätzlich zu folgenden Zwecken verswandt:

- 1. für Volksbildungszwecke, insbesondere für das Fortbildungs= schulwesen, für Volksbibliotheken, Lesehallen usw.,
- 2. für die Pflege der öffentlichen Gesundheit, insbesondere zur Herstellung und Unterhaltung von öffentlichen Gartenund Parkanlagen, von Badeanstalten, zur Förderung der Ferienkolonien, des Schwimmens usw.,
- 3. für die außerhalb der Grenzen der öffentlichen Armenpflege liegende Fürsorge für Kranke, Altersschwache und Sieche, insbesondere für die Kaiser Wilhelm-Heimstätte für Genesende, das städtische Siechenhaus usw.,
- 4. für das städtische Arbeitsamt zwecks Förderung der erwers benden Tätigkeit,
- 5. für Bolksschul=Neubauten.
- Bielefeld: Der verfügbare Teil des Überschusses wird "zur Fortsführung städtischer Straßenpflasterungen" verwandt.
- Dsnabrück: "Zum Besten der Kommunalberwaltung der Stadt Osnabrück, insbesondere zur Tilgung der Kämmereischulden".
- Brandenburg: "Bu gemeinnütigen 3weden, jedoch nicht zu laufenden Ausgaben".
- Hildesheim: Teilweise: "Zur Verwendung für die Verzinsung und Amortisation der für den Bau der städtischen Krankenhäuser ausgenommenen Anleihe."

404 Dr. Scholz.

Bei den außerpreußischen Sparkaffen find die Berwendungszwecke, wie auch die Sohe des verfügbaren Teiles der Überschüsse im Statut sehr verschiedenartig geregelt und naturgemäß durch Gesetgebung und Berordnungen beeinflußt. In München muß nach Ansammlung einer Rücklage von 10 Proz. des Einlagebestandes der Rest der Überschüsse zur Erhöhung des Binsfußes oder Butichreibung bon Beminnanteilen (Sparprämien) an die Einleger verwendet werden; eine anderweitige Berwendung findet nicht statt. Leipzig, Dresden, Zwickau und Plauen lassen den bestimmungsgemäß (s. Teil I C) verfügbaren Teil des Überschusses für "gemeinnütige oder wohltätige städtische Zwecke" berwenden. In Chemnit werden die Sparkaffenüber= schüffe "in den Etat eingestellt, gelangen somit durch diesen für gemein= nütige Zwecke zur Verwendung." Karlsruhe stellt die Jahresüber= schüffe der Sparkaffe, soweit sie nicht zur Erhaltung des Reservefonds auf der satungsmäßigen Sohe erforderlich sind, der Stadtkaffe behufs Berwendung zu gemeinnütigen Ausgaben zur Berfügung. Mainz bestimmt, daß die Überschüffe, wenn der Reservefonds 5 Proz. der Einlagen erreicht hat, zur Hälfte, wenn er 10 Proz. erreicht hat, ganz "zu gemeinnütigen Zwecken" berwandt werden dürfen. In Strafburg und Met kann, wenn der Sicherheitsfonds 5 Proz. der Sparguthaben übersteigt, der überschießende Betrag des Reingewinnes zu gemein= nütigen Zwecken vom Borstande der Sparkasse bestimmt werden; der Beschluß des Borstandes bedarf der Zustimmung des Gemeinderats, sowie der Genehmigung des Ministeriums.

3. Zusammenfassung.

Die Verwendung der Sparkassenüberschüsse, soweit sie nach Geset voer Verordnung zu anderen Zwecken als zur Ansammlung einer Sicherheitsrücklage zulässig ist, ist stets ein umstrittenes Gebiet gewesen. Auf der einen Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Sparkasse eine soziale Veranstaltung sei und daß demgemäß eine Verwendung der Überschüsse nur in einer Art zulässig sei, die den Sparern selbst unmittelbar wieder zugute käme. Auf der anderen Seite wird die in der Praxis allgemein herrschende Auffassung betont, daß es der Gemeinde als Garantieverband der Sparkasse nicht unbenommen sein könnte, von einer von ihr zu unterhaltenden und zu garantierenden Anstalt gewissermaßen als Risikoprämie einen Teil des Überschusses für sich zur Bestreitung allgemeiner Bedürsnisse in Anspruch zu nehmen.

Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 405 Auch bezüglich des Umfanges dieser Bedürfnisse ergeben sich jedoch wieder verschiedene Auffassungen. Im allgemeinen wird man 4 verschiedene Richtungen bezüglich der Zulässigkeit der Verwendung von Sparkassenüberschüssen unterscheiden können:

- a) Die Überschüsse müssen in Gestalt von Dividenden oder Sparprämien den Sparern selbst zugute kommen. Dies Prinzip vertritt die baherische Regierung (vgl. Abschnitt I B) und in erster Linie, ohne jedoch die Berwendung für gemeinnützige Zwecke des Garantieverbandes ganz auszuschließen, auch Württemberg und Baden (Absschnitt I D und E).
- b) Die Überschüffe dürfen zwar im Interesse des Garantieverbandes, aber nur zur Deckung solcher Ausgaben, zu denen die Gemeinde gesetlich nicht verpflichtet ist, verwendet werden. Hieraus folgt, daß die Überschüsse niemals zur Entlastung des Etats benutzt werden können. Diesen Standpunkt vertritt beispielsweise die Königslich Sächsische Regierung (vgl. Abschnitt I C).
- c) Die Überschüsse durfen zur Deckung außervrdentlicher, nicht laufender Ausgaben verwendet werden. So war früher der Standpunkt der preußischen Behörden, von dem jedoch seither in der Praxis häufig abgewichen worden ist.
- d) Die Überschüsse durfen zu gemeinn ütigen oder noch allsgemeiner zu öffentlichen 3 wecken des Garantieverbandes besnutt werden. Nach diesem in der jetigen preußischen Praxis geltenden Standpunkt ist es zulässig, die Überschüsse der Sparkasse direkt zur Entlastung des Etats der Gemeinde zu verwenden.

Die oben mitgeteilte Zusammenstellung der Berwendung von Übersschüssen bei einer Anzahl von deutschen Groß= und Mittelstädten zeigt, daß in vielen Fällen von vornherein sehr erhebliche Summen zur Entslaftung des Gemeindehaushalts, also zur Erfüllung von gemeindlichen, sonst aus Steuern zu deckenden Aufgaben benutzt werden.

Thne etwa der Ansicht, daß die Sparkassenüberschüsse ausschließlich wieder den Sparern zugute kommen müssen, das Wort reden zu wollen, wird man doch die übertriebene Verwendung von Geldern, die aus der Tasche der Sparer stammen, für allgemeine, häusig kaum mehr als gemeinnützig anzusprechende Zwecke nicht gutheißen können. Zweckemäßigerweise würde wohl daran festzuhalten sein, daß Sparkassenüberschüsse, soweit sie verfügbar sind, lediglich zu außerordentlichen, nicht regelmäßig wiederkehrenden Bedürsnissen des Garanties

406 Dr. Scholz.

verbandes Verwendung finden sollen. Die dauernde Entlastung des ordentlichen Gemeindehaushalts durch Sparkassenüberschüsse sollte allein aus dem Grunde schon ausgeschlossen sein, weil die Überschüsse dem Wesen der Sache nach keine regelmäßigen sein können, sondern je nach der wirtschaftlichen Lage auch gelegentlich ausfallen.

IV. Bünsche und Plane.

Im allgemeinen befinden sich die deutschen Sparkassen in der ansgenehmen Lage, durch Reglementierung in ihrem Geschäftsbetriebe nicht allzusehr eingeschränkt zu sein. Insbesondere hat sich in Preußen das ehrwürdige Reglement vom 12. Dezember 1838 als reichlich Bewegungsfreiheit lassende Grundlage für das gesamte Sparkassenwesen durchaus bewährt; und auch die Aufsichtsbehörden haben sast durchweg Verständnis für die Entwicklung gezeigt. Der Ruf nach gesetzgeberischer Festlegung ist daher aus dem Lager der Sparkassen kaum je erschallt. Man hat im Gegenteil im Kreise der praktischen Sparkassensmänner den dringenden Wunsch, von einengenden Vorschriften möglichst verschont zu bleiben, um die bewegliche Anpassungsfähigkeit zu beshalten, ohne die nun einmal das Gedeihen einer von den Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens unmittelbar beeinflußten Einrichtung schlechterdings nicht zu denken ist.

Auch das Verhältnis der Sparkasse zur Verwaltung der Garantiegemeinde ist nicht in wesentlichem Umsange durch Borschriften gesesselt. Die Bestimmungen über Darlehen an den eignen Garantieversband (Abschnitt I A 1) und über die Verwendung von Übersschüssen (I A 2 und III, 3), ebenso die Handhabung des Aufsichtserechtes der Behörden in der Praxis, soweit diese Fragen in Betracht kommen, können sogar wohl als relativ weitherzig und verständnisvoll bezeichnet werden. Immerhin sind aber auch hier noch einige Bünsche offen.

Das Verbot des Kontokorrentverkehrs zwischen Stadtkasse und Sparkasse durch preußischen Ministerialerlaß vom 4. Oktober 1892 (Abschnitt I A 3) kann heute als innerlich berechtigt nicht mehr anserkannt werden. Der seinerzeit angeführte Grund, daß "eine derartige Einrichtung geeignet sein würde, den eigentlichen Charakter der Sparkassen zu verwischen und ihnen mehr das Gepräge von Bankinstituten zu verleihen", dürfte nicht aufrechtzuerhalten sein, nachdem der Kontos

korrent= und Scheckverkehr allgemein bei denjenigen Sparkassen, bei welchen tägliche Verzinsung eingeführt, für ordnungsmäßige Buch= und Gegenbuchführung und für sachverständige, regelmäßig wiederkehrende Revisionen gesorgt ist, durch Ministerialverordnung vom 20. April 1909 zugelassen wurde. Materiell hat das Verbot ohnehin keine Vedeutung, da der Geldverkehr zwischen Stadt= und Sparkasse einmal kaum kontrollierbar ist und zum andern leicht in einer Form gehalten werden kann, die den äußeren Anschein der laufenden Rechnung meidet, in der Sache aber denselben Zweck erfüllt. Es erscheint aber tropdem — oder vielleicht auch gerade deshalb — erwünscht, das formell bestehende Ver= bot aufzuheben.

Wie ein Damoklesschwert schwebt seit einer Reihe von Jahren die Absicht der Regierung über den preußischen Sparkassen, sie gesetlich zur Anlegung eines erheblichen Teiles ihrer Bestände in Staats= papieren zu zwingen. Die Sparkassen und ihre Bertreter haben meist diese Absicht unter dem Gesichtspunkte verdammt, daß sie durch Serabdrückung der für das lukrative Sppothekengeschäft verfügbaren Quote der Bestände den Verdienst erheblich schmälere, durch die Kursverände= rungen wesentliche Schwankungen in der Bilang hervorruse und die sozial überaus wichtige Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des Rleinwohnungswesens, durch Entziehung der entsprechenden, für Baubeleihungen berfügbaren Gelder, hintanhalte. Demgegenüber darf bemerkt werden, daß es erwünscht, ja, sogar notwendig ist, die Hingabe von Hypotheken seitens der Sparkassen nicht ins Uferlose wachsen zu lassen. Daß die Liquidität einer Sparkasse, die neun Zehntel ihrer Bestände oder mehr in großenteils auswärtigen Sypotheken angelegt hat — solche Fälle sind nicht vereinzelt —, eine sehr geringe und für den Fall einer Prisis kaum ausreichende sein dürfte, kann füglich nicht bestritten werden. Gin Schut der Sparer gegen derartige Prinzipien bei der Anlegung von Geldern — die übrigens auch als leidige Folgeerscheinung die teilweise ungesunde Konkurrenz der Sparkassen untereinander und mit den Bankinstituten zeitigt, wie fie insbesondere das Rheinland kennt — kann wohl als innerhalb der Aufgaben der Staatsregierung liegend erachtet werden, da das durch die Anerkennung der Mündelsicherheit bewirkte Vertrauen des Publikums besondere Magregeln erheischt, die die Sparkassen dieses Vertrauens nicht unwürdig werden laffen. Allein diefer Schut kann ebenfogut erreicht werden, wenn allgemein die Anlage einer bestimmten, nicht zu niedrigen

408 Dr. Scholz.

Duote der Bestände in lombardfähigen Inhaberpapieren verlangt wird, als wenn die Bevorzugung der Zwangsanlage allein die Staatspapiere trifft. Die Gemeinden und ihre Sparkassen haben jedenfalls allen Grund, sich gegen eine einseitige gesetzgeberische Maßnahme zugunsten der Staatspapiere zu wenden. Die Kommunalanleihen müssen in dieser Beziehung gleichgeachtet werden. Zum mindesten müste, wenn einmal die Zwangsanlage in Staatspapieren — etwa in Höhe von 15 Proz. der Gesamtbestände — verlangt werden sollte, durch die Forderung der Anlage von beispielsweise 30 Proz. in Inhaberpapieren ein weiterer Spielraum für kommunale Werte geschaffen werden.

Auch die zurzeit wohl aktuellste kommunalpolitische Frage, die der Konzentration des Gemeindekredits, greift tief in das Verhältnis von Stadtkasse zu Sparkasse ein. Die in den verschiedensten Bundesstaaten und Landesteilen einsehenden Bestrebungen zur Begründung von Girozentralen für die Sparkassen können hier, da sie einseitig das Interesse dieser verfolgen, außer Betracht bleiben. Im übrigen sehen die Bestrebungen zur Verbesserung der Areditverhältnisse der deutschen Gemeinden zurzeit von zwei verschiedenen Seiten ein: seitens eines im wesentlichen von den preußischen Landkreisen gewählten Komitees, dessen Seele Landrat Trüstedt-Verent ist, und seitens des deutschen Städtetages.

Eine von großem Fleiß und gediegener Sachkunde getragene Denkschrift Trustedts schlägt die Gründung einer deutschen Kommunal= bank auf breitester Grundlage für den Kredit aller deutschen Städte, Kommunalverbände, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften vor. Die Bank foll die Form der Aktiengesellschaft erhalten und mit einem Rapital von 25 000 000 Mark ausgestattet werden, das die beteiligten Rommunen und Verbände selbst aufzubringen haben. Bas den Beschäftsbetrieb anlangt, fo foll das Hauptgeschäft darin bestehen, daß die Bank Darlehen an Kommunen jeder Art gewährt und in gleichem Betrage Kommunalobligationen ausgibt, die, wie erhofft wird, fich unter dem Namen "Deutsche Kommunalscheine" bald Ansehen und Popularität erwerben werden. Des weiteren foll die Bank insbesondere den Beichäfteberkehr mit den kommunalen Sparkassen pflegen, den Un- und Berkauf von Effekten für fie besorgen und eventuell in ihrem Interesse eine Hppothekenabrechnungsstelle errichten. Als andere Rebengeschäfte kämen noch in Betracht die Beteiligung an der Emission bon Staats= und Kommunalanleihen, die eventuelle Einrichtung eines kommunalen Die Teilnahme der städt. Sparkassen an d. Geldwirtsch. d. Stadtverw. 409 Schuldbuches und die Erleichterung des bargeldlosen Verkehrs zwischen den Gemeinden und den Sparkassen. Die Vorteile, die von der Gründung erhofft werden, faßt Trüstedt am Schlusse seiner erwähnten Denkschrift, wie folgt, kurz zusammen:

"Die deutsche Kommunalbank bietet den Kommunen:

Die sichere Gewähr, jederzeit Anleihen zu den nach Lage des Geldmarktes bestmöglichen Bedingungen zu erhalten,

eine Berbesserung der materiellen Areditbedingungen, die Ersparung der mit der Ausgabe eigner Obligationen, Einlösung der Zinsscheine, Auslosung usw. verbundenen Mühewaltung und Bersantwortung, die Erleichterung von Konversionen,

die Besorgung der Bankgeschäfte für die Kommunen und deren Unstalten, insbesondere die Sparkassen, durch ein eignes Institut der Kommunen, dessen Gewinn ihnen direkt oder indirekt wieder zufließt.

Die deutsche Kommunalbank bietet der Bankwelt:

unter allmählicher Beseitigung der Desorganisation des Marktes der kommunalen Obligationen ein börsengängiges, überall lombardsfähiges Wertpapier bester Art.

Die deutsche Kommunalbank bietet in gleicher Beise dem Publikum ein bequemes Anlagepapier, das an Stelle der vielen kleinen, schwer verkäuflichen Obligationen tritt, und die Möglichkeit, den Besitz an Kommunalscheinen durch Eintragung in ein Kommunalschuldbuch zu sichern.

Die deutsche Kommunalbank bietet schließlich dem Reich und den Bundesstaaten eine Besserung der Finanzverhältnisse ihrer Kommunen und durch Organisation des Kommunalkredits eine größere Stabilität des Marktes der festverzinslichen Wertpapiere, die indirekt auf den Kurs der Reichs= und Staatsanleihen günstig einwirken wird."

Die Idee der deutschen Kommunalbank hat insbesondere in den preußischen Landkreisen bereits lebhaften Widerhall gefunden; ein Aufsruf an diese hatte immerhin den Erfolg, daß eine stattliche Anzahl von Kreistagen die finanzielle Beteiligung bereits beschlossen hat. In letter Zeit haben auch einige Provinziallandtage ihre prinzipielle Zusstimmung zu dem Projekt ausgesprochen. Immerhin wäre es verfrüht, die Ausführung des Planes als gesichert zu bezeichnen. Eine Anzahl

schwerwiegender Gründe, deren Erörterung über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen würde, lassen sich dagegen ins Feld führen.

Auf der anderen Seite hat eine vom Zweiten deutschen Städtetag in München 1908 gewählte Kommission in jahrelanger Arbeit die Kommunalkreditsrage geprüft. Als Ergebnis liegen zurzeit die folgenden Leitsäte vor:

- 1. Trot Vorhandenseins gewisser Mißstände in der Areditbeschaffung der deutschen Städte wird von Errichtung eines Zentralinstituts auf der Grundlage einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft oder dergleichen abgesehen, dagegen eine Vermittlungsstelle für komsmunale Darlehen einzurichten empfohlen.
- 2. Hierbei ist zu beachten, daß für kurzfristige Darlehen eine Geldevermittlungsstelle der großen deutschen Stadtverwaltungen besteht. Es wird daher zu erwägen sein, die Vermittlungsstelle für langfristige kommunale Darlehen an diese anzuschließen.
- 3. Als Aufgabe der Bermittlungsstelle kommt weiter in Betracht schon zur Erzielung eines besseren Marktes, auf einen möglichst einheitelichen Anleihethp der Stadtanleihen in bezug auf Berzinsung, Rückzahlung beziehentlich Tilgung und sonstige Rückzahlungsbedingungen hinzuweisen.
- 4. Für geringere Kreditbedürfnisse, und wo die Ausgabe eigner Kreditbriefe der Stadt nicht gewünscht wird, ist eine Geschäftsberbindung mit Bankinstituten, die kommunale Kreditbriefe ausgeben, möglichst in provinzieller Gliederung einzuleiten und zu pflegen.
- 5. Ferner ist ständige Fühlung mit den deutschen städtischen Sparkassen zu unterhalten und die Anlegung von Sparkassengeldern in deutschen Stadtanleihen und solchen Kommunalkreditbriefen, die zur Deckung von Stadtanleihen ausgegeben werden, zu fördern.
- 6. Die Vermittlung soll provisionsfrei und nur gegen Erstattung der unmittelbaren Aufwendungen erfolgen.
- 7. Den Mitgliedern des Deutschen Städtetages ist dringend zu empfehlen, außerordentliche Bedürfnisse mehr, als bisher geschehen, durch Fondsbildung zu beden und badurch das Anschwellen der Stadtanleihen zu bermeiden und ihren Kursstand zu heben.

Auf Grund dieser, von ihm akzeptierten Leitsätze hat der Borstand des deutschen Städtetages beschlossen, die in Dusseldorf bestehende

¹ Bgl. meinen Auffat in Nr. 12, Jahrgang 1911, der "Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik".

Die Teilnahme der städt. Sparkaffen an d. Geldwirtsch. d. Stadtwerw. 411

Geldvermittlungsstelle größerer deutscher Stadtverwaltungen für kurzfristige Darlehen zu einer Bermittlungsstelle sämtlicher dem deutschen Städtetage angehörenden Städte auch für langsfristige Darlehen auszubauen und damit allmählich eine gewisse Konzentration des kommunalen Kredits einzuleiten.

Db die Zukunft das Problem in der einen oder der andern Beise lösen wird, steht dahin. Eines aber ist sicher — es wird dies auch aus beiden Lagern besonders betont -: daß die Aufgabe der Befferung der gemeindlichen Rreditverhältniffe nur unter wesentlicher Mitwirkung der Sparkaffen geloft werden kann. Ginerfeits muß in erhöhtem Maße darauf hingewirkt werden, daß die Unlegung von Sparkassengelbern in deutschen Gemeindeanleihen stattfindet. Auch ist an einen Austausch von Kommunalpapieren in der Beise zu denken, daß die Stadt, die zur Begebung einer Unleihe oder zum Berkauf bon Anleihepapieren schreiten muß, diese gang oder teilweise der Spar= faffe einer andern Stadt überläßt, und umgekehrt. hierbei mare zu überlegen, ob nicht zur Bereinfachung des Berfahrens und zur Er= reichung nahezu unbeschränkter Sicherheit gegen Verluft bei einer solchen Überlaffung nur die Mäntel der Papiere an die Sparkaffe der letteren Stadt abgegeben werden könnten, mahrend die Binsicheine und die Rontrolle bei der erstgedachten Stadtkaffe verblieben. Andererseits ift der Austausch vorübergehend verfügbarer Gelder zwischen Sparkaffen und Stadtkaffen in erheblich größerem Umfange zu pflegen wie bisher. Auf diese Beise, und unter Zuhilfenahme aller modernen Zahlungs= mittel des bargeldlosen Verkehrs, könnte sich überdies eine allgemeine Abrechnungsstelle der deutschen Kommunalverwaltungen und Spar= kassen entwickeln. Bielleicht mag sich die Dusseldorfer Geldvermittlungs= stelle unter der Ägide des deutschen Städtetages hierzu auswachsen.

Sei es aber, wie es sei: die deutschen Stadtverwaltungen und Sparkassen beginnen jedenfalls sich ihrer ungeheuren finanziellen Macht bewußt zu werden und die Notwendigkeit einigen Handelns auf dem Gebiete des Gemeindekredits zu erkennen. Darüber sind sich schon heute die beteiligten Kreise einig, daß die sinanziellen Beziehungen zwischen Städten und Sparkassen enger geknüpst werden müssen. Und die Zukunst wird des Bortes Wahrheit erweisen: Die erfolgreiche Lösung des Kroblems der Besserung des Gemeindekredits beruht im wesentlichen auf dem gemeinsamen Borgehen der deutschen Stadtverswaltungen und ihrer Sparkassen.

Über die Sicherung der Sparer gegen Miß= brauch ihrer Sparkassenbücher.

Don

Dr. Ritthausen,

Direktor der Sparkasse und des Leihamtes der Stadt Dresden.

Nach der übereinstimmenden Auffassung der Bissenschaft und Rechtsprechung sind die Sparkassenbücher, die zur Beurkundung der geleisteten Ein= und Rückzahlungen ausgestellt werden, keine eigent= lichen Inhaberpapiere nach § 793 B.G.B., nicht Träger der in ihnen beurkundeten Forderung; sie gehören vielmehr zu den sogenannten Legitimations=, den unvollkommenen Inhaberpapieren im Sinne des § 808 B.G.B., da sie auf einen bestimmten Namen ausgestellt werden, und die Sparkassen sich in ihren Satzungen das Recht vorbehalten, — von bestimmten Ausnahmefällen abgesehen — an die Inhaber der Bücher ohne Prüfung ihrer Verfügungsberechtigung Rückzahlungen zu leisten. Die Sparkassen werden daher, wenn auch der Inhaber des Buches als solcher nicht Gläubiger, nicht berechtigt ist, die Leistung zu verlangen, doch durch die Zahlung an ihn von ihrer Verpflichtung besteit.

Diese "Mobilisierung" der Sparkassenbücher, die sich aus den Bedürfnissen der Praxis herausgebildet und gesetzliche Geltung verschafft hat, ist der Entwicklung des Sparkassenwesens außerordentlich förderlich gewesen. Man kann sagen, daß ohne die dadurch geschaffene Erleichterung des Sparverkehrs dieser seinen heutigen Umfang, das Sparkassenbuch seine heutige Beliebtheit kaum hätte erlangen können.

Aber die Besugnis der Sparkassen, an jeden zu zahlen, der das Buch vorlegt, hat auch eine Kehrseite. Sie zwingt den Sparer, dauernd für die sichere Ausbewahrung des Buches zu sorgen. Denn wenn es in unrechte Hände kommt und vor Entdeckung des Verlustes und Anzeige an die Sparkasse Geld abgehoben wird, kann sich der Berechtigte nicht an die Sparkasse halten, sondern bleibt auf einen Ersahanspruch gegen den Täter beschränkt, der aus naheliegenden Gründen in der Regel wenig Wert für ihn hat.

Es ist deshalb die Aufgabe der Sparkassenverwaltung, dem Sparer die Möglichkeit zu verschaffen, sich vor einem Mißbrauche seines Buches durch unberechtigte Dritte auf wirksame Beise zu schützen. Sicherheitse maßnahmen dieser Art liegen auch im eigenen Interesse der Sparkassen, die sonst Gefahr laufen, diejenigen Sparer zu verlieren, die sich im Besitze ihrer Sparkassenbücher nicht sicher fühlen.

- 1. Sehr gebräuchlich und von alters her üblich ist zu diesem Zwecke die Sperrung des Sparkaffenbuches. Diese Sperrung — der Widerspruch gegen die Auszahlung an einen anderen als den berechtigten Inhaber muß dem Sparer gestattet sein, wenn ihm das Buch abhanden gekommen ift. Boraussetung ift felbstverständlich, daß er in der Lage ift, sich als berechtigter Inhaber der Ginlagenforderung auszuweisen. Biele Sparkassen berlangen, daß der Widerspruch binnen einer bestimmten Frist (zwei Wochen: Rieler Spar= und Leihkasse; drei Bochen: Barmen; vier Bochen: Hannover usw.) durch eine gerichtliche Anordnung bestätigt wird, widrigenfalls er für die Sparkaffe nicht mehr verbindlich ift. Nach der Dresdener Sparkassenordnung (§ 27) ist die Auszahlung der Einlage zu berweigern, wenn von demjenigen, auf dessen Ramen das Buch lautet, oder von seinem Rechtsnachfolger Widerspruch gegen die Auszahlung der Ginlage erhoben wird. Die Sparkasse kann aber verlangen, daß der Widerspruch binnen einer angemessenen Frist durch eine gerichtliche Berfügung bestätigt wird und ist, dafern der Unordnung nicht entsprochen wird, zur weiteren Beachtung des Widerspruches nicht verbunden. Damit die Sperrung nicht übersehen wird, wird sie bei der Dresdener Sparkasse nicht nur auf dem Konto notiert, sondern auch in eine übersichtliche Liste (die sogenannte Fangliste), aufgenommen, die der Kassierer und der Gegenbuchführer der Rückzahlungs= kasse — bei eigener Berantwortung für die Folgen der Unterlassung vor jeder Rückzahlung einzusehen verpflichtet sind. Der Vermerk auf diese Fangliste ist notwendig, weil nicht bei jeder Rückzahlung das Sparkassenbuch mit dem Konto verglichen wird, vielmehr — eine Maßnahme, die sich zur Beschleunigung der Abfertigung des Publikums sehr bewährt hat — Teilrückzahlungen (bis 200 Mk.) auf Grund des Sparkajjen= buches ohne vorherige Einsicht des Kontos geleistet werden.
- 2. Während sich eine Sperrung dieser Art mehr als eine vorsübergehende Schutzmaßregel darstellt, die sich durch das Wiedersinden des Buches oder, falls sein Verbleib nicht zu ermitteln ist, durch seine Ausrufung und Kraftloserklärung erledigt, ist die Sperrung auch als dauernde Sicherung gegen unberechtigte Abhebung der Einlage üblich. Der Sparer bestimmt, daß die Einlage nur mit seiner Zustimmung oder mit Zustimmung einer anderen von ihm bezeichneten Person oder Behörde ausgezahlt werden darf. Diese Bestimmung wird von den Sparkassenbeamten auf dem Konto des Sparers und im Sparkassenbuche eingetragen.

Namentlich sind Einlagen Bevormundeter in dieser Weise zu sperren, nachdem § 1809 B.G.B. vorgeschrieben hat, daß Mündelgeld bei Sparkassen nur mit der Bestimmung angelegt werden soll, daß zur Erhebung des Geldes die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichtes ersorderlich ist.

Die rechtliche Bedeutung der Sperrung liegt darin, daß die Sparfasse damit auf die Besugnis, an den Vorleger des Buches als solchen zu zahlen, verzichtet. Sie hat vorher den Nachweis der Zustimmung desjenigen, zu dessen Gunsten die Sperrung erfolgt ist, zu fordern. Die Frage, wie weit sie in ihren Anforderungen an die Legitimation des Berechtigten zu gehen hat, beantwortet sich in erster Linie nach den Bestimmungen der Satzung. Enthält die Satzung keine Bestimmung, so wird von der Sparkasse nicht mehr, als die im Verkehr übliche Sorzsfalt verlangt werden können. Wenn z. B. der Dieb eines Sparkassenbuches zugleich die Legitimationspapiere des Berechtigten gestohlen hat und so in der Lage ist, sich der Sparkasse gegenüber unverdächtig auszuweisen, so wird der Berechtigte die an jenen ersolgte Zahlung gegen sich gelten lassen müssen.

3. Dem Sperrungsverfahren verwandt ist die bei einigen, nament= lich rheinischen Sparkaffen (Elberfeld, Röln, Duffeldorf, Rrefeld) ein= geführte "Berficherung der Spareinlagen". Die Auszahlung der bersicherten Einlage darf nur an den Ginleger selbst, seinen Rechtsnachfolger oder Bevollmächtigten erfolgen. Die Rechtsnachfolge oder bas Bollmachtsverhältnis muffen urkundlich nachgewiesen sein. Die Sparkassen übernehmen hier aber in der Regel die Verpflichtung zum vollen Schadenersat, wenn Ginlagen trot der Versicherung an einen Unberechtigten ausgezahlt werden. Dafür ist die Bersicherung gebühren= pflichtig. Die Gebühren — bei den Sparkassen Dusseldorf und Elberfeld 25 Pf. für je 100 Mk. Einlage — werden häufig zu einem besonderen Fonds zwecks Deckung etwa entstehender Berluste angesammelt. Diese Rücklage hatte bei der Sparkasse Düsseldorf, wo am 30. September 1912 von insgesamt 118 866 Sparbuchern 12 956 mit einem Gesamtguthaben von rund 20 Millionen Mark versichert waren, die Höhe von 58 584 Mk. erreicht.

¹ Über die Frage, ob es notwendig ist oder sich doch zur Sicherung des Beweises der geleisteten Zahlung empsiehlt, bei Rückzahlungen aus gesperrten Guthaben Quittung zu fordern, vgl. "Die Sparkasse" 1911, S. 229f. Schriften 137. I.

Etwas anders ausgestaltet ist die Versicherung der Spareinlagen bei der Sparkasse München. Der Antragsteller hat hier ein beliebiges Kennwort anzugeben und seine Unterschrift im Sparbuch oder auf dem Konto abzugeben. Die geschehene Versicherung, die in dem Sparbuche vermerkt wird, bewirkt, daß die Auszahlung der versicherten Einlage unter Anwendung der im Verkehr üblichen Sorgsalt nur an den Einsleger selbst oder seinen beglaubigten Vertreter oder Rechtsnachfolger ersolgen darf. Es bedarf in diesem Falle der schriftlichen Anweisung des Empsangsberechtigten, deren Beglaubigung verlangt werden kann.

4. Auch wenn eine — gebührenpflichtige — Bersicherung dieser Art nicht erfolgen soll, gestattet die Sparkasse München den Einlegern die Angabe eines Kennwortes zur Sicherung gegen unbefugte Abhebung ihrer Einlage. In solchen Fällen sollen Kückzahlungen nur gegen vorsherige Nennung des Kennwortes erfolgen. Hat der Inhaber des mit Kennwort versehenen Sparbuches das Kennwort vergessen, so wird Zahlung auf das Sparbuch erst nach Prüfung seiner Berechtigung gesleistet.

Eine ähnliche Einrichtung besteht unter anderem bei den Sparkassen in Bremen, Karlsruhe, Mainz, und bei der Neuen Sparkasse in Hamburg. Jedoch ist bei allen diesen Sparkassen die Bestimmung getrossen, daß sie nicht berpflichtet sind, die Angabe des Kennwortes zu berlangen, mit anderen Worten, nicht haften, wenn eine Rückzahlung versehentlich ersolgt, ohne daß Nennung des Kennwortes verlangt worden wäre. Diese Maßregel bietet also dem Sparer keinen sicheren Schutz.

5. Vereinzelt, so bei den Sparkassen Worms und Görlik, sindet sich die Einrichtung, daß zur Sicherung gegen unberechtigte Abhebungen Hüllen oder Mappen zu den Sparkassenbüchern ausgegeben werden. Diese Hüllen sind getrennt von dem Buche aufzubewahren und bei jeder Erhebung von Einlagen mit vorzulegen. Andernfalls werden Rückzahlungen abgelehnt. Rommt eine Hülle abhanden, so bedarf es zunächst der Ausstellung eines Duplikats der Hülle, dessen Ausgabe bei der Sparkasse Worms frühestens eine Woche nach geschehener Versluftanzeige erfolgen soll. Inzwischen wird, falls noch Zweisel bestehen, der in dem Konto eingetragene Sparer mittels eingeschriebenen Brieses benachrichtigt, daß die Ausgabe einer zweiten Hülle beantragt sei, und daß er eine beglaubigte Erklärung beizubringen habe, nach der er in die Aushändigung der zweiten Hülle an den Vorzeiger seines Buches

willige. Sowohl die Sparkasse in Worms, wie die in Görlit äußern sich befriedigt über den Erfolg dieses Sicherungsversahrens. Anderswärts hat es aber kaum Nachahmung gefunden. Man kann auch über seine Zweckmäßigkeit verschiedener Meinung sein schon deshalb, weil die Mappen doch als solche zur Ausbewahrung der Bücher bestimmt sind, und es deshalb sehr nahe liegt, die Bücher in ihnen aufzubeswahren. Dann aber können beide zusammen gestohlen und die Mappe mißbräuchlich zur Erhebung der Einlage benutzt werden.

6. Demfelben Zwecke wie die eben beschriebenen Mappen dienen die Ausweiskarten, wie fie bei der Raffauischen Sparkaffe in Wiesbaden und auch bei der Böhmischen Sparkasse in Prag eingeführt sind. Wenn für ein Sparkassenbuch eine Ausweiskarte ausgestellt ist, wird es mit dem Stempel "Ausweiskarte" versehen, und es dürfen Rückzahlungen nur geleistet werden, wenn außer dem Sparkassenbuche auch die Ausweiskarte vorgelegt wird. Auch hier ist es deshalb notwendig, Karte und Buch getrennt aufzubewahren. "Der Sparer kann die Ausweißfarte z. B. in seinem Portemonnaie oder in seiner Brieftasche bei sich führen, oder die Karte oder das Sparkassenbuch einer anderen bertrauenswürdigen Berson zur Aufbewahrung geben, z. B. ein Dienst= mädchen der Herrschaft, ein Geselle dem Meister usw." Besonders geeignet ift die Einrichtung für Bereine, Beihnachtesparkassen usw., von denen häufig gewünscht wird, daß Rückzahlungen an den Kassierer nur mit Genehmigung des Vorsitzenden usw. erfolgen. Dies kann zwar durch Ausstellung eines gesperrten Buches erreicht werden. Ginfacher aber ist es, wenn die Anlage der Beträge auf ein gewöhnliches Sparkassenbuch erfolgt, dabei eine Ausweiskarte ausgestellt, und diese Ausweiskarte bann von dem Borfitenden usw. in Bermahrung genommen wird.

Bei Verlust einer solchen Ausweiskarte wird verschieden versahren. Die Nassauische Sparkasse läßt die Ausstellung einer "Ersagausweisstarte" gegen eine Gebühr von 50 Pf. zu (die erste Karte kostet 20 Pf.). Die Ausstellung einer Ersagausweiskarte erfolgt aber nur durch die Direktion, der gegenüber sich der Antragsteller darüber auszuweisen hat, daß er besugt ist, über das Sparkassend zu versügen.

Dagegen fordert die Böhmische Sparkasse in Prag, bei der die Gebarung mit den Ausweiskarten überhaupt etwas kompliziert geregelt ist — besteht doch dafür eine eigene Bollzugsvorschrift von nicht weniger als 158 Paragraphen — die gerichtliche Amortisation der Ausweiskarte. Bis dahin ift der Einleger nicht berechtigt, eine Zahlung auf die Einlage zu verlangen.

Voll geschützt ist der Sparer durch die Entnahme einer Ausweisskarte bei beiden Sparkassen nicht. Die Auszahlung der Einlage im Falle der Beibringung des Sparkassenbuches und der Ausweiskarte ist auch dann rechtsgültig, wenn der Überbringer auf unrechtmäßige Art in den Besitz des Sparkassenbuches und der Karte gelangt ist (§ 18 der Satungen der Böhmischen Sparkasse in Prag).

7. Weiter verbreitet als die eben beschriebenen Einrichtungen sind die Kontrollmarken, die in Deutschland wohl zuerst die Sparkasse in Bremen eingeführt hat. Es sind dies aus Aluminium gefertigte Marken, die meist unentgeltlich abgegeben werden und durchlocht sind. so daß sie an einer Schnur unter der Kleidung getragen werden können, ähnlich wie Soldaten im Felde ihr Erkennungszeichen tragen. muffen bei jeder Abhebung (nicht bei Einzahlungen) auf das Buch, auf das sie ausgegeben sind, und das mit dem Worte "Kontrollmarke" ge= stempelt wird, vorgelegt werden. Die Einrichtung der Kontrollmarken ist von vielen Sparkaffen übernommen worden; um nur einige zu nennen, der Neuen Sparkaffe in hamburg, der Sparkaffe Leipzig, bei der Ende 1911 über 130 000 folche Marken ausgegeben waren, Losen, das am 31. März 1911 von 36 529 Büchern nicht weniger als 15 512 auf diese Beise gesperrt hatte, Stettin, Mannheim, Bonn usw. Sie find, wie allgemein berichtet wird, beim Publikum beliebt und haben verschiedentlich in Betrugsfällen gute Dienste geleistet. Um Fälschungen der Kontrollmarken, die leicht vorkommen können, vorzubeugen, sind verschiedene Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Meist werden die Marken mit einem geheimen Brägezeichen bersehen, oder sie erhalten eine andere Nummer als das betreffende Sparkaffenbuch.

Geklagt wird zum Teil über die Verzögerung in der Abfertigung des Publikums, die durch die nötige Prüfung der Marken eintritt. Auch muß sich der Sparer für den Fall des Verlustes der Marke bei den meisten Sparkassen, die diese Einrichtung haben, Beschränkungen in der Verfügung über die Einlage unterwersen, die sich für ihn recht unangenehm fühlbar machen können. In der Regel wird nämlich, wenn das Abhandenkommen einer Kontrollmarke angezeigt wird, das Konto des Einlegers auf längere Zeit — bei der Sparkasse in Leipzig auf zwei Monate — gesperrt. Erst wenn die Kontrollmarke während der Sperrfrist nicht wiedergefunden wird, oder wenn sich ergibt, daß ein

Dritter sie widerrechtlich besitzt, kann der Einleger wieder über sein Guthaben verfügen. Die Sparkasse Leipzig stellt dann über die Einslage des der Sparkasse zurückzugebenden Sparbuches, unter Eröffnung eines neuen Kontos, ein anderes Sparkassenbuch (mit neuer Nummer) aus, und händigt es nebst der dazugehörigen neuen Kontrollmarke dem Einleger aus.

Endlich fällt auch ins Gewicht, daß der Sparer, wie bei den oben beschriebenen Ausweiskarten und Mappen, nur dann geschützt ist, wenn Buch und Kontrollmarke getrennt verwahrt werden, nicht, wenn die Kontrollmarke, wie es häufig vorkommen soll, in das Buch gelegt wird.

8. Bei allen bisher geschilderten Einrichtungen bleibt der Sparer im Besitze des Sparkassenbuches, hat also, wenn er auch bis zu einem gewissen Grade vor den Folgen des Abhandenkommens seines Buches geschützt wird, immerhin selbst für dessen Aufbewahrung zu sorgen. Mehr und mehr aber wird es üblich, daß die Sparkassen Bücher ihrer Sparkunden auf Bunsch in eigene Berwahrung nehmen. So übernimmt die Sparkasse Karlsruhe gegen eine jährliche Gebühr von 25 Pf. bis 2 Mk. — je nach der Höhe der Einlage — die Aufbewahrung von Sparkassenbüchern. Mit dem Sparer wird ein geheimes Merkzeichen (Stichwort) vereinbart; außerdem hat er seine Unterschrift abzugeben. Über die erfolgte Sinterlegung erhält er eine Bescheinigung (Erfennungsfarte) ausgestellt. Nur gegen Rückgabe der Erkennungskarte und Angabe des Stichwortes wird ihm das Sparkassenbuch wieder ausgehändigt. Wenn die Erkennungskarte verloren geht, fo hat der Sparer um die Ausstellung eines Duplikats nachzusuchen, und zu diesem Zwecke seine Identität glaubhaft nachzuweisen.

Ahnliche Einrichtungen für die Aufbewahrung von Sparkassenbüchern finden sich bei den Sparkassen München, Breslau (Ende 1911 waren von insgesamt rund 260 000 Büchern 7378 hinterlegt), Beuthen Oberschlessen, usw.

Bei der städtischen Sparkasse Franksurt a. M. erhält der Sparer an Stelle des hinterlegten Sparbuches eine zur staffelmäßigen Fortschreibung der Spareinlagen eingerichtete Hinterlegungsbescheinigung, die bei Zuzahlungen und Abhebungen vorzulegen ist; der Sparer hat sich dabei von der Übereinstimmung seines Sparbuches mit der Hinterslegungsbescheinigung zu überzeugen.

Diese einfache Urt der Aufbewahrung der Sparkassenbücher ist allerdings nicht ohne weiteres rechtlich unbedenklich, insofern nicht, als bamit die Befugnis der Sparkasse, an jeden Inhaber des Buches zu zahlen, gegenstandslos wird: denn die Sparkasse ist hier ja selbst Inshaberin des Buches und hätte infolgedessen bei jeder Rückzahlung aus einem solchen gesperrten Sparkassenbuche die Berechtigung des die Rückzahlung Fordernden zu prüfen. (Die "Sparkasse" 1907, S. 82.)

Diesem Bedenken läßt sich zwar durch eine geeignete Fassung der Hinterlegungsbedingungen begegnen, so durch die in § 20 der Münchener Sparkassendnung getroffene Bestimmung, daß "die Rückgabe des hinterlegten Buches, sowie Abhebungen auf hinterlegte Bücher an den Inhaber des hinterlegungsscheines für die Sparkasse besteinde Wirkung haben". Dadurch verliert aber die Einrichtung auf der anderen Seite für den Sparer an Wert. Denn wenn er auch der Aufsbewahrung des Sparkassenbuches selbst enthoben wird, so hat er doch nunmehr den Hinterlegungsschein sorgfältig zu verwahren.

Auch wird manche Sparkasse von dieser Art der Ausbewahrung die große Verantwortung abschrecken, die sie damit — selbst bei Aussewahrung der Bücher unter Doppelverschluß zweier Beamten — übersnimmt.

9. Diese Bedenken erledigen sich, wenn die Sparkasse zum 3wede der Aufbewahrung der Bücher Schließfächer, die unter gemeinsamem Verschluß der Sparkasse und der Sparer stehen, dem Publikum zur Verfügung stellt. Diese Ginrichtung muß zurzeit als die boll= kommenste Sicherung des Sparers vor Migbrauch seines Buches bezeichnet werden. Sie ist zunächst von den Banken eingeführt worden, bürgert sich aber erfreulicherweise auch bei den Sparkassen immer mehr ein. Den preußischen Sparkaffen ift fie durch Ministerialerlag vom 3. Juni 1905 allgemein gestattet worden mit der Maßgabe, daß eine Haftung für die Beschaffenheit der Anlage, insbesondere für die Sicherheit der in den gemieteten Fächern von den Mietern aufbewahrten Werte gegen Feuer und Einbruchsdiebstahl, nicht übernommen werden darf, sondern nur die Verpflichtung, bezüglich des Verschlusses und der Bewachung der Fächer in der gleichen Beise zu versahren, wie dies bei der Aufbewahrung der eigenen Werte der Sparkasse geschieht. (v. Knebel-Doeberit: Das Sparkassenwesen in Preußen, S. 117 ff.)

Man kann sagen, daß heute kein größerer Sparkassenneubau errichtet wird, in dem nicht Tresoranlagen zur Benutung für das Publikum vorgesehen wären. Selbst mittlere Sparkassen, wie Freiburg i. Br. und Jena, statten ihre Neubauten mit modernen Stahlkammern aus, woraus hervorgeht, daß ein allgemeines Bedürfnis für diese Einrichstung vorhanden ist. Besonders großzügig ist sie bei den Sparkassen Schöneberg und Charlottenburg ausgestaltet. Die Ansang 1911 ersöffnete Schöneberger Stahlkammer — zirka 400 am groß; eingehende Beschreibung siehe "Sparkasse" 1911, S. 490 ff. — faßt 30 000 Fächer, und der Tresorraum, der für die Sparkasse Charlottenburg im Erweitesrungsbau des Rathauses eingerichtet und vor kurzem in Benuhung genommen ist, vermag sogar 50 000 Schließfächer auszunehmen. Nach dem Berwaltungsberichte der Sparkasse Schöneberg für 1911 waren Ende des Jahres 4192 Fächer vermietet, die 15 389 Mf. Wiete erbrachten: 21 083 Personen haben im Laufe des Jahres die Stahlskammer ausgesucht. Ühnliche Zissern führt der Bericht der Sparkasse des Kreises Teltow für 1912 auf; sie hatte Ende 1912 3595 Fächer vermietet, die 18 198 mal geöffnet wurden und 13 110 Mf. an Miete einsbrachten.

In den Schrankfächern dürfen meist, wie bei den Banken, Sparkassenbücher, Urkunden, Familienpapiere und Wertsachen untergebracht werden. Gine Beschränkung auf Sparkassenbücher findet sich nur ausenahmsweise (3. B. bei der Sparkasse Magdeburg).

Die Mietpreise schwanken, je nach der Größe der Fächer; für die kleinsten Fächer werden meist 2,50—3,— Mk. jährlich gefordert. Die Benutung ist also wesentlich teurer als die anderen besprochenen Sicherungseinrichtungen. Doch lät sich dies bei den hohen Anlagekosten der Tresorräume nicht vermeiden.

Was den Ausweis des Schranksachmieters anlangt, so ist in den Bedingungen in der Regel vorgesehen, daß der Besitz des dem Mieter ausgehändigten Schranksachschlüssels in Berbindung mit der Kenntnis des mit ihm vereinbarten Paßwortes als genügender Ausweis gilt, daß die Sparkasse aber berechtigt ist, weiteren Ausweis zu verlangen. Zum Teil wird dem Mieter noch eine Ausweiskarte ausgestellt und auch deren Vorlegung bei Benutung des Faches verlangt.

Einige Sparkassen berzichten darauf, eigene Stahlkammern für die Unterbringung der Schrankfächer einzurichten, stellen sie vielmehr in den allgemeinen Kassenräumen auf (so die Sparkasse Leipzig). Der Inhalt der Fächer pflegt dann gegen Feuer und Einbruchsdiebstahl verssichert zu werden. In ähnlicher Weise wird die Dresdener Sparkasse demnächst in den Kassenräumen einiger ihrer zurzeit 18 Geschäftsstellen Schließsächer einrichten.

424 Dr. Ritthausen. über die Sicherung der Sparer gegen Migbrauch usw.

Damit find wohl alle Einrichtungen besprochen, die zum Schutze der Sparer vor Migbrauch ihrer Bücher üblich find.

Der vorstehende Überblick wird gezeigt haben, daß die Sparkassen auch in dieser wichtigen Betriebsfrage nicht rückftändig geblieben, sondern bestrebt gewesen sind, ihre Einrichtungen, je nach den lokalen Berhältnissen und Wünschen des Publikums, dem Verkehrsbedürfnis anzupassen.